

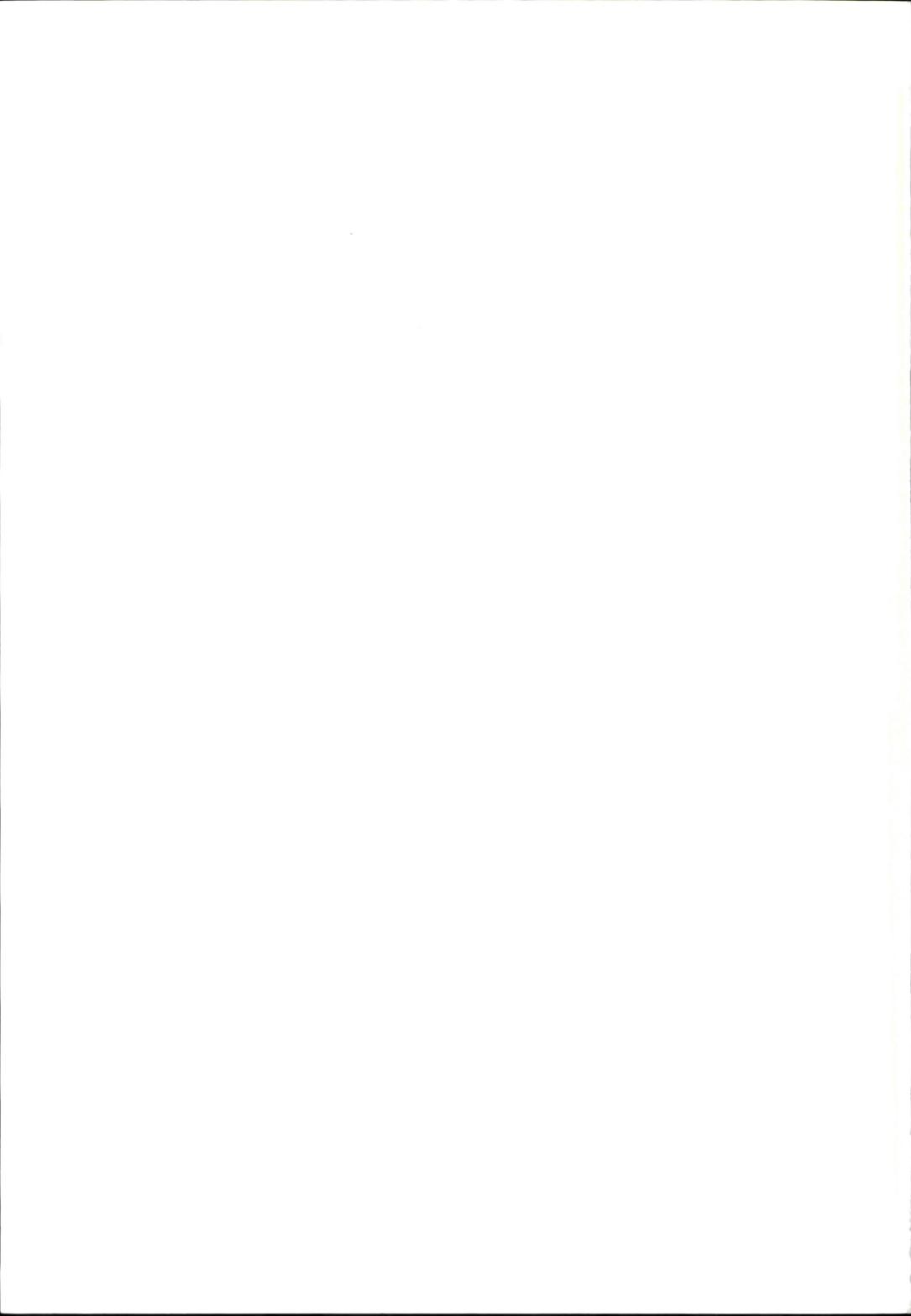


# 8. Parteitag der CDU Deutschlands

21. bis 22. Oktober 1996 • Hannover

**Protokoll**

**CDU**



**8. Parteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands**

**Niederschrift**

**Hannover, 21./22. Oktober 1996**

**Herausgeber:**

Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle,  
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

**Verlag und Gesamtherstellung:**

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75,  
53113 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

I N H A L T	Seite
Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	8
Beschlußfassung über die Tagesordnung	9
Bestätigung der Antragskommission	10
Wahl der Mandatsprüfungskommission	11
Wahl der Stimmzählkommission	11
Grußworte	
– Christian Wulff, Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen	11
– Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister der Stadt Hannover	16
– Bundesminister Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union	160
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	18
Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands	46
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Peter Hintze; zugleich: Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU	66
Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs	76, 83
Beratung und Beschlußfassung über Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung hier: Antrag des Bundesvorstandes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU	79
Bericht der Mandatsprüfungskommission	82
Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands, Brigitte Baumeister, und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1994 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz	86
Bericht der Rechnungsprüfer	90
Entlastung des Bundesvorstandes	92

<b>Wahlen</b>	
– Wahl des Vorsitzenden	93
– Wahl des Generalsekretärs	95
– Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden	96
– Wahl des Bundesschatzmeisters	97
– Wahl des Bundesparteigerichts der CDU	97
– Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums	98
– Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei	98
– Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	106
<b>Sonstige Anträge</b>	128
<b>Initiativanträge</b>	144
Bericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“, Bundesminister Dr. Norbert Blüm	149
<b>Aussprache</b>	159
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble; zugleich: Bericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft des Steuersystems“	173
<b>Aussprache</b>	188
Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Bundesvorstandes zur Steuerpolitik	200
Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Bundesvorstandes zur beruflichen Bildung Einführung: Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers	219
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl	229
<b>ANHANG</b>	
<b>Beschlußprotokoll</b>	234
<b>Beschlüsse</b>	
– Reform der Einkommensteuer	254
– Ausbildung für die Zukunft der Jugend	256
– Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU	262
– Sonstige Beschlüsse	264
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche	275
<b>Namensverzeichnis</b>	283

**Montag, 21. Oktober 1996**  
**Erste Plenarsitzung**  
Beginn: 10.09 Uhr

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands! Hiermit eröffne ich den 8. Bundesparteitag der CDU Deutschlands und begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich in Hannover.

Mein erster Gruß gilt Ihnen allen, den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden, die Sie für die vielen Hunderttausenden unserer Mitglieder heute hierher nach Hannover zum Bundesparteitag gekommen sind. Mit Ihnen, liebe Freunde, begrüße ich auch unsere in- und ausländischen Gäste auf das allerherzlichste. Ich freue mich, daß so viele an unseren Beratungen heute und morgen teilnehmen.

Mein besonders herzlicher Gruß gilt den Repräsentanten und Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die hierher gekommen sind. Ich denke, ich spreche sehr in Ihrem Namen, wenn ich ein besonders herzliches Wort des Dankes Herrn Bischof Hirschler und Herrn Bischof Homeyer sage.

(Beifall)

Das geistliche Wort gehört zu den köstlichen Erfahrungen, die ich - und sicher viele von Ihnen - in vielen Jahrzehnten bei Begegnungen auf den Parteitagen gemacht haben. Es ist eine gute Tradition, daß wir diesen ökumenischen Gottesdienst jeweils zu Beginn unseres Parteitages feiern. Dies ist nicht irgendeine Geste, sondern soll zeigen, daß wir als Christen versuchen, unser Leben auch aus unserer Glaubensheimat zu gestalten. Nach so vielen Jahren - warum soll ich das nicht sagen - gilt: Es gab auch Gottesdienste, nach denen ich nicht so erbaut zum Parteitag gegangen bin. Aber heute war das ganz anders.

(Beifall)

Ich habe mir schon überlegt, ob wir nicht noch im Laufe des Tages den wunderschönen Brief von Martin Luther an Philipp Melanchthon einfach noch einmal schreiben und kopieren lassen.

(Beifall)

Das schöne Wort „Sorgenblutegel“ könnte man sich jetzt auch auf eine kleine Plakette drucken, auf der steht: „Ich will kein Sorgenblutegel sein!“

Herzlichen Dank. - Es war eine gute Stunde und ein guter Beginn für unseren Parteitag.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich Herrn Bischof Löwe und Herrn Prälaten Bocklet und den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Ignatz Bubis.

(Beifall)

Mein herzlicher Gruß gilt auch der großen Zahl der Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Ich bin ganz sicher, daß Sie sich - wie immer auf den Parteitag - wohlfühlen werden. Sie werden interessante Diskussionen und Beschlüsse miterleben und darüber - wie wir das täglich gewohnt sind - voller Wohlwollen berichten, und dafür danke ich Ihnen ganz besonders.

(Beifall)

Mein besonderer Gruß gilt Ihnen, Herr Oberbürgermeister Schmalstieg. Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, Ihnen und allen Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu danken für die freundliche Unterstützung, für die gastliche Aufnahme, die wir nun hier in Ihrer Stadt gefunden haben. Bitte übermitteln Sie unseren sehr herzlichen Dank all denen, die uns geholfen haben.

(Beifall)

Lieber Herr Oberbürgermeister, Sie sind doch ein - „alter“ darf ich nicht sagen, weil ich der ältere bin - erfahrener Fahrensmann. Deswegen werden Sie verstehen, daß ich in diesem Zusammenhang ganz besonders herzlich Rita Pawelski begrüße.

(Beifall)

Ich möchte eigentlich all denjenigen, die da immer noch so kritisch gucken und sich fragen, wie sie bei einem späteren Tagesordnungspunkt, der sich mit dem Thema Frauen beschäftigt, abstimmen wollen oder sollen, sagen: Stimmen Sie richtig ab! Frau Pawelski hat uns ein Beispiel gegeben, was Frauen vermögen, die Mut, Standhaftigkeit und Durchsetzungsvermögen zeigen.

(Beifall)

Noch etwas hat mir bei dem Ergebnis gefallen, liebe Freunde: 47,5 Prozent - das kann sich sehen lassen. Das ist ein Signal und ein Beispiel, an dem man sich gut orientieren kann.

Meine Damen und Herren, mein besonders herzlicher Dank gilt auch allen unseren Freunden und Mitarbeitern der CDU Niedersachsen - an der Spitze Christian Wulff -, die uns geholfen haben bei der Vorbereitung dieses Parteitages.

(Beifall)

Ich will die Gelegenheit wahrnehmen, unserem Freund Christian Wulff und allen Mitstreitern aus der Partei in Niedersachsen zu gratulieren zu dem guten Abschneiden bei der Kommunalwahl. Das ist eine gute Ausgangsbasis für die Landtagswahlen, die demnächst hier stattfinden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir werden hier in Hannover über viele wichtige Fragen diskutieren. Wir werden einmal mehr beweisen, daß „Christlich Demokratische Union Deutschlands“ heißt: Partei der Zukunft. Wir werden versuchen, Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu geben.

Einer guten Tradition folgend wollen wir auch zu Beginn dieses Parteitags unserer verstorbenen Freunde gedenken.

(Die Delegierten erheben sich)

Stellvertretend für die vielen will ich nennen: Franz Thedieck, geboren 1900, gestorben 1995. Er war Gründungsmitglied der CDU Rheinland und von 1949 bis 1964 Staatssekretär im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Von 1964 bis 1968 war er Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und von 1966 bis 1972 Intendant des Deutschlandfunks.

Ich nenne Helga Henselder-Barzel, geboren 1940, gestorben im Dezember 1995. Sie war Jahre hindurch Mitglied des Landesvorstandes unserer Partei in Rheinland-Pfalz. Uns allen ist ihr Einsatz für die Deutsche Welthungerhilfe unvergessen.

Ich nenne Richard Langeheine, geboren 1900, gestorben im Dezember 1995. Er war von 1965 bis 1974 Vorsitzender des Landesverbandes Hannover. Von 1954 bis 1970 war er Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Er war Kultusminister dieses Landes.

Ich nenne Kurt Schmücker, geboren 1919, gestorben im Januar 1996. Er war Mitbegründer der Jungen Union in Oldenburg. Von 1949 bis 1972 vertrat er den Wahlkreis Cloppenburg im Deutschen Bundestag. Er war von 1963 bis 1966 als Nachfolger Ludwig Erhards Bundeswirtschaftsminister und von 1966 bis 1969 Bundesminister.

Ich nenne Rainer Haungs, geboren 1942, gestorben im Januar 1996. Er vertrat seit 1983 den Wahlkreis Emmendingen-Lahr im Bundestag. Er war wirtschaftspolitischer Sprecher und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CDU-Bundestagsfraktion.

Ich nenne Hans Wagner, geboren 1915, gestorben im Februar 1996. Er war Mitbegründer der hessischen Jungen Union. Von 1966 bis 1978 war er stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Hessen. Er gehörte dem Landtag von 1950 bis 1982 an und war von 1974 bis 1982 Präsident des Landtages.

Ich nenne Erich Hänze, geboren 1907, gestorben im Februar 1996. Er war nach 1945 Gründungsmitglied der CDU in Zerbst und wurde 1991 wegen seines großen Engagements Ehrenbürger seiner Heimatstadt.

Ich nenne Heinz-Adolf Hörsken, geboren 1938, gestorben im Februar 1996. Er war von 1989 bis 1991 Hauptgeschäftsführer und seit 1993 stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA. Er vertrat den Wahlkreis Groß-Gerau im Deutschen Bundestag. Von 1994 an war er Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion.

Ich nenne Annemarie Schuster, geboren 1917, gestorben im Mai 1996. Sie war von 1968 bis 1981 Vorsitzende der Frauen-Union Schleswig-Holstein. Von 1971 bis 1979 war sie stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein und von 1962 bis 1987 Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein.

Ich nenne Hermann Siemer, geboren 1902, gestorben im Juli 1996. Er war 1945 Mitbegründer der CDU und erster Landrat des Kreises Vechta. Von 1947 bis 1951 war er Mitglied des Niedersächsischen Landtages, von 1953 bis 1972 Abgeordneter des Deutschen Bundestages.

Ich nenne unseren Freund Hans Katzer, geboren 1919, gestorben im Juli 1996. Er war Gründungsmitglied der CDU in Köln und Mitbegründer der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Er gehörte durch viele Jahre hindurch dem Bundesvorstand und

dem Parteipräsidium der CDU an. Von 1963 bis 1977 war er Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDA und von 1957 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1965 bis 1969 war er Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Ich nenne Willi Hörter, geboren 1930, gestorben im August 1996. Er war über viele Jahre hindurch Mitglied des Landtages und Vorsitzender der Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz, von 1964 bis 1972 war er Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion, von 1972 bis 1994 war er Oberbürgermeister von Koblenz.

Ich nenne Willi Weiskirch, geboren 1923, gestorben im September 1996. Er war von 1970 bis 1976 Pressesprecher der CDU Deutschlands, von 1976 bis 1985 Mitglied des Deutschen Bundestages, dort Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion. Von 1985 bis 1990 war er Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.

Liebe Freunde, ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für die vielen genannt, um die wir in dieser Stunde trauern. Wir wollen all unseren toten Freunden ein stilles Gebet widmen. - Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, wir haben zwei arbeitsreiche Tage vor uns. Aus Gründen, die Sie alle sehr gut kennen, war es nicht möglich, für diesen Parteitag drei Arbeitstage vorzusehen. Im nächsten Jahr werden wir drei Tage zusammensein, aber in diesem Jahr war eiserne Sparsamkeit angesagt.

Wir haben gleichwohl ein umfangreiches Programm zu bewältigen. Deswegen lassen Sie mich zu Beginn alle - jeden einzelnen von Ihnen - bitten, möglichst diszipliniert zu arbeiten und bei den Debatten möglichst konzentriert zuzuhören. Diejenigen, die Gespräche führen wollen - es ist ja vernünftig, so etwas hier zu tun -, sollten das nicht im Saal tun, sondern außerhalb des Saales. - Lassen Sie uns nun direkt beginnen und in die Tagesordnung des Parteitages eintreten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

### WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag für die Wahl des Tagungspräsidiums liegt Ihnen gemäß der Ordnung des Parteitages in Ihren Unterlagen vor. Ich darf Sie fragen, ob es dazu weitere Vorschläge gibt? - Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Vorschlag zur Wahl des Tagungspräsidiums ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist, soweit ich das erkennen kann, einstimmig. - Ich darf Sie bitten, Christian Wulff, das Tagungspräsidium gemeinsam mit den Beisitzern zu übernehmen.

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Lieber Dr. Helmut Kohl! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir dürfen uns als Tagungspräsidium für den Vertrauensvorschub, den uns der Parteitag mit der Wahl ausgesprochen hat, bedanken.

Es ist darauf hingewiesen worden: Wir haben uns für wenig Zeit viel vorgenommen und bitten daher, diesen Parteitag gemeinsam fair, zügig und erfolgreich durchzuführen. Uns freut besonders, daß wir mit dem ökumenischen Gottesdienst heute morgen bereits einen großen Beitrag zu einem erfolgreichen Parteitag geleistet haben. Wir sollten uns Mühe geben, auf diesem erfreulich hohen Niveau fortzufahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

### BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung wurde Ihnen übersandt. Die aktualisierte Fassung liegt Ihnen vor. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir ab jetzt jeweils mit den roten Stimmkarten abstimmen. Wenn Sie mit der geänderten Tagesordnung, wie sie Ihnen vorliegt, einverstanden sind, dann bitte ich Sie, die rote Stimmkarte zu zeigen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Die Tagesordnung ist in der vorliegenden Fassung einmütig beschlossen.

Ich bitte Sie nun um Aufmerksamkeit für einige zahlreiche, aber notwendige Bemerkungen zum organisatorischen und zeitlichen Ablauf des Parteitages. Es freut uns besonders, Ihnen mitteilen zu dürfen, daß der Vorsitzende unserer Schwesterpartei, der Christlich-Sozialen Union, Finanzminister Dr. Theo Waigel, seine Teilnahme an diesem Parteitag zugesagt hat und morgen vormittag um 9.30 Uhr zu uns ein Grußwort sprechen wird.

(Beifall)

Der Parteitag beginnt morgen vormittag allerdings bereits um Punkt 9 Uhr.

Der Generalsekretär der CDU Deutschlands hat Ihnen und den antragsberechtigten Gliederungen mit Schreiben vom 7. Oktober folgende Leitanträge des Bundesvorstandes zugesandt: einmal den Antrag „Tarif 2000“, zum anderen den Antrag zur beruflichen Bildung. Auf Grund der Sommerpause und der aktuellen Diskussionslage konnten die Anträge des Bundesvorstandes erst am 7. Oktober verabschiedet werden, so daß die Antragsfrist für beide Anträge auf den 18. Oktober, 12 Uhr, verlängert worden ist.

Für Initiativanträge, die auf dem Parteitag eingebracht werden sollen, gilt folgendes Verfahren: Schriftliche Anträge können innerhalb der noch festzulegenden Frist eingebracht werden, wenn die Anträge von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten unterstützt werden. Wer einen Antrag stellen möchte, wende sich bitte an das Büro der Antragskommission; es befindet sich rechts vor dem Eingang zum Plenarsaal. Sie können dort Antragstexte schreiben lassen und erhalten ein Formular, mit dem sich die Gültigkeit der 30 Delegierten-Unterschriften leichter nachprüfen läßt.

Wir müssen jetzt Fristen für die Einbringung von Wahlvorschlägen und Anträgen festlegen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen als Frist für die Einreichung der Vorschläge zu Tagesordnungspunkt 17 „Wahlen“ heute 13 Uhr vor und für die Anträge zu Sachthemen heute 17 Uhr. Ich darf fragen, ob Sie mit diesen beiden Vorschlägen einverstanden sind. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann sind beide Zeiten als Antragschluß so beschlossen.

Für Wortmeldungen während unseres Parteitages gilt: Sie müssen die Wortmeldezettel aus Ihren Delegiertenunterlagen vor der Bühne - von Ihnen aus rechts gesehen - abgeben, damit

die Wortmeldungen hier oben ankommen. Füllen Sie den Zettel bitte vollständig aus, insbesondere zu welchem Thema und mit welcher Intention Sie sprechen wollen; gegebenenfalls auch, ob Sie von einem Saalmikrophon aus sprechen wollen.

Wir schlagen Ihnen vor, mit den Wahlen zum Bundesvorstand spätestens um 15.30 Uhr zu beginnen. Da wir den Antrag des Bundesvorstandes zur Gleichstellung von Frauen und Männern unbedingt vor den Wahlen behandeln wollen, bitten wir um Ihr Einverständnis, die Aussprache zu den Punkten 8, 9 und 12 gegebenenfalls zu unterbrechen und verbliebene Wortmeldungen während der Auszählung der Stimmen aufzurufen. Ich bitte auch dazu formal um Zustimmung. Wer stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu? - Gegenprobe! - Enthaltungen? Auch das ist vom Parteitag einmütig so beschlossen.

Ich freue mich letztlich, auf den „Niedersachsen-Abend“ heute abend hinweisen zu können und Sie dazu einladen zu dürfen.

Ich soll besonders auf den Bustransfer aufmerksam machen, der sich aus vielerlei Gründen vorher, aber vielleicht aus noch mehr Gründen hinterher anbietet. Der Bustransfer führt vom Congress-Centrum zur Münchner Halle auf dem Messegelände. Die genauen Abfahrtszeiten werden vom heutigen Tagungsende bestimmt sein. Ab 22.30 Uhr besteht dann die Möglichkeit, zu jeder halben Stunde die Rückfahrt per Bus anzutreten. Die Busse werden zum zentralen Omnibusbahnhof in der Innenstadt fahren. Die letzte Fahrt wird gegen 1 Uhr erfolgen. - Das ist wichtig, sich zu merken.

Meine Damen und Herren, unser Parteivorsitzender hat bereits eine Reihe von Gästen begrüßt. Wir als Präsidium bitten im Namen des gesamten Parteitages um Verständnis, daß wir hier nicht alle Gäste aus dem In- und Ausland, die nach Hannover gekommen sind, begrüßen können.

Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, daß wir in einem Falle aus besonderen Gründen eine Ausnahme machen möchten, weil wir uns außerordentlich darüber freuen, daß auch auf diesem Bundesparteitag Frau Hannelore Kohl bei uns zu Gast ist und an diesem Parteitag teilnimmt.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, Sie haben die große Sympathie der gesamten CDU Deutschlands. Sie haben unsere Unterstützung bei ihrer großen ehrenamtlichen Arbeit für ZNS und bei anderen sozialen und caritativen Tätigkeiten. Wir möchten den Dank, den man überhaupt nur symbolhaft in Form eines Blumenstraußes übermitteln kann, Ihnen aussprechen. Wir freuen uns, daß Sie heute hier sind.

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:

#### BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Die Namensliste liegt Ihnen vor. Ich bitte um Bestätigung mit der Stimmkarte. Wer stimmt dieser vorgeschlagenen Antragskommission so zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist die Antragskommission einmütig gewählt.

Ich darf darauf hinweisen, daß das mit Arbeit verbunden ist und daß sich die Antragskommission heute abend um 19.30 Uhr im Raum der Antragskommission zu einer weiteren Sitzung treffen wird.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 5:

### WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Dabei soll ich darauf aufmerksam machen, daß die Mandatsprüfungskommission vom Bundesausschuß zu wählen ist, der seit Karlsruhe aber nicht getagt hat. Deshalb hat nunmehr der Parteitag die Mandatsprüfungskommission zu wählen.

Sie finden den Vorschlag des Vorstandes in Ihren Unterlagen. Ich darf fragen, wer dem Vorschlag zustimmen möchte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist die Mandatsprüfungskommission so gewählt. Sie trifft sich um 12.30 Uhr im Büro des Organisationsleiters, das sich links von mir - rechts von Ihnen aus - hinter der Bühne befindet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 auf:

### WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Sie haben einen Wahlvorschlag in Ihren Unterlagen. Wer möchte diesem Vorschlag zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Ohne Enthaltungen und Gegenstimmen ist die Stimmzählkommission im Amt.

Wem das etwas formal erschienen sein mag, was wir bisher abgewickelt haben, der mag damit getröstet werden, daß wir ein Viertel unserer Tagesordnung dieses Bundesparteitages soeben hinter uns gebracht haben

(Vereinzelt Beifall)

und gegenüber dem fiktiven Zeitplan unseres Generalsekretärs im Moment vier Minuten und dreißig Sekunden vorne liegen.

(Heiterkeit und Beifall)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 7 auf:

### GRUSSWORTE

Ich freue mich, dem Landesvorsitzenden der gastgebenden niedersächsischen CDU, **Christian Wulff**, das Wort erteilen zu dürfen. Bitte sehr.

**Christian Wulff** (mit Beifall begrüßt): Lieber Helmut Kohl! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Liebe Gäste dieses 8. Parteitages der CDU Deutschlands! Wir Niedersachsen freuen uns, daß wir Sie erneut in unserer Landeshauptstadt Hannover herzlich willkommen heißen können. Der letzte Parteitag der Bundes-CDU in Niedersachsen fand vor genau 20 Jahren ebenfalls hier in Hannover statt.

Meine Damen und Herren, damals hat Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl als Parteivorsitzender in seinen bewegenden Schlußworten unter anderem ausgeführt:

Unser Bemühen für Europa dient auch der Freiheit unserer Mitbürger im anderen Teil Deutschlands. Sie sollen wissen, daß sie sich auf uns verlassen können. Ihr Anspruch auf Einigkeit und Recht und Freiheit bleibt unser Auftrag.

(Beifall)

Das Protokoll des damaligen Parteitages 1976 verzeichnete an dieser Stelle zweimal lebhaften Beifall. Es ist für uns eine großartige und beglückende Sache, daß dieser Auftrag in Erfüllung gegangen ist und daß wir als Union einen kleinen Beitrag dazu leisten konnten, indem wir am Wiedervereinigungsgebot unseres Grundgesetzes unbeirrt festgehalten haben. Auch darauf darf man an einer solchen Stelle hinweisen.

(Beifall)

Es erfüllt uns nach wie vor mit unbeschreiblicher Freude, nunmehr diesen Parteitag in Hannover mit unseren Freunden aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Berlin und Sachsen erleben zu können.

Wir Niedersachsen hatten die längste innerdeutsche Grenze. Wir haben vier der neuen alten Bundesländer als Nachbarn. Wir haben ein besonderes Verhältnis als die Niedersachsen zu den Sachsen und freuen uns daher stets neu über die Einheit. Das lassen wir uns von niemandem streitig machen.

(Beifall)

Es gibt einen zweiten Rückblick: 1976 hat der CDU-Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht als Ministerpräsident dieses Landes Niedersachsen zu den Delegierten gesprochen. Ich begrüße hier heute mit besonderer Freude Dr. Ernst Albrecht, der es sich nicht hat nehmen lassen, an diesem Parteitag teilzunehmen.

(Beifall)

Damals hat Wilfried Hasselmann als unser Ehrenvorsitzender und damaliger Vorsitzender seine Person hinter die Sache und den Erfolg der Partei gestellt - etwas, wovon mancher Sozialdemokrat, der um sein eigenes Ego tanzt, heute noch viel lernen könnte. Herr Hasselmann, schön, daß Sie hier sind.

(Beifall)

Damals ging eine Welle der Hoffnung durch unser Land. Es hat 14 erfolgreiche Jahre der Albrecht-Hasselmann-Regierung gegeben. Jeder kann mit Händen greifen, daß dieses Erbe Ernst Albrechts verspielt zu werden droht. Eine große, uns nicht immer wohlgesonnene Illustrierte hat vor einigen Monaten überschrieben: „Schröder-Land ist abgebrannt“.

Dieses Niedersachsen als flächenmäßig zweitgrößtes Land der Bundesrepublik ist ein schönes Land. Es liegt mitten in Europa. Es ist Drehscheibe für vieles. Es hat einen vielfältigen Mittelstand und eine leistungsfähige Arbeitnehmerschaft. Nur eines ist schlecht: die derzeit amtierende Landesregierung mit ihrem Ministerpräsidenten.

(Beifall)

Als Referenz an die Sachsen gesprochen, sage ich hier für Niedersachsen: Wir wollen nicht, daß es weiter heißt, Niedersachsen sei das daniederliegende Sachsen, nur weil Schröder hier schlechte Politik macht. - Das ist auch für uns Ansporn, erfolgreiche Politik aus Sachsen zum Vorbild zu nehmen.

Bei der Personalauswahl der SPD hat man den Eindruck, derjenige, der wie Herr Schröder die höchsten Arbeitslosenzahlen in kürzester Zeit erzielt, dort Wirtschaftssprecher wird. Derjenige, der in kürzester Zeit die meisten neuen Schulden macht, wird dort Parteivorsitzender; derjenige, der in der Kombination die schlechtesten Werte vorzuweisen hat, wird dort Kanzlerkandidat. Das ist inzwischen mein Eindruck von der Personalauswahl der Sozialdemokraten.

(Beifall)

Ich finde es gut, daß die anderen die Kanzlerkandidaten auswählen, einen nach dem anderen, und daß wir den Kanzler stellen mit Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir haben hier in Niedersachsen die exzellente Chance, beim nächstenmal wieder die Regierung zu übernehmen. Am 15. September 1996 hat die CDU Niedersachsen aus einem Rückstand von acht Punkten auf die SPD bei der Landtagswahl einen Vorsprung von drei Punkten gemacht. Das ist eine erdrutschartige Veränderung von elf Punkten. Wir haben das beste Kommunalwahlergebnis der CDU-Landesverbände bei allen letzten Kommunalwahlen erreicht, und wir haben vor allem einen riesigen Erfolg bei jungen Wählern, selbst bei den 16- und 17jährigen, denen die SPD und die Grünen das Wahlrecht gegen unseren Widerstand beschert haben. Dort hat die CDU 37 Prozent erreicht, während die SPD nur 21,4 Prozent erhielt.

(Beifall)

Rita Pawelski hat hier in Hannover, in der Landeshauptstadt, einen Riesenjob gemacht. Natürlich war für uns Ansporn, daß wir Sie hier mit einer CDU-Oberbürgermeisterin willkommen heißen können. Wir machen hier weiter. Jedenfalls sind fast 48 Prozent ein großartiges Ergebnis, und das geht ganz besonders auch auf Rita Pawelski und ihren persönlichen Einsatz zurück.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr fast 6 000 neue Mitglieder aufgenommen. Wir haben in jedem Monat mehr Mitglieder als im Vormonat gehabt. Wir haben in diesem Jahr einen Nettomitgliederzuwachs von fast 3 000 und liegen unmittelbar an der Schwelle zu 91 000 Mitgliedern. Wir sehen, daß sich effektive Arbeit der Frauen, der Vereinigungen auszahlt und wir gemeinsam Erfolg haben. Trotz dieses Andrangs haben wir keineswegs einen Aufnahmestopp verhängt.

Liebe Freunde, die Kommunalwahl fand unmittelbar nach Verabschiedung des Programms für Wachstum und Beschäftigung statt. Es zeigt sich an diesem Wahltag, daß Mut, daß Klarheit, Gerechtigkeit, Entschlossenheit belohnt werden. Insofern wünsche ich mir, daß von diesem Bundesparteitag mutige Signale ausgehen. „Weiter so“, das kann nicht unser Motto sein, sondern wir müssen dieses Land verändern, modernisieren, reformieren. Zum 50. Geburtstag

der Bundesrepublik gehört alles auf den Prüfstand, unser Steuersystem, unsere Sozialversicherungssysteme, unsere staatliche Administration. Wir sollten nicht ruhen, solange Arbeitsplätze aus diesem Land abwandern und nicht in diesem Land zusätzlich neu geschaffen werden. Es muß uns umtreiben, wenn Mercedes mit dem Kleinwagen nach Lothringen/Frankreich geht oder Siemens mit der Chip-Produktion nach England.

Meine Damen und Herren, wenn bei uns einer eine Idee hat, dann versammeln sich 68 Träger öffentlicher Belange um den Plan und fragen erst einmal, warum es nicht gehen kann, und sagen, wenn es denn gehen soll, daß es aber verdammt teuer wird mit Ausgleichszahlungen und anderem mehr.

(Beifall)

Wir müssen das Bewußtsein ändern. Wir müssen erreichen, daß wieder das Motto gilt: Geht nicht, gibt es nicht! Wir müssen erreichen, daß sich wieder ein paar finden, die sagen: „Wir wollen, daß es geht, und wir wollen, daß es schnell geht.“ Ich wünsche mir, daß wir eine große nationale Anstrengung versuchen. Die junge Generation in Niedersachsen, in Deutschland, darf doch nicht in einigen Jahren vor der Alternative der Sizilianer vor 30 Jahren stehen. Die konnten wählen, in Sizilien arbeitslos oder in Deutschland Gastarbeiter zu sein. Ich fände es schäbig, wenn wir als Politiker zuließen, daß in einiger Zeit wieder mehr Menschen vor der Alternative stehen: hier arbeitslos oder weit weg Arbeit finden. Wir Politiker sind nicht zum Organisieren Runder Tische gewählt, sondern dazu, zu entscheiden, zu handeln, damit Arbeitsplätze hier entstehen und junge Leute nicht gezwungen werden, anderswohin zu gehen.

(Beifall)

Wir müssen uns gegen Provinzialismus wehren, gegen Blockierer. Die wirklichen Reaktionäre in unserem Land, das sind die Sozialdemokraten, die alles und jedes bekämpfen, was auch nur nach neu, nach Veränderung, nach Reform aussieht. Das ist die Wahrheit zur politischen Auseinandersetzung in Deutschland.

(Beifall)

Uns stört, daß wir zu einer symptombeschreibenden Gesellschaft werden: Man könnte, man sollte, ich denke, das sind so Modebegriffe geworden. Meine Damen und Herren, man sollte entscheiden, man sollte tun, und man sollte sagen, was man tut. Wir sollten diese Rundummodernisierung mit dem Ziel führen, daß auch zukünftig wir die besten sind in Wissenschaft und Forschung, in Qualität, Serienreife und Innovationstempo. Insofern kann dieser Parteitag ein Signal des Optimismus geben, daß wir ein Land mit großem Wissen und Kapital sind, mit kluger Arbeitnehmerschaft, mit sozialem Frieden, daß wir ein Land sind mit enormen Möglichkeiten. Wer von uns, wer von Ihnen will seinen Kindern und Enkelkindern demnächst erklären, daß wir ein großartiges Land mit Frieden, Freiheit und Wohlstand 50 Jahre lang aufgebaut haben bzw. aufgebaut bekommen haben und es dann leichtfertig verspielt haben, nur weil wir zu behäbig, zu bequem, zu ängstlich, zu selbstverliebt und nabelschau betreibend gewesen sind? Das ist doch die Frage, die wir in Deutschland auf die Tagesordnung bringen müssen.

(Beifall)

Am Schluß möchte ich in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf die Weltausstellung im Jahr 2000 hier in Hannover geben. In dreieinhalb Jahren trifft sich hier in Hannover die Welt. Bundeskanzler Dr. Kohl hat von Anfang an hinter diesem Projekt gestanden. Ihm haben wir es ganz entscheidend nach Anstoß durch Ernst Albrecht, Birgit Breuel und anderen Ende der 80er Jahre zu verdanken. Die rotgrüne Landesregierung hat Jahre ins Land gehen lassen, war sich nicht einig, ob sie es überhaupt will, ob sie nicht noch eine Volksbefragung macht, ob man es will, während wir hier als Union in der Verantwortung stehen. Diese Weltausstellung zehn Jahre nach der deutschen Einheit, 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist eine glänzende Gelegenheit, den Standort Deutschland der Welt zu präsentieren und zu zeigen, daß wir die Probleme in den Griff bekommen haben. Es muß über das Sicherheitsdenken in unserem Lande eine Diskussion geführt werden. Wir dürfen nicht zulassen, daß jeder, der Bedenken äußert, den Heiligenschein des Intellektuellen bekommt, und derjenige, der einfach etwas gestalten möchte, kritisch beäugt wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen Ängste, Sicherheitsbedenken der Menschen sehr ernst nehmen. Das ist gar keine Frage. Aber wer alle Risiken der Zukunft ausschließen will, der schließt eben auch alle Chancen aus. Das dürfen wir in unserem Land nicht zulassen, daß alle Chancen neuer Technologien in diesem Lande ausgeschlossen werden.

Lieber Helmut Kohl, Sie werden bei diesem Parteitag gewürdigt, und zwar zu Recht, für die längste Amtszeit als Bundeskanzler in der Bundesrepublik Deutschland, als frei gewählter, demokratisch gewählter Regierungschef in unserem Land.

(Beifall)

Für uns Niedersachsen sind Sie quasi Niedersachse. Wenn wir es nicht anders wüßten, würden wir meinen, Sie sind doch Niedersachse, weil kaum jemand anderes so sturmfest und erdverwachsen, wie es in unserer Niedersachsenhymne heißt, ist.

(Beifall)

Was die meisten so verwundert und so beeindruckt, ist, daß man solch großen Erfolg nur haben kann, wenn man das macht, worauf es ankommt, und nicht immer nur das zu machen versucht, was gerade ankommt. Ich glaube, das ist der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und anderen, der uns den Erfolg beschert.

(Beifall)

Sie können den neusten demoskopischen Meldungen, die wir nicht so überragend ernst nehmen, entnehmen: Ganz Deutschland, bis in die Reihen der Wählerschaft der Grünen hinein, ist der Meinung, daß unser Parteivorsitzender und Bundeskanzler seine Sache hervorragend macht. Wir alle sind sicher dankbar - das darf ich gerade für die gastgebenden Niedersachsen sagen -, daß Sie an der Spitze unserer Partei und als Bundeskanzler für uns stehen. Ich wünsche Ihnen, Herr Dr. Kohl, und uns allen einen guten und erfolgreichen Parteitag. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Lieber Christian Wulff, herzlichen Dank für Ihr Grußwort. Wir begleiten Sie alle mit Sympathie auf Ihrem zukunftsorientierten Weg. Wir wünschen Ihnen sehr, daß Sie mit Ihrer Dynamik und Offenheit noch mehr Wähler ansprechen mögen, damit das Land Niedersachsen die Führung bekommt, die es verdient. Gottes Segen möge Sie dabei begleiten.

(Beifall)

Ich darf nun den Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Hannover, Herrn Herbert Schmalstieg, noch einmal herzlich bei uns begrüßen und bitte ihn um ein kurzes Grußwort.

(Beifall)

**Herbert Schmalstieg**: Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich ist es heute eine besondere Freude, Sie alle im Namen der Landeshauptstadt Hannover zu Ihrem 8. ordentlichen Bundesparteitag willkommen zu heißen. Ich erinnere mich gern daran, als ich vor 20 Jahren ebenfalls die Gelegenheit hatte, Sie zu begrüßen.

(Heiterkeit und Beifall)

Als ich eben in diesen Saal kam, sprach mich ein Journalist an und fragte mich: Haben Sie sich in das feindliche Ausland verirrt? Meine Damen und Herren, ich sage hier sehr offen und deutlich: Unsere Demokratie wäre um einiges ärmer, wenn es nicht möglich wäre, daß ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister auch die Delegierten und Gäste eines CDU-Parteitages begrüßt. Ich glaube, das gehört zu unserer Demokratie.

(Beifall)

Verehrter Herr Bundeskanzler, ich danke Ihnen sehr für Ihre freundlichen Begrüßungsworte. Es ist richtig: 47,5 Prozent sind ein respektables Ergebnis. Aber 52,5 Prozent sind mehr.

(Heiterkeit)

Sie hatten sich bereit erklärt, zu einer Amtseinführung nach Hannover zu kommen. Nun wird es nicht die sein, die Sie sich gewünscht haben, aber trotzdem sind Sie, wie Sie wissen, jederzeit in Hannover herzlich willkommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Hannover ist nicht nur eine internationale Messestadt. Wir werden - darüber ist heute morgen schon gesprochen worden - im Jahr 2000 Gastgeber für die Welt sein, wenn die erste Weltausstellung auf deutschem Boden hier stattfinden wird. Ich meine, meine Damen und Herren, dies ist eine Veranstaltung, die uns alle angeht, eine Veranstaltung unserer Nation, der Republik, um zu zeigen, wie sich Deutschland zehn Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten entwickelt hat. Sie können davon ausgehen, daß wir in Hannover als Stadt alles tun werden, daß diese Veranstaltung eine erfolgreiche Veranstaltung wird.

Ich möchte Ihnen, Herr Bundeskanzler, sehr herzlich danken, weil ich weiß, daß Sie immer einer derjenigen gewesen sind, der, als es auch in der Bundesregierung kritische Fragen gab,

dafür eingestanden ist, daß dies eine Riesenchance für unsere gesamte Republik ist. Dafür ein herzliches Dankeschön auch heute morgen an dieser Stelle.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, Hannover ist nicht nur die Stadt der Messen und der EXPO. Wir sind auch eine Stadt, die in der Zeit nach 1945 Parteigeschichte gemacht hat. Von hier aus wurde die Sozialdemokratische Partei unter Kurt Schumacher gegründet. Auch wesentliche Persönlichkeiten der CDU Deutschlands haben hier nach 1945 mitgewirkt. Ich denke an den Mitbegründer der CDU Niedersachsen, an Bernhard Pfad, und vor allen Dingen auch an Anton Storch, den ersten Arbeitsminister unserer Republik, der Mitglied eines Wiederaufbauausschusses im Rathaus unserer Stadt war und unmittelbar nach 1945 mit Wiederaufbauarbeit geleistet hat.

Deshalb ist es wichtig, daß gerade in einer Zeit, wo wir es mit vielen und schwierigen Problemen zu tun haben, demokratische Parteien zusammenhalten. Deshalb finde ich es richtig und wichtig, daß Ihr Parteitag das Motto „Handeln für die Zukunft“ als ein zentrales Thema umfaßt. Es ist ein Parteitagmotto, das natürlich die Menschen bewegt, vor allen Dingen dort, wo sie leben und arbeiten, nämlich in den Städten und Gemeinden.

Die Menschen erwarten, wenn man von Handeln spricht, daß etwas getan wird, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, weil es auf Dauer nicht erträglich ist, wenn 6 Millionen Menschen Arbeit suchen und wenn in den großen Städten festgestellt wird, daß es zu einer Spaltung der Städte kommt, weil bis zu 20 Prozent der Menschen arbeitslos sind oder von der Sozialhilfe leben müssen.

Ein Gleiches erwarten die Menschen auch, wenn es um Ausbildungsplätze geht. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß dieses Thema von allen ernstgenommen wird. Ich empfehle das, was ich hier in Hannover organisiert habe: In diesem Jahr wurden 10 Prozent mehr Ausbildungsplätze geschaffen, als wir es vorgesehen hatten. Ich empfehle jedem privaten und - das füge ich hinzu - auch jedem öffentlichen Arbeitgeber, ein Gleiches zu tun. Dann hätten wir keine Sorge um die Ausbildungsplätze für die jungen Menschen in unserer Republik, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn es um das Handeln geht, dann wollen natürlich die älteren Menschen in unseren Städten und Gemeinden wissen, wie ihre Zukunft aussieht. Es kann nicht so sein, daß die Lebensarbeitszeit verlängert wird und dies insbesondere die Frauen in einer zum Teil nicht vertretbaren Weise umfaßt.

Wenn es um Handeln geht, dann müssen wir, glaube ich, mithelfen, dafür zu sorgen, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen in unseren Städten so geschaffen werden, daß sich endlich im Rahmen einer Gesamtfinanzreform das, was wir kommunale Selbstverwaltung nennen, realisieren läßt und in Zukunft ein größeres Ausmaß erfährt, als dies im Augenblick in vielen Bereichen der Fall ist - sehen wir uns an, was die Länder und auch der Bund an Reglementierungen schafft, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Rahmenbedingungen.

Ich glaube, daß „Handeln für die Zukunft“ ein Thema ist, das uns alle in besonderer Weise bewegen muß. Deshalb wünsche ich Ihnen allen, meine sehr verehrten Damen und Herren, gute Beratungen und gute Entscheidungen. Ich wünsche Ihnen, daß Sie sich in unserer Stadt wohlfühlen, in einer Stadt, die nicht noch einmal 20 Jahre warten möchte, bis ein nächster Parteitag der CDU hier stattfinden kann. - Ich wünsche Ihnen alles Gute. Herzlich willkommen in Hannover!

(Beifall)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Oberbürgermeister Schmalstieg. Es wäre wünschenswert, wenn bei der zukünftigen Gestaltung der Landeshauptstadt ein wenig mehr als bisher auf das Wort von Rita Pawelski gehört werden könnte; denn immerhin hat sie fast 50 Prozent der Wähler auf sich vereinigen können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine geschäftsleitende Bemerkung noch: Ich möchte die Stimmzähl-Kommission bitten, sich jetzt rechts hinter der Bühne zu treffen. - Danke schön.

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt 8:

#### BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich erteile das Wort unserem Vorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! „Handeln für die Zukunft“ ist das Thema dieses Parteitags. Wir knüpfen mit diesem Thema bewußt an unseren letzten Bundesparteitag in Karlsruhe an. Dieses Thema drückt auch das aus, was die Menschen in Deutschland von den demokratischen Parteien und insbesondere von uns, der CDU, erwarten. Sie wollen ganz einfach, daß wir für unser Land eine gute Zukunft sichern. Sie wollen, daß sie die Chance haben, ihr persönliches Glück selbst zu gestalten. Sie wollen vor allem, daß wir endlich in allen Bereichen zur Kenntnis nehmen, daß sich die Welt um uns herum dramatisch verändert und daß wir in Deutschland dennoch fähig sind, eine menschliche Gesellschaft zu bewahren.

Die großen Themen dieses Parteitages leiten bereits über in das nächste Jahrhundert, denn das, was wir hier heute und morgen beschließen, wollen wir auf dem Parteitag im nächsten Jahr, 1997, fortführen und weiter ausarbeiten. Dies wird die Plattform sein für das Wahljahr 1998. Wir müssen uns klarmachen, daß der übernächste Bundestag im Jahre 2002 gewählt wird. In diesen Zahlen schwingt viel mit: Ende des Jahrhunderts, Ende des Jahrtausends. Es ist eine Zäsur, und nicht nur eine Zäsur im Ablauf der Kalendertage, sondern es geht eine Epoche zu Ende, und dies wird für jedermann, der es kann und will, erkennbar. Deshalb hat Christian Wulff ganz recht, wenn er uns eben mit großer Leidenschaft aufgerufen hat, jetzt die Weichen für morgen zu stellen, und zwar richtig zu stellen, jetzt nicht auf Besitzständen zu verharren, sondern die notwendigen Entscheidungen zu diskutieren, zu erarbeiten und dann durchzusetzen. Ich denke, die wichtigste

Botschaft dieses Parteitages nach draußen muß sein: Dies wollen wir, und niemand wird uns daran hindern, und schon gar nicht die deutschen Sozialdemokraten.

(Anhaltender starker Beifall)

Die Strategie der SPD ist klar. Sie will Stillstand, sie will uns am Handeln hindern, sie will Unzufriedenheit, sie will mit einer Politik der totalen Obstruktion im Bundesrat den Machtwechsel 1998 erzwingen. Das Wohl des Landes ist ihr dabei ziemlich gleichgültig, und wer mit in den Bundesländern verantwortlichen SPD-Kollegen unter vier Augen spricht, weiß auch, daß viele von ihnen sehr genau sehen, daß dieser Kurs der eigenen Partei eigentlich unerträglich ist.

(Beifall)

Es geht der SPD-Führung um die Macht um jeden Preis. Dieser Machtwechsel wird der SPD nicht gelingen. Jeder - auch bei uns - muß wissen, worum es jetzt geht. Wir haben vor vielen Jahren über die „Lagertheorie“ gestritten. Jetzt brauchen wir nicht mehr zu streiten: Rot und Grün bilden ein Lager. Es geht für 1998 ganz einfach darum, daß Rot-Grün - erforderlichenfalls mit Hilfe der PDS - an die Macht will. Das ist die einfache Feststellung, von der wir ausgehen müssen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn der Sprecher der Grünen im Bundestag vor einigen Tagen auf einer Tagung öffentlich sinngemäß sagte - ganz ehrlich, wie ich finde -: Es ist wichtig, daß wir - die Grünen - uns auf 1998 konzentrieren, nicht auf irgendein Sachthema, sondern auf die Machtfrage! dann haben wir einen klaren Ausweis dieser These. Sie wollen eine Koalition bilden. Und wenn es nicht reicht, wird Grün-Rot ungeachtet aller bisherigen Erklärungen und Beteuerungen mit Hilfe der PDS versuchen, an die Macht zu kommen. Das haben sie in Sachsen-Anhalt schon praktiziert.

Wer aufmerksam ins Land schaut, sieht, wie von rot-grüner Seite überall die Hemmschwellen gegenüber der PDS systematisch abgebaut werden. Dies ist gerade in Brandenburg - und dieser Platz ist mit Blick auf den dortigen Ministerpräsidenten besonders symptomatisch - erneut geschehen: Dort wird der Religionsunterricht aus den Schulen entfernt. Meine Damen und Herren, das haben wir in Deutschland schon einmal erlebt. Die Folgen kennen wir alle. Und ich finde, es gibt viel zuwenig Stimmen gegen diesen Skandal.

(Anhaltender Beifall)

Wir müssen das den Menschen sagen: Wir haben es zweimal in diesem Jahrhundert erlebt, in einer braunen und in einer roten Diktatur.

Wir wurden heute früh vom Landesbischof von Hannover in einem Rückblick auf die Einführung des damaligen Bischofs vor 50 Jahren an die Zeiten erinnert, in denen diese Kirche ohne Dach war. Es war ein Neuanfang.

Wir wollen auch im Sinne unseres Verfassungsverständnisses, daß Kinder in deutschen Schulen Unterricht auch im Glauben an Gott erhalten, wenn sie und ihre Eltern dies wünschen.

(Anhaltender Beifall)

In Brandenburg ist gerade geschehen, daß eine Frau, die das SED-Unrecht legitimiert hat, zur Hüterin einer demokratischen Verfassung gemacht wurde.

(Vereinzelt Pfui-Rufe)

Es geht nicht darum, ob jemand dazugelernt hat; das ist wünschenswert, ist lobenswert. Es geht darum, ob er schon glaubwürdig ist. Es ist allerdings fraglich, ob der erste Schritt auf diesem Weg gleich „Hüterin der Verfassung“ sein muß, weil doch so viele Fragen offenbleiben und ich in bezug auf eine mittel- und langfristige Personalpolitik bei dieser Entscheidung nicht nur den heutigen Tag, sondern auch die Zeit vor uns sehe. Wir sollten auf jeden Fall wachsam sein!

Wir, die Union, werden die PDS mit allen demokratischen Mitteln bekämpfen. Sie ist die Nachfolgepartei der SED, die so viel Unglück über unser Land gebracht hat. Das müssen wir immer wieder deutlich sagen, auch jenen in den Medien, die die „Vortänzer“ dieser Gruppe, weil sie besonders unterhaltsam sind, dem deutschen Publikum fortwährend vorführen, ohne die Wahrheit zu sagen.

(Starker Beifall)

Es geht nicht darum, Menschen, die sich geirrt haben, den Weg dorthin fanden, den Weg zu den Demokraten und zu demokratischen Institutionen zu versperren. Wir wollen möglichst viele Wähler der PDS für uns gewinnen. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen deutlich sagen, daß mit den PDS-Kadern keine Gemeinsamkeit möglich ist.

(Starker Beifall)

Herr Oberbürgermeister, ich habe mich eben gefreut, daß Sie hier den Namen Kurt Schumachers erwähnt haben. Für meine Begriffe gehört er zu denen, von denen in Deutschland viel zuwenig gesprochen wird, in seiner eigenen Partei wie überhaupt unter Demokraten. Er war eine der großen Gestalten der deutschen Politik in diesem Jahrhundert. Er hat in den bitteren Jahren seiner Haft in Konzentrationslagern niemals seinen Glauben an die Freiheit aufgegeben, und er war bis zu seinem Todestage einer der erbittertesten Gegner jeder kommunistischen Diktatur in der Welt. Das haben wir nie vergessen.

(Starker Beifall)

Liebe Freunde, es ist also klar, was auf uns zukommt. Deswegen erwarte ich von einem jeden in der CDU, und zwar in allen Bereichen, in den Orts-, in den Kreis-, in den Bezirks- und Landesverbänden, daß wir diesen Weg gemeinsam gehen, daß wir ihn mit Mut, mit Sachverstand und mit Offenheit gehen, daß wir in einer freundschaftlich-kameradschaftlichen Weise zusammenstehen und daß wir vor allem kämpfen, nicht indem wir jetzt auf diesem Parteitag bloß proklamieren „Wir werden kämpfen“ - das können wir uns sparen -, sondern indem wir hinausgehen und das Notwendige vor Ort in den Betrieben, in Stadt- und Gemeinderäten, in den Landtagen, im Bundestag, überall dort, wo wir unseren Mann, unsere Frau zu stehen haben, tun.

Wichtig ist - anknüpfend an das, was wir heute beim ökumenischen Gottesdienst gehört haben -, daß wir auch sagen: Danke! Ich will Dank sagen all jenen, die in dieser Zeit hilfreich waren, hilfreich sind, den vielen Tausenden unserer Freunde und Anhänger in Stadt und Land, die zu uns stehen, die zu mir stehen - ich sage das auch sehr persönlich -, die unsere Politik

überhaupt erst möglich machen, die uns tragen - und manchmal auch ertragen, wenn sie morgens die Zeitung aufschlagen - und die das Gefühl haben sollen, daß wir zusammengehören.

Ich nenne die Kolleginnen und Kollegen aus der Bundestagsfraktion, denen ich sehr herzlich dafür danke, daß sie in einer sehr schwierigen Zeit ihre Pflicht tun. Es ist ein Amt, das oft nicht die angemessene Anerkennung findet. Ich nenne für alle in der Bundestagsfraktion unseren Freund Wolfgang Schäuble.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich danke Wolfgang Schäuble ganz einfach für seinen Dienst. Dieses alte, preußisch zu verstehende Wort ist ein gutes Wort. Wolfgang Schäuble leistet unserer Sache, unserer Ideengemeinschaft einen Dienst. Er tut dies in einer ganz unnachahmlichen Weise, mit einem persönlichen Einsatz und einem Engagement, das auch mich an manchen Tagen staunen macht. Er tut es mit Sachverstand und Ironie, zupackend und kämpferisch. Ich möchte eigentlich wünschen, daß dies für viele ein gutes Beispiel ist. Lieber Wolfgang, herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall)

Ich danke auch unseren Mitarbeitern in der Partei sehr herzlich, auch und vor allem den hauptamtlichen Mitarbeitern, die draußen im Lande in den Kreis-, Bezirks- und Landesgeschäftsstellen arbeiten. Ich danke vor allem auch den Mitarbeitern im Adenauer-Haus. Dabei nenne ich an erster Stelle unseren Freund Peter Hintze, unseren Generalsekretär,

(Anhaltender Beifall)

*der in der ihm eigenen Weise seinen Dienst tut, enorm engagiert und mit der ganzen Besorgtheit eines Mannes, der als Theologe um die Fragen der Menschen in ihrem Alltag weiß. Er hilft uns auch in einer ganz hervorragenden Weise in der Praxis unserer Politik. Mit ihm zusammen nenne ich unseren Freund Hans-Joachim Reck, den Bundesgeschäftsführer, der am Ende dieses Monats eine andere Funktion in der Wirtschaft übernimmt und der uns als ein gelernter Verwaltungsmann viel geholfen hat. Auch dafür vielen herzlichen Dank, Hans-Joachim Reck!*

(Beifall)

Ich danke den Freunden und Kollegen aus den Bundesländern. Ich danke denen, die in der Landespolitik in Opposition stehen; das ist keine leichte Sache. Ich danke ebenso denen, die in der Regierungsverantwortung stehen; das ist auch keine leichte Sache. Es ist nicht leicht, die mittlere Linie zu finden, wenn es zum einen um die Interessen des eigenen Bundeslandes, für das man Verantwortung trägt - das entspricht auch dem Amtseid -, und zum anderen um das geht, was im gesamt-staatlichen Interesse zu tun ist. Herzlichen Dank für die Unterstützung gerade jetzt im Bundesrat, wo die Dinge schwieriger sind als in früheren Zeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich danke unseren Freunden aus der CSU ganz herzlich, allen voran - ich will es jetzt schon sagen; er kommt morgen früh zu uns - dem Vorsitzenden der CSU, dem Bundesfinanzminister Theo Waigel.

(Beifall)

Ich sage diesen Dank gerade in diesen Tagen besonders gerne, weil das Amt eines Bundesfinanzministers nie ein Amt ist, das viele Lorbeeren bringt. Es wird jetzt zwar erzählt, zu Fritz Schäffers Zeiten sei das anders gewesen; ich kann mich aber nicht erinnern - ich war damals immerhin schon dabei -, daß Fritz Schäffer in Danksagungen untergegangen ist.

(Heiterkeit)

Als er aus dem Amt geschieden war, haben sich die Danksagungen dann langsam eingestellt, nicht zuletzt deshalb, weil viele, die nach ihm kamen, an seinem Maß nicht zu messen waren. Ich bin froh, daß wir in Theo Waigel einen Finanzminister haben, der in der ihm eigenen Art, manchmal mit einem herben Charme, aber immerhin mit Charme,

(Heiterkeit)

sein Amt wahrnimmt, der heftig reagieren kann, weil er mit Leidenschaft bei der Sache ist, der aber - dies sage ich mit Nachdruck und mit Nachdenklichkeit - ein verlässlicher Mann ist. Was wollen wir in der Politik eigentlich mehr, schon gar bei einem Finanzminister, als daß man sagen kann: Er ist ein verlässlicher Mann? Herzlichen Dank an Theo Waigel!

(Beifall)

Liebe Freunde, die Koalition von CDU, CSU und FDP hat in den vergangenen 14 Jahren gute Arbeit geleistet. Wir haben große Erfolge errungen. Wir haben auch Fehler gemacht. Wir haben gemeinsam schwierige Zeiten durchgestanden. Wir alle haben aber gelernt - das will ich gerade heute betonen -, daß in einer Koalition die Sache nur gutgeht, wenn alle - das heißt in unserem Fall konkret CDU, CSU und FDP - wissen, daß sie nur gemeinsam erfolgreich sein können. Wir wissen auch - das sollten wir an keinem Tag vergessen -, daß in einer Koalition jeder Partner dem anderen den notwendigen Anteil am gemeinsamen Erfolg gönnen muß. Es ist wahr, daß unsere Koalition ungeachtet aller Erfolge in der einen oder anderen Frage natürlich noch verbesserungsfähig ist. Warum auch nicht? Das Ziel aber - dies sei deutlich gesagt - ist klar. Wir wollen die Koalition der Mitte auch nach 1998 fortsetzen, im Sinne einer klaren Antwort auf Rot-Grün und PDS. Das müssen die Deutschen wissen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir als CDU wollen den Menschen eine klare, eine nüchterne, eine verlässliche Perspektive eröffnen, eine Perspektive, die sie zu Recht einfordern können. Wir haben durch unsere Politik in den letzten anderthalb Jahrzehnten bei der Mehrheit der Menschen ein Vertrauenskapital erarbeitet. Dieses Kapital wollen wir weiter ausbauen.

Ich spreche von Vertrauen. Vertrauen fliegt einem nicht zu. Vertrauen muß erworben, ja erarbeitet werden. Vertrauen muß erhalten werden. Das heißt für uns auch nach 14 Jahren Regierungsverantwortung, daß wir fähig sein müssen, auf die Menschen zuzugehen, ihre Sorgen aufzunehmen, sie zu verstehen, mit einem Wort: nicht verschlossen zu sein, abgehoben zu sein, sondern sich den Menschen zuzuwenden und sie gewissermaßen abzuholen, also nicht zu warten, bis sie zu uns kommen. Die Bürger erwarten von uns eine verlässliche Politik. Verlässliche Politik - das hat sich in diesen Zeiten einmal mehr deutlich gezeigt - ist nur möglich, wenn sie ehrlich ist. Eine ehrliche Politik kann und muß auch unbequeme Politik sein. Vie-

le im Lande - ich behaupte, daß dies für die Mehrheit im Lande gilt - haben längst erkannt, daß wir so wie bisher einfach nicht weitermachen können. Die These „Weiter so!“ ist eine These von vorgestern. Jetzt gilt es, Zukunft zu sichern. Das ist die entscheidende Voraussetzung auch für den Erfolg.

Liebe Freunde, die Menschen erwarten eine verlässliche Antwort auf komplizierte Fragen. Damit stellt sich das Problem ein, komplizierte Fragen, sehr schwierige Sachverhalte in einfache Formeln zu gießen und verständlich zu machen und zwar so, daß diese Formeln nicht unrichtig werden.

Ich will ein Zweites nennen. Dies sage ich auch im Blick auf manche Stimme in der Öffentlichkeit. Wir wollen mehr Demokratie wagen - so lautete die große Verheißung der 60er Jahre. Demokratie heißt Diskussion, heißt Offenheit, heißt miteinander sprechen, heißt miteinander diskutieren und kontroverse Meinungen austragen.

Aber gleichzeitig lese und höre ich: Das muß sofort entschieden werden! - Doch beides auf einmal geht nicht - eine breite Diskussion und eine sofortige Entscheidung! (Wie heißt doch dieses blöde Wort? „Das muß zur Chefsache gemacht werden.“)

Liebe Freunde, wenn man eine Steuerreform machen will und machen muß - und wir wollen dies, und wir machen dies -, dann muß man die ganze Breite der Gegensätze erst einmal in Rechnung stellen. Wir sind eben eine Volkspartei, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Gewerkschaftler und Unternehmer, Mittelständler, Bauern, Beamte, Junge und Alte, Frauen und Männer ihre politische Heimat haben. Deren Interessen müssen diskutiert werden können, und deswegen erwarte ich, daß wir diese Diskussion auch führen und uns dieser Diskussion nicht schämen. Damit meine ich natürlich eine Diskussion in einer Umgangsform, bei der auch in der eigenen Partei die andere Meinung respektiert wird. Manche haben ja beinahe eine sadistische Freude daran, immer noch einen drauf zu setzen. Vielleicht sollte der eine oder andere einmal nichts sagen.

(Beifall)

Aber damit das nicht mißverstanden wird: Was ich meine, ist kein Denkverbot. Ich meine, daß wir offen miteinander um den besten Weg ringen und ihn finden.

Unsere Chancen sind gut. Wenn wir den Menschen in Deutschland unsere Vision vom wiedervereinigten Deutschland und vom sich einigenden Europa zeigen, wenn wir deutlich machen, daß das nicht ein alter, sondern ein junger Kontinent mit Zukunft ist, dann haben wir unsere Chancen.

Wenn wir mehrheitsfähig bleiben wollen, müssen wir bei dem bleiben, was sich immer als richtig erwiesen hat. Wir bleiben die Partei der Mitte. Von den Extremen von rechts und von links ist für unser Volk nie etwas Gutes gekommen.

Mitte heißt aber auch Augenmaß und Absage an Radikallösungen. Mitte heißt für uns, daß wir Volkspartei sind und nicht einseitig für diese oder jene Gruppe im Land Partei ergreifen. Darin wollen wir uns auch in Zukunft von anderen unterscheiden. Wir konzentrieren uns nicht auf ein bestimmtes Milieu oder auf eine bestimmte Klientel. Wir lehnen es ab, Junge gegen Alte,

Ost gegen West, Unternehmer gegen Arbeitnehmer auszuspielen. Um es ganz einfach zu sagen: Als Volkspartei wollen wir uns weder aus der Gewerkschafts- noch aus der Arbeitgeberzentrale bestimmen lassen. Wir haben das Ganze im Blick, und das soll so bleiben.

(Beifall)

Christian Wulff hat eben - und ich fand das gut - hier den unvergeßlichen 76er Bundespartei-tag in Erinnerung gerufen. Er hat gesagt, wir haben die Idee der deutschen Einheit nie aufgegeben. Wir haben die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes mit Hilfe unserer Freunde und Partner in der Welt sowie mit Unterstützung der Menschen in der damaligen DDR durchgesetzt. Und auch das muß wieder einmal deutlich werden, nicht nur hier, sondern überall in den Kreisverbänden: Wir werden überall dort, wo wir es können, jene bekämpfen, die jetzt die Geschichte verfälschen und umschreiben wollen. Viele von denen wollen nur ihren damaligen Verrat an der Idee der Einheit und der Zukunft unseres Volkes vertuschen.

Um so größer ist unser Respekt vor denen, die sich der kommunistischen Diktatur nicht beugten, die sich dem SED-Regime mutig entgegenstellten. Viele von ihnen wurden ausgebürgert, eingesperrt, verfolgt. Sie sind uns in der CDU ganz besonders willkommen. Ich finde es ganz unerträglich, daß heute immer weniger von der Unmenschlichkeit des SED-Regimes gesprochen wird. Wer einmal die Käfige im Zuchthaus von Bautzen gesehen hat,

(Zuruf: Sehr richtig!)

den lassen diese Bilder nie mehr los. Wir haben das nicht vergessen!

(Beifall)

Liebe Freunde, mehr als jede andere Partei sind wir im Westen wie im Osten Deutschlands als Volkspartei der Mitte verankert. Ich sage auch dies mit Bedacht: Wir sind auch für jene offen, die sich nach ihren Lebenserfahrungen von der SED-Diktatur abgewandt haben und die sich jetzt - und zwar ganz eindeutig - auf den Weg zur freiheitlichen Demokratie gemacht haben. Jenseits aller parteipolitischen Überlegungen müssen wir uns als die einigende Kraft auf dem Weg zur inneren Einheit Deutschlands begreifen. Dazu gehört auch in der Partei - zwischen den Landesverbänden der Partei in Ost und West -, daß wir aufeinander hören, daß wir voneinander lernen und daß niemand glaubt, er besitze das Monopol auf Wahrheit. Diejenigen, die - wie ich und die meisten hier im Saal - das Glück hatten, im Westen auf der Sonnenseite deutscher Geschichte zu leben, müssen zuhören und auf unsere Freunde, auf unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den neuen Ländern zugehen. Aber auch die Menschen in den neuen Ländern müssen zuhören und erfahren, daß das, was in Westdeutschland, in der alten Bundesrepublik, aufgebaut wurde, jahrelange Arbeit, Fleiß und viel Hingabe erfordert hat, daß dieser Wohlstand nicht über Nacht gekommen ist. Mit einem Wort, wir müssen zusammenstehen und zusammen in die Zukunft gehen.

Ich glaube aber, das Allerwichtigste ist jetzt - so schwer dies im Alltag sein mag -, daß wir angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt, in Europa und in Deutschland die Herausforderungen nüchtern und realistisch erkennen und daß wir vielleicht einmal wieder beginnen, uns an nüchternen Zahlen, die nicht parteipolitisch sind, sondern die eben objektiv Sachverhalte beschreiben, zu orientieren.

Als ich 1930 geboren wurde, lebten auf der Erde 2 Milliarden Menschen. 1950, im Jahr meines Abiturs, waren es 2,5 Milliarden. Heute sind es 6 Milliarden. Das spricht sich so einfach, aber wer aufmerksam die globalen Entwicklungen beobachtet, sieht, welche dramatischen Folgen das für die Weltgesellschaft in vielen Bereichen hat.

Weltweit nehmen die ökologischen Herausforderungen zu. Die Frage des Schutzes der Erdatmosphäre ist nicht nur eine Frage, die ich bei meinen Besuchen mit dem Präsidenten Brasiliens oder in ein paar Tagen mit dem Präsidenten Indonesiens bespreche; das sind die beiden Länder, in denen die größte Fläche an Regenwäldern noch erhalten ist. Nein, es ist auch unsere Frage. Wenn die Regenwälder dort verschwinden, wird sich das Klima hier in Hannover dramatisch verändern.

(Beifall)

Wenn wir das endlich begreifen, ist das eine ganzheitliche Betrachtung der Welt sowie der Entwicklungen mit ihren Folgen und Konsequenzen für uns.

(Beifall)

Die Exportnation Deutschland erlebt, wie in China, in Südkorea, in Indonesien und in vielen anderen ostasiatischen Regionen neue Herausforderungen für uns entstehen, wirtschaftlich und technologisch, wie traditionelle Konkurrenten, die USA, Japan und unsere westeuropäischen Nachbarn, ihre Stärken ausbauen und wie sich mitten in Europa, vor unserer Haustür, in Mittel- und Osteuropa, neue Konkurrenten entwickelt haben.

Meine Damen und Herren, als Folge der weltpolitischen Veränderungen, und zwar der erfreulichen weltpolitischen Veränderungen, drängen heute - und das ist eine eindrucksvolle Zahl - rund 2 Milliarden Menschen aus den ehemals geschlossenen sozialistischen Systemen mit ihrer Arbeitskraft und mit ihren Produkten auf die Weltmärkte. Wer in Deutschland über die Sozialpolitik des Alltags diskutiert, etwa über die Lohnfortzahlung, muß dies endlich zur Kenntnis nehmen, wenn wir Zukunft haben wollen.

(Beifall)

Die Europäische Union mit ihren 370 Millionen Menschen entwickelt sich zu einem der großen wirtschaftlichen und weltpolitischen Akteure des kommenden Jahrhunderts. Und in Deutschland? Auch hier sind doch die Veränderungen unübersehbar. Der weltweite Trend zur Informationsgesellschaft stellt unser Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungssystem auf den Prüfstand. Es gibt dramatischste Veränderungen und Verschiebungen im Altersaufbau der Bevölkerung unseres Landes - mit enormen, überhaupt nicht vermeidbaren Konsequenzen für das Sozialsystem und für das Verhältnis der Generationen untereinander.

Das müssen wir den Menschen sagen, wenn wir die konkreten Einzelfragen der Politik ansprechen.

Zu dieser Veränderung gehört die Vollendung der inneren Einheit, die Jahre dauern wird. Dabei haben wir inzwischen lernen müssen, daß es nicht nur um die materiellen, sondern vor allem auch um die immateriellen Fragen geht. Das Auseinanderleben in 40 Jahren bereitet uns weit größere Probleme als wir - und auch ich - angenommen haben.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist für uns angesichts von fast vier Millionen Arbeitslosen die innenpolitische Frage Nummer eins. Wir können diesen Problemen und Fragen nicht ausweichen, aber wir können sie anpacken, und wir können in vielen, vielen Einzelfällen Fortschritte erzielen.

Wir haben lernen müssen, daß die Globalisierung der Weltwirtschaft unvermeidlich ist. Wir haben gelernt, daß die nationalen Grenzen zunehmend an Bedeutung verlieren, ich sage: Gott sei Dank.

Wir erleben, daß große Unternehmen auch in diesem Land weltweit operieren müssen, damit ihre Stammhäuser überleben können. Dies alles hat doch Konsequenzen. Wir haben vor allem bei der internationalen Arbeitsteilung und bei den Lohnkosten lernen müssen, daß wir einen internationalen Wettlauf um die niedrigsten Löhne nicht antreten können und wollen.

Aber: Wir können doch auch nicht zulassen, daß immer mehr Arbeitsplätze zu hohen Arbeitskosten zum Opfer fallen. Wenn die Arbeitsstunde eines Entwicklungsingenieurs für Nachrichtentechnik - dies ist, wenn Sie so wollen, der Prototyp eines Zukunftsberufes - in Deutschland jetzt 135 DM, in England 99 DM und in Ungarn 54 DM kostet, und wenn in Indien in Großlabors eines Weltkonzerns aus Deutschland - ich habe dort erstklassig ausgebildete Ingenieure gesehen - der Stundenlohn 35 DM beträgt, dann haben wir doch Tatsachen, die nicht von der Hand zu weisen sind.

Es darf uns dann doch nicht wundern, daß es immer wieder Unternehmer gibt, die sagen: Wir müssen angesichts dieser Lohnkostenunterschiede ins Ausland gehen. Ob das immer so sein muß, ist dann eine zweite Frage, die man ebenfalls diskutieren muß.

Wir können es uns nicht länger leisten, daß Forschung und Entwicklung als Quellen künftiger Arbeitsplätze und Einkommen aus dem Land verlegt werden. Das heißt - das ist doch keine Frage nur der CDU, der SPD, der FDP oder einer anderen Partei -, daß wir gemeinsam fähig sein müssen, als Bürger dieses Landes vorurteilslos darüber nachzudenken, wie wir Arbeitskosten senken können, ohne Einkommen abzubauen und wie wir zu flexibleren Arbeitszeiten kommen können. Jeder weiß doch: Die Chancen sind überhaupt noch nicht ausgeschöpft. Wir müssen wissen, daß die Globalisierung der Märkte die weltwirtschaftlichen Gewichte rasant verschiebt. Ich will die Zahlen hier bringen und bitte dazu besonders um Ihre Aufmerksamkeit: Der Anteil der jungen ostasiatischen Industrieländer am Welthandel hat sich seit 1970 vervierfacht, und zwar von zweieinhalb Prozent damals auf 10 Prozent heute. Im gleichen Zeitraum, liebe Freunde, ist der deutsche Anteil von 12 Prozent auf 9 Prozent geschrumpft, und die Tendenz geht nach unten. Das muß gestoppt werden,

(Beifall)

und zwar nicht mit Geschrei und Transparenten, sondern mit gemeinsamen Taten.

Diese Zahlen müßten uns nachdenklich stimmen, denn immerhin hängt noch jeder fünfte Arbeitsplatz in Deutschland vom Export ab. Viele unserer Unternehmen haben sich auch in der Vergangenheit bequem auf westeuropäischen Exportmärkten eingerichtet. Sie haben - das ist doch wahr, man kann es doch sagen - auch Wachstumsregionen außerhalb Europas vernachlässigt.

Wir können für uns in Anspruch nehmen, daß wir sehr früh gewarnt haben. Das Asien-Konzept und das Lateinamerika-Konzept, das nicht zuletzt die Bundesregierung unter meiner Führung entwickelt hat, hätte schon früher auch von anderen entwickelt werden können. In allen Regionen der Welt - das ist doch die eigentlich wichtige Frage für uns - herrscht Aufbruchstimmung, nicht Weltuntergangsstimmung. Es herrscht Aufbruchstimmung, und zwar auch vor unserer Haustür unmittelbar in Mittel- und Osteuropa.

Der Konkurrenzdruck aus diesen Ländern kann doch kein Grund dafür sein, daß wir uns abschotten; denn diese Konkurrenten sind doch auch zugleich unsere Kunden.

Die deutsche Ausfuhr - das will ich einmal bei der Gelegenheit in Erinnerung rufen - in die Länder Mittel- und Osteuropas ist trotz des Endes des Warschauer Pakts und trotz der dramatischen Umbrüche in den Jahren 1989 und 1990 höher als vor dem Fall des Eisernen Vorhangs. 1989 exportierten die Bundesrepublik und die damalige DDR zusammen in diese Länder Waren im Wert von 33 Milliarden DM. Heute sind es 45 Milliarden DM, und die Tendenz ist steigend.

Wahr ist auch - und das ist bitter, aber ich spreche es aus -, daß bei dieser dramatischen Veränderung vor allem der Anschluß für die Betriebe in den neuen Ländern nur sehr schwer zu finden ist. Die Erfahrung mit SKET in diesen Tagen in Magdeburg hat uns das wieder in einer dramatischen Weise vor Augen geführt. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir uns dieser Herausforderung stellen müssen.

Wahr ist auch, daß unsere Traditions Konkurrenten in Westeuropa und Nordamerika die Zeichen der Zeit erkannt haben. Alle Industrieländer bauen ihre Sozialsysteme um. Einige, wie die Schweden, haben eine radikale Kehrtwende vollbracht. Das muß man doch in Deutschland endlich begreifen. Wenn dies die Sozialdemokraten nicht begreifen, dann hängt das damit zusammen, daß sie in den letzten Jahrzehnten die Ewiggestrigen waren und leider geblieben sind.

(Beifall)

Aber in den anderen Ländern hat man es begriffen; in den Niederlanden, mit einem Premierminister, der viele Jahre hindurch Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes war, in Schweden unter Führung der Sozialdemokraten. Ich könnte noch viele andere Länder nennen und weiß auch - das sage ich konkret in die Diskussion dieser Tage hinein -, daß die Steuerpolitik immer mehr zu einem Standortfaktor wird, daß es weltweit in einem immer stärkeren Wettbewerb um niedrigere Steuersätze und das beste Steuersystem geht.

Es gibt ja viele in Deutschland, die die Gewohnheit haben, wenn sie über unsere Nachbarn in Österreich sprechen, das mit einem leichten Unterton der Überheblichkeit zu tun. Ich habe hier vor mir den neuesten Prospekt aus dem Bundesland Vorarlberg, also ganz in unserer Nachbarschaft. Die schreiben zu diesem Thema, um deutsche Firmen abzuwerben: „Ein Stück Kosten niedriger! Arbeiten, wo andere urlauben!“ Dann kommt: „Steuerniveau: 34 Prozent Einkommensteuer für Kapitalgesellschaften“. Sie hören richtig. Bei uns sind es 45 Prozent. Weiter heißt es: „Keine Gewerbesteuer, keine Vermögensteuer. Lohnstückkosten in der Industrie deutlich niedriger als in Deutschland.“ So geht es weiter bis hin zum niedrigsten Strompreis.

Meine Damen und Herren: „Arbeiten, wo andere urlauben“, schreiben die. Sie bringen Steuersätze, über die wir jetzt gerade diskutieren. Sie reden nicht von diesem Neidkomplex gegen Reiche, wenn sie über die Vermögensteuer reden. Sie haben sie abgeschafft, und zwar unter einer sozialistischen Regierungsführung.

Was ist eigentlich in uns gefahren, daß wir nicht erkennen, was hier in der Nachbarschaft geschieht - nicht irgendwo in Asien, sondern hier ganz in der Nähe zu Deutschland?

(Beifall)

Es ist doch dann grotesk, daß es bei uns heißt: Wer die Vermögensteuer abschafft, der tut etwas für die Reichen.

Gar nicht weit von hier, in der holländischen Provinz Gelderland, wird ganz offen - man kann auch sagen unverfroren; man kann sich darüber ärgern, aber ändert nichts - damit geworben, daß Betriebe aus Deutschland dorthin gehen, weil dort die „deutsche Krankheit“ noch nicht ausgebrochen sei.

Meine Damen und Herren, man kann sich darüber ärgern, bloß das nützt uns gar nichts. Wenn wir die Zahlen nicht verändern, wenn wir die Verhältnisse nicht verändern, wenn wir die Grunddaten nicht verändern, werden die Leute das allmählich zu einem Schlagwort gegen uns verwenden. Das darf nicht sein, und das werden wir ändern.

(Beifall)

Es hat nicht viel Sinn, darüber zu jammern, wie das alles kam. Ich finde, wir sollten fair und ehrlich sein: Eine Menge der Dinge, die uns jetzt beschweren, haben wir mitgetragen. Unsere Zukunftsgestaltung ist sehr viel überzeugender, wenn wir zugeben, daß wir an dem einen oder anderen mit Schuld tragen. Aber es geht jetzt nicht darum, Schuldzuweisungen zu machen, sondern darum, Zukunft zu gestalten und die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Das heißt, für mich und für uns müssen die Entscheidungen der Politik, der Tarifpartner daran gemessen werden, was sie für unsere Wettbewerbsfähigkeit und für unsere Arbeitsplätze bedeuten.

Die Sache ist einfach. Wir stehen heute - ich sage das ohne jede Dramatisierung - an einem Scheideweg. Natürlich sind wir fähig, wenn wir dies wollen, die Chance zu nutzen. Aber wir wollen vor allem eines nicht vergessen: Die anderen warten nicht. Sie werden ihre Wettbewerbsvorteile nicht uns zuliebe aufgeben. Im Gegenteil, sie werden sie weiter ausbauen. Das heißt, wir brauchen mehr Innovation, mehr Ideen. Wir brauchen ein gründer- und technologiefreundliches Klima. Wir brauchen nicht den Abbau, aber den Umbau und die Reform des Sozialstaates, damit unser Sozialstaat und damit soziale Gerechtigkeit auch unter den veränderten Bedingungen möglich sind.

Meine Freunde, ich habe vor allem eine Bitte: daß wir die veränderten Bedingungen den Menschen, und zwar überall, mehr klarmachen. Wer die Altersstruktur der Deutschen betrachtet, der weiß, daß sich die Lebensumstände in diesem Land gewaltig verändern. Die Daten sind keine Erfindung irgendeiner Partei.

1950 waren 6,8 Millionen Deutsche 65 Jahre und älter. Heute sind es 13 Millionen. Im Jahr 2030 - das ist eine absehbare Zeit - werden es 19 Millionen sein, die 65 Jahre und älter sind.

Der Anteil an der Gesamtbevölkerung wird von heute 15 Prozent auf 26 Prozent - das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung! - angestiegen sein.

Es muß doch eigentlich jeder begreifen, daß bei solchen Zahlen unser gesamtes System auf dem Prüfstand steht.

(Beifall)

Zur Jahrtausendwende, also in vier Jahren, werden wir in unserem Land rund 3 Millionen Menschen haben, die 80 Jahre und älter sind.

Eine weitere Zahl - sie ist hochehrfreulich; aber es gilt, sie ernst zu nehmen -: Die Zahl der Menschen, die hundert Jahre und älter sind, hat sich von gut 1000 im Jahre 1980 auf 4500 in diesem Jahr mehr als vervierfacht. Nun kann man sagen, das sind ja nur ein paar tausend Menschen; aber es ist ein Signal dafür, daß die Entwicklung von Volksgesundheit und medizinischer Versorgung - viele höchst erfreuliche Dinge - Konsequenzen hat. Wenn man dies zur Kenntnis nimmt, muß man doch Konsequenzen ziehen.

Auch angesichts der rasch zunehmenden Zahl von Singlehaushalten - 36 Prozent in den alten Ländern, 30 Prozent in den neuen Ländern; in Großstädten wie in Hannover liegt der Anteil in der Nähe von 50 Prozent - merkt man, daß sich etwas ändert, liebe Freunde. Normalerweise bekommen die Singles weniger Kinder; das ist einfach eine Lebenserfahrung und hat nichts mit CDU oder SPD zu tun.

(Heiterkeit)

Es hat aber etwas damit zu tun, daß sich die Lebensverhältnisse verändert haben. Die Leute werden älter, die Geburtenrate in Deutschland ist mit die niedrigste in Europa. Dies verändert das Gesicht der Gesellschaft.

Wir wollen natürlich, daß auch für die Älteren und Alten eine medizinische Versorgung gewährleistet ist. Man kann in den Krankenhäusern viele 80jährige und ältere sehen, die eine Bypassoperation hinter sich haben oder eine neue Hüfte bekommen haben. Aber das hat enorme Folgen für unser Krankenversicherungssystem. Deswegen ist es wichtig, daß wir dies zur Kenntnis nehmen.

Aber, liebe Freunde, laßt uns nicht bei den Zahlen stehenbleiben. Eine Altersstruktur, wie wir sie haben, hat auch enorme psychologische, menschliche Konsequenzen. Wir reden oft - oft auch zu Recht - über materielle Not; aber über die seelische Not und die Einsamkeit, die entstehen, wird kaum gesprochen. Deswegen, so finde ich, muß dann, wenn sich die Gesellschaft so verändert, eine Partei wie die Christlich Demokratische Union erkennen: Wenn man von sozialer Kälte redet, geht es nicht nur um Geld, sondern auch um fehlende menschliche Zuwendung für viele, die im Alter ganz allein sind. Auch das gehört zu dem, was wir unter einer menschlichen Gesellschaft verstehen.

(Beifall)

Weil dies alles stimmt, müssen wir jetzt, nicht später, das System sozialer Sicherungen verändern, reformieren. Jetzt muß über Finanzierbarkeit und Leistungsfähigkeit offen gesprochen werden.

Dabei bleibt unser vorrangiges Ziel, neue Arbeitsplätze zu schaffen. 4 Millionen Arbeitslose - das ist inakzeptabel. Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz, werden aus dem Arbeitsprozeß hinausgedrängt. Sie büßen vielfach in ihrem Umfeld die Chance des Miteinanders ein und oft genug den Glauben an sich selbst. Diese Zahl ist auch volkswirtschaftlich völlig unerträglich und bedeutet eine auf die Dauer nicht tragbare Belastung unseres Sozialsystems.

Hunderttausend Arbeitslose - genauer gesagt: Arbeitslosengeldbezieher - kosten die Gesellschaft 3 Milliarden DM. Deswegen haben wir - nicht nur die Bundesregierung -, sondern Arbeitgeber, Gewerkschaften und Bundesregierung, uns gegenseitig versprochen, daß wir bis zum Jahre 2000 die Zahl der Arbeitslosen halbieren wollen. Ich weiß, dies ist ein ehrgeiziges Ziel. Ich weiß auch, daß eine Menge Leute am Wegesrand stehen, die sagen: Das schafft ihr nie. Aber ich wäre schon sehr zufrieden, wenn wir zwei Drittel dieser angenommenen Zahl erreichen könnten. Das halte ich in der Tat für gar nicht abwegig. Denn durch die Politik der Jahre 1983 bis 1989 haben wir in der alten Bundesrepublik mehr als 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen.

Ich habe auch immer gehört, wir schafften es niemals, Lehrstellen für diejenigen, die sie in Anspruch nehmen können und wollen, bereitzustellen. Wir haben es wieder geschafft, ohne den Knüppel des Staates. Natürlich können wir nicht jedem den Modeberuf verschaffen; das hat es früher auch nie gegeben. Aber wir haben ein gutes Stück durch eine patriotische Tat von vielen - dafür danke ich herzlich, nicht zuletzt dem Handwerk und dem Mittelstand - möglich gemacht.

(Beifall)

Seltsamerweise wird ein zweites gerade von unseren Gegnern verschwiegen - seltsam ist es eigentlich nicht, weil es ihrem Geschäft dient -: Wir vergessen häufig zu erwähnen, daß die Zahl der Arbeitsplätze in den alten Ländern heute, auch nach dem Beschäftigungseinbruch der letzten zwei Jahre, um gut 2 Millionen höher liegt als Mitte der 80er Jahre. Diese Ergebnisse sind vielen zugute gekommen.

Wenn die Arbeitslosigkeit nicht nachhaltig gesunken ist, hat dies auch damit zu tun - das sollten wir endlich zur Kenntnis nehmen -, daß wir zwischen 1988 und 1993, das heißt in fünf Jahren, 2,5 Millionen Zuwanderer auf dem deutschen Arbeitsmarkt aufgenommen haben. Hinter dieser Zahl stecken sehr viele menschliche Einzelschicksale. Rußlanddeutsche und viele andere haben hier eine neue Heimat gefunden und auch Arbeitsplätze. Dennoch bleibt, daß die jetzige Gesamtzahl an Arbeitslosen inakzeptabel ist und daß wir die hohe Arbeitslosigkeit bannen müssen. Wir erwarten - und beteiligen uns selbst -, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbände ihre Aufgabe wahrnehmen.

Dazu gehört eine weitere Feststellung: Ein gutes soziales, ein partnerschaftliches Klima war immer wesentlich für den Erfolg unseres Landes. Es gab ja viel Geschwätz in den letzten Jahren zum Thema Standort Deutschland. Es ist Richtiges und Dümmlisches gesagt worden. Häu-

fig ist vergessen worden, daß der Aufstieg der alten Bundesrepublik, von der Währungsreform an, nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken war, daß wir bei allen Gegensätzen ein vernünftiges soziales Klima im Land hatten und haben.

Ich möchte, daß wir dies beibehalten. Das ist ein wichtiges Gut der deutschen Gesellschaft.

(Beifall)

Das bedeutet ein klares Bekenntnis zum Konsens, aber das heißt nicht - damit ich nicht mißverstanden werde -, daß es Konsens um jeden Preis geben muß. Wenn kein Konsens möglich ist - das haben wir in diesen Monaten erlebt - und es richtig ist, zu handeln, dann muß eben gehandelt werden!

(Beifall)

Aufgabe der deutschen Politik ist es nicht, zu moderieren - Moderatoren haben wir genug, Sie können sie jedes Wochenende im Fernsehen bis zum Überdruß genießen -, Aufgabe der deutschen Politik ist es, zu handeln. Wir werden gewählt - der Kanzler wie alle anderen, die eine Funktion haben -, um zu handeln und zu entscheiden. Das ist die Aufgabe, die wir jetzt zu erfüllen haben!

(Beifall)

Ich habe auch kein Verständnis für jene - das will ich ebenfalls offen sagen -, die glauben, daß es in einer sozial schwierigen Zeit eine günstige Gelegenheit ist, den Sozialstaat auszuhöhlen oder gar zu zerstören. Das findet mit uns nicht statt. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und nicht der Marktwirtschaft. Das ist ein Unterschied, und ich lege großen Wert darauf, daß dieser Unterschied von uns immer wieder deutlich gemacht wird.

(Beifall)

Aber gerade weil das so ist, halte ich sehr wenig von jenen, die glauben, der notwendige Wandel der Gesellschaft könne aufgehalten werden, indem man Drohkulissen errichtet, Probleme verdrängt, mit einem „heißen Herbst“ droht, mit Massendemonstrationen. Liebe Freunde, im Jahr 1983 gab es Massendemonstrationen, und wir haben nicht nachgegeben. Das hat zur Einheit, zum Frieden und zur Freiheit für Millionen in Europa beigetragen.

(Beifall)

Wir wollen, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbände den sozialen Wandel mitgestalten und daß das Interesse der Arbeitslosen vor dem Interesse der Arbeitsplatzbesitzenden an die erste Stelle gesetzt wird. Wir wollen, daß Gespräche geführt werden. Ich hoffe sehr, daß dieses Wort auf dem Parteitag heute den einen oder anderen erreicht, der vielleicht etwas genauer zuhört. Es ist Zeit für gemeinsames Handeln.

Ludwig Erhard - den ich auf diesem Parteitag sehr gerne zweimal zitiere, weil ich denke, daß gerade in solchen Zeiten Anlaß besteht, an diesen großartigen Mann zu erinnern, der zu den großen gesellschaftspolitischen Gestaltern dieses Jahrhunderts gehört und der in unserem Alltag gelegentlich zu leicht vergessen wird - hat in seiner Regierungserklärung am 18. Oktober 1963 gesagt: „Wir laufen Gefahr, daß der produktive Elan unserer Gesellschaft zuneh-

mend dem Genuß des Erreichten weichen will ... Wir müssen damit aufhören, unsere Kräfte und Mittel jeweils nur an speziellen und individuellen Forderungen auszurichten, sondern wir müssen das Ganze bedenken und alles Handeln an gemeinsamen Zielen messen.“ Ich finde, besser kann man es überhaupt nicht ausdrücken.

Das gilt für alle Themen. Das gilt auch für das Thema der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Kein Land der Welt - auch das wird dauernd verschwiegen - kennt eine so großzügige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wie wir sie bisher hatten. Unsere Unternehmen haben durch krankheitsbedingten Arbeitsausfall jährlich eine Belastung von rund 60 Milliarden DM. Das hat Arbeitsplätze gekostet.

Wahr ist auch, daß die jetzige Diskussion in vielen Betrieben zu einem spürbaren Rückgang des Krankenstands schon im voraus geführt hat. Das ist doch auch eine positive Entwicklung, die wir vermerken sollten.

Wenn wir uns im Januar mit den Tarifparteien verständigt hatten, daß sie selbst im Rahmen der Tarifautonomie einen Weg finden wollten, so war das eine gute Sache. Aber dann ist bis April trotz aller Mahnungen nichts geschehen. Deswegen mußten wir handeln. Deswegen haben wir der deutschen Öffentlichkeit am 13. September deutlich gemacht - dafür danke ich noch einmal der Bundestagsfraktion, ganz besonders Wolfgang Schäuble und allen, die für das Gelingen gesorgt haben -: Wir reden, wir verhandeln, aber wir entscheiden dann, wenn dieses Verhandeln zu keinem Ergebnis führt. Das muß auch in Zukunft so bleiben.

(Beifall)

Man sollte wirklich einmal die dramatische Entwicklung in sich aufnehmen. Als Ende der 50er Jahre der gesetzliche Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingeführt wurde, betrug der Urlaubsanspruch eines Arbeitnehmers im Durchschnitt etwa die Hälfte dessen, was heute gilt. Angesichts von sechs Wochen Urlaub statt damals knapp drei Wochen bleibt doch den meisten selbst im Falle der Krankheit noch mehr Urlaub - das sagen Sie bitte auch draußen im Lande - als in nahezu allen Ländern Europas. Auch das ist doch eine der Realitäten.

(Beifall)

Zur Sozialen Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen, gehören Unternehmer wie Arbeitnehmer, die zu ihrer sozialen Verantwortung stehen. Es ist wahr, die gibt es auch in einer großen Zahl. Daneben gibt es aber auch Zeitgenossen - Sie können es oft genug lesen und hören -, die vergessen haben, daß der Begriff Soziale Marktwirtschaft aus zwei Worten besteht: Marktwirtschaft und sozial. Ich kann all jenen, die so denken, nur raten, nicht zu vergessen, daß soziale Verpflichtung auch eine Frage unternehmerischer Klugheit ist, die sich bezahlt macht.

Alle Zwänge des internationalen Wettbewerbs dürfen für uns nicht zur Folge haben, daß wir uns gegenseitig öffentlich darin übertreffen zu verkünden - an manchen Tagen scheint das der Fall zu sein -, in welchem Tempo rationalisiert wird; in einer Art Siegesmeldung wird dann verkündet, wie viele Arbeitsplätze abgebaut wurden. Wer so denkt, mag vielleicht acht Tage später an der Börse einen Anstieg seiner Aktien feststellen. Das ist wahr, das gehört auch zum

System. Aber er vergißt - und das wird ihn einholen -, daß das größte Kapital unseres Landes die Menschen sind. Darauf müssen wir immer wieder verweisen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich bin zutiefst überzeugt davon, daß wir alle wirtschaftlichen Probleme - ich sage: alle - lösen können, wenn wir zusammenstehen in Solidarität, in Partnerschaft. Dies wird nicht an einem Tag geschehen, sondern es mag Jahre dauern. Aber ich glaube, es wäre zuwenig, wenn wir uns allein auf die materiellen Bedingungen konzentrieren würden. Das genügt nicht. Von ganz entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes wird es sein - das hat der Bischof heute in seiner Predigt zu Recht gesagt -, daß wir in unserer Wertordnung eine Grundlage haben, die beständig ist im Wechsel der Zeiten.

Für uns, für die Christlich Demokratische Union, ist das christliche Verständnis des Menschen ethische Grundlage unseres Handelns. Ich zitiere immer wieder - und bitte Sie, das gleiche zu tun - unser Grundsatzprogramm. Dort heißt es: „Für uns ist der Mensch Geschöpf Gottes und nicht das letzte Maß aller Dinge. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt berufen und befähigt ist.“ Das heißt, das C in unserem Namen ist kein Ballast aus alter Zeit. Es ist eine unserer größten Stärken, und so soll es bleiben!

(Beifall)

Vertrauen in die Zukunft, liebe Freunde, kann sich nur dort entwickeln, wo es Vertrauen zwischen den Menschen gibt und der Rechtsstaat Leben, Gesundheit, Freiheit und Eigentum seiner Bürger zuverlässig verbürgt.

Jeder Kaufmann weiß, daß ohne den Grundsatz von „Treu und Glauben“ das Wirtschaftsleben sehr schnell verkommt. Wo jeder nur noch den eigenen Vorteil im Auge hat - und dafür noch als „clever“ prämiert wird -, da ist lähmendes Mißtrauen allgegenwärtig.

Und wo der Staat - das ist unser Staat - nicht mehr bereit und in der Lage ist, Verstöße gegen das Recht ohne Ansehen der Person zu ahnden, da entsteht sehr schnell der Eindruck, daß Ehrlichkeit bestraft wird, oder anders ausgedrückt: daß die Ehrlichen die Dummen sind. Die Konsequenz einer solchen Entwicklung ist fatal: Sie schwächt und zerstört gerade jene Kräfte, die wir für die Zukunft brauchen.

Eine Gesellschaft ohne moralischen Grundkonsens geht zugrunde. - Das ist ein Kernsatz, den niemand vor den Erfahrungen der Geschichte bestreiten kann. Eine solche Gesellschaft hat keine Zukunft, weil ihr die innere Bindung fehlen würde. Deshalb ist es kein Kavaliersdelikt in Deutschland, Steuern zu hinterziehen, Subventionen zu erschwindeln oder Sozialleistungen zu erschleichen.

(Beifall)

Liebe Freunde, Wertmaßstäbe gehen nicht über Nacht und nicht von ungefähr verloren. Wenn wir uns daran gewöhnen, daß Werbeprospekte der einen oder anderen deutschen Bank dem Anleger signalisieren: „Du mußt nur zu uns kommen; das Geldanlagen im Ausland

ist steuerlich günstig“, dann ist das zwar rechtlich in Ordnung, aber das ist eine Haltung, die keine Zukunft für das Land verspricht.

(Beifall)

Dagegen gilt es Front zu machen, auch wenn das im Alltag nicht einfach ist. Es gilt nicht nur, über diejenigen zu reden, die Arbeitslosenunterstützung erschleichen - auch die gibt es natürlich -, sondern auch über die Subventionsbetrüger, auch über die Steuerhinterzieher. Wir wollen alles beim Namen nennen.

(Beifall)

Wir wollen Front machen gegen die Trittbrettfahrermentalität und uns wieder auf den nicht altmodischen, sondern hochmodernen Satz besinnen - das müssen wir den Menschen täglich sagen; die große Mehrheit denkt auch so -: „Wer Rechte in Anspruch nimmt, der muß auch bereit sein, Pflichten zu erfüllen.“ Das muß doch wieder selbstverständlich werden.

(Beifall)

Ich nenne aus unserem Alltag zwei Beispiele, die wir alle erleben: Es gibt nicht wenige, die gar nichts für die Ausbildung junger Leute im dualen System tun. Sie überlassen das dem Handwerksbetrieb nebenan. Aber das ist keine Gesinnung, die akzeptabel ist.

Wir sind uns einig, daß der Staat die Aufgabe hat, den inneren und den äußeren Frieden zu schützen. Dann, liebe Freunde, dürfen wir aber nicht zulassen, daß es zum Modegeschwätz wird, daß Polizisten als „Bullen“ und Soldaten als „Mörder“ beschimpft werden.

(Anhaltender Beifall)

Wir stehen auch zu unserer Überzeugung, daß die Wehrpflicht ein besonderer Ausdruck der Bürgerverantwortung in einer freiheitlichen Demokratie ist.

(Beifall)

Es sind Soldaten unserer Bundeswehr, es ist die Armee unserer Söhne.

Wenn ich dies sage, gehört für mich auch der Respekt vor jenen Zivildienstleistenden dazu, die ihren Dienst in Krankenhäusern, Intensivstationen oder sonstwo leisten, die Schwerstbehinderten helfen und wirklich einen sozialen Dienst leisten.

(Beifall)

Anders ausgedrückt - ich sage es noch einmal -: Es wäre nicht gut um unser Land bestellt, wenn die sogenannten Cleveren, die sich um ihre Pflichten zu drücken verstehen, zum Leitbild unserer Gesellschaft würden.

Die Debatte über unser Strafrecht in diesen Tagen - auch das gehört zum Alltag - zeigt ja, wie manche Maßstäbe verrutscht sind. Es ist kaum mehr die Rede von der persönlichen Verantwortung des Täters für seine Tat. Manche sind inzwischen so weit, daß sie in dem Täter vor allem einen Betreuungsfall für Resozialisierungsmaßnahmen sehen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit wir hier nicht falsch verstanden werden: Ich bin immer dafür eingetreten, daß die Wiedereingliederung von Tätern in die Gesellschaft ein wichtiges Ziel des Strafvollzugs ist. Aber es darf doch nicht so weit kommen, daß die Abschreckung potentieller Verbrecher dabei völlig vergessen wird. Selbstverständlich soll der Täter Anspruch auf Achtung seiner Rechte haben. Aber es gibt doch auch den Anspruch des Opfers auf Schutz vor Verbrechen!

(Beifall)

Je wehrloser ein Opfer ist, desto schwerer wiegt doch dieser Anspruch. Am meisten Schutz brauchen unsere Kinder.

(Beifall)

Da sollten wir nicht nur in die Nachbarschaft schauen. Wir sollten zu uns schauen, ob wir selber das Notwendige tun.

Liebe Freunde, wenn wir über das Wertefundament von Staat und Gesellschaft sprechen, dann gehört für mich auch ein Wort über den Erziehungsauftrag der Schulen dazu. Wir wissen längst, daß wir hier etwas zu tun haben. Jetzt fangen wir bitte nicht die Diskussion an: hier der Bund, da die Länder, da die Gemeinden. Wir sind die CDU Deutschlands. Wir haben eine Gesamtverantwortung. Wenn die Pädagogen jetzt wieder anfangen, Gott sei Dank ganzheitlich zu denken, dann ist das auch für uns ein guter Ratschlag.

Ich verwende jetzt bewußt das Wort „Erziehung“; denn es geht in Wahrheit um Persönlichkeitsbildung. Es geht um Stärkung von Lebensmut und Selbstvertrauen bei Kindern und Jugendlichen. Es geht darum, sie zum rechten Gebrauch der Freiheit anzuleiten.

Die jungen Menschen - das ist eine Binsenwahrheit - sind doch die Zukunft unseres Landes. Eugen Biser, einer der großen Philosophen und Theologen unserer Zeit, hat das so formuliert: „Die Jugend heute ist ein wahres Gottesgeschenk! Mit ganz großen Qualitäten ... gerade in der Hinwendung zu Behinderten, Notleidenden. Auch zu Alten. ... Man sollte der Jugend viel mehr Vertrauen entgegenbringen.“

Aber Vertrauen ist das eine, Hilfe für das Leben ist das andere, und das ist gefragt! Zusammen mit dem Elternhaus ist die Schule dazu berufen, den jungen Menschen die Freude an Leistung und Verantwortung für sich und für andere zu wecken. Wir waren in der öffentlichen Diskussion eine Weile so weit heruntergekommen, daß schon die Worte „Leistung“ und „Verantwortung“ als Ausdruck von Ellenbogenmentalität verschrien wurden.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie dies alles beiseite. Diese Leute, die auf irgendeinem Lehrstuhl, manchmal auch auf Kanzeln herumreden, sind doch längst auf der Müllkippe der pädagogischen Geschichte gelandet.

(Beifall)

Es ist doch wahr: Viele Eltern und viele Lehrer stellen sich mit großer Liebe und Engagement dieser Aufgabe. Sie verdienen unseren Dank - aber nicht nur hier auf dem Parteitag, sondern

im Alltag draußen und in den Schulen -, indem wir zu ihnen stehen, sie in den Elternbeiräten unterstützen und nicht jede Mode mitmachen.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß Kinder und Jugendliche Autoritäten brauchen, daß sie Vorbilder brauchen, daß man ihnen hilft. Der große Pädagoge Helmut Zöpfel, den ich sehr schätze, hat das so ausgedrückt: „Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man glaubt, den Menschen zur Mündigkeit zu führen, indem man ihn sich selbst überläßt. Man überläßt ihn vielmehr allen möglichen Einflüssen, Manipulationen und Interessen.“

Wenn ich das so sage, meine ich das nicht nur in dem vordergründigen Sinne, der sich für unsere Wirtschaft positiv auswirkt. Wenn wir von Bildung und Ausbildung sprechen, geht es nicht nur - ich sage sogar: nicht einmal vor allem - um wirtschaftliche Nützlichkeit.

Es besteht dennoch für mich kein Zweifel, daß die eigentliche Entscheidung über die Zukunft Deutschlands nicht zuletzt in unseren Schulen und Hochschulen fällt, nämlich ob dieses Land im globalen Wettbewerb des 21. Jahrhunderts bestehen wird oder ob wir absteigen.

Unser Land ist rohstoffarm; das ist wahr. Aber wahr ist auch, daß gerade wirtschaftliches Wachstum immer mehr auf Wissen und Bildung beruht. Diesen hohen Lebensstandard werden wir nur erhalten, wenn wir in allen Bereichen wieder „Spitze“ sind - wie es junge Leute ausdrücken -, in Forschung, Technologie und Innovation.

Wir brauchen die Menschen, die in dieser Lage das notwendige Wissen einbringen, Produkte erzeugen und Dienstleistungen anbieten.

Die Leistungsfähigkeit unserer Forschung ist in weiten Teilen völlig unbestritten. Wir haben hervorragende Leute, exzellente Teams, traditionsreiche Einrichtungen; alles Wissen der Welt steht uns in Wahrheit zur Verfügung. Wir können uns international durchaus sehen lassen. Wahr ist, daß es uns nicht gelungen ist - da sind wir auch aufgerufen, unseren Teil dazu beizutragen -, die Zusammenarbeit und den Zusammenhang von Forschung und Wirtschaft besser zu gestalten und Forschungsergebnisse in Markterfolge umzusetzen.

Aber da, liebe Freunde, wir sind wieder beim Thema: Spitzenleistungen in Forschung und Technologie werden vor allem in unseren Schulen und Hochschulen vorbereitet. Die Deutsche Hochschulrektorenkonferenz, ein kompetenter Kreis, hat festgestellt, daß das Abitur heute keine Garantie mehr für Studierfähigkeit ist. Meine Damen und Herren, von wem wollen wir es eigentlich noch hören? Wenn die Rektoren deutscher Universitäten uns bestätigen, daß das Abitur keine Garantie für Studierfähigkeit ist, dann ist es doch überfällig, daß wir etwas tun.

(Beifall)

Das müssen wir doch zur Kenntnis nehmen. Das ist nicht irgendeine Äußerung, sondern das ist eine Äußerung, die uns eigentlich vom Stuhl reißen muß. Sie zeigt doch, daß in vielen Reformjahrzehnten in der Schulpolitik schwere Fehler gemacht wurden. Wir müssen dem Abitur wieder den Rang geben, den es hatte und auch in Zukunft braucht. Das ist nicht zu erreichen, wenn wir die Leistungsanforderungen herunterschrauben. Es ist ein Irrtum, das zu glauben.

(Beifall)

Liebe Freunde, das heißt auch - und das sage ich jetzt auch an meine Adresse, an die Adresse des damaligen Mainzer Ministerpräsidenten Helmut Kohl -, daß wir uns zu häufig von Bildungsideologen Moden haben aufschwätzen lassen, die sich zwar als langlebig, aber als falsch erwiesen haben.

(Beifall)

Wenn das so ist, und wir wissen es, dann müssen wir es ändern.

In diesen Wochen habe ich eine andere bittere Erfahrung machen müssen. Ich gebe ehrlich zu, ich habe das jetzt erst gelernt. Bei meinen Gesprächen mit den Spitzenvertretern der Wirtschaft über die Erzielung möglichst hoher Zahlen für die Lehrstellenbewerber habe ich die Erkenntnis gewinnen müssen, daß wir - und Sie hören richtig - bei den Abgängern aus Haupt- und Realschulen eine Zahl von 10 Prozent haben, die diese Schulen verlassen und anschließend keine Lehre beginnen können, weil ihre Voraussetzungen nicht ausreichen. Die Folge ist, daß die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg 1995 für 36 000 junge Leute Grundbildungs- und Förderlehrgänge durchführen mußte. Das kostet rund eine halbe Milliarde DM. Meine Damen und Herren, die Schule ist dazu da, die Kinder so auszubilden, daß sie die Chance haben, eine Lehre beginnen zu können. Wenn wir dauernd von den Belastungen mit versicherungsfremden Leistungen reden - und die gibt es ja und die gehören auch, sobald wir es können, bei der Bundesanstalt abgebaut -, so ist dies auch eine versicherungsfremde Leistung.

(Beifall)

Damit das klar ist, ich polemisiere jetzt nicht gegen die Lehrer. Das wäre viel zu billig, zumal wir wissen, daß viele Lehrer und Lehrerinnen einen prima Job machen. Ich polemisiere überhaupt nicht. Ich stelle nur an uns die Frage, weil wir auch in Ländern in der Verantwortung stehen: Tun wir genug? Wenn sich zeigt, daß wir nicht genug tun, und davon bin ich überzeugt, beim Abitur genauso wie in diesen Feldern, dann laßt es uns ändern. Es ist Zeit zur Änderung! Das ist das Gebot der Stunde.

(Beifall)

Jürgen Rüttgers wird morgen einen Leitantrag des Parteivorstands vorlegen, der diese Themen anspricht. Ich hoffe sehr auf Ihre Zustimmung.

Wenn wir von Bildungs- und Ausbildungspolitik sprechen, gehört dazu auch die Erziehung zur Selbständigkeit. Mehr Arbeitsplätze werden mit Sicherheit nicht geschaffen - auch das ist eine alarmierende Zahl -, wenn weiterhin über die Hälfte der Absolventen deutscher Universitäten in den öffentlichen Dienst streben. Das heißt, wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem junge Leute, junge Frauen und junge Männer, motiviert werden, daß sie sich selbständig machen, mit Innovation und Dynamik neue Arbeitsplätze schaffen.

Wenn wir über wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Zukunft sprechen, denke ich dabei vor allem an den Mittelstand. Der Mittelstand ist heute der größte Arbeitgeber in Deutschland. Zwei Drittel aller Beschäftigten finden dort ihren Arbeitsplatz. Zwischen 1990 und 1995 sind hier eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Im Vergleich dazu sind bei den Großunternehmen 750 000 Stellen abgebaut worden. Der weltweite Wettbewerb wird die

weltweit operierenden Großunternehmen weiterhin zur Rationalisierung zwingen. Das heißt, zusätzliche Arbeitsplätze werden dort nicht und auch nicht im öffentlichen Dienst möglich sein, wohl aber in der breiten Basis des Mittelstandes. Deshalb sollten wir alles tun, um dem Mittelstand mehr Freiräume einzuräumen, damit sich Kreativität und Einsatzbereitschaft durchsetzen können. Wir beseitigen die Hindernisse für den Mittelstand, für junge Unternehmer und angehende Existenzgründer. Dies ist aktive Beschäftigungspolitik.

Wir haben Maßnahmen auf den Weg gebracht, um mehr Wagniskapital für Existenzgründer zu mobilisieren und den Start in die unternehmerische Tätigkeit zu erleichtern. Ich habe mich gefreut, daß Kardinal Wetter in seiner Predigt am 3. Oktober in München gesagt hat: Je höher die Schutzwälle für Arbeitsplatzbesitzer aufgebaut werden, desto geringer ist die Chance für Arbeitslose, Arbeit zu finden. Das ist ein kluges Kardinalswort. Wir sollten es weitertragen.

Die Staatsfinanzen müssen in Ordnung sein, wenn wir Zukunft sichern wollen. Wir sparen nicht, um Bürger zu ärgern, sondern um für die kommenden Generationen Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Wir haben nicht das Recht, auch nicht beim Staatshaushalt, auf Kosten kommender Generationen zu leben, denn unsere höheren Schulden von heute sind die steigenden Steuern von morgen.

Es ist wahr, die deutsche Einheit hat notwendigerweise eine Erhöhung der Neuverschuldung erforderlich gemacht. Der hohe Kapitaltransfer von 750 Milliarden DM von West nach Ost war notwendig, und ich habe das nie als eine Belastung empfunden. Wir waren ehrlich und haben gesagt, wenn die Mauer fällt, wollen wir alles tun, um für unsere Landsleute in der damaligen DDR, in den neuen Ländern, gleiche Lebensverhältnisse zu schaffen. Wir freuen uns über die deutsche Einheit. Für uns ist sie ein Geschenk. Natürlich ist sie mit Lasten verbunden, aber wir bekennen uns zu diesen Lasten. Wir können nicht akzeptieren, daß sozusagen die einen den Krieg mehr verloren haben als die anderen. Die Menschen in Frankfurt an der Oder haben den gleichen Anspruch wie die in Frankfurt am Main! Das muß man klar und deutlich aussprechen.

(Beifall)

Wir haben mit dieser Politik auch enorme Erfolge, wenn Sie etwa an die Inflationsrate denken. Das ist die beste Sozialpolitik, die wir für die Bezieher von kleinen Einkommen überhaupt machen können. Überlegen Sie einmal, jeder Prozentpunkt Inflation weniger erhöht die Kaufkraft der Beschäftigten, der Bezieher von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe in einer Größenordnung von 20 Milliarden DM.

Wir werden diese Politik fortsetzen; Wolfgang Schäuble wird morgen den Leitantrag zum Thema Steuerpolitik vortragen. Das Ziel ist klar: Wir wollen den Steuertarif senken. Wir wollen echte und spürbare Nettoentlastungen für die große Mehrzahl der Bürger. Wir wollen vor allem auch Schlupflöcher bei der Steuer schließen.

Ich weiß, das findet großen Beifall. Ich bin auf die nächsten Wochen gespannt, wenn im Detail diskutiert wird. Wir sind vielleicht im Januar so weit, daß die Kommission ihren Bericht vorlegt und wir daraus nach vielen Gesprächen im Bund und mit den Ländern, mit den Gemeinden und mit den gesellschaftlichen Gruppen, eine Regierungsvorlage machen können. Ich bin

sehr gespannt, wie groß der Beifall bei dem Thema „Schließen von Schlupflöchern“ sein wird. Ich höre unentwegt, daß alle dafür sind, Subventionen abzubauen, aber immer die vom Nachbarn. Deshalb haben wir eine Bewährungsprobe vor uns.

(Beifall)

Unser Ziel ist klar; wir haben es in der Koalition verabredet: Die Kommission unter dem Vorsitz von Theo Waigel wird bis Ende dieses Jahres ihre Vorschläge vorlegen. Bis Ende 1997 soll die Gesetzgebung abgeschlossen sein, damit die Steuerreform rechtzeitig zum Jahresbeginn 1999 in Kraft treten kann. - Wir wollen diesen Zeitplan ohne Abstriche einhalten. Hier geht es vor allem darum, daß die Wirtschaft und die Bürger verläßlich für die Zukunft planen können.

Das gleiche gilt für das System der sozialen Sicherung, das jetzt ebenfalls auf den Prüfstand muß. Ich denke vor allem an die dramatischen Auswirkungen der demographischen Entwicklung - ich habe die Zahlen vorgetragen - auf die Rentenversicherung.

Die Sache ist ziemlich einfach, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, wie alt die Sozialversicherung ist. Bei der Einführung durch Bismarck vor über hundert Jahren wurde das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre festgesetzt; die durchschnittliche Lebenserwartung des Mannes betrug 45 Jahre. Heute ist sie auf über 75 Jahre gestiegen - und die Zahl geht nach oben. Zugleich sind unsere Ausbildungszeiten immer länger geworden. Wir finden schon nichts mehr dabei - im Vergleich zu den jungen Leuten in anderen Ländern der Europäischen Union, die mit 25 Jahren ihren Ausbildungsabschluß erzielen, ist dies ein schwerer Nachteil -, daß ein Abiturient nach Wehr- oder Ersatzdienst und Hochschule in der Regel 29 oder 30 Jahre alt ist, wenn er in das Berufsleben eintritt. Das durchschnittliche tatsächliche Renteneintrittsalter der Männer liegt jetzt bei 60 Jahren. Das heißt - Sie können es nachrechnen; knapp 30 Jahre Ausbildung, 15 Jahre Pension -: Angesichts der Lebenserwartung ergibt dies zusammengerechnet, zwei Drittel Lebenszeit in Ausbildung und in Pension, ein Drittel in Arbeit.

Ich bin unfähig, die Mengenlehre zu begreifen. Ich war miserabel in Mathematik; das ist landesweit bekannt. Mein Verständnis der Grundrechenarten ist jedoch durchaus so weit entwickelt, daß ich weiß: Dies kann nicht mehr funktionieren, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb laßt uns auch diese Frage ganz nüchtern und realistisch, aber auch mit Gefühl für die Sorge der Menschen, die unmittelbar betroffen sind, die jetzt alt und Rentner sind, angehen. Laßt uns aber nicht vergessen, daß die 20jährigen, von denen wir nicht hoffen, daß sie bereits eine Rentnermentalität haben, berechtigterweise die Frage stellen: Was muß ich tun, wenn ich 60, 65 oder 70 Jahre alt werde, damit meine Vorsorge gesichert ist?

Norbert Blüm wird morgen einen Zwischenbericht vorlegen. Ich will hier nicht die Diskussion beschneiden, möchte aber darum bitten, daß wir morgen zu diesem Punkt nicht die Schlacht eröffnen. Es ist ein Zwischenbericht.

Im übrigen - das sage ich den Neugierigen -: Es gibt auf diesem Feld keine Denkverbote. Wer gute Vorschläge machen kann, der soll sie in den nächsten Wochen einbringen. Wir wollen -

so haben wir es im Parteivorstand verabredet - in den ersten Monaten des neuen Jahres die dann entstehende Vorlage in einem eigenen Ausschuß der Bundespartei, der allerdings der Zahl nach durch Delegierte aus den Bundesländern aufgestockt wird, diskutieren und zu Beschlüssen kommen.

Deswegen meine Bitte: Nehmen Sie das morgen zur Kenntnis und arbeiten Sie dann zu Hause, etwa in den Kreisverbänden, an diesem Thema mit! Es ist ein Thema, das nahezu jeden in Deutschland angeht. Eine Volkspartei muß sich diesem Thema auch vor Ort, draußen im Land, stellen. Deswegen meine Bitte: Helfen Sie mit, damit dieses Thema von uns in einer guten Weise bewältigt werden kann!

Liebe Freunde, alles, was wir in unserem Lande tun, wäre umsonst, wenn wir nicht in einem internationalen Umfeld leben würden, das Frieden und Freiheit sichert. Als bei der deutschen Einheit trotz mancher Bedenken letztlich alle unsere Nachbarn zustimmten, war das ein historisch einmaliger Vorgang.

Deswegen gilt der Satz Adenauers - man kann ihn nicht oft genug wiederholen -, daß deutsche Einheit und europäische Einheit zwei Seiten der gleichen Medaille sind und daß die beste Garantie für Sicherheit und Wohlstand unseres Vaterlandes im 21. Jahrhundert der Bau des Hauses Europa ist.

(Beifall)

Ich sage, auch auf die Gefahr hin, daß es von manchen, auch im Ausland, bewußt mißverstanden wird: Vor der Beschäftigung mit ökonomisch-wirtschaftlichen monetären Fragen steht das Wichtigste im 21. Jahrhundert, nämlich die Bewahrung von Frieden und Freiheit.

Es soll niemand glauben, liebe Freunde, daß das garantiert ist. Vor fünf Jahren hat niemand glauben können, daß sich Vorgänge, wie sie sich in Bosnien, im früheren Jugoslawien, ereignet haben, überhaupt noch einmal vorkommen könnten. Vor fünf Jahren haben wir mit einer ganz anderen Erwartung nach Osten geblickt. Jetzt lesen wir täglich Meldungen, die viele im Land beunruhigen. Friede und Freiheit gibt es nicht zum Nulltarif, auch nicht für die Deutschen.

(Beifall)

Deshalb wollen wir jetzt das Haus Europa bauen - mit der Wirtschafts- und Währungsunion, mit den notwendigen Vorkehrungen zum Erhalt der inneren Sicherheit, zur Bekämpfung der Drogenmafia, der internationalen Kriminalität, bei der gemeinsamen Politik zum Erhalt der Schöpfung und vielem anderen.

Ich bin heute guter Dinge, daß wir das Ziel erreichen. Ich höre immer wieder: Das alles dauert viel zu lange! Das alles ist viel zu schwierig! Das wird nie klappen! - Das höre ich nun seit 14 Jahren, seit meiner ersten Teilnahme an einem EU-Gipfel in Kopenhagen im Dezember 1982.

Meine Damen und Herren, wir werden es schaffen; das ist ganz eindeutig. Die Tagung vor ein paar Tagen in Dublin hat mich wieder in der Überzeugung bestärkt, daß der Durchbruch psychologisch längst gelungen ist. Die Entwicklung ist irreversibel. Jetzt gilt es, sie geschickt und klug, nicht zuletzt im Blick auf die Währung solide und glaubwürdig zu gestalten.

Zu dieser Entwicklung gehört auch die Ausdehnung der Europäischen Union auf unsere Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Es wäre ein Verrat an diesen alten europäischen Ländern - ich nenne für alle unsere Nachbarn beispielhaft die Polen -, wenn wir sie jetzt abseits stehen lassen würden.

(Beifall)

Wir sollten zu keiner Minute vergessen, daß die polnische Grenze von unserer Hauptstadt Berlin knapp über 60 Kilometer entfernt liegt, daß also Berlin im besten Sinne des Wortes mitten in Europa liegt.

Liebe Freunde, nach dem Krieg - wir haben es eben aus gutem Grund vom Oberbürgermeister gehört - hat die Gründergeneration, großartige Männer und Frauen, unser Land aus Schutt und Asche wieder aufgebaut. In ein paar Wochen, am 4. Februar 1997, jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag Ludwig Erhards. Wir werden diesen Tag würdig begehen; denn wir verdanken ihm viel.

Die Erfolgsgeschichte unserer Bundesrepublik wäre ohne die von ihm durchgesetzte Politik der Sozialen Marktwirtschaft nicht möglich gewesen. Die Menschen in der DDR haben sich 1989/90 mit großer Mehrheit für die freiheitliche Gesellschafts- und Staatsordnung unseres Grundgesetzes entschieden und auch für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Christlich Demokratische Union ist und bleibt die Partei der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft. Für uns - ich sage es noch einmal - heißt Soziale und Ökologische Marktwirtschaft immer auch Verantwortung für die uns anvertraute Schöpfung. Wir wollen keinen Fürsorgestaat, der jede private Initiative in einem Netz von Bevormundung und Regelungswut erstickt. Wir wollen auch keine Ellenbogengesellschaft, in der die Schwachen auf der Strecke bleiben.

Im November 1948 - ich war damals 18 Jahre alt und habe, wie manche hier im Saal, noch eine sehr konkrete Erinnerung an diesen Tag - haben die deutschen Gewerkschaften zu einem 24stündigen Generalstreik gegen die Soziale Marktwirtschaft aufgerufen. Ludwig Erhard sprach damals im Rundfunk - es gab kein Fernsehen -:

Die von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Wirtschaftspolitik ... darf, wenn die Demokratie nicht zur Farce werden will, nicht dem Diktat sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Gruppen unterliegen.

Was damals richtig war, ist auch heute richtig.

(Starker Beifall)

Wir wollen einen Staat und eine Gesellschaft, in denen die Menschen gerne leben und die sie als ihren Staat und ihre Gesellschaft annehmen. Wir wollen einen Staat und eine Gesellschaft, die die erforderlichen Freiräume für den Einzelnen lassen, in denen Menschlichkeit, Solidarität und Gemeinsinn von allen anerkannte Tugenden sind.

Liebe Freunde, in vier Jahren, ein Jahrzehnt nach der deutschen Einheit, wollen wir in dieser Stadt Hannover Gastgeber der Expo 2000 sein. Wir wollen unser Land präsentieren, der Welt präsentieren; dann beginnt auch ein neues Jahrhundert, ein neues Jahrtausend. Wir wollen die Welt hierher zu uns nach Hannover einladen. Die Welt wird darauf schauen, wie wir für die Zukunft im neuen Jahrhundert gerüstet sind. Wir wollen der Welt zeigen, was wir aus dem Geschenk der Geschichte an uns gemacht haben. Wir wollen zeigen, daß wir ein Land des wirtschaftlichen Erfolgs sind. Wir wollen vor allem aber auch zeigen, daß wir ein Land der Kultur, der Toleranz, der Weltoffenheit, der Menschlichkeit sind.

Deutschland, unser Vaterland, steht in der Tradition einer großartigen freiheitlichen Geschichte. Daran werden wir uns in den nächsten Jahren besonders erinnern: 150 Jahre Paulskirchen-Verfassung in zwei Jahren, 80 Jahre Weimarer Verfassung, 50 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1999 und zehn Jahre deutsche Einheit im Jahre 2000.

Liebe Freunde, wir dürfen stolz sein auf das, was wir gemeinsam mit allen Demokraten und vielen Menschen guten Willens in Deutschland aufgebaut haben.

Aber wahr ist auch, daß CDU und CSU in 34 Jahren Regierungsverantwortung für unsere Republik getragen und das vereinte Deutschland maßgeblich geprägt haben.

In den vergangenen sechs Jahren haben vor allem die Menschen in den neuen Ländern unter schwierigsten Bedingungen Großartiges geleistet. Das wird überall in der Welt gesehen und anerkannt.

Die friedlichen Demonstranten haben im Herbst 1989 gerufen: „Wir sind ein Volk!“. In diesem Geist, im Geist von Einigkeit und Recht und Freiheit wollen wir das Deutschland von morgen, das Deutschland des 21. Jahrhunderts gestalten. Das erwarten die Menschen von uns hierzulande und außerhalb unserer Grenzen.

Wir wollen eine gute Zukunft für Deutschland und Europa. Ich denke, alle, die sich diesem Ziel verschrieben haben, dürfen wir sehr herzlich zur Mitarbeit einladen.

(Die Delegierten erheben sich von den Plätzen  
und spenden langanhaltenden, lebhaften Beifall)

**Christian Wulff, Tagungspräsidium:** Lieber Helmut Kohl! Nach dieser Beifallsorgie

(Heiterkeit)

- ja, ich habe davon offensichtlich weniger Ahnung als andere hier in der Saal - ist der Vorsprung von knapp fünf Minuten sicher in einen zeitlichen Rückstand umgeschlagen. Der Generalsekretär hat wahrscheinlich nur zweieinhalb Minuten für diese Passage vorgesehen. Aber, ich glaube, der Beifall hat gezeigt, daß der Parteitag Ihnen dankt für die Rede, in der Sie den Bogen über alle Felder der Politik geschlagen haben, und vor allem dafür, Herr Dr. Kohl, daß Sie trotz oder wegen Ihrer langen Kanzlerschaft Motor für notwendige Veränderungen sind und uns damit auch durch die nächsten Jahre erfolgreich führen werden.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen und weiter fortfahren, möchte ich dem Stellvertretenden Parteivorsitzenden, unserem Freund Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und

Sozialordnung, der dem Bundeskabinett genau solange wie Helmut Kohl, nämlich seit dem 1. Oktober 1982, angehört und deshalb berufen ist, an dieser Stelle etwas im Namen des Parteitag und des Parteivorstandes zu sagen, das Wort erteilen.

(Beifall)

**Dr. Norbert Blüm:** Herr Präsident! Frau Kohl! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bevor wir im Parteitag fortfahren, Rede und Gegenrede hören, Anträge beraten, wählen, bitte ich Sie, einen Moment innezuhalten. Ich bitte Sie um einen Moment Besinnung. Helmut Kohl - 14 Jahre Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland,

(Beifall)

in wenigen Tagen länger im Amt als der große Konrad Adenauer.

Lieber Helmut Kohl, die Christlich Demokratische Union Deutschlands dankt Ihnen für eine große Lebensleistung.

(Beifall)

Sie haben immer in der Kritik gestanden. Sie mußten immer Widerspruch ertragen. Das wird auch in Zukunft so sein. Schlimm eine Gesellschaft ohne Kritik - sie ist ein Teil demokratischer Lebenslust -, aber schlimmer noch eine Gesellschaft der Undankbarkeit! Wir haben Grund, Ihnen Anerkennung und Dank zu sagen. Auch manche Ihrer Gegner von gestern können streng vertraulich ihre Bewunderung nicht zurückhalten.

(Heiterkeit)

Sie haben sich um unser Volk verdient gemacht. Ich trage das hier nicht als Abschlußbilanz vor. Ich mache hier nur Zwischenbemerkungen. Das letzte Urteil hat der liebe Gott.

(Beifall)

Helmut Kohl, Sie sind der Bundeskanzler zweier großer Projekte, der deutschen Einheit und der europäischen Einigung. Das sind die besten Projekte, für die sich Deutsche in diesem Jahrhundert einsetzen.

(Beifall)

Wir haben uns schon für hunds miserable Ziele eingesetzt. Deutsche Einheit und europäische Einigung aber sind die besten Ziele. Es sind die großen politischen Lebensziele von Helmut Kohl. Sie gehören zusammen. Ohne europäische Einigung wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen, und ohne deutsche Einheit wäre die europäische Einigung nicht möglich. Mauer und Eiserner Vorhang hatten die gleichen Konstrukteure.

Meine Damen und Herren, es war ja nicht das erste Mal, daß wir die deutsche Einheit zu erreichen versuchten. Zwischen 1871 und 1990 liegen 119 Jahre; damals: gegen Europa und mit Krieg, diesmal: mit Europa und in Frieden.

(Beifall)

Werfen wir einen Blick auf die Bilder, die wir mit diesen Ereignissen verbinden. 1871 wird Wilhelm I. im Spiegelsaal von Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen: viel Ordensbrüste, viel Säbel, viel Degen, viel Obrigkeit. 1990 öffnet sich das Brandenburger Tor: Ein Volk liegt sich mit Freudentränen in den Armen. - Das ist der Unterschied zwischen 1871 und 1990.

(Beifall)

Sie, lieber Helmut Kohl, haben Glück, in dieser Zeit Kanzler zu sein. Aber wir haben auch Glück, daß Sie in dieser Zeit Kanzler sind.

(Lebhafter Beifall)

Im Blitzlicht einer historischen Sekunde haben Sie die Chance ergriffen, die schon wenig später vertan gewesen wäre. Das Glück ist kein Geschenk. Es ist das Ergebnis des Mutes von vielen Bürgerinnen und Bürgern in der ehemaligen DDR, die auf die Straße gegangen sind, die etwas riskiert haben, die ihre Existenz aufs Spiel gesetzt haben. Es ist zugleich das Verdienst Ihrer Entschlossenheit. Als andere zauderten, zögerten und zitterten, haben Sie gehandelt.

(Beifall)

Es ist das Verdienst von Mut und Entschlossenheit und, wie ich hinzufüge, auch von Klugheit und Besonnenheit.

Lieber Helmut Kohl, mir ist eine Situation unvergessen. Sie haben im Dezember 1989 in der Frauenkirche in Dresden vor einer Menschenmenge mit brodelnder Erwartung und einer Mischung von Angst und Mut gesprochen. Das Eis war ganz dünn. Sie haben sich bei Ihrer Rede nur auf einen Zettel mit Stichworten gestützt. Ich war dabei. Sie haben damals nicht die Dämme brechen lassen. Sie haben Mut mit Klugheit verbunden. Sie haben eine Perspektive aufgezeigt, ohne daß es zu einem Dambruch kam.

Die CDU Deutschlands ist stolz auf ihren Kanzler.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Helmut Kohl, ich war über eine lange Wegstrecke in Ihrer Nähe, einmal vor Ihnen, einmal hinter Ihnen; zuweilen war ich dagegen, meistens war ich dafür. Ich war immer an Ihrer Seite. Sie sagen immer: auf einer Seite. - Ob das rechts oder links ist, ist sowieso nur eine Frage der Definition des Standortes. Ich war jedenfalls immer in Ihrer Nähe. Wenn ich hier ganz privat meine Quintessenz umschreiben soll, so ist es diese: Es ist in einer so fiebrigen Zeit gut, einen Kanzler zu haben, der mit einem hohen Maß an Gelassenheit ausgestattet ist.

(Beifall)

Wir leben in einer Zeit, in der das Neue vom Neuesten erschlagen wird. Kein Problem wird ohne Begriffe wie „katastrophal“ oder „skandalös“ beschrieben. Es ist gut, in einer solchen Zeit einen standfesten Kanzler zu haben. Ohne Gelassenheit verliert die Politik Überblick. Ohne Gelassenheit verliert die Politik die Fähigkeit, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Ohne Gelassenheit geht der Politik die Kunst verloren, Prioritäten zu setzen. Was Hochnäsig als Aussitzen beschrieben haben, verstehe ich als eine besondere Form von Standhaftig-

keit. Ich habe nie verstanden, wie man Stehen bei Ihnen mit Sitzen verwechseln kann. Bei anderen Größen wäre das leichter möglich.

(Heiterkeit)

Gelassenheit ist auch die Mutter der Zuverlässigkeit. Dies ist meine zweite Quintessenz. Zuverlässigkeit zeichnet den Freund und Politiker Kohl aus: Er ist zuverlässig in bedrängter Zeit, furchtlos im Mediengewitter, nüchtern in der Abschätzung des Machbaren und Zumutbaren. Es ist gut, daß Sie Parteivorsitzender sind. Kohl kennt die Partei nicht aus dem Lehrbuch. Er weiß, wie Plakate geklebt werden. Er weiß, wie ein Kreisverband geführt wird. Er weiß sogar, wie Strippen gezogen werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Deshalb gehören Sie zu der Gruppen von Parteifreunden - es gibt verschiedene Gruppen -, die auch in schweren Zeiten Freunde bleiben, nicht nur, wenn es Posten zu verteilen gibt, nicht nur, wenn die Sonne scheint.

Lieber Helmut Kohl, die Politik hat Sie nicht zynisch gemacht. Ich halte den Zynismus für eine große Berufskrankheit älterer Politiker. Sie ist geronnene Enttäuschung. Sie sind menschenfreundlich geblieben. Sie nehmen die Menschen so, wie sie sind, als Wesen wie du und ich, nicht als Teufel, Unmensch oder Engel.

(Heiterkeit)

Ich glaube, daß Sie die Menschen gern haben. Das ist das Geheimnis Ihres Erfolges. Das ist auch der Grund, warum Pflicht bei Ihnen mehr ist als nur Befehl. Pflicht ist für Sie zugleich Neigung. Vielleicht liegt darin sogar ein Stück Ihres internationalen Erfolges. Vielleicht basiert Ihr internationaler Erfolg, Ihre hohe Anerkennung auch auf dem Faktor M - Menschlichkeit.

Das Zeitalter der Ideologen ist vorbei. 150 Jahre lang haben sie uns gequält: Marx, Hitler, Stalin, Lenin. Genug davon! Die Menschen haben genug davon. Jetzt wird nach Menschen gefragt. Gibt es, lieber Helmut Kohl, ein schöneres Kompliment für Sie als das, daß die alten Weggefährten - Schulkameraden, Arbeitskameraden, Parteifreunde - nicht nur stolz darauf sind, daß ihr Helmut Kohl etwas geworden ist, sondern auch darauf stolz, daß Helmut Kohl etwas geblieben ist, nämlich ein Mensch, der nicht abgehoben hat?

(Beifall)

Ich sage Ihnen Dank, ebenso Ihrer Frau - auch für ihr beispielhaftes Engagement für die behinderten Mitbürger - sowie Ihren Söhnen.

Die CDU ist mehr als ein Zweckverein zur Erlangung und Erhaltung von Macht. Sie muß immer das bleiben, was sie auch für Helmut Kohl ist: nicht ein kaltes Gehäuse der Organisation, nicht ein Lagerhaus mit Karriereleitern, sondern ein Stück familiärer Verbundenheit, vielleicht sogar ein Stück Heimathafen in einer stürmischen Zeit. Die große Volkspartei kann und darf nie nur eine programmatische Partei sein. Das ist ganz wichtig. Sie muß auch ein Verband von Menschen sein, die einem gemeinsamen Ziel, der großen Idee einer christlichen Volkspartei verpflichtet sind.

Die Christlich Demokratische Union dankt ihrem Bundeskanzler, unserem Bundeskanzler, ihrem Parteivorsitzenden, wir danken Helmut Kohl!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Peter Hintze**, Generalsekretär der CDU: Liebe Parteifreunde, wir wollen unserem Kanzler zu seinem Jubiläum natürlich etwas schenken, was ihn an den heutigen Tag erinnert. Wir haben von Norbert Blüm gehört: Die deutsche Einheit und die europäische Einigung, das sind seine beiden großen politischen Lebensziele. Wir halten es so: Heute bekommt er etwas zur Erinnerung an die deutsche Einheit, und das mit der europäischen Einigung heben wir uns für das nächste Jubiläum auf.

(Heiterkeit)

Ich darf nun bitten, das Bild zu enthüllen. - Lieber Helmut Kohl, wir schenken Ihnen ein Bild einer Künstlerin, die in Thüringen geboren ist und jetzt in Berlin arbeitet. Sie hat das „Brandenburger Tor“ geschaffen, wuchtig und kraftvoll, wie auch unser Kanzler ist, und wir wollen es ihm schenken. Er ist der Kanzler der deutschen Einheit, und er ist ein würdiger Besitzer dieses Bildes, das uns an das größte Geschenk unserer Geschichte, die deutsche Einheit, erinnert.

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, lieber Norbert Blüm, wir danken natürlich nicht nur unserem Parteivorsitzenden, sondern auch unserem Norbert Blüm und sind auch stolz darauf, daß wir ihn genauso lange und genauso erfolgreich in unseren Reihen haben. Wenn ich sage, sie haben beide ungefähr die gleiche Größe, mag das manchem etwas obskur vorkommen, aber in gewisser Weise trifft es sicher auch wieder den Kern. Vielen Dank, Norbert Blüm, daß Sie diese Worte hier gefunden haben!

(Beifall)

**Ole von Beust**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt 13:

#### AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN

Ich möchte nochmals daran erinnern, daß für Wortmeldungen die Wortmeldezettel zu verwenden sind. Angesichts der Fülle von Wortmeldungen bitte ich alle Redner, sich möglichst kurz zu halten, so daß auch alle Wortmeldungen aufgerufen werden können.

Bei den Worterteilungen verzichte ich auf Titel und Dienstgrade. Erster Redner ist Herr Ulrich Nölle; und als nächster kann sich schon Herbert Reul vorbereiten. Bitte!

**Ulrich Nölle**: Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich glaube, daß es außergewöhnlich ist, daß ein Bürgermeister und Finanzsenator aus Bremen auf einem CDU-Parteitag zu Ihnen spricht.

(Beifall)

Die CDU in Bremen trägt seit einem Jahr Regierungsverantwortung für die Menschen. Heute kann ich Ihnen berichten: Der politische Wind in Bremen beginnt sich zu drehen. Chaos und Krawalle haben keine Zukunft mehr. Bremen geht wieder auf Wachstumskurs.

(Beifall)

Wir alle wissen, daß der niedersächsische Ministerpräsident Schröder nicht so sehr für Taten, dafür aber für flotte Sprüche zuständig ist. Vor kurzem sagte er: Auch Bremen hatte, wie andere Bundesländer, finanzielle Unterstützung nötig, denn auch Bremen hatte 40 Jahre Sozialismus. - Aber, liebe Parteifreunde, damit ist jetzt Schluß!

(Zustimmung)

Die Entscheidungen, die in unserem Land zu treffen sind, sind unangenehm. Die Ampel hat die Probleme jahrelang vor sich hergeschoben. Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen reinen Wein eingeschenkt. Die CDU Bremens handelt jetzt. Das bedeutet, auch Verantwortung zu übernehmen.

Bei unserer schweren Aufgabe hilft es natürlich, daß im Bund die Grundlagen dafür gelegt werden, den Standort Deutschland für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Für diese Leistung gebührt der Bundesregierung und dem Bundeskanzler gerade von den strukturschwachen Ländern Dank und Anerkennung.

(Beifall)

Die SPD kennt statt dessen nur Blockade und Verweigerung. Damit hatten wir auch in Bremen sehr viel zu tun. Gleichwohl starten wir jetzt in Bremen eine Investitions- und Mittelstandsoffensive, eine Offensive übrigens, mit der wir auch in Bremen wieder Arbeitsplätze schaffen werden.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Ergebnisse der Kommission „Zukunft des Steuersystems“ bilden einen weiteren Meilenstein. Wir werden unseren Parteitag santrag „Tarif 2000“ morgen ausführlich beraten. Eines aber ist jetzt schon deutlich: Mit dieser Reform wird die Wirtschaft wieder an Dynamik und Kraft gewinnen. Der Mittelstand wird gestärkt, Arbeitsplätze werden geschaffen, und für den einzelnen wird im Portemonnaie mehr Geld übrigbleiben.

Und noch ein Wort an die eigene Adresse. Bei all unseren Entscheidungen, bei all unserem Handeln gilt ein Grundsatz: Für die Bürgerinnen und Bürger muß Politik wieder verlässlich sein. Wer Entscheidungen ankündigt, muß sie auch umsetzen. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wie auch die jüngste Debatte um die Mineralölsteuer und den Solidaritätszuschlag machen uns dies deutlich. Gerade die Wirtschaft braucht kontinuierliche und verlässliche Rahmendaten.

Verehrte Damen, meine Herren, angesichts der großen Aufgaben, die vor uns liegen, erwarten die Menschen unseres Landes konstruktive Zusammenarbeit aller verantwortlichen Kräfte. Das politische Klima ist auch ein Standortfaktor. Die CDU wird alles dafür tun, daß die Zahl der bezahlbaren Arbeitsplätze wieder steigt. Die Menschen sollen und wollen die Chance haben, etwas zu leisten.

Lassen Sie mich zum Schluß noch sagen: Nicht diejenigen sind die besseren Politiker, die die guten Nachrichten bringen, vielmehr sind es diejenigen, die den Mut haben, die Wahrheit zu sagen und die Probleme anzupacken. Dafür, meine Damen und Herren, stehen wir von der CDU. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Ole von Beust, Tagungspräsidium:** Zur nächsten Wortmeldung Herbert Reul, bitte.

**Herbert Reul:** Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde! Der Bundeskanzler hat eben - das fand ich wichtig und gut - darauf hingewiesen, daß die Frage des Standorts Deutschland nicht nur eine Frage der Kosten, sondern auch eine Frage der Qualifikationen ist. Er hat das Thema „Bildungspolitik“ mit eingeführt. Ich glaube und bin sicher, daß wir als CDU hier eine riesige Chance haben, wenn wir uns an dieser Stelle frühzeitig - und das heißt: jetzt - dazu bewegen, ein paar Wahrheiten neu und ehrlich auszusprechen.

Bildungspolitik einfach nach dem Motto „Weiter so, Deutschland“ funktioniert eben auch nicht. Wenn es richtig ist, daß wir immer weniger junge Menschen haben, und wenn es richtig ist, daß dem wachsende Anforderungen in der Gesellschaft gegenüberstehen, dann kann es nicht richtig sein, daß wir Schul- und Bildungspolitik nach dem Motto ausrichten: Hauptsache, Kinder müssen sich in der Schule wohlfühlen. - Das scheint ja die Überschrift zu sein, die im Moment ansteht.

(Zustimmung)

Nun habe ich drei Töchter in der Schule, und ich habe wirklich nichts dagegen, daß sich meine Töchter in der Schule wohlfühlen. Ich hätte aber auch nichts dagegen, wenn sie darüber hinaus in der Schule etwas lernen würden, was sie für die Zukunft brauchen können, was sie darauf vorbereitet, Zukunft zu gestalten.

Dazu gehört eben, daß man ein paar Wahrheiten ausspricht. Es darf nicht sein, daß wir zulassen, daß die Schule nur nach dem Kriterium ausgerichtet wird, daß die Kinder sich wohlfühlen, daß etwa in unseren Grundschulen Schmusecken eingerichtet werden.

(Zustimmung)

Es ist der falsche Weg, Schule nach dem Motto zu orientieren: Phantasieland zwischen den Ferien. Schule muß Leistungsschule sein, weil sie junge Menschen auf übermorgen vorbereiten muß.

(Zustimmung)

Das heißt schlicht und einfach, daß wir ja sagen zu den Unterschiedlichkeiten, die Kinder haben. Wer ja zu den Unterschiedlichkeiten sagt, muß nicht nur ja zu den unterschiedlichen Schulformen sagen - das beten wir als CDU schon lange herunter -, sondern muß auch ja dazu sagen, daß der Staat den Lehrerinnen und Lehrern die Instrumente in die Hand gibt, daß Schülerinnen und Schüler auf unterschiedliche Schulen geschickt werden können.

Es macht doch überhaupt keinen Sinn, wenn eine meiner Töchter Geige spielen kann, dann aber müßte nach sozialdemokratischer Bildungspolitik angeordnet werden: Entweder alle

Töchter spielen Geige, oder keine spielt Geige. Die Wahrheit aber ist doch, daß die eine Geige spielen und die andere gut schwimmen kann. Warum sagen wir eigentlich nicht ja zu diesen Unterschieden? Warum bejahen, unterstützen und fördern wir sie nicht weiter.

(Beifall)

Die Wahrheit ist, daß sich alles weiter auseinanderentwickelt. Aber diese Wahrheit muß man auch aussprechen.

Wer eine Leistungsgesellschaft will, der kann nicht zulassen, daß wir in den Schulen die Noten abschaffen. Das ist total verkehrt. Als meine Tochter in das dritte Schuljahr kam, war sie froh, daß sie endlich Noten bekam. Das ist die Wahrheit. Nicht gut ist hingegen die Debatte, die manche Pädagogen nach dem Motto stattfinden lassen, das alles sei Streß und unzumutbar für Kinder. Streß in der Schule kommt nicht auf, weil es Noten gibt, sondern vielleicht deshalb, weil keine Eltern da sind, die sich um das Kind kümmern, wenn es einmal eine schlechte Note gibt. An schlechten Noten kann man aber auch wachsen. Hier kann sich Persönlichkeit entwickeln.

Ich bitte uns, an diesen Stellen die Wahrheit auszusprechen und die offensive Diskussion zu suchen, nicht aber davor zurückzuschrecken. Wir müssen sagen: Uns interessiert, daß wir möglichst viele, bestmöglich ausgebildete junge Leute haben.

Wenn man zu den Unterschieden ja sagt, dann heißt das schlicht und einfach auch, daß man nicht zulassen darf, daß junge Leute, die die Hauptschule gerade schaffen, möglicherweise bei der Gärtnerausbildung scheitern, weil sie den lateinischen Blumennamen nicht kennen. Das hat mir ein junger Mann einmal in einer Sprechstunde vorgetragen. Ich dachte, ich sei auf dem falschen Dampfer. Das kann doch nicht wahr sein. Da müssen auch Berufe neu erfunden werden, und zwar für die Jungen und Mädchen, die theoretisch nicht so stark sind.

Warum tun wir uns so schwer, zweijährige Ausbildungsgänge für solche jungen Leute anzubieten? Es muß auch um weniger theoriebelastete Ausbildungsgänge gehen. Was ist denn daran, verdammt noch einmal, so schwer?

(Beifall)

Warum setzen wir das einfach nicht durch? Warum kämpfen wir nicht geschlossen als CDU dafür? Warum sagen wir nicht ja zu den Unterschieden? Es muß um das Recht des Kindes auf Förderung in der Unterschiedlichkeit gehen. Ja zur Leistungsbereitschaft und zur Leistungsfähigkeit heißt allerdings auch, daß wir nicht zulassen, daß in jeder Schule jeder machen kann, was er will.

(Beifall)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen im Moment eine Debatte unter dem Motto „Autonomie für Schulen“. Ich darf Sie alle beruhigen, das ist keine Schule für Autonome, sondern danach soll in jeder Schule morgens eine Schulkonferenz beschließen, was gemacht werden soll. Gemeint sind Lehrer, Eltern, Schüler und wahrscheinlich auch sogar noch die Hausmeister.

Eine Leistungsgesellschaft kann nicht zulassen, daß das, was in der Schule vermittelt wird, dem Zufall der einzelnen Schulen überlassen bleibt. Mehr pädagogische Freiheit und weniger

Vorschriften für Schulen sind in Ordnung, aber es darf keine Schule der Beliebigkeit geben. Es muß ein Ja zur Leistungsschule geben. Das erfordert auch von der CDU einen Krach an dieser Stelle, einen gesellschaftlichen Disput, den wir aufnehmen sollten. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Ole von Beust**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Reul. - Meine Damen und Herren, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort gebe, bitte ich Sie, zwei Dinge zu beachten: Ich weiß zwar, daß solche Appelle meistens ungenutzt verhallen, aber die Akustik im Raum ist für den Redner teilweise eine Zumutung. Ich bitte Sie deshalb herzlich, Ihren Kommunikationsbedarf draußen abzuwickeln. Sonst ist teilweise nicht zu verstehen, was gesagt wird.

(Beifall)

Darüber hinaus begrüße ich ganz herzlich bei uns die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine,

(Beifall)

die gemeinsam in Begleitung des Bürgermeisters von Gap, Herrn Pierre Bernard-Reymond, bei unserem Parteitag anwesend ist. Herzlich willkommen in Hannover.

(Beifall)

Frau von Westphalen, Sie haben das Wort. Danach spricht Herr Müller zu uns.

**Johanna von Westphalen**: Unser Parteitag steht unter dem Motto „Handeln für die Zukunft“. Der Bundeskanzler sagte soeben, jetzt geht es darum, Zukunft zu sichern. So muß ich - ich mache es wirklich kurz; das verspreche ich Ihnen - daran erinnern, daß das Leben im Berichtszeitraum von 300 000 Kindern im Mutterleib gewaltsam beendet wurde, und zwar unwiderruflich, unwiederbringlich, ohne Aufsehen und ohne die sonst so kritische Aufmerksamkeit der Medien.

Da müssen wir uns fragen: Haben wir uns nicht auf verschiedenen Bundesparteitagen dazu bekannt, daß menschliches Leben vor und nach der Geburt gleichwertig ist? Könnten Sie sich vorstellen, daß wir über die gewaltsame Tötung von 300 geborenen Menschen schweigend hinweggehen? Ich möchte wenigstens die Erwähnung der 300 000, um ihre Zukunft gebrachten ungeborenen Kinder, deren Tötung straffrei war und gleichsam öffentlich-rechtlich finanziert wurde, mit dieser kurzen Wortmeldung nachholen.

(Beifall)

Denn meinten wir es wirklich ernst mit den auf vielen Bundesparteitagen, auch von dem Herrn Bundeskanzler, ausgesprochenen Appellen zur Bewußtseinsbildung, dann hätten wir schon heute morgen im Totengedenken ihrer gedacht.

Ich bitte den Herrn Bundeskanzler erneut und eindringlich, endlich die wiederholt versprochenen Aufklärungskampagnen zugunsten des Lebensrechts der ungeborenen Kinder zu stärken. Statt des Igeljüngens in schützenden Menschenhänden - Sie kennen sicher alle das Plakat -, Herr Generalsekretär, hätte ich mir das faszinierende Bild eines ungeborenen Kindes auf einigen Plakaten der CDU gewünscht.

In Sachen Lebensschutz betreiben wir offensichtlich „political correctness“ durch Schweigen. Die Mißachtung des Rechts der Ungeborenen führt ja auch dann dazu, daß das Lebensrecht von kranken, behinderten und sterbenden Menschen zur Disposition gestellt wird. Auch hier ist zu befürchten, daß die CDU am Ende wieder unter dem politischen Druck steht, Unrecht straffrei und damit salonfähig zu machen. Sagen Sie nicht, das sei eine Utopie, denn Sie kennen alle die Diskussion mit Peter Singer.

Beherrigen wir doch alle die Kernaussage unseres Wiesbadener Parteitages von 1988: „Über menschliches Leben darf nicht verfügt werden.“

(Beifall)

Ich meine, das wäre der überzeugendste Beitrag zur geistig-moralischen Wende.

(Beifall)

**Ole von Beust**, Tagungspräsidium: Peter Müller, Sie haben das Wort. Danach spricht Frau Dr. Merkel.

**Peter Müller:** Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteireundinnen und Parteifreunde! Der Bundeskanzler hat heute morgen und noch deutlicher in einem Interview im „Rheinischen Merkur“ gesagt, und zwar mit Blick auf das Motto des Parteitags „Handeln für die Zukunft“ - ich zitiere: „Zukunft erwächst aus der Mitte, aus Extremen erwächst nur Unglück.“

Weil das so ist, muß die CDU eine Partei der Mitte sein und eine Partei der Mitte bleiben. Wir müssen aufpassen, daß wir nicht in die falsche Ecke gedrängt werden. Ich glaube, daß nicht alles, was in den letzten Tagen geschehen ist, unbedingt als hilfreich angesehen werden kann.

Wenn wir in der Diskussion um das Jahressteuergesetz an einem Zwischenpunkt feststellen, daß das Kindergeld jetzt doch, wie ursprünglich vorgesehen, erhöht wird und die Vermögensteuer ab 1997 abgeschafft wird, ist das in Ordnung. Wenn aber die fristgerechte Erhöhung des Kindergeldes als Erfolg der SPD gilt und die Abschaffung der Vermögensteuer als das Werk der CDU, dann ist das die falsche Rollenverteilung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Die CDU ist zwar die Partei des sozialen Ausgleichs und der sozialen Symmetrie. Eine unserer entscheidenden Wurzeln ist die christliche Soziallehre, und deshalb muß das Bekenntnis zu dieser Wurzel in unserer Politik sichtbar sein und sichtbar bleiben. Dies ist Bedingung für die Zukunftsfähigkeit der Partei.

Erlauben Sie mir eine zweite Bemerkung. Wir haben eine weitgehende Diskussion über den Umbau des Sozialstaats zu führen. Da besteht Reformbedarf. Da müssen Tabus durchaus gebrochen werden. Da stehen wir vor vielen Herausforderungen.

Ich frage aber: Ist es den wirklich notwendig, daß kein Wochenende vergeht, an dem nicht aus mehr oder weniger berufenem Munde irgendeine Idee, irgendein Vorschlag oder irgendeine

Grausamkeit im Volk verkündet wird, ohne daß das in ein vernünftiges Gesamtkonzept einbezogen wird?

(Beifall)

Karenztage für Arbeitslose, Erhöhung des Renteneintrittsalters, Kürzung der Witwenrente sind einige Beispiele. Man mag ja über alles diskutieren, aber bitte doch im Rahmen geschlossener Konzepte. Ansonsten entsteht der Eindruck, daß eine solche geschlossene Konzeption nicht vorhanden ist. Ansonsten entsteht der Eindruck, daß nach dem Motto verfahren wird: Nachdem sie die Orientierung verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen. Das darf nicht sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich einen dritten Punkt und einen letzten Punkt im Zusammenhang mit der Zukunftsfähigkeit ansprechen. Im vergangenen Jahr sind in Deutschland im Verhältnis zu der Bevölkerung mehr Menschen zugewandert als in jedes klassische Einwanderungsland; darunter im übrigen auch viele Menschen deutscher Nationalität, viele Aussiedler. Es war ja geradezu symptomatisch, daß der Ministerpräsident meines Landes und SPD-Vorsitzende dies zum Gegenstand einer beispiellosen Sozialneidkampagne im Frühjahr dieses Jahres gemacht hat.

Das ist ja typisch für Herrn Lafontaine: Er behauptet, Internationalist zu sein, fordert Freiheit und Freizügigkeit für alle, aber hat mit seiner Forderung nach Freiheit und Freizügigkeit für alle Deutschen immer so seine Probleme gehabt. Wir werden in den nächsten Jahren weitere Zuwanderung brauchen, wenn wir die demographischen Probleme lösen wollen. Wir als CDU müssen deshalb, so meine ich, zur Kenntnis nehmen, daß die Frage nicht „Zuwanderung - ja oder nein?“, sondern „Zuwanderung - geregelt oder ungeregelt?“ heißt.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß alle Einwanderungsgesetze dieser Welt nicht im Interesse der Zuwanderer, sondern im Interesse der aufnehmenden Staaten sind. Ich meine, wir brauchen Regelungen zur Begrenzung der Zuwanderung und müssen denjenigen, die hier herkommen und dauerhaft rechtmäßig leben, die Einbürgerung erleichtern. Dazu brauchen wir ein neues Staatsangehörigkeitsrecht. - Da gibt es Tabuthemen, denen sich die CDU stellen muß. Hier ist sicherlich Enttabuisierung notwendig, wenn eine zukunftsweisende Diskussion geführt werden soll.

Ich komme aus einem Bundesland - dem Saarland -, in dem der jetzige Parteivorsitzende der SPD seit zwölf Jahren regiert. Das Ergebnis nach zwölf Jahren Lafontaine heißt: überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, unterdurchschnittliche wirtschaftliche Entwicklung und Staatsbankrott. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren: Mit der SPD und mit Lafontaine wird Zukunft in diesem Lande nicht zu machen sein.

Die CDU ist die einzige zukunftsfähige Partei. Sie wird die Zukunft erringen, wenn sie ihren programmatischen Anspruch - ökologische und soziale Marktwirtschaft - mit Leben erfüllt, das heißt, im Zeitalter der Globalisierung ökonomischen Notwendigkeiten Rechnung zu tragen, die sozialen und die ökologischen Aspekte darüber aber nicht zu vergessen. Dann ist die CDU die Partei, die für die Zukunft handelt. Das ist für unser Land dringend erforderlich. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Ole von Beust, Tagungspräsidium: Frau Dr. Merkel, danach Herr Eppelmann.**

**Dr. Angela Merkel:** Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich möchte den Versuch unternehmen, Sie ganz kurz einmal in die Volkswerft von Stralsund - das ist mein Wahlkreis - zu entführen. Dort haben 1989 8 000 Menschen gearbeitet; heute sind es 2 000. Diese 2 000 sind Opfer eines dramatischen Betrug es geworden, von dem auch unsere Bremer Freunde berichten können, des Betruges von Herrn Hennemann und anderen beim Bremer Vulkan.

Die Betriebsräte dieser Werft diskutieren in diesen Tagen, wie sie die Arbeitsplätze für diese 2000 Menschen sichern können. An ihnen hängen die Hoffnungen der Beschäftigten dort, an ihnen hängen die Erwartungen der IG Metall Nord, also der Hamburger IG Metall, und an ihnen hängt natürlich die Angst, wieder betrogen zu werden.

Dieser unglaubliche Druck - ich spüre ihn häufig, wenn ich mit den Betriebsräten über ihre „richtigen Entscheidungen“ spreche - spiegelt das wider, von dem wir so häufig sprechen, nämlich die Frage: Wie geht es weiter in unserem Land in bezug auf Arbeitsplätze, in bezug darauf, wie die Menschen in ihrer jeweiligen Heimat in Zukunft leben können? Die Frage der Lohnfortzahlung, die Frage der Änderung des Kündigungsschutzes spielt in der aktuellen Diskussion dort keine dominante Rolle. Dort hört man: Ihr könnt nur weiter arbeiten, wenn ihr auf das Urlaubsgeld verzichtet, wenn ihr auf das Weihnachtsgeld verzichtet. Und trotzdem sagen diese Betriebsräte: Das ist und das währt, weil wir den Arbeitsplatz für unsere Menschen sichern wollen.

Liebe Freunde, ich erzähle das nicht, weil ich vermitteln will, in Stralsund sei man heroischer als anderswo, sondern deshalb, weil ich den Eindruck habe, daß viele der Gewerkschafter im Augenblick etwas ganz anderes umtreibt. In dem Innersten ihres Herzens wissen sie ganz genau: An vielen Stellen muß sich etwas ändern. Wenn sie zu zweit oder zu viert spät abends darüber sprechen, dann behauptet keiner, daß die Lohnfortzahlung etwa nicht geändert werden müsse, daß beim Kündigungsschutz nicht etwas gemacht werden müsse. Aber in der Summe geht es immer wieder darum, daß keiner Besitzstände in Frage stellen will, daß jeder etwas vermeintlich Gutes tun will.

Deshalb: In der Existenznot, so wie sie in Stralsund und an vielen anderen Stellen der neuen Bundesländer, inzwischen aber auch in den alten Bundesländern zu beobachten ist, kann man wieder unterscheiden, was wichtig und was vielleicht schön, aber nicht ganz so wichtig ist. Für mich ist die Sicherung der Arbeitsplätze wichtig für die Zukunft von jungen und älteren Menschen in unserem Land. Deshalb können wir aus den neuen Bundesländern etwas in die gesamtdeutsche Diskussion einbringen. Wir haben eine grausame Erfahrung gemacht - obwohl wir uns über die Konsequenz natürlich sehr gefreut haben -: daß ein Staat, der niemals das Rechte getan hat, einfach zusammenbricht. Aus dieser Erfahrung heraus wollen wir dazu beitragen, daß das, was die Bundesrepublik Deutschland vierzig Jahre lang ausgemacht hat, weiter erfolgreich angewandt wird.

Manch einer war sehr böse, als Berndt Seite, unser Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, gesagt hat, wir Ostdeutschen hätten den Westdeutschen eine Wende voraus. Das war nicht arrogant gemeint, sondern meinte eigentlich nur: Wir mußten in den letzten fünf, sechs Jahren an vielen Stellen umdenken - und wir haben es gerne gemacht; denn wir sind

dankbar über die deutsche Einheit. Aber wir wissen auch, wie schwer es ist, sich von manchem Liebgewordenen zu trennen. Aus diesem Grunde sagen wir: Laßt uns gemeinsam aus unseren unterschiedlichen Erfahrungen lernen.

Beweglichkeit, Neues erfahren, Neues in die Debatte einzubringen - das haben wir in den neuen Bundesländern gelernt. Existenzgründer, Lehrer, Schüler, Eltern - alle mußten sich umstellen. Ich glaube, daß wir auch wissen, daß es Spaß machen kann, sich zu verändern. Aber sehr häufig spüre ich bei uns in Deutschland noch die Angst, daß jede Änderung etwas mit Verzicht zu tun haben könnte. Begeisterung für neue Technologien, Begeisterung für die Herausforderungen der Umweltpolitik, Begeisterung für die Fragen der jungen Menschen bekommen wir nur, wenn wir den Stillstand überwinden.

Aus diesem Grunde muß die CDU der Motor einer solchen Bewegung sein. Genau das war in den letzten Wochen und Monaten immer wieder das Ziel unseres Handelns.

Herr Fischer sagt: Wir müssen uns auf die Machtfrage konzentrieren. - Aber was ist eigentlich die Machtfrage? Wir in der CDU haben Macht doch immer so begriffen, daß wir dieses Land gestalten wollten. Wir wollen etwas bewegen in diesem Land. Für uns ist Macht kein Knüppel, mit dem man den Menschen aufzwingen kann, was man sich schon immer vorgestellt hat. Macht ist die Möglichkeit, etwas zu gestalten.

Liebe Freunde, ich möchte an dieser Stelle sagen: Die Verwirklichung der deutschen Einheit und das Beantworten der Frage, wie wir unser Leben in Gesamtdeutschland gestalten, dauert länger, als manch einer sich das dachte. Wir aus den neuen Bundesländern sind aber inzwischen bereit, nicht zu jammern, nicht zu klagen, sondern aktiv mitzumischen, uns bei den wesentlichen Aufgaben aktiv zu beteiligen. Wenn wir uns in Ost und West um die gemeinsamen Probleme der Zukunft kümmern, haben wir die Chance, als Partei der deutschen Einheit in den nächsten Jahren gemeinsam Probleme zu lösen. Das ist die beste Voraussetzung, um zusammenzuwachsen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Ole von Beust**, Tagungspräsidium: Rainer Eppelmann, danach Hansjürgen Doss.

**Rainer Eppelmann:** Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Liebe Freundinnen und Freunde! Ich bitte Sie einmal um Ihre Hilfe. Ich habe versucht, herauszubekommen, den wievielten Bundesparteitag die CDU heute begehen würde, wenn wir nicht neu zu zählen angefangen hätten. Gibt es jemanden unter uns, der das sagen könnte? - Wäre es etwa der 52. Bundesparteitag? Wer weiß es genau?

(Zuruf: Der 46.!)

- Das glaube ich nicht. Ich habe jedenfalls den Eindruck, die Sicherheit ist nicht so groß. Für mich ist das ein gutes Zeichen.

Wir führen heute tatsächlich den 8. Bundesparteitag durch. Die Union ist die Partei, die bewußt von 1990 herkommt, und zwar aus der Erkenntnis heraus - das ist vorhin angeklungen -: Wir sind ein Volk.

Ich weiß nicht, ob Sie sich noch erinnern: 1990 sind wir, wenn ich das richtig sehe, bundesweit nicht nur der Überzeugung gewesen, daß wir einen Spitzenplatz innehaben, was Export angeht, was unsere finanziellen Rücklagen angeht, was unsere Wirtschaftskraft angeht, was unsere Innovationen angeht. Wir waren auch davon überzeugt - jetzt spreche ich für die Menschen aus den neuen Bundesländern -, wir kommen in ein richtig gutes, intaktes Haus. Heute, sechs Jahre später, stellen wir fest, daß die Zeiten nicht ganz so gut sind, wie wir 1990 dachten. Daran dachte ich, als der Pfarrer heute in seiner Predigt im ökumenischen Gottesdienst ein Wort von Luther zitierte, der sagte: Die Welt ist wie ein betrunkenener Bauer, der aus dem Sattel fällt, dem man wieder in den Sattel hilft und der dann auf der anderen Seite wieder herunterfällt. Ich hoffe, daß die Situation, in der wir uns befinden, nicht so dramatisch ist. Aber manchmal kann man schon den Eindruck haben, wir sind angetrunken, wir schaukeln ein wenig in dem Sattel, in dem wir sitzen.

Was meine ich damit? In zunehmendem Maße sind wir dabei, zu begreifen und zu erkennen, daß es in der Geschichte dieses guten Hauses Bundesrepublik Deutschland - das meine ich ganz ehrlich -, wo es Rechtsstaatlichkeit, Soziale Marktwirtschaft mit hoher ökologischer Verantwortung, Rechtsstaatssicherheit, eine freie Justiz und eine unabhängige Presse gibt, was uns alle große Lust gemacht hat dazuzugehören - eben doch Fehlentwicklungen gibt. Für mich als ein Dazugekommener ist es immer noch unbegreiflich, daß ihr über viele, viele Jahre darum gewußt habt, daß uns durch Schwarzarbeit, durch Subventionsbetrug, durch Steuerbetrug Milliarden verlorengehen und dagegen energisch nichts gemacht worden ist. Offensichtlich bestand der Eindruck: Wenn man dagegen anginge, wäre der vermutete Ärger größer als der Schaden. Das haben wir zumindest gedacht.

Wir sind heute in eine Situation gekommen, in der wir sagen: Wir müssen den Sozialstaat umbauen. Aber ich meine, wir müssen mehr umbauen, nämlich auch die Strukturen unserer Gesellschaft. Denn wir werden nie wieder die Billigsten werden können. Ich hoffe, daß das allen klar ist. So viel können wir gar nicht sparen, daß wir mit den Philippinen oder Thailand um die Wette sparen können. Das heißt, wir werden es wieder schaffen müssen, auf genügend Feldern wenigstens die Schnellsten, die Besten zu sein. Die Billigsten, wie gesagt, werden wir nie wieder werden.

Mir fällt dazu ein: Laßt uns Ernst damit machen, daß Verwaltungsfristen kürzer werden, daß staatliche Institutionen tatsächlich behilflich sind und nicht aufhalten und hemmen, daß wir dort, wo es notwendig ist, dem Mißbrauch tatsächlich energisch zu Leibe gehen. Schwarzarbeit, Subventionsmißbrauch und Steuermißbrauch kosten uns jedes Jahr dreistellige Milliardensummen, die im Sozialbereich niemals eingespart werden können.

Es geht darum, endlich mit dem Investivlohn Ernst zu machen. Zu den guten Argumenten, die in dem Zusammenhang seit vielen Jahren genannt werden - daß Arbeitnehmer Produktivkapital in die Hand bekommen, daß ein Stück mehr soziale Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft Wirklichkeit wird -, kommen, wie ich finde, angesichts der aktuellen Situation mindestens drei weitere hinzu: Deutsche Betriebe haben eine sehr dünne Eigenkapitaldecke, viel dünner als unsere europäischen Konkurrenten. Der Investivlohn könnte helfen, daß unsere mittelständische Wirtschaft stärker wird, daß neue Arbeitsplätze entstehen. Darum geht es nämlich: Wir

brauchen zuallererst neue Arbeitsplätze, die in die Zukunft zeigen. Denn dadurch, daß wir 4 Millionen Arbeitslose haben, gehen uns jährlich 160 Milliarden DM verloren, die sinnvoller ausgegeben werden könnten.

Ein letzter Gedanke. Die deutsche Einheit, die sechs Jahre her ist, hat den Bürgern aus den neuen Bundesländern auch Reisefreiheit gegeben, die sie vorher nicht hatten. Ich rede jetzt ganz persönlich von mir: Mir ist es dadurch möglich geworden, einmal in die Schweiz, in die Niederlande, nach Belgien, nach Luxemburg, in die Vereinigten Staaten zu reisen. Immer, wenn ich wiedergekommen bin, habe ich gesagt - ich tue das auch heute noch, und ich sage das auch als Sozialpolitiker noch nach dem 13. September dieses Jahres bewußt -: Rainer, wenn du bezahlter Arbeit nachgehen muß, wenn du krank wirst, wenn du alt wirst, wenn du Vater wirst - für Frauen: wenn du Mutter wirst -, wenn du pflegebedürftig wirst, wenn du arbeitslos wirst, bitte nur in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Angesichts der gegenwärtigen Situation sollten wir das nicht vergessen. Und damit das für unsere Kinder und Enkelkinder so bleibt, damit die auch sagen können, wir möchten bitte weiter in der Bundesrepublik Deutschland leben, laßt uns noch näher zusammenrücken. Darum laßt uns die ungeheure Aufgabe, vor der wir stehen, gemeinsam und konzentriert angehen. - Danke schön.

(Beifall)

**Christlne Lieberknecht**, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, Herr Eppelmann. - Jetzt spricht Hansjürgen Doss.

**Hansjürgen Doss**: Natürlich hat unser Bundeskanzler und Parteivorsitzender das Problem der Arbeitslosigkeit behandelt. Wie könnte es anders sein? Es ist das gesellschaftspolitische Problem Nummer eins. Er hat in diesem Zusammenhang gesagt - ich zitiere -, „wenn wir über wettbewerbsfähige Arbeitsplätze der Zukunft sprechen, müssen wir zuerst über den Mittelstand sprechen.“ Meine Nachbarin, Frau Pack, hat gemeint: „Dann kannst du ja deine Wortmeldung zurückziehen.“ Ich habe das nicht getan, weil ich einen Zusammenhang herstellen möchte, den ich für entscheidend halte und mit dem wir uns viel intensiver beschäftigen müssen, als wir das bisher getan haben.

Der Vorsitzende der JU, Escher, und ich haben vereinbart, daß wir uns, JU sowie Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, über die Frage der Arbeitsplätze in Zukunft intensiver austauschen wollen, als das bisher der Fall gewesen ist.

Ich will Ihnen einen kleinen Exkurs in die Vergangenheit zumuten, in die Zeit des Wirtschaftswunders. Damals hatten wir 9,2 Millionen Unternehmen, eine Selbständigenquote von 14 Prozent und Vollbeschäftigung. In der Zwischenzeit ist die Selbständigenquote auf unter 9 Prozent gefallen. Die Zahl der Beamten und Angestellten hat sich in dieser Zeit verdoppelt. Immer weniger wollen Arbeitgeber sein.

Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Selbständigenquote und der Eskalation der Arbeitslosigkeit. Um die durchschnittliche Selbständigenquote der OECD-Länder

von 11 Prozent zu erreichen, müßte es in Deutschland rund 2 Millionen mehr Selbständige geben. Würde nur jeder dieser 2 Millionen mehr Selbständigen zwei Arbeitsplätze schaffen, wäre unser Problem der Arbeitslosigkeit gelöst.

Zu wenige von denen, die den Zusammenhang erkannt haben, kümmern sich um die Lösung dieses Problems. Der Bundeskanzler hat das erkannt; er hat zu einer neuen Kultur der Selbständigkeit aufgerufen. Wir müssen aber mehr dazu tun, um diese neue Kultur der Selbständigkeit auch herbeizuführen.

Wenn es um die Frage geht, ob ein junger Mann, eine junge Frau vor der Alternative steht, selbständig zu werden oder angestellt beschäftigt zu sein, dann möchte ich einmal einen jungen Schlossermeister beispielhaft nennen. Er ist in einem führenden Unternehmen der Metallindustrie beschäftigt und vergleicht: sicherer Arbeitsplatz mit weitreichender Entscheidungsbefugnis, 35-Stunden-Woche, sechs Wochen Urlaub, viel Zeit für Familie und Hobbies, sicheres Einkommen mit progressiver Entwicklung und 13. Monatsgehalt, soziale Absicherung gegen Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit.

Entscheidet er sich für Selbständigkeit, ist er nicht selten Akteur in einem harten, nicht immer fairen Wettbewerb, hat er eine 70-Stunden-Woche, vorerst überhaupt keinen Urlaub, kaum Zeit für Familie und Freunde, Angstschweiß vor dem nächsten Monatsersten. - Ich weiß, wovon ich rede; ich habe das alles durchgemacht. Weiterhin muß er natürlich vorsorgen auf eigene Kosten.

Die Devise heißt doch heute - das ist doch eine der Ursachen, warum wir zuwenig Selbständige haben -: Lieber sicher angestellt als riskant selbständig, lieber Gehaltsempfänger als Besserverdiener, lieber geschätzter Kollege als als Ausbeuter verachtet.

Die Hälfte der deutschen Studenten träumt vom öffentlichen Dienst; der Bundeskanzler hat das vorhin in seiner Rede erwähnt. Nur 40 Prozent der Unternehmerkinder wollen den elterlichen Betrieb fortführen.

Oberstes Ziel der Auszubildenden ist die Übernahme nach der Lehre. Im öffentlichen Ansehen werden Unternehmer nur noch von Politikern und Journalisten unterboten.

Wenn der Bundeskanzler eine neue Kultur der Selbständigkeit gefordert hat, dann geht dies nicht mit Vollkasko mentalität, Betreuungssehnsucht nach den Wohlfahrts- und Sozialstandards, dann geht es nicht ohne unternehmerischen Wagemut, ohne Kreativität, Risikobereitschaft und Übernahme von Verantwortung für sich und andere.

Da wir wissen, wie langsam sich ein gesellschaftliches Bewußtsein ändert, wird es höchste Zeit gegenzusteuern, damit Selbständigkeit wieder ein positives Image erhält und wieder erstrebenswert wird. Dies gilt für die Psychologie. Unternehmer sind Arbeitgeber, Ausbilder, Investoren, Produzenten und Dienstleister, Erfinder und Entwickler, Steuer- und Beitragszahler. Sie verdienen unsere Anerkennung.

Es gibt aber auch eine materielle Komponente: Selbständigkeit muß sich lohnen; Leistung muß sich lohnen - damit haben wir Wahlen gewonnen. Im Sinne des Leitgedankens dieses

Bundesparteitages gibt es ganz konkrete Möglichkeiten, nämlich die steuerliche Entlastung für Leistungsträger. Das ist Handeln für die Zukunft. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Averwesser.

**Heinrich-Wilhelm Averwesser:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wurde wieder oft das Wort „Zukunft“ gebraucht und von Zukunftsgestaltung gesprochen. Wie die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme und die Zukunft des Steuersystems aussieht, wird noch diskutiert werden. Wie aber die Zukunft der jungen Generation und wie die Ausbildung derjenigen, die zukünftig gestalten sollen, aussieht, wird nur am Rande gestreift.

Welcher Eindruck wird den Alten von morgen vermittelt? Einerseits werden hohe Erwartungen und hohe Anforderungen an uns gestellt, andererseits wird uns durch politische Schnellschüsse das Leben, die Zukunft erschwert. Viele folgen unreflektiert denen, die immer noch die Mär der faulen Studenten predigen, obwohl es jeder eigentlich besser wissen müßte. Jeder glaubt, auch bei Bildungsfragen kompetent mitreden zu können: durch seine Schulkinder, durch seine studierenden Kinder oder aus der eigenen Anschauung. Solche Gespräche beginnen oft mit „damals“. Hier beginnt das Problem.

Die Hochschulsituation, wie sie sich uns heute darstellt, ist nicht mehr mit der von vor 20 Jahren vergleichbar. Heute prägen überfüllte Hörsäle, veraltete leistungsfeindliche Strukturen und nicht mehr zeitgemäße Prüfungsordnungen das Bild der Universitäten.

Die Lösung der Probleme muß bei den Strukturen ansetzen und ein Klima von Autonomie, Leistung und Wettbewerb im Hochschulsektor schaffen, welches allzu strenge Regulierungen überflüssig macht.

Bislang wurde versucht, Veränderungen an den Hochschulen nur über finanziellen Druck zu erreichen. So wird auch die Diskussion über Studiengebühren geführt. Anstatt sich um Wettbewerb an den Hochschulen zu kümmern, den jeder Student unterstützen würde, wird eine Debatte über Studiengebühren geführt. Studiengebühren würden aber Opfer zu Tätern machen, erwirtschaftete Mittel nicht den Hochschulen zur Verfügung stellen, sondern dem allgemeinen Steuersäckel zuführen und damit keine Verbesserung, sondern eine Verschlimmerung herbeiführen.

(Vereinzelt Beifall)

Es trauen sich im Moment nur wenige, sich öffentlich für Studiengebühren auszusprechen. Hinter den Kulissen sieht die Situation aber anders aus. Dieser gefährlichen Entwicklung muß gerade von christdemokratischer Seite entgegengewirkt werden. Dazu rufe ich Sie, meine Damen und Herren, auf.

(Vereinzelt Beifall)

Vereinfachungen des Steuersystems stimmt jeder von Ihnen vorbehaltlos zu. Wenn aber für Studenten eine Sondersteuer geplant wird, schwenken plötzlich viele um. Es hat sich doch

mittlerweile herumgesprochen, daß Studenten schon einen erheblichen Teil zu den Leistungen der Hochschule beitragen und damit ihren Beitrag zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland leisten.

Wir Studenten als Hauptbeteiligte sind die letzten, die sich positiven Reformen widersetzen. Wir sind doch diejenigen, die direkt vor Ort gegen das Chaos an den Hochschulen ankämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann doch nicht wahr sein, daß uns die SPD-regierten Länder vormachen, wie man innovative Bildungspolitik betreibt, und die CDU die Zeichen der Zeit verschläft. Die CDU muß sich - dafür stehen die Zeichen gut - für Management-Strukturen und Leistungskriterien für Professoren einsetzen und weiter auf dem Weg der leistungsbezogenen Mittelzuweisung voranschreiten. Leistung muß an den Hochschulen wieder gewürdigt werden.

Die CDU will Zukunft gestalten und darf deshalb den Zukunftsbereich Bildung nicht der Opposition überlassen. Aufschrecken sollte uns in diesem Zusammenhang besonders die groß angekündigte Hochschulkampagne der PDS.

Ich rufe Sie auf, gemeinsam mit dem RCDS Ideen für die Hochschulreform zu entwickeln und Bundesbildungsminister Rüttgers bei seinen Vorhaben zu unterstützen. Durch die Erneuerung des Hochschulrahmengesetzes können wir verlorengegangenen Boden an den Unis wiedergutmachen. Gestalten Sie mit uns Zukunft, und schaffen Sie mit uns ein Klima, in dem die Hochschulen in Zukunft gedeihen können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen einen erfolgreichen Verlauf des Parteitags. - Danke schön.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Als nächster spricht der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Klaus Escher.

**Klaus Escher**: Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben als Junge Union auch darüber nachgedacht, wie wir das Amtsjubiläum von Helmut Kohl - 14 Jahre Kanzlerschaft - würdigen können. Wir haben die jüngsten JU-Mitglieder - man kann mit 14 Jahren in die JU eintreten - gefragt, und in unserem Magazin, das wir hier ausgelegt haben, hat einer der jüngsten Mitglieder der JU, der mit 14 eingetreten ist, sozusagen seine Erfahrungen, sein Bild geschildert.

Wenn ich das etwas ketzerisch sagen darf: Es gibt unter den 14jährigen viele, die Helmut Kohl für den Gründungsvorsitzenden halten; das haben wir herausgefunden. Das ist - wie wir wissen - unzutreffend, aber das zeigt, daß die Jüngeren die gesamte politische Lebensphase, in die sie hineingewachsen sind, mit Helmut Kohl verbinden.

Eine Bemerkung zu unserem Deutschlandtag, der gerade zu Ende gegangen ist: Der Bundeskanzler hat von den 60 Kilometern gesprochen, die Berlin von der polnischen Grenze trennen. Wir haben unseren Deutschlandtag in Sachsen veranstaltet, und wir waren 60 Meter von der polnischen Grenze weg, in Görlitz.

Ich will an dieser Stelle sagen, daß es sehr schön ist, in Europa und in Deutschland in einer Zeit Politik machen zu können, in der wir uns jetzt der Aufgabe stellen können, diese Grenze zu überwinden und das Europa größer, friedlicher und stärker zu machen.

(Beifall)

Es hat mir gefallen, daß wir kein Weiter-so wollen. Das tauchte in der Rede des Bundeskanzlers auf, und ich finde diesen Satz bemerkenswert wichtig. Es ist in der Tat wichtig, daß sich in vielen Bereichen ein Weiter-so heute verschließt.

Wenn wir über die langen Ausbildungszeiten reden, haben wir zwei Möglichkeiten: Entweder wirft man den Jüngeren vor, daß sie sich so lange an den Universitäten tummeln, oder die Jüngeren werfen den Älteren vor, daß sie nicht rechtzeitig die Ausbildungssysteme so geändert haben, daß sie europäischen Maßstäben gerecht werden.

Mein Vorschlag ist: Weder sollten wir als Jüngere die Älteren mit Vorwürfen belasten, noch sollten die Älteren den Jüngeren sagen: Ihr seid zu lange an den Hochschulen. Vielmehr sollten wir das jetzt ändern und an dieses Problem herangehen.

(Vereinzelt Beifall)

Das tun wir. Insbesondere sollten wir es tun, indem wir die Hochschule internationaler und flexibler machen. Theodor Berchem hat es gesagt, der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes: Die Zahl der Studenten aus Deutschland, die ins Ausland gehen, muß sich verdoppeln, und die Zahl der Studierenden, die vom Ausland nach Deutschland kommen, muß sich verdreifachen, damit wir entsprechend internationalem Standard ausbilden. Das ist wichtig, und das ist eine ganz zentrale Position, wo wir kein Weiter-so gebrauchen können.

Wir reden viel und haben viel gehört von der gestiegenen Bedeutung Deutschlands in der Welt. Das stimmt, aber schauen Sie sich beispielsweise die Zahlen der Studierenden in den Vereinigten Staaten an, die Deutsch lernen. Die Zahl ist von 1990 bis 1995 um 28 Prozent zurückgegangen. Die Zahl derjenigen, die Spanisch lernen, ist um 14 Prozent gestiegen, und die Zahl derjenigen, die Chinesisch lernen, ist um 36 Prozent gestiegen. Wir müssen in diesem Ausbildungsbereich und in der Attraktivität Deutschlands wirklich nachlegen. Hier ist die Aussage, daß es kein „Weiter so“ geben kann, eine wichtige und elementare Aussage.

Der Bundeskanzler hat dann die Bevölkerungsentwicklung angesprochen. Ich möchte Sie auf eine kleine Aktion der Jungen Union zu diesem Parteitag aufmerksam machen. Wir haben für alle Delegierten einen Taschenrechner vorgelegt, auf den wir geschrieben haben: „Rechnen Sie mit uns für die Zukunft“. Wir meinen das nicht in dem Sinne, daß wir als Junge Union uns auch in Zukunft aktiv einbringen wollen - das ist selbstverständlich -, sondern wir meinen es ganz bewußt vor dem Hintergrund dessen, was wir den Altersaufbau nennen, die Generationenentwicklung, daß wir hier Veränderung brauchen, daß wir uns insbesondere nicht weigern, neue Wirklichkeiten aufzunehmen. Wir müssen die Eigenverantwortung für den Einzelnen ausbauen. Wir müssen die Kraft haben, Solidarität so zu gestalten, daß sie auch für die Jüngeren tragfähig ist und daß sie sich zwischen den Generationen gerecht verteilt. Mit dieser Aktion wollen wir diese Aussagen treffen. Es geht hier nicht - genau wie eben - um Vorwürfe der Älteren an die Jüngeren oder der Jüngeren an die Älteren, sondern es geht darum, daß wir

diese Dinge realistisch zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, daß das jetzt geschehen muß. Wir müssen diesen Umbau in diesem Bereich jetzt angehen. Es kommt nicht von ungefähr, daß wir als Junge Union - das ist für einige etwas überraschend gewesen, aber es ist unser Thema - für diejenigen, die noch nicht geboren sind, und diejenigen, die jung sind wie wir, eine auch tragfähige und aufrecht zu erhaltende soziale Sicherungsform für die Zukunft finden. Das ist unser legitimes Anliegen in dieser Sachlage.

Übrigens ist es so, daß Helmut Kohl ja noch in das Geschichtsbuch schreibt. Wir sollten nicht so tun, als ob das jetzt eine Kapitelseite ist. Er schreibt ja noch, und wir machen Politik, und wir machen sie mit Helmut Kohl. Ich sage aber auch, daß wir natürlich einen programmatischen Führungsanspruch brauchen, daß wir die Wahlen, egal wann, immer nur gewinnen können, wenn wir die Reformpartei Nummer eins sind, wenn wir diejenigen sind, denen die Leute vertrauen, die Probleme anzugehen, programmatisch anzugehen. Dafür brauchen wir jemanden, der diese Positionen verkörpert, aber wir müssen auch als Partei gut sein. Wir müssen als Partei diese Programme zukunftsweisend definieren.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen, wir haben auf dem Deutschlandtag ein umfangreiches Papier verabschiedet, mit dem wir sagen, wir wollen mithelfen, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Das geht nur über die Generationen hinweg. Sie können sich darauf verlassen, daß die Junge Union insbesondere eines will, sie will, was das Motto dieses Parteitages ist, nämlich Handeln für die Zukunft einfordern, immer wieder exakt formulieren, was die CDU betrifft, damit der Slogan, der auf diesem Taschenrechner steht: „Rechnen Sie mit uns für die Zukunft“, das Programm auch dieser Partei ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Escher. Der nächste ist Arnold Vaatz, Minister aus Sachsen. Dann möge sich bitte Herr Claus Jäger bereithalten.

**Arnold Vaatz**: Liebe Freunde! Ich möchte anknüpfen an die Worte unseres Vorsitzenden zum Umgang mit der PDS. Ich bin der Auffassung, daß wir in dieser Frage mehr als bisher in die Offensive gehen müssen, und wir haben dazu auch allen Grund.

(Beifall)

Ich sage das deshalb, weil mich eine gewisse Sorge erfüllt wegen einiger Sprachregelungen, die wie Fledermäuse in unsere öffentliche Luftlage hineinschwirren und geeignet sind, alte richtige Wahrheiten umzudrehen, und das kann nicht gut sein. Mir ist das das erste Mal in einem Gespräch mit meinem Sohn aufgefallen, 15 Jahre alt, der mich gefragt hat, warum eigentlich der Gauck diese vielen belastenden Akten angelegt habe. Ich hatte große Mühe, ihm zu erklären, daß das nicht Joachim Gauck gewesen ist, der diese Akten angelegt hat. Es war ihm einfach unverständlich, was so ein Apparat, der solche Informationen über Menschen sammelt hat, die dazu dienen, sie gegeneinander auszuspielen, eigentlich für Gründe für dieses Tun hatte.

Wenn wir die Sprachregelungen, mit denen man uns überzieht, nicht offensiv angreifen, könnte es uns überall so gehen, wie in diesem Bereich.

Ich darf noch eine zweite Sprachregelung nennen. Es heißt oft, die DDR-Wirtschaft sei plattgemacht worden, in Klammern: von der Treuhand. Da gerät natürlich völlig in Vergessenheit, daß die DDR 40 Jahre lang plattgemacht worden ist, und zwar von der SED.

(Beifall)

Als nächstes hört man oft, es gebe jetzt ein politisch motiviertes Rentenstrafrecht. Jawohl, meine Damen und Herren, ein Rentenstrafrecht hat es gegeben. Es bestand in Privilegien für besonders systemtreue Menschen in der DDR. Wir können den Versuch, Rentengerechtigkeit herzustellen, nicht dadurch denunzieren, daß wir den Begriff des Rentenstrafrechts der PDS verwenden, oder sagen wir einmal, billigend in Kauf nehmen, um einen Umstand zu kritisieren, der zum Ziel hat, Rentengerechtigkeit herzustellen und das Rentenstrafrecht der DDR nicht fortzuschreiben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diese Sprachregelungen sind nicht nur logisch falsch, sie stellen nicht nur die Geschichte auf den Kopf, sondern sie sind Väter und Mütter von Larmoyanz und Selbstmitleid. Larmoyanz und Selbstmitleid sind die Todfeinde der deutschen Einheit in Ostdeutschland.

(Beifall)

Es ist richtig, wenn wir uns fragen, wie wir Wählerklientel gewinnen können, die gegenwärtig noch dazu neigt, solchen Parteien wie der PDS ihre Stimme zu geben, aus Protest oder sonst irgendwelchen Gründen. Wir dürfen das aber nicht um den Preis der Aufgabe wichtiger Prinzipien, unserer Grundwerte und der elementaren Logik tun. Wir müssen diesen Menschen unsere Botschaft in ihre Sprache übersetzen. Wir dürfen nicht zulassen, daß diese Menschen mit ihrer Botschaft unsere politischen Ziele verfremden.

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß es bei aller Richtigkeit der Suche nach neuer Wählerklientel ebenso wichtig ist, danach zu trachten, alle die Wähler zu halten, die uns vom Jahre 1990 an kontinuierlich ihre Stimme gegeben haben. Ich betrachte es als ganz besonders wichtig, daß wir bei der Suche nach neuen Wählern nicht die Taube in der Hand nach dem Spatz auf dem Dach werfen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Vaatz. - Es liegen nur noch zwei Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zu dem Bericht des Generalsekretärs. Ich bitte Sie doch sehr, wieder auf ihren Plätzen Platz zu nehmen, sich hinzusetzen, damit der Saal während des Berichts des Generalsekretärs gut gefüllt ist. Vielen Dank. - Ich rufe jetzt Herrn Claus Jäger auf und bitte dann Herrn Uwe Greve aus Schleswig-Holstein, sich bereitzuhalten.

**Claus Jäger**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte des Bundesparteitages! Unser Parteivorsitzender hat in seinem Rechenschaftsbericht die dramatischen Änderungen in unserem Gesellschaftsgefüge hervorgehoben, die sich hinsichtlich des ständigen Anwachsens der älteren Generation und des ständigen Rückgangs der nachwachsenden

Generation, des beständigen Schwundes an Kindern in unserer Gesellschaft, aufgetan haben. Daraus kann doch nur folgen, daß wir verstärkt ein Ja zu Kindern brauchen, ein Ja zur Familienpolitik.

An dieser Stelle aber habe ich eine kritische Frage zu stellen - es ist schade, daß der Herr Parteivorsitzende und auch der Herr Generalsekretär im Augenblick nicht da sind: Wenn dies einer der wichtigsten Gesichtspunkte unserer Politik ist, wie kommt es dann, daß wir in Bonn ein derart unmögliches Gezerre um die Erhöhung des Kindergeldes erlebt haben, das jetzt Dank der SPD bei vielen Bürgern als gesichert gilt, während es doch in Wahrheit durch Beschluß der Unionsfraktionen und der Koalition in das Gesetz hineingekommen ist?

Meine lieben Parteifreunde, dahinter steckt nicht nur ein taktisches Versagen; das ist natürlich in diesem Falle geschehen. Dahinter steckt auch eine immer geringer werdende Sensibilität für die Prioritäten, die wir in dieser Frage in unserer Partei setzen müssen. Was gilt in unserer Politik noch? Sind noch die kinderreichen Familien, ist noch das Leben der ungeborenen Kinder bei uns erstrangig, prioritär, oder ist es das inzwischen nicht mehr?

Der Parteivorsitzende hat vom „großen C“ gesprochen, daß es für uns eine Errungenschaft und keine Belastung ist. Wenn das so ist, dann frage ich: Warum fehlt das Echo der Parteispitze zu einer so entscheidenden Herausforderung wie dem Hirtenwort der katholischen Bischöfe, das vor wenigen Tagen in Deutschland bekanntgegeben wurde

(Vereinzelt Beifall)

und zu dem manche Stellung genommen haben, unsere Partei aber geschwiegen hat?

Wenn wir einen Blick in den Rechenschaftsbericht der Bundesgeschäftsstelle werfen, dann zeigt sich, daß die Union eine Menge an Foren, Kongressen und Aktionen unternommen hat - aber keine einzige davon zum Thema Familie, keine einzige davon zur Frage, wie der durch das Gesetz nicht mehr vollständig gewährleistete Schutz der ungeborenen Kinder künftig durch eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit und durch eine Änderung des öffentlichen Bewußtseins hergestellt werden könnte.

(Vereinzelt Beifall)

Nichts davon lesen wir in diesem Rechenschaftsbericht.

Wo bleibt die Aktion für diesen Lebensschutz, die seit dem Bundesparteitag in Wiesbaden, wo sie beschlossen worden ist, immer und immer wieder eingefordert worden ist, aber von der Parteispitze nicht durchgeführt wird?

Schließlich frage ich: Wenn es wahr ist - und es ist wahr -, daß wir in unserem Grundsatzprogramm den Menschen als ein Geschöpf Gottes betrachten, wie kann dann die Frage „Beratung schwangerer Frauen“, wie sie dieses Geschöpf zur Welt bringen können und wie sie die dafür nötigen Hilfen erhalten können, in dem Land, wo unsere Schwesterpartei, die CSU, regiert, in einer verfassungskonformen Weise geregelt werden und die CDU dazu schweigen?

Im Bericht der Bundesregierung, den wir in unseren Mappen gefunden haben, wird geradezu verlangt, daß die Länder durch ihre Landesgesetzgebung ganz im Sinne des Urteils des Bun-

desverfassungsgerichts von 1993 Regelungen für diese Beratung schaffen. Wo aber ist etwas Verfassungskonformes geschehen, außer in Bayern? Wo bleibt die positive und nachhaltige Unterstützung unserer CDU für die bayerische Schwesterpartei in dieser Frage,

(Vereinzelt Beifall)

wenn wir schon nicht in unseren Landtagen die Mehrheiten haben, um das bei uns in der CDU so oder ähnlich durchzusetzen?

Schließlich frage ich mich: Warum ist im Rechenschaftsbericht vom Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzenden selber zu diesen drängenden Problemen kein einziges Wort gesagt worden? Die Frage stellen sich wahrscheinlich manche, die diesem Rechenschaftsbericht aufmerksam und zum größten Teil zustimmend zugehört haben. Warum wird zu dieser größten und schwersten Menschenrechtsverletzung, die es heute in Deutschland gibt, daß Hunderttausende ungeborener Kinder sterben müssen, kein Wort verloren?

Wenn es aber unsere Überzeugung ist, daß der Mensch ein Geschöpf Gottes ist, dann dürfen wir die Eltern, die bereit sind, dieses Leben anzunehmen und die Kinder großzuziehen, doch nicht im Stich lassen. Dann dürfen wir erst recht nicht an dem schrecklichen Geschehen vorbeigehen, daß Hunderttausende von Kindern in unserem Volk sterben müssen, obwohl wir eines der wohlhabendsten Völker in Europa und in der Welt sind.

(Vereinzelt Beifall)

Diesen Skandal darf die CDU einfach nicht hinnehmen. Sie muß an seiner Überwindung arbeiten.

Herr Parteivorsitzender bzw. Herr Generalsekretär, ich erwarte bei der Antwort auf die vielen Fragen und Diskussionsbeiträge, die heute von diesem Pult aus gegeben worden sind, die Stellungnahme auch zu diesem wichtigen und uns allen im Mark berührenden Problem. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Christine Lieberknecht**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jäger. - Als nächsten rufe ich Herrn Uwe Greve aus Schleswig-Holstein auf. Danach haben wir keine Wortmeldung mehr.

**Uwe Greve**: Frau Vorsitzende! Liebe Parteifreunde! In meinem Beitrag geht es mir in erster Linie darum, daß wir noch einen Gedankengang herauskehren, der aus meiner Sicht bisher zu kurz gekommen ist.

Die soziale Situation in unserem Lande ist nicht nur steuerlich bedingt, sondern aus meiner Sicht in allererster Linie innovationsbedingt. Liebe Freunde, wer Produkte herstellt, die auch in Korea hergestellt werden können, der kann logischerweise auch nur ein Sozialsystem und ein Lohnsystem haben, wie es Korea besitzt. Das heißt also: Die Innovationskraft und ihre Stärkung ist für mich die Wurzel der Erneuerung unseres gesamten System der Sozialen Marktwirtschaft.

Weil dies so ist, vermisse ich, daß wir uns klarer darüber unterhalten, wie die Voraussetzungen dafür gestärkt werden können. Dazu gehört erstens die Tatsache, daß wir uns wieder zu

dem Begriff der Elite, der leider gar nicht vorgekommen ist, bekennen. Wer keine wirtschaftspolitischen, ingenieurpolitischen und generell Eliten hervorbringt, der wird logischerweise immer in die Mittelmäßigkeit zurückfallen.

(Vereinzelt Beifall)

Das bedeutet also, liebe Freunde: Wenn wir uns einmal in der Gegenwart umschauen, dann sehen wir, daß wir selbst von diesem antieitären Denken in großem Maßstabe angekränkt sind.

Ich will das in einem Bild erläutern: In Japan ist vor kurzem eine Partei nach vorne getreten und hat gesagt: Bei uns gibt es einige Hundert Schriftzeichen. Wir müssen sie endlich vereinfachen, damit auch der Letzte sie begreift. - Der japanische Kultusminister hat geantwortet: Wer an der Weltspitze der Computertechnik marschieren will, für den gibt es als Training der jungen Menschen nichts Besseres als eine gutentwickelte, komplizierte Sprache.

Und was machen wir in Deutschland, liebe Freunde? Wir vereinfachen unsere Sprache noch, weil wir glauben, denjenigen, die die Computer von morgen bauen sollen, nicht mehr zumuten zu können, daß sie Portemonnaie französisch und Schifffahrt mit „ff“ schreiben können.

(Vereinzelt Beifall)

Das sind doch Gedankengänge, über die wir einmal nachdenken müssen. Das sind doch Zukunftselemente, an denen wir lernen können, liebe Freunde. Dort muß eingehakt werden. Dort müssen wir den Mut haben, auch einmal gegen den Zeitgeist zu sprechen.

Ich schaue nach Baden-Württemberg. Was sich derzeit dort in einem CDU-regierten Lande im schulpolitischen Bereich tut, ist genau das, was der Bundeskanzler vorhin als negativ abgelehnt hat, nämlich Experimente mit der offenen Schule, wie ich sie als Norddeutscher in Hamburg seit langem beobachte. Sie müssen automatisch das Ende eines jeden Leistungssystems sein. Wir selbst sollten doch nicht von einer solchen Entwicklung angekränkt sein, liebe Freunde!

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage es noch stärker. Liebe Freunde, wenn wir die Zukunft wirklich gestalten wollen, dann heißt Mitte nicht Mittelmäßigkeit, sondern wir müssen erkennen, wo wirklich angesetzt werden muß, damit sich die deutsche Wirtschaft wieder erneuert.

Dies sei noch an einer Zahl verdeutlicht: Nach dem bedeutendsten deutschen Wirtschaftsintitut waren wir 1970 in 24 von 62 gezählten Industriesparten weltführend. 1995 sind wir noch in elf weltführend. Klarer kann man den Abstieg der Innovationskräfte doch nicht feststellen.

Oder ein zweites Bild: Lassen Sie sich doch bitte vom Deutschen Patentamt einmal das Material über die Entwicklung der Patente kommen. Da stellen Sie fest, daß es in Japan viermal soviel Schlüsselpatente wie in Deutschland gibt. Da muß doch bei uns endlich der Gedanke fruchten: Wir brauchen Eliteschulen und Eliteuniversitäten. Dort müssen wir ansetzen. Da kommt natürlich immer der Gedanke: Ja, in dieser Legislaturperiode geht das nicht mehr. Aber wenn wir es jetzt nicht machen, wird es auch in zehn Jahren nicht sein, und dann werden wir eines Tages dort stehen, wo eine Reihe von Ländern, die einst wirtschaftlich stark waren,

gelandet sind. Deshalb bin ich der Überzeugung, daß wir mit allen denkbaren Kräften für neue Eliten streiten und das Wort Elite nicht kraft Gebot oder kraft Amtes, sondern kraft Könnens wieder in den Mittelpunkt auch unserer politischen Entwicklung stellen müssen. - Vielen Dank.

**Rita Pawelski**, Tagespräsidium: Vielen Dank, Herr Greve. - Meine Damen und Herren, es liegen nunmehr keine weiteren Wortmeldungen mehr vor, so daß ich Tagesordnungspunkt 13 - Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden - schließe. Ich danke allen Rednern für ihre sachlichen Beiträge.

Meine Damen und Herren, bevor ich Tagesordnungspunkt 9 aufrufe, bitte ich Sie herzlich, sich an Ihre Plätze zu begeben. - Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 9

#### BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS

auf und erteile unserem Generalsekretär Peter Hintze zum Bericht und zum Antrag des Bundesvorstandes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU das Wort.

(Beifall)

**Peter Hintze**, Generalsekretär der CDU: Liebe Rita Pawelski! Liebe Parteifreunde! Ich bedanke mich für die kritischen, aber auch für die positiven Anmerkungen, die eben in der Aussprache zur Arbeit der Bundespartei gemacht worden sind. Ich werde auf das eine oder andere noch eingehen, auch auf unsere Foren.

Ich möchte mit einer kurzen Vorbemerkung beginnen. In einem solchen Parteitag, wie wir ihn hier erleben, steckt auch eine Menge Arbeit hinter den Kulissen, eine Menge Arbeit in der Vorbereitung, die auch während des Parteitages noch anhält. Heute hat einer Geburtstag, der seit vielen, vielen Jahren dafür sorgt, daß unsere Parteitage, daß die Antragsberatung, daß unsere politische Arbeit auf den Parteitagen so gelingt: Der Leiter der Hauptabteilung Politik, Heiner Lueg, wird 52 Jahre alt, und ich möchte ihm in Ihrem Namen recht herzlich zum Geburtstag, den er heute mit uns feiert, gratulieren.

(Beifall)

Liebe Freunde! Die letzte politische Woche in Bonn hatte es in sich. Ob uns in Zukunft Korrekturen - wie in dieser Woche - erspart bleiben, hängt von zwei Faktoren ab, zum ersten davon, ob die von der SPD geführte Mehrheit des Bundesrates zum Geist und Gedanken des Grundgesetzes zurückkehrt und ihrem föderalen Auftrag nachkommt, an der Gesetzgebung des Bundes zum Wohle der Sache mitzuwirken, und zum zweiten aber auch, ob wir es schaffen, auf dem Felde des Politischen das wirtschaftliche Wachstum zu stärken und neue Arbeitsplätze zu gewinnen. Der Bundeskanzler hat dazu in seiner Rede eindrucksvoll gesprochen und gezeigt, daß wir die Schlüssel dazu in der Hand haben.

Das Motto unseres Parteitages - an der Rückwand unübersehbar geschrieben - lautet: „Handeln für die Zukunft“. Manchmal hilft dabei ein Blick zurück.

1848 baute Werner von Siemens die elektrische Telegraphenlinie zwischen Deutschland und Belgien. Damals brach das Geschäft eines gewissen Julius Reuter aus Köln zusammen. Er betrieb nämlich bis dahin eine Taubenpostlinie zwischen Köln und Brüssel. Was machte der

Taubenposthalter? - Er ging nach London, nutzte die neue Technik, eröffnete ein Depeschenvermittlungsbüro und legte damit den Grundstein für eine der bis auf den heutigen Tag erfolgreichsten Nachrichtenagenturen der Welt, der Agentur Reuters. - Ein gutes Beispiel dafür, wie aus der Innovation des einen eine Chance für den anderen wurde.

Und heute? Wie gehen wir mit Innovationen um, mit den Veränderungen, die auf uns zukommen, mit den Chancen, die auch darin liegen? Das amerikanische „Wall Street Journal“ hat auf provozierende Weise ein deutsches Problem beschrieben. Der Artikel ist überschrieben: „Ein Deutschland, das Wissenschaft tötet“. In diesem Beitrag wird geschildert, wie kleine radikale Ökogruppen Wissenschaftler diskriminieren und ihre Arbeit angreifen. Felder mit gentechnisch produzierten Pflanzen werden zertrampelt - Jürgen Rüttgers hat darauf hingewiesen -, allein 14 in diesem Jahr. In Labors wird eingebrochen, Versuchsanordnungen werden zerstört. Forscher werden persönlich bedroht.

In der vergangenen Woche erzählte mir ein führender deutscher Biochemiker, der bei uns im Adenauerhaus zu Gast war, in einem Gespräch, das ich gemeinsam mit Herbert Reul führte, daß ein amerikanischer Fachkollege ihn gefragt habe, ob er überhaupt an einem Kongreß in Deutschland teilnehmen könne oder ob er sich dadurch einer Gefahr aussetze.

Meine Damen und Herren, was ich hier schildere, hat nicht nur wissenschaftspolitische Aspekte. Es hat vor allem auch massive wirtschaftliche Folgen, denn da geht es um Investitionsentscheidungen.

Im globalen Wettbewerb kommt es nicht nur auf Arbeitskosten und Produktivität an. Auch die Innovationsakzeptanz der Bevölkerung für moderne Technologien ist ein entscheidender Standortfaktor. Wenn wir es zulassen, meine Damen und Herren, daß der gesamte Bereich der Biotechnologie von fanatischen Kleingruppen in eine negative Ecke gedrängt wird, dann verpassen wir eine der wichtigsten Zukunftsentwicklungen überhaupt.

(Beifall)

Die Biologie wird im 21. Jahrhundert die Rolle erhalten, die die Chemie im 20. Jahrhundert hatte. Das gilt für die Medizin, für die Landwirtschaft, für den ganzen Bereich einer biologisch orientierten Industrieproduktion. Denken wir daran, daß allein in der lebensmittelverarbeitenden Industrie 500 000 Menschen beschäftigt sind - ein weitgehend mittelständisch geprägter Bereich. Welcher Unternehmer wird bereit sein, hier ein neues wirtschaftliches Feld zu erschließen, wenn er dafür öffentlich als Halbverbrecher bezeichnet wird?

Meine Damen und Herren, deshalb treten wir für Innovationsakzeptanz ein. Wer auf den technischen Fortschritt setzt und ihn zum Wohle der Menschen nutzt, hat uns auf seiner Seite, liebe Freunde.

(Beifall)

Politische Kräfte, die den technischen Fortschritt blockieren, tragen die Verantwortung dafür, wenn wir das Problem der Arbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommen. Die Sozialdemokraten haben sich in der Technologiefrage längst in die babylonische Gefangenschaft der Grünen begeben. Es kommt auf uns an. Es ist unsere Aufgabe, einer müder werdenden Gesell-

schaft wieder eine Vision mit Leuchtkraft und Perspektive zu geben. Dabei wird unsere Überzeugungskraft wachsen, wenn wir nicht jede Woche die Bevölkerung mit Einzelvorschlägen schrecken, sondern Gesamtkonzepte erarbeiten und diese dann auch gemeinsam vortragen.

(Beifall)

Die Zukunft wird das sein, was wir heute daraus machen. Es geht darum, den nachfolgenden Generationen die Optionen für ein freies und selbstbestimmtes Leben zu sichern. Wer die notwendigen Entscheidungen versäumt, verpaßt Lebenschancen.

Mein Hauptvorwurf an SPD und Grüne lautet: Sie versäumen ihre Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Sie blockieren unabweisbare Reformen. SPD und Grüne stehen für die Denkschablonen der 70er Jahre, aber gewiß nicht für die Horizonte des 21. Jahrhunderts.

(Beifall)

Reformunfähig, fortschrittsfeindlich und zukunftsvergessen - so kann man Deutschland nicht regieren. Deshalb werden wir unserem Land eine Regierung Oskar Lafontaine, Joschka Fischer und Gregor Gysi ersparen, liebe Freunde.

(Beifall)

Ich zitiere aus einem Artikel, den Klaus von Dohnanyi in diesem Jahr geschrieben hat:

Die SPD hat den Zug der Zeit verpaßt, und auf dem Bahnhof, auf dem sie heute wartet, wird dieser Zug nicht mehr vorbeikommen.

Klaus von Dohnanyi hat recht. Wir werben um die SPD-Wähler, die sich als Wähler der Mitte verstehen. Das sind vernünftige, hart arbeitende Leute. Sie wissen genau, daß in Deutschland nicht alles so bleiben kann, wie es ist. Sie haben nichts im Sinn mit PDS-Kommunisten und grünen Öko-Utopisten. Sie spüren, daß die Welt der Toskana-Sozialisten nicht ihre Welt ist. Diesen Wählern rufen wir zu: Sie sind bei der Union willkommen!

(Beifall)

Im übrigen ersparen sie sich dann auch das seltsame Treiben bei der SPD in der Kandidatenfrage. Es wird ja jede Woche spannender. Das Stück heißt „Die Drei von der Zankstelle“ oder auch „Der sozialdemokratische Intrigantenstadl“.

(Heiterkeit)

Von Lafontaine war schon die Rede. Gerhard Schröder - das weiß man hier in Hannover genau - hat das Prinzip des Heißluftballons zum politischen Prinzip gemacht. Rudolf Scharping schließlich hat in der letzten Wirtschaftsdebatte des Deutschen Bundestages allen Ernstes die Besteuerung in Mexiko zum Maßstab für Deutschland gemacht. Damit hat er sich endgültig diskreditiert. Es geht eben nicht nach dem Motto „Brutto, netto, Mexiko - der Staat, der zahlt's ja sowieso“. Solche SPD-Logik wollen die Menschen nicht hören.

(Beifall)

Wir haben uns auf dem Karlsruher Parteitag vorgenommen, Zukunftswerkstatt unseres Landes zu sein. Heute können wir mit Recht feststellen: In keiner Partei wird intensiver und ernster über Zukunftsfragen diskutiert als bei uns. Viele hier im Saal haben es erleben können. Denn viele haben in den vergangenen Monaten an den Zukunftsforen der CDU teilgenommen. Es gab Foren zur Ökologie, zu den Grundwerten unserer Gesellschaft, zur Zukunft der sozialen Sicherung und zur Reform des Steuersystems. Wer dabei war, hat faszinierende und spannende Diskussionen auf hohem Niveau erlebt.

Wir sind dabei, konkrete Projekte zu gestalten und Entscheidungen durchzusetzen. Eines der wichtigsten Projekte überhaupt ist die große Steuerreform, der Tarif 2000. Darüber werden wir morgen ausführlich diskutieren. Wir wollen mit dieser Reform dem einzelnen wieder mehr Autonomie über sein eigenes Geld geben, und wir wollen etwas für die vielen hart arbeitenden Steuerzahler tun, die nicht die Chance haben, steuermindernd Container zu finanzieren, die in Timbuktu gebaut und in Grönland eingesetzt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Der SPD-Bürgermeister von Hamburg, Henning Voscherau, beklagte öffentlich - ob zu Recht oder zu Unrecht, sei dahingestellt -, in seinem Land würden Millionäre wegen solcher Abschreibungsmöglichkeiten keine Steuern zahlen. Tatsächlich aber haben Voscherau und die anderen SPD-Ministerpräsidenten monatelang die Abschaffung dieser Steuerprivilegien blockiert und verhindert. Das müssen wir der Öffentlichkeit sagen. Dazu sage ich Ihnen: Ein solches Verhalten ist zutiefst unredlich.

(Beifall)

Die SPD verweigert noch immer die notwendige Unternehmensteuerreform. Sie blockiert damit Investitionen. Investitionen sind Voraussetzung für Wachstum. Ohne Wachstum gibt es keine neuen Arbeitsplätze, liebe Freunde. Wenn die SPD sich weiter querstellt und wir die Gewerbesteuer nicht abschaffen können, muß diese Steuer in den neuen Ländern eingeführt werden. Das wäre eine zusätzliche Standortbelastung und ein schwerer Schaden für den Aufbau Ost. Mein Appell an die Sozialdemokraten ist: Sagen Sie im Interesse der Arbeitslosen ja zur Abschaffung dieser investitionsfeindlichen Steuer.

(Beifall)

Ein modernes Steuersystem ist der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum und höhere Leistungsbereitschaft. Unser Leitmotiv für die große Steuerreform lautet: weniger, einfacher, gerechter.

Ich danke im Namen des Parteitages dem Mann, der mit Weitsicht und Beharrlichkeit die große Steuerreform inhaltlich konzipiert und bis zur Beschlußreife vorangetrieben hat. Ich danke unserem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch folgendes hinzufügen: Es ist auch ein schöner Erfolg für Gunnar Uldall und Hans-Peter Repnik. Ihr Beispiel zeigt, daß man mit einer mutigen Idee in unserer Union viel bewirken kann.

(Beifall)

Die Zeichen der Zeit stehen auf Reform. Dazu gehören unser Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, das Reformwerk zur Sicherung unseres Sozialsystems, der Steuertarif 2000. Die Menschen im In- und Ausland müssen spüren: Es bewegt sich etwas in diesem Land. Deutschland wird moderner, flexibler, leistungsfähiger.

Es geht gleichzeitig um einen neuen Geist in unserer Gesellschaft. Unsere Reformen werden die Elemente für ein gesellschaftliches Gesamtkonzept bilden. Es geht um einen neuen Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert. Dieser neue Gesellschaftsvertrag wird die Bedingungen beschreiben, die die Zukunft gut werden lassen.

Es geht erstens um das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens, damit auch bei einer dramatisch wachsenden Weltbevölkerung die Menschen das haben, was sie zum Leben brauchen. Ich richte folgende selbstkritische Aufforderungen an uns alle:

– Wir werden erstens von den nachfolgenden Generationen einmal daraufhin befragt werden, ob wir der ökologischen Frage, der Frage nach der Bewahrung der Schöpfung, genug Aufmerksamkeit schenken, liebe Freunde.

(Beifall)

– Es geht zweitens um ein modernes Verständnis von Bildung, das die Menschen befähigt, immer wieder neu zu lernen und veränderte Situationen zu meistern. Wir wollen die Bildungspolitik wieder stärker in die politische Arbeit unserer Union aufnehmen, denn Bildung und Ausbildung sind die wichtigste Voraussetzung, in einer sich rasch verändernden Welt klarzukommen.

(Beifall)

– Es geht drittens um eine neue Solidarität, wo Menschen in der Erwerbsarbeit auf Einkommenszuwächse verzichten, damit mehr Menschen Arbeit finden.

– Es geht viertens um eine grundlegende Innovationsakzeptanz, damit neue Arbeit dort entstehen kann, wo wir in alten Industrien nicht mehr konkurrenzfähig sind.

– Schließlich geht es fünftens um eine faire Partnerschaft von Frauen und Männern in Familie, Beruf und öffentlichem Leben. Hier sind wir schon weit gekommen, aber es bleibt weiter unsere Verpflichtung, die tatsächliche Gleichberechtigung auch zu verwirklichen.

(Beifall)

In der Debatte haben es einige Redner angesprochen: Diese Politik entwickeln wir aus unseren Grundsätzen heraus, aus dem christlichen Verständnis vom Menschen, aus dem, was das „C“ in unserem Parteinamen bedeutet. Modernität und Grundsatztreue sind für uns keine Gegensätze, sondern die zwei Seiten der einen Medaille. Wer heute morgen den ökumeni-

schen Gottesdienst in der Marktkirche miterlebt hat, der hat auch wieder gespürt, wie wichtig und gut es ist, sich über den geistlichen Grund zu vergewissern, auf dem wir stehen, leben und arbeiten.

(Zustimmung)

Um unsere Ziele zu erreichen, braucht die Union Kraft, Standfestigkeit, Weitblick und politisches Gespür. An unserer Spitze steht ein Mann, der diese Eigenschaften wie kein zweiter verkörpert. Sein Name genießt weltweit höchstes Ansehen. Das müssen mittlerweile sogar die Magazine und Blätter einräumen, die er bekanntermaßen selbst nicht liest. Er ist der Kanzler der deutschen Einheit und der Kanzler der europäischen Einigung. Seine Gestaltungskraft und seine Leistung sind von Norbert Blüm für uns alle gewürdigt worden, aber ich möchte es auch in meinem Bericht noch einmal für unsere Partei zu Protokoll geben: Die CDU ist stolz auf ihren Vorsitzenden, wir sind stolz auf unseren Bundeskanzler Helmut Kohl.

(Beifall)

Liebe Freunde, sein Bericht hat es deutlich gemacht: Wir werden einen Innovations- und Erneuerungsschub in Deutschland auslösen. Nicht alles, was wir tun müssen, ist populär. Aber die Menschen spüren doch: Es ist notwendig und vernünftig. Die Richtung stimmt.

Erst vor wenigen Wochen hat die CDU bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen gesiegt. Vor zwei Jahren, bei der Landtagswahl, lag die CDU noch acht Prozentpunkte hinter der SPD zurück. Jetzt, bei der Kommunalwahl, hat sie die SPD souverän überrundet und liegt mit klarem Vorsprung an der Spitze. Dazu können wir nur sagen: Glückwunsch, und wenn wir weiter so arbeiten, liebe Freunde, heißt der nächste Ministerpräsident von Niedersachsen Christian Wulff.

(Beifall)

Jetzt bitte ich Sie um Aufmerksamkeit für einen Sachverhalt, der in den vielfältigen abwechselnden Meldungen der Medien doch etwas untergegangen ist: Das Kommunalwahlergebnis wurde in einem Wahlkampf erzielt, in dem sich Herr Schröder auf jeder Plakatwand hat abbilden lassen. Es ist derselbe Herr Schröder, der nach einem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ vom 15. Januar 1996 vor 400 niedersächsischen Kommunalpolitikern gesagt hat, man müsse aufpassen, „daß der Aufbruch Ost nicht zum Abbruch West werde“. Derselbe Herr Schröder hat weiter gesagt: „Manchmal wünscht man den Südkoreanern eine Wiedervereinigung mit Nordkorea, damit die auf den Weltmärkten etwas schwächer werden.“ - Über die neuen Länder hat Herr Schröder gesagt: „Wir können die ja schließlich nicht an Polen abtreten.“ Und dieser Mann greift offen nach der SPD-Kanzlerkandidatur. Ich sage hier klipp und klar: Liebe Freunde, ich spreche ihm hierzu jegliches moralische Recht ab.

(Beifall)

Hier von Hannover sind es keine hundert Kilometer nach Helmstedt, dem bekanntesten der ehemaligen innerdeutschen Grenzübergänge. Wer heute mit dem Auto von Niedersachsen nach Sachsen-Anhalt fährt, kann immer noch die Narben sehen, die vier Jahrzehnte deutsche Teilung hinterlassen haben. Schlagbaum und Grenzsäule, Sperrgraben und Hundelaufanla-

gen sind abmontiert. Aber die Autobahn wird seitlich an den ehemaligen Abfertigungshallen, Kontrollanlagen und Mauerresten vorbeigeführt. Diese Gedenkstätte der deutschen Teilung ist ein Mahnmal, das wir uns erhalten müssen, um immer wieder an den DDR-Zwangsstaat zu erinnern, um immer wieder daran zu erinnern, was das menschenverachtende Regime der SED den Bürgern angetan hat. Die Gedenkstätte in Helmstedt/Marienborn sagt uns: Nie wieder werden wir es zulassen, daß Menschen in Deutschland in Unfreiheit leben müssen.

(Beifall)

In diesen Tagen wird viel davon gesprochen, was wir noch nicht geschafft haben. Ich möchte Sie darauf verweisen, daß jüngst eine Bilanz des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle vorgelegt wurde, wo einmal aufgelistet ist, was alles in diesen sechs Jahren erreicht wurde. Es ist ungeheuer viel. Liebe Freunde, wir wissen um die Wegstrecke, die noch vor uns liegt, aber wir sagen auch: Wir sind stolz auf das, was wir durch den Mut und den Fleiß und die Fähigkeit der Menschen und durch unseren politischen Willen in diesen sechs Jahren im vereinten Deutschland erreicht haben.

(Beifall)

Viele haben sich dafür engagiert. Was Angela Merkel und Claudia Nolte, was Berndt Seite, Peter Wagner und Rainer Eppelmann, was Eberhard Diepgen und Christoph Bergner, Bernhard Vogel und Kurt Biedenkopf für die neuen Länder geleistet haben, ist herausragend. Es sind unsere Leute, Frauen und Männer aus der CDU, und dafür möchte ich ihnen und allen, die mit ihnen in den neuen Ländern arbeiten, für den Parteitag ein Wort des Dankes aussprechen.

(Beifall)

In diesen Tagen erreichte mich der Brief einer engagierten Frau, Teilnehmerin der Montagsdemonstrationen und Abgeordnete in der ersten frei gewählten Volkskammer. Sie schreibt mir zum Thema PDS:

Hat man die Gefahr, die von dieser Partei ausgeht, aus den Augen verloren? Lassen wir uns von den populistischen Äußerungen, daß die gewendete SED eine demokratische Partei sei, die einen Wandlungsprozeß durchläuft, verblenden? Ein Wolf bleibt ein Wolf, auch wenn er sich ein Schaffell umhängt!

Sie fährt fort:

Viel zu sehr sitzen im sechsten Jahr der Einheit alte Funktionseleiten der DDR wieder auf herausgehobenen Posten.

Soweit der Brief.

Was hier angesprochen ist, gilt nicht nur für die PDS. Einen traurigen Beleg für diese Befürchtung haben auch die Sozialdemokraten jüngst geliefert: In Brandenburg hat die SPD Rosemarie Will, eine Juristin mit lupenreiner SED-Karriere, zur Richterin am Landesverfassungsgericht, am obersten Gericht, gemacht. Diese Frau hat sich in der Sowjetunion schulen

lassen. Sie gehörte in der DDR bis zuletzt den „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ an. In ihrer Habilitationsschrift schreibt sie:

Der bürgerliche Staat als der unumstritten wichtigste Teil der politischen Macht der herrschenden Klasse mußte von der Arbeiterklasse in der proletarischen Revolution zerschlagen werden.

Meine Damen und Herren, der brandenburgische SPD-Vorsitzende hat gesagt, die Wahl von Frau Will ins Verfassungsgericht stehe für die „Rückkehr zur Normalität“.

(Zuruf: Unerhört!)

Ein verräterisches Wort! Was ist das für eine Normalität? Ich sage: Es kann und darf in unserer Demokratie nicht normal sein, daß eine Ideologin des Unrechts zum Wächter über unser Recht eingesetzt wird!

(Lebhafter Beifall)

Täuschen wir uns nicht: Die DDR ist untergegangen. Aber die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus existiert weiter. Sie stellt sich für uns vor allem in Form der PDS. Lassen wir uns von den kommunistischen Tricksern nicht blenden. Ein geschickter Mediengaukler macht noch keine demokratische Partei.

(Beifall)

Die PDS leugnet die Diktaturvergangenheit. Sie sät Zwietracht zwischen Ost und West. Sie versucht, die Menschen wieder in sozialistische Sackgassen zu locken. Keiner soll sagen, er habe es nicht gewußt. Lesen Sie das Programm. Wenn Sie es nicht bei der PDS anfordern wollen, bestellen Sie die PDS-Broschüre der Bundesgeschäftsstelle. Wir haben alles treulich dokumentiert. Alles ist schwarz auf weiß zu lesen.

Die PDS spricht nicht für die Menschen im Osten. Sie betrügt und verführt sie. Diese Partei kann und darf kein Partner für demokratische Politik sein.

Die Bundestagswahl 1998 - der Bundeskanzler hat es skizziert - wird noch eindeutiger als die von 1994 eine Richtungsentscheidung sein. Warum noch eindeutiger? - Dies ist deshalb der Fall, weil die SPD noch deutlicher in Richtung PDS abgedriftet ist. In dieser Beziehung kann man sich auf Herrn Lafontaine verlassen. Wenn SPD und Grüne gemeinsam auch nur eine Stimme Mehrheit mit der PDS auf die Waage bringen, dann werden sie diese Mehrheit nutzen, um unter Verzicht auf alle Grundsätze an die Macht zu kommen, und ich werde nicht aufhören, das auch immer wieder deutlich auszusprechen. Das müssen wir den Menschen sagen, liebe Freunde.

(Beifall)

Die zweite Entscheidungsfrage 1998 ist die nach unserer Zukunftskompetenz. Wem trauen die Menschen zu, das Land sicher durch die Zeitenwende zu führen? Wir, die Union, stellen uns den Herausforderungen.

Größte Herausforderung ist die Arbeitslosigkeit. Die Menschen fragen uns in den Versammlungen und in den Sprechstunden: Geht es eigentlich gerecht zu in Deutschland? Manager

werden gelobt, die am energischsten Personalabbau betreiben, die die meisten Leute gefeuert haben. Die Gewinne der Großunternehmen steigen. Die Arbeitsplatzzahlen sinken. „Jobless growth“ - Wachstum ohne Zuwachs an Arbeitsplätzen - nennen das die Wissenschaftler in der vornehmen Sprache.

Das alles läuft auf die Frage zu: Wird es unter den veränderten Bedingungen, die mit dem Stichwort „Globalisierung“ bezeichnet sind, noch Arbeitsplätze für alle geben können, die arbeiten wollen? Was kann die Politik tun, was können die Tarifparteien tun, damit bezahlbare Arbeitsplätze für alle da sind, die arbeiten wollen?

Liebe Freunde, die Antwort heißt: Innovation! Da wir auf der Welt nicht die Billigsten sein können, müssen wir sehen, daß wir in vielen Bereichen die Besten sind.

Nun wird gesagt, auch unter entwicklungspolitischen Aspekten sei das ein Wettlauf alle gegen alle, bei dem andere auf der Strecke bleiben. Dies ist ein Argument, das wir uns als Partei, die wir vom einem christlichen Menschenbild her Politik machen, in Ruhe anschauen müssen.

Ich möchte Ihnen dazu eine interessante Auskunft geben. Die Analyse des „Internationalen Beschäftigungs-Ranking 1996“, die die ganze Welt in den Blick nimmt, formuliert zu Recht:

Der Welthandel ist eben kein Nullsummenspiel, in dem Exporte des einen Landes zwangsläufig zu Lasten anderer Länder gehen, sondern er bietet im Gegenteil Chancen für mehr Wohlstand und Wachstum für alle Länder ...

Der Bericht nennt allerdings auch die Voraussetzungen, um diese Chancen zu nutzen: vor allem - ich zitiere - „...einen hohen Grad an Mobilität und die Bereitschaft zu ständigem Strukturwandel!“.

Wie schwer wir uns damit in Deutschland tun - dies sei selbstkritisch in unser Stammbuch geschrieben -, haben wir bei der Änderung unseres Ladenschlußgesetzes erlebt.

Liebe Freunde, nicht die Globalisierung ist unser Problem, sondern ein Mangel an Flexibilität und an Phantasie. Innovationen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. In dieser Situation klagt die rot-grüne Landesregierung von Schleswig-Holstein gegen den Bau der Magnetschwebbahn Transrapid. Ein großes Zukunftspotential, ein Stück Zukunft, und rot-grün klagt gegen dieses Stück Zukunft. Da können wir nur sagen: Zukunft ohne rot-grün, liebe Freunde.

(Beifall)

Um Innovation und Erneuerung geht es nicht zuletzt auch in unserer eigenen Partei. Denn soviel steht fest: Wir können nicht überall im Land zur Erneuerung aufrufen, wenn wir nicht immer wieder auch bei uns fragen: Was müssen wir verändern? Wo müssen wir uns weiterentwickeln? Wo ist bei uns ein Stück Erneuerung angesagt? Die Notwendigkeit von Reformen macht nicht vor der Haustür unserer CDU halt.

Unerledigt ist eine Aufgabe, die heute erneut auf der Tagesordnung steht, nämlich die stärkere Beteiligung von Frauen an Ämtern und Mandaten. Meine Damen und Herren, wir haben dieses Thema im letzten Jahr auf dem Bundesparteitag der CDU breit diskutiert. Gleiches gilt für die Landes- und Kreisparteitage seitdem. Wir erleben, daß sich vieles verändert. Dies gilt

in der Ausbildungssituation und in der Berufssituation von Frauen. Wir erleben einen qualifizierten Vormarsch von Frauen in allen Lebensbereichen. Es ist mein Wunsch, daß dieser Marsch qualifizierter Frauen nicht an der CDU vorbeigeht, sondern daß er zu uns hineinführt und daß wir ihn für uns nutzen.

(Beifall)

Es geht darum, daß wir mehr von diesem Potential für unsere Arbeit nutzen. Es ist ein Gewinn für uns. Ich kenne aber auch die vielen Bedenken und Argumente dagegen.

Ich habe in diesen Tagen wieder viele Briefe bekommen. In fast allen dieser Briefe ist etwas Richtiges enthalten. Da schreiben mir Kreisverbände: Bei uns ist alles in Ordnung. Wir haben es geschafft, auf allen Ebenen qualifizierte Frauen zu gewinnen und in Ämter zu bringen. Es läuft super.

Meine Damen und Herren, der Antrag, den wir Ihnen heute vorlegen, hat den großen Charme, daß er nirgendwo eingreift, wo das schon alles so läuft, wie dies in dem von mir soeben zitierten Brief geschrieben wurde. Dieser Antrag hilft dort etwas nach, wo wir es aus eigener Kraft nicht schaffen. Er ist auf einen Zeitraum von 5 Jahren begrenzt. Unsere CDU wird gewinnen, wenn wir uns dieses größere Potential erschließen.

Ich weiß, daß heute die Wählerinnen und Wähler nicht danach wichten, wieviel Frauen dabei sind. Aber ich weiß auch, liebe Freunde, daß wir nicht so lange warten können, bis die Wählerinnen uns eines Tages dazu zwingen. Sie könnten dann sagen: Bei einem Anteil von 54 Prozent der Wahlbevölkerung ist ein Anteil von 14 Prozent in eurer Bundestagsfraktion doch ein bißchen mager. Dann aber wäre es zu spät.

Deswegen haben wir Ihnen einen Antrag vorgelegt, der auf sympathische Weise dort ein wenig nachhelfen möchte, wo es aus eigener Kraft noch nicht gelingt, der aber dort, wo es schon gelungen ist, einfach eine positive Verstärkung darstellt, aber nicht mehr in das Verfahren eingreift.

Das neue Verfahren ist einfacher. Es ist klarer. Die Vorbereitung zu diesem Parteitag hat auch gezeigt, daß es wirkungsvoll ist. Die Sache wird ja von verschiedenen Seiten kritisiert, und zwar unter anderem durch die aufgeworfene These, von dieser Regelung würde man sich gar keine Wirkung versprechen, man könne also schlicht darauf verzichten.

Liebe Freunde, daß wir auf diesem Parteitag mehr weibliche Delegierte haben als auf jedem Parteitag in der Geschichte der CDU Deutschlands, ist eine positive Vorwirkung. Daß wir bei den Wahlen zum Präsidium und zum Bundesvorstand mehr Kandidatinnen haben als je in unserer Geschichte, ist auch eine positive Vorwirkung, und diese positive Vorwirkung wollen wir durch unseren Antrag in positive Hauptwirkungen umleiten.

(Beifall)

Ich will übrigens noch ein Mißverständnis ausräumen. Mir schreiben manchmal Frauen, die sagen: Qualifizierte Frauen schaffen es von alleine. Ich kann nicht daran zweifeln, daß wir viele, viele qualifizierte Frauen haben, die es geschafft haben, aber es geht bei dieser Regelung darum, daß wir noch mehr qualifizierte Frauen für unsere Arbeit gewinnen, weil wir einen Gewinn davon haben, weil uns das insgesamt nützt und hilft.

Wir haben eine Kommission eingesetzt. Die hat alle praktischen Bedenken beraten und bearbeitet. Ich bitte Sie sehr herzlich, in diesem Bereich Ihrem Herzen einen Stoß zu geben und mit Ihrer Stimme dafür zu sorgen, daß wir heute diesen Beschluß mit einer breiten Mehrheit tragen, liebe Freunde.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einen Schlußgedanken äußern: Als christliche Demokraten wissen wir, daß es kein abschließendes Bild von der Zukunft gibt. Wie unsere Kinder und Enkel in Jahrzehnten leben werden, weiß heute niemand. Wir werden aber dafür sorgen, daß sie ebenso wie wir das Recht und die Freiheit haben, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu gestalten. Es geht darum, daß wir durch richtige Entscheidungen in der Gegenwart diesen Weg zum freien und selbstbestimmten Leben zukünftiger Generationen offenhalten. Das ist die Aufgabe der Union. Dazu stehen wir. Dafür arbeiten wir. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

**Rita Pawelski, Tagungspräsidium:** Verehrter Herr Generalsekretär! Vielen Dank für Ihren Bericht, vielen Dank für Ihre klaren und zukunftsweisenden Worte. Lieber Peter Hintze, Generalsekretär der CDU zu sein, ist sicher nicht der leichteste Job. Sie sind alles für uns: Kummerkasten, Müllablageplatz, Vordenker und Prellbock. Wenn etwas schiefgeht, wendet man sich zuerst an Sie. Sie arbeiten sehr gut, meist hinter den Kulissen, leise, aber konsequent, und Sie sind ein großer Verfechter der Frauenfrage. Dafür danke ich Ihnen.

(Beifall)

Ihre Worte „Frauen sind ein Gewinn für die CDU“ kann ich nur unterstreichen. Sie können viel, man muß ihnen nur die Chance geben. Das haben Sie erkannt. Ich hoffe, daß Sie den heutigen Tag auch als Ihren Erfolg verbuchen können. Vielen Dank für Ihre Arbeit für die CDU.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen im Rahmen des Tagesordnungspunktes 13 zur

#### AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS.

Mir liegen zwei Wortmeldungen vor. - Ich bitte Herrn Bergner aus Sachsen-Anhalt ans Mikrophon.

**Dr. Christoph Bergner:** Liebe Rita Pawelski! Liebe Freunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich fühle mich doch etwas verpflichtet, in der Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs die innerparteiliche Diskussion in den neuen Bundesländer aus dem letzten Jahr in Erinnerung zu rufen, die, wenn ich an die Denkschrift meines Kollegen Eckardt Rehberg „Identitätsgewinn beim Aufbau Ost“ denke, zu einer Kontroverse geführt hat, von der wir alle - jedenfalls die, die daran beteiligt sind - heute den Eindruck haben dürfen, daß sie für uns ein Stück Gewinn bedeutete.

Worum geht es? Eckardt Rehberg, Fritz Hähle und andere aus den neuen Bundesländern haben in dem zurückliegenden Jahr zu einer gemeinsamen, zu einer gesamtdeutschen Wertediskussion aufgerufen. Nach den bekannten Kontroversen hat unser Generalsekretär, wofür

ich ihm ausdrücklich Dank sagen möchte, dieses Thema aufgenommen und zum Gegenstand eines Zukunftsforums gemacht, das am 31. August in Halle stattfand, unter dem Titel „Grundwerte im vereinten Deutschland“.

Allein die Teilnehmerzahl - mehr als 600 Teilnehmer - und die aktive Mitwirkung namhafter Bürgerrechtler machen deutlich, daß damit ein Punkt berührt wird, der nur auf den ersten Blick ein abstrakter Gesprächs- und Verhandlungsgegenstand ist. Mit ihm verbinden sich für die Menschen - sicher nicht nur der neuen Bundesländer, sondern auch der alten Bundesländer - eine Menge von Fragen, auf die sie aus der CDU eine Antwort erwarten.

Lassen Sie mich deshalb drei Schwerpunkte, die diese Diskussion in Halle geprägt haben, noch einmal in Erinnerung rufen, vor allen Dingen auch deshalb, weil ich hoffe, daß das Thema „Gesamtdeutsche Wertediskussion“ mit diesem Vorstoß der Hallenser Veranstaltung nicht abgetan ist.

Der erste Punkt: Es geht um ein Stück innere Einheit. - Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir sollten uns nicht angewöhnen, die Frage der inneren Einheit nur als ein Problem der Angleichung der Lebensverhältnisse und der Schaffung einer einheitlichen Wirtschaft zu betrachten. Innere Einheit bedarf auch einer gemeinsamen politischen Kultur und, wenn man so will, einer Wertegemeinschaft im wiedervereinigten Deutschland. Dafür sollten wir als Union eintreten; denn sonst tut es keiner.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Eine gesamtdeutsche Wertediskussion zu führen, bedeutet aber auch, daß wir uns fit machen für die Zukunftsanforderungen, über die wir jetzt so viel sprechen. Denn es ist meine feste Überzeugung, daß die Steuerreform, die Reform der sozialen Sicherungssysteme ohne eine Rückbesinnung auf unseren Wertebezug nicht zu bewerkstelligen sein wird. Es ist doch offenkundig, daß globaler Wettbewerb nicht nur ein Wettbewerb von Wirtschaftsordnungen, ein Wettbewerb von gesellschaftlichen Organisationsformen, sondern auch ein Wettbewerb der Wertebezüge einer Gesellschaft ist.

Ich habe mit großem Interesse gelesen, daß es eine bemerkenswerte Korrelation gibt zwischen der Dynamik einer Volkswirtschaft und der in einer Gesellschaft vorhandenen Wertevorstellungen, die sich zusammenfassen lassen in: Bereitschaft zur Pflichterfüllung, Akzeptanz des Leistungsprinzips, Bereitschaft zu persönlicher Verantwortung und Bereitschaft zur Selbständigkeit. Deshalb gehört eine gesamtdeutsche Wertediskussion zu unserer Diskussion über die Bewältigung der Herausforderungen der Zukunft.

Ein dritter Punkt ist mir wichtig: Die CDU ist eine, wenn nicht die Partei des Wertebezuges. Norbert Blüm hat es heute in seiner Laudatio auf unseren Bundeskanzler so schön gesagt: Wir sind kein Organ zum Machterhalt. Für unsere Identität ist unser gemeinsamer Wertebezug wichtig - der Wertebezug, der sich aus dem christlichen Menschenbild ableitet und der es immerhin möglich macht, daß Arbeitslosenhilfeempfänger und Bankiers, daß ganz unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen in unserer Partei Platz haben und eine Heimat finden.

Auch darum ist es wichtig, daß wir eine gesamtdeutsche Wertediskussion führen. Denn es geht, übrigens auch in der Auseinandersetzung mit der PDS, letztlich um unseren Wertebe-

zug. Die Politik auf der Basis des christlichen Menschenbildes hat sich in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewähren und entfalten können. Sie ist korrumpiert und verzerrt worden dort, wo es sozialistische Vorstellungen und eine kommunistische Herrschaft gab. Deshalb ist eine Partei, die heute die Rückkehr zu alten Ordnungen des Sozialismus zum Ziel hat, für unsere Identität unerträglich. Es kann keinerlei Zusammenarbeit und es kann keinerlei Tolerierung dieser politischen Leitsätze geben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich fordere also von hier aus auf, diesen Impuls aus den neuen Bundesländern „Aufruf zur gemeinsamen Wertediskussion“ auch weiterhin ernst zu nehmen. Es geht eben nicht darum, ein Stück abgetrennter Ostidentität zu schaffen. Nein, es geht darum, ein Stück Gemeinsamkeit zu gestalten. Es geht darum, mit einer fürchterlichen Metapher aufzuräumen, die in der Öffentlichkeit immer wieder gebraucht wird: die sogenannte „Mauer in den Köpfen“. Ich halte das für eine unsägliche, für eine unwürdige Metapher. Die Köpfe sind zum Denken da, und wer Mauern in die Köpfe bauen will, der will nur verhindern, daß etwas hineindringt oder etwas herauskann. Das sollte eines Christdemokraten unwürdig sein. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Christoph Bergner. -

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mit Ihnen jetzt gerne besprechen, wie wir weiter vorgehen.

Wir wollen heute unser Führungsgremium, den Bundesvorstand, das Parteipräsidium, wählen. Wir wollen vor den Wahlen, bei denen mehr Personen zur Auswahl stehen, als zu wählen sind, eine Vorstellung der Kandidaten durchführen, weil wir wissen, daß es eine Reihe von Delegierten gibt, die das erstmal auf einem Bundesparteitag sind und deshalb die Möglichkeit bekommen sollten, von denen etwas zu hören, die in das Führungsgremium gewählt werden wollen. Auch für die anderen ist das von großem Interesse.

Das erfordert bei 31, wahrscheinlich 32, Beisitzerkandidaten und 8 Präsidiumskandidaten bei einer Vorstellung von jeweils zwei bis drei Minuten nach Adam Riese sehr viel Zeit. Das ist wie vieles andere mehr vom Ende her gedacht, von dem, was hinten rauskommt, Niedersachsen-Abend und anderes mehr. Das ist für uns eine Herausforderung.

Ich möchte deswegen zunächst einmal an einen Beschluß von heute vormittag erinnern. Wir haben heute vormittag gesagt, daß wir die allgemeine Aussprache gegebenenfalls unterbrechen und zwischen den Wahlgängen fortsetzen. Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen in der allgemeinen Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs. Die würde ich gerne aufrufen, wenn wir die Abstimmung über das Frauenquorum, wenn wir sie denn durchführen, auszählen. Dann haben wir keine Unterbrechung und haben die Zeit sinnvoll und effizient genutzt. Physikalisch ist Leistung bekanntlich Arbeit durch Zeit. Wir sind dann eben die Potentaten der Leistungsgesellschaft.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn Sie damit einverstanden sind - der laue Beifall zeigt das ja in gewissem Umfang -, dann würde ich jetzt zu dem entsprechenden Tagesordnungspunkt übergehen. Ich rufe Tagesordnungspunkt 23 auf:

### ANTRÄGE ZUR ÄNDERUNG DES STATUTS UND DER GESCHÄFTSORDNUNG

Wir haben zu entscheiden über den Antrag des Bundesvorstandes zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU. Der Antrag umfaßt zwei Einzelanträge, C 1 und C 2. Sie finden die Texte in der Sammlung der Anträge I auf den Seiten 26 bis 28.

Die Antragskommission schlägt vor, diese Anträge gemeinsam zu behandeln. Zu diesen gemeinsam zu behandelnden Anträgen liegen zwischenzeitlich fast 20 Wortmeldungen vor,

(Zurufe: Oh!)

und es sind weitere Wortmeldungen angekündigt, manche meinen auch: angedroht. Aber das ist eine Formulierung, die ich mir nicht zu eigen mache, weil wir die Tagesordnung objektiv abwickeln wollen.

Jetzt ist einfach die Frage, wie wir das mit 1001 Delegierten und weiteren 1500 Anwesenden im Saal, also insgesamt 2500 so organisieren, daß es am Ende klug organisiert ist und nicht schiefgeht. Ich schlage daher meinerseits vor, abgestimmt mit dem Präsidium: Wir sollten uns sehr genau überlegen, ob Pro- und Contrareden der Weisheit letzter Schluß sind. Wir haben über das Thema vor Karlsruhe, in Karlsruhe, nach Karlsruhe, vor Hannover, in Hannover in den Landesgruppenvereinigungen diskutiert.

(Beifall)

Es gibt eine Wortmeldung, die man zulassen sollte; denn jemand möchte fragen, ob die Regelung so oder anders zu verstehen ist. Eine solche Wortmeldung möchte ich gerne zulassen. Die entsprechende Frage müßte von der Antragskommission beantwortet werden. Wir müssen uns also klar werden, ob wir auf Pro- und Contrareden verzichten wollen.

(Beifall)

Die Reden halten sich in etwa die Waage. Ich möchte, um die Meinung im Saal feststellen zu können, Sie fragen. Sie sind ja jeder sich selbst und Ihrer Basis verpflichtet. Wenn Sie einmal Ihre rote Karte nehmen. Wer ist dafür, daß die Wortmeldungen nicht berücksichtigt werden und wir unmittelbar zur Abstimmung übergehen? - Wer ist für eine, wie es sich jetzt abzeichnet, breite Aussprache? - Ich hoffe, daß auch Norbert Blüm mir recht gibt, wenn ich feststelle: Die große Mehrheit ist der Meinung, daß wir in die Abstimmung eintreten sollten.

Vor diesem Hintergrund des sehr eindeutigen Votums darf ich fragen, ob Sie einverstanden sind, wenn Herr Dr. Wolfgang Nowak seine Frage zu § 15 Abs. 3 vom Mikrophon aus stellt. Herr Hintze gibt dann die Antwort. Dann stimmen wir ab. - Herr Dr. Nowak aus dem Landesverband Sachsen hat das Wort.

**Dr. Wolfgang Nowak:** Herr Vorsitzender, meine Frage bezieht sich auf § 15 des Antrages C 1. Mit dem Antrag C 1 wird die Zielstellung verfolgt, Frauen in den Parteiämtern der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel zu beteiligen. Es heißt in Abs. 3 Satz 1:

Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Absatz 2 zu beachten.

In Satz 3 dieses Absatzes heißt es:

Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig.

Darf ich daraus schließen, daß die Quorumgrundsätze bei Kandidaturen für Einzelfunktionen, beispielsweise Vorsitzender, Schatzmeister, Schriftführer, nicht anzuwenden sind, das heißt, daß die Wahl männlicher Einzelbewerber dann auch nach dem ersten Wahlgang gültig ist?

(Heiterkeit und Beifall)

**Peter Hintze**, Antragskommission: Die Frage, lieber Herr Nowak, können wir mit einem eindeutigen Ja beantworten, weil ein Vorsitzender oder ein Schatzmeister bekanntermaßen nicht zu dritteln ist.

(Vereinzelt Beifall)

**Christlan Wulff**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Nowak, ist das soweit beantwortet, daß Sie einverstanden sind? - Dann bedanke ich mich. Jetzt gibt es eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. - Bitte.

**Alexander Mitsch**: Es ging jetzt ja relativ schnell. Ich glaube, viele sind gar nicht so recht zum Überlegen gekommen.

(Zurufe: Doch!)

Mir persönlich ging es so, daß ich nicht sofort erkannt habe, daß es hier um einen Geschäftsordnungsantrag geht. Ich meine, daß es zu einem Geschäftsordnungsantrag schon ein Für und Wider geben sollte. Das gebietet schon die Fairneß.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin wie viele andere auch von relativ weit her angereist, habe Freizeit und Geld investiert, um an diesem Parteitag teilzunehmen. Ich meine, es ist das Recht aller Delegierten dieses Parteitags, über Fragen, die diesen Parteitag beschäftigen, mitzudiskutieren.

(Vereinzelt Beifall)

In einem gebe ich Ihnen sehr recht: Wir haben dieses Thema schon in Karlsruhe behandelt. Wir haben darüber sogar schon einmal abgestimmt. Aber dann mit genau derselben Begründung zu sagen, daß wir heute darüber nicht mehr diskutieren dürfen, jedoch noch einmal darüber abstimmen sollen, das ist einfach nicht fair.

(Beifall)

Deshalb bitte ich darum, daß wir das formal durch ein Votum des Parteitages absegnen lassen, wenn darüber schon keine Aussprache stattfinden soll. Ich würde akzeptieren, wenn der Parteitag in einer offenen Abstimmung dafür plädiert, über dieses Thema heute nicht mehr zu

diskutieren. Allein eine entsprechende Frage zu stellen reicht nicht aus. Dann wäre das ein Mehrheitsentscheid, den ich akzeptieren muß. Aber bitte nicht in diesem Schnellverfahren!

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Das, was der Delegierte hier gesagt hat, machen sich, glaube ich, alle zu eigen. Das sollten wir auf jeden Fall befolgen. Wir gehen hier auch sehr großzügig mit der Geschäftsordnung um; denn die eigentliche Geschäftsordnung für diesen Bundesparteitag sieht nur sieben ganz bestimmte Anträge zur Geschäftsordnung vor. Insofern hätte ich Ihren Beitrag nicht zulassen dürfen. Wir lassen ihn natürlich zu, weil wir ein Interesse daran haben, gemeinsam zu einem Ergebnis zu kommen.

Ich will also fragen, ob hier jemand ein Votum für eine Debatte abgeben möchte. Sie haben sich gerade schon für die Debatte ausgesprochen; das könnte man schon anrechnen. Aber vielleicht gibt es hier noch einen weiteren, der für die Debatte sprechen möchte. Dann möchte ich auch fragen, ob jemand gegen die Debatte sprechen möchte. Dann stimmen wir förmlich über diesen Geschäftsordnungsantrag nach § 20 Abs. 3 Nr. 2 auf Schluß der Debatte ab. Das ist völlig in Ordnung.

Gibt es eine Wortmeldung? - Wenn es keine Wortmeldung zu dem Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Debatte gibt, dann haben wir also soeben ein Votum für die Debatte gehört, und ein Votum gegen die Debatte hatte ich vorweg abgegeben, nämlich, daß wir schon sehr lange diskutieren und daß sich mittlerweile alle ein Meinungsbild gebildet haben dürften.

Wir kommen also zur Abstimmung über den Antrag des Tagungspräsidiums, die Debatte zu schließen und in die Abstimmung einzutreten. Wer diesem Geschäftsordnungsantrag zustimmt, den bitte ich, die rote Stimmkarte zu zeigen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das war eine sehr deutliche und klare Mehrheit, in das Abstimmungsverfahren einzutreten.

(Beifall)

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß gemäß § 41 unseres Statuts für Satzungsänderungen die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages erforderlich ist. Bei 1 001 Delegierten des Parteitages insgesamt müssen also 501 Ja-Stimmen für die Anträge C 1 und C 2 abgegeben werden.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen in Abstimmung mit dem Präsidium und dem Bundesvorstand, die gestern dazu beraten haben, vor, daß wir die Entscheidung schriftlich herbeiführen,

(Vereinzelt Beifall)

aber in einem offenen Verfahren mit diesen Stimmblockkarten, auf denen „Ja“, „Nein“ und „Enthaltung“ steht.

Wenn nicht Einzelne auf diesen Karten schon Autogramme gegeben haben, müßten Sie alle sie noch unbeschädigt zur Verfügung haben. Diese Stimmzettelblocks sind dieses Mal auch nicht so gepflückt wie beim letztenmal, wo es zu einem Durcheinander gekommen ist. Vielmehr haben Sie alle den kompletten Block. Deswegen dürften die Fehler vom letztenmal vermeidbar sein.

Nehmen Sie jetzt alle die Zettel mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ und der „1“ darauf, und werfen Sie den entsprechenden Zettel gleich in die Urnen, die hier herungereicht werden.

Wer für die beiden Anträge stimmen will, muß gleich mit Ja stimmen. Wer gegen die Anträge - mit Empfehlung der Antragskommission - ist, muß mit Nein stimmen. Wer nicht mit Ja oder Nein stimmen will, muß sich enthalten. Alles andere, zum Beispiel ein Verändern der Stimmzettel, wäre ungültig.

Wir kommen zuvor aber noch zu Tagesordnungspunkt 14

## BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Das Wort hat der Generalsekretär der CDU Niedersachsen.

**Hartwig Fischer**, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 voll stimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.35 Uhr von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten des 8. Parteitags 950 anwesend. Um 14.15 Uhr waren 980 von 1 001 Delegierten anwesend. Die Präsenz zeigt, daß diese Partei hochmotiviert ist. - Der Parteitag ist damit beschlußfähig.

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Es sind also 980 Delegierte stimmberechtigt. Ich hoffe, daß möglichst viele davon von ihrer Stimme jetzt auch Gebrauch machen. Es müssen 501 mit Ja stimmen, damit die Satzung geändert werden kann.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte Sie, Ihre Stimmkarte in die nunmehr bereitgehaltenen Wahlurnen zu werfen. Ich bitte die Stimmzählerinnen und Stimmzähler, die Zettel mit der Nummer 1 einzusammeln.

Meine Damen und Herren, ist jeder der anwesenden Delegierten seinen Stimmzettelblock mit der Nummer 1 - Ja, Nein, Enthaltung - losgeworden? Hinten links im Saal gibt es noch einige, die ihre Stimmzettel nicht abgegeben haben.

Ich darf noch einmal fragen: Gibt es jemanden im Saal - der müßte jetzt laut rufen -, der seine Stimmkarte noch nicht losgeworden ist? - Hier in der Mitte des Saals. - Gibt es jetzt noch jemanden im Saal, der seine Stimmkarte nicht abgegeben hat? - Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt diesen Wahlgang schließen und bitte die Stimmzähler, sich zurückzuziehen, um das Ergebnis zu ermitteln.

Wir setzen die Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs fort. Das Wort hat Leo Lennartz aus Nordrhein-Westfalen und anschließend Herr Dr. Martin Klein, ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen. - Herr Leo Lennartz, Sie haben das Wort.

**Leo Lennartz:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Spätestens, nachdem mein Name genannt worden war, war einigen Leuten klar, weshalb eben die Aussprache unterbrochen wurde und zunächst die Abstimmung laufen sollte. Herr Präsident, ich muß Ihnen sagen, Sie bieten mir immer Gelegenheit - nicht Sie in Person, aber das Präsidium -, einige Monita in das offizielle Parteitageprotokoll zu schreiben. Entweder sind es die manipulierten Wortmeldungen, oder es ist die begrenzte Redezeit, oder es ist, wie heute, manipulierte Wortmeldungen und eine Verhinderung der Wortmeldung.

(Widerspruch und einzelne Pfiffe)

Die Herren, die da hinten pfeifen, haben das offenbar eben nicht richtig mitbekommen. Ich lege Wert darauf, daß eine Aussprache an der Stelle stattfindet, wo sie satzungsmäßig oder nach der Tagesordnung vorgesehen ist. Wir haben eben eine Aussprache zum Bericht des Generalsekretär gehabt. Ich lege Wert darauf, daß ich an dieser Stelle spreche. Das ist mein Recht als Delegierter. Ich wollte dem Herrn Generalsekretär auch einige Freundlichkeiten sagen. Ich weiß ja nicht, wer es jetzt verbockt hat. Als Jurist werde ich erst einmal feststellen, wer da verantwortlich ist, und dann werde ich mir den greifen.

Herr Generalsekretär, ich wollte Ihnen tatsächlich auch einige positive Dinge sagen,

(Lachen und Zurufe: Bravo!)

denn die Geschäftsstelle gerade der Bundespartei hat in diesen Jahren eine große Arbeit zu bewältigen. Es sind einige Flops passiert - das kann man ohne weiteres zugestehen -, aber es ist auch eine sehr wertvolle Arbeit geleistet worden. Dabei vergesse ich überhaupt nicht, Herr Generalsekretär, die Sache, die eben von Gräfin Westfalen angesprochen worden ist, dieses Plakat mit dem kleinen Igel und daß Sie uns seit Jahren die Aufklärungskampagne für die ungeborenen Kinder verweigern. Wir fordern das ein, weil es ein Parteitagebeschuß von 1988 ist. Wir halten diese Diskussion für notwendiger denn je.

Ich habe eben mit Freude noch einmal die Wortmeldung von Herrn Bergner gehört, denn ich gehöre zu denen, die in Halle bei dem Kongreß dabei waren. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Wichtigkeit dieser Art von Arbeit auch der Bundesgeschäftsstelle unterstreichen. Ich habe das dem Generalsekretär nach dieser Tagung noch einmal geschrieben, und ich habe auch den Eindruck, daß wir da in wesentlichen Punkten übereinstimmen. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß die Diskussion in Deutschland über Grundwerte ganz offensiv geführt wird. Ich hätte vielen von Ihnen, die jetzt undiszipliniert dazwischenreden, gewünscht, sie wären in Halle dageigewesen. Sie hätten nämlich eine Kultur der Diskussion und des Zuhörens lernen können, die Sie hier leider vermissen lassen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin der Meinung, diese Dinge sind zu wichtig - deshalb war ich ärgerlich über die Unterbrechung der Diskussion -, als daß das, was Herr Bergner eben gesagt hat, einfach hier so untergeht. Wir müssen uns doch daran erinnern, daß Herr Bergner mit Recht nach einem Grundkonsens in einer Wertegemeinschaft hier in Deutschland fragt. Ich bin sehr dankbar dafür, daß diese Frage und diese Forderung jetzt auch aus den neuen Ländern kommt. Wir können uns dieser Forderung nicht verschließen, und wir dürfen uns ihr nicht verschließen.

Der Herr Generalsekretär hat eben gesprochen über die Probleme mit der Gentechnologie und alle diese Dinge, daß die Leute aggressiv werden, daß die Pflanzungen zerstört werden. Das hat doch damit zu tun, daß die Leute in Ängsten leben, die sie nicht bewältigen können. Wir sind die einzige Partei, die den Menschen aus diesen Ängsten helfen kann. Jetzt komme ich wieder zu diesem berühmten christlichen Menschenbild, von dem ich schon einmal spöttischerweise gesagt habe, es werde hier als Sprechblase benutzt. Dieses christliche Menschenbild, unsere Rückbindung - und das heißt Religion; religio heißt Rückbindung -, ermöglicht es uns als einziger Partei, den Menschen eine Zukunftsperspektive zu geben und die Frage nach dem Woher und dem Wohin zu beantworten. Diese Arbeit müssen wir als christliche Partei leisten. Wir können uns nicht aus der Verantwortung herausstellen.

Sie wissen, daß wir hier immer wieder über das Lebensrecht sprechen. Wir sprechen deshalb darüber, weil es eine zentrale Frage unserer Gesellschaft und unserer Kultur ist. Wenn wir diese Frage falsch beantworten, dann können wir 100 Parteitage und 100 Wahlkämpfe machen, wir werden mit unserer Botschaft nicht mehr überkommen. Deshalb stehe ich hier mit großer Sorge und lasse es mir auch gefallen, daß ich immer mal wieder angemacht oder angepöffelt werde, weil wir mir das Thema so wichtig ist.

Meine lieben Freunde, Tatsache ist, daß die Ungeborenen in diesem Lande rechtlos sind, und Tatsache ist, daß die Behinderten und die Kranken nach und nach rechtlos gestellt werden. Sie alle kennen die Euthanasiediskussion, die bei uns läuft, eine Diskussion, die in unserer Gesellschaft ganz brisant ist und die auf diesem Parteitag überhaupt nicht vorkommt. Das muß ich dann auch an die Adresse des Herrn Bundesvorsitzenden sagen, in seiner Rede heute morgen fehlte da ein Stück, es fehlte das Stück, wie wir den Menschen gegenüber treten wollen.

Ich will noch einen letzten Gesichtspunkt anführen. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit auf das Kruzifixurteil oder die Abschaffung des Religionsunterrichts in Brandenburg zeigt doch auf der anderen Seite, daß in unserer Gesellschaft noch eine sehr große Akzeptanz für Grundwerte vorhanden ist. Die Gesellschaft will angesprochen werden. Wir diskutieren über die Scientology Church und deren Erfolge. Das ist doch ein Zeichen dafür, daß die Leute nach Antworten in wesentlichen Lebenssituationen fragen. Diese Fragen müssen wir beantworten.

In diesem Zusammenhang, Herr Generalsekretär, darf ich auf Ihren Bericht über den Vollzug der Beschlüsse des 7. Parteitages zurückkommen. Da gibt es eine Überweisung C 43. Sie haben mitgeteilt, daß die Fraktion der Auffassung ist, daß die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen einen Bericht geben soll. Ich darf dazu auf die beiden Anträge 551 und 552 heute auf dem Parteitag verweisen, die dahin gehen, daß die Bundesregierung jedes Jahr einen derartigen ausführlichen Bericht gibt. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das auch morgen noch unterstützen würden, daß der Parteitag die Sache nicht nur überweist, sondern ein positives Votum in diese Richtung abgibt. - Vielen Dank.

(Teilweise Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lennartz. Es ist alles im Protokoll des Parteitages festgehalten. Es ist hier auch alles ordnungsgemäß gelaufen. Ich hatte keine Veranlassung, Sie zur Ordnung zu rufen, fand allerdings ungewöhnlich, daß Sie den gesamten

Parteitag zur Ordnung rufen wollen. Das, meine ich, sieht die Geschäftsordnung dann auch nicht vor, wie ich sie gelesen habe.

(Beifall)

Ich darf jetzt noch Herrn Dr. Martin Klein das Wort geben, ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen, ebenfalls zur Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs.

**Dr. Martin Klein:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Generalsekretär hat in seinem Bericht auch darüber gesprochen, daß im Rahmen der Steuerreform, über die wir morgen noch im einzelnen sprechen, die Gewerbesteuer, die sich unternehmensfeindlich darstellt, abgeschafft wird. Das ist sicherlich richtig und begrüßenswert. Im Leitantrag ist davon auch die Rede. Wir werden, wie gesagt, morgen noch im einzelnen darüber zu beraten haben.

Etwas kommt mir dabei zu kurz, nämlich die Frage nach der Rolle der Kommunen bei dieser Abschaffung der Gewerbesteuer. Es geht ja auch nicht nur um diese, sondern es geht auch um eine zugleich geplante Absenkung der Gewerbeertragsteuer. Ich denke, wir können uns nicht nur über Wahlerfolge der CDU in Niedersachsen oder andernorts bei Kommunalwahlen freuen und über Wahlsiegerinnen etwa in Frankfurt oder Darmstadt, von Oberbürgermeisterinnen der CDU, denn wir haben dann zwar die Ämter, aber es fehlen einfach die Mittel, um noch vernünftige Kommunalpolitik machen zu können. Die Kommunen sind die Wurzeln der Demokratie, und gerade die deutsche kommunale Selbstverwaltung hat sich zum Exportschlager für die Länder Mittel- und Osteuropas entwickelt, und das soll sie auch weiterhin tun.

Wenn aber die Kommunen durch Vorgaben von Bund und Ländern gleichermaßen ausbluten - gerade in Niedersachsen durch Herrn Schröder ist das besonders schlimm -, wenn weitaus mehr als die Hälfte der Kommunen ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen können, dann ist etwas faul im Staat. Die Bürgerinnen und Bürger werden mit dem Staat unmittelbar nur in Form der Kommunen konfrontiert; denn es sind in aller Regel die Kommunen, die die Leistungsgesetze, nämlich 90 Prozent, auszuführen haben. Und Sie kennen den Spruch des Bundespräsidenten, der zu Recht angemahnt hat: Wer bestellt, bezahlt. Also: Das Verursacherprinzip soll gelten.

Deshalb mahne ich dringend an: Wenn über die Steuerreform gesprochen wird - dies wäre auch im Bericht des Generalsekretärs sicherlich wünschenswert gewesen -, dann sollte die Kompensation zugunsten der Städte und Gemeinden in einem Atemzug genannt werden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, hier sitzen genügend kommunale Mandatsträger. Von 14 000 Kommunen in Deutschland gibt es Zehntausende Mandatsträger der CDU; sie befinden sich auch hier auf diesem Parteitag. Sie sind nun einmal die Basis, die Wurzel unserer politischen Arbeit vor Ort in den Kreisverbänden - von ihrer täglichen Arbeit hat heute auch der Bundeskanzler gesprochen. Gerade diese kommunale Ebene, auf der unser Staat beruht, sollten wir nicht zu kurz kommen lassen. Wir sollten ihr die finanziellen Mittel gewähren, die ihr zustehen. - Danke schön.

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Klein. - Wir sind damit am Ende der Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs.

Ich gehe davon aus, daß Sie jetzt vor allem am Abstimmungsergebnis interessiert sind. Die Stimmzähl-Kommission hat das Abstimmungsergebnis ermittelt. Es wurden 926 Stimmen abgegeben. Nach unserer Satzung waren 501 Ja-Stimmen erforderlich. Es haben mit Ja gestimmt 609 Delegierte. Damit sind die Anträge C 1 und C 2 beschlossen.

(Beifall)

Mit Nein gestimmt haben 297 Delegierte. Enthaltungen: 14. Ungültige Stimmen: 6. - Das ist das festgestellte Abstimmungsergebnis. Ich schließe den Tagesordnungspunkt 23 und übergebe an Herrn Prachtl.

**Rainer Prachtl**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 11 auf:

#### BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE IN DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß dieser Bericht schriftlich vorliegt und sich in Ihren Unterlagen befindet. Ich möchte vor allem die Gelegenheit nutzen, Herrn Professor Dr. Rinsche und den Abgeordneten der CDU/CSU-Gruppe für den Bericht und die hervorragende Arbeit zu danken.

So schnell geht es, wenn die Leitung ein Tagungspräsident aus Mecklenburg-Vorpommern hat: Wir kommen nämlich zu Tagesordnungspunkt 12:

#### BERICHT DER BUNDESSCHATZMEISTERIN DER CDU DEUTSCHLANDS UND VORLAGE DES RECHENSCHAFTSBERICHTES 1994 GEMÄSS § 23 ABS. 2 PARTEIENGESETZ

Ich erteile unserer Bundesschatzmeisterin, Frau Brigitte Baumeister, das Wort.

**Brigitte Baumeister**: Herr Tagungspräsident! Herr Bundeskanzler! Liebe Parteifreunde! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heutige Berichtszeitraum erstreckt sich über die Jahre 1994 und 1995. Mir ist sehr wohl klar, daß dieser Tagesordnungspunkt Ihrem Verständnis nach nicht zu den Höhepunkten zählt. Trotzdem, denke ich, ist es wichtig und richtig, Ihnen über die Finanzlage der CDU Auskunft zu geben.

Ende 1994 betrug die Verbindlichkeiten noch 25 Millionen DM. Sie wissen, daß es, als ich angetreten bin, mein Hauptziel war, die Verbindlichkeiten der Bundespartei gänzlich abzubauen. Bis Ende 1995 gingen sie auf zirka 11,7 Millionen DM zurück. Heute bin ich froh, Ihnen mitteilen zu können, daß das Ziel erreicht wurde, daß die Partei keinerlei Bankschulden mehr aufweist.

(Beifall)

Gelungen ist dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, trotz knapperer finanzieller Mittel. Denn die Bundesgeschäftsstelle hat sowohl bei dem Haushalt 1994 als auch beim Haus-

halt 1995 sowie bei dem Bundestagswahlkampf und bei dem Europawahlkampf 1994 deutlich weniger Mittel, als angesetzt worden sind, ausgegeben. Ferner konnten die staatlichen Mittel aus der Übergangs- und Schlußregelung bei Inkrafttreten des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes zum großen Teil für die Tilgung unserer Schulden genutzt werden.

Erstmalig mußte ab 1994 nach den neuen Bestimmungen des Parteienfinanzierungsgesetzes ein Schlüssel für den parteiinternen Finanzausgleich gefunden werden. Es war nicht einfach, aber es ist uns gelungen. Dabei mußten die Mittel nicht nur vertikal zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden neu geordnet werden. Es mußte auch der unterschiedlichen finanziellen Situation in den einzelnen Landesverbänden Rechnung getragen werden.

Es wird auch in den nächsten Jahren notwendig sein - das möchte ich an dieser Stelle betonen -, beim parteiinternen Finanzausgleich die extrem schwierige Situation einiger junger Landesverbände zu berücksichtigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so befriedigend diese Tatsache sicherlich für Sie, aber ganz besonders auch für mich auf den ersten Blick erscheint, so bleibt die Finanzsituation unserer Partei sehr angespannt und für die Zukunft äußerst schwierig.

Die neue Regelung der Parteienfinanzierung erbringt für alle Parteien weniger Mittel. Die bisherigen Wahlkampfkostenerstattungen fallen weg; dieser Herausforderung muß sich auch die CDU stellen. Hinzu kommt, daß sich auf Grund der neuen gesetzlichen Bestimmungen auch die Einnahmesituation für die CDU, insbesondere im Bereich der Spenden, deutlich verschlechtert hat.

An zwei Beispielen will ich Ihnen dies deutlich machen. Erstens: Es gibt keine steuerliche Abzugsfähigkeit mehr für Unternehmensspenden. Zweitens - das drückt uns auch sehr -: Die Veröffentlichungsgrenze ist von 40 000 DM auf 20 000 DM abgesenkt worden.

Im Ergebnis heißt das für uns: Die künftigen Etats für die Bundesgeschäftsstelle sowie für die nächsten Wahlkämpfe müssen dieser veränderten Finanzsituation Rechnung tragen.

Die neue gesetzliche Regelung, die nunmehr im dritten Jahr in Kraft ist, bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf die künftige Struktur der Finanzierung unserer Partei. Für die CDU heißt das: Erste Priorität ist die Schuldentilgung - das haben wir im Augenblick erreicht -, zweite Priorität ist die Rücklagenbildung für die kommenden Wahlkämpfe, und die dritte Priorität ist, mit weniger finanziellen Mitteln trotzdem kampagnefähig zu bleiben. Deshalb müssen wir jährlich entsprechende Rücklagen für Wahlkämpfe bilden. Wird dies nicht geschehen, droht die Gefahr, daß im Wahlkampf neu aufgenommene Kredite nicht mehr getilgt werden können.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, was können wir nun tun, um die Einnahmesituation unserer Partei zu verbessern?

1. Staatliche Teilfinanzierung: Ich möchte erstens die staatliche Teilfinanzierung erwähnen. Im Bereich der staatlichen Teilfinanzierung wird es nach meiner Meinung in nächster Zeit keine wesentliche Veränderung geben. Bestenfalls wird die von der Parteifinanzierungskommission beim Bundespräsidenten festgestellte Preisentwicklung künftig mit berücksichtigt.

2. Spenden: Ich meine, es ist um so wichtiger, daß wir als CDU, die wir mehr als andere Parteien Spenden bekommen haben, uns diesem Thema zuwenden. Die strukturelle Veränderung im Spendenbereich stellte mich vor eine schwierige Aufgabe. Nach der Beendigung des Vertrages mit einem kommerziellen Spendensammler und den damit gemachten Erfahrungen auf allen Parteebenen haben wir uns mit Zustimmung der Finanzkommission für die Direktansprache potentieller Spender entschieden. Die Trennung war erforderlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie war schwierig und hat nicht nur mich, sondern auch viele andere viel Kraft gekostet.

Der seit 1995 eingeschlagene Weg soll der Partei völlig neue Spenderkreise erschließen. Dies ist im übrigen auch die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichtes und Ausdruck der in seinem Urteil verlangten größeren „Basisverwurzelung“ der Parteien. In Abstimmung mit den Landesverbänden haben wir bislang drei solcher Aktionen durchgeführt. Dabei wurden - das ist mir ganz besonders wichtig - keine bisherigen Spender anderer Gliederungen angesprochen. Die Resonanz war ermutigend. Mit einer stetig verbesserten Auswahl des Personenkreises wollen wir die Arbeit in dieser Weise fortsetzen.

Wichtig bei dieser ganzen Aktion ist mir dabei nicht nur die Spende, sondern in gleicher Weise auch der Dialog und die Information für die angesprochenen Personen. Ich möchte an dieser Stelle den Landesverbänden für ihre gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Bereich danken. Gerade beim Direktmarketing ist die Zusammenarbeit wesentlich besser geworden, stetig intensiviert worden und bietet die Möglichkeit, die Spendenwerbung auch auf die Landesverbände zu übertragen.

Wir alle gewinnen, glaube ich, immer mehr die Erkenntnis, daß wir nur dann gegenüber der politischen Konkurrenz wirklich Erfolg haben, wenn wir alle an dem gemeinsamen Ziel einer erfolgreichen Spendenwerbung mitarbeiten. Deshalb bitte ich an dieser Stelle auch alle Kreis- und Ortsverbände um Unterstützung in dieser Sache.

3. Mitgliederwerbung: Schließlich können wir auch durch unseren gemeinsamen Einsatz vor Ort neue Mitglieder für unsere Partei gewinnen. Sehr anschaulich hat uns dies der Landesvorsitzende von Niedersachsen, Herr Wulff, am heutigen Vormittag mit seinen Worten dokumentiert. Das heißt nicht nur, daß wir mehr Bürgerinnen und Bürger von unserer Politik überzeugen müssen, sondern daß wir sie auch zur Mitarbeit bewegen sollten, sondern auch, daß wir zum anderen dadurch noch die Einnahmesituation unserer Partei auf allen Ebenen verbessern.

Deshalb möchte ich an Sie alle appellieren: Helfen Sie in Ihren Gliederungen mit, neue Mitglieder für unsere Partei zu werben.

(Beifall)

Dazu gehört meines Erachtens aber auch, daß die Vorstände der Kreis- und Ortsverbände sowie die Geschäftsführer die derzeitigen Beiträge unserer Mitglieder überprüfen und gegebenenfalls angemessen anpassen. Wie der Rechenschaftsbericht 1995 im Vergleich zu 1994 zeigt, sind wir dabei auf einem guten Wege. Trotz noch leicht sinkender Mitgliedszahlen weist der Rechenschaftsbericht 1995 im Vergleich mit dem Jahr 1994 rund 5 Millionen Mark mehr

an Mitgliedsbeiträgen aus. Trotzdem, liebe Parteifreunde, dürfen wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen und müssen unsere Bemühungen fortsetzen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, möchte ich mich noch mit zwei Anmerkungen, die mir ganz besonders am Herzen liegen, an Sie wenden.

Ich möchte zunächst allen Parteimitgliedern, ganz besonders den ehrenamtlichen Schatzmeistern sowie den Geschäftsführern, die in den vergangenen Jahren, nämlich seit 1994, die neue und - ich glaube - sehr zeit- und arbeitsaufwendige Beitrags- und Spendenverwaltung aufgebaut haben, ganz herzlich für ihr Engagement danken.

(Vereinzelt Beifall)

Durch ihre sorgfältige und pünktliche Arbeit sind wir auf dem besten Wege, eine fast einhundertprozentige Übereinstimmung zwischen den Gesamtbeträgen der Spenden und Beiträge von natürlichen Personen und dem bezuschussungsfähigen Betrag insgesamt zu erreichen. Ich glaube, das ist im Vergleich zum Vorjahr eine ganz großartige Leistung.

(Beifall)

In meinen Dank schließe ich selbstverständlich auch die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und die Mitarbeiter unserer UBG mit ein.

Abschließend möchte ich noch betonen, daß für mich persönlich die Grenzen der Zumutbarkeit im Hinblick auf Verwaltungsaufwand als Voraussetzung für die Erlangung von staatlichen Zuwendungen erreicht ist.

(Beifall)

Die dafür notwendigen Kosten, meine lieben Parteifreunde, schmälern unsere geringen Einnahmen noch einmal ganz erheblich, und ich bin der Überzeugung, daß die Parteien ihre Kräfte noch mehr auf die eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Dafür erhalten sie Beiträge, Spenden und öffentliche Zuwendungen.

Die neue Parteienfinanzierung, meine lieben Parteifreunde, stellt uns vor große Herausforderungen. Ich bin mir sicher, daß wir als CDU diese auch bewältigen werden. Dafür benötige ich weiterhin Ihre Mitarbeit und Unterstützung. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für diese bislang geleistete Mitarbeit und Unterstützung bedanken. Und ich will Ihnen versprechen, daß ich gerne auf diesem Weg weiterarbeiten werde.

(Beifall)

**Rainer Prachtl**, Tagungspräsidium: Frau Baumeister, Ihnen ein herzliches Dankeschön! Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir stolz darauf sind, daß Sie unsere Bundesschatzmeisterin sind. Und nicht umsonst ist der Bundeskanzler aufgestanden. Er möchte Ihnen vermutlich auch noch ein Dankeschön sagen. - Herr Bundeskanzler, Sie haben das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, ich habe ums Wort gebeten, weil ich finde, es ist an der Zeit, und es ist auch gut und passend zu dieser Stunde, der Schatzmeisterin ein herzliches Wort des Dankes des ganzen Parteitagcs zu sagen.

(Starker Beifall)

Ich schlieÙe bei dieser guten Gelegenheit ausdrücklich auch einmal die Schatzmeisterinnen und Schatzmeister der Landes- und der Kreisverbände ein. Normalerweise wird darüber nie gesprochen. Viele in der Partei sind sehr forsch bei Beschlüssen, wo Geld ausgegeben wird. Wenn im Kreis-, Landes- und auch im Bundesverband Geld zu sammeln ist, ist die Zurückhaltung bemerkenswert. Deswegen ist es richtig, daß man so einen Bericht nicht nur Revue passieren läßt, sondern ein herzliches Dankeschön sagt. Und es ist wichtig, daß man es nicht bei dem Applaus hier bewenden läßt, sondern in der Praxis der Kreis-, der Bezirks-, der Landesverbände und des Bundesverbandes darüber nachdenkt: Wie kann man den Schatzmeisterinnen und Schatzmeistern helfen? Es wäre eine gute Tat, wenn von diesem Parteitag ein solcher Impuls ausginge.

(Beifall)

**Rainer Prachtl**, Tagungspräsidium: Nach dem Dank des Parteivorsitzenden rufe ich Tagesordnungspunkt 13

#### AUSSPRACHE ZUM BERICHT DER BUNDESSCHATZMEISTERIN

auf. Da der Bericht so glänzend ausgefallen ist, gibt es keine Wortmeldungen, so daß wir noch einmal zu Punkt 14 - Bericht der Mandatsprüfungskommission - kommen könnten, der schon aufgerufen wurde. Hier noch eine Ergänzung: Es sind noch fünf verirrte CDU-Leute dazugekommen. Wir sind seit 15.00 Uhr 950 Delegierte hier in Hannover.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 15

#### BERICHT DER RECHNUNGSPRÜFER

Ich bitte Herrn Dr. Möller um seinen Bericht.

**Dr. Franz Möller**: Herr Parteitagcspräsident! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Frau Ministerin Bärbel Kledehn, Ferdi Tillmann und ich sind auf dem 6. Parteitag am 28. November 1994 für vier Jahre als ehrenamtliche Rechnungsprüfer gewählt worden.

Der Prüfungszeitraum, für den wir heute unseren Bericht abgeben, berücksichtigt die Jahresrechnungen für 1994 und 1995 sowie für 1996 den bisherigen Geschäftsbetrieb der CDU-Bundesgeschäftsstelle.

Nach § 19 der Finanz- und Beitragsordnung ist es Aufgabe der Rechnungsprüfer, durch eine ständige Überprüfung der Finanzwirtschaft der Bundespartei einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten, daß nach den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung verfahren wird. Den Rechnungsprüfern ist hierzu ein umfassendes Auskunftsrecht und das Recht zur jederzeitigen Einsicht in alle die Bundespartei betreffenden Finanzunterlagen eingeräumt worden. Die Rechnungsprüfer haben diese Aufgabe sehr ernst genommen. Die Bundesgeschäftsstelle hat uns dabei stets geholfen.

Während des Prüfungszeitraumes haben fünf langandauernde Prüfungssitzungen stattgefunden, und wir haben dabei sehr viel Zeit aufgewandt und viele Fragen an die Bundesgeschäftsstelle gestellt, die auch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle hinreichend beantwortet werden konnten.

Wir danken der Bundesgeschäftsstelle und dem Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck für diese stetige Bereitschaft zur Auskunft und für gute Haushaltsführung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, das Jahr 1994 war durch den Europawahlkampf und durch den Bundestagswahlkampf geprägt. So waren denn auch die hierdurch verursachten Ausgaben Schwerpunkte unserer Prüfungen. Wir konnten feststellen, daß die Forderungen und Anregungen der Bundesfinanzkommission und auch der Rechnungsprüfer aufgegriffen wurden und weitgehend Beachtung gefunden haben. In einzelnen Fällen haben wir Ausgaben zusätzlich detailliert erläutern lassen und Einsicht in die Abrechnungen genommen. Unserer mehrfach vorgetragenen Forderung nach Kürzung der Zuschüsse an die Vereinigungen wurde 1996 Rechnung getragen. Es erfolgte eine deutliche Reduzierung der jeweiligen Etatansätze.

Auch die übrigen Sparbemühungen der CDU-Bundesgeschäftsstelle greifen inzwischen. Sie spiegeln sich insbesondere in den Rechnungsabschlüssen der Jahre 1994 und 1995 wider. So sind 1994 sowohl bei dem Wahlkampfetat als auch bei dem Etat für die laufenden Geschäfte die Ist-Ausgaben deutlich unter den veranschlagten Ausgabenansätzen geblieben. Deswegen ist zu erwarten, daß die Bundespartei ohne Bankschulden in das Jahr 1997 gehen wird. Insoweit bestätige ich gern und dankbar die Feststellungen der Bundesschatzmeisterin, die wir eben gehört haben.

Meine Damen und Herren, diese Tatsache ist sicherlich erfreulich. Sie darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Finanzlage der Bundespartei angespannt bleiben wird. Die Wahlen 1998 und 1999 und der wohl nicht zu vermeidende Umzug der CDU-Bundesgeschäftsstelle nach Berlin erfordern jetzt schon die Schaffung von Rücklagen und damit höchste Ausgabendisziplin.

Das seit dem 1. Januar 1994 geltende neue Parteiengesetz - Frau Baumeister hat es eben erwähnt - und die restriktiven Vorschriften für den Abzug von Parteispenden haben zu den erwarteten Einnahmerückgängen geführt. Die Bundesschatzmeisterin, der wir für ihre hervorragende Arbeit danken, hat nach vorheriger Abstimmung mit der Bundesfinanzkommission und den Rechnungsprüfern nach neuen Wegen bei der Spendenwerbung gesucht. Wir haben es eben erfahren. Die ersten Erfahrungen sind positiv. Die Landes- und Kreisverbände sollten die Aktionen nach Kräften unterstützen, um die Einnahmesituation der Partei insgesamt zu verbessern.

Die Kürzung der Zuwendungen an die Vereinigungen auf Bundesebene war ein richtiger Schritt. Er reicht allerdings noch nicht aus. Die Bundespartei und die Vereinigungen müssen ihre Ausgaben weiter kritisch überprüfen und zu erhöhter Sparsamkeit beitragen. Die Bundesgeschäftsstelle sollte darüber hinaus prüfen, ob mit dem inzwischen bewährten System

der Budgetierung nicht noch bessere Ausgabenverantwortung und höhere Ausgabendisziplin erreicht werden kann. Schließlich müssen die Veranlasser von Maßnahmen vor endgültigen Entscheidungen stets auch die Kostengesichtspunkte in ihre Überlegungen einbeziehen.

Meine Damen und Herren, die von der Bundestagspräsidentin veröffentlichten Rechenschaftsberichte der Jahre 1993 und 1994, die auch die Jahresrechnungen der Bundespartei beinhalten, liegen Ihnen vor. Die Jahresrechnung 1995 ist ebenfalls geprüft, aber noch nicht veröffentlicht.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die Prüfungen haben ergeben, daß die Finanzwirtschaft der Bundespartei in Ordnung ist und nach den Grundsätzen wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung erfolgt. Insoweit beziehen wir uns auf die uneingeschränkten Prüfungsvermerke unseres Wirtschaftsprüfers zu den Jahresrechnungen 1993 und 1994. Wir empfehlen Ihnen deshalb und beantragen zugleich, dem Bundesvorstand Entlastung zu erteilen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Rainer Prachtl**, Tagungspräsidium: Für ihre zuverlässige, treue und natürlich akribische Arbeit sei den Rechnungsprüfern herzlich gedankt.

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 16 auf: ▶

#### ENTLASTUNG DES BUNDESVORSTANDES

Die Entlastung des Bundesvorstandes ist von den Rechnungsprüfern vorgeschlagen worden. Ich bitte diejenigen um das Kartenzeichen, die dem Bundesvorstand Entlastung erteilen wollen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einige Enthaltungen im Präsidium, ansonsten Zustimmung. Damit ist der Bundesvorstand entlastet.

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es ist die Bitte an uns herangetragen worden, darauf hinzuwirken, daß es im Saal etwas ruhiger ist. Gerade jetzt, da ich dies sage, ist es allerdings sehr ruhig im Saal. Der Plenarsaal ist komplett belegt. Dafür muß man sich auch einmal bei allen Delegierten dieses Parteitages bedanken. Wir befinden uns hier alle in einer etwas gedrängten Atmosphäre. Daß Sie alle hier sind, zeigt, welche Bedeutung die jetzt anstehenden Wahlen haben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

#### WAHL DES BUNDESVORSTANDES

Bevor wir mit den Wahlen beginnen, möchte ich Ihnen vorschlagen, daß persönliche Vorstellungen nur vor den Wahlen stattfinden, bei denen mehr Kandidaten als Plätze vorhanden sind. Dies trifft bei der Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums und bei der Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes zu. Die Vorstellung soll dort in alphabetischer Reihenfolge erfolgen. Die Redezeit - das ist wichtig - soll auf jeweils maximal drei Minuten festgelegt werden. Allerdings muß jeder, der sich vorstellt und die drei Minuten ausschöpft, sich schon verdammt gut vorstellen, um noch gewählt werden zu können. Dies ist jedenfalls meine Erfahrung. Es ist also sicherlich jeder gut beraten, wenn er nur eine oder zwei Minuten für seine Vorstellung braucht. Wir wollen die Höchstzeit aber trotzdem auf drei Minuten festset-

zen, weil es für das Präsidium einfach unangenehm ist, direkt nach zwei Minuten jemandem das Wort zu entziehen. Wenn so verfahren würde, müßte man es auch konsequent so handhaben, damit nicht die letzten im Alphabet von den Hunden gebissen werden.

Ich schlage Ihnen also vor, eine Redezeitbegrenzung auf drei Minuten bei der Vorstellung zu den Wahlen vorzunehmen, bei denen mehr Kandidaten als Plätze verfügbar sind. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist für die Redezeitbegrenzung auf höchstens drei Minuten? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Bei ganz wenigen Enthaltungen ist es so beschlossen.

Zum Wahlverfahren möchte ich folgendes anmerken. Laut § 43 des Statuts ist in geheimer Wahl mittels Stimmzettel zu wählen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit. Sie sind jedoch bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit zu berücksichtigen.

Wir möchten Ihnen vorschlagen, daß Sie zum Wählen die hier im Saal aufgestellten Wahlkabinen benutzen. Benutzen Sie dabei bitte die Wahlkabine, die Ihrem Sitzplatz am nächsten ist, um das Chaos in Grenzen zu halten. Werfen Sie bitte Ihre Stimmzettel nach dem Ausfüllen in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen. Ich weise darauf hin, daß Sie den Wahlhelfern, den Stimmzählern, jeweils Ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, wenn Sie Ihren Stimmzettel in die Wahlurne werfen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 17.1:

## WAHL DES VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Zur Wiederwahl vorgeschlagen ist unser Parteivorsitzender, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Nehmen Sie jetzt bitte den Stimmzettelblock zur Hand, der Ihnen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde. Wir werden die Wahl des Parteivorsitzenden mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 durchführen, also nicht mit der Stimmkarte, sondern mit dem Stimmzettel. Ich halte meinen weißen Stimmzettel mit der Nr. 1 einmal hoch, damit Sie sehen, mit welchem Stimmzettel die Wahl des Parteivorsitzenden durchgeführt wird.

Gültig ist der Stimmzettel, wenn entweder der Name Kohl oder Ja oder Nein oder Enthaltung darauf steht. Leere Stimmzettel zählen als Enthaltung. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Da wir eine Frist zur Einreichung der Kandidatenvorschläge hatten, stelle ich fest, daß wir einen Kandidaten haben, brauche also nicht zu fragen, ob es weitere gibt.

Ich eröffne nunmehr den Wahlgang und bitte Sie, mit dem weißen Stimmzettel Nr. 1 Ihre Stimme abzugeben. Sie können in die Wahlkabine gehen und dort das Kreuz machen oder dies an Ihrem Platz tun - wie Sie wollen - und den Zettel dann in die Urne werfen. Ich werde mich in etwa fünf Minuten wieder melden und fragen, ob alle ihre Stimmzettel abgegeben haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Delegierten inzwischen Gelegenheit gehabt haben, ihre Stimmzettel abzugeben. - Gibt es noch irgendwo Delegierte, die das nicht getan haben? - Gibt es im Saal noch Stimmzettel, die der Abholung bedürfen? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall. - Da sich dagegen kein Widerspruch erhebt, schließe ich den Wahlgang.

Ich bitte die Landesgeschäftsführer, im Büro der Organisationsleitung hinter der Bühne die Stimmzettel für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden abzuholen.

Jetzt unterbreche ich den Parteitag für circa zehn Minuten, bis das Ergebnis der Wahl des Parteivorsitzenden bekanntgegeben wird. Es lohnt sich nicht, in diesen zehn Minuten etwas anderes zu tun. Demnächst werden wir bei Auszählungen Anträge beraten, aber hier wollen wir Ihnen eine Pause gönnen.

(Zustimmung)

Nutzen Sie sie für sich und andere. - Der Parteitag ist für zehn Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von 15.55 bis 16.03 Uhr)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen. Mir liegt zwar das Ergebnis noch nicht vor, aber ich habe noch etwas anderes mitzuteilen. Die Landesgeschäftsführer mögen bitte die Stimmzettel für die Stellvertreterwahl angemessen verteilen. Fünf Landesverbände bzw. Gruppen haben die Stimmzettel für die Stellvertreterwahl noch nicht abgeholt: der Landesverband Brandenburg, der Landesverband Braunschweig, der Landesverband Hamburg und der Landesverband Saar sowie der Auslandsverband Brüssel. Es handelt sich um die gelben Stimmzettel. Ich darf darum bitten, daß diese nunmehr im Protokoll genannten Verbände ihre Stimmzettel abholen, damit wir gleich die Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden durchführen können. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegt nun das Wahlergebnis der Wahl des Parteivorsitzenden vor.

Folgenden Hinweis gebe ich Ihnen jedoch zuvor: Ich gehe jetzt davon aus, daß die Landesverbände Brandenburg, Braunschweig, Hamburg und Saar sowie die Auslandsverbandsgruppe Brüssel ihre Stimmzettel für die Stellvertreterwahl abgeholt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der Wahl des Parteivorsitzenden sind 885 Stimmen abgegeben worden. Ungültig waren zwei Stimmen. Es gab 13 Enthaltungen. Demzufolge gab es 870 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit zur Wahl zum Parteivorsitzenden beträgt 436 Stimmen. Für Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wurden 831 Stimmen abgegeben. Das sind 95,5 Prozent.

(Langanhaltender Beifall)

Lieber Helmut Kohl, ich darf Ihnen ganz herzlich im Namen der gesamten CDU Deutschlands zur Wiederwahl, aber auch zu diesem grandiosen Wahlergebnis gratulieren. Ich denke, wer immer es zuerst gesagt hat: Die Partei hat einen tollen Vorsitzenden, der Vorsitzende hat aber auch eine tolle Partei. Das ist jedenfalls mein Gefühl.

(Beifall)

Ich muß und darf Sie fragen, ob Sie bereit sind, die Wahl anzunehmen.

(Heiterkeit)

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde, ich sage ganz einfach: Herzlichen Dank für diese Wahl, für dieses Wahlergebnis, für diesen Vertrauensbeweis. Jetzt packen wir es gemeinsam an.

(Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 17.2 auf:

### WAHL DES GENERALSEKRETÄRS

Gemäß unserer Satzung hat der Parteivorsitzende das Recht, den Vorschlag für die Wahl des Generalsekretärs zu machen. Deshalb erteile ich jetzt unserem Vorsitzenden, Dr. Helmut Kohl, das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde, ich schlage zur Wiederwahl Peter Hintze vor.

(Beifall)

Ich brauche zur Begründung nichts weiter zu sagen. Er dient unserer Sache mit großem Engagement, mit sehr viel Einfühlungsvermögen und Verständnis für die Probleme - innerhalb der Partei, zwischen neuen Ländern und alten Ländern. Gerade letzteres haben wir heute wieder gehört und diskutiert. Ich sage einfach: Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen für Peter Hintze.

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. - Wir kommen nun zur Wahl des Generalsekretärs. Ich möchte Sie auf folgendes hinweisen: Bitte nehmen Sie den Stimmzettelblock wieder zur Hand. Wir werden die Wahl mit dem gelben Stimmzettel mit der Nummer zwei durchführen. Gültig ist der Stimmzettel, wenn entweder der Name „Hintze“, „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ darauf steht. Leere Stimmzettel gelten als Enthaltung. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig. - Ich eröffne nun den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme abzugeben.

Haben alle Delegierten Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann schließe ich diesen Wahlgang und unterbreche den Parteitag für zirka 15 Minuten für die Auszählung, bis ich das Wahlergebnis bekanntgeben kann.

(Unterbrechung von 16.16 bis 16.25 Uhr)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Drei Landesverbände haben ihre Stimmzettel für die Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums noch nicht abgeholt. Es sind dies die Landesverbände Nord-Württemberg, Braunschweig und Sachsen-Anhalt. Ich bitte herzlich darum, die Stimmzettel im Büro abzuholen.

(Unterbrechung von 16.26 bis 16.29 Uhr)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Dann kann ich Ihnen das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekanntgeben: abgegebene Stimmen 905; ungültige Stimmen 3, Enthaltungen 51. Das sind 902 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt also 452 Stimmen. Für Peter Hintze wurden 692 Stimmen abgegeben. Das sind 76,7 Prozent.

(Beifall)

Herr Hintze, ich darf Sie fragen: Nehmen Sie die Wahl an?

**Peter Hintze**, Generalsekretär der CDU: Ja.

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Dann darf ich Ihnen ganz herzlich im Namen des Parteitagés gratulieren. Ich danke Ihnen, Herr Hintze, noch einmal für Ihre bisherige Arbeit und wünsche Ihnen für Ihre zukünftige Arbeit zum Wohl unserer Partei viel Glück, Kraft und Gottes Segen. Es soll Ihnen auch weiterhin viel Spaß machen.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 17.3 auf:

#### WAHL DER VIER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS

Nach der Ihnen vorliegenden Kandidatenliste sind folgende Vorschläge eingegangen, die ich in alphabetischer Reihenfolge nenne: Dr. Christoph Bergner, Dr. Norbert Blüm, Dr. Angela Merkel, Erwin Teufel.

Vor Eintritt in den Wahlgang darf ich auf folgendes hinweisen. Die Wahlen erfolgen mit dem großen gelben Stimmzettel, auf dem die vier Kandidaten aufgeführt sind. Nach § 43 Abs. 2 des Statuts muß mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Höchstens können alle zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwei, drei oder vier Kreuze enthält. Ich darf fragen, ob alle Delegierten den großen gelben Stimmzettel erhalten haben. Ist das der Fall? - Ja. - Ich eröffne jetzt den Wahlgang. -

Meine Damen und Herren, haben alle Delegierten die Gelegenheit gehabt, ihre Stimmzettel abzugeben? Auf der rechten Seite des Saales sind noch ein paar Stimmzettel abzugeben. - Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? - Ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben sind. Ich schließe den Wahlgang für die vier stellvertretenden Vorsitzenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Auszählung der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Das Tagungspräsidium schlägt daher vor, zunächst, wie vorgesehen, die Wahl der Bundeschatzmeisterin durchzuführen. Anschließend möchten wir die Wahl des Bundesparteigerichts - Tagesordnungspunkt 18 - und der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei - Tagesordnungspunkt 19 - durchführen. Diese beiden Abstimmungen erfolgen offen.

Danach wollen wir, sobald das Ergebnis der Wahl der vier stellvertretenden Vorsitzenden vorliegt, die Wahl der weiteren sieben Präsidiumsmitglieder durchführen. Wenn Sie mit diesem

Vorschlag einverstanden sind, dann bitte ich Sie um Erheben der Stimmkarte. - Gegenprobe!  
- Enthaltungen? - Der Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 17.4:

#### WAHL DER BUNDESSCHATZMEISTERIN

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Baumeister hat sich und ihre Arbeit bereits in ihrem Bericht, wie ich meine, eindrucksvoll dargestellt.

(Beifall)

Vor Eintritt in den Wahlgang möchte ich Sie auf folgendes hinweisen: Die Wahl der Bundesschatzmeisterin wird mit dem blauen Stimmzettel Nummer 3 aus dem Stimmzettelblock vorgenommen. Gültig sind Stimmzettel, auf denen der Name „Baumeister“, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den der Kandidatin, sind ungültig. - Meine Damen und Herren, Sie haben alle den blauen Stimmzettel Nummer 3 vorliegen. Ich eröffne nun den Wahlgang. - Meine Damen und Herren, sind alle Stimmzettel abgegeben worden? -

(Zurufe: Nein!)

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden? - Dies ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen noch eine Durchsage zu machen, eine kleine Berichtigung des Wahlergebnisses der Wahl zum Generalsekretär, etwas Positives, Herr Hintze. Die Stimmzähler hatten die 51 Enthaltungen falsch gewertet, und ich habe das hier einfach so abgelesen. Das stimmte aber nicht. Bei 692 Stimmen sind das nicht 76,2 Prozent, sondern 81,3 Prozent. Dies wollte ich Ihnen noch zur Kenntnis geben.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

#### WAHL DES BUNDESPARTEIGERICHTS DER CDU

Die Amtszeit des Bundesparteigericht endet am 6. November dieses Jahres. Wir wählen daher jetzt ein neues Parteigericht für die Wahlperiode vom 7. November 1996 bis zum 6. November 2000. Laut § 5 Abs. 1 der Parteigerichtsordnung besteht das Parteigericht aus fünf ordentlichen und sieben stellvertretenden Mitgliedern. Ein entsprechender Vorschlag des Bundesvorstandes liegt Ihnen als Tischvorlage vor. Laut § 43 Abs. 1 unseres Statuts kann die Abstimmung offen erfolgen.

Wenn Sie also dem Vorschlag des Bundesvorstandes zustimmen, bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist einstimmig das Ergebnis. Damit sind die genannten Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Parteigerichts gewählt. Ich gratulieren Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, infolge der Neuwahl des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom 7. November 1996 bis 6. November 2000 scheidet Herr Staatssekretär a. D. Dr. Dr. h.c. Barth aus Bonn sowie Herr Präsident des Staatsgerichtshofs Baden-Württemberg und Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim, Lothar Freund, aus dem Bundesparteigericht aus. Beiden Herren möchte ich für ihre bisherige Mitarbeit ganz herzlichen Dank sagen.

(Beifall)

Ein besonderes Wort unserer Hochachtung und Anerkennung möchte ich namens des Bundesparteitages an Sie, sehr verehrter Herr Dr. Barth, richten. Sie gehören unserem Bundesparteigericht seit dessen Gründung im Jahre 1960 ununterbrochen als ordentliches Mitglied an und wurden auf dem 12. Bundesparteitag hier in Hannover 1964 zum erstenmal zum Vorsitzenden des Bundesparteigerichts gewählt. Getragen vom Vertrauen unserer Partei wurden Sie seitdem alle vier Jahre als Vorsitzender wiedergewählt und üben nunmehr dieses Amt neben einer sehr eindrucksvollen beruflichen staatlichen Laufbahn ununterbrochen seit über 32 Jahren aus. Unter Ihrem Vorsitz hat sich das Bundesparteigericht mit mehr als 200 Parteigerichtsverfahren befassen müssen, besonders in der Zeit seit Erlass des Parteiengesetzes im Jahre 1967.

Für Ihre höchst sachkundige und auch politisch sehr einfühlsame Arbeit, Herr Dr. Barth, haben Sie sich um den Rechtsfrieden innerhalb der CDU Deutschlands sehr verdient gemacht. Für die kommenden Jahre gelten Ihnen unsere besten Wünsche. Noch einmal ein herzliches Dankeschön.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 19 auf:

#### WAHL DER CDU-MITGLIEDER FÜR DEN VORSTAND DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)

Nach § 31 Abs. 4 des Statuts wählt der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes die Delegierten für die Gremien der Europäischen Volkspartei. Da seit dem Parteitag im Oktober 1995 keine Bundesausschußsitzung stattfand, erfolgt die Wahl durch diesen Bundesparteitag.

Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten liegen Ihnen als Tischvorlage schriftlich vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um Ihr Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit sind die Kandidatinnen und Kandidaten einstimmig gewählt.

Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich. Sie übernehmen ein Amt in einer für die europäische Einigung sehr wichtigen Zeitspanne. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen für Ihre wichtige Aufgabe Gottes Segen.

(Beifall)

Wir warten jetzt auf das Ergebnis der Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Ihrem Einverständnis rufe ich den Tagesordnungspunkt 17.5 auf:

#### WAHL DER 7 WEITEREN MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Für die Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums sind folgende Kandidaten vorgeschlagen: Rainer Eppelmann, Johannes Gerster, Manfred Kanther, Claudia Nolte, Volker Rühle, Rudolf Seiders, Christa Thoben, Professor Dr. Klaus Töpfer. - Es stehen acht Kandidaten für sieben Positionen zur Verfügung. Entsprechend unserer zuvor beschlossenen Verfahrensregelung bitte ich nunmehr alle Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge um eine kurze Vorstellung. - Zur Geschäftsordnung?

**Renate Breuning:** Ich habe eine Frage zum Verständnis. Wir haben vorhin über die Anträge C 1 und C 2 beschlossen. Im Antrag C 1 steht:

Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Absatz 2 zu beachten.

Das heißt, daß bereits die Kandidatenvorschläge ein Drittel Frauen beinhalten müssen. Es sind acht Vorschläge gemacht worden, zwei davon betreffen Frauen. Nach Antrag C 2 müssen aufgerundet drei Frauen zur Verfügung stehen, damit der Wahlvorschlag gültig ist.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen,** Tagungspräsidium: Herr Generalsekretär, bitte schön.

**Peter Hintze,** Generalsekretär der CDU: Liebe Parteifreunde, dieser Beitrag war mir sehr sympathisch, er ist jedoch nicht durch unsere heutige Satzungsvorschrift gedeckt. Die Satzungsvorschrift bezieht sich auf Vorschläge zu Gruppenwahlen durch Vorstände oder andere vorschlagsberechtigte Gremien. Ein solcher Vorschlag liegt hier nicht vor.

Allerdings ist der Wahlgang, weil dies alles Einzelvorschläge der jeweiligen Landesverbände sind - -

(Heiterkeit und Unruhe)

**Dr. Helmut Linssen,** Tagungspräsidium: Darf ich einen Moment um Ruhe bitten.

**Peter Hintze,** Generalsekretär der CDU: Gleichwohl - -

(Unruhe)

**Dr. Helmut Linssen,** Tagungspräsidium: Das Wort hat zunächst der Generalsekretär.

**Peter Hintze,** Generalsekretär der CDU: Ich freue mich, daß unsere Vorschrift prinzipiell auf so viel innere Zustimmung stößt. Gleichwohl ist es so, daß mit den zwei Kandidatinnen, die hier vorgeschlagen sind, und der Vorschrift, die wir in unserer Geschäftsordnung beschlossen haben, die Drittelvorschrift erfüllt ist, wenn diese beiden Kandidatinnen im ersten Wahlgang gewählt werden.

Es sind sieben Ämter zu vergeben. Wenn man sieben durch drei dividiert, ergibt sich - für die mathematisch Gefestigten - die Zahl 2,33. Nach der mathematischen Auf- und Abrundungsregel, die wir in unserer Geschäftsordnung verankert haben, runden wir unter 0,5 ab und ab 0,5 auf. Bei diesem Vorschlag ist also die satzungsgemäß notwendige Zahl erreicht - obwohl es sich nicht um einen Gruppenvorschlag handelt.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung?  
- Bitte schön.

**Siegfried Kauder**: Herr Hintze, nehmen Sie es mir bitte nicht übel: Ich halte Ihre Meinung für falsch. Es heißt ganz klar: Schon bei den Wahlvorschlägen hat ein Drittel Frauen zu sein. Andernfalls würden Sie die wählenden Mitglieder zwingen, von der Liste bevorzugt die Frauen zu wählen. Das haben wir schon einmal beim Gleichstellungsgesetz in Hessen gehabt. Das ist vor dem Verfassungsgericht als verfassungswidrig gescheitert.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Das Wort hat noch einmal der Generalsekretär.

**Peter Hintze**, Generalsekretär der CDU: Liebe Parteifreunde, der Vorstand hat für die Präsidiumswahl überhaupt keinen Wahlvorschlag gemacht. Wir haben vielmehr alle Vereinigungen, alle Landesverbände und alle vorschlagsberechtigten Delegierten aufgefordert, Wahlvorschläge zu machen. Sämtliche eingegangenen Wahlvorschläge sind hier erfaßt. Einschlägig ist die Vorschrift über die Gültigkeit des Wahlganges. Sie wäre mit der Wahl von zwei Frauen erfüllt.

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sich vorstellen, daß dies rauf- und runter geprüft worden ist. Bei 2,33 runden wir ab. - Damit ist der Vorschlag mit zwei Frauen gültig. - Ich denke, daß wir in die Vorstellung eintreten können. Ich darf zunächst einmal Rainer Eppelmann bitten, sich vorzustellen.

**Rainer Eppelmann**: Liebe Freunde, vielleicht erinnert ihr euch nicht nur daran, daß ich Rainer Eppelmann heiße, verheiratet und Vater von fünf Kindern bin, Maurer und Pfarrer war, Bürgerrechtler, Minister für Abrüstung und Verteidigung, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1990, Kreisvorsitzender der CDU in Märkisch-Oderland, Vorsitzender zweier Enquetekommissionen und Bundesvorsitzender der zweitwichtigsten Vereinigung der Union. - Ha, jetzt könnt Ihr alle fragen, welches die wichtigste ist.

Vielleicht erinnert ihr euch aber auch noch daran, daß es jemanden gab, der mich vor etwa einem Jahr zur Nachwahl präsentierte und sagte: Nicht ganz bequem, aber wichtig. - Ich hoffe, daß sich das heute nicht geändert hat und daß mich all diejenigen, die mich vor einem Jahr gewählt haben, auch heute wieder wählen. - Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Rainer Eppelmann. Das Wort hat jetzt Johannes Gerster.

**Johannes Gerster**: Herr Tagungspräsident! Meine Damen, meine Herren! Johannes Gerster, 55 Jahre alt, verheiratet, drei Kinder, bis 1994 stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Bonn und seit Mai dieses Jahres Oppositionsführer im Landtag von Rheinland-Pfalz.

Die CDU ist eine föderative Partei. Sie lebt aus der Kraft der Landesverbände, der Kreisverbände, der Ortsverbände. Ich möchte im Präsidium die Stimme der Landesverbände vertreten, insbesondere derjenigen, die das harte Brot der Opposition noch essen müssen, und

möchte damit das Spektrum des Präsidiums weiter verbreitern. Ich bitte Sie um Ihre Unterstützung, um Ihre Hilfe, um Ihre Stimme. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Johannes Gerster. - Das Wort hat Manfred Kanther.

**Manfred Kanther**: Herr Präsident, ein politisches Wort zu meiner Kandidatur: Eine klare und eindeutige Innenpolitik gehört in besonderem Maße zum Profil der Unionsparteien.

(Beifall)

Ich glaube, daß in Feldern wie der Verbrechensbekämpfung, der Ausländerpolitik, im öffentlichen Dienstrecht, der inneren Sicherheit von uns ein besonderes Markenzeichen vor den Wählern abgeliefert werden muß. Das kann beim besten Willen nicht immer zu jedermanns Beifall ausfallen, und deshalb muß zu unserer Innenpolitik auch gehören, daß sie konsequent durchgestanden wird, wenn sie denn wohlbedacht zu Entscheidungen kommt.

Vor allem das Feld der inneren Sicherheit ist hier von herausragender Bedeutung. Es ist sicher in den letzten Monaten ein bißchen hinter den wirtschaftspolitischen Fragen zurückgetreten, weil sie uns besonders auf den Nägeln brennen. Aber die Fragen der Verbrechensbekämpfung, der inneren Sicherheit sind sehr im Bewußtsein unseres Volkes präsent, und sie werden auch auf Dauer eine hohe Bedeutung behalten. Hier eine klare Linie zu ziehen, ohne jedes Mal, wenn diese Fragen auftreten, Schaum vor den Mund zu bekommen, ist eine wesentliche Aufgabe der Innenpolitik der Union.

Meine Freunde, diese Politik darzustellen ist meine Mühe, und dabei suche ich auch bei dieser Gelegenheit um Ihr Votum nach, weil ich glaube, daß es immer wieder notwendig ist, daß man sich der Meinung seiner Freunde versichert. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Manfred Kanther. Jetzt spricht Claudia Nolte.

(Mit Beifall begrüßt)

**Claudia Nolte**: Liebe Freunde! 1990 habe ich zwei Entscheidungen getroffen, die seitdem mein Leben maßgeblich bestimmen. Beide Entscheidungen waren richtig. Die erste war: Mein Mann und ich heirateten, und gestern konnten wir den fünften Geburtstag unseres Sohnes Christoph feiern.

(Vereinzelt Beifall)

Die zweite Entscheidung war mein Eintritt in die CDU. Ich sage ganz freimütig: Ich hätte mir früher nie vorstellen können, ein politisches Amt innezuhaben. In einer Diktatur war dies undenkbar. Nicht ohne Grund habe ich Elektronikfacharbeiter gelernt und dann Automatisierungstechnik studiert, also ganz bewußt politikferne Berufe gewählt.

Aber mit der friedlichen Revolution hat sich mein Verhältnis zur Politik grundlegend geändert. Wie viele andere auch wollte ich mich einbringen - jetzt, wo Veränderungen möglich waren.

Im März 1990 wurde ich in die Volkskammer gewählt. Ich gehörte dann zu den 144 Volkskammerabgeordneten, die ab dem 3. Oktober 1990 die neuen Länder im Deutschen Bundestag vertraten. Ich wurde im Dezember schließlich direkt gewählt. Für mich war es dabei keine Frage, in welche Partei ich gehörte. Aus meinem christlichen Verständnis vom Menschen kam für mich nur die CDU in Betracht.

Die Arbeit in der Partei hat mich geprägt, und ich habe erfahren, wieviel Spaß lebendige Parteilarbeit macht - auch wieviel Mühe -, wie wichtig der Gedankenaustausch zwischen allen Ebenen unserer Partei ist, zwischen Männern und Frauen, zwischen Alt und Jung.

Liebe Freunde, gerade die heutige Jugend ist unseren Idealen, Wertvorstellungen aufgeschlossen. Nur, wir müssen sie auch ansprechen, müssen offen auf sie zugehen. Ich bin überzeugt, daß uns das am besten gelingt als Partei mit Profil. Daran möchte ich mitwirken, und deshalb bitte ich um Ihr Vertrauen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Claudia Nolte. Es spricht jetzt Volker Rühle.

**Volker Rühle:** Liebe Freunde! Volker Rühle, ich bin 54 Jahre alt, verheiratet, habe drei Kinder. Ich komme aus Hamburg, verfüge auch über Oppositionserfahrungen eines der nicht so ganz gewaltigen Landesverbände der CDU; deswegen brauchen wir Ihre besondere Unterstützung.

Ich gehöre dem Präsidium seit 1989 an, zunächst als Generalsekretär - erst in der West-CDU, dann in der wiedervereinigten CDU -, seit 1992, seitdem ich Verteidigungsminister bin, als Beisitzer. Auf diesem Parteitag spielen die Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik nicht die entscheidende Rolle, und ich glaube, das ist richtig. Aber in den nächsten Jahren - da sind wir uns alle einig - muß die europäische Revolution, die die deutsche Wiedervereinigung gebracht hat, auch zur Wiedervereinigung Europas führen. Das heißt, die Öffnung der Europäischen Union, die Öffnung der NATO, die Europapolitik und natürlich die Interessen der Bundeswehr - wo man aufpassen muß, daß sie nicht unterfinanziert wird

(Heiterkeit)

- das sind die Themen, denen ich mich gerne widmen möchte. Ich bitte um Ihre Unterstützung.  
- Vielen Dank.

(Starker Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühle. Das Wort hat Rudolf Seiters.

(Mit Beifall begrüßt)

**Rudolf Seiters:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Rudolf Seiters, 59 Jahre, verheiratet, drei Töchter!

(Heiterkeit und Beifall)

- stellvertretender Landesvorsitzender der niedersächsischen CDU, damit auch fest verankert in der Landespolitik. Wenn ich Ernst Albrecht und Christian Wulff sehe, dann sage ich: Ich werde alles dafür tun, daß wir die nächste Landtagswahl gewinnen und den notwendigen Wechsel in Niedersachsen herbeiführen.

(Beifall)

Ich bewerbe mich wieder für ein Amt im Präsidium, weil ich glaube, einige Erfahrung einbringen zu können. Als Kanzleramtsminister bei Helmut Kohl, in den Jahren der deutschen Einheit als Bundesinnenminister und damals federführend für den Asylkompromiß, der, so glaube ich, nach wie vor einen wichtigen Schritt zum inneren Frieden in unserem Lande darstellt,

(Beifall)

und jetzt Stellvertreter von Wolfgang Schäuble, als stellvertretender Fraktionsvorsitzender zuständig für Außen- und Europapolitik. Ich möchte diese Erfahrungen gern weiter in die Arbeit des Präsidiums einbringen. Dafür brauche ich Ihre Unterstützung, Ihr Vertrauen, und deswegen bitte ich um Ihre Stimme.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Rudolf Seiters. Jetzt spricht Christa Thoben.

**Christa Thoben** (mit Beifall begrüßt): Ich komme aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen, bin seit 1970 Mitglied der CDU und habe ein paarmal zwischen Politik und Wirtschaft gewechselt. Zunächst war ich elf Jahre in einem Wirtschaftsforschungsinstitut und bin danach in die Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer zu Münster gewechselt. Von 1980 bis 1990 war ich Mitglied im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Dort war ich wirtschaftspolitische Sprecherin und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Danach habe ich fünf Jahre die Industrie- und Handelskammer zu Münster geleitet. Jetzt bin ich seit knapp zwei Jahren Staatssekretärin im Bundesministerium für Wohnungsbau.

Dem Präsidium der Partei gehöre ich seit einer Reihe von Jahren an. Ich habe dort inhaltlich an Papieren zum Standort Deutschland, aber auch am Grundsatzprogramm mitgewirkt. Ich würde diese Arbeit gerne fortsetzen und bitte um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christa Thoben. Das Wort hat jetzt Professor Dr. Klaus Töpfer.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin 1938 in Waldenburg in Schlesien geboren worden und bin dann am Ende des grausamen Krieges zum Glück, wie man sagen muß, in den Westteil unseres Vaterlandes vertrieben worden, nach Höxter an der Weser, nach Ostwestfalen. Dort habe ich meine Frau kennengelernt. Ich bin jetzt 32 Jahre verheiratet. Wir haben drei Kinder. Lieber Rudi Seiters, es ist auch ein Sohn dabei, so daß es ein bißchen ausgeglichen ist.

(Heiterkeit)

Vielleicht kann man im Präsidium so etwas einmal zusammenbringen, damit weitere Perspektiven geschaffen werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe gerade gesagt: Ich bin glücklicherweise nach Höxter und in das Hochstift Paderborn gekommen. Meine Verwandten - meine Vettern - sind nach Potsdam gekommen. Meine Verwandten haben als bekennende Katholiken keine schulische Ausbildung bekommen können, wie ich sie unter der selbstverständlichen Nutzung einer offenen freiheitlichen Demokratie habe bekommen können.

Meine lieben Freunde, wenn ich jetzt in meinem Berliner Büro in dem Gebäude, das einmal der Staatsrat der DDR genutzt hat, sitze, wenn ich sehe, wie viele Menschen in dieses Gebäude kommen und sich informieren, und wenn ich mich zugleich daran erinnere, wie ich mit meinen Verwandten aus Potsdam in gebührendem Abstand um dieses Gebäude herumgelaufen bin, dann weiß ich: Wir sind auf einem guten Wege zu einem einheitlichen, einem gemeinsamen, einem guten Deutschland.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, in dieser Hinsicht gibt es noch viel zu tun. Es wäre für mich eine ganz, ganz große Freude, im Präsidium an dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Ich bitte um Ihre Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, damit sind wir am Ende der Vorstellung der acht Kandidatinnen bzw. Kandidaten für die sieben Positionen, die zur Verfügung stehen.

Vor Eintritt in den Wahlgang darf ich folgendes erläutern: Die Wahl erfolgt auf dem großen roten Stimmzettel, der alle Namen in alphabetischer Reihenfolge enthält. Laut § 43 Abs. 2 des Statuts muß mindestens die Hälfte und darf höchstens die Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Der Stimmzettel ist also nur dann gültig, wenn die Namen von vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten angekreuzt sind. Bitte denken Sie daran, daß der Wahlgang nur gültig ist, wenn mindestens ein Drittel der Gewählten Frauen sind, das heißt, zwei Frauen gewählt worden sind. Ich eröffne den Wahlgang. -

**Prof. Dr. Günter Rinsche**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben worden sind. - Das scheint der Fall zu sein. Dann ist der Wahlgang beendet.

Ich darf Ihnen das Ergebnis der Wahl der vier Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 939. Keine ungültigen Stimmen, keine Enthaltungen. Gültige Stimmen: 939. Die erforderliche Mehrheit beträgt 470 Stimmen.

Es wurden abgegeben: für Christoph Bergner 667 Stimmen, das sind 71 Prozent;

(Beifall)

für Norbert Blüm 820 Stimmen, das sind 87,3 Prozent;

(Beifall)

für Angela Merkel 811 Stimmen, das sind 86,4 Prozent;

(Beifall)

für Erwin Teufel 776 Stimmen, das sind 82,6 Prozent.

(Beifall)

Damit sind vier Stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Ich darf Christoph Bergner fragen, ob er die Wahl annimmt. - Danke schön. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Norbert Blüm, nehmen Sie die Wahl an?

(Dr. Norbert Blüm: Jawohl!)

- Wir gehen fest davon aus. Danke schön. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Angela Merkel? - Danke schön. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Erwin Teufel?

(Erwin Teufel: Ja!)

Herzlichen Dank und herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Ich gebe dann das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekannt. Abgegebene Stimmen: 987. Ungültige Stimmen: 4. Enthaltungen: 31. Gültige Stimmen: 952. Die erforderliche Mehrheit beträgt 477 Stimmen. Für Brigitte Baumeister wurden 913 Stimmen abgegeben. Das sind 95,9 Prozent.

(Beifall)

Frau Baumeister, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Brigitte Baumeister: Ja!)

- Danke schön und herzlichen Glückwunsch!

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir möchten Ihnen seitens des Tagungspräsidiums zum weiteren Verfahren vorschlagen, daß wir die Pause, die jetzt dadurch entsteht, daß die Stimmenauszählung für die Wahl der Präsidiumsmitglieder erfolgen muß, nutzen, um mit der Beratung der sonstigen An-

träge zu beginnen. Das würde bedeuten, daß wir mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 24 beginnen, um nicht unnötig Zeit zu vergeuden. Ich darf fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir mit der Beratung über Tagesordnungspunkt 24, also mit der Beratung der sonstigen Anträge beginnen. Erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Zurufe: Ja!)

- Das ist der Fall. Dann möchte ich darüber abstimmen lassen. Wer ist dafür, daß wir mit der Beratung über Tagungsordnungspunkt 24, also der Beratung der sonstigen Anträge beginnen? - Da gibt es eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Bitte schön!

(Zuruf: Ist es nicht sehr viel sinnvoller, daß wir die Kandidaten, die für den weiteren Bundesvorstand kandidieren, jetzt zur Vorstellung bitten? Selbst wenn der Hinweis kommt, daß jetzt jemand herausfällt und dann möglicherweise noch kandidieren kann, so hat der sich doch eben bereits vorgestellt! - Beifall)

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Gleichwohl erlaube ich mir den Hinweis darauf, daß natürlich im Moment nicht erkennbar ist, wie sich die Wahl zum Präsidium im Ergebnis darstellt, so daß dann auch der weitere Gang des Verfahrens einigermaßen von Ungewißheit gekennzeichnet ist.

(Widerspruch)

Vor diesem Hintergrund erschiene es sinnvoller, mit der Beratung der Sachanträge zu beginnen,

(Anhaltender Widerspruch)

was Vorschlag des Tagungspräsidiums ist.

Insofern haben wir zwei Vorschläge, und über die wollen wir jetzt schlicht und einfach abstimmen. Der erste Vorschlag ist der, mit der Beratung der Sachanträge zu beginnen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Letzteres ist die Mehrheit.

Zweitens ist vorgeschlagen worden, daß wir mit der Vorstellung der Bewerber für die Position eines beisitzenden Mitgliedes im Bundesvorstand beginnen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Ersteres war die Mehrheit.

Das heißt, wir beginnen jetzt mit der Vorstellung der Kandidaten für das Amt eines Beisitzers im Bundesvorstand; dies gehört also zu Tagesordnungspunkt 17.6:

#### WAHL DER 26 WEITEREN MITGLIEDER DES BUNDESVORSTANDES

Eingegangen sind 30 Vorschläge. Wir lassen die Bewerber jetzt in alphabetischer Reihenfolge zu Wort kommen. Die Redezeit ist, wie beschlossen, auf jeweils drei Minuten begrenzt. Die einem Redner jeweils folgenden Kandidaten bitte ich, sich in der Nähe des Rednerpults aufzuhalten, damit keine Verzögerungen auftreten.

Erster Vorschlag: Prof. Dr. Biedenkopf, Landesverband Sachsen, sodann Frau Böhmer und Herr Diepgen. Bitte, Herr Professor Biedenkopf!

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Ich bin Kurt Biedenkopf, 66 Jahre alt, 1973 als Generalsekretär zum erstenmal Mitglied des Präsidiums und des Bundesvorstandes geworden, seitdem Mitglied des Bundesvorstandes.

Nach politischer Arbeit im Bundestag, im Landtag von Nordrhein-Westfalen, wieder im Bundestag und in der Partei in Nordrhein-Westfalen bin ich seit Oktober 1990 Ministerpräsident im Freistaat Sachsen.

(Beifall)

Wir haben in den letzten sechs Jahren mit Hilfe der Menschen im Land und mit der nationalen Solidarität aller Deutschen ein großes Stück Weg zur deutschen Einheit zurückgelegt. Wir sind dankbar für die Solidarität und stolz auf das, was wir selbst gemacht haben.

(Beifall)

Wir, die sächsische Union und alle Mitstreiter, haben 1990 gemeinsam die Landtagswahlen mit 54 % und 1994 mit 58 % gewonnen. Das Ziel für 1999 sind 60 %, und ich wünsche, daß Sie alle uns dabei helfen. - Danke.

(Beifall)

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Nächster Vorschlag: Frau Dr. Böhmer. Sie kann wegen eines Krankheitsfalls in ihrer Familie leider nicht hier sein. Deshalb wird die Vorstellung von der Bundesvorsitzenden der Frauen-Union, Frau Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, übernommen.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth**: Herr Präsident! Liebe Delegierte! Liebe Freunde! Unsere Kollegin Dr. Maria Böhmer kann nicht bei uns sein, weil sie in den letzten Stunden bei ihrer Mutter weilen wollte, die in dieser Nacht verstorben ist.

Maria Böhmer gehört dem Landesverband Rheinland-Pfalz an und ist seit 1986 Mitglied der CDU, seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages, hochengagiert, sie war stellvertretende Vorsitzende der Grundsatzkommission und ist dort für den Bereich „soziale und ökologische Marktwirtschaft“ eingetreten. Sie ist im Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik und hat in jüngster Zeit kräftig für das gefochten, was für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in privaten Haushalten zu tun ist und was wir als Frauen-Union auf den Weg gebracht haben, und sie kämpft noch dafür. Sie ist Vorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz und Stellvertretende Vorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz.

Sie ist eine sehr engagierte Kollegin, und ich möchte sehr dafür werben, daß Sie Maria Böhmer, auch wenn sie heute nicht hier sein kann, in den Bundesvorstand wählen. Sie hat es wirklich verdient.

(Beifall)

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Jetzt Herr Diepgen, dann Klaus Escher und Frau Fischer.

**Eberhard Diepgen:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eberhard Diepgen, 54 Jahre alt; einige von Ihnen kennen mich noch aus Zeiten der Jungen Union, in der letzten Zeit aber wohl mehr als Regierenden Bürgermeister von Berlin. Dazu wurde ich erstmalig im Jahre 1984 gewählt. Jetzt geht es darum, die deutsche Hauptstadt so zu gestalten, daß es die Bundeshauptstadt aller Deutschen ist.

(Zustimmung)

An meinen persönlichen politischen Zielen hat sich nichts geändert. Ich bin engagiert nicht für Marktwirtschaft, sondern für soziale Marktwirtschaft. Ich bin der Auffassung, daß wir die Vereinigung Deutschlands und das Einbeziehen der unterschiedlichen Erfahrungen der Menschen in dieses gemeinsame deutsche Vaterland in der Erweiterung von Europa mit aufnehmen müssen, daß wir dieses Land modernisieren müssen. Im Augenblick allerdings, so muß ich Ihnen offen gestehen, geht es in Berlin vor allen Dingen darum, erstens die Bundeshauptstadt zu gestalten und zweitens dafür zu sorgen, daß die Mehrheiten bei der Union bleiben, die Regierung bei der Union, auch wenn man gegen linke Mehrheiten regieren muß. Das ist schwierig genug, und auch dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Bitte, Klaus Escher.

**Klaus Escher:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für mich ist es jetzt innerhalb von drei Tagen das zweite Mal, daß ich mich einer demokratischen Wahl stellen darf. Am Freitagabend haben mich die Delegierten des Deutschlandtages der Jungen Union in Görlitz in Sachsen zum Vorsitzenden der Jungen Union wiedergewählt,

(Beifall)

und heute möchte ich mich darum bewerben, wiederum im Bundesvorstand der CDU mitzuwirken.

Wir sprechen sehr viel über Veränderungen. Wir Jüngeren müssen diese Veränderungen einfordern und tun dies auch, nicht immer so, daß es allen gefällt, aber, wie ich meine, so, daß wir die Interessen der Jüngeren deutlich vertreten, so wie wir sie sehen.

Wir haben in Görlitz beispielsweise beschlossen - ich will das weitergeben -, daß wir bei der Wehrpflicht bleiben. Wir wollen diese Position in Zukunft beibehalten,

(Beifall)

weil wir glauben, daß es sich lohnt, über den Unterschied zwischen Dienen und Dienstleistungen nachzudenken. Für uns ist die Wehrpflicht ein ganz elementarer Bestandteil.

Wir wollen uns zweitens ganz wesentlich Gedanken über die Ausbildungssituation machen. Wie werden wir internationaler, flexibler, und wie werden wir in der deutschen Gesellschaft besser auf die Zukunftschancen vorbereitet?

Meine Damen und Herren, wenn wir über Zukunft und Veränderungen reden, bitte ich, diejenigen zu stärken, die die Jüngeren im Vorstand sind, und deswegen bitte ich um Ihr Vertrauen.

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Frau Fischer, bitte. Dann folgt Dr. Michel Friedman und dann Dr. Heiner Geißler.

**Marion Fischer:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Name ist Marion Fischer. Ich komme aus Sachsen-Anhalt. Ich bin 1951 in Merseburg geboren und lebe dort seit 45 Jahren. Ich bin praktizierende Unternehmerin. Ich habe und führe ein Unternehmen im Bereich Anlagenbau, Lüftungs- und Klimatechnik. Ich bin seit 22 Jahren verheiratet und habe einen erwachsenen Sohn. Meinen Mann und mich verbindet große Liebe - wie sollte es anders sein -, aber seit fünf Jahren auch die Verbindlichkeiten. Meine Verbindlichkeiten stecken in 100 Arbeitsplätzen, die meines Mannes in 150 Arbeitsplätzen. Ich denke, daß ich die Frau fürs Praktische sein könnte in diesem Bundesvorstand.

Ich weiß, was es bedeutet, als Unternehmerin Klinken zu putzen. Ich weiß, was es heißt, um Zustimmung zu werben. Lassen Sie mich heute in diesem Rahmen Klinken putzen und um Ihre Zustimmung werben. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Friedman, dann Dr. Heiner Geißler und Otti Geschka.

**Dr. Michel Friedman:** Mein Name ist Michel Friedman. Meine Eltern kommen aus Polen, aus Krakau. Ich bin in Frankreich, in Paris, geboren. Ich habe mich mit 18 Jahren entschieden, Deutscher zu werden.

Ich bin glücklich, in einem freien Land zu leben, mich frei politisch betätigen zu können und in dieser Partei engagiert zu sein.

(Beifall)

Lust auf Freiheit, keine Bürde, sondern ein Privileg. Lust auf Vielfalt und Pluralismus. Lust an Kreativität und Innovation. Freiheit gestalten zu dürfen, in dem man Freiräume zuläßt.

Liebe Freunde, das ist die Zukunft. Reformieren, weiter denken und weiter arbeiten, welch ein Vergnügen für Menschen. In der CDU und mit der CDU dies gestalten zu dürfen, haben Sie mir zwei Jahre lang vor zwei Jahren geschenkt. Bitte geben Sie mir weitere zwei Jahre, für Deutschland und die CDU zu arbeiten. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Heiner Geißler** (mit Beifall begrüßt): Ich bin Heiner Geißler. Ich bin verheiratet und habe drei Kinder. Ich war zwölf Jahre Generalsekretär der CDU.

(Beifall)

Ich bin Erfinder der Lagertheorie, die sich jetzt durchgesetzt hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich war Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit und freue mich natürlich, daß am heutigen Tage der Essener Parteitag in einem ganz wichtigen Punkt meiner Arbeit als damaliger Generalsekretär einen krönenden Abschluß gefunden hat. Ich freue mich darüber.

Ich will - das ist ja besonders wichtig; gerade, wenn wir an der Regierung sind und die CDU als größte Partei Mitglied einer Koalitionsregierung ist - so wie bisher auch im Bundesvorstand dafür eintreten, daß wir das unverfälschte Profil der Christlich Demokratischen Union auch in einer Koalition immer bewahren können, um unterscheidbar zu bleiben gegenüber anderen Parteien.

Ich möchte Sie um Hilfe und um Unterstützung bitten gegenüber denjenigen außerhalb unserer Partei. Neoliberale oder Turbokapitalisten - wie immer man sie nennen mag -: Wir müssen eine moderne Partei bleiben, das ist gar keine Frage, aber auch gegenüber denjenigen, die glauben, man könne in der Zukunft in Kauf nehmen, daß Millionen von Menschen ohne Arbeit und ohne soziale Sicherung sind, ohne dafür einen politischen Preis bezahlen zu müssen.

Es gibt keine überflüssigen Bürger in einer Demokratie. Auch die Verlierer haben eine Stimme, und sie werden sie nutzen. Deswegen müssen wir Volkspartei bleiben. Wir brauchen gegenüber der Globalisierung der Märkte eine Antwort einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft, und wir als größte Partei, als Volkspartei auf dem Fundament des christlichen Menschenbildes, tragen dafür eine besondere Verantwortung.

(Beifall)

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Frau Otti Geschka, bitte. Dann folgt Frau Anne-Karin Glase und Frau Dr. Hellwig.

**Otti Geschka**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Otti Geschka. Ich bin verheiratet, habe zwei erwachsene Kinder, zwei Schwiegerkinder und zwei Enkelkinder und bin seit drei Jahren Oberbürgermeisterin in Rüsselsheim. Das ist jetzt gerade die Hälfte meiner ersten Amtszeit.

(Beifall)

Ich arbeite in Rüsselsheim mit einem Magistrat, der im hauptamtlichen Teil aus Mitgliedern vier verschiedener Parteien besteht, also im wahrsten Sinne einem Allparteienmagistrat. Mit meiner ausschlaggebenden Stimme habe ich oft eine ganz knappe Mehrheit. Nicht so ist dies in der Stadtverordnetenversammlung. Dort haben wir sieben Fraktionen und keine Mehrheit. Ich muß von Mal zu Mal um Entscheidungen von Mehrheiten werben. Da wir aber für unsere Politik gute Argumente haben, gelingt das auch des öfteren.

Die Stadt ist außerdem in der Nachkriegszeit in Jahrzehnten immerwährender absoluter Mehrheiten der SPD unglaublich sozialdemokratisch geprägt. All das macht Mühe und Arbeit, aber auch viel Freude. Ich denke, ich habe eines der schönsten Ämter, das man in der Politik erreichen kann, nämlich die Verantwortung für eine Stadt.

(Beifall)

Danke! - Meine Damen und Herren, am 2. März nächsten Jahres haben wir in Hessen Kommunalwahlen. Da wir in den letzten Jahren in sehr vielen Rathäusern durch Direktwahlen die Verantwortung bekommen haben, gleichzeitig aber keine Mehrheit in den Stadtverordnetenversammlungen haben, müssen wir, denke ich, alles daran setzen, durch eine Politik mit christlich-demokratischem Profil diese Mehrheiten für uns zu schaffen. Ich denke, dann macht die Arbeit noch mehr Freude.

Wenn die Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger erfahren, daß ich meine Arbeit dort vielleicht nicht nur zu ihrer Zufriedenheit mache, sondern auch die Wertschätzung dieses Parteitages habe, indem Sie mich wie schon vor zwei Jahren in den Bundesvorstand wählen, dann könnte dies sicher bei unserer Arbeit vor Ort hilfreich sein. Gerne würde ich meine kommunalpolitischen Erfahrungen, die ich bei meiner Arbeit mache, in den Bundesvorstand einbringen und natürlich würde ich mich darüber hinaus auch noch ganz besonders freuen. - Danke schön.

(Beifall)

**Pia-Madeleine Garitz**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Otti Geschka. Es spricht jetzt zu uns Frau Anne-Karin Glase. Danach folgen Frau Dr. Renate Hellwig und Herr Dr. Ottfried Hennig.

**Anne-Karin Glase:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren Delegierte! Meinen Namen haben Sie soeben gehört. Ich bin Jahrgang 1954, evangelisch und verheiratet. Ich habe zwei Söhne, die auch schon fast erwachsen sind. Bis 1990 war ich Sozialarbeiterin im medizinischen Bereich, dann Mitglied in der ersten freigewählten Volkskammer und Ausschußvorsitzende.

Von dort aus bin ich nahtlos - damals als sogenannte Beobachterin - in das Europäische Parlament gezogen. 1994 bin ich ordentlich gewählte Abgeordnete im Europäischen Parlament geworden.

Meine Hauptarbeitsfelder sind Soziales, Beschäftigungs- und Entwicklungspolitik. Ich habe Aufgaben auf Bundes- und Landesebene, von denen ich nur einen Bereich konkret benennen will, weil er heute vormittag schon angesprochen worden ist.

Jetzt ist der Herr Bundeskanzler nicht im Saal. Herr Hintze, richten Sie es ihm, bitte schön, aus: Brandenburg ist noch nicht verloren. Es besteht berechnete Hoffnung. Bitte haben Sie Geduld.

Die Familie Glase gehört zu vielen anderen brandenburgischen Familien, die vor dem Karlsruher Verfassungsgericht in Sachen LER klagen.

(Beifall)

Ich möchte im Bundesvorstand unserer Partei gerne anpacken, was anzupacken ist. Wir haben noch viel zu tun. Meine Damen und Herren Delegierte, bitte sprechen Sie mir Ihr Vertrauen aus. Geben Sie mir dafür Ihre Stimme!

(Beifall)

**Pia-Madeleine Garitz**, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Glase. - Jetzt spricht Frau Dr. Renate Hellwig.

**Dr. Renate Hellwig:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin seit 1969 Mitglied und seit 1970 eine sehr engagierte Streiterin in der Partei. Norbert Blüm hat mir gerade gesagt: „Der Ajatollah wählt dich!“ Die Älteren unter Ihnen werden wissen, was das heißt. Wir beide haben in der Familienkommission einmal einen heftigen Strauß ausgefochten über die Frage: Partnerschaft oder Mütterlichkeit? - Im Grunde eine ziemlich unsinnige Alternative. Aber sie hat sehr zum Leben der Partei beigetragen.

Ich bin seit 1980 im Bundestag, zunächst war ich im Finanzausschuß tätig. Dann habe ich den Europausschuß gegründet, weil ich glaube, daß sich der Bundestag mit den europäischen Gesetzen intensiv befassen muß. Es hat zehn Jahre gebraucht, bis ich das durchgesetzt hatte. Eine Abstimmung per Hammelsprung war dazu notwendig.

Ich kämpfe gerne in der Partei. Meine Delegierten haben mir gesagt, ich solle sagen, ich sei der Zeit eigentlich immer ein bißchen voraus. Ich hoffe, daß ich damit Leben in die Partei bringen kann. Ich möchte das gerne weiter tun. Deshalb ist mein Schwerpunkt jetzt die Umweltpolitik.

Im Bundesvorstand melde ich mich gerne zu Wort. Wenn ich, wie neulich, wider Erwarten einmal meine Wortmeldung zurückziehe, dann fragt mich der Bundesvorsitzende, ob ich krank sei. Eines habe ich mit ihm gemein: Ich würde, wenn Sie mir Ihr Vertrauen schenken, gerne weitermachen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Pia-Madeleine Garitz**, Tagungspräsidium: Danke, Frau Dr. Hellwig. - Es spricht jetzt Herr Dr. Otfried Hennig zu uns.

**Dr. Otfried Hennig:** Liebe Parteifreunde! Otfried Hennig, mit „ig“ am Ende; auch andere Schreibweisen auf dem Stimmzettel sind gültig. Ich bin 1937 in Königsberg in Ostpreußen geboren, aufgewachsen in Schleswig-Holstein, dort jetzt im achten Jahr Landesvorsitzender der CDU und einziger Kandidat des Landesverbandes für die Wahlen zum Bundesvorstand. Die 33 000 Mitglieder in Schleswig-Holstein wären Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Kandidaten berücksichtigen würden.

(Beifall)

Mein Wunsch nach einem Berufswechsel vom Oppositionsführer zum Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein ist an ganzen 38 000 Stimmen gescheitert, die wir jetzt noch hinter den Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein zurückliegen. Aber wir haben gemeinsam den Abstand von 21,5 Prozent auf 2 Prozent heruntergekämpft.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, es besteht jetzt die erreichbare Chance, beim nächsten Mal, im Jahre 2000, gemeinsam dafür zu sorgen, daß dieses Land wieder eine christlich-demokratisch geführte Landesregierung bekommt, wie das 38 Jahre lang in Schleswig-Holstein der Fall war. Dazu möchte ich meinen Beitrag leisten. Ich möchte im Bundesvorstand gerne zäh und zielbewußt weiter mitarbeiten und bitte dafür herzlich um Ihr Vertrauen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Pia-Madeleine Garitz**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Hennig, für diese Vorstellung. - Es stellt sich jetzt Frau Christine Lieberknecht vor.

**Christine Lieberknecht:** Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Christine Lieberknecht. Seit dem Erfolg des Briefes aus Weimar vom Herbst 1989 bin ich dabei, seit 1990 als Mitglied der Thüringer Landesregierung und seit 1992 als Mitglied des Bundesvorstandes unserer Partei.

Als Ministerin für Bundesangelegenheiten im Kabinett von Bernhard Vogel ist mir die Verankerung der CDU in den Ländern besonders wichtig. Ich sage dies vor dem Hintergrund der Erfahrungen der verheerenden Blockadepolitik der SPD im Bundesrat. Diese Politik kann für Deutschland kein Dauerzustand sein.

(Beifall)

Deswegen ist es mir wichtig, nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern zu jeder Zeit - bei Veranstaltungen von Landesverbänden, von Vereinigungen unserer Partei, von Orts- und Kreisverbänden - Flagge zu zeigen und Freunde zu unterstützen. Dabei gibt es viel zu berichten, aus den neuen Ländern, vom Aufbau, von der inneren Einheit und vom entschiedenen Kampf gegen die PDS in den jungen Ländern, aber auch über die gemeinsamen Zukunftsaufgaben.

Dies alles habe ich bisher mit großer Freude getan. Ich möchte dies gern weiter tun und bitte dazu um Ihr Vertrauen, um Ihre Stimme als Rückenwind für die Tätigkeit im Bundesvorstand.  
- Vielen Dank.

(Beifall)

**Pia-Madeleine Garitz**, Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Lieberknecht. Es spricht jetzt Herr Dr. Helmut Linssen zu uns.

**Dr. Helmut Linssen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Helmut Linssen, 54 Jahre alt, von Hause aus mittelständischer Unternehmer, Oppositionsführer im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Liebe Freunde, wir sind als nordrhein-westfälische Landtagsfraktion dabei, das rot-grüne Modellprojekt für Bonn schon im Vorfeld zu demontieren.

(Beifall)

Ich denke mir, daß unsere Arbeit ein wenig mitgeholfen hat, daß unsere Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein am 24. März so erfolgreich waren.

Wir dürfen und wir werden nicht zulassen, daß Deutschland, wie derzeit Nordrhein-Westfalen, zur Beute rot-grüner Machtstrategien wird. Dafür arbeite ich im Bundesvorstand, und dafür bitte ich erneut um Ihr Vertrauen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Pia-Madeleine Garitz**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen. - Es spricht jetzt Frau Dr. Gisela Meister-Scheufelen zu uns.

**Dr. Gisela Meister-Scheufelen:** Liebe Parteifreunde! Mein Name ist Meister-Scheufelen. Ich bin 40 Jahre alt, verheiratet, ein Kind. Ich kandidiere für den Bundesvorstand, weil ich die Interessen der mittelständischen Wirtschaft einbringen möchte. Als ehemalige Bürgermeisterin von Ludwigsburg, zuletzt als Präsidentin des Landesgewerbeamtes, einer baden-württembergischen Mittelstandsbehörde, und jetzt als direkt gewähltes Mitglied des baden-württem-

bergischen Landtages weiß ich: Ein Handwerksbetrieb verlagert keine Arbeitsplätze ins Ausland. Mittelständische Betriebe zahlen sogar Steuern in diesem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Wem verdanken wir, daß wir in Deutschland immer wieder eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen haben? Wer ist am ehesten imstande, diesen umfassenden Strukturwandel zu bewältigen? Nicht die Großen fressen die Kleinen, sondern die Schnellen die Langsamten. Unsere mittelständischen Schiffe sind schneller als die meisten industriellen Großdampfer.

Aber wir dürfen die mittelständischen Betriebe nicht mit zuviel Ballast beladen. Ludwig Erhard hat die Soziale Marktwirtschaft auf dem Prinzip des fairen Wettbewerbs aufgebaut. Der ist aber nicht mehr fair, liebe Parteifreunde, wenn sich unsere Betriebe dem Wettbewerb globalisierter Märkte stellen müssen und im internationalen Vergleich mit mehr Vorschriften, mehr Bürokratie, zuviel Staat, deutlich mehr Steuern, Abgaben und Lohnzusatzkosten - das heißt, wie der Bundeskanzler sagte, mit der deutschen Krankheit - belastet sind. - Hier muß Mittelstandspolitik ansetzen.

Wir erleben aber nicht nur einen wirtschaftlichen Strukturwandel, sondern auch einen gesellschaftlichen. Wir müssen die Schwächen des Individualismus beseitigen. Die größte Schwäche ist der Egoismus. Ich bin überzeugt, daß die Christlich Demokratische Union als Wertepartei diese gesellschaftspolitische Herausforderung meistern kann. Die CDU schöpft dabei ihre Kraft sowohl aus Fachvereinigungen wie der Mittelstandsvereinigung als auch einer aktiven Frauen-Union. Ich bin stolz darauf, beiden Fachvereinigungen anzugehören.

Lassen Sie mich abschließend zur Überwindung des Egoismus Manfred Rommel zitieren: „Ach, die Welt ist ungerecht, dir geht's gut und mir geht's schlecht; wär' die Welt etwas gerechter, ging's mir besser und dir schlechter.“

Liebe Parteifreunde, im Schwabenland sagt man: Ich würd mich saumäßig freuen, wenn Sie mich wählen würden.

(Beifall)

**Pia-Madeleine Garltz**, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns ganz herzlich bei Frau Dr. Gisela Meister-Scheufelen. - Jetzt spricht zu uns Frau Maria Michalk.

**Maria Michalk**: Frau Präsidentin! Verehrte Delegierte! Verehrte Damen und Herren! Mein Name ist Maria Michalk. Mein Mann und unsere drei Kinder leben schon immer in der wunderschönen Oberlausitz in Sachsen.

Ich bin jetzt seit mehr als vier Jahren Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Bautzen. Wenn Sie Bautzen hören, werden Sie sich vielleicht nicht erinnern können, daß wir bei allen Wahlen in den letzten sechs Jahren die höchsten Wahlergebnisse erzielen konnten. Darauf sind wir stolz.

(Beifall)

Nein, Sie werden sich vielleicht eher an die Mauern erinnern, die Bautzen in nicht rühmlicher Weise prägen, die Mauern, hinter die Leute gesteckt wurden, die ihre Sehnsucht nach Freiheit

nicht für sich behalten konnten, die bei einem Glas Bier einfach einen politischen Witz gerissen und Bautzen dann von innen gesehen haben. Welche Witze waren das? Ich möchte einen in Erinnerung rufen: Der eine fragt den anderen, wer ist deine Mutter. Er sagt, die DDR. Und wer ist dein Vater? Der Sozialismus. Und was ist dein größter Wunsch? Daß ich so schnell wie möglich Vollwaise werde. - Dieser Wunsch, dieser Traum ist seit sechs Jahren wahr.

Ich hatte das Glück, in der letzten Volkskammer und dann im 12. Deutschen Bundestag als stellvertretende Fraktionsvorsitzende an der Aufarbeitung und am Aufbau unseres Landes mitzuwirken. Heute leite ich ein Unternehmen mit 150 Arbeitsplätzen und sichere damit auch die Zukunft der Familien meiner Mitarbeiter. Wenn Sie wollen, daß ich die Sicht auf die Dinge aus dieser Perspektive in den Bundesvorstand einbringe, dann bin ich dazu bereit. - Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diese Vorstellung an Frau Maria Michalk. - Jetzt spricht zu uns Frau Rita Pawelski.

**Rita Pawelski**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin Rita Pawalski und komme aus Hannover.

(Vereinzelt Beifall)

In diesem Jahr bin ich 25 Jahre Mitglied der CDU. Ich sage Ihnen: Ich habe nicht eines dieser Jahre bereut. Die CDU ist eine tolle Partei, und es macht Spaß, für sie und mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

Ich bin 47 Jahre alt, verheiratet, habe zwei Töchter, 19 und 21 Jahre alt. Es sind tolle Mädchen, die mir in meinem Wahlkampf sehr geholfen haben. Wenn ich die beiden und ihre Freundinnen und Bekannten beobachte, dann kann ich sagen: Wir sind mit unserer Frauenpolitik auf dem richtigen Weg.

Meine Damen und Herren, über meine Arbeit im niedersächsischen Landtag - ich bin stellvertretende Fraktionsvorsitzende - habe ich ein Motto gestellt: Geht nicht gibt's nicht! Dieser Spruch begleitet mein Leben seit vielen Jahren. Das bedeutet, daß ich kämpfen kann und so schnell nicht aufgebe. Und das ist wichtig für eine Politikerin.

Ich möchte weiter kämpfen für die CDU. Ich möchte nicht aufgeben, auch wenn es um Hannover geht und unsere CDU. Ich möchte im Bundesvorstand für unsere Partei mitarbeiten. - Ich sage Ihnen aber auch, daß ich kritisch bin und nicht alles, was mir vorgelegt wird, abnicke.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage Ihnen auch vor der Wahl, daß mir einiges in der letzten Zeit nicht gut gefällt und meine Arbeit im Wahlkampf auch sehr erschwert hat. Es muß nicht unbedingt jeden Tag ein neues Sparschwein durchs Dorf getrieben werden.

(Beifall)

Wir müssen sparen. Das wissen wir alle, und die Menschen sind bereit dazu. Aber sie brauchen eine klare Aussage, und nicht jeder, der eine Idee hat, sollte sie per Presse bekanntgeben.

(Beifall)

Ich bitte Sie sehr herzlich um Ihre Zustimmung, wenn Sie eine kritische, aber kämpferische Frau im Bundesvorstand haben möchten. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Pawelski. - Jetzt stellt sich Frau Quisthoudt-Rowohl vor.

**Dr. Godelleve Quisthoudt-Rowohl:** Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und liebe Freunde! Wie mein Name es sagt und wie mein Akzent es Ihnen verrät, bin ich in Belgien geboren. Ich bin dort auch aufgewachsen. Ich bin 1972 nach Göttingen mit einem Stipendium gekommen, um mein Studium zu beenden. Es sollte für zwölf Monate reichen, und aus zwölf Monaten sind 24 Jahre geworden, genau: 24 Jahre Niedersachsen. Ich habe nämlich am Ende des Studiums einen Niedersachsen geheiratet und wohne seitdem in Hildesheim. - Das war eine gute Entscheidung, höre ich hier sagen. Das stimmt; ich habe es auch nie bereut.

Wir sind Eltern von vier Kindern. Wir haben zuerst einen Sohn bekommen, den Ältesten, und nachher, damit es schneller vorangeht, haben wir Drillinge bekommen,

(Heiterkeit)

zwei Jungen und ein Mädchen. Zwei Söhne sind zur Zeit bei der Bundeswehr, die beiden anderen Kinder sind in der Ausbildung.

Ich möchte erneut für den Bundesvorstand kandidieren, weil ich die Erfahrungen, die ich gemacht habe in meinem Beruf - ich bin Chemikerin und komme aus der Forschung; ich war lange Zeit an der Universität tätig -, die ich in der Familie tagtäglich im Kontakt mit meinem Mann, mit meinen Kindern und deren Freunde mache, aber auch die Erfahrungen, die ich mit meinem Mandat gemacht habe, in die Parteiarbeit einbringen möchte.

Ich bin Mitglied im Europaparlament. Es ist heute sehr viel über Europa und europäische Einigung gesprochen worden. Ich halte es für sehr wichtig, daß auch Europaabgeordnete bereit sind, sich in der Parteiarbeit zu engagieren.

Vor zwei Jahren haben Sie mir sehr eindrucksvoll Ihr Vertrauen bewiesen. Dafür möchte ich mich jetzt bedanken. Ich möchte erneut um Ihr Vertrauen werben. Bitte wählen Sie mich. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Quisthoudt-Rowohl. - Jetzt stellt sich Andreas Renner vor.

**Andreas Renner:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Name ist Andreas Renner. Ich bin 37 Jahre alt, gehöre der CDU seit 17 Jahren an, bin seit sieben Jahren Mitglied des Landesvorstandes der CDU Baden-Württemberg und gehöre dem Bundesvorstand seit vier Jahren an.

Da ich in Baden-Württemberg das Glück hatte, die Direktwahl zu haben, bin ich vor drei Jahren in einer Gemeinde im Süden Baden-Württembergs ursprünglich gegen den SPD-Amtsinhaber angetreten, der dann seine Kandidatur zurückzog. Mir ist es dann gelungen, nach 24 Jahren SPD-Herrschaft in Singen mit 61,5 Prozent im ersten Wahlgang Oberbürgermeister zu werden.

(Beifall)

Ich kandidiere deshalb auch für die Kommunalpolitik; denn ich denke, es ist wichtig und gut, daß wir im Bundesvorstand über alle Ebenen hinweg vertreten sind, daß wir den Dialog miteinander führen. Ich halte wenig davon, auf dem Rathaus über die Landes- und Bundespolitik zu schimpfen und nichts daran zu ändern. Wir sollten zusammenarbeiten und die Probleme, die alle Ebenen gemeinsam und alleine haben, miteinander und nicht gegeneinander lösen.

Wenn Sie der Meinung sind, daß es wichtig ist, daß auch junge Kommunalpolitiker - ich bin immer noch einer der jüngsten Oberbürgermeister im Lande - im Bundesvorstand vertreten sein sollten, dann bitte ich erneut um Ihre Stimme. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andreas Renner. - Jetzt Hans-Peter Repnik.

**Hans-Peter Repnik**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Töchter. Ich bin Vorsitzender des Bezirksverbandes der CDU Südbaden. Ich bin stellvertretender Fraktionsvorsitzender in Bonn und bin dort für die Bereiche Finanzen, Steuern und Haushalt sowie Wirtschaft zuständig.

Meine lieben Parteifreunde, wir befinden uns mittendrin in gewaltigen Strukturveränderungen, die nicht immer leicht sind, uns auch nicht immer leichtfallen, die aber notwendig sind, wenn wir den Standort Deutschland international in die Zukunft hineinführen wollen, die auch notwendig sind, wenn wir die Arbeitslosigkeit abbauen wollen.

Ein zentraler Punkt in diesem Zusammenhang sind die Steuern. Wir haben unter Federführung von Wolfgang Schäuble ein Konzept erarbeitet, das morgen dem Parteitag vorgestellt und hier beraten wird. Es ist ein Papier, ein Konzept, das auf schwierige Fragen Antworten geben soll, das unser Steuersystem international konkurrenzfähiger machen soll, es leistungsgerechter, einfacher und sozial gerechter machen soll. Es soll langfristig wirken und verlässlich sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Konzept muß im nächsten Jahr in ein ganz konkretes Gesetz umgesetzt werden. Ich habe bei der Erarbeitung dieses Konzeptes mitgewirkt. Ich würde auch gerne mitwirken bei der Umsetzung in ein Gesetz.

Ich bin ganz sicher, daß dies nicht nur für den Standort Deutschland wichtig wäre, sondern auch für die nächste Bundestagswahl. Dafür nicht nur in der Bundestagsfraktion, sondern auch im Bundesvorstand mit Verantwortung tragen zu dürfen, dies wäre mein Wunsch. Dazu bräuchte ich Ihre Stimme, um die ich herzlich werben möchte. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Repnik. - Herbert Reul, bitte.

**Herbert Reul:** Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Erstens bin ich 44 Jahre alt und verheiratet. Meine Frau und ich haben drei Töchter. Ich kann sie allerdings, Herr Töpfer, zur Zusammenführung im Präsidium noch nicht anmelden; sie sind noch zu jung.

Zweitens. In der Bildungspolitik hat die CDU, glaube ich, die Chance, noch stärker Profil zu zeigen. Auch das hat etwas mit meinen Töchtern zu tun. Ich möchte nicht nur, daß man sich in der Schule wohlfühlt, sondern ich möchte auch, daß man dort etwas lernt.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb, glaube ich, muß man die Auseinandersetzung um die Frage führen, ob es ausreicht, in der Schule für eine schöne Atmosphäre zu sorgen oder ob wir ja sagen zur Leistungsschule und damit nein sagen zur Abschaffung von Noten, wie das in linken Regierungen überall propagiert wird.

Das heißt schließlich und endlich: Schule darf nicht zum Phantasieland zwischen Ferien werden. Vielmehr muß Schule eine Leistungsschule für die Zukunft sein.

Drittens. Ich bin Generalsekretär in Nordrhein-Westfalen, einem schönen Bundesland - leider nur mit der falschen Regierung. Da hat sich etwas verändert: Wir haben keine absolute Mehrheit der SPD mehr, sondern Rot-Grün. Das ist inhaltlich noch schlimmer als vorher. Aber es ist etwas in Bewegung gekommen. Wir bemühen uns darum, wir strengen uns an, wir kämpfen, um diese Mehrheiten noch weiter zu verändern und um nach den nächsten Landtagswahlen eine CDU-geführte Regierung zu haben.

Wir brauchen dafür Ihre Unterstützung, und auch ich brauche Ihre Unterstützung. Ich bitte deshalb um Ihre Stimme bei der jetzigen Wahl. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Herbert Reul. - Birgit Schnieber-Jastram, bitte.

**Birgit Schnieber-Jastram:** Meine Damen und Herren! Ich bin verheiratet und habe ebenfalls zwei Kinder. Die größte Freude habe ich an ihnen - um hier ein bißchen Abwechslung hineinzubringen -, wenn ich am Freitag nach einer Bundestagswoche nach Hause komme und eigentlich aus ihrem Munde höre, was das Volk und was die Menschen denken. Soviel Zoff wie freitags nach einer Bundestagswoche habe ich in den jüngsten Tagen wenig erlebt.

Ich möchte für den Bundesvorstand kandidieren, weil ich finde, daß ein sozialpolitisches Element diesem Vorstand durchaus guttut. Ich bin seit zwei Jahren im Bundestag und arbeite dort auf dem Sektor Sozialpolitik. Ich glaube, wir tun gut daran, gemeinsam darüber nachzudenken, wie wir den Sozialstaat modernisieren können. Aber wir müssen auch darüber nachdenken, daß es wirklich Schwache gibt, die unsere Hilfe nach wie vor brauchen.

Um dieses deutlich zu machen, möchte ich hier kandidieren und um Ihre Unterstützung bitten. Dafür danke ich.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schnieber-Jastram. - Professor Dr. Rupert Scholz.

**Prof. Dr. Rupert Scholz:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin 59 Jahre alt. Ich bin zur Zeit einer der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einer von Wolfgang Schäubles Vertretern.

Mein Aufgaben- und Arbeitsfeld ist die Rechts- und die Innenpolitik, die - Manfred Kanther hat es vorhin schon erwähnt - nicht so im Vordergrund der aktuellen, der ganz brennenden Probleme dieser Tage steht, die aber dennoch ihren entscheidenden Stellenwert besitzt, nicht zuletzt deshalb, weil unsere Partei die einzige Partei im Lande ist, die wirklich für Rechtssicherheit und wirklich für das steht, was einen funktionierenden Rechtsstaat ausmacht.

Im Zusammenhang mit dieser Aufgabenstellung leite ich zur Zeit den von der Bundesregierung eingesetzten Sachverständigenrat, der sich so schön und griffig „Schlanker Staat“ nennt. Meine Damen und Herren, unser Staat, unser Gemeinwesen ist wirklich an Kapazitätsgrenzen gelangt; unsere Beratungen morgen werden das sehr deutlich machen.

In diesem Zusammenhang muß man auch strukturell fragen: Wo sind wir imstande, ja, wo müssen wir den Mut haben, ja zu sagen zu weniger Staat, zu mehr gesellschaftlicher Eigenverantwortung. Denn den Weg, den dieses Gemeinwesen über Jahrzehnte gegangen ist, können wir in dieser Weise nicht mehr aufrechterhalten. Deshalb freue ich mich, letztendlich doch in einer Frage und einer Problematik mit befaßt zu sein, die momentan allerhöchste Aktualität genießt.

Ich bin früher Justiz- und Bundessenator in Berlin gewesen. Ich war kurze Zeit Bundesverteidigungsminister.

Ich will zum Schluß nicht verhehlen, daß ich auch ein Manko habe. Mein Manko besteht darin, daß ich keine Kinder habe und ich mich deshalb an den Perspektivplanungen, die von Rudi Seiters bis zu Klaus Töpfer reichen, leider nicht beteiligen kann. Wenn Sie mir trotzdem Ihr Vertrauen geben, würde ich mich sehr freuen. - Danke.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Professor Scholz. - Jetzt kommt Dr. Schwarz-Schilling, bitte.

**Dr. Christian Schwarz-Schilling:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freundel! Ich komme aus Hessen, bin verheiratet und habe zwei Töchter und vier Enkel; das macht zusammen sechs - der Dreigenerationenvertrag, lieber Norbert Blüm, stimmt.

Ich bin sehr froh, daß in diesen Wochen die Telekom an die Börse geht. Ich habe das bereits zu einem Zeitpunkt verfochten, als mir noch kaum einer recht gegeben hat, nämlich vor sechs Jahren. Sie können sich denken, daß ich mich sehr freue, daß diese Weichenstellung Früchte getragen hat, daß wir die Verkabelung vorangetrieben haben, daß wir - ich sehe hier die vielen Handies - den Mobilfunk auf den Weg gebracht haben, daß wir ISDN, daß wir Glasfaser, daß wir die Satelliten gemacht haben. Die Telekommunikationsbranche boomt, und es freut

einen, meine lieben Freunde, wenn man daran zehn Jahre lang als Postminister der Bundesrepublik Deutschland mitwirken konnte.

(Beifall)

Übrigens, ein guter Tip: Machen Sie mit bei der Telekom-Aktie.

(Heiterkeit)

Es war für mich eines der schönsten Ereignisse, daß ich als Minister für Post und Telekommunikation an der Wiedervereinigung Deutschlands an vorderster Stelle mitwirken konnte. Die Verbindung der Kommunikation zwischen den beiden Teilen Deutschlands und der Aufbau eines der modernsten Fernmeldenetze in den fünf neuen Bundesländern werden in der Zukunft gerade für die neuen Bundesländer sehr positive Auswirkungen haben.

(Beifall)

Ich selber bin auch ein kleiner Unternehmer; ich bin immer im Mittelstand tätig gewesen. Ich sehe bei meiner kleinen Firma mit neun Angestellten, die ich 1993 gegründet habe, die Probleme vor Ort. Man muß selber überall mithelfen und kann so erkennen, wo es die größten Probleme gibt. Auch das ist ein wichtiger Punkt für mich im Bundesvorstand.

Aber lassen Sie mich jetzt zu einem weiteren Punkt kommen. Ab 1993 habe ich mich vorwiegend um die Ereignisse auf dem Balkan in Bosnien-Herzegowina gekümmert. Ich habe es für ausgeschlossen gehalten, daß in dieser Zeit, heute vor drei Jahren, Konzentrationslager wieder in Gang gesetzt werden - in Europa unter dem Zuschauen Europas und Amerikas. Das war für mich unerträglich.

(Beifall)

So habe ich mich dieser Frage intensivst gewidmet. Ich bin seit einem Jahr internationaler Streitschlichter in Bosnien-Herzegowina, fahre dort fast alle vier Wochen für eine Woche/zehn Tage hin, gehe dort zu den Kommunen, Sorge dafür, daß die Parlamente in Gang kommen, daß der Boykott aufhört, daß die Leute an einen Tisch kommen: eine unendlich schwierige Arbeit.

Meine Damen und Herren, als Vorsitzender des Unterausschusses „Menschenrechte und humanitäre Hilfe“ habe ich eines gelernt: Wirtschaft ist das eine, aber Menschenrechte und christliches Weltbild und christliches Menschenbild, wenn sie nicht zum Hause Europas als erste Voraussetzung dazukommen, ist alles andere vergebens. Wir müssen für die Rechte kämpfen, auch wenn es einmal eine große Nation betrifft, unbeugsam, denn nur das kann uns im 21. Jahrhundert den Frieden erhalten. - Ich bitte Sie um Unterstützung, daß ich weiterhin für diese Ideale im Bundesvorstand der CDU kämpfen kann. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dr. Schwarz-Schilling. - Alexander Graf von Schwerin, danach Dr. Berndt Seite, danach Arnold Vaatz.

**Alexander Graf von Schwerin:** Liebe Freundinnen! Liebe Freunde! Wie mein Name schon erahnen läßt, bin ich natürlich Mitglied der Arbeitnehmerschaft in unserer Partei.

(Heiterkeit)

Ich komme aus dem Ruhrgebiet, aus Duisburg, bin dort beschäftigt in einem Energie- und Verkehrskonzern. Darüber hinaus bin ich seit zwei Jahren für die Fachthemen Energie und Verkehr, aber auch Telekommunikation Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Union.

Ich habe vor zwei Jahren gesagt, daß ich in dieser Partei nur wenige kenne, die mehr Gewicht haben. Dem habe ich abgeschworen, wie Sie sehen. Abgespeckt, flexibel, leistungsstark stehe ich hier, biete mich dem Kollegen Kanther an als Beispiel in der ÖTV - er kann mich gerne herurreichen - für den schlanken Staat.

(Heiterkeit)

Wenn Sie glauben, daß mit mir Staat zu machen ist, dann wählen Sie mich. Ich würde gerne im Bundesvorstand weiter mitarbeiten. - Danke schön.

(Beifall)

**Elke Wülfing,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Graf von Schwerin. - Dr. Berndt Seite bitte, danach Arnold Vaatz, danach Dr. Bernd Vogel.

**Dr. Berndt Seite:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Berndt Seite, 56 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Ich bin seit 1990 in der CDU, seit 1992 Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Unser Land geht einen schwierigen Weg. Es ist das strukturschwächste neue Bundesland, historisch bedingt. Aber Dank der Unterstützung der alten Bundesländer und des Bundes ist der Aufschwung in Mecklenburg-Vorpommern greifbar. Schauen Sie sich das an in diesem schönen Land, wie der Aufschwung funktioniert.

Wenn Sie mich fragen: „Was ist das Schönste in den letzten sechs Jahren gewesen?“, dann sage ich immer wieder, es sind die Menschen, die so beherzt dieses neue Leben unter Schwierigkeiten angepackt haben. Es ist eine Freude, wie sie ihr Leben gestalten - bei allen Schwierigkeiten.

Damit es so bleibt und die Union die entsprechende Unterstützung in Mecklenburg-Vorpommern bekommt, bitte ich um Ihre Stimme, damit Mecklenburg-Vorpommern nicht zum Spielball einer neuen Volksfront wird.

(Beifall)

**Elke Wülfing,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dr. Seite. - Arnold Vaatz, bitte, danach Dr. Bernd Vogel, danach Matthias Wissmann.

**Arnold Vaatz:** Liebe Freunde! Mein Name ist Arnold Vaatz. Ich bin 41 Jahre alt, von meiner Ausbildung her Mathematiker. Ich komme aus der damaligen DDR-Bürgerbewegung, konkret aus

der Gruppe der 20 in Dresden, die damals im Herbst 1989 ein bißchen mit dafür gesorgt hat, daß die Demonstrationen einerseits erfolgreich verlaufen und andererseits nichts passiert.

(Beifall)

Ich habe mich zeitig in die CDU begeben - im Februar 1990 bin ich beigetreten -, habe dafür gesorgt, daß noch etliche Freunde aus den gleichen Kreisen hinzukommen. Ich bin dann später tätig gewesen als Chef der Staatskanzlei in Sachsen. Jetzt bin ich seit etwa fünf Jahren Umweltminister in Sachsen, versuche mich also um die sächsische Umwelt verdient zu machen.

Der Grund, weshalb ich mich heute zur Wahl stelle ist der, ich möchte gerne dafür eintreten, daß die unsägliche DDR-Nostalgie in Ostdeutschland endlich ein verdientes Ende findet.

(Beifall)

Ich weiß, daß in diesem Saal fast jeder genauso denkt. Die Realität ist aber, daß sich diese Tendenzen eher noch verstärken, als daß sie sich abschwächen. Deshalb ist erhebliche Gedankenarbeit angesagt, wie man diesem Phänomen, was die innere Einheit im Kern gefährdet, begegnen kann.

Im übrigen möchte ich mich dafür einsetzen - das habe ich als Umweltminister gelernt -, daß wir unsere künftigen politischen Arbeiten in Deutschland auf der Basis eines korrekten Risikobewußtseins anpacken. Wir können es uns in Zukunft nicht mehr leisten, minimale Risiken zu Elefantengröße aufzublasen und über die wirklichen Risiken, die unser Land bedrohen, zu schweigen.

(Beifall)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, wenn Sie am Ende des Alphabets noch ein Kreuzlein übrig haben sollten, bitte ich ganz herzlich darum: Schenken Sie mir Ihr Vertrauen.  
- Vielen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Arnold Vaatz. - Dr. Bernhard Vogel, danach Matthias Wissmann, danach Professor Dr. Otto Wulff.

**Dr. Bernhard Vogel:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Mein Name ist Bernhard Vogel, vor 63 Jahren hier in Niedersachsen in Göttingen geboren, in Hessen in Gießen aufgewachsen, in Bayern Abitur gemacht, in Baden-Württemberg in Heidelberg in die CDU eingetreten, 23 Jahre in Mainz und jetzt glücklich darüber, in der Mitte Deutschlands sein zu dürfen, in Thüringen.

(Beifall)

Seit fast fünf Jahren bin ich Ministerpräsident und seit fast vier Jahren Landesvorsitzender und immer noch fasziniert von der Aufgabe, daß Deutschland wieder eins ist und daß wir zusammenwachsen.

Ich mache seit zwei Jahren zum erstenmal die Erfahrung mit einer Großen Koalition. Es muß sein, weil es keinen anderen demokratischen Weg gibt. Ich lebe noch, aber meine Thüringer Freunde, die Thüringer CDU und ich möchten das gerne 1999 beenden.

(Beifall)

Dazu brauchen wir Hilfe, und die Unterstützung besteht beispielsweise auch darin, daß Sie mir helfen, weiter im Bundesvorstand der CDU für Thüringen tätig sein zu dürfen. - Danke schön.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Dr. Vogel. - Matthias Wissmann, bitte, danach Professor Dr. Otto Wulff, danach Cornelia Yzer.

**Matthias Wissmann**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin Matthias Wissmann, 47 Jahre alt, seit 1993 Bundesminister für Verkehr. Ich glaube, daß wir die einzige große Volkspartei sind, die eindeutig für eine moderne Verkehrspolitik steht. Moderne Verkehrspolitik heißt für mich auch, den notwendigen Verkehrswegebau für Schiene und Straße nach sorgfältiger Abwägung, auch Umweltverträglichkeitsprüfung, gegen Widerstände durchzusetzen, denn nur dann können wir die Arbeitsplätze schaffen, die wir in den neuen und alten Bundesländern brauchen.

Ein zweiter kurzer Gedanke: Moderner Verkehrspolitik kann man nur eine Gasse bahnen, wenn man vorurteilsfrei für neue Technologien steht. Deswegen ist für mich der Transrapid eine Nagelprobe für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes:

(Vereinzelt Beifall)

Schaffen wir es, erprobte Technologien auch gegen Widerstände zum Erfolg zu führen? Solche Ideen brauchen wir in der ganzen CDU und in unserer ganzen Gesellschaft.

(Beifall)

Ich bitte Sie herzlich um Ihr Vertrauen für die Möglichkeit weiterer Mitarbeit im Bundesvorstand der CDU.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Matthias Wissmann. - Professor Dr. Otto Wulff, danach Cornelia Yzer.

**Prof. Dr. Otto Wulff**: Guten Abend, meine Damen und Herren. Hier ist gewissermaßen ein älteres Semester der Partei, das sich Ihnen gerne aktiv vorstellen möchte. Ich bin 63 Jahre alt, bin 44 Jahre Mitglied der CDU und habe der Partei über viele Jahre hinweg in der Gemeinde, im Land und auch im Bund gedient. Ich bin von der Senioren-Union vorgeschlagen worden, einer Gruppe, die, wie ich meine, für unsere Partei mehr und mehr wichtig wird.

(Vereinzelt Beifall)

Die älteren Menschen in unserem Lande, meine liebe Freundinnen und Freunde, sind unsere treuesten Wähler.

(Vereinzelt Beifall)

Die Älteren in unserer Partei sind außerordentlich hilfsbereite Mitglieder, die uns vor Ort helfen. Sie gilt es zu unterstützen.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, wenn man die Senioren-Union will, dann muß man uns auch fordern, Verantwortung zu übernehmen, und uns Pflichten geben. Ich kann nur sagen: Wenn Sie es draußen im Lande mit älteren Menschen zu tun haben, die mitmachen wollen und die wir weiter zu uns holen wollen, dann werden Sie feststellen, daß hier große Phantasie, Einsatzbereitschaft, Lebens- und Berufserfahrung und sehr viel Mut vorhanden ist, unserer Partei zu dienen.

Meine Aufgabe sehe ich darin, diese Älteren mehr und mehr an uns zu binden, Ihnen die Möglichkeit, die Chance und die Gewißheit zu geben, daß sie in unserer Partei heimisch sind, daß die CDU ihre Partei ist und daß sie gefordert sind, gemeinsam mit den jungen Menschen, mit uns in der CDU Politik zu machen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, geben Sie mir eine Chance, diese Aufgabe zu verwirklichen. Ich verspreche Ihnen: Ich werde mir alle Mühe geben und hoffe, Sie nicht zu enttäuschen. - Danke schön.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Otto Wulff. - Cornelia Yzer, bitte.

**Cornelia Yzer**: Meine Damen und Herren, wie gewohnt in aller Kürze: Cornelia Yzer, 35 Jahre alt, von Beruf Rechtsanwältin, seit 1990 direkt gewählte Bundestagsabgeordnete, inzwischen Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie - alles Zukunftsfelder, die ich auch künftig im Bundesvorstand mit bestellen möchte.

Sie haben mir vor zwei Jahren durch Ihre Stimme diese Chance gegeben. Tun Sie es heute doch noch einmal. Ich bin die letzte auf Ihrer Liste. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Damit haben sich die bisher vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt.

Ich bitte jetzt die Landesgeschäftsführer, die vorbereiteten Stimmzettel für die Beisitzerwahl abzuholen, und komme zur Bekanntgabe des Ergebnisses der Wahl der sieben weiteren Mitglieder des Präsidiums: Abgegeben wurden 960 Stimmen, davon waren zwei ungültig; Enthaltungen

gab es keine. Es sind damit 958 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit betrug 479 Stimmen. Es wurden abgegeben für Rainer Eppelmann 621 Stimmen - das entspricht 64,8 Prozent - ,

(Beifall)

für Johannes Gerster 393 Stimmen - das entspricht 41 Prozent - , für Manfred Kanther 626 Stimmen - das entspricht 65,3 Prozent - ,

(Beifall)

für Frau Claudia Nolte 759 Stimmen - das entspricht 79,2 Prozent - ,

(Beifall)

für Volker Rühle 690 Stimmen - das entspricht 72 Prozent - ,

(Beifall)

für Rudolf Seiters 791 Stimmen - das entspricht 82,6 Prozent - ,

(Beifall)

für Frau Christa Thoben 744 Stimmen - das entspricht 77,7 Prozent - ,

(Beifall)

und für Professor Klaus Töpfer 725 Stimmen; das entspricht 75,7 Prozent.

(Beifall)

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt sieben weitere Mitglieder des Präsidiums, darunter zwei Frauen, gewählt. Somit ist das Frauenquorum erreicht und der Wahlgang insgesamt gültig. Eine Stichwahl findet nicht statt.

In das Präsidium gewählt wurden Herr Seiters, Frau Nolte, Frau Thoben, Professor Töpfer, Volker Rühle, Manfred Kanther und Rainer Eppelmann. Ich darf die Gewählten fragen, ob sie die Wahl annehmen: Herr Seiters?

**Rudolf Seiters:** Ja.

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Ich bedanke mich. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Frau Nolte?

**Claudia Nolte:** Ja.

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Ich bedanke mich. Herzlichen Glückwunsch zur Wahl!

(Beifall)

Frau Thoben?

**Christa Thoben:** Ja.

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Ich bedanke mich. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl!

(Beifall)

Professor Töpfer?

**Prof. Dr. Klaus Töpfer:** Ja.

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Vielen Dank Professor Töpfer. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Volker Rühle?

**Volker Rühle:** Ja.

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Vielen Dank und herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Manfred Kanther?

**Manfred Kanther:** Ja.

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank!

(Beifall)

Rainer Eppelmann?

**Rainer Eppelmann:** Ja.

**Peter Müller, Tagungspräsidium:** Auch für Sie, Herr Eppelmann: Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Wahl!

(Beifall)

Damit ist die Wahl des Präsidiums abgeschlossen. - Bevor wir zum Wahlgang der Beisitzerinnen und Beisitzer im Bundesvorstand kommen, habe ich eine weitere Wortmeldung. Ich erteile das Wort an Christoph Böhr aus dem Landesverband Rheinland-Pfalz.

**Christoph Böhr:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen für die Wahl in den Bundesvorstand der CDU Deutschlands den Landesvorsitzenden der CDU Rheinland-Pfalz, Johannes Gerster, vorschlagen.

(Beifall)

Wenn Sie erlauben, möchte ich diesen Vorschlag mit einem Satz begründen: Johannes Gerster hat in den letzten Jahren etwas vollbracht, das in der Politik nicht so ganz gewöhnlich ist. Er hat 1993 die Bundespolitik verlassen, hat einen schwierigen Wahlkampf geführt und ist danach nicht an den ursprünglichen Ort seines politischen Wirkens zurückgekehrt, sondern hat auf den harten Bänken der Opposition im Mainzer Landtag Platz genommen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Johannes Gerster geht es aufwärts in der CDU in Rheinland-Pfalz. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Unterstützung für Johannes Gerster.

**Peter Müller**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Böhr. - Herr Gerster hat sich bereits vorgestellt, so daß ich davon ausgehe, daß eine weitere Vorstellung nicht gewünscht ist.

Ich sehe, daß die grünen Stimmzettel zur Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer im Bundesvorstand noch nicht komplett verteilt sind. Insofern macht es Sinn, einen Moment zu warten, bis dies der Fall ist. - Ich darf fragen, ob mittlerweile alle grünen Stimmzettel ausgeteilt sind. - Ausgeteilt sind sie.

Dann möchte ich vor Eintritt in die Wahlen noch einmal auf folgende Punkte hinweisen: Die Wahl erfolgt mit den großen grünen Stimmzetteln, die die Namen aller Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge enthalten. Nach § 43 Abs. 3 des Statuts müssen mindestens drei Viertel der zu wählenden Kandidaten, das heißt also mindestens 20 Kandidaten, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie Positionen zu vergeben sind, also 26. Stimmzettel, auf denen andere Namen als die aufgedruckten hinzugefügt werden, sind ungültig.

Weil es mehrere Nachfragen gab, weise ich noch einmal darauf hin: Es gibt keine Pflicht, eine bestimmte Anzahl Frauen anzukreuzen, aber der Wahlgang ist nur dann gültig, wenn mindestens ein Drittel der im Ergebnis Gewählten Frauen sind.

Ich darf hiermit den Wahlgang eröffnen und bitte, die Stimmzettel einzusammeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, während die Stimmzettel eingesammelt werden, möchte ich Ihnen namens des Tagungspräsidiums sagen, daß wir hier den Eindruck haben, daß es ein ungewöhnlich disziplinierter Parteitag ist und den Delegierten einmal von hier oben ein Wort des Dankes dafür gesagt werden muß, daß sie so zahlreich, so konzentriert den Beratungen folgen.

Wir möchten Ihnen den Vorschlag machen, daß der Niedersachsen-Abend um 20.00 Uhr beginnt,

(Beifall)

daß um 19.45 Uhr die Busse für Sie alle zur Münchener Halle zum Niedersachsen-Abend fahren und daß wir die möglicherweise erforderlich werdende Stichwahl bei den Beisitzerwahlen morgen vormittag um spätestens 9.15 Uhr vornehmen. Wir werden den Parteitag morgen um 9.05/9.10 Uhr eröffnen und um 9.15 Uhr die Stichwahlen durchführen.

Wir möchten Sie aber inständig bitten, daß dringendste Erledigungen, die noch vor dem Niedersachsen-Abend bewältigt werden müssen, jetzt erledigt werden, daß aber der größte Teil der Delegierten des Parteitages den Beratungen ähnlich konzentriert bis spätestens 19.45 Uhr folgt, wie sie morgen früh den Beratungen gefolgt wären. Wir müssen mit den Anträgen D heute abend noch möglichst weit kommen bzw. diese erledigen, weil wir uns morgen die Rentenpolitik, die Steuerpolitik und die Ausbildungspolitik vorgenommen haben und auch ein Grußwort von Theo Waigel hören werden. Von daher sollten wir heute noch erledigen, was möglich ist, nach dem bekannten alten Grundsatz, den man beherzigen sollte: Was man am selben Tag erledigen kann, sollte man nicht auf den nächsten Tag verschieben. - Es klingt et-

was anders, aber es hat die gleiche Wirkung. - Frau Merkel hat sich zu Wort gemeldet: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! - Ich bin sehr dankbar. Wir haben doch die richtige Wahl getroffen.

(Heiterkeit)

Ich darf Sie fragen, ob Sie mit dem Vorschlag einverstanden sind, daß wir gleich den Wahlgang der 26 Beisitzer schließen und dann die Beratungen mit dem Tagesordnungspunkt 24 - Sonstige Anträge -, das sind die D-Anträge, fortführen.

Wer im Saal hat seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? - Hier in der Mitte wartet jemand auf die Urne. Gibt es noch jemanden, der seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall. Dann ist hiermit der Wahlgang der Beisitzer geschlossen, und ich bitte die Stimmzählkommission, in Ruhe auszuzählen. Das Ergebnis wird etwa gegen 19.30 Uhr verkündet werden, so daß es auch lohnt hierzubleiben, weil man dann mehr weiß als andere. Auch das ist immer wieder erbaulich.

Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir jetzt in den Tagesordnungspunkt 24 - Sonstige Anträge - überleiten. Dazu gebe ich das Wort Herrn Kauder, der jetzt die Tagungsleitung übernimmt. - Diejenigen, die Gespräche führen wollen, sind dazu ermächtigt, sollten dies jedoch möglichst draußen tun.

**Volker Kauder**, Tagungspräsidum: Danke schön, Herr Wulff. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf:

### SONSTIGE ANTRÄGE

Das Verfahren ist Ihnen von den Bundesparteitagen her ja bekannt. Wir rufen den Antrag auf und stimmen dann jeweils über die Empfehlung der Antragskommission ab. Jemand kann sich zu einem Antrag zu Wort melden. Die Antragskommission kann sich ebenfalls zu Wort melden, wenn Fragen da sind. Ich hoffe, daß wir die Beratungen nach diesem Verfahren konzentriert durchführen können.

Vorweg möchte ich noch etwas mitteilen. Die Antragskommission tritt um 19.30 Uhr im Spiegelsaal zu einer Sitzung zusammen. Die Mitglieder der Antragskommission werden gebeten, sich um 19.30 Uhr dort einzufinden.

Wir kommen nun zur Beratung der Anträge. Ich rufe Antrag D 1 auf Seite 29 der Antragsbroschüre I, die Ihnen allen vorliegt, auf. Es geht in diesem Antrag um die Verbesserung der Alterssicherung von Frauen in der Rentenversicherung. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Präsidiumskommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht das Wort auch nicht. Dann können wir abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Überweisung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 2 auf Seite 29 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht das Wort ebenfalls nicht. Wer dem Vo-

tum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Empfehlung der Antragskommission einstimmig gefolgt worden.

Ich rufe Antrag D 3 auf Seite 30 der Antragsbroschüre auf. Es handelt sich auch hier um einen Antrag zur Sozialpolitik. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Überweisung beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 4 auf Seite 30 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt, die Anträge D 4, D 6, D 7 und D 9 gemeinsam zu behandeln und den Antrag D 9 anzunehmen. Die anderen Anträge wären dann erledigt. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Annahme des Antrages D 9 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist es einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 5 auf Seite 32 der Antragsbroschüre auf. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die Bundestagsfraktion. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 8 auf Seite 34 auf. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Dann können wir abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

Ich rufe Antrag D 10 auf Seite 37 auf. Die Antragskommission empfiehlt, hier auch die Anträge D 55 und D 63 zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag D 10, erster Satz, anzunehmen und die Anträge D 10, D 55 und D 63 insgesamt an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 11 auf Seite 38 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme mit einer geringfügigen Änderung, die in Ihrem Antragsheft ausgedruckt ist. Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen lassen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - So entschieden.

Wir kommen zu Antrag D 12 auf Seite 42. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen. Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 13 auf Seite 42 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. - Das Wort wird nicht gewünscht. Dann können wir abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist somit einstimmig beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 14 auf Seite 42 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. - Keine Wortmeldungen. Dann können wir abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist es so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 15 auf Seite 43 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, eine Entscheidung im Zusammenhang mit der noch zu führenden Diskussion über die Reform des Hochschulwesens zu treffen. Dazu wird von Herrn Peter Müller das Wort gewünscht.

**Peter Müller:** Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Der Antragsteller macht sich die Empfehlung der Antragskommission nicht zu eigen und bittet, über den Antrag hier zu entscheiden. Sicherlich müssen wir im nächsten Jahr eine intensive Diskussion über die Reform unserer Hochschulen führen. Dieser Antrag befaßt sich aber mit einer ganz speziellen Problematik, die über die grundsätzlichen Probleme der Hochschulreform hinausgeht. Hier geht es schlicht und einfach um die Frage, in welchem Umfang wir von Bummelstudenten Eigenbeiträge zu ihrem weiteren Studium verlangen können und in welchen Fällen wir dies nicht tun können.

Wir sind nun einmal der Auffassung, daß es natürlich richtig ist, daß der Staat sich in der Verpflichtung fühlt, Studienplätze zur Verfügung zu stellen, und daß er dies für die Regelstudienzeit auch kostenlos tut. Wir sind aber auch der Auffassung, daß dem eine Verpflichtung der Studenten entspricht, ihr Studium in überschaubaren Zeiträumen abzuschließen und diese Studienplätze dann frei zu machen und anderen wieder zur Verfügung zu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb fordern wir in diesem Antrag, daß in denjenigen Fällen, in denen ein Student die Regelstudienzeit plus ein Prüfungssemester um mehr als vier Semester überschreitet, wenigstens in den danach folgenden Semestern ein Eigenbeitrag des Studenten zu seinem weiteren Studium in Höhe einer Semestergebühr von 1 000 DM geleistet wird.

(Beifall)

Ich meine, wir können nicht immer über die Neubestimmung des Verhältnisses von staatlicher Verpflichtung und Eigenverantwortung des einzelnen diskutieren, ohne auch konkrete Beispiele zu setzen. Dies ist ein Beispiel, wo Eigenverantwortung des einzelnen eingefordert werden kann. Wir haben bei den zahlreichen Universitäten des Saarlandes einmal nachgefragt und erfahren, daß etwa 25 Prozent der Studenten unter diese Regelung fallen würden, die Regelstudienzeit also entsprechend lange überschritten haben. Wir meinen, an diesem Punkt kann Eigenverantwortung eingefordert werden. Hier sind Studiengebühren berechtigt. Das ist ein spezieller Punkt. Hier sollte der Parteitag ein klares politisches Signal setzen.

(Beifall)

**Volker Kauder,** Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Renate Hellwig, bitte.

**Dr. Renate Hellwig,** Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Wir haben im Bundesvorstand dieses durchaus berechtigte Anliegen, das ja die Baden-Württemberger auch auf den Weg bringen, behandelt, waren aber der Meinung, daß es vielleicht nicht so ganz geschickt ist, jetzt

nur einen Punkt herauszuberechnen, wenn wir das Thema der Hochschulreform behandeln, das wir uns ja auf einem der nächsten Parteitage unbedingt vornehmen wollen und wozu unser Minister Rüttgers im Zusammenhang einen Vorschlag vorlegen wird.

(Zustimmung)

Wir sollten hier jetzt nicht einen einzelnen Punkt zur Entscheidung stellen, und deswegen bitten wir um Ihre Zustimmung, daß dieser Antrag, wie er hier vorliegt, im Zusammenhang mit der Reform des Hochschulwesens, die morgen vormittag behandelt wird, erläutert, erklärt und diskutiert wird und dann auch entschieden wird. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

**Volker Kauder, Tagungspräsidium:** Vielen Dank, Renate Hellwig - Liebe Freunde, der Vorschlag der Antragskommission entspricht dem, was auf diesem Parteitag schon mehrfach gefordert worden ist, nämlich daß wir nicht Einzelpunkte herausgreifen und in die Diskussion werfen. Es ist ein Gesamtkonzept von Minister Rüttgers angekündigt. Ich schlage deshalb vor, wir folgen der Antragskommission und verweisen den Antrag auf den zu erwartenden gesamten Antrag zur Hochschulreform. - Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist mit großer Mehrheit so angenommen.

Wir können jetzt zum Antrag D 16 auf Seite 43 der Antragsbroschüre kommen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Keine Wortmeldungen. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 17 auf Seite 43. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Keine Wortmeldungen. Wer dem Antrag der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 18 auf Seite 44 der Antragsbroschüre auf. Es wird Annahme empfohlen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer dem Wunsch der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit einstimmig so beschlossen.

D 19 auf Seite 44! Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

D 20 auf Seite 44! Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Keine Wortmeldungen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 21 auf Seite 45. Die Antragskommission empfiehlt, zugleich den Antrag D 23 mit zu behandeln, und es wird Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich über die Anträge D 21 und D 23 entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu D 22 auf Seite 46. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Keine Wortmeldungen. Wer dem Antrag der Kommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zu D 24 auf Seite 48 f. der Antragsbroschüre. Hier wird Überweisung an die Präsidiumskommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“ empfohlen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 25 auf Seite 49. Auch hier wird Überweisung an die Präsidiumskommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“ empfohlen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 26 auf Seite 49 f. der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Hierzu gibt es eine Wortmeldung aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen. Bitte, Herr Lennartz!

**Leo Lennartz:** Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine lieben Freunde, heute morgen ist beklagt worden, daß die CDU in der Frage des Kindergeldes im Augenblick nicht so ganz gut aussieht. Wir haben einen Antrag vorgelegt, der darauf abzielt, daß das Kindergeld dann, wenn die Kasse wieder einmal etwas voller ist - das haben wir ausdrücklich dazugesagt -, auch für die Zeit vor der Geburt gezahlt wird. Wir halten es für ein Gebot der Gerechtigkeit, den Eltern die finanziellen Lasten, die auch schon vor der Geburt eines Kindes entstehen, in entsprechender Weise etwas abzunehmen.

Darüber hinaus sind wir der Auffassung, daß durch eine Zahlung des Kindergeldes für die Zeit vor der Geburt auch das Bewußtsein dafür geschärft wird, daß ein Mensch eben nicht erst seit der Geburt existiert, sondern schon neun Monate vorher.

Die Antragskommission hat den Antrag wohl wohlwollend aufgenommen, meint aber, man solle das an die Bundestagsfraktion verweisen. Ich möchte hier dafür plädieren, daß der Parteitag ein Votum abgibt, mit dem er diesen Antrag unterstützt und das als seinen politischen Willen dokumentiert. Ich glaube, daß wir dann in der Sache etwas weiterkommen und daß wir auch unsere Handlungsfähigkeit in der Öffentlichkeit zurückgewinnen. Darüber hinaus tun wir dann auch etwas, was unsere Bundesministerin für Jugend schon seit einiger Zeit fordert. Sie fordert nämlich ganz genau dasselbe: ein Kindergeld für die Zeit vor der Geburt.

Von daher bitte ich die Antragskommission, ihre Vorstellung noch einmal zu überdenken und hier doch dem zuzustimmen, daß der Parteitag selbst darüber abstimmt.

(Zustimmung)

**Volker Kauder,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lennartz. - Für die Antragskommission der Generalsekretär.

**Peter Hintze,** Antragskommission: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Antragskommission alle Anträge, die ausgabenwirksam sind - Familienleistungen, soziale Leistungen -, der Bundestagsfraktion zur Behandlung überwiesen, weil wir gesagt haben: In ei-

ner Zeit, in der wir die Entscheidung treffen müssen, in welchen Bereichen wir Einsparungen vornehmen, können wir jetzt nicht mit Parteitagsbeschlüssen von vornherein solche Anträge positiv bescheiden. Wir wollten aber - das hat Herr Lennartz eben richtig wiedergegeben - der Sache insofern ein positives Signal mit auf den Weg geben, als wir hier nicht Ablehnung empfohlen haben, sondern empfohlen haben, das mit dieser Maßgabe an die Fraktion zu überweisen.

(Zustimmung)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Generalsekretär. - Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich glaube, es ist überzeugend begründet worden, warum an die Fraktion überwiesen werden soll. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Nein-Stimmen mit Mehrheit so angenommen.

Wir kommen zum Antrag D 27 auf Seite 50. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. Es gibt dazu keine Wortmeldung. Wer dem Antrag der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 28. Die Antragskommission empfiehlt, den ersten Satz anzunehmen. Es gibt dazu keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke.

- Zum Antrag D 29 ist Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 30 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Gesellschaftspolitik. Es gibt dazu keine Wortmeldungen. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Somit einstimmig beschlossen.

Jetzt kommt Antrag D 31 auf Seite 52 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Keine Wortmeldung. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

D 32 auf Seite 52! Die Antragskommission empfiehlt Annahme in geänderter Fassung wie in der Antragsbroschüre ausgedruckt. Keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Nein-Stimmen mit Mehrheit so beschlossen. Danke.

Wir kommen zu Antrag D 33 auf Seite 52. Die Antragskommission empfiehlt, einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in dieser Sache nicht vorzugreifen. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Neinstimmen ist dies mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen D 34 und D 38 auf der Seite 52 f der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, beide Anträge zusammen zu behandeln. Desweiteren empfiehlt sie, die Annahme dieser Anträge in der Fassung des Antrages D 34. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen D 35 und D 37 auf den Seiten 53 ff. der Antragsbroschüre. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Peter Altmaier vom Landesverband Saarland.

**Peter Altmaier:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht bei dem Antrag D 35 um ein sehr wichtiges Thema, nämlich die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Es wäre dem Thema sicher nicht angemessen, wenn wir das heute sehr übereilt in 10 oder 15 Minuten diskutierten. Deshalb stimmt der Antragsteller dem Vorschlag der Antragskommission zu, diesen Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen.

Wir glauben, daß es wichtig ist, daß sich unsere Partei zu dieser Frage eine Meinung bildet. Wir glauben aber auch, daß es ebenfalls wichtig ist, daß sich die Partei rechtzeitig zu dieser Frage eine Meinung bildet, bevor in der Bundestagsfraktion abschließend darüber entschieden wird.

Wir schlagen deshalb vor, daß wir den Antrag an den Bundesvorstand überweisen, und zwar mit der Maßgabe, noch im ersten Vierteljahr 1997 hierzu eine Entscheidung herbeizuführen. Wir denken, das ist eine angemessene Zeit, in der man diese Diskussion auch in Ruhe führen und zu einem Abschluß bringen kann. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder,** Tagungspräsidium: Vielen Dank Peter Altmaier. Genauso ist dies jetzt von der Antragskommission vorgeschlagen worden, nämlich die Überweisung mit der Maßgabe, im ersten Vierteljahr 1997 im Bundesvorstand das Thema zu behandeln. In den Antragsunterlagen hieß es allerdings ursprünglich „in der ersten Hälfte des Jahres 1997“. In der geänderten Fassung stimmen wir nun über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Neinstimmen ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 36 auf Seite 54 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Innenpolitik. Es gibt keine Wortmeldung dazu. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 39 auf Seite 62 ff. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesfachausschuß Bildung, Forschung und Kultur. Es gibt dazu keine Wortmeldungen. Wer dem so zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu dem Antrag D 40 auf Seite 67. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 41 auf Seite 67 f. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in überarbeiteter und ausgedruckter Fassung. Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 42 auf Seite 68. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 43 auf Seite 68. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 44 auf Seite 68. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 45 auf Seite 68 f der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 46 auf Seite 69 f. Es wird empfohlen, den Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer dem so folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 47 auf Seite 70 f. Auch hier wird empfohlen, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion zu überweisen. Es gibt keine Wortmeldungen. Wer dem so folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 48 auf Seite 71 f. Hier wird ebenfalls die Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 49 auf Seite 72. Es wird empfohlen, den Antrag an den Bundesvorstand zu überweisen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 50 auf Seite 72 f. Hier wird die Überweisung an die Bundestagsfraktion vorgeschlagen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu den Anträgen D 51 und D 52 auf den Seiten 73 f, die gemeinsam beraten werden sollen. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Claus Jäger aus Baden-Württemberg.

**Claus Jäger:** Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! In seinem grundlegenden Urteil aus dem Jahre 1993 hat das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber aufgetragen, in der Frage des Schutzes des Lebens ungeborener Kinder die weitere Entwicklung sorgfältig zu beobachten und, falls sich herausstellt, daß die getroffenen gesetzlichen Regelungen nicht ausreichen, auch Nachbesserungen an den Stellen durchzuführen, wo sich das als notwendig erweist.

Wenn man diesen Auftrag ernst nehmen will, dann kann man das nur dadurch machen, daß die Bundesregierung verpflichtet wird - sie ist ja die Herrin der Fakten und der Daten -, dem Bundestag immer wieder einen Bericht zu geben, der den Bundestag in den Stand versetzt, seiner ihm vom Verfassungsgericht auferlegten Nachbesserungspflicht auch wirklich zu genügen.

Deswegen haben zwei Kreisverbände der CDU einen solchen Antrag hier eingereicht, und ich bin der Auffassung, daß hier eine bloße Überweisung an die Bundestagsfraktion nicht das richtige Verfahren wäre.

(Vereinzelt Beifall)

Darin werde ich bestärkt, wenn ich die Vorlage des Generalsekretärs sehe, die wir ja alle in unseren Tagungsunterlagen haben, nämlich den Bericht über den Vollzug der Beschlüsse und Überweisungen des 7. Parteitages in Karlsruhe. Damals gab es schon einen ähnlichen Antrag.

Die Bundestagsfraktion hat sich damit befaßt. An die ist das ja schon damals überwiesen worden. Sie schreibt auf Seite 24 - falls es jemand nachlesen möchte -: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, daß die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen einen Bericht über die Entwicklung der Zahl der Schwangerschaftsabbrüche und über die Arbeit der Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen vorlegt.“ Die Bundestagsfraktion wäre also bereit, auf diesem Gebiet zu handeln.

Der Antrag D 51 und ganz ähnlich der Antrag D 52 konkretisieren jetzt diesen Auftrag, indem sie einen Katalog von Fragen aufstellen, über den die Bundesregierung berichten soll.

Wir haben nichts dagegen einzuwenden, wenn auch dies wieder an die Fraktion überwiesen wird, aber eben doch verbunden mit einer eindeutigen Willenserklärung des Parteitags, die Bundestagsfraktion möge diese Einzelheiten prüfen. Grundsätzlich soll dieser Auftrag an die Bundesregierung erteilt werden und zum Ausdruck bringen, daß dies dem Willen des Parteitags entspricht. Dazu bitte ich um Ihre Zustimmung, und ich möchte Sie bitten, insofern den Vorschlag der Antragskommission zu korrigieren, indem man das Wörtchen „zustimmend“ einfügt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Volker Kauder,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kollege Jäger. - Ich glaube, wir haben das Anliegen erkannt. Es ist auch berechtigt. Aber der Herr Kollege Jäger hat ja selbst noch in einigen Passagen Formulierungswünsche geäußert. Auch das ist in Ordnung. Ich glaube, diesen komplexen Sachverhalt sollten wir noch einmal in der Bundestagsfraktion diskutieren und dann einen Beschlußantrag in der Fraktion formulieren. Die Fraktion muß das Anliegen mittragen.

Ich bin gerne einverstanden, wenn wir formulieren, daß der Parteitag diesen Antrag zustimmend an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung überweist. Ich glaube,

Herr Jäger, damit können Sie einverstanden sein. - Ich sehe keinen Widerspruch. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 53 auf Seite 74. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Keine Wortmeldungen. - Wer dem so zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 58 auf Seite 75 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Es gibt hierzu eine Wortmeldung von Herrn Erhard Keppler aus Hannover.

**Erhard Keppler:** Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Hier geht es um Abfallbehandlung. Wie Sie alle wissen, haben wir in den letzten Jahren erkannt, daß es notwendig ist, Abfälle, die deponiert werden sollen, thermisch zu behandeln. In der Zwischenzeit sind aber die Abfallmengen zurückgegangen. Konsequenz ist, daß die thermische Abfallbehandlung zunehmend teurer wird und daß viele Kommunen nicht mehr in der Lage sind, alleine die nötigen Abfallmengen aufzubringen. Es setzt ein schrankenloser Mülltourismus ein. Das kann aus ökologischen Gründen nicht besonders sinnvoll sein.

Aus diesem Grund haben wir diesen Antrag gestellt. Wir bitten, die Regulierungsdichte, die in der TA Siedlungsabfall vorgesehen ist, etwas zu lockern. Es macht zum Beispiel keinen Sinn, organische Abfälle nicht zu verbrennen, sondern sie zu kompostieren. In der Zwischenzeit sind die Kompostierungsanlagen wie Pilze aus dem Boden geschossen. Es gibt kaum noch Verwendung für den anfallenden Kompost. Mir wurde zugetragen, daß Kompost inzwischen zum Beispiel auch nach Saudi-Arabien exportiert wird. Ich halte es für einen mittleren Schwachsinn, wenn so etwas geschieht.

Wir sollten wirklich anfangen, darüber nachzudenken, wie wir die Kosten für die Abfallbeseitigung senken können. Dazu brauchen wir wieder zu verwertende Mengen. Es macht auch aus dem Grund der möglichst niedrigen CO<sub>2</sub>-Emission keinen Sinn, biologische Abfälle nicht zu verbrennen. Das ist in bezug auf die CO<sub>2</sub>-Belastung ein Nullsummenspiel. Das kann es nicht sein.

Es kann auch nicht notwendig sein, ständig und unbedingt darauf zu beharren, Kunststoffe nicht zu verbrennen, sondern sie zu recyceln. Ob man den Kohlenstoff heute verbrennt und daraus Energie gewinnt oder ob der Kohlenstoff vorher für ein paar Jahre seine Dienste als Kunststoff getan hat und danach verbrannt wird, macht aus ökologischer Sicht ebenfalls keine wesentlichen Unterschiede.

Insofern wäre Deregulierung sehr hilfreich. Wir meinen, daß wir auf diese Weise zu sinnvollen Regelungen kommen, im Sinne einer Senkung der Kostenbelastung für die Bürger, von der alle, die hier im Saal sind, wissen, daß sie zu hoch ist - um genau zu sein: viel zu hoch. Die CDU sollte sich daher, wo immer das möglich ist, darum bemühen, die wesentlichen Maßnahmen beizubehalten, jedoch zur Anpassung vermeidbarer Belastungen auf dem ökologisch Vertretbaren und dem ökonomisch Sinnvollen zu bestehen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Keppler. - Für die Antragskommission Renate Hellwig.

**Dr. Renate Hellwig**, Antragskommission: Liebe Parteifreunde! Herr Keppler, die Bundestagsfraktion hat gerade eine gemeinsame Sitzung des Arbeitskreises Umwelt und des Arbeitskreises Landwirtschaft zu diesem Anliegen abgehalten. Bei uns besteht noch wesentlicher Klärungsbedarf.

Wir sehen es genauso wie Sie: Wir müssen zu vernünftigen, weniger bürokratischen, aber auch akzeptierten Neuregelungen kommen. Sie alle wissen, daß wir durch die Verschärfung der Umweltvorschriften jetzt in der Situation sind, daß die Landwirte nicht mehr bereit sind, den Klärschlamm, den sie bisher als Düngemittel ausgetragen haben, zu verwenden. Das liegt natürlich auch an der Lebensmittelindustrie, die ihrerseits immer schärfere Vorschriften erläßt.

Wir sind alle miteinander ganz schön in der Zwangsjacke. Ich bitte Sie, lieber Antragsteller, um Verständnis dafür, daß wir hier nicht konkrete Einzelformulierungen beschließen können. Da wäre der Parteitag überfordert. Aber ich kann Ihnen versichern, daß der Bundestagsfraktion dieses Anliegen genauso am Herzen liegt wie Ihnen.

**Volker Kauder**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Renate Hellwig. - Nach diesen Klarstellungen durch die Antragskommission können wir, so glaube ich, jetzt zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragskommission - Überweisung an die Fraktion - folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 59 auf Seite 76. Empfehlung der Antragskommission: Überweisung an die Bundestagsfraktion. - Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Empfehlung folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 61 auf Seite 76 der Antragsbroschüre. Es wird empfohlen: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Keine Wortmeldungen. Wer dem so folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu D 62 auf Seite 77. Empfohlen wird Überweisung an die Bundestagsfraktion. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem so folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu D 64 auf Seite 78. Auch hier ist Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem so folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - So beschlossen.

Wir kommen zu D 65 auf Seite 79. Auch hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem so folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

D 66 auf Seite 79 der Antragsbroschüre. Empfohlen wird Überweisung an den Bundesvorstand mit der Maßgabe, die in der Antragsbroschüre ausgedruckt ist. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer der Empfehlung so folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe D 67 auf Seite 84 auf. Hier wird Überweisung an die Bundestagsfraktion empfohlen. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wer dem Vorschlag folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Anträge unter dem Kapitel D in unserer Antragsbroschüre in einer sehr konzentrierten und disziplinierten Form miteinander beraten. Ich danke Ihnen recht herzlich.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen noch etwa 20 Minuten, bis die Ergebnisse der Wahl zum Bundesvorstand vorliegen. Das Verfahren ist bei so vielen Kandidaten natürlich etwas schwierig. Die Busse fahren um 19.45 Uhr zu unserem Parteiabend ab. Ich schlage vor, den Parteitag kurz zu unterbrechen. Sobald die Ergebnisse da sind, eröffne ich den Parteitag erneut und gebe die Ergebnisse bekannt. Dann machen wir uns einen schönen Abend.

(Unterbrechung von 19.20 bis 19.45 Uhr)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß Ihnen leider sagen, daß sich die Bekanntgabe des Wahlergebnisses noch etwas verzögert. Das Zählen zu beeinflussen ist nicht unser Ding. Wir können das nicht beschleunigen und am Ende falsch zählen. Es dauert halt, wie es dauern muß.

Wir machen den Vorschlag, hier auszuharren. Wir werden in zehn, vielleicht aber auch erst in 15 Minuten das Ergebnis der Beisitzerwahlen verkünden. Unabhängig davon steht Ihnen die Möglichkeit offen - und das schon seit längerem -, jetzt zur Münchner Halle auf dem Messegelände zu fahren. Dort wird das Wahlergebnis selbstverständlich in ausreichender Zahl durch Herrn Schlumberger von der Bundesgeschäftsstelle verteilt, so daß es auch jeder schwarz auf weiß in Händen hält.

Ich freue mich über jeden, der hier ausharrt und wartet. Aber es hat auch jeder Verständnis, wenn Sie in der Münchner Halle warten. Die Busse fahren jetzt zur Münchner Halle. Wir freuen uns auf Sie als Gäste beim Niedersachsen-Abend.

Noch eine Bemerkung: Die Taschen können Sie hier lassen, wenn Sie deutlich kennzeichnen, daß sie hier bleiben sollen. Ihre Stimmzettel, Ihre wichtigen Dokumente, die Sie nicht ersetzt bekommen, sollten Sie bitte mitnehmen. Was Sie nicht mehr brauchen, können Sie unter den Tisch legen. Das wird dann morgen früh nicht mehr da sein.

(Unterbrechung von 19.46 bis 20.03)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir warten immer noch auf das Ergebnis. Die Buschtrommeln teilen jetzt mit, es würde noch einmal 15 Minuten dauern. Aber danach soll es wirklich verkündet werden.

Aber denen, die noch ausharren wollen, verspreche ich, daß die Namen hier noch verlesen werden; denn ich kann den Parteitag erst schließen, wenn wir das Wahlergebnis bekanntge-

geben haben. Aber ich bleibe gerne hier. - Ich gehe davon aus, daß noch ein Bus bleibt, damit auch die letzten noch zum Messegelände gefahren werden können.

(Unterbrechung 20.03 Uhr bis 20.25 Uhr)

**Irmgard Karwatzki**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Verkündung des Wahlergebnisses. Abgegebene Stimmen: 956. 12 ungültige Stimmen. Gültige Stimmen: 944. Die erforderliche Mehrheit beträgt 473.

In der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen:

Auf Platz 1 steht der Kollege Vogel mit 815 Stimmen. Das sind 86,3 Prozent. - Wünschen Sie immer die Angabe der Prozente?

(Zurufe: Ja!)

- Dann gebe ich sie bekannt.

Auf Platz 2 ist Rita Pawelski mit 791 Stimmen gleich 83,8 Prozent.

Platz 3: Professor Biedenkopf mit 784 Stimmen gleich 83,1 Prozent.

Heiner Geißler hat 777 Stimmen bekommen. Das sind 82,3 Prozent.

Der Kollege Diepgen hat 758 Stimmen. Das sind 80,3 Prozent.

Der Kollege Seite hat 753 Stimmen. Das sind 79,8 Prozent.

Der Kollege Wissmann hat 745 Stimmen. Das sind 78,9 Prozent.

Der Kollege Gerster hat 742 Stimmen. Das sind 78,6 Prozent.

Auf Platz 9 kommt Frau Dr. Quisthoudt-Rowohl mit 739 Stimmen. Das sind 78,3 Prozent.

Der Kollege Vaatz hat 729 Stimmen. Das sind 77,2 Prozent.

Die Frau Kollegin Yzer hat 724 Stimmen. Das sind 76,7 Prozent.

Der Kollege Scholz auf Platz 12 hat 681 Stimmen und 72,1 Prozent.

Frau Geschka hat 677 Stimmen und 71,7 Prozent.

Die Kollegin Böhmer hat 659 Stimmen. Das sind 69,8 Prozent.

Die Frau Fischer hat 649 Stimmen und 68,8 Prozent.

Der Kollege Linssen hat 648 Stimmen und 68,6 Prozent.

Der Kollege Hennig hat 644 Stimmen bekommen. Das sind 68,2 Prozent.

Die Kollegin Maria Michalk hat 637 Stimmen erhalten; das sind 67,5 Prozent.

Die Kollegin Lieberknecht hat 625 Stimmen erhalten; das sind 66,2 Prozent.

Der Kollege Renner hat 622 Stimmen erhalten; das sind 65,9 Prozent.

Die Kollegin Glase hat 620 Stimmen erhalten; das sind 65,7 Prozent.

Die Kollegin Hellwig hat 618 Stimmen erhalten; das sind 65,5 Prozent.

Der Kollege Repnik hat 574 Stimmen erhalten; das sind 60,8 Prozent.

Der Kollege von Schwerin hat 564 Stimmen erhalten; das sind 59,7 Prozent.

Der Kollege Otto Wulff hat 553 Stimmen erhalten; das sind 58,6 Prozent.

Auf Platz 26 hat der Kollege Escher 525 Stimmen erhalten; das sind 55,6 Prozent.

Nicht gewählt wurden der Kollege Reul mit 497 Stimmen - das sind 52,6 Prozent -, die Kollegin Meister-Scheufelen mit 479 Stimmen - das sind 50,7 Prozent -, der Kollege Friedman mit 473 Stimmen - das sind 50,1 Prozent -, die Kollegin Schnieber-Jastram mit 465 Stimmen - das sind 49,3 Prozent - und der Kollege Schwarz-Schilling mit 450 Stimmen; das sind 47,7 Prozent.

Es sind zehn Frauen gewählt worden, so daß das Frauenquorum erfüllt ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen, daß Sie das Ergebnis noch entgegengenommen haben. Ich wünsche Ihnen jetzt einen schönen Abend. - Ich unterbreche den Parteitag und rufe ihn für morgen früh, 9 Uhr, wieder ein.

(Schluß der Sitzung: 20.32 Uhr)

**Dienstag, 22. Oktober 1996**  
**Zweite Plenarsitzung**  
Beginn: 9.10 Uhr

**Christian Wulff, Tagungspräsidium:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die zweite Plenarsitzung unseres 8. Parteitages der CDU Deutschlands. Ich begrüße Sie herzlich hier im Saal und darf mich an dieser Stelle schon, was am Ende auch noch einmal erfolgt, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle bedanken, die gestern abend bis in die Nacht die Unterlagen vorbereitet haben, die wir heute vormittag hier auf den Plätzen vorfinden, insbesondere die Initiativanträge.

(Beifall)

Ich danke auch in besonderer Weise den Organisatoren, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die den gestrigen Abend gestaltet haben. Ich denke, es war ein fröhlicher, für manche besinnlicher und erfolgreicher Parteitagabend.

(Beifall)

Ich darf das Wahlergebnis der Beisitzerwahlen von gestern abend hier noch einmal für die gewählten Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes verlesen, damit Sie das noch einmal haben und die Kandidaten die Wahl dann auch annehmen können. Ich lese in der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen das Wahlergebnis vor:

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 956; ungültige Stimmen 12; gültige Stimmen 944. Die erforderliche Mehrheit betrug 473 Stimmen. Diese Zahl haben 26 Kandidaten erreicht, sogar mehr als 26, und die ersten 26, die ich jetzt wie folgt vorlese, sind damit Mitglieder des erweiterten Bundesvorstandes geworden:

Dr. Bernhard Vogel 815 Stimmen,

(Beifall)

Rita Pawelski 791 Stimmen,

(Beifall)

Professor Dr. Kurt Biedenkopf 784 Stimmen,

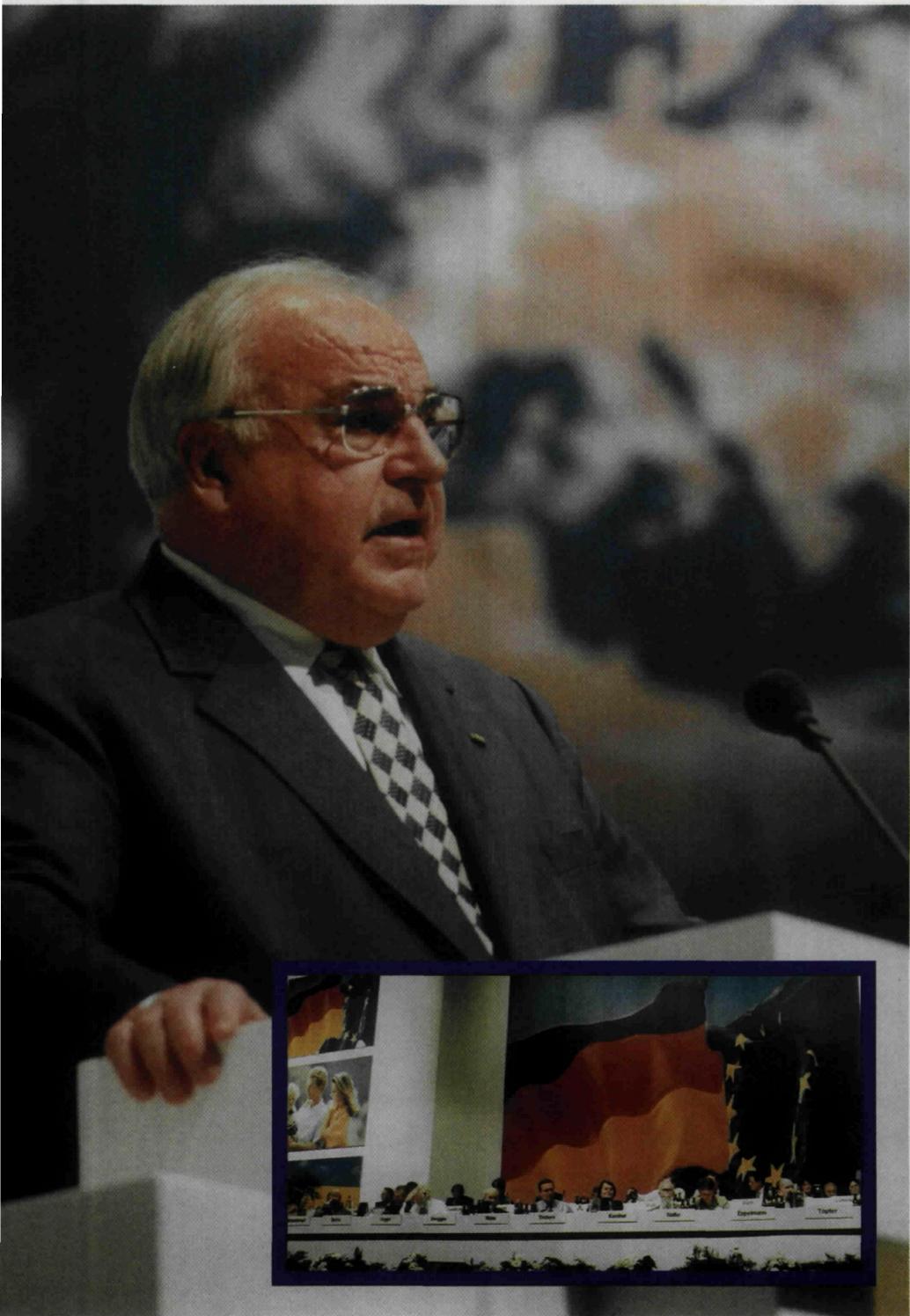
(Beifall)

Dr. Heiner Geißler 777 Stimmen,

(Beifall)

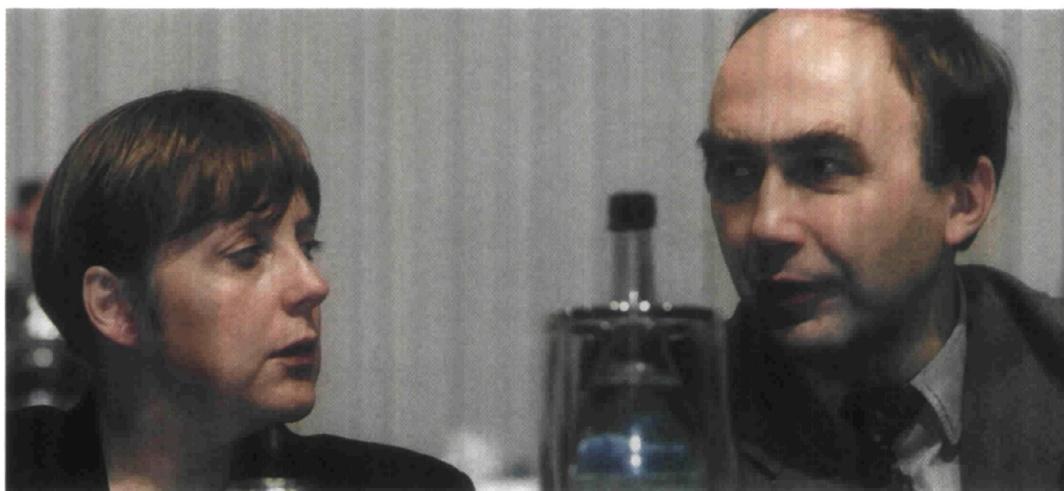
Eberhard Diepgen 758 Stimmen,

(Beifall)

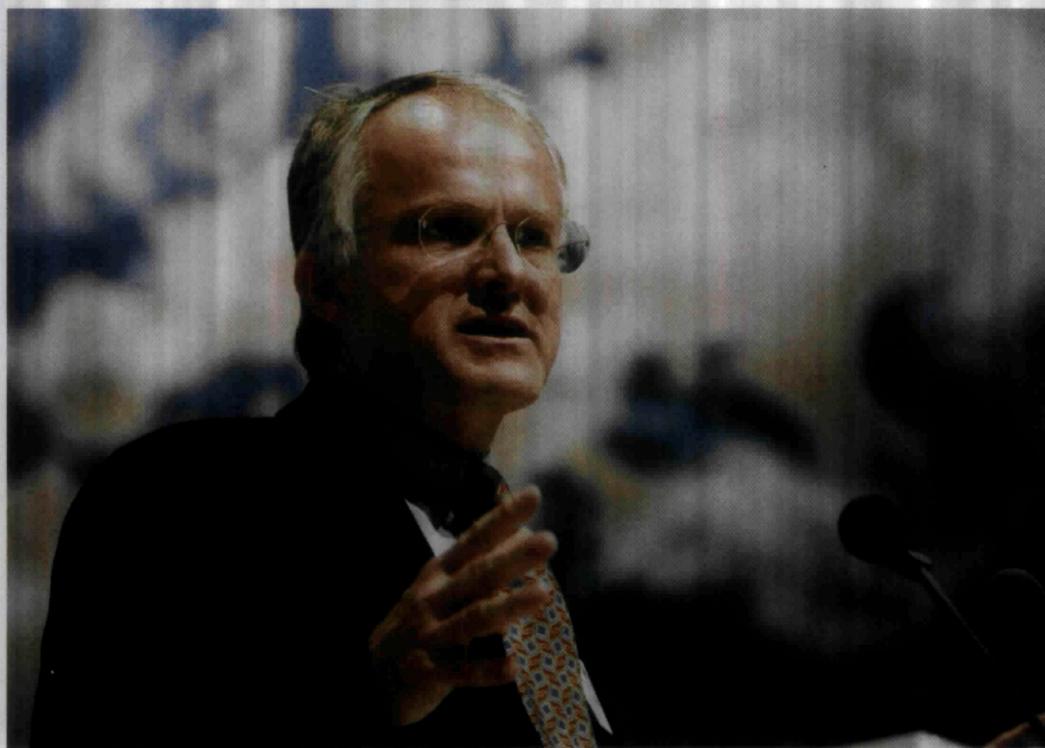
















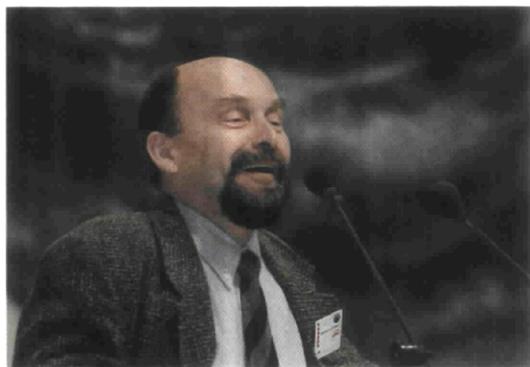
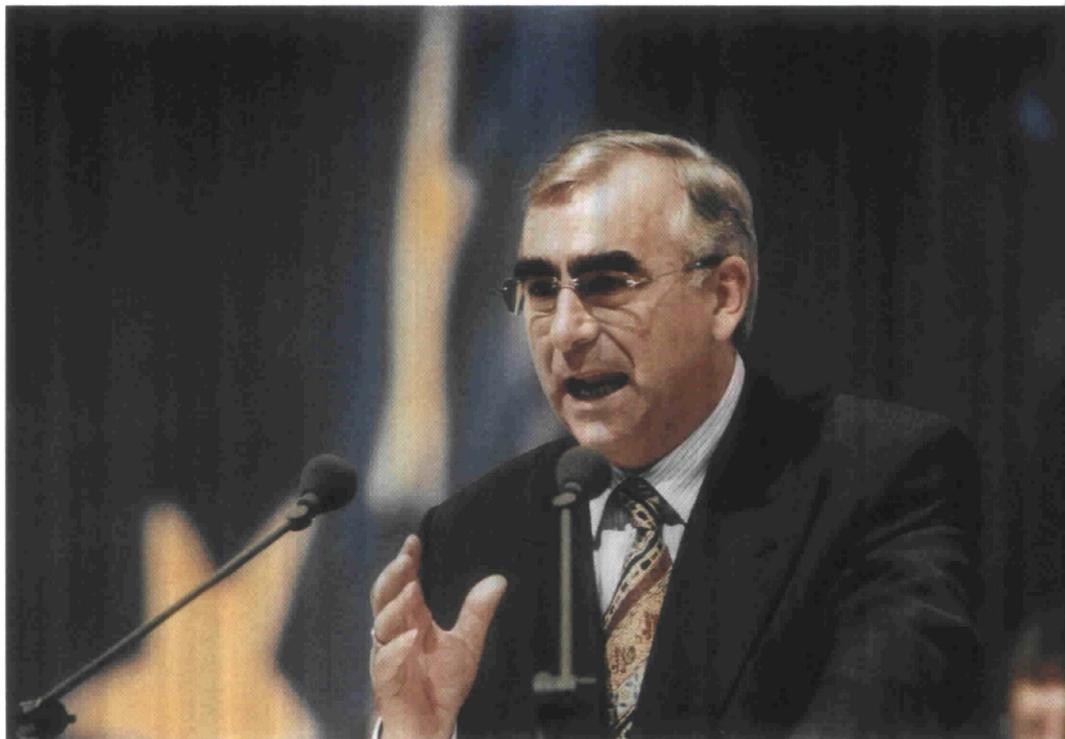
mann

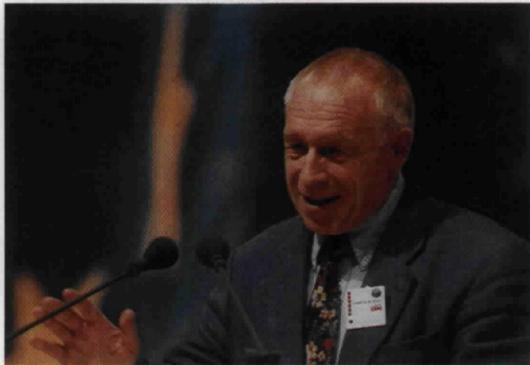
**Kohl**

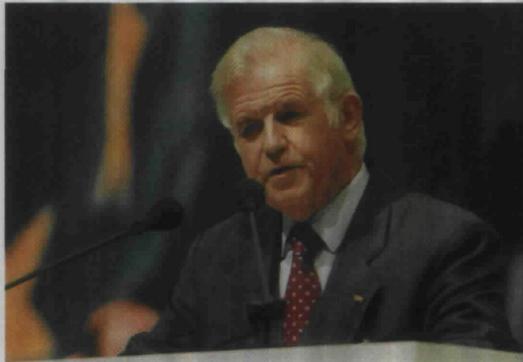
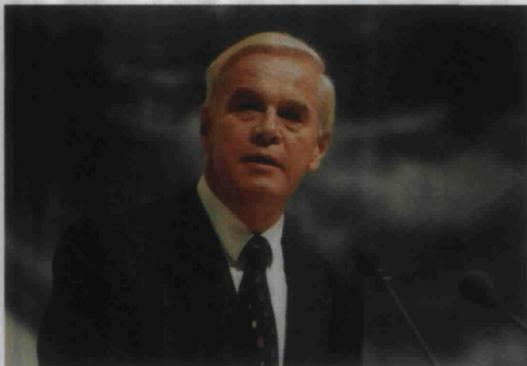


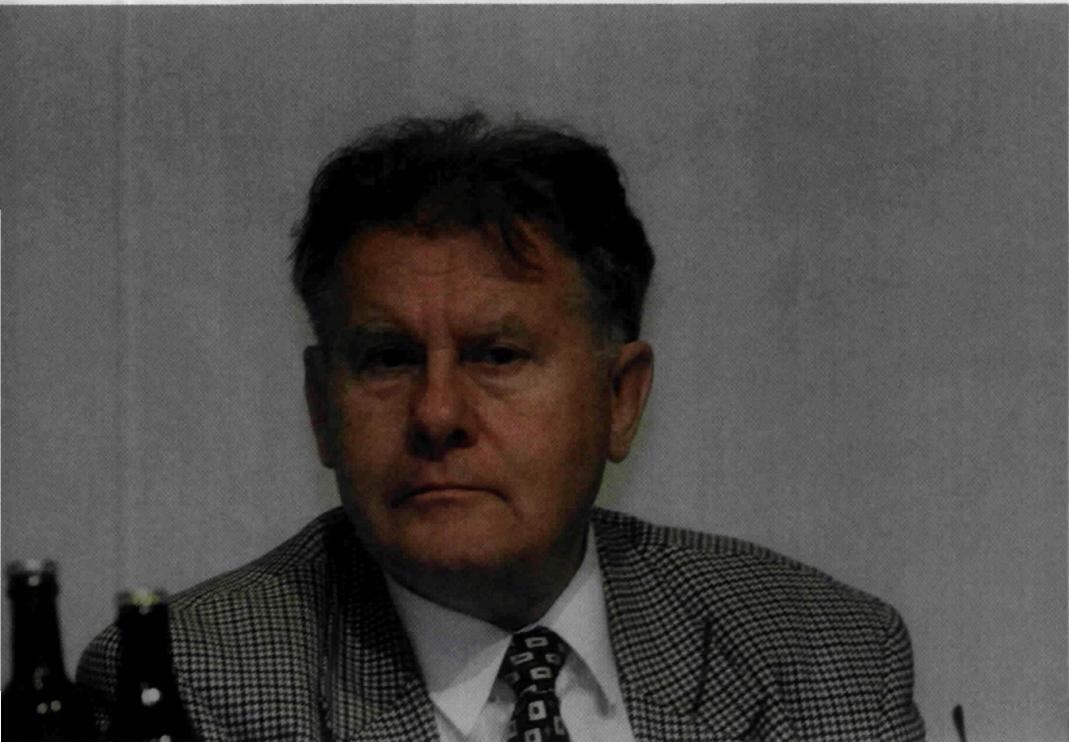














Dr. Berndt Seite 753 Stimmen,  
(Beifall)

Matthias Wissmann 745 Stimmen,  
(Beifall)

Johannes Gerster 742 Stimmen,  
(Beifall)

Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl 739 Stimmen,  
(Beifall)

Arnold Vaatz 729 Stimmen,  
(Beifall)

Cornelia Yzer 724 Stimmen,  
(Beifall)

Professor Dr. Rupert Scholz 681 Stimmen,  
(Beifall)

Otti Geschka 677 Stimmen,  
(Beifall)

Dr. Maria Böhmer 659 Stimmen,  
(Beifall)

Marion Fischer 649 Stimmen,  
(Beifall)

Dr. Helmut Linssen 648 Stimmen, Dr. Ottfried Hennig 644 Stimmen, Maria Michalk 637 Stimmen, Christine Lieberknecht 625 Stimmen, Andreas Renner 622 Stimmen, Anne-Karin Glase 620 Stimmen, Dr. Renate Hellwig 618 Stimmen, Hans-Peter Repnik 574 Stimmen, Alexander Graf von Schwerin 564 Stimmen, Professor Dr. Otto Wulff 553 Stimmen und Klaus Escher 525 Stimmen.

Ich darf fragen, ob jemand die Wahl zum erweiterten Bundesvorstand nicht annimmt. - Das ist hier nicht anzunehmen, da sonst sicher nicht kandidiert worden wäre und es ja zur Wahl geführt hat. Damit gehe ich davon aus, daß alle - wenn wir das jetzt ein bißchen verkürzt machen - die Wahl zum Bundesvorstand angenommen haben.

Im Bereich vermutlich Nordrhein-Westfalens ist ein Sicherheitsschlüssel gefunden worden, der mir hier vorliegt, für irgendwelche Schließanlagen, zu welchem Amt und Mandat auch immer. Wer einen Schlüssel vermißt - Sie sollten selbst noch einmal entsprechend kontrollieren -, der kann ihn hier oben in Empfang nehmen.

Wir kommen damit zu den Initiativanträgen. Die befinden sich in der Sammlung der Anträge II. Sie haben eine Broschüre „Sammlung der Anträge II“. Darin befinden sich die fristgemäß mit mindestens 30 Delegiertenunterschriften versehenen Initiativanträge dieses Parteitag.

Wir kommen zu Antrag C 3 auf Seite 2 des gelben Teils der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Generalsekretär. Ich darf fragen, ob das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Hier oben liegt keine Wortmeldung vor. - Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über Antrag C 3 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der roten Karte. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Damit ist einstimmig die Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag D 68 auf Seite 3 des gelben Teils der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag D 68 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag vom Parteitag einstimmig beschlossen.

Ich rufe Antrag D 69 auf Seite 5 des gelben Teils der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an den Bundesvorstand. Wird dazu das Wort gewünscht? - Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Überweisung ebenfalls einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 70 auf Seite 25 des gelben Teils der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme. Ich gehe davon aus, daß weder Antragsteller noch Antragskommission das Wort wünschen. Gibt es Wortmeldungen im Saal? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zur Annahme von D 70 zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich komme zum Antrag D 71 auf Seite 25 des gelben Teils der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht das Wort ebenfalls nicht. Dann lasse ich jetzt über den Antrag D 71 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - D 71 ist einstimmig in der Fassung der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 72 auf Seite 25 des gelben Teils der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dazu wird von Herrn Baumbusch aus dem Landesverband Baden-Württemberg das Wort gewünscht. Bitte schön, Sie haben das Wort zum Antrag D 72.

**Eberhard Baumbusch:** Ich möchte den Parteitag bitten, diesmal eine Entscheidung zu treffen und diesem Antrag zuzustimmen und nicht zuzulassen, daß er erst einmal an die Bundestagsfraktion überwiesen wird.

Bedenken Sie bitte: Wir haben gestern sehr oft von der Schaffung neuer Arbeitsplätze gesprochen; das werden wir sicherlich auch heute wieder tun. Es geht nicht an, daß Großunternehmen sehr viele Leute freistellen, die dann nur in mittelständischen Unternehmen unterkommen können, meistens in mittelständischen Unternehmen mit zwischen fünf und fünfundzwanzig Mitarbeitern, die dann von der Präsenz dieser Mitarbeiter fundamental abhängig sind. Ein Großunternehmen kann eher einen hohen Krankenstand verkraften als ein mittelständisches Unternehmen. Ich möchte den Parteitag deshalb bitten, hier ganz klar ein Zeichen zu setzen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Baumbusch. - Wir wollen testen, ob die Antragskommission dazu das Wort ergreifen möchte. Es kämen in Frage Frau Renate Hellwig, Frau Schnieber-Jastram oder Herr Vaatz. Ist jemand willens und in der Lage, für die Antragskommission zu sprechen? - Möchte jemand anders aus der Antragskommission das Wort ergreifen? - Ansonsten schätze ich die Klugheit der Delegierten so ein, daß jeder den Antrag D 72 in sich aufgenommen hat und zwischen der Empfehlung der Antragskommission auf Überweisung, um diese Frage in der Bundestagsfraktion zu klären, und der Entscheidung, ihn zu beschließen - Herr Baumbusch hat dies begründet -, entscheiden kann. - Es gibt keine Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag D 72. Wir stimmen zunächst über das Votum der Antragskommission ab, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer der Überweisung zustimmt, möge das Kartenzeichen geben. - Wer stimmt gegen die Empfehlung der Antragskommission? - Das erste ist die Mehrheit. Wer enthält sich? - Ohne Enthaltung mit Mehrheit ist die Empfehlung der Antragskommission beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 73 auf Seite 26 des gelben Teils der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt auch hier die Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist von hier aus erkennbar nicht der Fall. Die Antragskommission wünscht das Wort ebenfalls nicht. Dann lasse ich über den Antrag D 73 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einmütig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 74 auf Seite 26 des gelben Teils der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wird dazu das Wort gewünscht? - Es liegt eine Wortmeldung aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern vor. Herr Seidel, Sie erhalten hiermit das Wort.

**Jürgen Seidel**, Schwerin: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zu diesem Antrag nur sagen: Hier geht es uns insbesondere um die Option der Kernfusion. Es gibt dazu ein Forschungsprojekt, den sogenannten Internationalen Thermonuklearen Experimentellen Reaktor. Mecklenburg-Vorpommern bewirbt sich mit dem Standort Greifswald. Geben Sie auch unserem Land die Chance, eine solche Option zu erhalten. Deutschland muß sich dafür bewerben. Da Italien inzwischen auch auf der Matte steht, sollte es, denke ich, für Deutschland ebenfalls eine wichtige Option bleiben. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Ich darf darauf verweisen, daß die Antragskommission eine veränderte Fassung empfiehlt, die im Grunde genommen Ihr Petikum zum Ausdruck bringt. Es wird nicht die Überweisung; sondern die Annahme von D 74, wenn auch in veränderter Fassung, empfohlen. - Könnten Sie bitte noch einmal sagen, ob Sie mit der veränderten Fassung einverstanden sind? - Ja, der Antragsteller ist einverstanden. Dann stimmen wir über die veränderte Fassung der Antragskommission zu D 74 ab. Wer dieser Fassung die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Einmütig vom Parteitag so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 75, auf Seite 26 vermerkt, auf. Die Antragskommission empfiehlt in diesem Falle Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht?

(Zuruf aus dem Saal: Meine Damen und Herren! Ich bitte, Ihre Zustimmung zu diesem Antrag noch einmal zu überdenken. Ich halte das für einen Schnellschuß. Ansonsten möchte ich beim nächsten Mal beantragen, daß die Regeleingangsbesoldung bei Ministerialbeamten ebenfalls um bis zu zwei Stufen gesenkt wird.)

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Wird zu D 75 von seiten der Antragskommission das Wort gewünscht, was von hier oben aus durchaus begrüßt würde? - Ich vermute, daß die Antragskommission gestern abend länger getagt hat. - Der Generalsekretär hat das Wort.

**Peter Hintze**, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Liebe Freunde! Die Antragskommission hat die allermeisten Initiativanträge in der Sache nicht bescheiden können, weil es sich doch um sehr, sehr unterschiedliche Tatbestände handelt, und der Beitrag der Delegierten eben hat ja auch deutlich gemacht, welche Wirkung einträte, wenn wir einen solchen Antrag beschließen würden. Ich bitte Sie, dem Votum der Antragskommission, diesen Antrag zu überweisen, zu folgen, weil in der Tat besoldungsrechtliche Auswirkungen nicht nur auf eine Berufsgruppe hier bezogen werden können, sondern im Gesamtzusammenhang des öffentlichen Dienstes verstanden werden müssen. Ich bitte Sie, diesem Antrag der Antragskommission zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Wir haben Für- und Gegenrede gehört. Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Ich lasse dann über den Antrag D 75 und die Empfehlung der Antragskommission dazu, nämlich den Antrag zu überweisen, abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit ist die Empfehlung der Antragskommission zu D 75 mit Mehrheit beschlossen.

Wir kommen zum Antrag D 76, auf Seite 26 f des gelben Teils der Antragsbroschüre vermerkt. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Dazu liegen hier keine Wortmeldungen vor. Ich erkenne auch keine im Saal. Die Antragskommission wünscht ebenfalls nicht das Wort. Ich lasse dann über die Antragskommissionsempfehlung auf Überweisung zu D 76 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit einmütig so vom Parteitag beschlossen.

Wir kommen zu Antrag D 77, Seite 27. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die Bundestagsfraktion. Wird dazu das Wort gewünscht? - Wortmeldungen liegen hier nicht vor. Die Antragskommission hält es ebenfalls nicht für erforderlich. Dann lasse ich über den Antrag D 77 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission auf Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit einmütig wie von der Antragskommission vorgelegt beschlossen.

Ich rufe den Initiativantrag D 78, Seite 28 der Antragsbroschüre, auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wird im Saal dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Initiativantrag D 78, dessen Annahme empfohlen ist, abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei vereinzelt Gegenstimmen ist der Antrag beschlossen.

Wir kommen damit zum letzten fristgemäß und rechtmäßig zugegangenen Initiativantrag, Seite 28 des gelben Teils der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Überweisung an den Bundesvorstand.

(Gelächter)

- Unmuts- und Mißfallensäußerungen müssen immer an die Zuständigen gehen. - Wird dazu im Saal das Wort gewünscht? - Herr Möllring, Landesverband Niedersachsen, hat das Wort.

**Hartmut Möllring:** Lieber Herr Vorsitzender Christian Wulff! Irgendwo sollte sich so ein Parteitag vom Karneval unterscheiden.

(Beifall)

Ich bin zwar immer sehr für die Ernährung durch McDonalds und habe das auf den anderen Parteitagen auch immer genossen, aber ob wir einen solchen Beschluß verabschieden und uns selbst lächerlich machen sollten, gebe ich zu bedenken. Ich meine, wir sollten den Antrag ablehnen.

(Beifall)

Jeder Sponsor ist uns herzlich willkommen, auch McDonalds. Aber es ist immer noch die Entscheidung dieser Firma, ob sie zu uns kommt oder nicht. Deshalb, meine ich, sollten wir den Antrag schlichtweg ablehnen, weil solche Anträge als Scherz vielleicht ganz witzig sind, aber nicht ernsthaft behandelt werden sollten.

(Beifall)

**Christian Wulff,** Tagungspräsidium: Es geht um eine wichtige Frage - der Generalsekretär wünscht das Wort

(Heiterkeit)

für die Antragskommission, wobei die Sache meist einfacher ist, als man denkt; es wird sicher dazu kommen, daß wir den Antrag ablehnen.

**Peter Hintze, Antragskommission:** Ich schlage vor, daß wir diesen Antrag mit dieser sehr vernünftigen Wortmeldung des Delegierten als erledigt betrachten. Wenn wir ihn ablehnten, wäre das auch nicht in Ordnung, denn wir sind auf vielen Parteitag freundlich betreut worden. Wir wären auch auf diesem Parteitag freundlich betreut worden, wenn die rechtlichen Bedingungen hinsichtlich der Bewirtschaftung durch die Gastronomie dieser Halle dies zugelassen hätten. Wenn wir den Antrag ablehnten, wirkte das komisch, wenn wir ihn überwiesen, ebenfalls. Ich bin der Meinung, wir sollten feststellen: Wir betrachten den Antrag als solchen für erledigt.

(Beifall)

**Christian Wulff, Tagungspräsidium:** Es gibt ein überzeugend vorgetragenes verändertes Votum der Antragskommission, die sich soeben zu einer neuen Position durchgerungen hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich lasse deshalb über diese veränderte Fassung des Vorschlags der Antragskommission, nämlich darüber, daß der Antrag als erledigt erklärt wird, abstimmen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer stimmt der Empfehlung der Antragskommission, den Antrag für erledigt zu erklären, zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir hatten jetzt einige Sekunden Zeit zum Luftholen, weil wir am Ende des Tagesordnungspunktes Initiativanträge und des Tagesordnungspunktes 24 - Sonstige Anträge - angelangt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden heute in wenigen Minuten das Grußwort von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel hören. Wir werden die Rede des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble und den Zwischenbericht von Dr. Norbert Blüm hören und dazu jeweils Aussprachen durchführen. Ich darf an dieser Stelle schon sagen, daß wir uns wünschen, daß möglichst schon bei den Aussprachen aus Gründen der Effizienz Wortmeldungen zu den einzelnen Anträgen - insbesondere was die Steuerdebatte betrifft - abgegeben werden, damit wir nur eine kurze Grundsatzaussprache führen und mehr Zeit für die Beratung der vorliegenden Anträge zur Verfügung steht. Was partout nicht in der Debatte über die Anträge untergebracht werden kann, muß natürlich hier in der allgemeinen Aussprache vorgebracht werden.

Wir würden gerne auch den zweiten Plenartag sinnvoll vorbereiten. Wenn Sie Ihre Wortmeldungen bereits vor Augen haben, sollten Sie diese Meldungen mit den Wortmeldezetteln jetzt schon hier einreichen, damit wir die Plenardebatte entsprechend vorbereiten können.

Ich gebe jetzt unserem Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl das Wort, über dessen Hiersein wir uns genauso freuen wie gestern.

(Beifall)

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte, daß wir jetzt einfach vernünftig bereden, wie wir den weiteren Ablauf gestalten. Die Ankunft von Theo Waigel wird sich etwas verzögern. Nach einer eben eingegan-

genen Meldung wird er in etwa einer Viertelstunde hiersein. Sie wissen aber, wie es mit solchen Meldungen ist. Es kann eine Weile dauern, bis er durch den Stadtverkehr hierherkommt.

Jetzt stellt sich folgende Frage. Der Bericht von Wolfgang Schäuble muß aus zwingenden Gründen nach der Rede von Theo Waigel gegeben werden. Die Frage ist, ob wir uns jetzt darauf verständigen können - bitte sagen Sie dazu Ihre Meinung -, daß wir den Bericht von Norbert Blüm vorziehen.

(Beifall)

Hören Sie aber bitte auch den nächsten Satz an, bevor Sie applaudieren. Wir haben gestern schon dargelegt - auch ich habe das getan -, daß Norbert Blüm heute einen Zwischenbericht erstattet. Das heißt, daß dies nicht ein Bericht ist, der zu einer Beschlußfassung führt. Wenn wir jetzt aber den Bericht von Norbert Blüm vorziehen und sich daran eine mehrstündige Diskussion anschließt - der Parteitag hat die Autorität, dies zu tun -, wird dadurch natürlich das andere Hauptthema zerrissen. Deswegen bin ich der Meinung - ich wäre dankbar, wenn wir uns darauf verständigen könnten -, daß die Diskussion über den Bericht von Norbert Blüm kurz sein sollte. Schließlich ist es ein Zwischenbericht. Die eigentliche Veranstaltung über die Vorlage der Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ werden wir, so schätze ich, im Februar/März nächsten Jahres durchführen. Es empfiehlt sich jetzt nicht, den Parteitag zu unterbrechen - eine Unterbrechung fände ich nicht gerade sehr überzeugend -, sondern es wäre besser, den Bericht von Norbert Blüm vorzuziehen. Sie sollten darüber aber entscheiden, auch wegen der eben angesprochenen Konsequenz. Herr Präsident, meine Bitte ist, darüber nachzudenken und zu entscheiden.

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Helmut Kohl. Es ist vorgeschlagen worden - das Tagungspräsidium macht sich diesen Vorschlag zu eigen -, Tagesordnungspunkt 20.3 aufzurufen: Bericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“.

Wenn Sie mit dieser kurzfristigen Änderung der Tagesordnung einverstanden sind, dann geben Sie bitte das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Es ist vom Parteitag einstimmig so beschlossen. Lieber Norbert Blüm, das zeigt, daß wir Sie zu jeder Zeit am Rednerpult gerne sehen.

(Beifall)

Ich rufe somit Tagesordnungspunkt 20.3 auf:

**BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DER CDU-KOMMISSION  
„ZUKUNFT DER SOZIALEN SICHERUNGSSYSTEME“.**

Ich erteile Norbert Blüm das Wort.

**Dr. Norbert Blüm:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU-Kommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ legt einen Zwischenbericht, keinen Ergebnisbericht vor. Ich möchte diesen Zwischenbericht mit zwei Vorbemerkungen einleiten. Die erste Vorbemerkung ist mehr prinzipieller Natur, die zweite praktischer Natur.

Zunächst zum Prinzipiellen. Die CDU ist nicht die bessere FDP, und sie ist auch nicht die zweitbeste SPD. Wir sind die christliche Volkspartei der Mitte.

(Beifall)

Die Mitte ist kein idyllischer Ort irgendwo im Nirgendwo. Die Mitte hält gleich weiten Abstand zu Individualismus und Kollektivismus. In ihr findet der ständige Versuch statt, zwischen Individualansprüchen und Solidaransprüchen auszugleichen. Es geht im Sozialstaat immer wieder um die Balance zwischen Selbstverantwortung und Mitverantwortung.

Ich sage nicht, daß die Sozialdemokraten und die Liberalen noch Parteien des 19. Jahrhunderts seien. Auch sie haben sich weiterentwickelt. Es steckt bei ihnen aber noch viel in den Kleidern der alten Tradition.

Leitfigur einer christlich-demokratischen Politik ist weder das auf dem Egotrip befindliche Individuum noch der rundum versorgte Mensch im Mief des sozialistischen Volksheimes. Wir gehen vom selbst- und mitverantwortlichen Menschen aus. Die Christdemokraten müssen sich deshalb immer gegen zwei Seiten wehren. Es gibt immer zwei Seiten: einen losgelassenen Individualismus und einen alles versorgenden Kollektivismus.

Das erste, was Sozialdemokraten bei Problemen einfällt, ist: mehr Staat, mehr Umverteilung. Die FDP setzt auf weniger Staat und mehr auf den einzelnen. Die Zukunftsalternativen lassen sich aber nicht an Verteilungsquoten festmachen. Es ist nicht etwa so: Die SPD will 3 DM mehr, die FDP 1 DM weniger und wir 1,50 DM mehr. Dies sind nicht die Alternativen im Wettbewerb um Zukunft. Es geht um die Gestalt der Gesellschaft. Es geht um Freiheit und Gerechtigkeit.

Das modernste Sozialprinzip ist das Subsidiaritätsprinzip. Es gliedert die Solidarität. Es ist auf dem Boden der christlichen Soziallehre entstanden. Es schafft die Vorfahrtsregeln für die kleinere Gemeinschaft. Deshalb liegt im Subsidiaritätsprinzip auch die spezifische Differenz zum sozialistischen wie zum liberalistischen Solidaritätsverständnis.

(Beifall)

Der Sozialismus kennt nur das Kollektiv. Die klassenlose Gesellschaft hat keinen Gliederungsbedarf. Einheit und Gleichheit - das sind die Götter des Sozialismus. Im klassischen Liberalismus, im Uraltliberalismus gibt es nur den einzelnen und den Staat; dazwischen liegt Leere. Deshalb haben es beide mit den Zwischeninstanzen schwer. Diese Zwischeninstanzen sind Familie, Selbstverwaltung, Tarifpartnerschaft und auch Sozialversicherung als Ausdruck einer subsidiären Solidarität.

Sozialversicherung heißt nicht, alle Risiken zu privatisieren. Es heißt auch nicht, alle Risiken zu verstaatlichen. Subsidiäre Solidarität ist unser Platz. Dort ist auch der Platz der Sozialversicherung.

Die Rentenversicherung ruht auf drei Säulen, der gesetzlichen, der betrieblichen und der privaten. Wer die gesetzliche Rentenversicherung entlasten will, muß betriebliche und private Rentenversicherung stärken. Die solidarischen Einrichtungen könnten entlastet werden,

wenn wir in Sachen Eigentum in Arbeitnehmerhand weitergekommen wären, als wir in den letzten 40 Jahren gekommen sind.

(Beifall)

Wir haben 40 Jahre lang den Mund gespitzt, aber wenig gepfiffen. Manche haben deshalb schon Muskelkrampf.

Ich sage es noch einmal: Wer im Sinne der Subsidiarität die solidarischen Einrichtungen entlasten will, der muß für eine breite Streuung des Eigentums in Arbeitnehmerhand sorgen. Das war meine prinzipielle Vorbemerkung.

Nun zu der praktischen Vorbemerkung. In unserer Kommission soll jedes Argument gewichtet und gewogen, jeder Vorschlag geprüft werden. Wir wollen eine Diskussion ohne Scheuklappen.

Aber, meine lieben Freunde, die Rentendebatte leidet nicht an einem Mangel an Vorschlägen, sie leidet nicht an einem Mangel an Kreativität. Die Rentendebatte leidet eher an einem vagabundierenden Einfallsreichtum.

(Zustimmung)

Freitags werden in den Sonntagsredaktionen Zitate produziert, samstags wird der dazugehörige Name gesucht, sonntags wird es publiziert, montags wieder dementiert, und dienstags, mittwochs und donnerstags räume ich die Scherben weg. So können wir keine Rentendebatte führen!

(Beifall)

Das kann nicht nach dem Motto gehen: Hauptsache, wir haben mal darüber geredet. Das ist die Rechtfertigung für eine neue Redseligkeit. Die Rente ist aber kein Unterhaltungsspiel. Wir schreiben auf der empfindlichen Haut von Menschen, nicht auf einer Tabula rasa.

Das Ergebnis einer derartigen Diskussion können nur Angst und Sorge sein. Es geht um Lebensschicksale, es geht um Lebensplanung. Angst und Sorge sind ein schlechter Ratgeber, sind ein schlechter Begleiter für eine Diskussion, die zu sachlichen Lösungen führt.

Ich verstehe Wandel immer als eine Mischung zwischen Erhalten und Verändern. Darum geht es: Was ist erhaltenswert, was muß verändert werden? Falls sich da einer überhebt: Wir fangen nie am Nullpunkt an. Nur Revolutionäre haben sich überschätzt: „creatio ex nihilo“. Wir versuchen immer die Weiterentwicklung, und das ist das Gebot einer Politik der Mitte.

Hinzufügen möchte ich: Es bleibt mein Bestreben - und ich hoffe, alle stimmen zu -, am Ende der Diskussion über die Weiterentwicklung unseres Alterssicherungssystems wieder eine große Anstrengung für einen parteiübergreifenden Konsens zu unternehmen. Ich bleibe dabei: Es tut der Alterssicherung gut, wenn sie aus dem Streit der Parteien herausgehalten wird.

(Beifall)

Es tut ihr gut!

Ich sage nicht: Konsens um jeden Preis. Ich will nicht Konsens zum Null-Ergebnis. Wenn Konflikt sein muß, dann auch Konflikt! Aber der Konsens lohnt die Anstrengung.

Wissen Sie, meine lieben Freunde, das Gefühl, das Bewußtsein der sozialen Sicherheit ist nicht nur von der Höhe der versprochenen Leistungen abhängig, sondern auch von ihrer Berechenbarkeit, von ihrer Planbarkeit.

Ich wende mich gegen alle Versuche, den Sozialstaat jetzt madig zu machen. Er ist ein Stück unserer staatlichen Stabilität. Er war ein Pluspunkt im Systemwettbewerb zwischen West und Ost. Er war ein Standortvorteil im Systemwettbewerb, und niemand sollte der Versuchung erliegen, jetzt zu meinen, da der Sozialismus zusammengebrochen sei, könnten wir zum Kapitalismus auswandern. Die CDU bleibt der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards treu, und die hält gleich weiten Abstand zu Kapitalismus und Sozialismus.

(Beifall)

Sie ist eine gemischte Ordnung, sie verbindet Leistung mit sozialem Ausgleich und Wettbewerb mit Solidarität.

In unserer Kommission haben wir uns in sechs Sitzungen - soweit sind wir - fünf Problemkreisen zugewandt, fünf herausragenden Themen. Es sind die demographischen Veränderungen, die Veränderungen der Arbeitswelt, die Familie und ihre Funktion im sozialen Sicherungssystem, der Sicherungsanspruch der Frauen und die versicherungsfremden Leistungen.

Zum demographischen Problem: Meine lieben Freunde, die Demographie hat drei Dimensionen, erstens das Geburtenverhalten - schreckliches Wort: Fertilität -, zweitens die Lebenserwartung - schreckliches Wort: Mortalität - und die Wanderung, die Migration. Alle drei spielen für das Verhältnis der Generationen eine entscheidende Rolle, alle drei: Geburtenzahlen, Lebenserwartung und Wanderungsbewegung.

Zu den Geburtenzahlen: 1965 gab es 19 Geburten pro tausend Einwohner, 1995, also 30 Jahre später, nicht mehr 19, sondern 12. Das war schon wieder eine Steigerung; 1978 waren es einmal zehn Geburten.

Wenn ich dazu eine Zwischenbemerkung machen darf: Sicherlich muß auch die Rentenversicherung hier einen Beitrag leisten, wobei ich hinzufüge: Das Ja zu Kindern, das Ja zur Familie hängt nicht nur von der Rente ab. Es hängt davon ab, ob Kinder als Last empfunden werden und beim Staat abgerechnet werden oder ob sie ein Stück Lust und Zukunftserwartung sind. Man kann nicht alles mit Geld machen.

(Beifall)

Meine Frau und ich, wir haben unsere Kinder auch nicht aus demographischen Gründen bekommen, wirklich nicht!

(Heiterkeit)

Herr Bundeskanzler, Sie werden mich da von der Spur nicht abbringen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich glaube, es geht nicht zuletzt darum, ob Menschen sich vorstellen können, über ihre Existenz hinaus in Kindern weiterzuleben, oder ob ein Egoismus uns in einen engen Horizont bringt, in dem wir nur noch Kosten und Nutzen miteinander vergleichen. Dann werden Kinder zu einer Art Unfall, der beim Staat abgerechnet wird, und die Rentenversicherung wird zu einer Art Unfallversicherung. Ich wehre mich nicht gegen die Beschäftigung mit den demographischen Problemen, ich wehre mich nur dagegen, die Demographie nur auf materielle Fragen zu reduzieren. Das ist eine Sackgasse.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Die Menschen werden immer älter. Sie wünschen sich das, ich wünsche es mir; es kann ja niemand darüber klagen. 1970 hatte ein 60jähriger Mann noch 15 Jahre Lebenserwartung, 25 Jahre später 18,5 Jahre. Bei den Frauen ist es noch besser: 1970 bei einer 60jährigen Frau 19 Jahre, 1995, also 25 Jahre später, vier Jahre mehr. Das ist alles sehr erfreulich.

Nur, wir können es uns nicht leisten, daß wir älter werden und dafür früher in die Rente eintreten. Das hält kein Rentensystem der Welt aus. Deshalb heißt unsere Antwort auf dieses Thema auch: Anhebung der Altersgrenze.

(Zustimmung)

Weniger Kinder und längere Lebenserwartung, darauf muß eine Antwort gefunden werden. Eine Antwort ist die Anhebung der Altersgrenze. Wir verbinden das mit einem freiheitlichen Angebot. Laßt die Menschen doch selber bestimmen - es sind doch alles Erwachsene -, wann sie in Rente gehen. Die brauchen keine Reichsversicherungsordnung mit einem Datum. Laßt den einen früher gehen und den anderen später gehen. Nur, wer früher geht, der muß es bezahlen, der muß versicherungsmathematische Abschläge hinnehmen. Aber es ist doch ein Stück Freiheit, daß die Menschen selbst entscheiden, wann sie von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand übertreten. Ich denke, der Rentenschock, den viele erleiden, ist auch darauf zurückzuführen, daß das Pensionsdatum wie ein Vollstreckungsbefehl einer fremden Macht erscheint. Mehr Selbstbestimmung, mehr Wahl, mehr Optionen, das verbinden wir auch mit diesem Angebot.

Lassen Sie mich noch hinzufügen, wie wichtig das ist. Selbst wenn doppelt so viele Kinder geboren würden, wäre immer noch die Frage, erstens ob sie morgen Arbeit haben und zweitens wie lange sie Arbeit haben. Wenn doppelt so viele Kinder geboren würden, die aber morgen keine Arbeit hätten, wenn doppelt so viele Kinder geboren würden, die aber nur die Hälfte ihrer Lebensarbeitszeit arbeiten würden, wäre für die Rentenversicherung nichts gewonnen.

Sie sehen, wir müssen beides im Blick haben: Geburtzahlen und Lebenserwartung. Eine zusätzliche Rentenlaufzeit um ein Jahr bedeutet eine Belastung der Rentenversicherung in Höhe von 27 Milliarden DM, fast zwei Beitrags-Prozent. Die Rentenlaufzeit kann man ja nicht von ihrem Ende her beeinflussen - dafür ist der liebe Gott zuständig -, sondern nur von ihrem Anfang her.

Also, gegen alle Widerstände, gegen alle Proteste: Wer die Rentenversicherung der Zukunft sichern will, der kann dem Trend zur Frühverrentung nicht wehrlos gegenüberstehen. Wir müssen die Altersgrenze anheben.

(Beifall)

Freilich, die Entwicklung der Alterssicherung muß auch eine Antwort finden auf die Entwicklung in der Arbeitswelt. Arbeitsverhältnisse und Lebensbiographien lassen sich nicht mehr so leicht in ein Schema zwängen, wie das noch zu Zeiten der Fall war, als Fließband und Dampfmaschine die Industriegesellschaft dominierten. Der Einheitstakt von kollektivistischen Regelungen, der die Erwerbsgesellschaft formiert hat, wird zurückgedrängt.

Der Wandel der Arbeit bietet neue Chancen und neue Risiken für eine freiheitliche Gesellschaft. Wir können Arbeit und Freizeit besser miteinander koordinieren, wir können Familienarbeit und Erwerbsarbeit besser miteinander kombinieren. Wir müssen nicht mehr im Kopfsprung von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand, wir können sachte, schrittweise, Stufe für Stufe uns der Altersgrenze nähern. Wir brauchen keine großen Kolonnen, die im Parade-marsch durchs Leben marschieren. Wir können auch in unserem Sozialsystem zivilere Gangarten ermöglichen.

In dieser Hinsicht haben Sozialdemokraten es immer schwer, weil sie von der Gleichheit so geplagt sind. Was die nicht für alle regeln können, regeln die für niemanden. Das Alles-oder-Nichts-Prinzip verhindert Differenzierung, verhindert den neuen Namen des Fortschrittes; der heißt nämlich nicht mehr Expansion, sondern Differenzierung.

Altersgrenzen dürfen nicht wie eine Mauer erscheinen. Bildungszeiten müssen nicht in das erste Drittel des Lebens gezwängt werden. Da hocken junge Leute, bis sie 30 Jahre sind, auf der Schulbank herum. Die müssen ja frustriert sein. Das kann ja nicht normal sein.

(Vereinzelt Beifall)

Laßt sie früher in den Ernstfall des Lebens und Bildung ein ganzes Leben begleiten - zumal sich das Wissen ungeheuer schnell umschlägt. Der Ältere scheidet aus, wenn er nicht neu auftanken kann. Das ist der Unterschied zu früher. Bildung und Arbeit müssen besser miteinander versöhnt werden.

Wir können sogar die Fahrrichtungen der Arbeit verändern. Die Menschen müssen nicht mehr in die Großraumbüros und die großen Fabrikhallen fahren. Wir können die Arbeit nach Hause bringen. Da gibt es ganz neue Möglichkeiten. Ich betrachte das als eine große Chance: mehr Freiheit, weniger Fremdbestimmung, mehr Souveränität. Allerdings ist dies mit Risiken behaftet. Es entstehen neue Fluchtmöglichkeiten aus der Solidarität - Stichwort: Scheinselbstständigkeit.

Die geringfügig Beschäftigten bilden bei uns keine Ausnahme mehr; das würde ich ja ertragen, so perfekt muß man ja nicht sein. Aber die Strategie, die Solidarpflichten durch geringfügig Beschäftigte zu unterlaufen und sich die Leistung später, im Notfall, von allen bezahlen zu lassen, steht im Widerspruch zur Solidarität. Man hat nicht nur Rechte, man hat auch Pflichten.

3

(Beifall)

Mit der Einführung von Erziehungszeiten ins Rentenrecht wurde zum erstenmal der generative, der bestandssichernde Beitrag der Kindererziehung in der Rentenversicherung anerkannt. Die Frage ist: Wird er nur anerkannt, um die Fehlzeiten auszufüllen, oder wird er additiv, sozusagen als ein Kindergeld im Alter, gewährt? Diesbezüglich hat das Verfassungsgericht bereits Hinweise gegeben. Diese Fragen müssen wir neu klären: Welche Rolle spielt die Kindererziehung im Rentenrecht? Spielt die Kindererziehung nur bei der Auszahlung der Rente oder bereits während der Beitragszeiten eine Rolle?

Ich füge hinzu: Schon die Väter und Mütter der Rentenversicherung 1957 haben von einem Drei-Generationen-Vertrag gesprochen: Erwerbstätige mit Alten und Erwerbstätige mit Kindern. Allerdings hatten sie dafür zwei verschiedene Kassen; denn die Personenkreise sind ja nicht deckungsgleich. Nicht jedes Kind eines Rentenversicherten wird später selber Beitrag zahlen, und nicht jedes Kind eines nicht Rentenversicherten zahlt auch später keinen Beitrag.

Der eigenständige Sicherungsanspruch der Frauen ist ebenfalls eine wichtige Frage. Die Benachteiligungen der Frauen liegen auch an dem Charakter der Erwerbsgesellschaft. Nicht jede Benachteiligung kann das Rentenrecht ausgleichen. Man muß die Ursachen bekämpfen. Ich will insofern festhalten: Wenn man die Hinterbliebenenrente abschafft, dann hat nur noch die Frau Rentensicherheit, die erwerbstätig ist, dann ist nur noch die Ehe gesichert, in der beide erwerbstätig sind. Ich sage: Es steht der Rentenversicherung nicht zu, ein Ehemodell zum Normmodell der Gesellschaft zu machen.

(Beifall)

Wir brauchen dazu keinen staatlichen Vormund. Ob die Ehepartner ihren Haushalt mit einem Verdienst finanzieren oder mit zwei, das hat nicht die Rentenversicherung zu entscheiden. Deshalb brauchen wir eine Hinterbliebenenversicherung für den Sterbefall des Verdieners.

Ich füge, ganz aktuell, hinzu: Man darf sie selbst im Interesse der erwerbstätigen Frauen mit eigenem Anspruch nicht streichen. Deren Rente ist häufig so gering - wenige Beiträge, geringer Verdienst -, daß sie im Sterbefall des Mannes auf die zusätzliche Witwenrente angewiesen sind. Auch aus diesen ganz pragmatischen Gründen kann das nicht einfach abgeschafft werden. Freilich sind Leistungen mit Unterhaltersatzfunktion - Witwenrente - anders zu behandeln als Ansprüche aus durch Beitrag festgeschriebenem Lohnersatz.

Jetzt zu den versicherungsfremden Leistungen. Zunächst muß ich festhalten: Eine Sozialversicherung wird immer Solidarausgleich organisieren müssen, und nicht jeder Solidarausgleich ist schon versicherungsfremd. Wenn man alles, was nicht unmittelbar beitragsbezogen ist, zu versicherungsfremden Leistungen erklärt, kann man das Ding auch bei der Allianz absichern, dann braucht man keine Sozialversicherung. Es muß immer einen Solidarausgleich geben.

Erwerbsunfähigkeitsrenten - ein altes Solidarrisiko, schon bei Bismarck -: Ausgleich. Witwen- und Waisenrente: Ausgleich. Dennoch muß man fragen, ob alles, was der Rentenversicherung im Laufe der Zeit aufgebürdet wurde, wirklich Beitragsleistungen sind. Deshalb muß man der Frage mit neuer Stringenz nachgehen.

(Beifall)

Ich bin sicher: Das beitragsbezogene System wird nur überleben, wenn nicht alle Lasten den Arbeitsplätzen aufgebürdet werden. Ich bin deshalb dafür, daß wir diese Frage der Abgrenzung neu stellen: Was muß über Steuern finanziert werden, was muß über Beiträge finanziert werden? Denn wenn man allgemeine Aufgaben über Beiträge finanziert, sind gar nicht alle beteiligt - ich beispielsweise nicht; ich bin nämlich nicht sozialversichert, jedenfalls derzeit nicht. Und diejenigen, die sozialversichert sind, sind nur jene, die weniger als die Beitragsbemessungsgrenze verdienen. Die guten Menschen, die der Rentenversicherung alles aufbürden, betreiben - bei Licht besehen - eine Subvention der Bezieher höherer Einkommen durch Bezieher niedriger Einkommen. Das ist eine Verteilungsgerechtigkeit.

(Beifall)

Ich füge allerdings hinzu: Die Beitragslast hängt mit dem Arbeitsplatz zusammen. Arbeitsplätze sind teuer. Ein solcher Beitrag verfolgt das mit dieser Arbeitskraft erstellte Produkt rund um die Erde. Noch in Südafrika ist er im Produktpreis enthalten. Wenn die Beiträge von Verbrauch finanziert werden, machen sie an den Verbrauchsgrenzen Halt.

Also ist strategisches Denken gefordert: Erstens müssen wir unser beitragsbezogenes System schlanker machen, damit es überlebt, und zweitens müssen wir die in ihm liegenden Beschäftigungschancen wahrnehmen.

Die Kernfrage der sozialen Sicherung ist - darauf führt sich alles zurück, meine lieben Freunde; da können wir diskutieren, organisieren, soviel wir wollen -: Geht uns die Arbeit aus? Bezahlt wird das soziale Sicherungssystem aus der Arbeit. Das ist, wie ich glaube, die fast kulturhistorische Auseinandersetzung zwischen Rot-Grün und uns. Bei Licht betrachtet ist Rot-Grün eine Bewegung des Zivilisationspessimismus. Im Grunde geht Rot-Grün davon aus, daß Arbeit ausgeht und wir nur noch eine Mangelverwaltung haben.

Wenn das so ist, dann sage ich: Nehmt Abschied von einem lohn- und leistungsbezogenen System. Dann machen wir ein Versorgungssystem und verteilen die Gelder, sofern sie vorhanden sind. Ich gehöre nicht zu denen, die das wollen.

Wir gehören in Deutschland ja zu den Privilegierten. Wir leben auf einer Insel des Wohlstands. Bei 80 Prozent der Weltbevölkerung, die von 20 Prozent der Erdengüter leben, zu sagen, die Arbeit gehe aus, halte ich für einen Zynismus geradezu menschenverachtender Art. Wir müssen die Arbeit nur besser organisieren. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall)

Es wird doch wohl niemand behaupten, daß es nicht auch bei uns noch viele Bedürfnisse gibt. Wir sind doch kein festgezurrtes Wesen. Was wir brauchen, ist nur eine größere Innovation.

An solchen Weggabelungen zwischen Pessimismus und Optimismus stand die Geschichte schon häufiger. Wenn Trends immer hochgerechnet werden, landet man meistens irgendwann in der Sackgasse. Trends sind keine Naturprozesse. Sie müssen gewendet werden. Wie war es zu Beginn der Industriegesellschaft? Damals haben die Weber geglaubt, die Webmaschinen nähmen ihnen die Arbeit weg. Das ist auch der Fall gewesen. Aber andere Arbeit und mehr Wohlstand ist entstanden.

Die Kernfrage ist deshalb: Trauen wir es uns zu, Arbeit so zu organisieren, daß alle Menschen daran teilnehmen, sie auch neu zu verteilen, neue Formen der Arbeit anzubieten? Geben wir der Innovation eine Chance, oder ziehen wir uns zurück in eine Weltuntergangsstimmung?

Wenn das so ist, dann ist Arbeit auch ein Regulator des Sozialsystems, es sei denn, wir verzichten auf den Leistungsbezug. Dazu kann ich nicht raten. Es wird immer Arbeit geben, und Arbeit wird nie ein Spiel sein. Schlaraffenland, das ist ein Märchen, aber in der Realität nicht zu finden. Arbeit wird immer Anstrengung sein, wird nie ganz Spiel sein. Die Menschen - jedenfalls ich - sind von Natur aus zwar nicht faul, aber es braucht schon die Überwindung gewisser innerer Widerstände. Und da gibt es zwei Möglichkeiten, die Leistung zu fördern: erstens sie zu belohnen, zweitens die Nichtleistung zu bestrafen. Ich plädiere für Belohnung. Es muß sich auch im Sozialstaat lohnen, zu arbeiten und Beitrag zu zahlen.

(Beifall)

Es kann nicht sein, daß sich der, der im Sozialstaat nicht arbeitet und keinen Beitrag zahlt, genauso gut steht wie der, der schafft, arbeitet und Beiträge zahlt.

(Beifall)

Wenn Sie auf diesen Unterschied verzichten, dann brauchen Sie den Überwachungsstaat, dann brauchen Sie den Kontrollstaat, dann brauchen Sie den Staat, der ständig Bedürfnisse prüft. Ich will keinen Sozialstaat, der rund um die Uhr prüft, ob die Menschen bedürftig sind oder nicht. Ich sage: Hast du geschafft, hast du gearbeitet, hast du Beitrag gezahlt, kriegst du eine anständige Rente. Das ist meine Antwort.

(Beifall)

Deshalb ist mein Sozialstaat auch nicht nur der Sozialstaat der Bedürftigen. Das höre ich immer wieder: Man müsse den Sozialstaat auf den Bedürftigen konzentrieren. Mein Sozialstaat ist das nicht. Er ist nicht das Armenhaus der Gesellschaft. Natürlich muß der Sozialstaat die Existenz sichern. Aber er hat nicht nur Existenzsicherungsaufgaben, er muß auch Leistungsgerechtigkeit gewähren. Im Risikofall muß sich der besser stehen, der etwas geleistet hat. Der Sozialstaat nur als Fürsorgestaat - das ist der Nachfolger der ostelbischen Großgrundbesitzer. Die waren ihren Knechten gegenüber auch gütig, und Weihnachten haben die Knechte sogar eine Gans und einen Schnaps bekommen.

Das hat mit meinem Sozialstaat nichts zu tun. Mein Sozialstaat ist: Du hast gearbeitet, du hast selber Ansprüche erworben. Das ist ein Stück Selbständigkeit in unserer Gesellschaft. Das verteidige ich, und das muß die CDU verteidigen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir wollen die Diskussion in der Kommission auch mit Ihnen weiterführen. Ich plädiere für eine Weiterentwicklung. Wer etwas Neues weiß, soll es sagen; allerdings nicht nur mit Überschriften. Es muß sich auch rechnen. Es reicht nicht, einen Taschenrechner nur zu besitzen, man muß ihn auch bedienen können. Man muß in den Taschenrechner auch hineingeben, wie das System aussehen soll.

Wenn sich etwas Besseres findet, dann erst muß das Alte zurücktreten. Aber es entspricht einer konservativen Maxime zu sagen: Die Beweislast hat das Neue. Erst wenn das Neue besser ist als das Alte, kann das Alte zur Seite treten.

Ich kenne kein besseres System. Ich weiß allerdings, daß es weiterentwickelt werden muß, daß wir nicht einfach an dem jetzigen Zustand festhalten können.

Meine Damen und Herren, ich wende mich an unsere Freunde in den neuen Bundesländern: Welches Rentenversicherungssystem der Welt wäre fähig gewesen, über Nacht 4 Millionen Rentner der ehemaligen DDR zu übernehmen, die Renten umzustellen und auszuzahlen? Kein kapitalgedecktes System hätte das geschafft. Deshalb ist dies auch die Stunde, einmal die großen Leistungen unserer Rentenversicherung in über 100 Jahren zu würdigen und sie nicht ständig madig zu machen.

(Beifall)

Derjenige, der behauptet, ein kapitalgedecktes System hätte das ebenfalls geschafft, soll hier auftreten und das sagen.

Deshalb: Weiterentwicklung ja, Offenheit für bessere Argumente. Aber, liebe Freunde, denkt daran: Die, die uns zuhören, müssen uns auch verstehen. Es darf keine Diskussion geführt werden, bei der man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Ich rate also zu einer offenen, aber behutsamen Diskussion.

Was mich am meisten stört, ist eine Sprache, die eine Sprache der Hartherzigkeit ist. Wenn ich höre, es müsse tiefer ins soziale Fleisch eingeschnitten werden: Ja, meine lieben Freunde, wir sind doch nicht in der Metzgerei. Es handelt sich um Menschen.

(Beifall)

Deshalb: Umbau, Mitverantwortung und auch ein Stück mehr Sensibilität, als mancherorts anzutreffen ist. Also Weiterentwicklung und Offenheit in der Diskussion. Das ist mein Zwischenbericht.

(Anhaltender Beifall)

**Christian Wulff, Tagungspräsidium:** Lieber Norbert Blüm, wir bedanken uns bei Ihnen für beide Reden: für die vorbereitete und die dann frei gehaltene Rede. Sie haben jetzt ja zwei Reden sozusagen in einer gehalten. Das hat uns besonders erfreut. Wir haben Ihnen ja auch zweimal gedankt: gestern geheim bei den Wahlen und jetzt durch den starken Beifall noch einmal öffentlich. Wir wissen, was wir an Ihnen haben, Norbert Blüm. Wir sind stolz darauf, daß Sie bei uns an vorderster Front kämpfen.

(Beifall)

Wir danken für den Bericht, für die bisherige Arbeit der Kommission. Es wird ausreichend Gelegenheit geben zu einer Aussprache über den Abschlußbericht der Kommission, und zwar auf einem Kongreß im Frühjahr 1997. Dort können dann alle auf das endgültige Ergebnis Einfluß nehmen. Jetzt liegt ja nur ein Zwischenbericht vor, zu dem natürlich auch eine Aussprache vorgesehen ist.

Es liegt bisher nur eine Wortmeldung vor. Ich mache den Vorschlag, daß wir diese Wortmeldung jetzt aufrufen. - Dazu erteile ich Ulf Fink aus dem Landesverband Brandenburg das Wort.

**Ulf Fink:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Als Mitglied der Rentenkommission möchte ich doch gern ein Wort sagen, weil ich in der Öffentlichkeit immer wieder gelesen habe, wir hätten uns vorschnell für eine Weiterentwicklung des vorhandenen Systems entschieden und andere Alternativen außer acht gelassen.

Ich will dazu sagen, daß wir das sehr wohl getan haben. Wir haben uns vor allem mit einem zentralen Thema beschäftigt, das auch Norbert Blüm als das zentrale Thema benannt hat: Auch wir sind der Auffassung, daß es ein neues System geben müßte, wenn unserer Gesellschaft die Arbeit ausginge. Denn es ist richtig, daß unsere Rentenversicherung auf der Basis der Arbeit der Lohneinkommen beruht. Wenn es so wäre, daß unserer Gesellschaft der Arbeit ausgehen würde, wenn es so wäre, daß die Löhne einen immer geringeren Anteil an unserem Volkseinkommen hätten, dann würde unserer Rentenversicherung in der Tat die Basis entzogen.

Nun gibt uns allerdings eine Kennziffer darüber Auskunft, ob die Behauptung richtig ist, daß uns die Basis für die Rentenversicherung entzogen wird. Das ist die sogenannte Lohnquote, also der Anteil der Löhne gemessen am Volkseinkommen. Wenn man sich diese Quote anschaut, dann sieht man, daß sie im Laufe der Zeit zwar variiert, aber daß sie über Jahrzehnte hinweg in Deutschland, aber auch in anderen Ländern in etwa 70 Prozent beträgt. Wenn das weiterhin so ist, haben wir auch in Zukunft eine Basis für unser Rentenversicherungssystem.

Nun könnte man sagen: Das ist eine rückwärtsgewandte Betrachtungsweise. Manche sagen: In Zukunft wird das anders sein; da werden wir nur noch wenige durchgängige Arbeitsverläufe haben; es werden viele Menschen nur teilzeitbeschäftigt sein, und es wird in Zukunft nicht mehr genügend Lohneinkommen geben. ↘

Aber da hilft uns ein Blick in die Vereinigten Staaten von Amerika. In den Vereinigten Staaten von Amerika, die auf den meisten Gebieten technologisch führend sind, ist die Lohnquote nicht gesunken. Vielmehr liegt sie dort mittlerweile bei über 72 Prozent.

Das ist auch klar: Der Dienstleistungsbereich wird in Zukunft der wichtigste Bereich sein. Robert Reich hat dazu gesagt: Die Weltwirtschaften werden in Zukunft nicht mit Kapital gegeneinander konkurrieren, sondern sie werden damit konkurrieren, wer die bestausgebildeten Bürger hat. Deshalb wird die Lohnquote auch in Zukunft eine geeignete und richtige Basis sein.

Jedenfalls spricht nach diesen Beobachtungen nichts dafür, zu sagen: Nein, ein beitragsbezogenes System funktioniert nicht mehr; wir müssen auf ein steuerfinanziertes System umsteigen.

Unter diesen Voraussetzungen ist es auch richtig, was Norbert Blüm gesagt hat: Wir müssen etwas mit Blick auf das Lebensalter tun. Wir müssen etwas im Bereich der versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse tun.

(Beifall)

Wir müssen etwas tun, was die Anerkennung der Familie angeht. Wir müssen auch etwas im Zusammenhang mit dem Rentenniveau tun.

Aber insgesamt können wir Ihnen als Botschaft aus der Rentenkommission geben: Wir können unser leistungsbezogenes Alterssicherungssystem erhalten. Wir müssen es reformieren, aber unser System ist auch in Zukunft ein gutes.

(Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich, an dieser Stelle den Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union, unseren Freund, den Finanzminister Dr. Theo Waigel, unter uns begrüßen zu können.

(Beifall)

Lieber Theo Waigel, wir freuen uns immer, wenn wir den Bundesfinanzminister bei uns haben. Aber noch mehr freuen wir uns, wenn wir den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei hier haben. Das Verhältnis von CDU und CSU ist etwas ganz Einzigartiges. So mancher hat darüber manches geschrieben. Ganz begreifen und ergreifen kann man das nie, weil Last und Lust - wie in einer guten Ehe - immer dicht beieinanderliegen. Aber wir wissen, was wir an diesem prickelnden Verhältnis von CDU und CSU haben, nämlich vor allem Erfolg in den letzten 50 Jahren der Bundesrepublik. Und das soll auch so bleiben.

(Beifall)

Ich möchte zunächst noch dem Debattenredner, Herrn Fink, für seinen Beitrag danken und noch kurz die Aussprache über den Bericht der Kommission von Norbert Blüm zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zu Ende bringen.

Uns liegen weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt, da das nur ein Zwischenbericht ist, nicht vor, so daß wir diesen Beitrag so im Raum stehenlassen können. Ich danke an dieser Stelle noch einmal Norbert Blüm für die 14 Jahre - drei Tage weniger, als Helmut Kohl Bundeskanzler unseres schönen Landes ist - und wünsche ihm bei dem Abschluß dieser Kommissionsarbeit mit all den Beteiligten viel Erfolg. Vielen Dank, Norbert Blüm, für die Arbeit zur Zukunft der Rente.

(Beifall)

Nach Abschluß des Tagesordnungspunktes 21, Aussprache zu diesem Zwischenbericht, ruhe ich erneut den Tagesordnungspunkt 7,

## GRUSSWORTE

auf. Ich erteile dem Parteivorsitzenden der CSU, Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel, das Wort:

**Dr. Theo Waigel**, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Lieber Helmut Kohl! Meine lieben Freunde von der CDU! Ich darf allen Delegierten des 8. gesamtdeutschen Parteitages der CDU die herzlichen Grüße der Schwesterpartei übermitteln.

Ich überbringe besonders herzliche Grüße an den gastgebenden CDU-Landesverband von Niedersachsen und gratuliere Ihnen zu den hervorragenden Ergebnissen bei den Kommunalwahlen, über die wir uns genauso gefreut haben wie über die Ergebnisse in Nürnberg,

Fürth, Erlangen, Regensburg und Kempten, wo wir die sozialdemokratischen Oberbürgermeister zum Teufel gejagt haben.

(Heiterkeit und Beifall)

– Lieber Erwin Teufel, das war nicht gegen Sie gerichtet.

(Heiterkeit)

Baden-Württemberg war der einzige Ort, wo ich einmal dem Teufel Erfolg gewünscht habe. Normalerweise mache ich das sonst nicht.

(Heiterkeit und Beifall)

Das hat uns sehr gefreut, und diese Kommunalwahlen stimmen uns optimistisch für die Landtagswahlen in 1998.

Wenn sich Gerhard Schröder mehr um seine Kanzlerkandidatur als um die politischen Probleme in Niedersachsen kümmert und mit einem rührenden Appell an die Großherzigkeit von Lafontaine glaubt, seine Dinge vorbereiten zu sollen, dann muß man ihm einmal klipp und klar sagen: Wer kommunalpolitisch in Niedersachsen die zweite Geige spielt, kann nicht verlangen, in Deutschland die erste Geige zu spielen.

(Beifall)

Nun gratuliere ich dem Parteivorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, zu dem Ergebnis von gestern. Ich habe kurz nachgesehen: Bei mir waren es das letzte Mal 95,1 Prozent, bei ihm sind es 95,5 Prozent. Ich glaube, damit kannst du leben, Helmut.

(Heiterkeit und Beifall)

Die 0,4 Prozent hast du dir redlich verdient, weil du 12 Jahre länger Parteivorsitzender bist als ich und nur noch von Franz Josef Strauß übertroffen wirst, der es auf 27 Jahre an der Spitze der CSU gebracht hat. Ich erwähne das deswegen, um deinem Ehrgeiz keine Grenzen zu setzen,

(Heiterkeit und Beifall)

nachdem du jetzt am 30. Oktober die Regierungszeit von Konrad Adenauer übertriffst, auf 14 Jahre Kanzlerschaft zurückschaust und sich deine Amtszeit langsam, aber sicher der von Otto von Bismarck, was die Zeit anbelangt, nähert. Das sind schon gewaltige Dimensionen, auf die du und die CDU - ich sage das auch für die CSU - stolz sein dürfen.

Meine lieben Freunde, mit Helmut Kohl werden die Unionsparteien auch die nächsten Bundestagswahlen erfolgreich bestehen. Auf die CSU können Sie dabei setzen!

(Beifall)

Helmut Kohl hat in entscheidener Weise Deutschlands Wiedervereinigung und Europas Zusammenwachsen auf den Weg gebracht - eine wahrlich historische Entscheidung in einer Zeit, als sich die Chance bot, Deutschland nicht zu isolieren, sondern in Europa und in die Welt einzubetten. Meine lieben Freunde, das Faszinierendste am Ende dieses Jahrhunderts ist,

daß wir zum erstenmal in diesem Jahrhundert nicht mehr von Gegnern und Feinden, sondern von Partnern und Freunden umgeben sind. Das ist das Schöne, das Großartige an unserer Zeit.

(Beifall)

Helmut Kohl hat dabei Mut und Maß sowie Verlässlichkeit und Verantwortungsbewußtsein unter Beweis gestellt. Die Medien haben längst ihren Tribut an dich gezollt. Die Medien haben sich verändert, nicht mehr du. Der „Spiegel“ und andere grüßen dich, obwohl du nicht zurückgrüßt.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Freunde, eines sagt die Statistik: Es werden immer die gewählt, über die es die meisten Karikaturen gibt. Das sind Helmut Kohl und ich.

(Beifall)

CDU und CSU stellen sich der Verantwortung. Die politische Führung erfordert Mut, auch Mut, gegen den vermeintlichen Zeitgeist zu stimmen. Wer politische Führung für sich beansprucht, der muß politische Entschlußkraft und Durchsetzungskraft unter Beweis stellen. Wir wollen auch nach der Jahrtausendwende die politische Führungskraft in Deutschland bleiben. Wir müssen in der Phase des weltweiten Umbruchs die Fähigkeit zur programmatischen Anpassung und zur Bewältigung der neuen Herausforderungen demonstrieren.

Wir müssen die Kraft auch zu unpopulären Entscheidungen aufbringen. Alle richtungweisenden Entscheidungen in der Nachkriegszeit - von der Sozialen Marktwirtschaft über die Westbindung bis hin zum NATO-Doppelbeschluß und zu den europapolitischen Entscheidungen, nicht zuletzt die Wiedervereinigung - tragen die Handschrift von CDU und CSU.

Meine Damen und Herren, wenn es ernst wird, versagt die SPD. Das ist eigentlich tragisch für eine so große Traditionspartei in der Geschichte der Demokratie in Deutschland. Vor Godesberg hat sie - außen- und wirtschaftspolitisch auf die falschen Pferde gesetzt. Danach hat sie sich bemüht, und heute ist sie nicht eine Reformpartei, die sie 1969 sein wollte, sondern geradezu eine Reformverweigerungspartei. Ihre schlimmsten Fehler hat sie 1989/90 begangen.

Wer damals die NATO-Mitgliedschaft ganz Deutschlands als außenpolitisches Abenteuer bezeichnet hat und dann feststellen muß, was Helmut Kohl und diese Regierung im Kaukasus erreicht haben, daß ganz Deutschland in die NATO gehört und in der NATO bleibt, und wer heute feststellen muß, daß es die größte Sehnsucht der mittel- und osteuropäischen Staaten ist, möglichst schnell in die Europäische Union und in die NATO zu kommen, der muß doch eingestehen, daß er in tiefgreifenden Entscheidungszeiten versagt hat. Den Leuten darf nicht die Macht in die Hand gegeben werden, wenn Deutschland und Europa in die neue Zeitenwende gehen.

(Beifall)

Heute geben die Taktierer und Politikverweigerer um Oskar Lafontaine den Ton an. Der Bundesrat wird zum Blockadeinstrument umfunktioniert - ohne Alternativen zu den Vorhaben der Koalition.

Meine Damen und Herren, was ich der SPD am allermeisten verüble, ist, daß sich eine Partei der Freiheit und eine Partei der Menschenrechte nicht schämt, in einigen Teilen Deutschlands - denken Sie an Ostdeutschland - mit den geistigen Nachfolgern von Henkern und Menschenschindern gemeinsame Sache zu machen. Mit Henkern paktiert man nicht.

(Beifall)

Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes stellt eine Investition dar, deren finanzielle Bewältigung Zeit braucht. Es wäre jedoch für den Stimmungshaushalt unserer Nation förderlich, wenn nicht nur die Kosten der Einheit bejammert, sondern auch über die Erträge der Einheit gesprochen würde.

Wir haben in sechs Jahren mehr Wohnungen instand gesetzt, Telefonleitungen gelegt und Straßen gebaut, als die DDR dies in 40 Jahren getan hat. Europas modernste Automobilfabrik steht in Thüringen. Westdeutsche Unternehmen kaufen 1996 für 50 Milliarden DM in den neuen Bundesländern moderne Produkte ein. Die Investitionen pro Einwohner liegen auch 1996 in den neuen Bundesländern um 60 Prozent über dem Westniveau.

Früher richteten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs 1,4 Millionen Soldaten ihre Waffen aufeinander. Heute stehen in Deutschland 500 000 Angehörige der Bundeswehr und unsere NATO-Verbündeten. Diesen Frieden in unserem Vaterland, den haben nicht die Demonstrierer und Verweigerer herbeigeführt, sondern unsere Politik unter Helmut Kohl. Das war die größte Friedenspolitik seit 1949.

(Beifall)

Wir müssen uns, meine lieben Freunde, einer neuen Welt, einer weltweiten Vernetzung, allen Problemen der Globalisierung stellen. Das bedeutet eine Koordinatenverschiebung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Wer glaubt, er könne über internationale Abmachungen den Wettbewerb ausschalten und andere dazu verpflichten, mit uns nicht in den Wettbewerb zu treten, ist ein Illusionist und gehört nicht an die Spitze Deutschlands. Wer wirtschaftspolitisch zu spät kommt, der verschwindet in der zweiten Liga des Weltcups. Besitzstandsdenken und Verkrustungen sind Bremsen bei der Zukunftsbewältigung.

Nun haben wir aber auch im letzten Jahr und in den letzten Jahren, wie ich meine, wichtige Weichen gestellt. Mit dem Ladenschlußgesetz haben wir ein Signal zur Deregulierung gegeben, und die Vereinbarungen auf Betriebsebene zur Flexibilisierung der Arbeitszeit verdeutlichen eines, nämlich daß die meisten Betriebsräte und Arbeitnehmer in den Unternehmen längst weiter sind als die Gewerkschaftsfunktionäre an der Spitze mancher Gewerkschaften; ich wiederhole: längst weiter und viel verantwortlicher.

(Beifall)

Mit der Lockerung eines überzogenen Kündigungsschutzes erleichtern wir kleineren Unternehmen die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte. Mit der Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und den immissionsrechtlichen Bestimmungen haben wir wichtige Beiträge zur Beschleunigung der Investitionsgenehmigungsverfahren geleistet. Jetzt muß auch die Wirtschaft das ihrige tun und darf sich nicht länger auf investitions hemmende Rahmenbedingungen berufen.

Die Arbeitsplatzlücke ist letztlich nur zu schließen, wenn die Arbeitgeberlücke geschlossen wird und wenn mit neuen Existenzen, neuen Betrieben und neuen Handwerksbetrieben ein entscheidender Impetus zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen gegeben wird. Mit dem Meister-BAföG, den ERP-Krediten und dem Eigenkapitalhilfeprogramm haben wir in den vergangenen Monaten die Voraussetzungen zur Schaffung neuer Betriebe erheblich verbessert. Und, meine lieben Freunde, wir müssen alles daran setzen, an der Spitze des technologischen Fortschritts zu stehen. Wer, wie SPD und Grüne, neue Technologien in Frage stellt - von der Magnetschwebbahn bis hin zur Gentechnik -, der darf sich am Ende nicht wundern, wenn verschiedene Investoren einen Bogen um Deutschland machen.

Sehr vergeblich ist unsere Zeit. Nur, man muß sich schon einmal ins Gedächtnis rufen, was die Grünen noch vor zehn Jahren gefordert haben: Anerkennung der DDR und ihrer Staatsbürgerschaft, Austritt aus der NATO und Abschaffung der Bundeswehr, Verbot von Job-Sharing und Heimarbeit, Absenkung der Strafrahmen und die Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe.

Man stelle sich vor, diese Typen wären gemeinsam mit der SPD an die Macht gekommen. Ade, Deutschland! Das darf nie passieren, und dazu muß der Wähler 1998 eine klare Entscheidung gegen diese Verhinderungsfront treffen. Es kann nur mit CDU und CSU und dieser Koalition einen vernünftigen Weg ins nächste Jahrhundert, ins nächste Jahrtausend geben.

(Beifall)

Die Konjunktur verbessert sich, die Inflationsrate liegt mit 1,5 Prozent auf einem historischen Tiefstand. Das niedrige Zinsniveau unterstreicht das Vertrauen der Finanzmärkte in unseren Kurs. Geschäftsklima und Auftragseingänge haben sich spürbar verbessert. Wir werden in diesem Jahr entgegen den letzten Prognosen ein Wachstum von etwas mehr als 1 Prozent erreichen. Nach allen Prognosen wird die Wachstumsrate im nächsten Jahr eine zwei vor dem Komma aufweisen - mit entsprechend positiven Wirkungen auch auf Investitionen und den Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren, der Schlüssel für mehr Wachstum und Beschäftigung liegt - daran führt kein Weg vorbei - in der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Eine schrittweise Reduzierung der Neuverschuldung schafft die Voraussetzung für die Rückführung der gesamtwirtschaftlichen Steuer- und Abgabenbelastung. Das Wesen einer symmetrischen Finanzpolitik besteht darin, daß die Ausgabenzuwächse des Staates begrenzt werden unter die Zuwächse des nominalen Bruttosozialprodukts. Nur dadurch kann die Staatsquote gesenkt, nur dadurch kann der Spielraum für die Reduzierung der Nettokreditaufnahme einerseits und eine Reduzierung der Steuer- und Abgabenbelastung gefunden werden. Wenn wir im Haushalt 1997 mit 2,5 Prozent Reduktion der Ausgaben, des Ausgabenwachstums, eine Reduktion und nicht eine Erhöhung durchführen, dann ist das seit 1954 der ehrgeizigste Sparhaushalt, den wir verabschieden werden. Das ist kein einfaches Projekt. Wir werden auch bis zum Jahr 2000 höchstens mit Steigerungen von etwa 1 Prozent arbeiten können, um damit die Finanzkennziffern an das anzugleichen, was für die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland notwendig ist.

Die SPD ist in dem Zusammenhang eine Pharisäerpartei. Im Bundestag beklagt sie die hohe Verschuldung, und im Bundesrat verhindert sie die notwendige Konsolidierung.

(Beifall)

Es ist schon eine geistig-politische Verlogenheit, bei allen Leistungsgesetzen, die wir in den letzten zwei Jahren bis in die letzten Tag hinein auf den Prüfstand der Konsolidierung gestellt haben, uns zunächst soziale Kälte vorzuwerfen, es im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß dann scheitern zu lassen oder abzuschwächen und dann wieder in den Bundestag zu gehen und die hohe Verschuldung zu beklagen. Das ist eine politische Verlogenheit. Wenn sie auch kurzfristig Stimmungen mobilisieren können, langfristig paßt zwar der Bevölkerung Sparen und Einschränken nicht, aber langfristig weiß auch jeder, daß es ohne die Konsolidierung keinen Fortschritt gibt. Langfristig wissen auch mehr als 60 Prozent, daß es zu diesem Kurs der Konsolidierung, des Sparens für die Zukunft, keine Alternative gibt. Wenn wir in diesem Jahr die Entscheidungen fällen, wenn im nächsten Jahr die Konjunktur anzieht und im Jahre 1998 dann auch auf dem Arbeitsmarkt sichtbare Erfolge zu erzielen sind, werden wir feststellen, der schwierige Kurs 1996 hat sich 1998 und danach gelohnt, und darum dürfen wir daran keine Abstriche vornehmen.

(Beifall)

Jetzt gibt es bei der SPD bei der Unternehmensteuerreform wieder ein Stück aus dem Tollhaus. Einige sagen, Wegfall der Gewerbesteuer komme nicht in Frage; andere sind dafür. Der Erste Bürgermeister von Hamburg sagt: „An sich bin ich dagegen, aber es ist nicht zumutbar, die Gewerbesteuer in den neuen Bundesländern einzuführen. Wenn Du, lieber Theo Waigel, in Europa nicht erreichst, daß das nochmals verlängert wird, dann sorg doch dafür, daß sie in den neuen Bundesländern nicht erhoben wird.“ Das ist schon eine Ungeheuerlichkeit. Letztlich ist das die Aufforderung zum Gesetzesbruch. Wer den Bürgern in den neuen Bundesländern, wer den Betrieben in den neuen Bundesländern, wer den Finanzämtern nicht zumuten kann und will, diese schädliche Steuer zu erheben, der muß sie jetzt abschaffen und nicht pharisäerhaft sagen, sie sollte beibehalten werden, und sie doch einführen, um damit Hunderte von Betrieben in den neuen Bundesländern in den Ruin zu bringen. Diese verlogene Haltung werden wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall)

Wir kommen mit dem Wegfall der Vermögensteuer, die zu 60 Prozent nur das Betriebsvermögen belastet, dem Standort Deutschland und der Verbesserung des Standortes Deutschland einen wichtigen Schritt näher. Das muß sich aber fortsetzen mit der Abschaffung der Gewerbesteuer und der Verbesserung der Gewerbeertragsteuer, natürlich verbunden mit einer entsprechenden Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer.

(Beifall)

Wenn noch vor einem Jahr die kommunalen Spitzenverbände zum Teil skeptisch waren, spürt man heute, wie stark sich das geändert hat, denn es kann den Gemeinden und Städten nichts Besseres passieren, als auf die Dauer an einer Steuer beteiligt zu sein, die nicht sinkt, sondern

die steigt, damit die Kommunen, die Städte und Gemeinden, nicht dauerhaft von sehr konjunkturabhängigen Steuern wie der Gewerbesteuer und der Gewerbeertragsteuer abhängig sind.

(Beifall)

Ich weiß, meine lieben Freunde, wie schwer es für Sie und für uns alle war, einen Sparvorschlag zu machen, wonach wir die Erhöhung des Kindergeldes um 20 DM im Jahr 1997 um ein Jahr verschieben wollten. Das ist uns allen von allen Sparmaßnahmen mit am schwersten gefallen. Ich möchte aber auch daran erinnern, daß wir 1994 im Wahlkampf niemanden versprechen konnten, daß wir 1996 den Familienleistungsausgleich um etwa 7 Milliarden DM verbessern würden. In der Abwägung Konsolidierung oder höhere Schulden, mehr Ausgaben-Können für Investitionen, Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze schien es uns vertretbar und zumutbar, auf diese Erhöhung ein Jahr zu verzichten. Wenn die SPD sich an der Stelle verweigert, obwohl viele SPD-Politiker im Vorfeld dies für vertretbar gehalten haben, dann müssen wir das zur Kenntnis nehmen, und dann macht es auch keinen Sinn, im Bundestag oder im Bundesrat unsere eigenen Mitglieder und unsere eigenen Freunde in eine Abstimmung zu drängen, die für uns alle sehr schwer gewesen wäre. Aber dann muß man natürlich die Konsequenzen daraus ziehen, wie eine Einnahmелücke oder eine Ausgabenvermehrung von dreieinhalb bis fünfeinhalb Milliarden DM getragen werden kann. Das waren schwierige und schmerzliche Entscheidungen.

Wenn aus den Reihen der FDP immer wieder die Forderung nach einem Haushaltssicherungsgesetz kommt: Meine Damen und Herren, wir haben seit 1993 nicht ein Haushaltssicherungsgesetz gehabt, sondern wir haben eine Reihe von Leistungsgesetzen auf den Prüfstand gestellt. Vom Kindergeld angefangen über das Asylbewerberleistungsgesetz, über die Sozialhilfereform, über BAföG waren es alles Leistungsgesetze, wo wir uns der schwierigen Frage gestellt haben, sie umzustellen, sie auch zu kürzen, um die Leistungsgesetze, um den Sozialhaushalt an die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Ich komme nicht daran vorbei, daß die letzte Steuerschätzung für das nächste Jahr 30 Milliarden DM weniger prognostiziert als noch die Steuerschätzung im Mai 1995. Die Zahlen hole ich mir nicht irgendwoher. Die Zahlen beziehen wir zum Teil aus dem Bundeswirtschaftsministerium, was die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten anbelangt. Die Steuerschätzung wird von Bund und Ländern unter Beteiligung der Wirtschaftsinstitute, der Bundesbank und des Sachverständigenrats gemacht. Ich muß mich an diese Schätzung halten. Alles andere wäre Manipulation.

Wenn für das nächste Jahr für den Bundeshaushalt 30 Milliarden DM weniger geschätzt werden als ein halbes Jahr zuvor und für den öffentlichen Gesamthaushalt, Bund, Länder und Kommunen, über 60 Milliarden DM weniger, dann müssen wir die Konsequenzen daraus ziehen. Da man dies mit einer Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast nicht machen kann, führt an schmerzhaften Einsparungen kein Weg vorbei.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bedanke mich gerade auch bei den Sozialpolitikern; denn manchmal ist es wirklich schwer. Angeblich soll Ihr Parteivorsitzender gestern von meinem manchmal herben Charme gesprochen haben. Ich kann das überhaupt nicht verstehen.

(Heiterkeit)

Ich meine, daß ich ganz überzeugend und weitgehend lächelnd auf Norbert Blüm zugehe. Manchmal kann ich gar nicht verstehen, daß er sich meinen Konsolidierungsbemühungen kurzfristig entgegenstellt.

Aber Spaß beiseite, lieber Norbert Blüm und liebe Kolleginnen und Kollegen. Es sind verdammte schwere Zeiten; wir müssen sie gemeinsam bewältigen. Entweder wir schaffen es jetzt, oder die Zeit bestraft uns.

(Beifall)

Ich bin davon überzeugt: Wir müssen es tun; denn andere können es nicht.

Zur Reform der Einkommensteuer hat die Steuerkommission in den vergangenen Wochen und Monaten positive Arbeit geleistet. Ich möchte mich bei dir, Wolfgang Schäuble, und bei den Mitgliedern deiner Kommission sehr herzlich für diese Arbeit bedanken, auch für den Steuerkongreß, von dem ich meine, daß er wichtige positive Impulse gesetzt hat.

(Beifall)

Wir sind uns in den wichtigsten Dingen einig, nämlich in der Reduzierung der Steuersätze bei gleichzeitiger Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Wenn man moderne Steuerpolitik machen will, dann muß man auch die Enden kennen. Wir stellen uns einen Spitzensteuersatz von unter 40 Prozent vor; das habe ich immer gesagt. Die Marge um 35 Prozent ist genau richtig, weil sie eine umfassende Reform mit positiven Auswirkungen auf Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer und Zinsertragsteuer ermöglicht. Der Eingangssteuersatz soll etwa 20 Prozent betragen.

Nun muß sich eine solche Steuerpolitik in die gesamte Finanzpolitik einpassen. Wir können uns 1999 keine Steuerpolitik leisten, die dann auf einen Schlag die Nettokreditaufnahme um 20 oder 40 Milliarden DM erhöht. Unser Ziel ist ein Anteil der Nettokreditaufnahme am öffentlichen Gesamthaushalt in Höhe von etwa 2,5 Prozent in 1997. 1998 soll dieser auf 2 Prozent zurückgeführt werden. - Ich kann mich nicht in Europa hinstellen und den Stabilitätspakt, den die Deutschen vorgeschlagen und gefordert haben, verlangen und mich selber nicht daran halten.

Meine Damen und Herren, es wäre nicht gut für uns, wenn in anderen Ländern die Konsolidierung schneller voranschritte als in Deutschland. Wir haben zwar guten Grund, auf die Sonderprobleme durch die deutsche Einheit zu verweisen. Niemand außer uns in Europa und in der Welt hat diese Probleme. Nur, Finanzkennziffern haben es an sich, daß man nach ein paar Jahren nicht mehr über ihren Grund spricht, sondern nur noch über ihre Wirkung auf die nationale Wohlfahrt und die internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Darum, meine Damen und Herren, fordere ich Sie alle, auch über diesen Raum hinaus, zu einer fairen Arbeitsteilung auf. Allen, die niedrigere Steuersätze fordern, biete ich schon heute

einen Platz in der ersten Reihe an, wenn es um den schmerzhaften Abbau von Vergünstigungen und Sonderregelungen geht.

(Beifall)

Eine Rollenverteilung, bei der die einen für die Drecksarbeit im Steinbruch und die anderen für den Verkauf von Marmor zuständig sind, kann es bei uns und in der Koalition nicht geben.

(Beifall)

Ich habe bisher nur auf ganz wenige Dinge hingewiesen, die meines Erachtens nicht in Frage gestellt werden sollten. Das sind die Steuerabzugsfähigkeit der Kirchensteuer und die grundsätzliche Steuerabzugsfähigkeit von Spenden, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens. Wir dürfen das unglaubliche Engagement der Kirchen nicht nur im religiösen, theologischen Bereich, sondern auch im sozialen Bereich nicht schmälern.

(Beifall)

Auf den Kantianischen Glauben, wenn die Menschen erst einmal weniger Steuer zahlen, würden sie sich mit Leidenschaft zu Spenden für religiöse, mildtätige, gemeinnützige und andere Dinge bereit erklären, vertraue ich nicht so ganz. Ich selber überlege mir, ob ich all das, was ich durch die Steuerreform einspare, sofort mildtätig ausbebe. Diese Absicht habe ich eigentlich nicht. Insofern glaube ich, daß dies für uns klar sein sollte.

Was die Spenden anbelangt: Die Bundesrepublik Deutschland, dieser Staat, diese Gesellschaft, lebt auch vom Ehrenamt.

(Beifall)

Wenn wir die vielen ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer nicht hätten, dann würde es arm und kalt in Deutschland.

(Beifall)

Darum bedarf es auch hier einer Berücksichtigung.

Eines aber, meine Damen und Herren, ist klar: Wer weniger Steuern zahlt, der darf nicht vom Staat allumfassende Fürsorge erwarten. Weniger Steuern korrespondieren mit mehr Verantwortung,

(Vereinzelt Beifall)

so daß Solidarität und Subsidiarität neu zu bestimmen sind und der Freiheit und der Eigenverantwortung der Bürger ein größerer Raum zugewiesen werden muß.

Wir stehen also vor der Aufgabe, Solidarität und Subsidiarität als korrespondierende Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und unseres christlichen Menschenbildes neu zu definieren. Wir brauchen ein neues Gleichgewicht zwischen Jung und Alt, zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen, zwischen Vorsorge und Eigenbeteiligung einerseits und dem gestiegenen Anspruchsdenken unserer Zeit andererseits.

Die Jugend erwartet von uns, daß der Generationenvertrag auch künftig die Lasten fair verteilt. Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, nur wenn die Freundschaft der Generationen in einer Gesellschaft trägt, ist eine Gesellschaft, ist ein Staat dauerhaft lebensfähig. Nur wenn die Jungen wissen, was sie den Älteren zu verdanken haben, aber auch die Älteren wissen, daß das Bruttosozialprodukt, mit dem Renten und Hinterbliebeneneinkünfte finanziert werden, aus der Produktivität und der Leistung der Jungen resultiert, und sich beide aufeinander zubewegen, nur dann ist ein Generationenvertrag auf Dauer lebensfähig.

Arbeitsuchende wollen eine Beschäftigungsperspektive und kein Kartell der Arbeitsplatzbesitzer auf ihrem Rücken. Solidarität mit dem schwächeren, mit dem kleineren Teil der Bevölkerung, mit all denen, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, setzt die Bereitschaft zum Besitz und zur Eigenverantwortung voraus. Wer die hohen Lohnnebenkosten in Deutschland beklagt, aber gleichzeitig eine größere Selbstverantwortung bei der Lohnfortzahlung und im Gesundheitsbereich ablehnt, der handelt moralisch doppelzünftig.

(Beifall)

Es wäre höchste Zeit, daß Herr Lafontaine endlich bei den internationalen sozialistischen Parteien in die Nachhilfe geht und sich dort einmal erkundigt, was in Holland, in Österreich und in vielen anderen Ländern von dortigen Sozialisten oder Sozialdemokraten bereits durchgeführt worden ist.

(Beifall)

Zu richtig verstandener Solidarität gehört auch die Bekämpfung der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen. Solidarität erfordert zum Beispiel die Durchsetzung des Lohnabstandsgebots. Wenn mir ein Landrat zum neuen Sozialhilfegesetz schreibt, daß von 80 einbestellten Sozialhilfeempfängern knapp 75 Prozent die Heranziehung zu einer gemeinnützigen Arbeit abgelehnt hätten, dann ist eine Kürzung bzw. Einstellung der Sozialhilfe in diesen Fällen nur mehr als recht und billig. Anders funktioniert eine Gesellschaft nicht.

(Beifall)

Wenn mir der gleiche Landrat mitteilt, daß sich unter den Arbeitsverweigerern auch ein afghanischer Offizier befindet, der eine körperliche Arbeit mit seiner Offiziersehre nicht vereinbaren konnte, dann habe ich dafür kein Verständnis.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Mit 148 Milliarden DM stellen die Sozialausgaben auch weiterhin den größten Posten im Bundeshaushalt dar. Deutschland ist und bleibt ein weltweit vorbildlicher Sozialstaat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch zu einem Thema, das uns allen gemeinsam besonders am Herzen liegt, Stellung nehmen: zu Europa. Wem zu Europa politisch der Mut fehlt, der hat aus der Geschichte nichts gelernt.

(Vereinzelt Beifall)

Das Projekt der europäischen Einigung ist ein historisches politisches Vorhaben, um nach zwei entsetzlichen Weltkriegen eine dauerhafte Friedensordnung in Europa zu schaffen. Was die Währungsunion angeht, so nehmen wir die psychologischen Ängste der Bevölkerung ernst. Mit den harten Konvergenzkriterien und dem von mir durchgesetzten Stabilitätspakt für das Inkrafttreten der dritten Stufe haben wir alle erdenklichen Vorkehrungen zur Schaffung einer Stabilitätsgemeinschaft getroffen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns auch einmal überlegen, was wir von unseren Nachbarn alles verlangen. Wir verlangen von unseren Nachbarn, daß sie ihre Notenbankgesetze umstellen und sie so gestalten wie das deutsche Bundesbankgesetz. Wir verlangen von unseren Nachbarn, daß sie ihre Finanzpolitik so gestalten, wie wir es die letzten Jahre und Jahrzehnte versucht haben. Wir verlangen von unseren Nachbarn, daß sie ihre Währungspolitik so gestalten, wie wir es vorhaben. Wir verlangen von ihnen, daß künftig ihre Währungspolitik nicht mehr aus ihren Hauptstädten, sondern von Frankfurt am Main in Deutschland aus gesteuert wird. Die anderen sind bereit, sich auf ein Modell zu einigen, das fast luppenrein dem deutschen Modell der Währungs-, Finanz- und Geldpolitik entspricht.

Etwas Besseres kann Deutschland nicht passieren, als daß um uns herum eine Stabilitätszone entsteht und schon entstanden ist, wie wir sie noch nie hatten. Von 12 Prozent Inflation vor zwölf Jahren sind wir unter 3 Prozent Inflation in ganz Europa angekommen. Das wäre ohne unsere Politik nicht möglich gewesen.

(Starker Beifall)

Meine Damen und Herren! In der Innen- und Rechtspolitik - davon bin ich zutiefst überzeugt - entscheidet sich das Schicksal der Demokratie. Natürlich werden die Außen- und die Europa-politik, werden die ökonomischen Fragen, wird die Arbeitslosigkeit das zentrale Thema 1998 sein. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die Frage der inneren Sicherheit, der Bewahrung von Freiheit und Sicherheit auch im Innern das große Thema der nächsten zehn bis 15 Jahre sein wird.

(Beifall)

Zu unserer Rechtspolitik gehört, daß wir uns auch als Anwalt wertkonservativer Gruppen verstehen. Deshalb bekennen wir uns unserem christlichen Politikverständnis entsprechend zum aktiven Schutz des ungeborenen Lebens. Deshalb, meine Damen und Herren, bekennen wir uns auch in einem anderen Feld zum Schutz der Ehre unserer Soldaten vor beleidigenden Verunglimpfungen. Die vielen Millionen Bundeswehrangehörige waren und sind unsere Söhne und dürfen nicht als Mörder bezeichnet werden.

(Beifall)

Wer sich zu Nation und Nationalbewußtsein bekennt, ist kein Rechtsextremist. Wir sind beides: nationalbewußt und überzeugte Europäer. Wir wollen ein Europa der Regionen, ein Europa der Nationen und ein Europa der Vaterländer.

(Beifall)

Alle Ebenen der Politik und der menschlichen Gemeinschaft haben ihre eigene identitätsstiftende und -bildende Kraft - die Regionen als Ort der Heimat, die Nationen als solidarische Schicksalsgemeinschaften und Europa als eine Friedens-, eine Stabilitäts-, eine Freiheitzone. Wir brauchen die Zusammenarbeit der Welt, um überhaupt überleben zu können.

Meine Damen und Herren! Deutschland ist seiner solidarischen Hilfe in Europa und in der Welt nachgekommen wie kein anderes Land. Deutschland war vor 50 Jahren eine Trümmerwüste. Wir wissen um die Not und die Verzweiflung von Flüchtlingen, von Vertriebenen und Obdachlosen, und wir haben auch nicht vergessen, wer uns damals geholfen hat, wieder auf die Beine zu kommen.

Kein Land hat in den letzten Jahren mehr für die Flüchtlinge in Europa, vor allen Dingen aus Bosnien-Herzegowina, getan als Deutschland.

(Beifall)

Die deutschen Kommunen haben dafür in den letzten Jahren mehr als 15 Milliarden DM aufgebracht. Wir sagen Ja zu weiteren Hilfen der Europäischen Union und der Vereinten Nationen. Es muß eine Hilfe zur Selbsthilfe sein. Nur, meine Damen und Herren, der Wiederaufbau dort darf nicht nur von Soldaten, von Technikern und von internationalen Hilfsorganisationen gewährleistet werden, er muß auch von den Menschen dort bewerkstelligt werden.

(Beifall)

Darum ist es richtig und nicht inhuman, wenn schrittweise auch die Rückkehr der Menschen stattfindet, damit sie sich am Wiederaufbau ihrer Heimat beteiligen.

Meine Damen und Herren, ich kann mich gut erinnern, daß in meinem Heimatdorf Oberrohr - dort lebten damals etwa 350 Bürger - etwa 20 bis 30 Kinder aus dem Ruhrgebiet untergebracht waren; sie sollten dem Hunger und dem Tod entgehen. Wenige Tage nach Kriegsende haben ihre Eltern sie wieder zurückgerufen, und sie sind unter bittersten Umständen - ich sehe sie noch heute abreisen - zurück nach Bochum, nach Dortmund und in die anderen Städte, in eine Not gegangen, von der sie nicht wußten, wie sie sie bewältigen würden.

Aber die Kinder und genauso die Erwachsenen wollten nicht mehr länger irgendwo in ihren Unterkünften in Schwaben, in Niederbayern oder sonstwo in Deutschland sein. Sie wollten wieder zurück. Sie haben angefangen, ihre Häuser aufzubauen, ihre Straßen herzurichten, ihre Fabriken wieder funktionsfähig zu machen. Einen anderen Weg zum Wiederaufbau gibt es auch in Bosnien-Herzegowina nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir müssen achtgeben, daß bei einem wichtigen Punkt, nämlich bei der Innen- und Rechtspolitik, der Ausländer- und Asylpolitik, nicht die Rattenfänger von rechts das Thema besetzen. Unser gemeinsamer Kampf für das neue Asylgesetz hat sich gelohnt. Wolfgang Schäuble und andere haben unter unglaublich schwierigen Umständen gegen SPD und FDP in mühseligen Beratungen diesen Erfolg endlich erreicht. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten heute noch

die Situation, daß 400 000 bis 500 000 oder noch mehr Asylanträge pro Jahr gestellt werden. In welcher Situation würden sich unsere Gemeinden und Städte dann befinden?

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage auch hier sehr offen und klar, daß eine Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft ein falscher Schritt wäre

(Beifall)

und uns politisch in größte Schwierigkeiten bringen würde.

Realismus ist auch bei der Verbrechensbekämpfung gefragt. Wir haben lange gebraucht, bis wir endlich die Einführung des großen Lauschangriffes vereinbaren konnten. Jetzt geht es um alle Welt doch darum, nicht nur abhören zu können, sondern auch mit Videoüberwachungen im Gangstermilieu das Notwendige zu tun, um den Gangstern und Banditen wirklich das Handwerk legen zu können.

(Beifall)

Wir müssen alle Mittel nutzen, um den Drogenkönigen, den Schlepperbanden, den Auto-, Geld- und Waffenschiebern das Handwerk zu legen. Wenn in den jüngsten Vorschlägen zum Strafrecht eine Verschärfung von Strafen bei Delikten gegen den Körper und seine Unversehrtheit vorgesehen wird, dann stimmen wir dem zu. Wenn damit aber gleichzeitig die Herabsetzung des Strafrahmens bei Delikten gegen das Eigentum, bei räuberischer Erpressung oder ähnlichen Delikten verbunden ist, dann sage ich deutlich, daß dies mit uns nicht zu machen sein wird.

(Beifall)

Die Bürger müssen die Gewißheit haben: Der Staat schützt sie und nicht den Verbrecher.

Lassen Sie mich zu einem ganz ernsten, tragischen Thema in aller Ruhe auch ein Wort sagen. Der Schutz wehrloser Kinder muß schwerer wiegen als das Interesse eines Straftäters an vorzeitiger Haftentlassung, Freigang oder Hafturlaub.

(Anhaltender Beifall)

Wir müssen im Strafrecht und im Strafprozeßrecht wieder mehr an das Opfer und dürfen nicht nur an den Täter denken. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit wieder mehr auf den Schmerz und das Leid der Opfer richten.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, die Koalition der Mitte hat in der ersten Hälfte dieser Legislaturperiode gute Arbeit geleistet. Wie sagte doch die SPD? Sie sagte, sie wolle uns jagen. Von Hunderten oder Tausenden von Abstimmungen haben wir - Wolfgang Schäuble, in diesem Zusammenhang sind nicht zuletzt die Fraktionsführung und die Geschäftsführer zu nennen - fast keine verloren. Das ist eine großartige Leistung der Fraktion und auch der Koalition.

(Beifall)

Wenn wir weiterhin Entschlußkraft und Durchsetzungsfähigkeit unter Beweis stellen, können wir optimistisch auf die nächsten Bundestagswahlen zugehen. Unser Stufenplan zur Verantwortung für Deutschland ist ganz einfach. 1996 müssen alle schwierigen Entscheidungen - auch unpopuläre - getroffen werden. 1997 wird sich das bereits in einer Verbesserung der Konjunktur und der Investitionen auszahlen. Dann gibt es 1998 ganz klare Fronten: hier CDU und CSU mit der FDP und dort eine Koalition von SPD, Grünen und Kommunisten. Zu einer solchen Koalition darf es in Deutschland nicht kommen.

(Beifall)

CDU und CSU werden die geistige Auseinandersetzung um die Lebensgesellschaft und die Staatsideen dann bestehen, wenn wir Entschlossenheit beweisen. Mit dem Mut zur Verantwortung, mit der Besinnung auf Werte, Freiheit, Leistung und Gemeinsinn, die CDU und CSU zu den erfolgreichsten Volksparteien Europas gemacht haben, mit dem klaren Ja zur Weiterentwicklung von Forschung und Technik, zum Fortschritt, mit dem Kampf für ein positives Denken und gegen die Angst, mit der Reformbereitschaft, die unsere Parteien seit 50 Jahren auszeichnet und modern hält, und mit dem Optimismus und der Gelassenheit der Christen - mit diesen Prinzipien und in diesem Geist werden wir Deutschland in das nächste Jahrhundert führen. Wir müssen Geradlinigkeit, Glaubwürdigkeit und Entschlossenheit vermitteln. Die CSU wird auch in den kommenden Jahren ihren Beitrag zum Erreichen unserer gemeinsamen Ziele leisten. - Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen alles Gute.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Lieber Theo Waigel, der Parteitag dankt Ihnen für diese große Rede. Wir haben uns gestern abend situationsgerecht schon in der Münchener Halle versammelt, um uns auf diesen Vormittag einzustimmen. Wir sind sehr glücklich darüber, daß es ein solch großes Maß an Übereinstimmung zwischen CDU und CSU gibt. Wir wissen ja, daß das Verhältnis so ist, daß ein Parteitagsbeschluß der einen Partei die andere nicht binden kann. Als CDU-Politiker habe ich manchmal allerdings das Gefühl, es könnte so sein, daß wir durch CSU-Beschlüsse gebunden werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Es besteht jedenfalls ein besonderes Verhältnis zwischen unseren Parteien. Wir als CDU Deutschlands stehen zur weiteren erfolgreichen Arbeit unserer Bundesregierung, die von CDU, CSU und FDP getragen wird. Dieses Signal sollte auch von diesem Parteitag ausgehen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 10 auf:

**BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION  
IM DEUTSCHEN BUNDESTAG, DR. WOLFGANG SCHÄUBLE**

Ich freue mich darüber, mitteilen zu können, daß Herr Waigel heute vormittag bei dem Vortrag von Dr. Wolfgang Schäuble und auch zu Beginn der Debatte über die Steuerpolitik bei uns ist. Das freut uns ganz besonders. Auch dafür, lieber Theo Waigel, den herzlichen Dank des Parteitages.

(Beifall)

Wolfgang Schäuble, Sie haben das Wort.

**Dr. Wolfgang Schäuble:** Vielen Dank, Herr Tagungspräsident. - Liebe Parteifreunde! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unser Parteitag findet in einer Zeit statt, in der Weichen gestellt werden müssen, die darüber entscheiden, welches Gleis unser Land in welche Zukunft führt, ob es eine gute oder eine schlechte Zukunft sein wird. Wir haben vor fast genau zwei Jahren die Bundestagswahl gewonnen. Die Wähler haben die Koalition mit einer knappen, aber stabilen Mehrheit ausgestattet. Wie stabil diese Mehrheit ist, haben wir in diesen zwei Jahren immer wieder bewiesen, durch Geschlossenheit, Disziplin und Einsatzbereitschaft aller 294 Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Auf unserem Bundesparteitag im November 1994 in Bonn habe ich gesagt, daß auch knappe Mehrheiten im Bundestag uns nicht zum Stillstand verführen, daß vielmehr dynamische Bewegung Stabilität geben muß. Daran möchte ich heute erinnern, nicht deshalb, weil wir uns bisher zu wenig voranbewegt hätten - da spricht unsere Bilanz seit der letzten Bundestagswahl ja eine eindrucksvolle Sprache -; aber ich möchte deshalb daran erinnern, weil wir nicht nachlassen dürfen in unseren Anstrengungen, die großen Herausforderungen und Aufgaben unserer Zeit anzunehmen und zu bewältigen.

Liebe Freunde, das, was wir tun und wie wir es tun, aber vor allem auch das, was wir vielleicht unterlassen zu tun, wird nicht nur unseren Erfolg oder Mißerfolg bei den nächsten Wahlen beeinflussen - was allein schon wichtig genug wäre -, sondern es wird vor allem entscheidend dafür sein, in welchem Zustand unser Land die Schwelle zum nächsten Jahrtausend überschreitet. Machen wir uns nichts vor: Noch so scharfsinnige Analysen und kluge Reden können das Handeln nicht ersetzen, und wir müssen handeln, wenn wir für die Menschen in Deutschland Wohlstand, soziale Sicherheit, innere und äußere Stabilität auch in Zukunft erhalten wollen. Das Motto unseres Parteitags „Handeln für die Zukunft“ ist mit Bedacht gewählt worden.

Die meisten der Probleme, mit denen wir es zu tun haben, haben im wesentlichen drei Ursachen: zum einen den fortschreitenden Prozeß der Globalisierung, der uns zwingt, uns in einem schärfer werdenden weltweiten Wettbewerb um Produktionsanteile und damit um Arbeitsplätze zu behaupten; zum zweiten eine technologische Revolution, die die alten industriellen und sozialen Strukturen ins Wanken gebracht hat, weil in der industriellen Produktion mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr produziert wird, was unseren Wohlstand zwar erhöht, aber den Arbeitsmarkt eben grundlegend verändert; drittens eine demographische Entwicklung, die den Altersaufbau unserer Gesellschaft dramatisch verändert und die damit den Problemdruck besonders auf die sozialen Sicherungssysteme erheblich verschärft.

Wenn unsere wirtschaftliche und soziale Lage durch Entwicklungen auch in ganz anderen Teilen der Erde unmittelbar beeinflußt wird, dann heißt das aber nicht, daß wir die bei uns spürbaren Folgen gottgegeben wie Naturgewalten ertragen müssen. Daß die Welt immer enger zusammenrückt, daß Entfernungen schrumpfen, daß auch andere Länder sich auf den Weg gemacht haben, den Menschen mehr Wohlstand zu verschaffen, das ist ja nicht etwas Schlechtes, nur weil wir dadurch mit einem Mal weniger komfortabel dastehen. Aber wir spüren die Auswirkungen auch schmerzlich, weil sie uns in einer Lage treffen, in der die ge-

sellschaftlichen Voraussetzungen für eine rechtzeitige, flexible und solidarische Reaktion auf die globalen und sozialen Veränderungen schlechter werden.

Wir stellen schon seit geraumer Zeit fest, daß der innere Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schwächer wird. Unser hohes, bislang nie gefährdetes Wohlstandsniveau hat das Bewußtsein, daß man aufeinander angewiesen sein könnte, abnehmen lassen. Die Absicherung für alle Lebenslagen - die möglich war, weil wir über Jahrzehnte hohe Zuwachsraten hatten und deshalb immer mehr soziale Leistungen finanzieren konnten - hat für viele Menschen das Verständnis von Solidarität auf die Frage nach den persönlichen materiellen Ansprüchen gegenüber öffentlichen und kollektiven Kassen reduziert.

Gegen Individualisierungstendenzen, die in dieser Form nur möglich geworden sind auf der Grundlage von Freiheit und Wohlstand, ist so lange nichts einzuwenden, wie dabei die Taue zu Gemeinwohl und Gemeinsinn nicht gekappt werden. Wenn aus Individualismus aber Egoismus wird, wenn Verantwortung nicht mehr zunächst als eigene, sondern nur noch als die einer anonymen Allgemeinheit begriffen wird, auf die man alles abwälzt, dann, liebe Freunde, gerät eine Gesellschaft, in der diese Geisteshaltung vorherrschend wird, spätestens dann in tiefe Verunsicherung, wenn es nicht mehr nur um die Verteilung von Wohltaten und Zuwächsen, sondern eben um die Anpassung an gravierende Entwicklungen geht, die unser Leben in Zukunft vielfältig betreffen und verändern werden.

Verunsicherung führt dazu, daß man sich an alles klammert, was man hat oder zu haben glaubt. Verunsicherung verleitet dazu, jede Veränderung dann abzulehnen, wenn sie einen persönlich trifft. Das erklärt für mich einen großen Teil des Widerstands gegen tiefgreifende Reformen. Aber um solche - menschlich ja verständlichen - Reaktionen kümmern sich die weltweit stattfindenden Prozesse nicht. Wir haben nicht die geringste Chance, uns abzuschotten und zu sagen: Laßt die Welt doch machen, was sie will. - Paradiesgärtlein sind eben leider keine irdische Kategorie.

Das denkbar unerfreulichste Ergebnis dieser miteinander verflochtenen weltweiten wie einheimischen Entwicklungen sind vier Millionen Arbeitslose - eine Zahl, die uns nicht ruhen lassen darf.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, hat der Erhalt der bestehenden, vor allem aber die Schaffung neuer Arbeitsplätze für uns oberste Priorität. Da macht es keinen Sinn, aus dem globalen Wettbewerb einfach aussteigen zu wollen, wie der SPD-Vorsitzende Lafontaine das empfiehlt. Denn dieser vermeintliche Ausweg schafft keinen einzigen konkurrenzfähigen Arbeitsplatz, sondern führt direkt in die Staatspleite, wie Lafontaine das im Saarland ja eindrucksvoll vorexerziert.

(Beifall)

Aber im Gegensatz zum Saarland, das ja vom Bund unterstützt wird, gibt es für die Bundesrepublik Deutschland einen rettenden Tropf nicht. Entweder nehmen wir also die globalen Herausforderungen an und finden Lösungen, die es uns erlauben, auch unter veränderten Bedingungen unser Wohlstandsniveau zu halten, oder, liebe Freunde, wir werden uns aus der

Gruppe der führenden Wirtschaftsnationen verabschieden, und dann werden wir vor leeren Kassen von den guten alten Zeiten träumen, als Verteilungskonflikte noch aus den Zuwachsraten gelöst werden konnten. Zukunft gewinnen wir nur, wenn wir uns den Herausforderungen stellen.

(Beifall)

So ist die entscheidende Frage, wie wir es schaffen können, die Kräfte für ein dynamisches Wirtschaftswachstum freizusetzen, wie wir den Mehltau aus struktureller Erstarrung und Unbeweglichkeit beseitigen können, ohne das Wurzelwerk des sozialen Friedens zu beschädigen.

Von welcher Seite auch immer man sich einer Antwort nähert, man wird stets auf denselben Kern stoßen: auf die demotivierende Wirkung unseres zu komplizierten Steuer- und Abgabensystems, das Leistungswillen bremst und Kreativität vor allem dann freisetzt, wenn es darum geht, möglichst viel an öffentlichen Kassen vorbeizuschleusen oder aus ihnen abzuzweigen.

In Deutschland ist die Staatsquote, also der Anteil der Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden und der Sozialversicherungen am Bruttosozialprodukt, wieder auf über 50 % angestiegen. Beim Amtsantritt von Helmut Kohl lag sie bei 52 %. Bis Ende 1989 war sie auf 45,7 % abgesenkt; das ist Ausdruck unserer erfolgreichen Arbeit in den 80er Jahren. Durch die Sonderbelastungen aus der Überwindung von 40 Jahren Teilung und Sozialismus sind wir jetzt wieder über 50 % gekommen. So unvermeidlich das war, so wenig kann es auf Dauer bleiben. Wenn die Hälfte von jeder Mark, die in Deutschland erwirtschaftet wird, in öffentlichen und kollektiven Kassen landet, darf man sich über die strangulierende Wirkung nicht wundern, weil der Spielraum für privates Wirtschaften und für private Vorsorge drastisch geschmälert wird.

Nun, liebe Freunde, möchte ich etwas zitieren:

Eine zu hohe Staatsquote hemmt die wirtschaftliche Dynamik, engt Spielräume für Eigeninitiative ein und mindert die Leistungsbereitschaft der Bürger. Durch eine deutliche Rückführung der Staatsquote müssen neue Handlungsspielräume, insbesondere für arbeitsplatzschaffende, private Investitionen geschaffen werden.

Diese beiden Sätze stehen in der gemeinsamen Erklärung von Bundesregierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften vom 23. Januar 1996, Überschrift: Bündnis für Arbeit und zur Standorticherung.

Man muß ja inzwischen häufiger daran erinnern, wer das unterschrieben hat, weil manche von denen das offenbar vergessen haben.

(Beifall)

Um diesen notwendigen Spielraum für private Investitions- und Innovationsbereitschaft zurückzugewinnen, gibt es keinen anderen Weg, als den Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt zurückzuführen. Und das heißt zuerst und vor allem sparen.

Wer nur umverteilt, wer nur an der einen Stelle entlastet, dafür aber an einer anderen Stelle zusätzlich belastet, der senkt die Staatsquote nicht, der bremst die Ausgabendynamik nicht, der schafft keinen Freiraum für mehr Investitions- und Innovationsbereitschaft. Nicht einen einzigen konkreten Sparvorschlag hat die rot-grüne Blockade- und Verweigerungsfront in den

zurückliegenden Wochen und Monaten gemacht. Immer nur neue Abgabe- und Steuererhöhungen, notfalls Umschichtungen, aber niemals Ausgabesenkungen. So, liebe Freunde, sinkt die Staatsquote nicht.

(Beifall)

Sozialisten, welcher Schattierung auch immer, sind ideologisch fixiert auf große Einheiten und zentralistische Lösungsansätze. Deswegen fällt ihnen bei jedem Problem immer nur noch eine Abgabe und noch mehr Bürokratie ein. Aber die praktische Umsetzung sozialistischer Denkansätze ist gescheitert, und angesichts der angesprochenen globalen, technologischen wie sozialen Entwicklungen versagt der bürokratische Zentralismus.

Kleine und mittlere Unternehmen sind monostrukturierten Kolossen an dynamischem Entwicklungspotential weit überlegen. Privatisierte Unternehmen bewegen sich in globalen Märkten wettbewerbsfähiger als monopolistische Staatskonzerne.

Im Zeitalter von Tele-Arbeitsplätzen drohen die Tarifpartner, ohne viel mehr Flexibilität, zu erstarrten Dinosauriern zu werden, die ihre auch in Zukunft so wichtige Funktion für sozialen Ausgleich und Stabilität nicht mehr erfüllen können. Für soziale Sicherung und mitmenschliche Fürsorge können wir auch in Zukunft nicht ausschließlich auf die großen kollektiven Systeme zählen. Solidarische Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung bleiben notwendig, aber private Vor- und Fürsorge, Eigenverantwortung und freiwillige Solidarität können sie niemals entbehrlich machen.

(Beifall)

Deshalb ist das Ordnungsdenken der Christlichen Demokraten den Sozialisten überlegen. Subsidiaritätsprinzip - Theo Waigel hat davon gesprochen -, Vorrang für die kleinere Einheit, die Familie zuerst, ehrenamtliches Engagement, auch Privatisierung und Deregulierung, das entspricht unserem Bild vom zur Freiheit begabten und zum Gemeinwohl verpflichteten Menschen. Das gehört zu unserer Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft.

Das Gegenbild der Opposition heißt noch mehr Steuern und Abgaben, noch mehr Bürokratie und im Ergebnis noch mehr Lähmung und Verkrustungen.

Deshalb, liebe Freunde, bedeutet „die Staatsquote senken“ zugleich eine strukturelle Reform an Haupt und Gliedern, mit der wir zusätzliche Arbeitspotentiale erschließen können, mit der wir soziale Sicherheit zukunftsfest machen und neue Antriebskräfte bei vielen Menschen in allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen freilegen.

Aber diese Erkenntnis zu gewinnen ist das eine, die praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen das andere und der schwierigere Teil des Unternehmens; denn Staats- und Abgabenquote senken, Ausgaben zurückfahren, einsparen und zugleich strukturelle Veränderungen herbeiführen heißt eben immer auch, Besitzstände anzutasten. Aus vielen Umfragen wissen wir, daß eine große Mehrheit in der Bevölkerung die Ansicht teilt, daß wir so nicht weitermachen können, daß wir uns einschränken müssen, um das Ganze nicht zu gefährden. Die meisten trauen auch nur der CDU/CSU zu, daß sie das zu leisten imstande ist.

Aber dennoch erhebt sich sogleich Protest, wenn jemand von einer konkreten Maßnahme persönlich betroffen ist. Davon dürfen wir uns nicht irremachen lassen, sondern wir müssen immer wieder klar und deutlich unser Ziel definieren, nämlich die Zahl der Arbeitslosen nachhaltig zu reduzieren und die Bedingungen für die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu verbessern. Wir müssen den Menschen immer wieder erklären, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn dazu viele sich ergänzende und im Einzelfall auch einmal schmerzliche Einzelmaßnahmen ergriffen werden.

Da hinein fügt sich übrigens auch das Vorantreiben der europäischen Integration und vor allem die Einführung der Währungsunion. Für sich allein genommen sind diese Ziele schon alle Mühen wert, weil nur ein fest und unauflöslich miteinander verflochtenes Europa in der Lage ist, innere und äußere, wirtschaftliche und soziale Stabilität dauerhaft zu sichern. Aber es lohnt die Anstrengungen gerade auch im Angesicht unserer Probleme.

Liebe Freunde, es sind bereits viele Giftmischer unterwegs, die den Wein der gemeinsamen europäischen Währung durch zerstörerische Behauptungen wie „Kaputtsparen für Maastricht“ zum ungenießbaren Gebräu machen wollen. Wir müssen dafür sorgen, daß sie kein Gehör finden. Kürzlich hat ein ausländischer Gesprächspartner besorgt auf die 27 oder 28 Prozent an Stimmen hingewiesen, die Haider in Österreich mit europafeindlicher Demagogie erreicht habe. Ich habe ihm gesagt, Lafontaine habe das mit der SPD im Landtagswahlkampf von Baden-Württemberg auch versucht, und das Ergebnis sei für die SPD dasselbe gewesen, nämlich auch um die 28 Prozent.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber auch diejenigen, die nicht den Euro verhindern wollen, sondern sagen, zuerst müsse die Arbeitslosigkeit herunter und dann könne man über Maastricht reden, haben nicht verstanden, worum es geht. Denn die Währungsunion ist genau die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Nur durch eine gemeinsame stabile Währung kann verhindert werden, daß der Europäische Binnenmarkt unter den Zwängen des weltweiten Wettbewerbs wieder auseinanderfällt, was für die nationalen Volkswirtschaften und vor allem für uns mit unserem Exportanteil katastrophale Folgen hätte.

Deshalb sind die Anstrengungen zur Erfüllung der Kriterien des Maastricht-Vertrages kein Selbstzweck, und vor allem sind sie gerade kein Gegensatz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern sie sind unverzichtbarer Teil der Bemühungen, unseren Wohlstand unter den Bedingungen des weltweiten Wettbewerbs und Produktionsanteils sowie Arbeitsplätze auf Dauer zu sichern.

(Beifall)

Liebe Freunde, ganz Europa vertraut auf die Führungskraft von Helmut Kohl beim Fortgang des europäischen Einigungsprozesses, und selbst bei europäischen Sozialisten ist das Zutrauen zu Helmut Kohl größer als zu der ganzen Batterie verschlissener SPD-Enkel.

(Beifall)

Liebe Freunde, da sind ja wirklich nicht mehr viele Tassen im Schrank. Lafontaine sind die Unternehmensteuern und Löhne noch zu nieder, weshalb er beide erhöhen will. Scharping nimmt Mexiko als Vorbild für Familien- und Sozialpolitik. Schröder deutet zwar gelegentlich an, daß er das alles für dummes Zeug hält, aber ansonsten beschäftigt er die einschlägigen Medien vorwiegend mit seinen privaten Freuden und Leiden.

Einen konkreten Vorschlag für die Zukunft deutscher Politik hat er seit langem nicht vorgelegt, und das schöne Land Niedersachsen hat er ziemlich heruntergewirtschaftet. Es wird höchste Zeit für Christian Wulff.

(Beifall)

In der schon erwähnten gemeinsamen Erklärung von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern im Januar ist übrigens als Ziel benannt, bis zum Ende dieses Jahrzehnts die Zahl der Arbeitslosen zu halbieren - aber als Ziel gemeinsamer Verantwortung, nicht als Ziel der Politik alleine. Es heißt in jener Erklärung weiter, das sei erreichbar, wenn alle Verantwortlichen ihr Handeln an diesem Ziel ausrichten.

(Beifall)

Nun will ich, liebe Freunde, nicht kommentieren, was seit Januar von Arbeitgebern und Gewerkschaften in diesem Sinne vollbracht worden ist, aber man sollte gelegentlich darauf hinweisen, daß nicht die Politik die Arbeitsplätze schaffen kann. Die Politik kann nur die Voraussetzungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen verbessern, und ich stelle fest: Die Bundesregierung, die Koalition und die CDU/CSU nehmen jedenfalls ihre Verantwortung aus dieser gemeinsamen Erklärung und in diesem Dreiklang wahr. Wenn die anderen es genauso machen, wird das Ziel auch erreicht, aber nur dann.

(Beifall)

Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung, das wir Ende April auf den Weg gebracht haben, hat die Maßnahmen konkret benannt, die der Gesetzgeber für die Verwirklichung unseres gemeinsamen Ziels ergreifen muß. Für einen großen Teil dieser Maßnahmen ist das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet. In dem Bereich, in dem wir nicht der Zustimmung des Bundesrats bedürften, haben wir gegen erbitterte Widerstände mit der völligen Geschlossenheit der Koalition das Notwendige und Vereinbarte auch durchgesetzt.

Aber wo wir der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, hat sich die SPD-Mehrheit im Bundesrat bis heute, wider jede Vernunft und bar jeder Verantwortung, auf eine nahezu totale Blockade festgelegt.

Was haben wir umgesetzt? Zum Beispiel erste Maßnahmen, um - ich zitiere wieder die gemeinsame Erklärung - „schrittweise das tatsächliche Renteneintrittsalter auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung“ zu erhöhen. Auch das ist ein Satz aus der gemeinsamen Erklärung der Kanzlerrunde, unterschrieben auch vom DGB. Ich kann mich allerdings nicht erinnern, daß Herr Schulte oder Frau Engelen-Kefer der gesetzgeberischen Umsetzung Beifall gespendet hätten. Alles wieder vergessen?

Wir haben zum Beispiel den Kündigungsschutz für kleine Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten gelockert und die Möglichkeit befristeter Arbeitsverträge verbessert. Warum? Weil ein kleiner Betrieb, dessen Auftragslage beträchtlich schwanken kann, doch erst dadurch in die Lage versetzt wird, ohne existentielles Risiko zusätzliche Arbeitskräfte einstellen zu können. Und im Interesse von Arbeitslosen sage ich: Lieber befristet Arbeit als unbefristet arbeitslos.

(Beifall)

Wir wollen die Möglichkeiten verbessern, Arbeitsplätze in privaten Haushalten zu schaffen und die Voraussetzungen für Existenzgründungen. Liebe Freunde, wieviel Gezeter, Geschrei, ja, Börsartigkeit ist uns bei all dem entgegengeschlagen! Selbst die ja in Wahrheit bescheidene Reform des Ladenschlusses, diese behutsame Amputation eines Dinosauriers aus der Regulierungssteinzeit, hat zum Teil zu Reaktionen geführt, als planten wir den Untergang der Republik.

(Beifall)

Diese Erfahrung lehrt - noch einmal -: Wer in Deutschland Veränderungen durchsetzen will, die nicht nur mit dem Verteilen von Wohltaten zu tun haben, braucht Mut und Durchhaltevermögen. Beides werden wir nur haben, wenn wir von der Richtigkeit unseres Tuns überzeugt sind. Denn wenn wir selbst Zweifel erkennen lassen, werden wir auch die Mehrheit der Menschen nicht davon überzeugen können, daß unsere Politik richtig und notwendig ist. Und wenn wir die Mehrheit der Menschen nicht gewinnen, dann haben die Modernisierungsverweigerer der Opposition und die Anführer des organisierten Protestes leichtes Spiel.

Ich sage das deshalb, weil ich nicht möchte, daß sich in unseren Reihen Kleinmut breitmacht. Wir sind nicht gewählt worden, um die Menschen in falscher Sicherheit zu wiegen und ihnen unbequeme Wahrheiten zu ersparen. Wir sind gewählt worden, um die Probleme unseres Landes zu lösen; und nur wer sie löst, wird auch wiedergewählt.

Der Streit um das ja fälschlich „Sparpaket“ genannte Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung hat gezeigt, mit welchen Widerständen, ja, mit welchem Verhetzungspotential wir rechnen müssen. Vieles von dem, was wir machen müssen, fällt uns wahrlich nicht leicht. Aber, liebe Freunde, wieso ist es ein Anschlag auf den Sozialstaat, wenn wir Maßnahmen ergreifen, die sicherstellen sollen, daß soziale Leistungen auch in Zukunft bezahlbar bleiben? Wieso ist es Sozialraub, wenn wir den Menschen mehr Eigenverantwortung, auch mehr Eigenbeteiligung bei der Finanzierung ihrer sozialen Sicherheit zumuten - nicht um jemanden zu ärgern, sondern um zu gewährleisten, daß es diese soziale Sicherheit auch in Zukunft geben wird? Nein, diejenigen, die den Eindruck erwecken, es brauche sich überhaupt nichts zu verändern, diejenigen, die in jedem Sparvorschlag ein Werk von Sozialsaboteuren sehen, die von „Kapitalismus pur“ faseln, wenn wir Arbeit wieder bezahlbar machen wollen, die ewigen Neinsager und Blockierer, das sind in Wahrheit die Totengräber unseres Wohlstands und unseres Systems sozialer Sicherheit.

(Beifall)

Den sozialen Frieden gefährdet nicht derjenige, der seine Fundamente den neuen Belastungen anpaßt, sondern derjenige, der sie durch Nichtstun weiter erodieren läßt. Deshalb gibt es

zu unserer Politik keine verantwortbare Alternative. Liebe Freunde, wir, die Christlich Demokratische Union - auch die Christlich-Soziale Union - Deutschlands, brauchen wahrhaftig keinen Nachhilfeunterricht in sozialer Gerechtigkeit, schon gar nicht von Leuten, denen immer nur eines einfällt, nämlich wie man neue Einnahmequellen für noch mehr Ausgaben des Staates erschließen kann.

Die Sozialdemokraten haben ja noch immer nicht begriffen, daß der Schlüssel nicht in mehr Einnahmen, in noch mehr Regulierung liegt, sondern im Gegenteil in der Rückführung des Finanzbedarfs und in Deregulierung. Die größte soziale Ungerechtigkeit ist, daß in Deutschland so viele Menschen ohne Arbeit sind, und deshalb handeln die sozial ungerecht, die sich den notwendigen Reformen verweigern und dadurch verhindern, daß neue Wachstumspotentiale frei und Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall)

Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung - in diese Zielbestimmung ordnen sich alle unsere Maßnahmen ein. Damit sich Investitionen in Deutschland wieder lohnen und neue Arbeitsplätze eingerichtet werden, müssen die zu hohen Lohnzusatzkosten abgebaut werden.

Die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - um nur dieses heiß und heftig diskutierte Beispiel zu nennen - vermag hierzu, zur Senkung der Lohnzusatzkosten, einen erheblichen Beitrag zu leisten.

(Beifall)

Auch damit ist eine Möglichkeit eröffnet, den unsolidarischen Mißbrauch von Sozialleistungen wirkungsvoller bekämpfen zu können. Und, liebe Freunde: Durch diese Einschränkung wird doch niemand unbillig belastet. Urlaub kann angerechnet werden. Man muß sich das einmal vorstellen. Bezogen auf die Arbeitszeit, 200 Arbeitstage, haben wir - angesichts von 30 Urlaubstagen im Jahr - 15 Prozent Urlaub. Die Selbstbeteiligung bei der neuen Regelung beträgt 20 Prozent. Man muß sich also, wenn man die Krankheitstage mit dem Urlaub verrechnet, nicht viel mehr als den Urlaubsanspruch, der während der Krankheit entsteht, gegenrechnen lassen. Davon geht doch die Welt nicht unter. Das ist doch nicht sozial ungerecht.

(Beifall)

Im übrigen zeigt sich an diesem Beispiel wieder, daß die Politik nur den Rahmen setzen kann; ausfüllen müssen ihn die Tarifpartner schon selber. Die Zeit, nur Ermahnungen an die Politik zu geben, ist vorbei. Jetzt müssen sie vor ihrer eigenen Tür kehren.

(Beifall)

Wenn - auch das hat Theo Waigel schon gesagt - die Republik dadurch tatsächlich in den Untergang getrieben und aus sozialem Frieden sozialer Krieg würde, wie der organisierte Protest in seiner Maßlosigkeit behauptet, dann hätte dies etwa in Schweden oder in Holland, um nur diese beiden sozialdemokratisch regierten Länder zu nennen, längst zur Explosion führen müssen; denn dort und in fast allen anderen mit uns vergleichbaren Ländern hat man bereits viel früher und viel drastischer die Lohnfortzahlung eingeschränkt. Aber weder in Holland noch in Schweden hat man von riesigen Protestdemonstrationen oder Streiks oder sozialen Unruhen gehört.

Liebe Freunde, könnte es vielleicht sein, daß dann, wenn alle anderen es anders machen als wir, vielleicht die anderen eher recht haben und wir falsch liegen? Das ist doch so ähnlich, als wenn ich auf der Autobahn fahre, im Verkehrsfunk die Warnung höre, daß auf meinem Streckenabschnitt ein Geisterfahrer unterwegs ist, und sage: Wieso einer, Hunderte!

Ich glaube nicht, daß im Urlaubsweltmeisterland Deutschland die maßvolle Eigenbeteiligung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall das Fundament des Sozialstaats zerstört. Und wenn die Gewerkschaften nun plötzlich behaupten, es gebe intelligentere Maßnahmen, um Fehlzeiten in den Betrieben abzubauen, ja, warum haben sie sich dann nicht längst mit den Arbeitgebern zusammengesetzt und solche Maßnahmen vereinbart? Es hindert sie niemand daran, auch das neue Gesetz nicht.

(Beifall)

Wir suchen keine Konfrontation, und wir haben es uns mit dieser und vielen anderen Entscheidungen nicht leichtgemacht. Aber wir nehmen unsere Verantwortung wahr, und die Tarifpartner müssen ihre Verantwortung wahrnehmen. Wir haben Tarifautonomie - und das ist gut so -, weil wir in einer pluralistischen Demokratie Ordnungsfaktoren brauchen.

Aber es kann ja wohl nicht wahr sein, daß die Politik schuld ist, wenn die Integrationskraft der Tarifpartner schwindet, wenn immer mehr Unternehmer, immer mehr Gewerkschaftsmitglieder ihren Interessenvertretern den Rücken kehren, weil sie das Gefühl haben, daß ihre Interessen nicht mehr vertreten werden. Mich erfüllt diese Entwicklung mit Sorge. Denn wo Integration nicht mehr stattfindet oder schwächer wird - das gilt nicht nur für diesen Bereich -, gibt es Wildwuchs oder wächst gar Radikalität. Deswegen müssen auch die Tarifpartner auf neue Herausforderungen neue Lösungen finden. Flexibilität bleibt auch ihnen nicht erspart.

(Beifall)

Ich sage noch einmal: Unser Ziel ist und bleibt es, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu stärken, weil wir nur so bestehende Arbeitsplätze verteidigen und neue schaffen können. Dabei haben wir übrigens - so paradox es klingen mag - in Deutschland gar keinen Mangel an Beschäftigung. Denn wie wäre es sonst zu erklären, daß zum Beispiel viele Rentner und Pensionäre, sobald sie im Ruhestand sind, häufig keine Zeit mehr haben? Und die Schwarzarbeit blüht nach wie vor. Nein, liebe Freunde, es mangelt uns nicht an Arbeit, es mangelt uns an Nachfrage nach Arbeit zu den Preisen, die reguläre Arbeit kostet. Deshalb führt kein Weg daran vorbei: Wir müssen die Betriebe von Kostendruck entlasten.

(Beifall)

Natürlich weiß auch ich, daß wir nicht in einen reinen Kostenwettbewerb mit asiatischen oder osteuropäischen Ländern eintreten können. Wer unserer Politik solches unterstellt, redet nun wirklich dummes Zeug. Aber wir werden nicht einmal unsere Stärken, nämlich die Qualität unserer Produkte und den Spitzenplatz in technologischem Know-how, halten können, wenn angesichts der Kostenbedingungen unseres gegenwärtigen Steuer- und Abgabensystems immer mehr Investitionsentscheidungen an Deutschland vorbeilaufen.

Es hilft uns ja nichts: Wenn wir nicht an der Spitze des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts bleiben, geraten wir auf längere Sicht in Gefahr, zum Industriemuseum zu werden. Aber auch hier ist es wie sooft: Sobald wir konkrete Projekte, die uns den Spitzenplatz erhalten können, realisieren wollen, blockieren die rot-grünen Fortschrittsverweigerer, wo sie nur können. Das Stichwort Transrapid sagt alles. Deshalb sage ich: Wir können nur teurer als andere sein, wenn wir wirklich besser sind, und wir können nicht beliebig teuer sein.

Wir müssen daher als Grundbedingung Kosten senken, um eine neue Dynamik zu entfalten. Wir müssen Kosten senken, um unsere Systeme schlanker und effizienter zu machen. Wir müssen Bedingungen schaffen, die keinem mehr die Ausrede erlauben, Leistung lohne sich in Deutschland nicht. Aber wir müssen auch klar und deutlich sagen, daß Wirtschaftswachstum allein nicht ausreichen wird, um genügend neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dieses Ziel werden wir nur erreichen, wenn wir neben aller vernünftigen und guten wirtschaftlichen Entwicklung vor allem im Bereich der Dienstleistungen kräftig zulegen.

Neue Technologien, insbesondere auf dem Kommunikationssektor, bieten viele neue Chancen. Aber auch persönliche Dienstverhältnisse müssen nachhaltig gefördert werden. Ich glaube, wir brauchen dazu auch ein verändertes Bewußtsein. Dienstleistung ist ja ein zusammengesetztes Wort, nämlich Dienst und Leistung. Mit einer Mentalität, die sagt, Dienstleistung ist schon in Ordnung, aber um fünf Uhr ist Feierabend, kommen wir nicht weit. Wenn junge Menschen ihren Berufsbildungswunsch zunehmend daran orientieren, ob sie später vielleicht auch einmal am Samstag oder, wie in Pflegeberufen, auch nachts und am Wochenende arbeiten müssen, dann finde ich das eher deprimierend.

Manchmal fürchte ich schon, daß Dienst am Menschen als weniger prestigeträchtig angesehen wird als Arbeit an der Maschine.

(Beifall)

Aber weil wir aufeinander und auf Gemeinschaft angewiesen sind, weil Leistungsaustausch und Arbeitsteilung die Quelle wirtschaftlichen Fortschritts sind, müssen wir ein neues Verhältnis zu Dienstleistungen gewinnen. Daß Deutschland heute als ein besonders wenig kundenfreundliches Land gilt, sollte uns allen zu denken geben.

Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung - liebe Freunde, wir haben uns viel vorgenommen. Die ersten Schritte sind gemacht, und jetzt folgen die nächsten und, ich glaube, die wichtigsten. Im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung haben wir angekündigt, daß wir das Steuerrecht und das System der sozialen Sicherung gründlich reformieren wollen, um die Staats- und Abgabenquote zu senken und die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen der Menschen von den erdrückenden Fesseln zu hoher Belastungen zu befreien.

Auch hier möchte ich noch einmal einen Satz aus der gemeinsamen Erklärung von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zitieren. Dort steht:

Die Sozialbeiträge insgesamt und die Sozialabgabenquote müssen stabilisiert und bis zum Jahr 2000 wieder auf unter 40 Prozent zurückgeführt werden. Eigenvorsorge muß ein wachsendes Gewicht erhalten.

Liebe Freunde, das haben alle unterschrieben. Wir unterschreiben nicht nur, wir setzen auch um.

Norbert Blüm hat davon berichtet, wie unsere Rentenversicherung auf Verschiebungen im Altersaufbau unserer Bevölkerung reagieren muß. Die andere grundlegende Reform betrifft das Lohn- und Einkommensteuerrecht. Wenn wir die zum Teil unerträglich hohe Last der Steuern und Abgaben nachhaltig mindern wollen, dann geht das nur, wenn wir unser Steuerrecht von Grund auf renovieren. Wir wissen alle, daß unser Steuersystem im Vergleich zu dem anderer Industriestaaten nicht gut abschneidet. Es ist zu kompliziert geworden und dadurch auch ungerecht.

Die Steuersätze sind für den internationalen Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze zu hoch. Wir haben inzwischen zu viele Sonderregelungen und Steuervergünstigungen, die die Bemessungsgrundlage der Lohn- und Einkommensteuer aushöhlen.

Der Grundsatz unseres Steuerrechts muß auch in Zukunft heißen: Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Wenn sich aber die eigentlich Leistungsfähigen durch immer mehr Schlupflöcher ihrem Beitrag zum Steueraufkommen entziehen können, dann klettern für alle anderen die Steuersätze auf eine leistungsfeindliche Höhe, und am Ende ist der Ehrliche wirklich der Dumme.

(Beifall)

Deshalb muß unser Steuersystem wieder leistungsfreundlicher und überschaubarer werden. Niedriger, einfacher, gerechter, durch weniger Steuern mehr Arbeitsplätze - das ist das Ziel unseres Vorschlags für einen Steuertarif 2000.

Die Kommission, die das Präsidium vor vier Monaten unter meiner Leitung eingesetzt hat, legt Ihnen heute diesen Vorschlag in Form eines Leitanspruchs des CDU-Bundesvorstands vor. Daß dies in so kurzer Zeit möglich war, verdanken wir dem Umstand, daß daran viele mitgewirkt haben, innerhalb und auch außerhalb unserer Partei. Ich müßte jetzt viele nennen und vielen danken. Ich will stellvertretend für diese vielen vor allem Theo Waigel nennen. Wir hatten bei jedem Schritt unserer Arbeit mit ihm ein enges Einvernehmen. Natürlich ist der vorliegende Antrag gleichwohl ein CDU-Antrag, für den wir den Bundesfinanzminister und CSU-Vorsitzenden nicht in Haftung oder Verantwortung nehmen. Aber wir schaffen kein neues Konfliktpotential, sondern wir kommen auf dem Weg zum gemeinsamen Ziel miteinander gut voran.

Liebe Freunde, ich möchte Gunnar Uldall nennen. Er hat mit seinen Gedanken zur Reform des Steuersystems einen wesentlichen Anteil daran, daß die Notwendigkeit einer Reform und die Chancen, die sich damit eröffnen, endlich erkannt wurden und sich in den Köpfen festgesetzt haben.

(Beifall)

Ich nenne auch Hans-Peter Repnik, der mir unermüdlich geholfen hat, die Enden zusammenzuhalten, was nicht immer ganz einfach war.

(Beifall)

An großen, an umfassenden Konzeptionen in der Steuerpolitik fehlt es wirklich nicht. Wir haben keinen Mangel an Erkenntnis in der finanzwissenschaftlichen und in der steuerpolitischen

Diskussion. Was wir haben, das sind unendlich viele Widerstände gegen jede Entscheidung, sobald es konkret wird. Deshalb nützen uns am Ende die revolutionären Konzepte immer so viel, wie sie auch tatsächlich in konkrete Fortschritte umgesetzt werden können. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir mit unserem Vorschlag beides verbinden können: Vision und konkreten Fortschritt.

Unsere Botschaft ist: niedriger, einfacher, gerechter. Wir schlagen vor, den Eingangsteuersatz von jetzt 25,9 Prozent auf unter 20 Prozent zu senken. Der Spitzensteuersatz soll künftig nicht mehr 53 Prozent, sondern nur noch um 35 Prozent betragen. Diese drastische Senkung der Steuersätze für alle - übrigens jeweils um etwa 30 Prozent; wer Ausgewogenheit anmahnt, der möge bitte einmal rechnen: von 53 Prozent auf um die 35 Prozent sind etwa 30 Prozent und von 25,9 Prozent auf unter 20 Prozent sind auch um die 30 Prozent; das ist alles sehr ausgewogen und auch ein Stück weit bedacht - geht einher mit einem radikalen Abbau von Ausnahmetatbeständen und Vergünstigungen.

Wer das will, darf weder Tabus noch Denkverbote gelten lassen; denn ein solches Konzept kann nur Erfolg haben, wenn die Gegenfinanzierung seriös und gerecht ist. Die erforderliche Verbreiterung der Bemessungsgrundlage muß deshalb grundsätzlich bei allen Einkunftsarten stattfinden, bei der Besteuerung von Einkommen aus nichtselbständiger Tätigkeit genauso wie bei Einkommen aus Kapitalvermögen oder von Selbständigen und Unternehmen. Ich höre nämlich, wenn es um die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage geht, häufig nur den Vorschlag, die Bemessungsgrundlage der Besteuerung von Arbeitnehmern zu verbreitern. Wenn wir eine Reform mit niedrigeren Steuersätzen für alle machen, dann muß auch das Prinzip der Beseitigung von Ausnahmen auch bei Abschreibungen, Rückstellungen, auch bei Veränderungen der Werte von Gegenständen gelten, die der Einnahmeerzielung - das sind dann andere Einkunftsarten - dienen. Das eine ohne das andere kann man nicht haben.

(Beifall)

Im übrigen machen wir in unserem Leitantrag hinreichend konkrete Vorschläge, wie die Bemessungsgrundlage verbreitert werden kann. Wir haben nicht alle Einzelheiten festgelegt. Das würde uns überfordern, würde auch die Arbeit in der Koalition unter dem Vorsitz von Theo Waigel nicht fördern, sondern erschweren. Das versteht jeder, der ein wenig nachdenkt. Aber wir haben auf der anderen Seite auch gesagt: Wir wollen nicht nur einfach beschließen, die Steuersätze runter, die Bemessungsgrundlage verbreitern. Dafür sind alle. Nein, es muß konkret sein. Jeder muß wissen, was wir beschließen und was notwendig ist, wenn wir solche Steuersätze erreichen wollen.

Natürlich werden wir über Einzelpunkte weiter diskutieren müssen. Wir müssen zum Beispiel in der Tat die Auswirkungen der Abschaffung von Steuervergünstigungen auf das Gesamtvorhaben, Wachstumskräfte freizusetzen und Arbeitsplätze zu schaffen, im Detail noch prüfen. Das gilt etwa für die Frage, was das für den Kapitalmarkt bedeutet. Das muß, denke ich, im einzelnen in der Regierungskommission unter Leitung von Theo Waigel geschehen.

Natürlich müssen unsere Überlegungen auch mit den Ergebnissen der Kommission abgestimmt werden, die unter der Leitung von Norbert Blüm arbeitet; das gilt hinsichtlich der Alters-einkünfte genauso wie hinsichtlich der Lohnersatzleistungen.

Das Entscheidende aber ist, ob und daß wir die große Reform wollen. Wer sie gleich zu Beginn schon in kleine Karos auflöst, der will sie in Wahrheit nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist mir auch folgender Hinweis wichtig: In der Kommission, die der Bundesvorstand eingesetzt hat und in der wir den Leitantrag erarbeitet haben, waren die Landesverbände und waren alle Vereinigungen der Partei vertreten: von den Sozialausschüssen über die Mittelstandsvereinigung bis zum Wirtschaftsrat. Auch alle unsere Finanzminister aus den Ländern waren beteiligt sowie die Kommunalpolitische Vereinigung.

Die Empfehlungen der Kommission für diese Vorlage erfolgten am Schluß einmütig, übrigens genauso wie auch der Beschluß des Bundesvorstands einmütig - oder einstimmig, was bei mir dasselbe ist; nicht daß Sie meinen, da gebe es einen Dissens - erfolgt. Wir haben also schon versucht, die Enden zusammenzubekommen, daß diese Reform auch wirklich gelingt.

Zu unserem Vorschlag gehört übrigens ganz wesentlich auch, daß eine solche Reform nicht aufkommensneutral sein kann. Eine Steuerreform zum Nulltarif, wie manche gesagt haben, die den Finanzminister, besser: die öffentlichen Hände, die öffentlichen Haushalte nichts kostet, eine solche Reform würde scheitern. Denn was heißt „aufkommensneutral“? Aufkommensneutral heißt: Was der eine weniger bezahlen muß, muß der andere mehr bezahlen. Ich fürchte, daß denjenigen, der mehr bezahlen muß, der Hinweis nicht tröstet, daß ein anderer weniger bezahlen muß; eher im Gegenteil.

Deshalb wollen und brauchen wir eine Entlastung für alle, die freilich durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage unterschiedlich hoch ausfallen kann. Wir halten für diese Entlastung ab 1999 ein Volumen von bis zu 30 Milliarden DM für realisierbar.

Aber, liebe Freunde, das ist aus heutiger Sicht, auch nach den Erfahrungen der letzten Wochen, ein ungewöhnlich ehrgeiziges Ziel. Das geht nur, wenn wir alle miteinander dem Bundesfinanzminister Theo Waigel bei dem Weg der weiteren Konsolidierung entschlossene und geschlossene Unterstützung auch im konkreten Einzelfall geben. Sonst schaffen wir das nicht.

Aber das ist machbar, wenn wir in unseren Bemühungen, die Staatsquote zu senken, nicht nachlassen und wenn wir nicht zulassen, daß ein Heer von Bedenkenträgern die einmalige Chance, diesen großen Wurf zu schaffen, zunichte macht.

Aber wer glaubt, die Nettoentlastung von 30 Milliarden DM ab 1999 sei zuwenig, es müsse mehr drin sein, der macht sich angesichts der Haushaltslage bei Bund, Ländern und Gemeinden schlichtweg Illusionen.

Wenn wir das, was dieser Leitantrag in wesentlichen Bestandteilen beschreibt und was in der Regierungskommission unter der Leitung von Theo Waigel seine endgültige, detaillierte und konkrete Form finden muß, zustande bekommen, dann, liebe Freunde, haben wir die größte Lohn- und Einkommensteuerreform seit Jahrzehnten zustande gebracht.

Es ist wieder die Union, die Steuergeschichte in diesem Land schreibt. Wem das alles noch zuwenig ist, dem kann ich nur sagen: Ein wenig Stolz auf eigene Leistungen sollten wir uns noch bewahren.

(Beifall)

Aber ich füge gleich hinzu: Dieses Vorhaben ist außergewöhnlich ehrgeizig, und es steckt voller Risiken, die wir auch auf dem Bundesparteitag nicht negieren und nicht verdrängen dürfen. Aber wenn große Reformen Spaziergänge wären, dann hätten wir wahrscheinlich schon längst Blasen an den Füßen.

Machen wir uns also nichts vor: Solange wir nur über Eingangs- und Spitzensteuersatz diskutieren oder über die Frage, ob die Nettoentlastung 20, 25 oder 30 Milliarden DM betragen soll, so lange werden wir die Bataillone der öffentlichen Meinung voll auf unserer Seite haben.

Aber ich sage voraus: Jede Steuervergünstigung, die wir streichen, wird einen Aufschrei der Betroffenen nach sich ziehen. Die organisierten Interessen werden alles in Bewegung setzen, um ihren Ausnahmetatbestand zu erhalten. Mancher Verbündete, der uns am Anfang grundsätzlich schulterklopfend zur Seite stand, wird sich dann schnell still und heimlich verdrücken.

Wir werden mit einem Sperrfeuer von Argumenten belegt, die für sich allein genommen in jedem Einzelfall auch immer viel Bedenkenswertes haben dürfen. Aber wenn wir uns davon irritieren lassen, wenn wir anfangen, schwankend zu werden, wenn wir an unserem eigenen Mut und Durchhaltevermögen zu zweifeln beginnen und vor lauter Pulverdampf das große Ziel, um das es geht, aus den Augen verlieren, dann, liebe Freunde, wird mehr kaputtgehen als nur eine Jahrhundertreform.

Ich weiß sehr genau, warum ich das so eindringlich sage: Die Reformfähigkeit einer Gesellschaft, die Reformfähigkeit unseres Landes ist der Schlüssel für unsere Zukunftsfähigkeit. Die politische Kraft, die diese Reformen zustande bringt, erwirbt sich damit Kompetenz und Vertrauen, die Zukunft auch weiterhin zu gestalten.

Verteidigung des Status quo, Blockade von Veränderungen, auch die Philosophie des Lieber nicht-daran-Rühren mag vorübergehend ein ruhigeres Klima bescheren. Aber diese Ruhe ist trügerisch; denn sie bedeutet Stillstand. Und Stillstand, während sich um uns herum alles bewegt, hat fatale Konsequenzen. Er bedeutet Rückschritt und möglicherweise Abstieg. Das kann niemand wollen, vor allem wir können das nicht wollen.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, müssen wir uns im Ringen um die Zukunft gegen die Trägheit der Besitzstände durchsetzen. Wir wollen Reformen für eine gute Zukunft unseres Landes und seiner Menschen. Die Union ist mit Helmut Kohl die einzige politische Kraft, die das in Deutschland wirklich zu leisten imstande ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir das schaffen, dann kann uns das niemand nehmen. Wenn wir das aber nicht schaffen, dann kann uns niemand helfen. Also, liebe Freunde, müssen wir das schaffen, und, liebe Freunde, wir werden es schaffen.

(Langanhaltender Beifall - Die Delegierten erheben sich)

**Christian Wulff, Tagungspräsidium:** Lieber Wolfgang Schäuble, jetzt ist sicher einmal Gelegenheit, Dank zu sagen - das fiel auch gestern in anderem Zusammenhang -: Sie haben fast 300 Abgeordnete einer CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter einen Hut zu bringen. Sie haben über 340 Abgeordnete einer CDU/CSU-FDP-Koalition unter einen Nenner zu bringen.

Ich selber kann das erst seit kurzer Zeit beobachten und habe nur 67 Abgeordnete. Ich bin aber inzwischen schon dienstältester amtierender Fraktionsvorsitzender im Landtag, weil die SPD und die Grünen ihre Vorsitzenden schon ausgetauscht haben. Das ist übrigens ein Indiz dafür, daß das Amt des Fraktionsvorsitzenden in Parlamenten ein verdammt schwieriger Job ist.

Wie Sie das machen, wie Sie das zum Erfolg der Union machen und wie Sie die Menschen in Ihren Bann ziehen - ob in Universitäten oder in anderen Veranstaltungen im ganzen Land -, das verdient unseren großen Respekt und unseren Dank. Den wollen wir hier Ihnen gegenüber aussprechen.

(Beifall)

Niemals zuvor sind wir auf dem Weg zu einer großen Steuerreform so weit gewesen wie jetzt. Wolfgang Schäuble und der Kommission ist es gelungen, dieses Thema aus Expertengutachten und Fachkreisen herauszuziehen und auf einen Bundesparteitag zu bringen. Das sollte uns die nächsten Stunden volle Konzentration abverlangen. - Ich übergebe nun die Tagungsleitung an Dr. Pöttering.

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Tagungspräsidium:** Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

#### AUSSPRACHE ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Damit verbunden ist die allgemeine Aussprache zum Antrag des Bundesvorstandes.

Ehe ich Herrn Gunnar Uldall das Wort gebe, zunächst Herr Ministerpräsident Professor Biedenkopf. Bitte schön.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Freunde! Lieber Wolfgang Schäuble! Ich habe mich nicht zur Aussprache gemeldet, sondern habe mich gemeldet, um Ihnen Dank zu sagen aus der Sicht derer, die in den letzten Jahren in besonderer Weise auf die nationale Solidarität der Deutschen angewiesen waren. Sie haben in Ihrem Rechenschaftsbericht neben vielen anderen Fragen auch die deutsche Einheit angesprochen. Ich möchte noch einmal zu diesem Punkt kommen. Ich glaube, daß wir gut beraten sind, auch auf dem Parteitag in Hannover, sechs Jahre nach der Vollendung der Einheit, daß wir die große Leistung nicht vergessen, die in diesen sechs Jahren erbracht worden ist. Sie haben ganz wesentlich dazu beigetragen, daß es im Bundestag immer eine Mehrheit

dafür gab, die Anstrengungen, die Leistungen, das Verkräften von umwälzenden Lebensveränderungen durch die nationale Solidarität aller Deutschen zu unterstützen. Dafür wollte ich Ihnen danken.

(Beifall)

Ich wünsche mir, daß wir in diesem Geiste nationaler Solidarität mit Ihrer Unterstützung weiterarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt Biedenkopf. Als nächster Gunnar Uldall und danach Andreas Trautvetter. - Bitte schön, Gunnar Uldall.

**Gunnar Uldall**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit wem man wo auch immer über das heutige Steuersystem redet, keiner ist so richtig mit unserer Einkommensteuer zufrieden. Die Arbeitnehmer beklagen, daß sie das gar nicht mehr verstehen, wie sich ihre Abzüge zusammensetzen, die mittelständischen Unternehmer beklagen, daß sie gezwungen sind, ihre Entscheidungen viel zu sehr nach steuerlichen Gesichtspunkten auszurichten und weniger nach dem, was betriebswirtschaftlich erforderlich ist. Selbst die Steuerberater, die eigentlich als Pfadfinder durch den Steuerdschungel daran verdienen wollen, erklären es als unmöglich, sich in den schnellen Änderungen der Steuergesetze noch zurechtzufinden.

Wenn alle eine Reform unserer Einkommensteuer wollen, dann müssen wir als Union dazu die Initiative ergreifen. Denn wir als Union sind keine Klientelpartei, wir sind keine Ideologiepartei, sondern wir sind eine Volkspartei, die am ehesten in der Lage ist, eine Reform durchzuführen, die den Interessen aller Gruppen unserer Bevölkerung gerecht wird. Die Reform der Einkommensteuer ist deswegen eine Aufgabe, die am besten von der Union gelöst werden kann.

Wenn wir uns eine Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer vornehmen, dann muß dieses eine tiefgreifende Reform sein. Wir haben im Laufe der letzten Jahre mehrere Anläufe unternommen, um im Rahmen der Jahressteuergesetze Vereinfachungen im Steuerrecht einzuführen. Wir haben aber immer wieder feststellen müssen, daß die Vereinfachungen überwuchert wurden von zwischenzeitlichen neuen Komplizierungen, die in das Steuerrecht eingebaut wurden. Mir fehlt deshalb der Glaube, daß es möglich ist, durch partielle Änderungen im Steuerrecht unsere Einkommensteuer auf eine neue Basis zu stellen, die den Ansprüchen, die wir selbst an uns stellen, gerecht wird. Deswegen müssen wir eine tiefgreifende Reform machen, eine große Reform, die keine Micky-Maus-Reform werden darf. Sie darf nicht ein weiteres reines Jahressteuergesetz werden, sondern sie muß zugleich einen Neuanfang in unserem Steuerwesen in Deutschland werden.

(Beifall)

Bevor wir mit unseren Reformüberlegungen beginnen, müssen wir uns klar werden, was die Ursachen für die Unübersichtlichkeit der Einkommensteuer sind. Die vielen Ausnahmen im Steuerrecht wurden aus einer guten Absicht heraus eingebaut. Man wollte möglichst jedem Einzelfall gerecht werden. Aber aus dem Streben nach einer Gerechtigkeit im Einzelfall ist dann letztlich eine Ungerechtigkeit im allgemeinen geworden. Die vielen Lenkungsfunktionen

in allen Politikbereichen, die wir in den letzten Jahrzehnten in die Steuergesetze eingebaut haben, müssen wir wieder herausnehmen. Die Steuer muß wieder zu dem werden, was sie ursprünglich einmal gewesen ist, was der eigentliche Zweck einer Steuer ist, nämlich dem Staat die Einnahmen zu verschaffen, die er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen, und nicht, um alle Bereiche der Politik zu lenken. Wir müssen weg von den Lenkungsfunktionen im Steuerrecht, wir müssen uns trennen von dem Gedanken, Steuern mit den Steuern.

Wichtigstes Ziel muß es sein, Arbeitsplätze zu schaffen. Die Förderung von Arbeitsplätzen erreichen wir über eine spürbare Senkung der Steuersätze. Der eben von Wolfgang Schäuble genannte Zielkorridor von 20 Prozent bis 35 Prozent bringt Deutschland wieder auf ein international wettbewerbfähiges Niveau. Davon geht ein wichtiges Signal aus an die Investoren im Inland, an die Investoren im Ausland. Die Unternehmen erhalten somit wieder einen Anreiz, in Deutschland Arbeitsplätze neu zu schaffen.

Ich sage aber auch deutlich, die Formulierung des Leitantrages, daß der Steuersatz in der Spitze „um 35 Prozent“ liegen soll, heißt nicht nach meinem Sprachverständnis, daß es sich dann nur um 37 oder 38 Prozent handeln darf, sondern es muß ebenso möglich sein, 32 oder 33 Prozent in der Spitze anzustreben.

(Teilweise Beifall)

Aber auch schon 35 Prozent, meine Freunde, wären ein großer Erfolg, denn schließlich sind 35 Prozent, wenn ich es einmal so sagen darf, dichter an den 28 Prozent als an den 53 Prozent. Dabei sind niedrige Steuersätze kein Selbstzweck. Niedrige Steuersätze und Streichen von Ausnahmen gehören beide eng zusammen. Je niedriger die Steuersätze, desto mehr Ausnahmen können gestrichen werden. Je mehr Ausnahmen gestrichen werden, desto niedriger können die Steuersätze sein, und zwar deswegen, weil bei niedrigen Steuersätzen eine Ausnahme nicht mehr soviel wert ist für den Empfänger dieser steuerlichen Vergünstigung wie bei hohen Steuersätzen. Deswegen wird bei niedrigen Steuersätzen der Widerstand der Interessengruppen und der Lobbyisten geringer sein als bei hohen Steuersätzen. Wenn wir also viele Ausnahmen streichen wollen, ist es notwendig, daß wir die Steuersätze deutlich herunterfahren. Weil dem so ist, wird es leichter möglich sein, 200 Ausnahmen zu streichen, als nur 20 Ausnahmen in unserem Steuerrecht zu beseitigen.

Der Leitantrag der Schäuble-Kommission ist ein großer Sprung nach vorn. Noch vor wenigen Monaten hätte ich nicht zu träumen gewagt, daß wir auf diesem Parteitag einen so weitgehenden Antrag beschließen würden. Unsere Partei zeigt damit erneut, daß durch gemeinsames Ringen um eine sachliche Lösung große Ergebnisse erzielt werden können. Der Schäuble-Antrag muß daher mit großer Mehrheit auf diesem Parteitag angenommen werden.

(Beifall)

Wir dürfen beim Streichen der Ausnahmen nicht punktuell vorgehen. Der Antrag ist ein Gesamtpaket, das nicht aufgeschnürt werden darf. Wer einzelne Steine aus diesem Mauerwerk herausbricht, wird dafür sorgen, daß unter Umständen die ganze Mauer zusammenbricht. Eines darf dieser Parteitag nicht tun, daß er nämlich, bevor wir anfangen zu reformieren, jetzt schon festlegt, auf welchen Gebieten wir nicht reformieren wollen und wo bereits wieder

Schutzzäune um irgendwelche Tabuzonen herum gezogen werden sollen. Nein, wir müssen geschlossen an diese Geschichte herangehen. Es muß alles zur Disposition stehen.

Lassen Sie mich noch ein Wort zum Tarif sagen. In dem Leitantrag wird offengelassen, ob es sich um einen linear-progressiven Formeltarif oder um einen Stufentarif handeln soll. Wichtig ist: Die finanzielle und die wirtschaftliche Wirkung ist beim Formeltarif und beim Stufentarif gleich. Beide Tarife besteuern nach einer vergleichbar ansteigenden Durchschnittskurve. Beide Tarife entsprechen dem Gebot des Verfassungsgerichts nach einer leistungsfähigen Besteuerung.

Wenn beide Tarife in ihrer Wirkung gleich sind, der Stufentarif aber einen Vorteil hat, nämlich die größere Verständlichkeit, dann frage ich mich: Warum in aller Welt müssen wir uns in Deutschland im Steuerrecht immer für das entscheiden, das komplizierter ist? Warum können wir uns nicht einmal für das entscheiden, was einfacher und leichter verständlich ist?

(Beifall)

Der Stufentarif wird in allen anderen OECD-Ländern der Welt angewandt. Deutschland ist das einzige Land, das einen Formeltarif hat. Ich schlage vor, daß wir in die Diskussion, welche Tarifform wir wählen sollen, unvoreingenommen gehen und uns von der pragmatischen Lösung leiten lassen sollten. Ich glaube, daß wir auf diese Art und Weise weiter kommen, als wenn wir in irgendwelchen Überlegungen verharren und uns von vorneherein auf eine bestimmte Form festlegen. Ich bin sicher, daß wir uns, wenn wir uns von den guten Argumenten leiten lassen, für einen Stufentarif entscheiden werden.

(Beifall)

Gegen viele Punkte der Steuerreform werden in den nächsten Wochen viele Bedenken geäußert werden. Jetzt ist aber nicht die Zeit für die besten Bedenkenträger der Republik, die uns immer nur erklären können, warum etwas nicht funktioniert. Jetzt ist die Zeit für die besten Innovationsträger der Republik, die uns erklären können, wie etwas trotz aller Schwierigkeiten funktioniert.

Ludwig Erhard hat 1948 nach der Währungsreform gegen den Rat der zahllosen Bedenken-träger durchgesetzt, daß die Verteilung der Lebensmittelkarten auf einen Schlag ausgesetzt wurde. Mit diesem Mut hat er die Grundlage für einen beispiellosen Aufschwung unserer Volkswirtschaft geschaffen. Den Mut, den er damals gezeigt hat, müssen wir als Partei der Marktwirtschaft jetzt wieder zeigen.

Alle großen Reformen der Nachkriegszeit sind von der Union ausgegangen. So muß es auch bei der Steuerreform sein. Mit dieser Reform können wir zeigen, daß die Union die Kraft für wirkliche Reformen hat. Deswegen sage ich: Frisch ran an eine große Reform unserer Einkommensteuer!

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Gunnar Uldall. - Wolfgang Schäuble hat Ihnen eben schon gedankt. Auch der Parteitag dankt Ihnen für die viele Arbeit, die Sie geleistet haben, um die Steuerreform auf den Weg zu bringen: Vielen Dank, Gunnar Uldall.

(Beifall)

Nun hat Andreas Trautvetter das Wort, danach Jochen-Konrad Fromme. - Bitte schön, Herr Trautvetter.

**Andreas Trautvetter:** Herr Tagungspräsident! Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich habe mich im vergangenen Sommer einmal mit dem Einkommensteuerrecht befaßt und habe nach drei Tagen entnervt aufgegeben, weil es nicht zu verstehen ist. Das ist auch ein Grund dafür, daß ich nachhaltig dafür werben möchte, daß wir die Ziele dieser Reform wie Steuervereinfachung, Verbreiterung der Bemessungsgrundlage durch Abbau von Ausnahmetatbeständen, die deutliche Senkung der Steuersätze, aber auch die gezielte Beibehaltung von Fördermaßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland nicht aus dem Auge verlieren.

Lieber Wolfgang Schäuble, ich danke Ihnen ganz herzlich dafür, daß die jungen Länder in der Kommission von Beginn an einbezogen worden sind und die Belange der jungen Länder in diesem Leitantrag des Bundesvorsitzenden Platz gefunden haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte Ihnen auch in einem voll zustimmen: Wir müssen die Enden zusammenhalten. Das Herausbrechen einzelner Elemente gefährdet diese Reform. Sie hat nur dann Erfolg, wenn das Gesamtkonzept, das vorgelegt wird, sowohl die Senkung der Steuersätze als auch die Einschnitte enthält und im Ergebnis zu einer gleichmäßigen Entlastung aller Einkommensgruppen führt. Wenn schon jetzt die einzelnen Interessengruppen, jede für sich, ein Tabu aufbaut, dann wird diese Reform scheitern.

Liebe Freunde, natürlich zeigt die Diskussion über die Reform, daß die Gefahr besteht, Regelungen zu streichen, die für eine gerechte Besteuerung nach dem Leistungsprinzip unverzichtbar sind. Werbungskosten und Betriebsausgaben müssen auch in Zukunft abzugsfähig bleiben, ebenso Aufwendungen zur Existenzsicherung und Unterhaltskosten. Auch das Ehegattensplitting darf nicht angetastet werden.

Ein Beispiel, um zu zeigen, wie kompliziert es ist, wenn man einzelne Punkte herausgreift: Wenn nur 13 Ausnahmetatbestände in die Debatte einbezogen werden, dann führt das, einzeln oder im Zusammenhang mit verschiedenen Ausnahmetatbeständen, zu insgesamt 8 191 Gesamtauswirkungen. Wir haben über 200 Ausnahmetatbestände. Das zeigt die Komplexität dieses Vorhabens.

Meine Damen und Herren, Rechenmodelle haben den Nachteil, daß sie die Auswirkungen, wie sich der Steuerbürger real verhält, nicht sichtbar machen. Wir müssen diese Vorschläge zur Einkommensteuerreform sehr genau im Hinblick auf die Entlastungs- und gegebenenfalls Belastungswirkungen untersuchen.

Wir haben deshalb in Thüringen eine Stichprobe von 500 Fällen bei Thüringer Finanzämtern durchgeführt, die meiner Meinung nach unbedingt auch in einem alten Bundesland durchgeführt werden sollte, eventuell in Baden-Württemberg. An Hand dieser Stichprobe haben wir das Modell des Kollegen Uldall hochgerechnet, das durchaus zu unterschiedlichen Auswirkungen führt.

Vorbehaltlich der Verfeinerung der Untersuchung zeichneten sich folgende Ergebnisse ab: Es erfolgt eine generelle Entlastung der Gruppen mit unterem bis mittlerem Einkommen, also von 9 bis 70 000 DM - mit Ausnahme der Gruppe, die bisher keine Steuern gezahlt hat.

Bei dieser Betrachtung fällt auf, daß vor allem in den Gruppen der unteren Einkommen die Auswirkungen sehr gering sein werden, weil das Jahressteuergesetz 1996 im Zusammenhang mit der großen Einkommensteuerreform gesehen werden muß. Das Jahressteuergesetz 1996 hat bereits eine spürbare Entlastung vor allem der Gruppen der unteren Einkommen erbracht. In Thüringen werden durch das Jahressteuergesetz 1996 durch Familienleistungsausgleich und durch Freistellung des Existenzminimums zirka 600 Millionen DM zusätzliches Einkommen erzielt.

Für die Gruppen mit mittlerem und höherem Einkommen wird es nach unseren Berechnungen möglicherweise gar keine Entlastung geben. Eine spürbare Entlastung tritt erst ab zirka 120 000 DM nach der Grundtabelle bzw. 240 000 DM nach der Splittingtabelle auf, da der geringe Spitzensteuersatz von 28 Prozent durch den Wegfall von Ausnahmetatbeständen nicht mehr kompensiert wird.

Wichtig ist auch die Erkenntnis, daß insbesondere die Gewerbetreibenden durch den Wegfall von Abschreibungsvergünstigungen überdurchschnittlich belastet werden.

Liebe Freunde! Diese Ergebnisse zeigen, daß es sehr schwierig sein wird, mit vereinfachten Modellen eine gleichmäßig verteilte und sozial gerechte Entlastungswirkung herbeizuführen. Aber gerade deswegen möchte ich den Kollegen Uldall unterstützen, daß zu Beginn der Auseinandersetzung ein Modell wie das seinige stehen muß.

Liebe Freunde! Vielleicht noch ein Wort zu den jungen Bundesländern. Bei allem gebotenen Abbau von Ausnahmeständen kann nicht vollends auf Fördermaßnahmen verzichtet werden, und zwar dort nicht, wo sie sinnvoll und geboten sind.

Ich glaube, man braucht keine große Debatte über die Wirtschaftskraft der jungen Länder zu führen. Wir liegen bei etwa 50 Prozent der Wirtschaftskraft der alten Länder. Deswegen ist eine langfristige Förderung in Form steuerlicher Förderungsmaßnahmen auch in geänderter Form über das Jahr 1998 hinaus unbedingt erforderlich, um das Ziel, einheitliche Lebensbedingungen in ganz Deutschland, zu erreichen. Insofern begrüße ich ausdrücklich die entsprechende Aussage im Leitantrag.

Wir brauchen die gesetzlich verankerte Investitionszulage, wenn wir das Ziel erreichen wollen. Die Lösung des Problems, liebe Freunde, kann man nicht auf die Länder abschieben, denn wenn wir mit der Einkommensteuerreform eine spürbare Nettoentlastung erreichen wollen, dann werden die Länderhaushalte keinen finanziellen Spielraum für eigene Programme haben. Wir sind gern bereit, über die Zielgenauigkeit zu debattieren, in dem Sinne, daß wir nicht mehr Sonderbedingungen für Bürohäuser und ähnliches haben, Zielgenauigkeit in der Richtung, daß die Förderung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, auf neue Investitionen, auf Sanierung der Innenstädte und ähnliches ausgerichtet wird. Die wirtschaftlichen Auswirkungen durch den Wegfall von Sonderabschreibungen werden wir bereits 1997 in der Baubranche im Osten sehen können. Ich hoffe, daß das dann bei der inhaltlichen Gestaltung der Steuerreform berücksichtigt wird.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Die große Einkommensteuerreform ist ein ehrgeiziges Ziel. Bündeln wir hierzu all unsere Kräfte! Ein Scheitern dieser Reform hat für die Zukunft von Deutschland verheerende Folgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andreas Trautvetter. Als nächster spricht Jochen-Konrad Fromme, dann folgt Peter Jungen.

Meine Damen und Herren, wir haben keine Redezeitbegrenzung, wollen im Moment auch darauf verzichten. Aber ich wäre dankbar, wenn die Redebeiträge nicht länger als fünf Minuten wären, weil wir noch eine Vielzahl von Wortmeldungen vorliegen haben.

**Jochen-Konrad Fromme**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich im Namen der Kommunen beim Bundesfinanzminister ausdrücklich dafür bedanken, daß er gesagt hat, die Gewerkekapitalsteuer wird abgeschafft und durch eine Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer ersetzt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist aus kommunaler Sicht ganz besonders deshalb wichtig, weil wir die relativ stabile Gewerkekapitalsteuer natürlich nur gegen ein stabiles Steuerelement eintauschen können. Aber leider hat sich die SPD bisher verweigert, und das bedeutet, daß das gewünschte Ergebnis nur im Vermittlungsverfahren erzielt werden kann. Das hat sich aus der Sicht der Kommunen sehr häufig als Risiko erwiesen. Deshalb möchte ich dem Bundesfinanzminister mit auf den Weg geben: Bleiben Sie bei Ihrem Modell, so wie es Ihr Haus formuliert hat, und bleiben Sie dabei, daß es eine unmittelbare Beteiligung der Kommunen an der Mehrwertsteuer sein muß. Die Länder möchten das nicht so gern. Aus unserer Sicht geht es aber nicht anders; dann hätten wir die große Befürchtung, daß in den Länderhaushalten Belastungen hängenbleiben und die Kompensation nicht ankommt. Deswegen möchte ich Sie ermutigen, bei diesem System zu bleiben. - Danke schön.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jochen-Konrad Fromme. Jetzt spricht Peter Jungen.

**Peter Jungen**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich meine große Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß wir in der Lage sind, auf diesem Parteitag über ein so großes Reformprojekt zu diskutieren und - wie ich hoffe - mit großer Mehrheit auch zu verabschieben. Ich glaube, daß wir hier in der Tat ein Reformwerk mit auf den Weg bringen, das viele Probleme, die uns in Deutschland bisher behindert haben, beseitigt. Aber es bleibt der eine oder andere Aspekt, zu dem ich hier gern eine Bemerkung machen würde.

Der Bundesfinanzminister hat vorhin darauf hingewiesen, wie wichtig die Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer und wie wichtig auch der Eintritt in eine Senkung der Gewerbeertragsteuer sind. Das bedeutet, daß hier ein Teil der steuerlichen Diskriminierung von Risikokapital beseitigt wird, die in Deutschland Investitionen behindert und damit Arbeitsplätze nicht entstehen läßt oder aber sogar beseitigt.

Risikokapital, meine Damen und Herren, ist Kapital, das investiert wird, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die wenigsten Industrieländer der Welt haben eine Risikokapitalsteuer. Bei uns heißt sie nur anders. Sie heißt bei uns Gewerbekapitalsteuer, sie heißt Gewerbeertragsteuer. Das betrifft die bisherige Vermögensteuer; denn auch dies ist eine Risikokapitalsteuer.

Der Bundeskanzler hat in seiner Neujahrsansprache darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, eine neue Kultur der Selbständigkeit zu fördern. Meine Damen und Herren, das heißt aber nichts anderes, als junge Leute, Unternehmer zu ermuntern, etwas zu machen, Hindernisse zu beseitigen. Das bedeutet, Regulierungswut einzudämmen, Probleme, die wir im Arbeitsrecht und vielen anderen Bereichen haben - da ist auch schon einiges auf den Weg gebracht worden - zu beseitigen. Hierzu zählt vor allem der Mangel an Eigenkapital, der Mangel an Risikokapital.

Die nachlassende Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland ist weniger ein Problem für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen. Diese können ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherstellen - weniger in Deutschland als vielmehr im Ausland. Risikokapital ist ungeheuer mobil, es kann auswandern. Unsere Arbeitnehmer können das nicht tun, und deshalb ist es wichtig, daß der Standort Deutschland fit gemacht und das Risikokapital in Deutschland eingesetzt wird, damit es in Deutschland rentabel ist und nicht nur irgendwo in der Welt von deutschen Unternehmen investiert wird.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir haben in den vergangenen Jahren einen Kapitalexport von 48 Milliarden DM gehabt. Das ist nicht falsch, weil deutsche Unternehmen damit ihre Positionen auch auf dem Weltmarkt sichern. Aber wir haben nur einen Import von 14 Milliarden DM gehabt - noch nicht einmal ein Drittel davon. Das bedeutet nichts anderes, als daß das internationale Kapital den Standort Deutschland meidet. Je weniger Kapital hier investiert wird, desto weniger steigt die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Das heißt für uns, ein Verlust von Kapital, das hier nicht investiert wird, ist ein Verlust an Arbeitsplätzen.

Die Kapitalrentabilität ist in vielen Ländern wesentlich höher als in Deutschland. Bei uns liegt sie knapp über dem, was man für „Bundesschätzchen“ bekommt. Deshalb sollte man Risikokapital investieren.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich Ludwig Erhard zitieren, der hier bereits mehrmals beschworen worden ist. Er sagte auf dem Bundesparteitag in Hamburg 1957: Kapital fällt also nicht vom Himmel, sondern muß zuerst erarbeitet und dann durch Verzicht auf sofortigen Konsum konsolidiert werden. Dieser Satz - fügte er hinzu - gilt sogar für alle Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen, unabhängig von ihrer jeweiligen Verfassung.

Meine Damen und Herren! Die steuerliche Diskriminierung von Risikokapital führte bisher zu großen Fehlleitungen von Kapital. Zum Beispiel die Sonderabschreibungen in den neuen Ländern für Immobilien führten zur Flucht von Kapital in Immobilienfonds, die in hohem Maße volkswirtschaftlich verloren sein werden, weil ein überwiegender Teil der damit errichteten Gebäude nicht mehr genutzt oder nicht mehr vermietet werden kann.

Deshalb müssen wir die noch bestehenden steuerlichen Diskriminierungen von Risikokapital beseitigen und diejenigen, die Risiken eingehen, die investieren, fördern anstatt steuerlich bestrafen. Bei der Einkommensteuer werden wir das jetzt schaffen. Bei der Gewerbesteuer hoffe ich, daß sie entfällt. Aber bei der Gewerbeertragsteuer haben wir den ersten Schritt noch zu machen. Hoffentlich entfällt auch die Vermögensteuer.

Die Diskriminierung, meine Damen und Herren, von Risikokapital muß beseitigt werden. Aus diesem Grunde - das ist ein ganz konkreter Punkt - verstehe ich nicht, weshalb die Antragskommission gestern abend vorgeschlagen hat, den Antrag der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die steuerliche Diskriminierung von Risikokapital, soweit sie noch besteht, bei den anstehenden Reformvorhaben zu beseitigen, abzulehnen.

Meine Damen und Herren, ich halte es geradezu für eine Verdrehung der Situation, wenn wir jetzt hingehen und die steuerliche Diskriminierung von Risikokapital nicht nur nicht beseitigen, sondern auch noch beschließen, einen Antrag, der auf die Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung von Risikokapital abzielt, abzulehnen. Meine Bitte ist, daß wir diesen Antrag, wenn wir ihn heute nicht annehmen, zumindest, wie in anderen Fällen auch geschehen, an die Bundestagsfraktion zur dortigen Behandlung überweisen. Gunnar Uldall sagt mir, daß dies ein Antrag sei, der von der Systematik her hier vielleicht nicht hineinpaßt. Ich würde dann darum bitten, daß er notfalls separat behandelt und separat verabschiedet wird. Es kann nicht angehen, daß wir als einziges Industrieland dieser Welt eine Risikokapitalsteuer weiterhin aufrechterhalten und hier auch noch beschließen, daß wir diese Diskriminierung weiter bestehenlassen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jungen. Als nächster hat Wolfgang Vogt das Wort. Ihm folgt Professor Winfried Pinger. Wolfgang Vogt, bitte schön!

**Wolfgang Vogt:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Tarif 2000, der von Wolfgang Schäuble vorgestellt worden ist, ist ein gelungener Entwurf. Ich werbe für ihn. Ich befürworte ihn aus zwei Gründen.

Wenn Investitionen und Arbeitsplätze in Zukunft keinen Bogen um Deutschland machen sollen - sie dürfen dies nicht tun -, brauchen wir diesen Tarif 2000, wie er hier vorgelegt worden ist.

Ich befürworte ihn aus einem zweiten Grund. In Deutschland zahlt keine Steuer, wer arm ist - das ist gut - und wer reich ist - das ist nicht gut. Auch deshalb brauchen wir den Tarif 2000.

Dieser Tarif stellt natürlich ein ehrgeiziges Vorhaben dar. Es ist zu Recht gefordert worden, daß gerade in der Frage der Gegenfinanzierung ohne Tabus vorgegangen werden muß. Ich stimme auch dem zu. Ich rate aber auch, nicht nur ohne Tabus, sondern auch mit Verstand und Klugheit zu diskutieren, so wie das die Kommission getan hat, die ganz pragmatisch und klug dafür eintritt, daß Spenden an gemeinnützige Vereine und Kirchen weiterhin von der Bemessungsgrundlage abgezogen werden können. Die Gründe sind dargelegt worden. Die reine steuerpolitische Lehre ist das nicht, aber es ist klug.

Auch bei der Besteuerung der Lohnersatzleistungen - Wolfgang Schäuble hat darauf hingewiesen, daß dies noch ein Diskussionsgegenstand ist; ich habe ihn in der Steuerreformkommission problematisiert - sollten wir uns vom Gebot der Klugheit leiten lassen. Bei diesen Leistungen handelt es sich um Mutterschaftsgeld, Krankengeld und Arbeitslosengeld. Wer die Debatte der letzten Woche und die schwierigen Entscheidungen, die dann gut ausgegangen sind, noch in Erinnerung hat, weiß, daß wir beim Niveau des Arbeitslosengeldes an der Grenze des Möglichen angelangt sind. Bei einem Arbeitslosengeld in Höhe von 60 Prozent des Nettoeinkommens ist nichts mehr herauszupressen. Wer will, daß Versicherungsleistungen höher sind als Sozialhilfe, wer will, daß auch hier das Abstandsgebot gewahrt wird, der weiß, daß es mit der Besteuerung des Arbeitslosengeldes nicht so einfach geht, denn es würde dann ja abgesenkt. Man könnte allenfalls dieses heute netto gezahlte Geld auf eine Bruttoleistung hochrechnen - dann müßte Beitrag gezahlt werden; die Sozialleistungsquote würde erhöht; die 40-Prozent-Grenze, die wir uns bei den Beitragssätzen setzen, würde nicht eingehalten -, nur um zu erreichen, daß wir über die Besteuerung wieder zu der Nettoleistung kommen, die wir heute haben. Ich finde, das wäre kein vernünftiges Verfahren.

Deshalb haben wir hier Diskussionsbedarf. Es geht dabei allerdings nicht um eine bestimmte Klientel. Wer an eine bestimmte Klientel denkt, bringt das Steuerpaket und den Tarif 2000 zum Scheitern. Ich möchte, daß wir die Meinungsführerschaft, die wir hier auf diesem Gebiet nicht zuletzt durch die Arbeit von Wolfgang Schäuble errungen haben, nicht aufs Spiel setzen. Auf das große Werk darf kein Schatten fallen. Ich wollte das Wort „Flugbenzin“ eigentlich nicht in den Mund nehmen. Ich erinnere aber daran, daß wir schon einmal ein großes Werk deshalb nicht überzeugend haben darstellen können, weil auf dieses Werk ein Schatten gefallen ist. Ich werbe für den Tarif 2000, und ich hoffe, daß wir nach weiteren Diskussionen zu einem guten Ende kommen. Diese Reform wird Wirklichkeit werden.

(Beifall)

**Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wolfgang Vogt. Als nächster spricht Professor Winfried Pinger. Ihm folgt Karl-Josef Laumann. Die Tagungsleitung übernimmt jetzt Dr. Ottfried Hennig.

**Prof. Dr. Winfried Pinger:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die drei Ziele des Leitantrages des Bundesvorstandes sind richtig.

Erstens: Das Steuersystem muß einfacher und gerechter werden. Zweitens: Es muß eine Entlastung aller Bürger eintreten. Drittens: Die Investitionsfähigkeit der Unternehmen muß gestärkt werden.

Was das dritte Ziel angeht, so ist eben schon darauf hingewiesen worden, daß es notwendig ist, in dem Antrag auch aufzunehmen, daß jede Art von steuerlicher Diskriminierung von Risikokapital beseitigt werden muß. Im Klartext heißt das, daß auch die Gewerbebeertragsteuer auf längere Sicht entfallen muß, natürlich bei völliger Kompensation zugunsten der Gemeinden über die Umsatzsteuer, und zwar in der Form - das ist auch schon vorgetragen worden -, daß die Gemeinden unmittelbar ein Recht haben, einen Anteil an der Umsatzsteuer zu bekommen. Das Ziel der völligen Beseitigung der Gewerbebeertragsteuer muß mit in den Blick ge-

nommen werden, wenn das Risikokapital nicht auf Dauer diskriminiert werden soll. Es geht hier ja um eine Diskriminierung desjenigen Kapitals, das Arbeitsplätze schafft. Gerade das Ziel der Beseitigung dieser Diskriminierung muß im Auge behalten werden.

Wenn dieses Ziel nun angepeilt werden soll und wenn es insbesondere darum geht, das Risikokapital zu entlasten, tun wir, wie ich glaube, gut daran, die Unternehmensteuerreform nicht als eine Art Kurzstreckenlauf, als eine Art Sprint anzusehen, den wir am 1. Januar 1999 beendet haben wollen. Zum 1. Januar 1999 sollte ein Zwischenspurte eingelegt und eine Wegstrecke zurückgelegt worden sein. Wenn wir wirklich durchgreifend entlasten wollen, wenn wir das Risikokapital insgesamt nicht weiter diskriminieren wollen, wird es aber, wie ich glaube, notwendig sein, die gesamte große Steuerreform in mehreren Stufen durchzuführen, wenn wir wirklich ans Ziel kommen wollen.

Meine Damen und Herren, wir haben uns vorgenommen, daß wir die Arbeitslosigkeit sehr bald durchgreifend abbauen. Ich meine, daß dann auch die Prioritäten richtig gesetzt werden müssen. Zunächst einmal geht es um die Stärkung der Investitionsfähigkeit der Unternehmen, nicht zuletzt der mittelständischen Unternehmen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch folgendes sagen. In Ziffer 9 des Antrages steht, daß auch Abschreibungsmöglichkeiten überprüft werden sollen. Es darf aber nicht so sein, daß gerade die Abschreibungsmöglichkeiten, die dazu dienen, die Investitionsfähigkeit der mittelständischen Unternehmen zu stärken, verschlechtert werden. Es darf doch nicht so sein, daß ich das Geld, das ich als Mittelständler verdient habe, zunächst einmal zum Finanzamt trage, um dann irgendwo bei der Kommune oder beim Staat einen Antrag dahin gehend zu stellen, daß ich einen Zuschuß bekomme, um Arbeitsplätze zu schaffen. Nein, dann muß die Möglichkeit der Investitionsfähigkeit durch die Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, gegeben sein. Ich meine, daß das ein ganz wichtiger Aspekt ist, der in der nächsten Zeit noch diskutiert werden muß. - Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Professor Pinger. - Als nächster spricht Karl-Josef Laumann. Sein Beitrag ist der vorletzte in der allgemeinen Aussprache. Bitte!

**Karl-Josef Laumann**: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, daß es gut ist, daß sich unsere CDU dem Thema verschrieben hat, noch vor der Bundestagswahl die Pflöcke für ein durchschaubares Steuersystem einzuhauen. Ich bin fest davon überzeugt, daß auch bei vielen Menschen in der Arbeitnehmerschaft die Frage, welche Zustimmung wir für unseren Staat auf Dauer behalten, daran hängt, ob das Steuersystem verständlich ist oder nicht.

Bei der Diskussion, die darüber in vielen Fachkreisen, aber auch in der Fraktion geführt werden wird, müssen wir uns, wie ich glaube, drei wesentliche Punkte noch einmal genauer anschauen:

Der erste Punkt ist, daß wir bei der Besteuerung von Lohnersatzleistungen, die sich vom Netto berechnen, schon vorsichtig sein müssen. Wolfgang Vogt hat das schon näher ausgeführt. Denn bei 60 % Arbeitslosengeld vom Netto stellt sich wirklich die Frage nach der Versicherungsleistung, wenn man darauf noch Steuern erhebt.

Ein weiterer Punkt ist, daß ich glaube, daß wir äußerst vorsichtig damit umgehen müssen, über die Frage der Besteuerung von Renten zu sprechen, weil da vieles nicht verstanden wird. Ich denke, wenn die Menschen die Beiträge zur Rentenversicherung zum allergrößten Teil aus Nettolöhnen bezahlen, dann muß auch im Alter, wenn der Renteneintritt erfolgt ist, der Beitragsanteil einer Rente auf jeden Fall steuerfrei bleiben.

Ich habe auch die herzliche Bitte, daß wir bei der Senkung des Spitzensteuersatzes und des Eingangssteuersatzes bedenken, daß das, was dort an Einsparungen für die Bürger und ergo an Verlusten für den Staatshaushalt kommt, durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und durch Einsparungen ausgeglichen werden muß. Ich glaube nicht, daß es uns passieren darf, daß wir, wenn wir hier den Schritt zu groß machen, am Ende durch eine Mehrwertsteuererhöhung die Potentiale, die wir da vielleicht noch haben, für diesen Bereich aufzehren. Ich denke, daß wir uns dann auch einmal dem Thema stellen müssen, dort, wo wir heute Leistungen in beitragsfinanzierten Systemen haben - ob in der Arbeitslosenversicherung oder in der Rentenversicherung -, wo man genausogut begründen könnte, sie gesamtstaatlich zu finanzieren, auch Schritte zu unternehmen, um - vielleicht mit dem Potential einer Mehrwertsteuererhöhung - zu einer Entlastung der auf die Arbeitsstunde bezogenen Lohnnebenkosten zu kommen.

Wenn wir diese drei Dinge in unserer Partei mit einiger Sensibilität behandeln, werden wir eine gute Chance haben, diese Steuerreform durchzuziehen und letzten Endes dann auch die Mehrheit der Bevölkerung auf unserer Seite zu haben. - Schönen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Laumann. - Der letzte Redner zu diesem allgemeinen Teil ist Thomas Hansen aus Schleswig-Holstein.

**Thomas Hansen:** Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Als erstes möchte ich feststellen, daß es gut ist, daß wir in diese Richtung diskutieren, daß wir heute auf diesem Parteitag über eine umfassende Reform der Steuern vom Einkommen und Ertrag debattieren. Dabei müssen wir uns darüber im klaren sein, daß wir, wenn wir die Steuern vom Einkommen und Ertrag massiv senken wollen, eine Gegenfinanzierung benötigen. Diese Gegenfinanzierung wird nicht allein in der sogenannten Verbreiterung der Bemessungsgrundlage liegen können, weil es, wie vielfach angesprochen, auch Ausnahmetatbestände gibt, die sehr wohl gerechtfertigt sind. Die Lohnersatzleistungen und ähnliche Dinge sind hier schon mehrfach erwähnt worden.

Für mich ist wichtig, daß ein Ziel dieser Reform auch sein muß, daß Arbeit sich wieder lohnt. Theo Waigel hat das Thema angesprochen, daß wir als Kommune ja vielfach nicht einmal in der Lage sind, Sozialhilfeempfänger zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen. Der Abstand zwischen dem Einkommen aus Arbeit und dem aus Sozialhilfe muß eben wieder so groß sein, daß es sich lohnt zu arbeiten.

(Vereinzelt Zustimmung)

Wenn wir Steuergesetze erlassen, dürfen wir nur solche Gesetze erlassen, deren Durchführung und Überprüfung auch gewährleistet ist. Denn das, was bisher geschieht, ist doch habnübchen: Es werden Steuergesetze erlassen, deren Durchführung und Durchsetzung nicht

ausreichend kontrolliert wird. Es gibt in dem Antrag der CDA zum Leitantrag eine sehr wichtige Passage, die die Stärkung der Finanzverwaltung mit einbezieht. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Bestandteil, den wir in der Diskussion nicht vergessen dürfen. Denn was nützt es uns, wenn jemand Einkünfte gegenüber dem Finanzamt verheimlicht und wir das am Ende nicht überprüfen, sondern ihn gewähren lassen? Dann tritt nämlich genau das ein, was schon öfter angeklungen ist: Dann ist der Ehrliche am Ende der Dumme. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Das heißt, wir müssen die Finanzverwaltung stärken, damit wirklich die Steuererklärungen überprüft werden und somit klar ist, daß jeder, der hier betrügt, am Ende der Dumme sein wird, nicht aber derjenige, der ehrlich seine Einnahmen versteuert.

(Zustimmung)

Ferner bin ich der Meinung, daß wir die Systematik, die unser Einkommensteuergesetz prägt, erhalten müssen. Das bedeutet, das, was für den Unternehmer als Betriebsausgabe abzugsfähig ist, muß auch für den Arbeitnehmer als Werbungskosten abzugsfähig bleiben. Diese Systematik dürfen wir nicht durchbrechen. Das heißt, wenn ein junger Mensch, der gerade seinen Beruf aufgenommen hat, Werbungskosten in Form von Ausbildungsinvestitionen hat, muß dies steuerlich abzugsfähig bleiben, denn auch ein Unternehmer, der eine Tagung oder ein Seminar besucht, kann dies als Betriebsausgabe geltend machen. Diese Systematik muß erhalten bleiben.

Schließlich meine ich, daß wir nicht alles der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung überlassen können. Der jetzige Leitantrag ist sehr weit gefaßt und enthält nur wenige konkrete Hinweise, wie die Gegenfinanzierung bewerkstelligt werden soll. Ich denke, daß am Ende der Diskussion der Parteitag auch noch einmal über das Gesamtpaket entscheiden muß, nicht nur jetzt am Anfang, wo wir in die Debatte einsteigen, sondern auch am Ende, wenn es um die Umsetzung geht. Denn schließlich sollen wir nachher vor Ort, in den Orts- und Kreisverbänden, die Politik, die hier beschlossen wird, auch verkaufen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Hansen. - Das war die letzte Wortmeldung zur allgemeinen Aussprache; weitere liegen nicht vor.

Wir kehren jetzt zurück zum Tagesordnungspunkt 20.2 und treten in die Einzelberatung über den Antrag des Bundesvorstandes ein. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ausschließlich die Antragsbroschüre II mit der dort verwandten Numerierung der Anträge Grundlage unserer Beratung ist.

Meine Damen und Herren, die Antragslage zur Steuerpolitik ist nicht nur fachlich, sondern auch antragstechnisch aus einer Reihe von Gründen nicht ganz einfach zu überblicken. Bevor wir in die Einzelberatungen eintreten, bitte ich deshalb den Sprecher der Antragskommission, unseren Freund Hans-Peter Repnik, um einige erläuternde Hinweise zum Antragsverfahren. Lieber Herr Repnik, Sie haben das Wort.

**Hans-Peter Repnik**, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission ist sich dessen bewußt, daß wir mit diesem dicken Paket den Delegierten relativ viel zumuten. Ich werde versuchen, Ihnen jetzt einmal die Systematik zu erklären, wie wir

mit den vielen Anträgen vorgegangen sind. Ich glaube, es ist eine zwar schwierige, aber die einzig sachgerechte Behandlung.

Wir haben folgendes Problem. Es sind ungefähr 70 Anträge zum Steuerkomplex da, die wiederum rund 200 Einzelpositionen mit unterschiedlichstem Charakter beschreiben. Wir haben Anträge zum Kernthema Reform der Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, die vor der Erstellung des Papiers bzw. des Antrags, der Ihnen jetzt vorliegt, bereits eingegangen sind. Wir haben wiederum Anträge, die sich mit dem Thema Jahressteuergesetz 1997 befassen. Wir haben Anträge zur Unternehmensteuerreform und Anträge, die bereits im Programm für Wachstum und Beschäftigung enthalten sind, und wir haben allgemeine steuerpolitische Anträge.

Die Kommission unter Leitung von Wolfgang Schäuble, hat versucht alle die Anträge, die zum Kernthema gestellt wurden, in den Antrag des Bundesvorstands einzuarbeiten; allerdings in einen einheitlichen sprachlichen Duktus, so daß sich nicht jeder mit seinem Wortlaut wiederfinden wird, aber mit seinen Inhalten. Diese eingearbeiteten Anträge empfehlen wir Ihnen zur Annahme in der Fassung der Vorlage des Bundesvorstands.

Darüber hinaus empfiehlt Ihnen die Antragskommission wie folgt zu verfahren: Alle Anträge, die sich auf das Jahressteuergesetz beziehen, die sich auf die Unternehmensteuerreform beziehen und die sich mit dem Programm für Wachstum und Beschäftigung steuerpolitisch auseinandersetzen - diese Themen sind bereits in der parlamentarischen Beratung -, der Fraktion zu überweisen. Die Fraktion wird dies in der parlamentarischen Beratung einbringen. Ein Teil davon ist bereits erledigt. Einige andere Anträge bedürfen noch einer weiteren fachlichen Beratung, und die wollen wir an die Bundesfachausschüsse überweisen.

Wir haben in der Antragskommission versucht, allen Antragstellern gerecht zu werden, und dazu war es notwendig, daß wir die einzelnen Anträge, die sich mit den verschiedensten Positionen befaßt haben, auseinandergesogen haben. Wir haben sie dann der jeweiligen Ziffer des Antrags des Bundesvorstands zugeordnet, so daß sich jeder in irgendeiner Position wiederfindet. Zugegebenermaßen ist das etwas schwierig, aber dies ist die einzige Möglichkeit zur sachgerechten Behandlung dieser vielen Antragspositionen. - Ich hoffe, daß wir gemeinsam damit klarkommen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hans-Peter Repnik, für die erläuterten Hinweise zum Antragsverfahren. Ich bitte, daß wir jetzt mit großer Disziplin und hoher Aufmerksamkeit diese nicht ganz leichte Antragslage so bewältigen, daß wir optimal durchkommen.

Ich rufe zunächst den Antrag des Bundesvorstands A 1 auf. Dies ist die Ziffer 1. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre II auf Seite 1. Dort sind auch die Anträge vermerkt, die gemäß der Empfehlung der Antragskommission mitberaten werden sollen. Dazu hat zunächst Wilhelm Hogrefe aus Niedersachsen um das Wort gebeten. Herr Hogrefe, Sie haben das Wort.

**Wilhelm Hogrefe**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir wollen mit Blick auf das 21. Jahrhundert die große Reform des Steuer- und Abgabensystems. Wir wollen den Staatsanteil zurückführen. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit. Aber wir wollen auch ein einfaches Verfahren. Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, wollen wir einen ehrlichen Dia-

log mit den Bürgern führen. Deshalb müssen wir den Bürgern jetzt und heute sagen: Es gibt nicht nur Steuerverminderungen, es gibt nicht nur Steuergerechtigkeit, sondern es wird auch Steuerumschichtungen geben müssen. Dazu steht ganz lapidar ein Satz im ersten Passus des Antrags des Bundesvorstands. Ich zitiere diesen Satz:

Wir streben ein ausgewogenes Verhältnis von direkten und indirekten Steuern an.

Meine Damen und Herren, was bedeutet das? Wo wollen wir umschichten, nachdem wir natürlich alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft haben? Wollen wir die allgemeine Mehrwertsteuererhöhung, oder wollen wir nicht lieber differenziert vorgehen? Wir im Bezirksverband Stade sind der Meinung, wir sollten zunächst bei den Gütern ansetzen, die knapp und teuer sind, wir sollten bei den Gütern ansetzen, die umweltbelastend sind.

Meine Damen und Herren, wir haben beim Bundesparteitag in Hamburg die Soziale Marktwirtschaft um die ökologische Komponente erweitert. Wenn wir jetzt gemäß unserem Parteitagsmotto für die Zukunft handeln wollen, dann gilt es, diesem theoretischen Anspruch auch in der Praxis gerecht zu werden.

In Dänemark hat die Umschichtung, die uns vorschwebt, bereits in den ersten zwei Jahren 30 000 zusätzliche Arbeitsplätze in innovativen Bereichen gebracht. Dort hat diese Umschichtung im ländlichen Raum enorme zusätzliche Impulse gebracht.

Meine Damen und Herren, für das Thema „nachwachsende Rohstoffe“, um das wir uns seit Jahren kümmern, hat es in Dänemark endlich den Durchbruch gegeben. Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, daß in den Bundesfachausschüssen Wirtschaft und Umwelt dieses Anliegen, dieses dänische Modell, intensiv diskutiert werden muß.

(Vereinzelt Beifall)

Ich danke deshalb der Antragskommission, daß dies so vorgeschlagen wird.

Abschließend möchte ich noch einmal feststellen: Wir wollen die große Steuerreform, aber wir wollen eine umfassende Reform, und wir wollen den Bürgern ehrlich sagen, was auf sie zukommt.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Hogrefe. Ich lasse jetzt über den Antrag der Antragskommission zum Antrag A 1 und den dazugehörigen Anträgen abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest, daß wir diesen Antrag A 1 einstimmig angenommen haben. - Herzlichen Dank.

Ich rufe den Antrag A 7 des Bundesvorstands auf. Dies ist die Ziffer 2. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre II auf der Seite 2. Hier sind auch die Anträge angegeben, die gemäß der Empfehlung der Antragskommission an dieser Stelle mitberaten werden sollen. Dazu hat Erhard Keppler aus Niedersachsen, vom Kreisverband Nordheim, das Wort. Herr Keppler, bitte.

**Erhard Keppler**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nur ein paar kurze Bemerkungen machen. Schön ist, daß wir endlich zu Reformen kommen. Auf die Einkommensteuerreform warten wir seit 20 Jahren. Aber es gibt auch noch ein paar andere Re-

formen, die man in dem Zusammenhang ansprechen sollte. Das ist zum Beispiel die des öffentlichen Dienstes. Ich würde mir sehr wünschen, daß Herr Kanther, der im Augenblick wohl nicht im Saal ist, den Mut hat, auch hier ein bißchen weiterzukommen und endlich das karnalistische System abschafft, damit man auch im öffentlichen Dienst weiß, wo die Kosten entstehen. Das weiß man nämlich heute nicht.

(Beifall)

An der vorgeschlagenen Einkommensteuerreform stören mich zwei Dinge. Zum einen ist dies der Stufentarif. Ich weiß nicht, wie man auf so etwas kommen kann. Selbst die Finanzämter haben den Abakus abgeschafft und benutzen heute den Rechner. Prozentrechnung sollte keine Schwierigkeit sein.

Wenn man einen Stufentarif wählt, dann kommt es doch immer wieder vor, daß jemand, der eine Mark mehr verdient, in eine sehr viel höhere Steuerklasse kommt. Das kann es doch eigentlich nicht sein. Deswegen werbe ich sehr dafür, daß man den linearen Tarif in dieses Steuersystem einbaut.

(Vereinzelt Beifall)

Des weiteren wünsche ich mir, daß diese Einkommensteuerreform im Jahre 1998 in Kraft gesetzt wird, nicht aber erst 1999. Denn das, was bisher geschehen ist, hat doch eine deutlich soziale Schiefelage. Das muß man einfach so sehen. Für diejenigen, die den Spitzensteuersatz von 53 Prozent bezahlen, denke ich, daß bundesweit eine DIN A 4-Seite ausreicht, um sie aufzulisten. Der Rest zahlt deutlich weniger, und zwar hauptsächlich deswegen, weil wir enorm viele Steuersparmodelle haben.

Mir ist vor ein paar Tagen ein Angebot auf den Tisch des Hauses geflattert, in dem es hieß, ich könne mein Geld in einem Kreuzfahrtschiff anlegen. Es hieß, ich könne 50 Prozent der Investitionskosten abschreiben. Außerdem würde ich noch 25 Prozent Rabatt kriegen, wenn ich da mitführe.

Ein anderes Modell betraf ein Bürohochhaus in einer Großstadt. Dresden, Hamburg oder Frankfurt waren gemeint. In Frankfurt stehen sehr viele Hochhäuser leer. Die Büroräume können nicht mehr vermietet werden. Es gibt Steuersparmodelle, nach denen Wohnungen gebaut wurden, so daß die Mieten 2 000 bis 3 000 DM pro Monat betragen. Das kann das Steuersystem eigentlich nicht wollen.

Deswegen meine ich: Wenn wir an dieser Stelle anfangen, solche Abschreibungsmöglichkeiten zu beseitigen, die offensichtlich nicht den gewünschten Nutzen haben, dann wäre das gut. Wir müssen Wohnungen bauen, bei denen die Mieten bezahlbar sind. Dabei denke ich an 500, 600 oder 700 DM pro Monat. Das ist aber ein anderes Thema.

Ich denke, daß die soziale Schiefelage durch die Beseitigung solcher Abschreibungsmöglichkeiten ein bißchen beseitigt werden könnte. So könnten wir die Zahl derer, die den Genuß vom Spitzensteuersatz in Höhe von 53 Prozent haben, als Steuerzahler deutlich erhöhen.

Mir selbst ist bekannt - das als Beispiel -, daß jemand, der Millionen verdient, es geschafft hat, daß seine Kinder in den Genuß von BAFÖG kommen. Mir selbst ist ein Fall bekannt, daß ein

Chefarzt, der nicht nur eine Privatwohnung und einige Eigentumswohnungen, sondern einen ganzen Stadtteil besitzt, dies alles von der Steuer absetzt.

Das alles hat unser Steuersystem geleistet. Diese Ungerechtigkeit muß beseitigt werden. Deswegen hoffe ich auch sehr, daß die Zahl der Ausnahmen auf ein extrem niedriges Maß beschränkt werden, so daß die Steuerreform auch den Namen Reform verdient. - Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Dazu die Antragskommission. Herr Repnik bitte.

**Hans-Peter Repnik**, Antragskommission: Ich möchte gerne kurz auf zwei Argumente eingehen und gleich dafür werben, beim Votum der Antragskommission zu bleiben.

Der erste Vorschlag bestand darin, die große Steuerreform auf den 1. Januar 1998 vorzuziehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir möchten diese Reform natürlich so schnell als möglich realisiert haben. Aber wenn wir diese Reform mit Sorgfalt - und die sollten wir an den Tag legen - behandeln, dann ist ein Termin des Inkrafttretens, der vor dem 1. Januar 1998, schlechterdings nicht möglich. Wir werden ein Jahr für die parlamentarische Behandlung - Beratung und Verabschiedung - brauchen. Wir müssen dann sowohl der Finanzverwaltung und den steuerberatenden Berufen als auch den Bürgern die Chance geben, sich zumindest ein halbes Jahr lang darauf einzustellen. Deshalb möchte ich dafür werben, beim Termin 1. Januar 1999 zu bleiben.

Zweitens wurde von dem Bestehen einer sozialen Schieflage geredet. Ich möchte gerne darauf aufmerksam machen, daß wir mit dem Jahressteuergesetz 1996 fast ausschließlich die Geringverdiener und die Familien bevorzugt haben, in einer Größenordnung von rund 20 Milliarden DM. Ich glaube, es würde ein falscher Eindruck erweckt, wenn man hier von einer sozialen Schieflage spricht.

Auch deshalb bin ich dafür, daß wir für die Form, die die Antragskommission Ihnen vorschlägt, votieren.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Kollege Repnik. - Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag A 7 und den dazugehörigen Anträgen abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist das so beschlossen.

An dieser Stelle möchte ich darauf aufmerksam machen, daß unser Kollege und Delegierter Dietrich Austermann, Vorsitzender der Landesgruppe Schleswig-Holstein im Deutschen Bundestag, heute seinen Geburtstag feiert. Ich möchte die Gelegenheit nehmen, Ihnen, lieber Herr Austermann, dazu herzlich zu gratulieren.

(Beifall)

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 14 auf. Dies ist die Ziffer 3. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre II auf Seite 3. Dort sind auch die Anträge angegeben, die gemäß

der Empfehlung der Antragskommission im Zusammenhang mit dem Antrag A 14 beraten werden sollen. Auch dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Erhard Keppler aus Northeim vor. - Herr Keppler.

(Erhard Keppler: Hat sich erledigt!)

- Danke schön. - Eine Wortmeldung von Herrn Fritz Günzler aus Niedersachsen bezieht sich auf Antrag A 18, und dieser steht hiermit im Zusammenhang. Herr Günzler, Sie haben deshalb jetzt das Wort.

**Fritz Günzler:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liest man den Antragstext genau, fällt auf, daß dort steht: Der Familienlastenausgleich soll beibehalten bleiben. - Meiner Meinung nach reicht dies nicht aus. Wir müssen den Familienlastenausgleich ausbauen. Wir müssen dazu kommen, daß das Existenzminimum für Kinder endlich von der Steuer freigestellt wird. Wir müssen uns darauf meines Erachtens hinbewegen, damit wir die familienfreundliche Partei bleiben, die wir immer waren und die wir bleiben wollen.

Die verminderte Leistungsfähigkeit von Familien muß im Steuerrecht berücksichtigt werden. Durch den jetzigen Kinderfreibetrag wird nur ein Teil der Kosten steuerfrei gestellt. In einem weiteren Reformschritt sollten wir überlegen, ob wir neben dem Ehegattensplitting nicht ein Familiensplitting einführen, damit das Einkommen der Solidargemeinschaft Familie nicht nur auf die Ehepartner aufgeteilt wird, sondern auch die Kinder mit berücksichtigt werden. Somit könnten wir meines Erachtens zu einer gerechteren Verteilung im Interesse der Familie kommen.

Deshalb bitte ich, im Gegensatz zur Empfehlung der Antragskommission dem Antrag A 18 des Kreisverbandes Göttingen zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig,** Tagungspräsidium: Für die Antragskommission der Generalsekretär, Peter Hintze.

**Peter Hintze,** Antragskommission: Liebe Parteifreunde, wir haben in unserem Grundsatzprogramm bereits die in diesem Antrag geforderte Entscheidung getroffen. Wir haben uns gleichwohl bei der Verabschiedung des Reformkonzepts „Steuertarif 2000“ dafür entschieden, diesen Antrag nicht zu übernehmen. Denn wir wollen in die Steuerreform nur das aufnehmen, was wir tatsächlich finanziell schultern können.

Es bleibt politisch bei der Absicht, die im Grundsatzprogramm beschrieben ist. Aber dieser Beschluß, den wir heute auf dem Parteitag fassen, soll die Steuerreform skizzieren, die wir gemeinsam verabschieden wollen. In ihn wollen wir nichts aufnehmen, was wir finanziell nicht schultern können.

**Dr. Ottfried Hennig,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Hintze. - Hans-Peter Repnik.

**Hans-Peter Repnik,** Antragskommission: Ich möchte auf den Wortbeitrag von Peter Jungen, der ebenfalls einen Antrag gestellt hat, zurückkommen und etwas zum Antrag A 15 der Bundesmittelstandsvereinigung sagen. Die Antragskommission möchte Ihnen, in Absprache mit

der Mittelstandsvereinigung, gerne vorschlagen, diesem Grundgedanken, wie er in dem Antrag zum Ausdruck kommt, Rechnung zu tragen, aber ihn dennoch nicht in das Papier einzufügen, weil er systematisch nicht paßt.

Deshalb möchten wir den Antrag A 15 zu einem eigenständigen Antrag erheben, der dann heißt: „Die bestehenden steuerlichen Diskriminierungen von Risikokapital sollen beseitigt werden.“ - Dieser Antrag würde dann an die Fraktion überwiesen werden. Das ist das Votum der Antragskommission.

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hans-Peter Repnik. - Wenn sich kein Widerspruch ergibt, können wir über die Anträge A 14 und A 15 in cumulo abstimmen. - Ich lasse also über die Empfehlung der Antragskommission inklusive der dazugehörenden Anträge abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Das ist bei einigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 23 auf. Dies ist die Ziffer 4. Sie finden den Antrag auf Seite 5. Hier sind auch die Anträge angegeben, die gemäß der Empfehlung der Antragskommission im Zusammenhang mit dieser Ziffer beraten werden sollen. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich kann also sofort über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag A 23 und die dazugehörenden Anträge abstimmen lassen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobel - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 26 auf. Dies ist die Ziffer 5, Seite 5 der Antragsbroschüre. Dort sind wiederum die Anträge vermerkt, die mitberaten werden sollen. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Dr. Hans Burggraf aus Hessen. Herr Burggraf, Sie haben das Wort.

**Hans Burggraf**: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist schon genügend betont worden, was für eine ganz außerordentliche Leistung die Kommission unter der Leitung von Wolfgang Schäuble vollbracht hat. Im Grundsatz ist der Antrag, der hier vorgelegt worden ist, sehr zu begrüßen.

Nun hat Herr Schäuble in seinen Ausführungen im Grunde genommen schon dargelegt, daß es an dieser oder jener Stelle in den weiteren Beratungen durchaus Modifikationen geben kann.

Darauf möchte ich mich beziehen. Insofern kann ich meine ursprünglichen Bedenken gegen Ziffer 5 Abs. 2 zurückziehen, wenn gewährleistet ist - daran habe ich keinen Zweifel -, daß in der parlamentarischen Beratung noch Änderungen möglich sind.

Ich darf, Herr Schäuble, mich auch darauf beziehen, daß Sie in der „Welt am Sonntag“ gesagt haben, Sie wollten im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister prüfen, inwieweit der Finanzplatz Deutschland dadurch tangiert werden könnte. Insofern kann ich bei Ihnen Zustimmung feststellen. Diesen Abs. 2 kann man also unter Berücksichtigung Ihrer Meinung durchaus so stehenlassen.

Was mir nicht so ganz klar ist, ist, daß die Anträge, die zu diesem Absatz eingegangen sind, zur Ablehnung empfohlen werden. Das würde ja heißen, wir wollen gar nicht mehr überlegen,

wir wollen alles so lassen. Es wird sozusagen ein Denkverbot erlassen; ich will es einmal extrem formulieren. Wie gesagt, ich stimme zu, aber gerade deshalb bitte ich, die Anträge, die hierzu gestellt worden sind - auch von der Mittelstandsvereinigung -, wie den vorangegangenen Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Das heißt ja nicht, daß jetzt eine Vorentscheidung fällt, sondern das bedeutet, daß grundsätzlich und fundiert beraten werden kann, auch mit den Freunden der CSU. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die Antragskommission zu einem solchen Votum hinsichtlich der zu diesem Absatz gestellten Anträge entschließen könnte. - Recht schönen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Burggraf. - Als nächste Christa Thoben aus Nordrhein-Westfalen.

**Christa Thoben:** Ich möchte noch einen Punkt kurz ansprechen, der von der Antragskommission im Rahmen dieser Ziffer auch vorgeschlagen wird. Es handelt sich um die Frage, in welchem Umfang man zukünftig welche Lohnersatzleistungen in die Besteuerung einbeziehen muß. Damit kein Mißverständnis entsteht: Es geht jetzt nicht darum, in einem solchen Fall ein Existenzminimum zu besteuern. Wir haben ja gerade höhere Beträge, die als Quasi-Einkommen zufließen, von der Besteuerung freigestellt. Das wird auch in weiten Bereichen selbst dann so bleiben, wenn der Antrag in dieser Form im Gesetzgebungsverfahren umgesetzt wird.

Wir haben aber auf der anderen Seite Gestaltungsmöglichkeiten, die dazu führen, daß sich zum Beispiel Saisonarbeiter, die zwei Saisons arbeiten, das halbe Jahr dazwischen von Norbert Blüm finanzieren lassen und, wenn sie einen Lohnsteuerjahresausgleich machen, weniger Steuern zahlen als derjenige, der das ganze Jahr einer Tätigkeit mit einem geringen Einkommen nachgeht. Diese Ungereimtheiten wollen wir auf diesem Wege ausräumen. Es geht nicht um andere Elemente. Deshalb möchte ich Sie um Unterstützung insbesondere dieser Passage bitten.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christa Thoben. - Als nächster Dr. Norbert Lammert, Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Norbert Lammert:** Meine Damen und Herren! Ein besonders zentrales, aber zugegebenermaßen sicher auch besonders kompliziertes Anliegen in diesem Steuerpapier ist der Vorschlag zur Besteuerung von realisierten Wertzuwächsen bei Grundvermögen und bei Kapitaleinkünften. Darüber ist vorhin gerade schon gesprochen worden, und es ist auch auf Änderungsanträge hingewiesen worden, die dazu vorliegen. Ich wollte Sie nur gerne sowohl über die Absicht jedenfalls einiger der Antragsteller wie auch über die Überlegungen der Antragskommission unterrichten, weil es schon wichtig ist, daß wir uns bei diesem Thema sowohl darüber im klaren sind, was wir uns hier vornehmen, als auch darüber, daß jedenfalls nach den Beratungen, die in den vergangenen Tagen stattgefunden haben, unter allen Beteiligten ein breites Maß an Übereinstimmung besteht.

Wenn wir bei einer solchen großen Steuerreform mit dem Ziel einer deutlichen Senkung der Steuersätze die Bemessungsgrundlage deutlich verbreitern müssen, dann muß dieses Prin-

zip selbstverständlich für alle Einkommensarten gelten. Es kann nicht von vornherein eine Ausnahmeregelung für bestimmte Arten von Einkünften geben. Darüber kann keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Wir müssen uns allerdings darüber im klaren sein, daß wir uns bei der Regelung der jeweiligen steuerlichen Sachverhalte zum einen an den gleichen Prinzipien orientieren müssen, aber zum anderen der Eigengesetzlichkeit der jeweiligen Bereiche Rechnung tragen müssen, weil insofern die Besteuerung von Arbeitseinkommen, die Besteuerung von gewerblichen Einkünften und die Besteuerung von Kapitaleinkünften zwar in gleicher Weise behandelt werden muß, aber unter höchst unterschiedlichen Bedingungen stattfindet.

Ich denke, auch auf diesem Parteitag wird es keine Meinungsverschiedenheit darüber geben, daß die unerwünschte Folge einer großen Steuerreform nicht eine neue Runde der Kapitalflucht sein darf. Vielmehr muß die Steuerreform so wasserdicht sein, daß es dazu in Zukunft weniger Anlaß gibt als bisher und nicht möglicherweise mehr Anlaß als bisher.

(Beifall)

Das ist ausdrückliches Ziel der Änderungsanträge, die sowohl der Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik als auch die Mittelstandsvereinigung vorgelegt hat mit dem Ziel, deutlich zu machen - wie Sie das in Antrag A 32 finden -, daß die notwendigen und zu Recht beabsichtigten Regelungen im Bereich der Besteuerung von realisierten Wertzuwächsen bei Grundvermögen und bei Wertpapieren unter Berücksichtigung vergleichbarer Regelungen im europäischen Binnenmarkt erfolgen müssen. Darüber gibt es - auch darüber wollte ich Sie gerne informieren - keine Meinungsverschiedenheit. Wolfgang Schäuble hat heute morgen in seinem Bericht auch noch einmal deutlich gemacht, daß an der Stelle eine besonders sorgfältige Beratung der Ausgestaltung dieses Prinzips erfolgen muß.

Wenn die Antragskommission nun nicht empfiehlt, diese Änderungsanträge im Text ausdrücklich zu verankern, dann deswegen, weil zumindest bei einer Reihe von Mitgliedern der Antragskommission die Besorgnis besteht, dies könne nun wiederum als unerwünschtes Signal in der Weise mißverstanden werden: Bevor wir nicht eine Harmonisierung des europäischen Steuerrechts hinbekommen haben, bewegt sich an der Stelle überhaupt nichts. Das kann unsere Botschaft nun auch nicht sein. Vielmehr müssen wir dieses in sich stimmige Konzept gemeinsam zügig und zugleich sorgfältig durchsetzen. Dazu sind alle Beteiligten einschließlich der Antragsteller ausdrücklich bereit, auch fest entschlossen. Ich freue mich, daß ich deswegen auch im Namen des Kollegen Doss sagen kann, daß dies auch den Absichten der Mittelstandsvereinigung entspricht.

Wir werden uns in dem bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren genau an diesen beiden Orientierungen ausrichten: gleiche Prinzipien bei der Besteuerung unterschiedlicher Einkünfte, aber Berücksichtigung der Eigengesetzlichkeit der jeweiligen Bereiche, um zu sachgerechten Lösungen zu kommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Lammert. - Die letzte Wortmeldung zu diesem Bereich ist die von Roland Koch, unserem hessischen Fraktionsvorsitzenden.

**Roland Koch:** Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Das, was wir in Ziffer 3 beschlossen haben, mag nach außen zwar als mutig gelten, weil diese Ziffer niedrige Sätze enthält. Aber das, was wir in Ziffer 5 beschließen, wird mit Sicherheit als mutiger Schritt in die politische Geschichte eingehen, weil es das beinhaltet, was die öffentlichen Auseinandersetzungen auch jenseits dieses Bundesparteitages ausmachen.

Das, was wir in diesem Zusammenhang als besonders wichtig herausheben müssen, ist: Wir machen jetzt nicht das, was die CDU in der Vergangenheit gelegentlich geübt hat, nämlich die angenehmen Dinge gemeinsam zu beschließen, die Flagge zu hissen, und hinsichtlich der unangenehmen Dinge zu Hause zu sagen, das hätten wir nicht so gemeint.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind jetzt vielmehr dabei, es gleich offen und ehrlich zu sagen. Das halte ich für eine große Partei, für eine Volkspartei mit allen ihren Strömungen für die einzige Chance, ein solches Reformprojekt zu schultern.

Dazu gehört dann auch, die Frage zu beantworten: Wie meint ihr es mit der Lastenverteilung? Dazu gehört es zu sagen, wie wir es schaffen können, das in einem Diskussionsprozeß mit vielen Widerständen durchzusetzen. Mir ist wichtig, daß wir das heute so beschließen, weil genau Ziffer 5 zeigt, daß wir entgegen mancher Anfechtung eben keineswegs auf einem Auge blind sind. Man wird nicht auf der einen Seite über Nachtarbeitszuschläge der Arbeitnehmer verhandeln können und auf der anderen Seite bei den Immobilien oder Wertsteigerungen von Aktien die Augen zudrücken können und glauben, daß mit einer solchen Reform des Steuersystems eine große Volkspartei in die Geschichte eingehen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Vielmehr werden wir nur eine Chance haben, erfolgreich zu sein, wenn wir so, wie Norbert Lammert es gesagt hat, vorgehen: sachgerecht, auf den einzelnen Punkt bezogen. Wir sind ja keine Toren, aber die Aufgabe von Oasen der Steuerfreiheit ist eben sachgerecht. Es kann nicht sein, daß der Staat einem sagt, wenn du das machst, dann hast du Steuerfreiheit, und wenn du das machst, dann nehmen wir dir Steuern ab. Genau dieses Prinzip darf nicht gelten. Vielmehr müssen wir sagen: Du kannst dich wirtschaftlich engagieren, wie und wo du willst; du sollst in keinem Bereich Steuersätze bekommen, bei denen du dich erdrosselt fühlst - wie das mit mehr als 50 Prozent Spitzensteuersatz der Fall ist -, aber du sollst aus jedem Bereich deiner Erträge und Gewinne zum Gemeinwesen Staat in einer vergleichbaren und gleichmäßigen Weise beitragen, egal wie du dich entschieden hast. Das muß unter dem Stichwort „einfacher, gerechter und niedriger“ das Prinzip sein, das in dieser These 5 deutlicher wird als in vielen anderen Punkten, die wir hier beschließen.

Ich will noch ein Wort hinzufügen: Gerade bei der Besteuerung von Wertpapieren erleben wir eine breite öffentliche Diskussion. Es ist auch gut so, daß nicht nur darüber diskutiert wird, was mit den Nachtarbeitszuschlägen geschieht, sondern daß jedermann in der Öffentlichkeit merkt, daß wir auch auf der anderen Seite diese Diskussion führen. Aber ich meine, wir sollten dabei auch ein wenig Gelassenheit zeigen. Wir haben in den letzten Jahren häufig dar-

über geschimpft, daß der Standort London oder der Standort New York gegenüber Standorten in der Bundesrepublik Deutschland beim Wertpapiergeschäft im Vorteil war.

Es macht keinen Sinn, diesen Vortrag zu halten, wenn man auf der anderen Seite sieht, daß es heute schon in London, in New York, in Paris, in Madrid und in nahezu allen anderen großen Kapitalstandorten der Welt Besteuerungen gibt, die nach dem System, das wir jetzt haben, nicht höher sind.

Wir wollen nicht mehr, daß es in unserem Land abschreckende Steuersätze gibt. Wenn wir aber dieses Ziel erreichen wollen, müssen die Steuersätze für alle Lebensbereiche genauso gelten, wie das in den meisten Ländern der Welt der Fall ist. Das steht in dieser These, und das ist nach meiner festen Überzeugung richtig. Deshalb empfehle ich Ihnen, dieser These so zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Roland Koch. - Dann gibt es noch eine Frage von Frau Dr. Sabine Heymann aus Sachsen zu dieser Ziffer 5. - Frau Dr. Heymann, bitte.

**Dr. Sabine Heymann**: Es ist nur eine kurze Anfrage: Die ganze Zeit wurde von „Wertzuwachsen“ gesprochen. Im Papier steht aber deutlich: realisierte „Wertveränderungen“. Ich muß sagen: Darüber würde ich mich als Anleger sicherlich freuen. Da wird mein Risiko versteuert. Das heißt, ich könnte nach diesem Wortlaut auch Wertminderungen steuerlich wirksam machen. Wenn das so gewollt ist, müßte man dies sagen oder dies bitte in „Wertzuwächse“ abändern.

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? - Ich glaube, es ist beides gemeint. - Herr Repnik.

**Hans-Peter Repnik**, Antragskommission: Wir haben, um jegliche Unklarheit zu beseitigen, in dem ursprünglichen Antrag das Wort „Wertzuwächse“ in „Wertveränderungen“ geändert. „Wertzuwächse“ wäre zwar steuertechnisch richtig; sie können positiver oder negativer Art sein. Aber um deutlich zu machen, daß auch Wertminderungen steuerlich geltend gemacht werden können, haben wir den Begriff „Wertveränderungen“ gewählt. - Also ein eindeutiges Ja im Hinblick auf Ihre Frage.

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Kollege Repnik. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag A 26 und zu den dazugehörigen Anträgen abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei zwei Gegenstimmen, die hier erkennbar waren, mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe dann den Antrag des Bundesvorstandes A 33 auf; dies ist die Ziffer 6 auf der Seite 7. Dazu gehören Anträge A 34 bis A 38. - Dazu gibt es sechs Wortmeldungen. Die erste kommt von Dr. Ulrich Daldrup aus Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Ulrich Daldrup**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich komme aus einer nordrhein-westfälischen Großstadt mit 260 000 Einwohnern. Wer haben bedauerlicherweise jetzt schon über 18 000 Sozialhilfeempfänger und fast 15 000 Arbeitslose.

Wir haben in unserer Stadt zur Zeit etwas über 25 000 Pendler. Das sind Mitbürger, die nicht in meiner Stadt Arbeit finden, sondern zur Arbeit reisen müssen, dorthin, wo ihnen Arbeit angeboten wird. Nach den Informationen, die uns vorliegen, sind es mindestens 5 000 Bürger meiner Stadt, die über 50 Kilometer täglich zu ihrem Arbeitsplatz fahren. Sie müssen dies tun, weil sie bei uns nicht die Arbeit finden, die sie bräuchten, aber woanders.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen durchaus eine Situation, daß preiswerter Wohnraum knapp ist und fehlt. Wir können es uns nicht so einfach machen, daß wir diesen 24 000 bis 25 000 Pendlern - ich vermute, in anderen Städten und Bundesländern ist das nicht wesentlich anders - sagen: Fahre nicht 35 oder 50 Kilometer zu deinem Arbeitsplatz, sondern suche dir in der Nähe deines Arbeitsplatzes eine Wohnung. Das ist eine Illusion.

Es sieht bei uns in Nordrhein-Westfalen auch nicht so aus, daß wir in absehbarer Zeit in unseren Städten so viele Arbeitsplätze bekommen werden, um diesen Pendlern Arbeitsplätze bei uns anbieten zu können.

Ich bin kein Steuerfachmann. Ich unterstütze die Steuerreform, und ich würde mich freuen, wenn ich eines Tages meine eigene Steuererklärung verstehen würde. Aber ich halte es für völlig falsch, daß wir jetzt diejenigen strafen, die sich selbst dort Arbeit suchen, wo Arbeit ist, um Leistung zu bringen und um Steuern zu zahlen, indem sie die Kosten für die Fahrt zum täglichen Arbeitsplatz nur noch mit 20 Pfennig abschreiben können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist heute von allen Vorrednern, auch von Wolfgang Schäuble und Norbert Blüm, gesagt worden: Wir wollen die Fleißigen belohnen, wir wollen diejenigen, die Leistung bringen, belohnen. Wenn wir aber diese, die Leistung erbringen, die Steuern zahlen, die sich ihren Arbeitsplatz selber dort suchen, wo sie Arbeit finden, die die Initiative ergreifen und die die Mobilität zeigen, jetzt dadurch bestrafen wollen, daß wir Ihnen nur 20 Pfennig für die Entfernungskilometer geben, so treffen wir die Falschen.

Es mag durchaus der eine oder andere dabei sein, der sich seine eigene Rechnung aufmacht und feststellt, daß es sich für ihn rechnerisch nicht lohnt, 50 Kilometer zu einem Arbeitsplatz zu fahren, und daß es für ihn wesentlich bequemer und finanziell auch lohnender ist, daheim zu bleiben und irgendwann uns Kommunen zur Last zu fallen, mit Kosten, die für uns im Schnitt sicherlich 2 000 bis 3 000 DM ausmachen.

Ich bitte Sie: Prügeln wir nicht die Falschen! Prügeln wir nicht im Namen einer Steuerreform jene, die genau das tun, was wir einfordern, sich nämlich selbst darum zu bemühen, dort Arbeit anzunehmen, wo ihnen Arbeit angeboten wird! Belohnen wir dies, und bestrafen wir dies nicht!

Ich kann mir nicht vorstellen, daß unsere Partei diese abstrafen will, indem man ihnen nur noch 20 Pfennig gibt, weil sie genau die Attribute haben, die wir fordern, nämlich initiativ zu sein, sich die Arbeit selbst zu suchen, mobil zu sein und vor allen Dingen Steuern zu zahlen, statt auf Kosten des Steuerzahlers zu leben.

(Beifall)

Deswegen bitten wir Sie, diesen unsozialen Antrag abzulehnen und unseren Antrag zu unterstützen, daß nämlich diejenigen, die Arbeit suchen und die zu ihrem Arbeitsplatz fahren müssen, eine kostengerechte Möglichkeit der Steuerabsetzung bekommen, die - so schlagen wir vor - in der Größenordnung von 70 Pfennig pro Kilometer liegen sollte, vielleicht auch woanders, aber sicherlich nicht bei lächerlich 20 Pfennig pro Kilometer. - Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Daldrup. - Als nächster Jochen-Konrad Fromme aus Hannover. Sie haben das Wort, bitte.

**Jochen-Konrad Fromme**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Was hat sich die Antragskommission dabei gedacht? Natürlich ist das Thema Kilometergeld symptomatisch für die gesamte Situation. Deswegen will ich das einmal aus dem emotionalen Diskussionsbereich herausnehmen und in einen Zusammenhang stellen.

Es sind dabei drei Punkte zu bedenken: Zum einen muß natürlich jeder Aufwand nach dem Nettoprinzip steuerlich abgesetzt werden können. Das haben Sie gerade gefordert, und das ist ganz besonders in den Flächenländern wichtig, wo die Leute weite Wege zur Arbeit haben.

(Vereinzelt Beifall)

Nettoprinzip heißt: Ich nehme die gesamten Einkünfte, und alle Aufwendungen, die ich zur Erzielung dieser Einkünfte mache, muß ich absetzen.

Meine Damen und Herren, aber das Thema Auto betrifft natürlich auch das Thema der Abgrenzung privat verursachter Aufwendungen von den Aufwendungen zur Einkommenserzielung. Es ist doch wirklich so, daß sich fast niemand das Auto nur deshalb kauft, weil er damit zur Arbeit fährt. Vielmehr wird das Auto selbstverständlich auch privat genutzt. Deswegen kann es bei den 70 Pfennig nicht bleiben; denn die 70 Pfennig beinhalten sozusagen die Vollkostenabdeckung. Dann würden wir es zulassen, daß wir auch private Aufwendungen steuerlich absetzbar machen. Wenn wir das in anderen Bereichen streichen, müssen wir uns hier um der Systemgerechtigkeit willen auch an diesem Punkt richtig entscheiden und eine objektive Entscheidung treffen, wobei die Abgrenzung natürlich immer irgendwo eine politische Entscheidung ist.

Wir müssen natürlich auch bedenken, daß wir unser Steuerrecht vereinfachen wollen, was die Frage der Verwaltungsvereinfachung betrifft. Unter dem Gesichtspunkt der Verwaltungsvereinfachung muß man sagen, wir machen es nicht individuell, sondern wir pauschalieren es, um es einfacher abwickeln zu können. Wenn man insgesamt den Strich drunterzieht, dann sieht man doch auch, erstens bleibt ein Arbeitnehmerfreibetrag, das heißt also, es werden gar nicht alle von dieser Frage betroffen, auch wenn sie zur Arbeit fahren. Zweitens ist bei den verringerten Steuersätzen natürlich die Auswirkung wesentlich geringer. Deswegen meine ich, es kann sehr wohl bei dem Votum der Antragskommission bleiben. - Danke schön.

(Teilweise Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Fromme. - Als nächste spricht Rita Gerdemann aus Nordrhein-Westfalen. Anschließend möge sich Claus Jäger bereithalten. - Frau Gerdemann.

**Rita Gerdemann**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte Sie hier heute herzlich bitten, der Reduzierung der Kilometerpauschale von 70 auf 20 Pfennig nicht zuzustimmen. Bedenken Sie bitte, daß gerade wir im ländlichen Raum darauf angewiesen sind, unsere Arbeitsplätze mit dem Pkw zu erreichen. In der Regel besteht keine Möglichkeit, den Arbeitsplatz mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Ein Ausbau des ÖPNV in den dünnbesiedelten Landkreisen - ich komme aus dem Kreise Euskirchen - ist wirtschaftlich nicht vertretbar. Durch Erhöhung der Kfz-Steuer sowie steigende Benzinpreise - ich nenne hier nur das Stichwort Erhöhung der Mineralölsteuer - sind die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum bereits genug benachteiligt und leisten sowieso einen größeren Beitrag zur Konsolidierung des Bundeshaushalts. Ich meine, die Kilometerpauschale ist kein Ausnahmetatbestand, sondern die sachgerechte Antwort auf die Struktur des Arbeitsmarktes. Also bitte: keine Kürzung der Kilometerpauschale. - Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Gerdemann. - Jetzt hat Claus Jäger aus Baden-Württemberg das Wort, dann Fritz Günzler aus Hannover. - Claus Jäger.

**Claus Jäger**: Herr Präsident! Liebe Delegierte! Ich möchte dafür plädieren, den letzten Satz aus dem Antrag des Bundesvorstandes A 33 zu streichen, und schließe mich den politischen Argumentationen meiner Vorrednerin an. Auch ich komme aus dem ländlichen Raum und möchte darauf hinweisen, wie hart dadurch gerade Arbeitnehmer aus dem ländlichen Raum getroffen wären.

Das ist aber nicht der Schwerpunkt meines Arguments. Meine Argumentation zur Streichung dieser Bestimmung geht zurück auf den eben von uns beschlossenen Punkt 26, wo davon die Rede ist, daß nun Nettoeinkünfte besteuert werden dürfen. Eine Pauschalierung, wie sie der Gesetzgeber zur Verwaltungsvereinfachung schon vor vielen Jahrzehnten in diesem Punkt beschlossen hat, kann nicht bedeuten, daß die Höhe dieser Pauschale im Ermessen des Gesetzgebers steht, sondern sie bedeutet nur, daß der Gesetzgeber nach wohlwogener Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen Kosten unter - da stimme ich meinem Vorredner zu - Berücksichtigung auch eines privaten Anteils diese Pauschale ermittelt und sie dann ins Gesetz hineinschreibt. Sonst ist es keine Pauschale, sondern ein Zwangssatz, und dann kommt sofort die Frage: Kann denn der Arbeitnehmer die ihm tatsächlich entstandenen Kosten absetzen anstatt einer Pauschale?

Ich möchte darauf hinweisen, daß das eine Frage ist, die in die grundsätzlichen Ausführungen dieses Parteitages zur Steuerreform einfach nicht hineingehört. Das müssen die Fachleute in der Fraktion, die darüber zu befinden haben, miteinander bestimmen. Deswegen möchte ich auch davor warnen, jetzt statt der 20 Pfennig irgendeinen anderen Betrag einzusetzen. Das wäre genauso falsch. Der Satz gehört hier heraus. Das ist eine Frage, die in den Einzelberatungen entschieden werden muß. Wir sollten uns daran halten: Nettoeinnahmen werden be-

steuert. Wie die zu ermitteln sind, das ist Sache der Fachleute und nicht Sache hier in einem Grundsatzbeschuß des CDU-Bundesparteitages. - Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinem Vorschlag folgen könnten.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Claus Jäger. - Als nächster Fritz Günzler aus Hannover, dann Friedrich Merz.

**Fritz Günzler**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Argumente sind ausgetauscht. Dem, der zugehört hat, ist deutlich geworden, daß die 20 Pfennig nicht der richtige Wert sein können. Wir Göttinger hatten 70 Pfennig gesagt. Ich muß aber zugeben, wir wissen auch nicht, ob 70 Pfennig der richtige Wert sind. Darum schlagen wir vor, wie Herr Jäger eben auch schon gesagt hat, daß wir den Wert aus dem Antrag herausnehmen und einen Auftrag an die Fraktion geben, einen Wert zu ermitteln, der den tatsächlichen Kosten für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte gerecht wird. Wir wollen hier aber deutlich machen: die 20 Pfennig können es nicht sein.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Danke schön, Fritz Günzler. - Jetzt kommt Friedrich Merz und anschließend Herr Professor Milbradt.

**Friedrich Merz**: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! An diesem Punkt wird es schwierig. Es wird schwierig, weil es konkret wird. Wir stehen jetzt genau in der Situation, die Wolfgang Schäuble bei seiner Einführungsrede beschrieben hat, daß uns nämlich der Mut nicht verlassen darf,

(Beifall)

wenn es darum geht, ein paar konkrete Entscheidungen zu treffen. Ich sage Ihnen das als jemand, der nicht nur in der Kommission von Wolfgang Schäuble mitgearbeitet hat, sondern auch als jemand, der einen der flächengrößten Bundestagswahlkreise in Bonn vertritt. Dies ist ein ländlicher Wahlkreis, der Hochsauerlandkreis. Der ist fast so groß wie das Saarland.

Wir haben im Hochsauerlandkreis etwa 40 000 Auspendler pro Tag. Wir haben aber auch etwa 40 000 Einpendler pro Tag. Als wir diese Zahlen festgestellt haben, habe ich mir die Frage gestellt: Ist es eigentlich auch unter ökologischen Gesichtspunkten richtig, was wir hier mit unserem Steuerrecht machen? Denn natürlich ist es auch beruflich veranlaßt, aber ich stelle Ihnen einmal die Frage: Jemand der im Sauerland wohnt und in Dortmund arbeitet, da können Sie sagen, daß er dorthin fährt, ist beruflich veranlaßt. Ich kann es aber auch umgekehrt formulieren. Ich kann sagen, jemand, der in Dortmund arbeitet und im Sauerland wohnt, das ist privat veranlaßt.

(Zurufe: Oh!)

- Nein, an diesem Beispiel sehen Sie, wie schwierig es ist,

(Teilweise Beifall)

diese Debatte sachgerecht zu führen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, mit der Kilometerpauschale wird auch viel Mißbrauch getrieben. Seien wir ehrlich. Ich nehme alle, die im Saal sitzen, aus, niemand von uns, aber wir kennen jemand, und wir kennen viele, die es tun, die Steuerverwaltung kennt viele. Es werden Fahrgemeinschaften gebildet und trotzdem rechnet jeder ab. Es werden öffentliche Verkehrsmittel benutzt, und trotzdem rechnet man ab. Es werden überhöhte Kilometerangaben gemacht, und es wird die Zahl der Arbeitstage zu hoch angegeben. Dieses ist eine der mißbrauchanfälligsten Bestimmungen unseres Steuerrechts.

Herr Daldrup, Sie haben sich hier eben aus einer Stadt zu Wort gemeldet. Es geht nicht darum, diejenigen, wie Sie sich ausgedrückt haben, zu prügeln, die Falschen zu prügeln, sondern es geht darum, zu zeigen, daß wir es ernst meinen mit unserem Ansinnen, aus dem Steuerrecht eine Vielzahl von Bestimmungen herauszunehmen, die mißbrauchs- und gestaltungsanfällig sind.

(Teilweise Beifall)

Deswegen werbe ich sehr dafür, daß wir der Antragskommission in dieser Frage folgen.

Es ist kein Wunder, liebe Freunde, daß wir in Antrag A 33 nicht nur die Kilometerpauschale genannt haben, sondern im gleichen Atemzuge die Repräsentationsaufwendungen der Betriebe. Dahinter verbergen sich die Bewirtungsspesen. Mit den gleichen Gründen, wie hier heute begründet worden ist, daß man die Kilometerpauschale beibehält, kann man auch dafür werben, die Bewirtungsspesen beizubehalten. Nein, liebe Freunde, an dieser Stelle darf uns der Mut nicht verlassen. Und wenn wir das schon uns selbst nicht glauben, will ich Ihnen sagen, was ein sozialdemokratischer Finanzminister zu diesem Thema gesagt hat. In Deutschland habe ich nicht danach gesucht, aber ich bin in Neuseeland fündig geworden. Der neuseeländische Finanzminister hat zu einer solchen Steuerreform gesagt:

Grundsätzliche Reformen müssen in Quantensprüngen verwirklicht werden, weil sonst Interessengruppen Zeit finden, ihre Klientel zu mobilisieren, einen zu zermürben und alles zu verwässern. Schnelligkeit ist dabei ebenso wichtig wie das Prinzip, die Privilegien verschiedenster Gruppen auf einmal zu kappen.

Er fährt fort:

Halte niemals auf halbem Weg an. Gegnerisches Feuer ist viel weniger gefährlich, wenn es sich auf ein schnellbewegliches Ziel richtet.

Liebe Freunde, der Mann hat recht. Deswegen sollten wir der Antragskommission folgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Friedrich Merz. - Als nächster Herr Professor Dr. Georg Milbradt, der sächsische Staatsminister der Finanzen.

**Prof. Dr. Georg Milbradt:** Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorredner hat schon deutlich gemacht, daß wir hier an einem strategischen Punkt unserer gesamten Steuerreform angelangt sind.

Ich will es jetzt einmal aus meiner Fachsicht sagen: Es gibt keine Bestimmung in der Arbeitnehmerbesteuerung, die den Finanzämtern so viel Arbeit macht wie dieser Paragraph über die Kilometerpauschale. Wenn wir es ernst meinen mit weniger Bürokratie, mit Vereinfachungen für die Finanzämter, dann können wir hier nicht zurückzucken. Wenn wir es ernst meinen mit der These, auch die private Veranlassung mit zu berücksichtigen, dann können wir nicht bei den bisherigen 70 Pfennig bleiben.

Wen das alles noch nicht überzeugt, dem will ich noch einmal die Grundidee unserer Reform nahebringen. Wir sagen: Wir wollen die Steuersätze senken, damit die Arbeitnehmer insgesamt mehr in ihrem Portemonnaie haben. Das trifft natürlich auch den Pendler. Auch seine Steuern werden tendenziell gesenkt. Deswegen ist es doch auch wichtig, im Zusammenhang mit dieser Senkung darüber nachzudenken, wie die Steuerbemessungsgrundlage vergrößert werden soll. Wenn wir konsequent sind und sagen: Wir wollen im Steuerrecht so wenig Ausnahmen wie möglich!, dann müssen wir an diese Bestimmung herangehen. Ich finde es richtig und auch mutig, daß wir dies vorher sagen und sie nicht nachher einfach so kassieren.

Wen das alles noch nicht überzeugt, dem möchte ich eine Zahl nennen. Wir reden hier über 10 Milliarden DM - das ist die Differenz, die sich aus dem Übergang von 70 Pfennig auf 20 Pfennig ergibt. Wenn dieses Element herausgenommen wird, ist eine Refinanzierung der Steuerreform, die insgesamt etwa 100 Milliarden DM kosten wird, kaum noch möglich.

Deswegen muß man deutlich sagen: Wenn der Parteitag nicht bereit ist, diese Kröte zu schlucken - natürlich hat man sich daran gewöhnt; das sehe ich -, dann ist die gesamte Steuerreform in Gefahr. Es darf nicht festgeschrieben werden, daß die Pauschale weiterhin 70 Pfennig beträgt. Das sollen all diejenigen, deren Motive für die 70-Pfennig-Regelung ich durchaus ehrenwert finde, wissen: Wenn an den 70 Pfennig festgehalten wird, können wir das Buch der Steuerreform weitestgehend schließen.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Milbradt. - Dies war die letzte Wortmeldung zu Ziffer 6. Jetzt kommen eine Reihe von Abstimmungen auf uns zu. Ich darf um besondere Aufmerksamkeit bitten.

Als erstes lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen A 33 bis A 38 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Für die Annahme gab es die eindeutige Mehrheit. Damit ist das Abstimmungsergebnis zu dieser Ziffer festgestellt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 39 auf - dies ist die Ziffer 7 auf Seite 8 - mit den dazugehörigen Anträgen. - Dazu wird das Wort nicht gewünscht. Ich kann also sofort über die Empfehlung der Antragskommission zu A 39 und den dazugehörigen Anträgen abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Nach dem, was ich erkennen kann, ist dies einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zu A 41. Dies ist die Ziffer 8 auf der Seite 8 f. - Dazu gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu A 41 und den dazugehörigen Anträgen abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Ich sehe eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 44 auf. Dies ist die Ziffer 9; Sie finden den Antrag auf Seite 9. Dazu gehören die Anträge A 45 bis A 47 und A 58, Ziffer 4. - Dazu hat Peter Jungen aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

**Peter Jungen:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag liegen einige Änderungsanträge vor. Wir haben auch wegen der Systematik des Gesamtpapiers darauf verzichtet, uns hier damit zu belasten und noch Anträge anderer und weitergehender Art zu formulieren. Ich möchte hierzu allerdings doch einige ganz kurze Anmerkungen machen.

In diesem Papier könnte durch die Formulierung, daß Abschreibungen nur noch insoweit zulässig sein sollen, als sie den tatsächlichen Wertverzehr wiedergeben, der Eindruck entstehen, als ob das bei Unternehmen nicht der Fall wäre. Daß das zum Beispiel bei Sonderabschreibungen für fremdgenutzte Immobilien in den letzten Jahren zu einer großen Kapitalvernichtung und Fehllenkung geführt hat, wissen wir. Wir haben diese Frage schon einmal auf dem Düsseldorfer Parteitag 1992 diskutiert. Schon damals ist von einigen gefordert worden, daß dies beendet werden muß. Das haben wir jetzt im Hinblick auf 1997, zumindest beginnend, schrittweise gemacht.

Ich denke aber, daß wir deutlich machen müssen, daß auch umgekehrt gilt: Der technologische Wandel ist so schnell und so stark, daß unter Umständen selbst die derzeitige Abschreibungspraxis während der Nutzungszeit von Maschinen und Anlagen oft gar nicht ausreicht, den tatsächlichen Wertverzehr zum Ausdruck zu bringen. Ich möchte an dieser Stelle also nur dem Eindruck entgegenwirken, als ob wir hier einen sehr großen Handlungsbedarf hätten, und zwar in der Form, daß die heutigen Abschreibungsregelungen diesem Wertverzehr nicht entsprechen.

Eine zweite Bemerkung: Die Bildung von stillen Reserven, zum Beispiel durch steuerfreie Rücklagen oder Rückstellungen, soll eingeschränkt werden. Auch hier, meine Damen und Herren, will ich auf einen Punkt hinweisen: Die Pensionsverpflichtungen, die heute viele Unternehmen haben, finden in den Bilanzen der Unternehmen nach den derzeitigen Regelungen für die Bildung von Rückstellungen noch nicht einmal in vollem Umfang ihren Niederschlag. Dies ist einer der Gründe dafür, warum betriebliche Pensionszusagen zunehmend eingeschränkt werden. Die heutigen steuerlichen Möglichkeiten der Rückstellungsbildung entsprechen nicht der tatsächlichen Verpflichtung, die die Unternehmen damit eingehen.

Irgendwann - spätestens bei der Debatte über die Rentenreform, wenn wir über das Drei-Säulen-System reden - werden wir uns darüber unterhalten wollen. Wenn wir nämlich Betriebsrentensysteme haben wollen, dann müssen die Unternehmen auch in der Lage sein, die entsprechenden Verpflichtungen steuerlich rückstellen zu können. Ansonsten werden wir zunehmend auf dieses dritte Bein verzichten müssen.

Eine letzte Bemerkung: Ich werde dem Antrag A 44 des Bundesvorstands auch in der vorliegenden Fassung zustimmen, möchte aber zu Protokoll geben, meine Damen und Herren, daß wir bei den weiteren Beratungen darauf achten, daß Umstrukturierungsprozesse in Unternehmen - Stichwort: Umwandlungsgesetz; damit sind wir immerhin auf dem richtigen Weg - in Zukunft nicht behindert werden und daß auch weiterhin die Maßgeblichkeit der Handelsbilanz erhalten bleiben muß.

Die Unternehmen sollen nicht durch einen Reformprozeß, mit dem wir steuerliche Vereinfachungen durchsetzen wollen, gezwungen werden, in Zukunft zwei Bilanzen machen zu müssen, nämlich eine Handelsbilanz und eine separate Steuerbilanz. Ich würde also doch sehr darum bitten, daß wir den Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz, auch um Irritationen zu vermeiden, beibehalten und uns, wenn wir an diese Fragen herangehen, behutsam mit diesen sehr komplexen Themen befassen. Mit dieser Maßgabe, denke ich, können viele, die hinsichtlich der Formulierungen Bedenken haben, diesem Antrag zustimmen. - Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Ottfried Hennig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Jungen. - Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission zu A 44 und den dazugehörigen Anträgen abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag des Bundesvorstandes A 48 auf. Das ist die Ziffer 10 auf der Seite 9 f. Dazu gehört der Antrag A 49. - Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Ich lasse also über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Eine Enthaltung, also mit überwiegender Mehrheit beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir haben im Zusammenhang mit dem Antrag des Bundesvorstandes Teile von Anträgen zur Steuerpolitik mitberaten, die nicht direkt zum Leitantrag gestellt wurden. Der guten Ordnung halber müssen wir diese Anträge jetzt noch einmal aufrufen und endgültig über sie entscheiden. Es handelt sich im einzelnen um die Anträge A 51, A 54, A 55, A 58, A 59, A 65 und A 69. Darüber hinaus empfiehlt die Antragskommission, auch den Antrag A 63 durch Beschlußfassung zum Antrag des Bundesvorstands als erledigt zu betrachten. Ebenfalls als erledigt betrachtet werden können die Anträge A 61 und A 66 durch die Jahressteuergesetze 1996/1997 und der Antrag A 64 durch den seit dem 1.1.1996 geltenden Familienleistungsausgleich. Die Antragskommission empfiehlt ferner, die Anträge A 52, A 53, A 56, A 57, A 60, A 62, A 68 und A 70 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wer diesen Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Zwei Gegenstimmen, eine Enthaltung, dann ist das mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Ich rufe auf die Anträge A 50 und A 67 auf den Seiten 10 und 22 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Ich lasse also über die Anträge A 50 und A 67 abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Zwei Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Damit ist ebenfalls mit überwältigender Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nach den Einzelberatungen des Antrages des Bundesvorstandes kommen wir jetzt zur Schlußabstimmung. Wer dem Antrag „Tarif 2000: Weniger Steuern - mehr Arbeitsplätze“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Vielen Dank. Die Gegenprobe. - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Dann haben wir dies bei einer Gegenstimme beschlossen.

(Beifall)

Ich bedanke mich herzlich für die große Disziplin, mit der Sie es dem Tagungspräsidium unter Hans-Gert Pötterings und unter meiner Leitung ermöglicht haben, dies doch recht zügig abzuwickeln. Damit ist der Tagesordnungspunkt 20.2 erledigt. Ich bedanke mich für die konstruktive Mitarbeit und übergebe das Tagungspräsidium an Bernd Neumann für den nächsten Punkt. - Herzlichen Dank.

**Bernd Neumann:** Meine Damen und Herren! Ich rufe Tagesordnungspunkt 22

### BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER EINEN ANTRAG DES BUNDESVORSTANDES ZUR BERUFLICHEN BILDUNG

auf. Zur Erläuterung und Begründung des Antrages erteile ich Herrn Bundesminister Dr. Jürgen Rüttgers das Wort.

**Dr. Jürgen Rüttgers:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mit einer guten Nachricht beginnen: Im August gab es noch eine Lücke von 20 000 Lehrstellen im Vergleich zur Anzahl der Bewerber; es ist uns gelungen, im September diese Lücke zu schließen. Wir haben einen rechnerischen Ausgleich geschaffen. Das ist ein Riesenerfolg für unsere Bemühungen um Lehrstellen in Deutschland.

(Beifall)

Viele haben dabei geholfen. Ich will einmal ganz konkret einige Firmen nennen. Karstadt hat zum Beispiel um 30 Prozent zugelegt, Bayer um 20 Prozent, MAN und Rewe um 15 Prozent, das RWE um 13 Prozent. In Sachsen hat VW sogar 50 Prozent zugelegt. Selbst Mittelständler haben zugelegt, etwa die Krebs-Riedel Werke in Bad Karlshafen mit fünf zusätzlichen Lehrstellen, die Walter Dittel GmbH in Landsberg oder die Team-Technik in Fredersdorf. Meine Damen und Herren, jetzt wird der eine oder andere von Ihnen sagen: Jetzt macht er Schleichwerbung. Das ist falsch. Ich mache Werbung für Firmen, die uns geholfen haben, mit diesem großen und wichtigen Problem fertigzuwerden.

Am 30. September gab es nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit noch rund 43 500 freie Lehrstellen, und es gab noch 38 500 Bewerber, die auf der Suche nach einer Lehrstelle waren. Wir haben also einen rechnerischen Ausgleich erzielt. Aber, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, am Ziel sind wir noch nicht. Es gibt noch regionale Ungleichgewichte. Zum Beispiel das Ruhrgebiet ist ein Problembereich und natürlich - wie könnte es anders sein - die neuen Bundesländer. Deshalb haben wir bereits frühzeitig in diesem Jahr ein neues Lehrstellenprogramm für die neuen Bundesländer aufgelegt. Wir haben 150 Ausbildungsplatzentwickler in die Firmen geschickt und gesagt: Helft den Firmen, auch die bürokratischen

Hemmnisse, die natürlich auch hier noch vorhanden sind, zu überwinden. Diese 150 Ausbildungsplatzentwickler haben in acht Monaten 12 000 neue Lehrstellen in den neuen Bundesländern herbeigeschafft. Ich finde, das ist ein Riesenerfolg.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, es ist ein Skandal, wenn die Landesregierung in Sachsen-Anhalt nicht in der Lage ist, bis Ende September eine einzige der zur Verfügung gestellten Lehrstellen an die jungen Leute weiterzugeben. Das ist ein Skandal, und das muß auch kritisiert werden.

(Beifall)

Es ist genauso ein Skandal, wenn die gesamte saarländische Landesregierung unter Oskar Lafontaine 1995 nur fünf Verwaltungslehrlinge ausgebildet hat und für 1996 immer noch nicht sagen kann, wieviele Lehrlinge sie ausbildet. Meine Damen und Herren, wer sich als Lehrling auf die SPD, wer sich auf Oskar Lafontaine verläßt, der ist verlassen.

Das Thema Lehrstellen ist nicht irgendein Thema. Das Thema Lehrstellen ist eine ganz wichtige politische Aufgabe. Junge Leute brauchen am Beginn ihres Arbeitsweges eine Chance, und deshalb treten wir als Union dafür ein, daß auch in Zukunft jeder junge Mann und jede junge Frau, wer kann und will, eine Lehrstelle angeboten bekommt. Eine Gesellschaft, die jungen Menschen diese Chance verweigert, ist nach meiner Einschätzung unmenschlich, und deshalb werden wir auch in dieser Frage trotz aller Probleme weiter hart arbeiten, um das duale Ausbildungssystem fit zu machen für das nächste Jahrhundert.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, es gibt zwei große Problembereiche, die wir in diesem Zusammenhang haben. Das eine ist ein quantitatives Problem und eigentlich eine gute Nachricht: In den kommenden zehn Jahren wird jeder Jahrgang größer sein als der vorhergehende. Wir sollten uns darüber freuen, daß es in Deutschland junge Leute gibt, die hoch motiviert sind und eine gute Berufsausbildung haben wollen.

Die Anzahl der Lehrstellen, die wir brauchen, wird in den nächsten zehn Jahren auf über 700 000 steigen. Das heißt, wir brauchen 100 000 neue Lehrstellen. Das ist eine Riesenaufgabe. Gleichzeitig - das ist auch ein quantitatives Problem - haben die Betriebe im Bereich der Klein- und Großbetriebe in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Rationalisierung Lehrstellen abgebaut. Bei den Großbetrieben wurden insgesamt 25 Prozent abgebaut, bei den kleinen Betrieben ein Drittel.

Aber neben diesen quantitativen Problemen gibt es auch noch qualitative. Was viele in Deutschland noch überhaupt nicht wahrgenommen haben, ist die Tatsache, daß ein Lehrling nicht mehr ein Stift von 14 Jahren ist, sondern 70 Prozent der Lehrlinge sind heute Erwachsene. Deshalb müssen wir unser Berufsbildungssystem auch auf diese neue Herausforderung ausrichten. Wir alle wissen, daß Schulabschluß heute nicht mehr automatisch auch Berufsreife bedeutet. Fast 50 000 Lehrstellenbewerber haben erhebliche Defizite beim Lesen, beim Schreiben und beim Rechnen. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt jedes Jahr 500 Millionen DM, um diese jungen Leute fit zu machen, damit sie eine Lehre überhaupt erfolgreich absolvieren können.

Meine Damen und Herren! Weil uns diese 100 000 jungen Leute nicht einfach kaltlassen, weil es notwendig ist, auch für diese 100 000 Leute, die bisher Probleme haben, eine Chance zu eröffnen, müssen wir den Mut haben, das gesamte duale Bildungssystem auf den Prüfstand zu stellen. Dazu schlägt dieser Antrag eine Fülle von Maßnahmen vor, die ganz konkret umzusetzen sind. Das fängt damit an, daß die Tarifparteien ihre Verantwortung für die Lehrstellen in Zukunft ernster nehmen müssen, als sie dies bisher getan haben.

(Beifall)

Der DGB bildet bisher keinen einzigen Lehrling aus. Ich finde, die Gewerkschaften können jetzt bei den Tarifverhandlungen einmal zeigen, daß ihnen die jungen Leute am Herzen liegen, und etwas für sie tun.

(Beifall)

Wenn wir dieses System fit machen wollen, brauchen wir, wie ich glaube, einen Paradigmenwechsel. Wir haben in den vergangenen 20 Jahren an Berufsbildung zu sehr von der Berufsschule her gedacht. Jetzt ist ein Wechsel angezeigt: Wir müssen an Berufsschule wieder mehr vom Betrieb her denken.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, deshalb muß der zweite Berufsschultag weg. Wenn es wahr ist, daß Lehrlinge heute überhaupt nur noch 25 bis 40 Prozent ihrer Zeit im Betrieb sind, kann ich die Inhaber kleiner Betriebe und Mittelständler verstehen, die sagen: Warum soll ich überhaupt noch ausbilden? - Deshalb muß der zweite Berufsschultag weg. Das geht übrigens, ohne daß wir die Qualität der Ausbildung absenken.

(Beifall)

Wenn uns das gelänge, wären die Lehrlinge zwischen 20 und 30 Tage pro Jahr mehr im Betrieb, was übrigens auch den Vorteil hätte, daß die Debatte über die Lehrlingsvergütung sich relativieren würde und insofern kein Nebenkriegsschauplatz mehr gegeben wäre.

Wir können etwas Weiteres tun. Wir brauchen moderne Berufsbilder. Bisher haben die Verfahren zur Entwicklung eines Berufsbildes bis zu 9 Jahre gedauert. Diesen Zeitraum haben wir jetzt auf 1 Jahr verkürzt. Jetzt kommt es darauf an, gerade in Bereichen, die zukunftssträchtig sind - wie der Bereich der Informations- und Kommunikationsindustrie, der Bereich Tourismus und Freizeit, aber auch der Bereich der Altenpflege und der Heimpflege -, neue Berufsbilder anzubieten. Es kann nicht dabei bleiben, daß nur rund ein Drittel der Betriebe überhaupt ausbildet, wobei dies nicht deshalb geschieht, weil sie nicht ausbilden wollen, sondern deshalb, weil es keine Berufsbilder gibt und sie folglich gar nicht ausbilden können. Deswegen sind wir in diesem Bereich mit besonderem Hochdruck tätig. Drei neue Berufsbilder haben wir zum 1. August schon in Kraft gesetzt, weitere zwölf Berufsbilder sollen im nächsten Jahr in Kraft gesetzt werden.

Es gibt noch anderes, was wir tun könnten; zum Teil ist dies allerdings strittig. Ich glaube z. B., daß wir uns dort, wo der Staat Geld gibt - bei Subventionen und Aufträgen -, auch darum kümmern müssen, ob das Geld an Betriebe geht, die ausbilden. Ich habe dies in meinem Mi-

nisterium ganz konkret getan und habe alle Firmen, die irgendwelche Forschungsmittel bekommen, angeschrieben und gefragt: Bildet ihr im Bereich Forschung denn eigentlich aus? Wenn ihr für Zukunft zuständig seid, müßt ihr doch wissen: Wer heute nicht ausbildet, hat morgen keine Facharbeiter. - Das Ergebnis war, daß allein auf diese kleine Briefaktion hin mehrere hundert Lehrstellen zusätzlich zur Verfügung gestellt worden sind. Wenn jeder auf Bundesebene, auf Landesebene und auf kommunaler Ebene entsprechend handelt, werden wir es auch schaffen, weitere Lehrstellen zu bekommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich finde, auch die Kammern könnten mehr tun. Es gibt schon Anstrengungen in dem einen oder anderen Kammerbezirk. Warum werden eigentlich die Kosten, die bei der Kammer für die Lehrlingsausbildung anfallen, im Rahmen gesonderter Beiträge und Gebühren erhoben? Warum werden sie nicht in die allgemeine Kammerumlage einbezogen? Das würde auch zu einem Ausgleich zwischen den Betrieben, die ausbilden, und denjenigen, die nicht ausbilden, führen. Diejenigen, die ausbilden, würden dann nämlich bevorzugt; diejenigen Betriebe, die nicht ausbilden, würden an den Kosten beteiligt. Auch letztere profitieren davon. Irgendwann werben sie die Leute doch ab. Sie sollten sich insofern auch ein Stück weit an den Kosten der Ausbildung beteiligen.

(Beifall)

Last not least - auch das soll als klares Signal von diesem Parteitag ausgehen: Mit der Bundesregierung wird es keine Ausbildungsplatzabgabe geben. Eine solche Abgabe führt nur zu mehr Bürokratie und zu mehr Funktionären. Sie hilft keinem Lehrling.

(Beifall)

Wer verfolgt, daß die SPD und die Gewerkschaften eine solche Abgabe immer mit mehr Gerechtigkeit begründen, muß sich doch die Frage stellen: Was hat es eigentlich mit Gerechtigkeit zu tun, wenn der Metzgermeister, der keinen Lehrling gefunden hat, über die Ausbildungsplatzabgabe der Deutschen Bank die Ausbildungsplätze finanziert? Ich kann darin keine Gerechtigkeit entdecken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, das duale Ausbildungssystem ist das beste System, das es weltweit gibt. Dies zeigen die Zahlen über die Jugendarbeitslosigkeit. Wir liegen in diesem Bereich in Deutschland im internationalen Vergleich ganz weit unten. Die Jugendarbeitslosenquote beträgt bei uns 8,1 Prozent. Das ist immer noch eine zu hohe Quote. In Großbritannien beträgt die Quote aber 15,9 Prozent, in Frankreich 27 Prozent und selbst in den Vereinigten Staaten noch 12,7 Prozent. Bildung und Ausbildung sind ein kostbares Gut. Bildung und Ausbildung sind ein wichtiger Standortfaktor für Deutschland, auch im internationalen Wettbewerb. Wolfgang Schäuble hat gesagt: Wir werden immer ein Land mit hohen Kosten bleiben.

Wer hohe Kosten hat, muß die besten Produkte auf den Weltmärkten anbieten, denn nur für die besten Produkte kann er hohe Preise nehmen. Es ist insofern auch gut, daß wir im Zusammenhang mit der Steuerreform über Ausbildungsplätze diskutieren. Die Antwort kann

deshalb nur sein: Bildung und Ausbildung müssen konsequent auf allen Ebenen erfolgen. Die Menschen sind der Rohstoff, den wir in Deutschland haben und mit dem wir uns auch im 21. Jahrhundert behaupten werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, erst einmal herzlichen Dank an Jürgen Rüttgers, und zwar auch dafür, daß er dieses Thema zu einem Thema der Bundesregierung gemacht hat. Er hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es ein besonderes Anliegen der Bundesregierung ist, daß Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden.

Wir kommen damit zur allgemeinen Aussprache. Ich bitte Sie, bei Wortmeldungen deutlich zu machen, ob Sie in der allgemeinen Aussprache einen Beitrag leisten wollen oder ob der Beitrag sich auf einen einzelnen Antrag bezieht.

Im Augenblick liegen mir zwei Wortmeldungen vor, zum einen die Wortmeldung von Florian Schuck und zum anderen die Wortmeldung von Jürgen Schreier. Ich unterstelle einmal, daß diese Wortmeldungen sich auf Beiträge zur allgemeinen Aussprache beziehen. Ich gebe zunächst Florian Schuck von der Schüler Union das Wort.

**Florian Schuck**: Herr Präsident! Verehrte Zuhörer! Ich möchte Ihnen als Bundesvorsitzender der Schüler Union zunächst dafür danken, daß Sie mit dem Antrag „Ausbildung für die Zukunft der Jugend“ ein Thema besetzen, an dem sich für viele Mitschülerinnen und Mitschüler Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit von Politik, ja unseres Gemeinwesens an sich messen.

Lassen Sie mich aus der Einleitung nur kurz zwei Sätze herausgreifen, die ich für äußerst entscheidend halte und auf deren Umsetzung ich mich sehr freue. Unter Ziffer 1 heißt es schlicht und einfach:

Auch Schulen und Hochschulen müssen zukunftsfähig gestaltet werden. Entsprechende Reforminitiativen wird die CDU Deutschlands im kommenden Jahr zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.

Tausende Mitglieder der Schüler Union und nicht zuletzt die Opfer verfehlter Schulpolitiken hoffen, daß die CDU dem Thema Bildung, Ausbildung und Schule wieder die entscheidende Bedeutung beimißt, die ihm zusteht, daß vielleicht auch hier wieder ein großer, engagierter Reform- und Modernisierungsschub von der CDU ausgeht und daß das Thema nicht linksideologischen Schulpolitikern, die in den meisten Ländern die Entscheidungen treffen, überlassen wird.

(Beifall)

Ich werbe für die Bedeutung des Themas Bildung und für die Schüler Union, die sich mit ihren fast 15 000 Mitgliedern als Schülerorganisation der Union originär mit Schule und Bildung befaßt. Die Schüler Union ist der unermüdliche Frischzellenlieferant der Union. Sie ist das jüngste, sicherlich flexibelste und unabhängigste und für Schüler spannendste Zukunftsreservoir der CDU. Die Schüler Union macht aus Schülern politisch interessierte Jugendliche - mit einem Thema, das Schüler in ihrem tagtäglichen Lebensvollzug erfahren, erleben und oft genug erleiden. Gewinnen wir junge Menschen für die politische Arbeit! Politisches Desinteresse muß von der Wurzel her bekämpft werden, und zwar im Schüleralter.

Die Schüler Union setzt sich für ein leistungs- und wettbewerbsfähiges, differenziertes Schulsystem ein. Als Schüler setzen wir uns dafür ein, daß die Faszination Europa endlich auch in die Schule geholt wird. Wir kämpfen dafür, daß unsere Chancen in der Schule nicht verspielt werden, daß sich Schule den Herausforderungen der Zukunft umfassend stellt, im Bereich der Technologie, aber auch im Bereich der Schule selbst eine neue Kultur der Verantwortung und der Eigeninitiative zu schaffen.

Verehrte Delegierte des Bundesparteitages, lassen Sie mich mit einem Appell schließen. Obwohl die Schüler Union in einigen Ländern fast flächendeckend mit über 100 aktiven und engagierten Kreisverbänden vertreten ist, gibt es in einigen Bereichen, nicht zuletzt wegen der hohen Fluktuation und einer Verweildauer von durchschnittlich zweieinhalb Jahren, erhebliche Versorgungsmängel mit der Schüler Union. Wir brauchen Ihre Unterstützung. Ich möchte Ihnen für geleistete Hilfe danken und Sie bitten, in Zukunft noch stärker das große Potential einer SU vor Ort zu nutzen. Ich freue mich auf gute Zusammenarbeit. Sprechen Sie mich oder Schüler-Unionisten vor Ort an. Wir werden sicher auch in Zukunft bei Ihnen anklopfen, denn die vor 24 Jahren von Matthias Wissmann gegründete Schüler Union ist ein wichtiger Zukunftsfaktor der Partei. Stärken Sie ihn! Lassen Sie eine große Chance für die CDU auch in Ihrem Kreisverband nicht ungenutzt! - Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich Jürgen Schreier um seinen Redebeitrag bitte, möchte ich einem Geburtstagskind herzlich gratulieren. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Union und Delegierte aus Niedersachsen Hans-Achim Michna feiert heute seinen 30. Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Nächster Redner ist Jürgen Schreier, Landesverband Saar.

**Jürgen Schreier**: Meine Damen und Herren! Es ist richtig: Kein Berufsbildungssystem hat sich als so erfolgreich erwiesen wie die duale Ausbildung, die duale Ausbildung in Schule und Betrieb in Deutschland. Aber gleichzeitig sehen wir, wie sich unser Kanzler jedes Jahr am Runden Tisch mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft darum bemüht, ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen; gleichzeitig erleben wir, daß Jugendlichen ohne Hauptschulabschluß und ohne Berufsausbildung die Gefahr droht, unmittelbar von der Schulbank in die Sozialhilfe abzugleiten; gleichzeitig sagt unser Bundespräsident deutlich, daß Betriebe, die nicht ausbilden, diejenigen ausnutzen, die ausbilden. Das sind problematische Entwicklungen, die zu denken geben, und ich sage: Wenn wir das duale System erhalten wollen, müssen wir es weiterentwickeln.

Dazu drei Gedanken: Erstens. Die Ausbildungsleistung der Betriebe muß belohnt werden. Noch bilden die kleineren Betriebe viel aus, aber wie lange werden sie mit zusehen, wie die großen bei ihnen abstauben? Diese Abstaubermentalität muß aufhören! Wir müssen dieser Abstaubermentalität entgegenwirken, nicht durch eine Umlagefinanzierung, nicht durch Strafe, wie die SPD es will; nein, keine Bestrafung, aber Anreize und mehr Belohnung für die Betriebe, die die schwierige Ausbildungsleistung auch tatsächlich erbringen. Auch hier, bei den Betrieben, bei der Ausbildung, muß sich Leistung wieder lohnen.

Zweitens. Die Schule muß wieder Grundlegendes nicht nur für das Studium, sondern auch für die Ausbildung vorleisten. Die Ausbildungsbetriebe beschwerten sich: Vielen Schülern fehlen heute die normalen Voraussetzungen für eine Lehre. Es gibt Defizite beim Rechnen, Defizite beim Schreiben und beim Lesen, mangelnde Leistungsbereitschaft, mangelndes Durchhaltevermögen, mangelnde Disziplin. Wir kennen die berechtigten Klagen. Ich sage deshalb, die Inhalte der Schule müssen wieder anders werden, und die Schule muß wieder mehr leisten, mehr unterrichten und mehr erziehen. Meine Damen und Herren, das ist nicht gegen die Schüler, das ist für die Schüler!

(Zustimmung)

Drittens. Wir brauchen eine Praktikerprüfung. Zu viele Lehrlinge scheitern. Sie scheitern nicht an der Praxis, sie scheitern oft an überzogenen Theorie-Anforderungen in der Schule, an Anforderungen, die im betrieblichen Alltag häufig gar nicht notwendig sind. Viele dieser Jugendlichen wären durchaus in der Lage, praktisch zu arbeiten. Statt dessen werden sie zu Versagern abgestempelt und von Fortbildungsmaßnahme zu Fortbildungsmaßnahme weitergeleitet. Letzten Endes wechseln sie von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit - eine unmenschliche, unsoziale Perspektive, die uns aufrütteln muß, weil sich darin ein großer sozialer Sprengsatz entwickelt, den wir entschärfen müssen.

Wir brauchen für theorieschwache Jugendliche eine theorieverminderte Ausbildung. Diese theorieverminderte Ausbildung, die Praktikerprüfung, würde neue Chancen schaffen und wäre eine sinnvolle Alternative zu lebenslanger Berufslosigkeit.

Meine Damen und Herren, neue Perspektiven sind notwendig. Die beschriebenen Entwicklungen drängen. Vieles von dem wird schon überlang diskutiert. Ich hoffe, daß wir jetzt, mit diesem Antrag, bald handeln werden.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, zur allgemeinen Aussprache liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen damit zur Einzelberatung des Gesamtantrages. Dazu habe ich im Augenblick eine Wortmeldung, die von Herrn Laurenz Meyer. Ich komme bei der dementsprechenden Passage darauf zurück. Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam, daß ausschließlich die Antragsbroschüre II mit der dort verwandten Numerierung der Anträge Grundlage unserer Beratungen ist.

Ich rufe nun den Antrag B 1 des Bundesvorstandes auf. Das sind die Ziffern 1 bis 4 des Leit-antrages. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre II auf Seite 25. Dazu gehört der Antrag B 2. Mir liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 1 und B 2 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist im Sinne der Antragskommission beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 3 des Bundesvorstandes auf. Dieser Antrag umfaßt die Ziffern 5 bis 12 des Leit-antrages. Sie finden den Antrag auf den Seiten 25 bis 28 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die Anträge B 4 bis B 8. Wortmeldungen dazu liegen ebenfalls nicht vor. Ich lasse

über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 3 bis B 8 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einmütig im Sinne der Antragskommission abgestimmt worden.

Wir kommen zum Antrag B 9 des Bundesvorstandes. Er umfaßt die Ziffern 13 bis 21 des Leit-antrages. Sie finden ihn auf den Seiten 28 und 29 der Antragsbroschüre. Dazu gehören die In-itiativanträge B 16 und B 17 im gelben Teil der Antragsbroschüre II. - Zu Antrag B 9 liegen zwei Wortmeldungen vor, und zwar zu Ziffer 21. Ich rufe zunächst Herrn Laurenz Meyer aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen auf.

**Laurenz Meyer:** Herr Präsident! Liebe Freunde! In Punkt 21 wird gefordert, daß in Zukunft Ausbildungsbetriebe wo immer möglich begünstigt werden, auch bei Subventionen und Zu-wendungen, insbesondere aber bei Vergaben. Das ist nach meiner festen Überzeugung eine sehr gut gemeinte Formulierung; das Ziel derjenigen, die das geschrieben haben, ist also si-cherlich sehr gut gemeint. Ich halte es aber für völlig falsch, das hier zu machen und die Ver-gabeordnung in Zukunft mit Nebenbedingungen zu belasten. Handel, Handwerk und Industrie lehnen das im übrigen auch ab. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gerade die Diskussion um das Vorhaben gehabt, daß der Wirtschaftsminister des Landes für die SPD ähnlich vorge-gangen ist, sehr windelweich in der Formulierung, so daß letztlich vielleicht noch nicht einmal viel dabei herauskommt.

Aber, meine Damen und Herren, worum geht es denn? Es geht um Frauenförderpläne. Bei der Prüfung der Voraussetzungen für die Vergabe haben wir gesagt, daß es Unsinn sei, die Vergabeordnung mit der Frage zu belasten, ob es in dem Betrieb Frauenförderpläne oder ei-ne Gleichstellungsbeauftragte gibt. Wir haben gesagt, es sei Quatsch, Vergaben damit zu be-lasten. Jetzt, wo uns das Ziel sympathischer ist, sagen wir: Das wollen wir selber machen und diese Bedingungen einführen.

Ich glaube, wir sollten - so sympathisch die Forderung auch sein mag - diese Forderung nicht aufrechterhalten. Vergaben, insbesondere in Zeiten knappen Geldes, sollten nach Kostenge-sichtspunkten und Qualitätsgesichtspunkten erfolgen. Wenn man andere Nebenbedingun-gen einführt, öffnet man der Manipulation Tür und Tor.

(Vereinzelt Beifall)

Das Gefühl mag einem sagen, man solle hier doch einmal etwas tun; vielleicht etwas zusätz-lichen Druck schaffen. Der Verstand sollte uns aber sagen, diese Passage nicht zu be-schließen, weil sie zu Unsinn führt. Vergaben müssen nach anderen Kriterien erfolgen. Zu ei-ner Belastung mit Nebenbedingungen sollte es aber nicht kommen. - Danke schön.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Es spricht nun Hubert Scharf aus NRW zu dem glei-chen Punkt.

**Hubert Scharf:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann mich dem, was Laurenz Meyer gerade vorgetragen hat, zunächst nur anschließen. Da ich aber befürchte, daß er hier

entsprechend den üblichen Gewohnheiten mit seinem Antrag wohl wenig Chancen hat, möchte ich wenigstens eine zusätzliche Anregung geben.

Wir haben gerade als Grundtenor der Diskussion zur Steuerpolitik gehört, daß wir von versteckten oder diffusen Subventionen wegkommen sollen, und zwar hin zu direkten, offenen und zeitlich befristeten Zuwendungen.

Es ist deshalb eine Frage der Semantik und der Logik, wenn wir auf jeden Fall - falls der Antrag von Laurenz Meyer nicht durchkommen sollte - das Wort „Subventionen“ entsprechend dem Grundtenor unserer soeben erfolgten Diskussion durch das Wort „Förderungsmaßnahmen“ ersetzen, so daß der Satz dann heißen müßte: „Deshalb sollen Förderungsmaßnahmen oder Zuwendungen der öffentlichen Hand verstärkt ausbildenden Betrieben zugute kommen.“ Es ist auch - ich wiederhole es noch einmal - wichtig, daß wir uns in der Wortwahl nicht gleich wieder vom Grundtenor der Logik, die soeben unsere Diskussion hatte, entfernen. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Nun hat Generalsekretär Peter Hintze das Wort für die Antragskommission.

**Peter Hintze**, Antragskommission: Liebe Parteifreunde, ich bin der Meinung, daß wir der letzten Anregung folgen können. Es geht bei diesem Antrag darum, daß wir grundsätzlich in Deutschland ein Klima schaffen, daß die Betriebe ihre Verantwortung im Blick auf die Ausbildung auch wahrnehmen. Bürokratie und Mehrabgaben müssen entfallen im Rahmen unserer Ausbildungsplatz-Abgabediskussion. Dieser Beschluß wird ein politisches Klima und ein betriebliches Klima fördern, das die einzelnen Betriebe im Rahmen ihrer Verantwortung anspricht. Im Namen der Antragskommission übernehme ich den Vorschlag des letzten Delegierten. Ich meine, in diesem Sinne könnten wir diesen Antrag so beschließen.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie haben den Beitrag des Generalsekretärs gehört. Die Antragskommission übernimmt die Anregung des Generalsekretärs, der der Vorsitzende der Antragskommission ist. Ich lasse darüber abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

Ich rufe den Antrag B 10 des Bundesvorstands auf. Dieses sind die Ziffern 22 bis 27 des Leitantes. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre auf den Seiten 29 ff. Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Ich lasse nun über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag B 10 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Mit großer Mehrheit ist das so beschlossen.

Ich rufe den Antrag B 11 des Bundesvorstands auf. Er umfaßt die Ziffern 28 bis 32 des Leitantes. Sie finden das auf Seite 30. Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung liegt vor. Herr Meyer, bitte schön.

**Laurenz Meyer**: Herr Tagungspräsident! Ich habe noch eine Frage. Sie haben das soeben mit der Abstimmung sehr schön gemacht. Danach kam aber bei einigen Delegierten die Frage

auf, ob Sie noch einmal vortragen können - Sie haben sich das ja sicher gut gemerkt, als die Abstimmung durchgeführt wurde -, über was Sie denn eigentlich bei Punkt 11 haben abstimmen lassen.

**Peter Hintze, Antragskommission:** Das Wort „Subventionen“ wird durch das Wort „Fördermaßnahmen“ ausgetauscht. Darüber haben wir abgestimmt. Ansonsten ist dem Votum der Antragskommission mit dieser Veränderung gefolgt worden, Herr Kollege Meyer.

**Laurenz Meyer:** Herr Generalsekretär, hätte der weitergehende Antrag nicht zur Abstimmung gestellt werden müssen, nämlich den Punkt ganz zu streichen?

**Peter Hintze, Antragskommission:** Nach unserer Geschäftsordnung ist der Antrag der Antragskommission immer zuerst zur Abstimmung zu stellen. So hat es der Herr Präsident gemacht. Dafür danken wir ihm, und das war auch in der Sache richtig.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Damit ist die Frage zur Geschäftsordnung beantwortet. Ich rufe deshalb erneut den Antrag B 11 auf. Er umfaßt die Ziffern 28 bis 32 des Leittrags. Sie finden das auf Seite 30. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse deshalb jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zum Antrag B 11 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Ich rufe den Antrag B 12 des Bundesvorstands auf. Das sind die Ziffern 33 bis 37 des Leittrags. Sie finden den Antrag in der Antragsbroschüre auf Seite 31. Dazu gehört auch der Initiativantrag B 16 im gelben Teil der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse deshalb jetzt über die Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen B 12 und B 13 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe den Antrag B 14 des Bundesvorstands auf. Er umfaßt die Ziffern 38 bis 40 des Leittrages. Sie finden das auf der Seite 32 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse deshalb jetzt über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag B 14 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dies ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag B 15 auf Seite 32 der Antragsbroschüre auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse deshalb jetzt über den Antrag B 15 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen damit zur Schlußabstimmung. Wer dem Antrag des Bundesvorstands „Ausbildung für die Zukunft der Jugend“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden.

(Beifall)

Damit ist der Tagesordnungspunkt 22 abgeschlossen. Ich übergebe die Tagungsleitung an Christian Wulff.

**Christian Wulff, Tagungspräsidium:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir kommen zum Schluß des Parteitages. Bevor ich den Tagesordnungspunkt 25 aufrufe, möchte ich allen danken, die zum Erfolg dieses Parteitages mit ihrem jeweils eigenen Beitrag nachhaltig beigetragen haben.

Ich möchte vorweg Ihnen allen im Namen des Tagungspräsidiums Dank sagen dafür, daß Sie konzentriert, fair und mit außerordentlichem Engagement und Einsatz diesen Parteitag entscheidend bestimmt haben; denn die Delegierten sind, auch wenn man hier und da ein klein wenig einen anderen Eindruck gewinnen kann, nach wie vor der Mittelpunkt eines Parteitages.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Tagungspräsidium - auch wenn sie es von Ihnen leicht gemacht bekommen haben - dafür, daß sie diesen Parteitag geleitet haben. Mein Dank gilt besonders den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und die umfangreiche und sicher faire Berichterstattung über unseren Parteitag. Ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kongreßzentrums für die gute Unterstützung danken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in Ihrer aller Namen möchte ich besonders danken den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten des Landes Niedersachsen,

(Beifall)

die bei diesem Parteitag die notwendigen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen durchgeführt haben. Wir wissen alle, daß es in Niedersachsen eine besondere Herausforderung ist, Polizeibeamter zu sein. Angesichts von Castor-Transporten, Chaos-Tagen und anderen Veranstaltungen, die dieses Land in der Vergangenheit angezogen hat, ist es besonders anerkennenswert, wie unsere Polizei ihren Dienst tut. Dafür danken wir.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei den Helfern unserer Partei hier in Hannover, dem Landesverband Niedersachsen und natürlich vor allem bei den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Konrad-Adenauer-Hauses, an der Spitze dem Generalsekretär und dem Bundesgeschäftsführer, die diesen Parteitag toll durchgeführt und es uns allen leicht gemacht haben, einen erfolgreichen Parteitag zu bewerkstelligen.

(Beifall)

Ich bitte nunmehr unseren Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, um sein Schlußwort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU:** Herr Parteitagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es waren zwei arbeitsreiche Tage. Neben der

Arbeit ist gestern abend, wie ich denke, die Fröhlichkeit des Herzens nicht zu kurz gekommen. Bei mir zu Hause sagt man: Wir machen gewaltig einen drauf. - Das haben wir auch getan.

(Beifall)

Mein Respekt vor den Delegierten, vor Ihnen allen, ist auch gewaltig. Denn wir haben gestern abend - besser gesagt: um Mitternacht - darüber gerätselt, was diese Nacht für Auswirkungen für den Beginn des Parteitages heute haben wird. Menschen, die so gut feiern können, können auch viel schaffen. Deswegen haben wir eine gute Chance, in der vor uns liegenden Zeit das durchzusetzen, was wir uns vorgenommen haben.

Dieser Parteitag fand in einer politisch schwierigen Zeit statt. Bei manchem der uns begleitenden Zeitgenossen, die darüber berichten, habe ich zum Teil eine gewisse Enttäuschung bemerkt. Einige sind hierher gekommen in der sicheren Erwartung, daß es nach manchen Diskussionen der allerjüngsten Zeit hier ganz schwierige Debatten über Sachen und natürlich auch Personen gibt. So mancher, der seine Berichte schon vorgefertigt hatte - das gibt es ja nicht nur beim Sport, sondern auch bei so einem Parteitag -, hat das dann noch einmal ändern müssen. Denen gönne ich das natürlich.

(Beifall)

Aber der Parteitag lief eben so, wie wir ihn gemeinsam gestalten wollten. Dafür danke ich allen sehr herzlich: für das Klima, für die Offenheit, für das Miteinander, das es möglich macht, auch in schwieriger Zeit Verantwortung zu übernehmen und ihr nachzukommen.

Für mich - das als ein sehr persönliches Wort - war Ihre Stimmabgabe bei meiner Wahl, war die Unterstützung, die in dieser Stimmabgabe zum Ausdruck gekommen ist, sehr wichtig. Für mich war es sehr wichtig - und ich weiß, für viele andere hier im Raum auch -, daß auf diesem Parteitag einmal mehr deutlich wurde: Die allermeisten von uns sehen die Partei nicht als bloßen Zweckverband an, sondern als lebendige politische Heimat.

Mir wie vielen anderen geht es so: Man sieht sich seit vielen, vielen Jahren auf dem Parteitag; man tauscht sich aus, hört die neuesten Nachrichten, auch die neuesten Gerüchte; man informiert sich oder glaubt, informiert zu sein. Das gehört alles zusammen. Mit einem Wort: Es ist ein Ort der Begegnung, ohne spröden Ton, sondern ein Ort, an dem man ein gut Stück zu Hause ist.

Ich sage das ganz offen, auch nach so vielen Jahren als Parteivorsitzender: Wenn wir in der Partei das Gefühl eines selbstverständlichen Miteinanders auch in Zukunft haben, dann sind wir nach meiner festen Überzeugung ganz unschlagbar.

(Beifall)

Ich werde oft gefragt, wo ich denn die eigentlichen Probleme und Schwierigkeiten unseres politischen Hauptgegners SPD sehe. Meine Antwort ist: Sie hat etwas von dieser inneren Selbstverständlichkeit verloren. Die Ereignisse auf dem Mannheimer Parteitag waren von einer Art, wie sich eine Partei mit einer mehr als hundertjährigen Tradition, die Großes für unser Volk hat erreichen können, das nicht leisten darf. Sie hat ein Stück ihres Wesens verloren.

Für uns sollte das Warnung sein. Trotz aller notwendigen täglichen Auseinandersetzung - welches Spektrum an Themen haben wir gestern und heute hier behandelt! - und in der klaren Erkenntnis, daß wir noch wichtigste, schwierigste und manch unpopuläre Entscheidungen vor uns haben, sollte eines für uns feststehen: Egal wo in der Partei wir stehen, ob beim Wirtschaftsrat, bei der Mittelstandsvereinigung, bei den Sozialausschüssen, bei der Jungen Union, bei der Frauen-Union, beim RCDS oder wo immer, findet jeder von uns in der Partei ein Stück Heimat. Daraus ziehen wir Kraft für die tägliche Arbeit. Das ist - auch das will ich noch einmal sagen - eine der Voraussetzungen für den engen Schulterschuß mit unserer Schwesterpartei, der CSU.

Wir haben Diskussionen geführt, Beschlüsse gefaßt mit Blick auf ein Steuersystem, das das Land weiterführt, indem sich Leistung wieder mehr lohnt. Wir haben eine erste Debatte geführt - die schwierigsten Gespräche stehen uns bevor - über eine stabile Alterssicherung angesichts der dramatischen demographischen Umbrüche. Wir haben über Bildung und Forschung gesprochen. Ich lege großen Wert darauf - dies hat Jürgen Rüttgers vorgetragen -, daß Ausbildung, aber auch Bildung ganz allgemein wichtig ist. Denn was die Menschen zusammenführt, ist nicht mit dem bloßen Begriff „Ausbildung“ zu fassen.

Viele haben in der Diskussion wichtige Anregungen gegeben, auch in den einführenden Referaten: Wolfgang Schäuble mit seinem brillanten Vortrag; Theo Waigel in seiner Art - er mag das Wort vom „herben Charme“ zwar nicht; das Herbe hat er heute auch etwas zurückgenommen; sagen wir also: mit beachtlichem schwäbischem Charme -; Norbert Blüm in seiner unvergleichlichen Art, nach dem Motto: Die Diskussion ist völlig offen, aber ein kleines bißchen kann man die Diskussion in die von ihm gewünschte Richtung lenken.

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist alte Sozialausschußtradition. Man muß nur lange genug dabei sein, dann kennt man das. Aber so ist er, Gott sei Dank. Einen anderen wollen wir nicht. Auch das gehört dazu.

(Beifall)

Jürgen Rüttgers hat in der ihm eigenen Weise seine Ideen vorgetragen. Ich bin froh, daß er dieses Ressort übernommen hat, daß sich da etwas bewegt, und zwar in die richtige Richtung, und daß er zu denen gehört - ich möchte ihn ermutigen, so fortzufahren -, die nicht immer nur darauf schießen, was diese oder jene Fachkonferenz gerade berät, sondern die ihr Handeln vor allem danach ausrichten, was sie selbst nach Gesprächen und Diskussionen und eigenen Überlegungen für richtig halten.

Das alles hat diesen Parteitag als Ganzes geformt. Dafür danke ich sehr herzlich, auch für die beachtliche Arbeitsbereitschaft hier im Saal unter manchmal nicht ganz einfachen Bedingungen.

Wir haben - ich sage das auch von mir aus - der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft von Hannover zu danken, vor allem unseren Freunden im CDU-Landesverband Niedersachsen. Christian Wulff, Sie haben einen prima Parteitagspräsidenten abgegeben.

(Lebhafter Beifall)

Sie sehen, wie das Amt auch formt. Aus dem Anführer der Jungen Union ist jetzt ein Ministerpräsidentenkandidat geworden. Er ist keß geblieben, aber auch klug in den Zwischenbemerkungen. Das freut mich.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, bei Peter Hintze und Hans-Joachim Reck. Peter Hintze kann sich jetzt einem umfassenden Kuchenpaket zuwenden; denn er hat es geschafft. Für einen Generalsekretär ist ein solcher Parteitag eine ziemliche Heimsuchung. Das weiß ich aus vielen Jahren. Herzlichen Dank, Peter Hintze und Hans-Joachim Reck.

(Beifall)

Liebe Freunde, der Sinn eines Parteitages, so wie wir ihn verstehen, ist ja nicht, daß wir erst diskutieren, dann nach Hause gehen und sagen: Das war es. Vielmehr muß das Ergebnis dieser Diskussionen aufgearbeitet werden, müssen die Anregungen aufgenommen werden und in die verschiedensten Ebenen unserer Partei, in die Orts-, Kreis- und Landesverbände, hineingetragen werden.

Sehen Sie, die Steuerreform geht mehr oder minder jeden an. Die Gestaltung der Zukunft hängt mit Steuern zusammen. Ich habe gerade noch - deswegen war ich vorhin nicht hier - ein wichtiges Gespräch mit Repräsentanten des Deutschen Bauernverbandes geführt. Diese Gruppe ist ganz besonders hart betroffen von der Entwicklung und verdient unsere Sympathie.

Wir haben hier in Hannover auch über das gesprochen, was Millionen und Abermillionen interessiert - die Rentner und die, die vor diesem Lebensabschnitt stehen, ebenso wie die Jungen, die zu Recht mit ihren 20 Jahren sagen: Irgendwie möchte ich schon wissen, wie das im Jahr 2050 aussehen wird, denn ich habe eine gute Chance, dieses Jahr zu erleben.

Noch etwas ist wichtig. Es ist meine herzliche Bitte an Sie alle, daß Sie das, was zu diesen Themen hier gesagt worden ist, was eben auch Jürgen Rüttgers zu Ausbildung, Bildung, Zukunft der Technologie in Deutschland vorgetragen hat, an die Menschen weitergeben, und zwar nicht nur im Zirkel des Kreisvorstandes, sondern auch an die, die vielleicht gar nicht Mitglied sind, die aber in den Dörfern, Gemeinden und Städten uns viel aufmerksamer zuhören, als das möglicherweise früher der Fall war.

Denn die Welt ist schwieriger geworden, und im Gegensatz zu vielen, die behaupten, sie redeten oder schrieben im Namen der Bevölkerung, weiß die große Mehrheit - Theo Waigel hat die Zahlen genannt -, daß es ein paar Minuten vor 12 Uhr ist und daß wir jetzt Entscheidungen treffen müssen. Diese Menschen werden ihren Halt bei denen suchen, die ihr Vertrauen haben. Vertrauen werden sie zu uns haben - ich habe versucht, das gestern zu sagen -, wenn sie merken, daß wir uns um die besten Antworten bemühen. Das kann man aber nicht, indem man selbstgefällig sagt, ich weiß das schon alles. Da muß man miteinander reden, da muß man Sachverstand heranziehen; man muß seine eigene Arbeit, seine Überlegungen in die Diskussion einbringen.

Wenn wir das dann auch noch, liebe Freunde, mit dem erprobten Kampfgeist der Union machen - wir waren in Wahlkämpfen eigentlich immer recht gut, vor allem dann, wenn wir die erste Scheu überwunden hatten und uns nicht haben einreden lassen, die anderen gewinnen, sondern wenn wir von vornherein sagten, wir gehen unseren Weg, wir schlagen die anderen in der Wahl -, wenn wir geschlossen antreten - nicht weil wir es beschließen, sind wir geschlossen, sondern weil wir es uns erarbeitet haben, weil es unsere Überzeugung ist -, dann habe ich nicht die geringste Angst, daß CDU und CSU, jetzt aber vor allem die CDU Deutschlands, hier versammelt mit ihren Delegierten, in dieser wahrlich epochalen Auseinandersetzung am Ende dieses Jahrhunderts ihre Chance haben und nutzen wird.

Wir müssen dabei wissen: Unsere politischen Gegner werden uns dabei nichts schenken. Die Wegstrecke ist schwierig, die Gangart wird in den nächsten Jahren hart sein. Es ist so, wie Heiner Geißler es gestern bei seiner Vorstellung gesagt hat: Die Lagertheorie hat sich jetzt voll bewahrheitet. Die Koalition der Mitte mit der tragenden Säule der CDU/CSU und FDP steht gegen das Bündnis aus SPD, Grünen und PDS. Lassen Sie sich nicht einreden, das letztere brauchten wir nicht zu erwähnen. Es ist so: Grüne, SPD, PDS.

Wenn wir uns dieses Ziel vor Augen nehmen, dann haben wir die Kraft, den Weg dorthin durchzustehen.

Ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimfahrt. Denken Sie noch einmal über das nach, was wir hier gemeinsam beraten und beschlossen haben. Ich wünsche Ihnen vor allem auch ein Stück Fröhlichkeit. Wenn wir unseren Landsleuten überall in Deutschland begegnen, muß deutlich werden: Wir sind die CDU, wir können hart arbeiten, aber wir haben auch Freude am Leben, und wir gehen nicht in den Keller, um zu lachen. Wir sind eine Partei, die das Schaffen liebt, aber auch Freude am Leben hat. Wir müssen das nicht beschließen, wir sind nun einmal so.

Wir wollen den Parteitag, liebe Freunde, entsprechend unserer großen Tradition mit der Nationalhymne beschließen, die ja - ich empfinde das von Parteitag zu Parteitag stärker - zusammenfaßt, wofür wir stehen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne - Beifall)

**Christian Wulff**, Tagungspräsidium: Der Parteitag ist geschlossen.

(Schluß: 14.48 Uhr)

## **ANHANG**

### **Beschlußprotokoll des 8. Parteitages der CDU Deutschlands Hannover, 21./22. Oktober 1996**

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments (wird schriftlich vorgelegt)
12. Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands und Vorlage des Rechnungsberichtes 1994 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz (wird schriftlich vorgelegt)
13. Aussprache zu den Berichten
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission
15. Bericht der Rechnungsprüfer
16. Entlastung des Bundesvorstandes
17. Wahl des Bundesvorstandes
  - 17.1 Wahl des Vorsitzenden
  - 17.2 Wahl des Generalsekretärs
  - 17.3 Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden
  - 17.4 Wahl des Bundesschatzmeisters

- 17.5 Wahl der 7 weiteren Mitglieder des Präsidiums
- 17.6 Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes
18. Wahl des Bundesparteigerichts der CDU
19. Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
20. Kommissionen des Präsidiums
- 20.1 Bericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft des Steuersystems“
- 20.2 Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Bundesvorstandes zur Steuerpolitik
- 20.3 Bericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“
21. Aussprache
22. Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Bundesvorstandes zur beruflichen Bildung
23. Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung
24. Sonstige Anträge
25. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

**Zu TOP 2:** Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitages am 21.10.1996 in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Tagungspräsident:** Christian Wulff  
Vorsitzender der CDU in  
Niedersachsen

**Beisitzer**

Volker Kauder	LV Baden-Württemberg
Klaus Landowsky	LV Berlin
Dr. Peter Wagner	LV Brandenburg
Bernd Neumann	LV Bremen
Ole von Beust	LV Hamburg
Otti Geschka	LV Hessen
Rainer Prachtl	LV Mecklenburg-Vorpommern
Rita Pawelski	CDU in Niedersachsen
Heinrich-Wilhelm Ronsöhr	LV Braunschweig
Manfred Carstens	LV Oldenburg

Dr. Helmut Linssen	LV Nordrhein-Westfalen
Herbert Reul	LV Nordrhein-Westfalen
Elke Wülfing	LV Nordrhein-Westfalen
Irmgard Karwatzki	LV Nordrhein-Westfalen
Dr. Eva Lohse	LV Rheinland-Pfalz
Peter Müller	LV Saar
Steffen Flath	LV Sachsen
Dr. Karl-Heinz Daehre	LV Sachsen-Anhalt
Dr. Ottfried Hennig	LV Schleswig-Holstein
Birgit Diezel	LV Thüringen
Willi Lindhorst	Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft
Christine Lieberknecht	Evangelischer Arbeitskreis
Doris Pack	Frauen-Union
Klaus Escher	Junge Union
Pia-Madeleine Garitz	Kommunalpolitische Vereinigung
Hansjürgen Doss	Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
Helmut Sauer	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
Roswitha Verhülsdonk	Senioren-Union
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering	EVP-Fraktion
Prof. Dr. Günter Rinsche	EVP-Fraktion

**Zu TOP 3:** Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Zu TOP 4:** Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

<b>Vorsitzender:</b>	Peter Hintze
<b>Stellv. Vorsitzender:</b>	Hans-Joachim Reck
<b>Weitere Mitglieder:</b>	
Peter Altmaier	LV Saar
Dr. Maria Böhmer	LV Rheinland-Pfalz
Elmar Brok	LV Nordrhein-Westfalen
Hansjürgen Doss	LV Rheinland-Pfalz, MIT
Rainer Eppelmann	LV Brandenburg, CDA
Klaus Escher	Junge Union
Jochen-Konrad Fromme	CDU Niedersachsen, KPV
Dr. Reinhard Göhner	LV Nordrhein-Westfalen

Dr. Renate Hellwig	LV Baden-Württemberg
Irmgard Karwatzki	LV Nordrhein-Westfalen
Sabine Klenke	LV Sachsen-Anhalt
Roland Koch	LV Hessen
Dr. Norbert Lammert	LV Nordrhein-Westfalen
Gerhard Mayer-Vorfelder	LV Baden-Württemberg
Friedrich Merz	LV Nordrhein-Westfalen
Prof. Dr. Georg Milbradt	LV Sachsen
Dr. Dieter Murmann	LV Schleswig-Holstein
Ulrich Nölle	LV Bremen
Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering	CDU in Niedersachsen
Hans-Peter Replik	LV Baden-Württemberg
Herbert Reul	LV Nordrhein-Westfalen
Hannelore Rönsch	LV Hessen
Birgit Schnieber-Jastram	LV Hamburg
Prof. Dr. Rupert Scholz	LV Berlin
Rudolf Seiters	CDU in Niedersachsen
Prof. Dr. Rita Süßmuth	Frauen-Union
Rasmus Tenbergen	RCDS
Dr. Diemut R. Theato	LV Baden-Württemberg
Prof. Dr. Susanne Tiemann	LV Rheinland-Pfalz
Andreas Trautvetter	LV Thüringen
Gunnar Uldall	LV Hamburg
Arnold Vaatz	LV Sachsen
Roswitha Verhülsdonk	LV Rheinland-Pfalz, Senioren-Union
Dr. Bernhard Worms	Senioren-Union
Christian Wulff	CDU in Niedersachsen

**Zu TOP 5:**

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

<b>Vorsitzender:</b>	Hartwig Fischer Generalsekretär der CDU in Niedersachsen
<b>Beisitzer:</b>	Klaus-Dieter Götz Landesgeschäftsführer des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern
	Erhard Hackler Landesgeschäftsführer des CDU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen

Karl Rauber  
Landesgeschäftsführer des  
CDU-Landesverbandes Saar

Siebert Seitz  
Landesgeschäftsführer des  
CDU-Landesverbandes Hessen

Konrad Wilczek  
Landesgeschäftsführer des  
CDU-Landesverbandes Berlin

Friedrich Claudius Schlumberger  
Leiter der Hauptabteilung  
Organisation der  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Zu TOP 6:** In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Vorsitzender:** Ulf Leisner  
CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Stellv. Vorsitzender:** Hans-Joachim Woelke  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag

**Beisitzer:**

Udo Abel	Kreisgeschäftsführer KV Pirmasens-Stadt
Winfried Adams	Kreisgeschäftsführer KV Vogelsberg
Bernhard Albrecht	Kreisgeschäftsführer KV Bonn
Carl Andresen	Kreisgeschäftsführer KV Schl.-Flensburg
Michael Arntz	Kreisgeschäftsführer KV Erftkreis
Marlis Badelt	LV Brandenburg
Detlev Bendel	Kreisgeschäftsführer KV Wiesbaden
Hans Bender	Kreisgeschäftsführer KV Siegen-Wittgenst.
Hubert Benning	Kreisgeschäftsführer KV Ludwighafen
Mechthild Besserer	Kreisgeschäftsführerin KV Lahn-Dill
Siegfried Borgwardt	Kreisgeschäftsführer KV Wittenberg
Ingrid Brabänder	Kreisgeschäftsführerin KV Saarpfalz
Günter Brummundt	Kreisgeschäftsführer KV Minden-Lübb.

Heinz Budde	Kreisgeschäftsführer KV Cloppenburg
Jörg-Dieter Burfeind	Kreisgeschäftsführer KV Braunschweig
Rainer Deppe	Kreisgeschäftsführer KV Rh.-Berg.-Kreis
Iris Eckmann	Kreisgeschäftsführerin KV Burgenland
Lothar Ehm	Kreisgeschäftsführer KV Dessau/Anhalt
Thomas Etzmuß	Kreisgeschäftsführer KV Hannover-Land
Frieder Fundis	Kreisgeschäftsführer KV Heilbronn
Klaus Funnemann	Kreisgeschäftsführer KV Hörter
Heike Göttlicher	Kreisgeschäftsführerin KV Ludwigsburg
Walter Goda	Kreisgeschäftsführer KV Vechta
Lucia Griebhaber	Kreisgeschäftsführerin KV Schw.-Baar
Gerhard Häusler	Kreisgeschäftsführer KV Magdeburg
Gerhard Heidemann	Kreisgeschäftsführer KV Soest
Harald Hempel	Kreisgeschäftsführer KV Potsdam-Mittelm.
Wilfried Hennemuth	Kreisgeschäftsführer KV Rottweil
Gunter Herrmann	Kreisgeschäftsführer KV Holzlandkreis
Elisabeth Heydenreich	Kreisgeschäftsführerin KV Helmstedt
Arnold Hildebrand	Kreisgeschäftsführer KV Bielefeld
Erich Hönow	Kreisgeschäftsführer KV Teltow-Fläming
Paul Holtmannspoetter	Kreisgeschäftsführer KV Gütersloh
Renate Huckfeld	Kreisgeschäftsführerin KV Friesland
Eduard Jantos	Kreisgeschäftsführer KV Eisleben
Udo Kamperdick	Kreisgeschäftsführer KV Bottrop
Karin Kussroll	Kreisgeschäftsführerin KV Peine
Eckart Lesch	Kreisgeschäftsführer KV Ahrweiler
Waltraut Lewing	Kreisgeschäftsführerin KV Stralsund
Heinz Löffler	Kreisgeschäftsführer KV Hameln-Pyrmont
Gerhard Martin	Kreisgeschäftsführer KV Eichsfeld
Reinhold Meisel	Kreisgeschäftsführer KV Neckar-Odenw.
Gerda Meppelink	Kreisgeschäftsführerin KV Grafs. Bentheim

Hermann Müller	Kreisgeschäftsführer KV Koblenz-Montab.
Wolfgang Müller	Kreisgeschäftsführer KV Solingen
Elfriede Netzband	Kreisgeschäftsführerin KV Oberhavel
Peter Nowaczyk	Kreisgeschäftsführer KV Gelsenkirchen
Herbert Otto	Kreisgeschäftsführer KV Wolfenbüttel
Jochen Pöppel	Kreisgeschäftsführer KV Mark
Hans-Ulrich Püschel	Kreisgeschäftsführer KV Diepholz
Antonie Quinkert	Kreisgeschäftsführerin KV Hochsauerland
Dieter Ramm	Kreisgeschäftsführer KV Güstrow
Josef Reichl	Kreisgeschäftsführer KV Böblingen
Waltraud Reiss	Kreisgeschäftsführerin KV Karlsruhe-Land
Ludger Samson	Kreisgeschäftsführer KV Recklinghausen
Jürgen Schick	Kreisgeschäftsführer KV Krefeld
Maik Schröter	Kreisgeschäftsführer KV Nordhausen
Claudia Schünemann	Kreisgeschäftsführerin KV Duisburg
Helmut Schwartz	Kreisgeschäftsführer KV Düren
Katja Seeger	LV Brandenburg
Margit Seehaus	Kreisgeschäftsführerin KV Dahme-Spree
Norbert Solberg	Kreisgeschäftsführer KV Essen
Petra Ströbele-Both	Kreisgeschäftsführerin KV Herne
Werner Thies	Kreisgeschäftsführer KV Hamm
Hans-Friedrich Tiemann	Kreisgeschäftsführer KV Steinburg
Hans.-J. Treuer	Kreisgeschäftsführer KV Baden-Baden
Waltraud Wannhoff	LV Braunschweig
Paul Westeppe	Kreisgeschäftsführer KV Wuppertal
Peter Wettenmann	Kreisgeschäftsführer KV Biberach
Bernd Wießel	Kreisgeschäftsführer KV Altmarkkreis
Hermann Josef Wolff	Kreisgeschäftsführer KV Köln
Werner Wolff	Kreisgeschäftsführer KV Aachen-Kreis
Manfred Wynands	Kreisgeschäftsführer KV Kleve
Klaus Zeeb	Kreisgeschäftsführer KV Esslingen
Elke von Ziegner	Kreisgeschäftsführerin Harburg-Land
Andreas Züfle	Kreisgeschäftsführer KV Freudenstadt

**Zu TOP 7: Grußworte**

**Zu TOP 8:** Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 9:** Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Generalsekretärs, Peter Hintze, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 10:** Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 11:** Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den schriftlichen Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 12:** Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Bundeschatzmeisterin, Brigitte Baumeister, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 13: Aussprache zu den Berichten**

**Zu TOP 14: Bericht der Mandatsprüfungskommission**

Die Mandatsprüfungskommission des 8. Parteitages erstattete am Montag, den 21. Oktober 1996, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 12.35 Uhr von den 1001 voll stimmberechtigten Delegierten des 8. Parteitages 950 anwesend.

Der Parteitag ist beschlußfähig.

gez. Hartwig Fischer	gez. Klaus-Dieter Götz
gez. Erhard Hackler	gez. Karl Rauber
gez. Siegbert Seitz	gez. Konrad Wilczek
gez. Friedrich Claudius Schlumberger“	

(Um 15.00 Uhr waren 985 stimmberechtigte Delegierte anwesend.)

**Zu TOP 15:** Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den mündlichen Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 16: Entlastung des Bundesvorstandes**

Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung einstimmig Entlastung für die Rechnungsjahre 1993 und 1994. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

**Zu TOP 17: Wahl des Bundesvorstandes**

**Zu TOP 17.1: Wahl des Bundesvorsitzenden**

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	885
Enthaltungen:	13
Ungültig:	2
Gültige Stimmen:	870
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	436
Ja:	831
Nein:	39

**Zu TOP 17.2: Wahl des Generalsekretärs:**

Es wurde gewählt:

Peter Hintze

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	905
Enthaltungen:	51

Ungültig:	3
Gültige Stimmen:	851
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	426
Ja:	692
Nein:	159

**Zu TOP 17.3: Wahl der 4 Stellvertretenden Vorsitzenden**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	939
Enthaltungen:	–
Ungültig:	–
Gültige Stimmen:	939
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	440

Es wurden gewählt:

1. Dr. Norbert Blüm	820
2. Dr. Angela Merkel	811
3. Erwin Teufel	776
4. Dr. Christoph Bergner	667

Danach wurden im ersten Wahlgang 4 Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter eine Frau. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

**Zu TOP 17.4: Wahl des Bundesschatzmeisters**

Es wurde gewählt:

Brigitte Baumeister

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	987
Enthaltungen:	31
Ungültig:	4
Gültige Stimmen:	952
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	477
Ja:	913
Nein:	39

**Zu TOP 17.5: Wahl der weiteren 7 Mitglieder des Präsidiums**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	960
Enthaltungen:	–

Ungültig:	2
Gültige Stimmen:	958
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	480

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

1. Rainer Eppelmann	621
2. Manfred Kanther	626
3. Claudia Nolte	759
4. Volker Rühle	690
5. Rudolf Seiters	791
6. Christa Thoben	744
7. Prof. Dr. Klaus Töpfer	725

Danach wurden im ersten Wahlgang 7 weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt, darunter zwei Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Wahlergebnis des nichtgewählten Kandidaten:

Johannes Gerster	393
------------------	-----

**Zu TOP 17.6: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	956
Enthaltungen	–
Ungültig:	12
Gültige Stimmen:	944
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	473

Es wurden folgende Stimmen abgegeben für:

1. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf	784
2. Dr. Maria Böhmer	659
3. Eberhard Diepgen	758
4. Klaus Escher	525
5. Marion Fischer	649
6. Dr. Heiner Geißler	777
7. Dr. Johannes Gerster	742
8. Otti Geschka	677
9. Anne-Karin Glase	620
10. Dr. Renate Hellwig	618
11. Dr. Ottfried Hennig	644

12. Christine Lieberknecht	625
13. Dr. Helmut Linssen	648
14. Maria Michalk	637
15. Rita Pawelski	791
16. Dr. G. Quisthoud-Rowohl	739
17. Andreas Renner	622
18. Hans-Peter Repnik	574
19. Prof. Dr. Rupert Scholz	681
20. Alexander Graf von Schwerin	564
21. Dr. Berndt Seite	753
22. Arnold Vaatz	729
23. Dr. Bernhard Vogel	815
24. Matthias Wissmann	745
25. Prof. Dr. Otto Wulff	553
26. Cornelia Yzer	724

Danach wurden im 1. Wahlgang insgesamt 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter 10 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:

1. Dr. Michel Friedman	473
2. Dr. Gisela Meister-Scheufelen	479
3. Herbert Reul	497
4. Birgit Schnieber-Jastram	465
5. Dr. Christian Schwarz-Schilling	450

**Zu TOP 18: Wahl des Bundesparteigerichts der CDU**

Es wurden für die Zeit vom 7. November 1996 bis 6. November 2000 in offener Abstimmung einstimmig gewählt:

<b>Ordentliche Mitglieder:</b>	Dr. Eberhard Kuthning (Vorsitzender)  Bernhard Hellner Dr. Heidi Lambert-Lang Dr. Pia Rumler-Detzel Friedrich W. Siebeke
<b>Stellvertretende Mitglieder:</b>	Dr. Friedrich August Bonde Petra Kansy

Helmut Rehborn  
Barbara Saß-Viehweger  
Carl L. Sträter  
Frank Strohscher  
Dr. Günter Wiechens

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 12 Mitglieder des Bundesparteigerichts gewählt, darunter 4 Frauen. Somit ist das Frauenquorum erreicht.

**Zu TOP 19: Wahl der CDU-Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)**

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig gewählt:

**Ordentliche Mitglieder:**

Dr. Christoph Bergner  
Reimer Böge  
Elmar Brok  
Anne-Karin Glase  
Dr. Renate Hellwig  
Peter Hintze  
Dr. Egon A. Klepsch  
Horst Langes  
Prof. Dr. Gerd Langguth  
Christine Lieberknecht  
Doris Pack  
Dr. G. Quisthoudt-Rowohl  
Dr. Andreas Schockenhoff  
Prof. Dr. Rita Süßmuth  
Stanislaw Tillich

**Stellvertretende Mitglieder:**

Johann Adolf Cohausz  
Karl-Heinz Florenz  
Ruth Hieronymi  
Peter Kittelmann  
Maria Michalk  
Hartmut Naussauer  
Hartmut Perschau  
Dr. Gero Pfennig  
Michael Stübgen  
Reinhard Stuth  
Thomas Subelack  
Holger Thuß  
Friedrich Vogel  
Annette Widmann  
Dr. Gabriele Wurzel

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt 30 Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) gewählt, darunter 10 Frauen. Somit wurde das Frauenquorum erreicht.

**Zu TOP 20: Kommissionen des Präsidiums**

**Zu TOP 20.1: Bericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft des Steuersystems“**

**Zu TOP 20.2:** Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Bundesvorstandes zur Steuerpolitik

(Der Wortlaut der Anträge A 1- A 70 ist in der Broschüre „Sammlung II der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 8. Parteitages der CDU Deutschlands“ abgedruckt.)

- A 1: Annahme
- A 2: Überweisung an die Bundesfachausschüsse  
Umweltpolitik und Wirtschaftspolitik
- A 3: Ablehnung
- A 4: Ablehnung
- A 5: Ablehnung
- A 6: Ablehnung
- A 7: Annahme
- A 8: Erledigung
- A 9: Ablehnung
- A 10: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 11: Erledigung
- A 12: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 13: Erledigung
- A 14: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 15: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 16: Ablehnung
- A 17: Ablehnung
- A 18: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 19: Annahme
- A 20: Ablehnung
- A 21: Ablehnung
- A 22: Annahme
- A 23: Annahme
- A 24: Ablehnung
- A 25: Ablehnung
- A 26: Annahme
- A 27: Ablehnung
- A 28: Ablehnung
- A 29: Ablehnung
- A 30: Ablehnung
- A 31: Ablehnung
- A 32: Ablehnung
- A 33: Annahme
- A 34: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 35: Ablehnung
- A 36: Ablehnung
- A 37: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- A 38: Ablehnung
- A 39: Annahme
- A 40: Ablehnung
- A 41: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 42: Ablehnung
- A 43: Annahme
- A 44: Annahme
- A 45: Ablehnung
- A 46: Ablehnung
- A 47: Ablehnung
- A 48: Annahme
- A 49: Ablehnung
- A 50: Ablehnung
- A 51: Annahme i.d.F. der Antragskommission; im übrigen  
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 52: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 53: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 54: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 55: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 56: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 57: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 58: Annahme i.d.F. der Antragskommission; im übrigen  
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 59: Annahme i.d.F. der Antragskommission; im übrigen  
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 60: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 61: Erledigung
- A 62: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 63: Erledigung
- A 64: Erledigung
- A 65: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- A 66: Erledigung
- A 67: Ablehnung
- A 68: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 69: Annahme i.d.F. der Antragskommission; im übrigen  
Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- A 70: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In der Schlußabstimmung wurde der Leitantrag des Bundesvorstandes zur Steuerpolitik mit überwältigender Mehrheit bei 1 Gegenstimme angenommen.

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheit wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung des Beschlusses ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 8. Parteitages der CDU Deutschlands.

**Zu TOP 20.3:** Bericht über die Arbeit der CDU-Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“

**Zu TOP 21:** Aussprache

**Zu TOP 22:** Beratung und Beschlußfassung über einen Antrag des Bundesvorstandes zur beruflichen Bildung

(Der Wortlaut der Anträge B 1 - B 15 ist in der Broschüre „Sammlung II der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 8. Parteitages der CDU Deutschlands“ abgedruckt.)

- |       |   |
|-------|---|
| B 1:  | Annahme                                       |
| B 2:  | Ablehnung                                     |
| B 3:  | Annahme                                       |
| B 4:  | Ablehnung                                     |
| B 5:  | Ablehnung                                     |
| B 6:  | Ablehnung                                     |
| B 7:  | Erledigung                                    |
| B 8:  | Erledigung                                    |
| B 9:  | Annahme i.d.F. der Antragskommission          |
| B 10: | Annahme                                       |
| B 11: | Annahme                                       |
| B 12: | Annahme i.d.F. der Antragskommission          |
| B 13: | Ablehnung                                     |
| B 14: | Annahme                                       |
| B 15: | Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion |
| B 16: | Annahme i.d.F. der Antragskommission          |
| B 17: | Ablehnung                                     |

In der Schlußabstimmung wurde der Leitantrag des Bundesvorstandes zur beruflichen Bildung einstimmig angenommen.

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung des Beschlusses ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 8. Parteitages der CDU Deutschlands.

## **Zu TOP 23: Anträge zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung**

Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands faßte bei der Beratung der Anträge des Bundesvorstandes zur „Gleichstellung von Männern und Frauen in der CDU“ folgende Beschlüsse:

Der Parteitag nahm den Geschäftsordnungs-Antrag des Tagungspräsidiums auf Schluß der Debatte (§ 20 Abs. 3 Ziffer 2 GO-CDU) in offener Abstimmung bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an.

Die gemeinsame schriftliche Abstimmung über die Anträge C 1 und C 2 ergab:

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	926
Enthaltungen:	14
Ungültig:	6
Gültige Stimmen:	906
Zur Annahme erforderliche Mehrheit:	501
Ja-Stimmen	609
Nein-Stimmen	297

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden damit erreicht.

### **C 3: Überweisung an den Generalsekretär mit besonderer Maßgabe**

Der Wortlaut der Anträge C 1 bis C 3 ist in den Broschüren „Sammlung I und II der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 8. Parteitages der CDU Deutschlands“ abgedruckt.

Die endgültige Fassung der Beschlüsse ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 8. Parteitages der CDU Deutschlands.

## **Zu TOP 24: Sonstige Anträge**

Der 8. Parteitag der CDU faßte über die Sonstigen Anträge in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge D 1 bis D 67 ist in den Broschüren „Sammlung I und II der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 8. Parteitages der CDU Deutschlands“ abgedruckt.)

D 1: Überweisung an die Präsidiums-Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“

- D 2: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 3: Überweisung an die Präsidiums-Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“
- D 4: Annahme i.d.F. des Antrages D 9
- D 5: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 6: Annahme i.d.F. des Antrages D 9
- D 7: Annahme i.d.F. des Antrages D 9
- D 8: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 9: Annahme
- D 10: Annahme von Satz 1, im übrigen Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 11: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- D 12: Überweisung an die CDU-Fraktionen in den Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus Berlin
- D 13: Annahme
- D 14: Annahme vertagt
- D 15: Entscheidung vertagt
- D 16: Annahme
- D 17: Annahme
- D 18: Annahme
- D 19: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 20: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 21: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 22: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 23: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 24: Überweisung an die Präsidiums-Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“
- D 25: Überweisung an die Präsidiums-Kommission „Zukunft der Sozialen Sicherungssysteme“
- D 26: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 27: Erledigung
- D 28: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- D 29: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 30: Überweisung an den BFA Gesellschaftspolitik
- D 31: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 32: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- D 33: Entscheidung vertagt
- D 34: Annahme
- D 35: Überweisung an den Bundesvorstand mit besonderer Maßgabe
- D 36: Überweisung an den BFA Innenpolitik
- D 37: Überweisung an den Bundesvorstand mit besonderer Maßgabe
- D 38: Annahme i.d.F. des Antrages D 34

- D 39: Überweisung an den BFA Bildung, Forschung und Kultur
- D 40: Annahme
- D 41: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- D 42: Annahme
- D 43: Annahme
- D 44: Erledigung
- D 45: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 46: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 47: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 48: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 49: Überweisung an den Bundesvorstand
- D 50: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 51: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 52: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 53: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 54: zurückgezogen
- D 55: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 56: zurückgezogen
- D 57: zurückgezogen
- D 58: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 59: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 60: zurückgezogen
- D 61: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 62: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 63: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 64: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 65: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 66: Überweisung an den Bundesvorstand mit besonderer  
Maßgabe und Beauftragung der Bundespartei
- D 67: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 68: Annahme
- D 69: Überweisung an den Bundesvorstand
- D 70: Annahme
- D 71: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- D 72: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 73: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 74: Annahme i.d.F. der Antragskommission
- D 75: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- D 76: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- D 77: Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
D 78: Annahme  
D 79: Erledigung

Die satzungsmäßig erforderliche Mehrheit wurde jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der Beschlüsse ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 8. Parteitages der CDU Deutschland.

**Zu TOP 25:** Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

## **Beschlüsse des 8. Parteitages**

### **Beschluß A 1**

#### **„Reform der Einkommensteuer“**

##### **Tarif 2000**

##### **Weniger Steuern - mehr Arbeitsplätze**

1. Deutschland wird seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zum Erhalt und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nur bewahren, wenn unser Steuersystem bei den direkten Steuern im Vergleich zu anderen Industriestaaten keine unverträglich hohen Steuersätze aufweist. Um die Wachstumskräfte zu stärken, streben wir ein ausgewogeneres Verhältnis von direkten und indirekten Steuern an. Unser Steuersystem muß leistungsfreundlich und überschaubar werden. Das deutsche Steuerrecht ist zu kompliziert und dadurch ungerecht geworden. Das Hauptproblem liegt in der Existenz einer Vielzahl von Sonderregelungen und Steuervergünstigungen, die die Bemessungsgrundlage der Lohn- und Einkommensteuer aushöhlen und somit hohe leistungsfeindliche Steuersätze erzwingen. Diese Ausnahmetatbestände sind weitgehend zu streichen und gegebenenfalls durch direkte, d.h. offene und zeitlich befristete Zuwendungen zu ersetzen.

Da die neuen Länder noch viele Jahre pro Kopf eine wesentlich niedrigere Wirtschaftskraft, Produktivität und Kapitalausstattung als Westdeutschland haben werden, sind gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den neuen Ländern und zur Angleichung der Lebensverhältnisse notwendig. Die bisherige Förderung über Sonderabschreibungen wird durch eine Verbesserung der Investitionszulagen abgelöst.

2. Wir haben mit der Steuerfreistellung des Existenzminimums und der Verbesserung des Familienleistungsausgleichs 1996 vor allem die Bezieher niedriger Einkommen und Familien entlastet. Wir werden die steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessern: Zum 1. Januar 1997 soll die Gewerbesteuer abgeschafft, die Gewerbesteuertragsteuer mittelstandsfreundlich gesenkt und die betriebliche Vermögensteuer ersatzlos gestrichen werden.

Die geplante Einkommensteuerreform, die am 1. Januar 1999 in Kraft treten soll, paßt sich in unser steuerpolitisches Konzept zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit unseres Landes ein. Wir streben an, das deutsche Steuerrecht grundlegend zu verbessern und dem Grundsatz „niedrige Steuersätze und wenige Ausnahmen“ zum Durchbruch zu verhelfen. Unsere Reformziele sind eine deutliche Nettoentlastung der Steuerpflichtigen und eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts, die den Aufwand für Bürger, Unternehmen und Finanzverwaltung spürbar reduziert. Durch eine weitgehende Vereinheitlichung des Einkommensbegriffs im Steuer- und Sozialrecht wollen wir weitere Verwaltungsvereinfachungen erreichen.

3. Die Steuersätze müssen nachhaltig gesenkt werden, um Leistungs- und Investitionsbereitschaft zu fördern und die Motivation zur Arbeitsaufnahme zu stärken. Schwarzarbeit darf sich nicht mehr lohnen.

Es ist unser Ziel, im Rahmen eines linear-progressiven Tarifs oder eines Stufentarifs den Eingangssatz der Lohn- und Einkommensteuer von derzeit 25,9 Prozent auf einen Wert unter 20 Prozent und den Spitzensatz von derzeit 53 Prozent auf einen Wert um 35 Prozent zu senken. Bei so niedrigen Steuersätzen sind Sonderregelungen und Steuervergünstigungen grundsätzlich entbehrlich.

Das Ehegattensplitting und der verbesserte Familienleistungsausgleich werden beibehalten. Damit werden eine Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit und der grundgesetzlich geforderte Schutz von Ehe und Familie gewährleistet.

4. Der Spitzensatz der Einkommensteuer und der Thesaurierungssatz der Körperschaftsteuer werden auf niedrigem Niveau vereinheitlicht. Die Anrechnung der ausgeschütteten Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer des Anteilseigners wird beibehalten. Solange eine Harmonisierung der Körperschaftsbesteuerung auf EU-Ebene nicht erfolgt ist, halten wir an einem unter dem Thesaurierungssatz liegenden Körperschaftsteuersatz für ausgeschüttete Gewinne fest. Mit diesen Maßnahmen wird der Standort Deutschland im internationalen Wettbewerb wieder attraktiv bei konsequenter Weiterverfolgung der bewährten Grundsätze der Rechtsformneutralität, der Gewinnverwendungsneutralität und der Finanzierungsneutralität im Unternehmenssektor.
5. Die notwendige Ergänzung zu niedrigen Steuern sind einfache und möglichst ausnahmslos geltende Besteuerungsgrundlagen. Einkunftsbezogene Freibeträge werden abgebaut. Alle Einkünfte sollen im Rahmen der Einkommensteuer gleichmäßig erfaßt und behandelt werden. Dabei halten wir am Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen fest. Das Existenzminimum bleibt steuerfrei. Nur die Nettoeinkünfte dürfen besteuert werden, und unvermeidbare Privatausgaben müssen von der Bemessungsgrundlage der Lohn- und Einkommensteuer abziehbar bleiben.

Zukünftig entstehende und bei der Veräußerung realisierte Wertveränderungen im Grundvermögen (außer bei selbstgenutztem Wohneigentum) und bei Wertpapieren sollen auch außerhalb des Betriebsvermögens steuerlich erfaßt werden.

Eine grundlegende Neuordnung des Einkommensteuerrechts legt nahe, bisher in den Progressionsvorbehalt (§ 32 b EStG) einbezogene Ersatzleistungen in die generelle Besteuerung einzubeziehen, während Sozialtransfers weiterhin steuerfrei bleiben sollen. Ebenso sind bisher steuerfreie Lohnbestandteile, z.B. Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit, grundsätzlich als steuerpflichtiges Einkommen zu behandeln.

6. Die Abziehbarkeit privat mitveranlaßter Ausgaben wird im Unternehmensbereich und bei Arbeitnehmern eingeschränkt. Für die Unternehmen bedeutet dies, daß beispielsweise Spesen und Repräsentationsaufwendungen künftig in geringerem Umfang als Betriebsausgaben abzugsfähig sind. Aufwendungen für Fahrten zum Arbeitsplatz werden anstel-

le der bisherigen Kilometerpauschale zukünftig mit einer Entfernungspauschale in Höhe von 0,20 DM je Entfernungskilometer und Arbeitstag berücksichtigt.

7. Über die künftige steuerliche Behandlung von Vorsorgeaufwendungen und der entsprechenden im Alter bezogenen Einkünfte wird im Zuge der Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme entschieden.
8. Für die Förderung von Investitionen und Arbeitsplätzen ist eine nachhaltige Kapitalbildung in unserer Volkswirtschaft von entscheidender Bedeutung. Wegen der großen Mobilität des Kapitals streben wir eine Harmonisierung der Besteuerung der Zinseinkünfte in Europa an. Bis zur Erreichung dieses Ziels halten wir einstweilen am derzeitigen Zinsabschlag mit dem Ziel einer Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit fest.
9. Es ist unser Ziel, auch im Unternehmensbereich die Bemessungsgrundlage zu verbreitern. Hierzu gehört, daß Abschreibungen nur noch insoweit zulässig sind, als sie den tatsächlichen Werteverzehr wiedergeben. Die Möglichkeiten der Unternehmen zur Bildung stiller Reserven, z.B. durch steuerfreie Rücklagen und Rückstellungen, werden eingeschränkt. Dies in Verbindung mit den niedrigen Steuersätzen macht eine Sonderbehandlung außerordentlicher Einkünfte entbehrlich.
10. Dem Gemeinwohl verpflichtete Organisationen müssen weiterhin gefördert werden. Deswegen halten wir an der Abziehbarkeit von Kirchensteuer und Spenden für gemeinnützige Zwecke von der Einkommensteuer fest. Dadurch verhindern wir, daß die soziale und kulturelle Infrastruktur unseres Landes Schaden nimmt oder die Staatsausgaben durch die Übernahme der von den gemeinnützigen Organisationen wahrgenommenen Aufgaben deutlich steigen.

## **Beschluß B 1**

### **Ausbildung für die Zukunft der Jugend**

#### **I. Ausbildung ist Zukunftsvorsorge**

1. Ausbildung in Schule, Betrieb oder Hochschule ist die beste Vorbereitung junger Menschen auf die Zukunft. Investitionen in Ausbildung sind nicht nur Ausdruck ökonomischer Weitsicht und Vernunft. Sie sind auch Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität zwischen den Generationen. Ausbildung ist ein Wert, der über den Zusammenhalt einer Gesellschaft mit entscheidet. Die CDU Deutschlands trifft jetzt die notwendigen Entscheidungen für die Weiterentwicklung des dualen Systems der beruflichen Bildung. Das verlangt die besondere Lehrstellensituation in diesem und in den kommenden Jahren. Auch Schulen und Hochschulen müssen zukunftsfähig gestaltet werden. Entsprechende Reforminitiativen wird die CDU Deutschlands im kommenden Jahr zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen.
2. Zwei Drittel aller jungen Menschen in Deutschland - zwischen 600.000 und 700.000 jährlich - wollen ihre Zukunft auf einer beruflichen Ausbildung aufbauen. Sie setzen großes Vertrauen in unser duales System der Berufsausbildung. Dieses Vertrauen darf nicht ent-

täuscht werden. Es ist ein Gebot sozialer Verantwortung, ausbildungswillige junge Leute optimal auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten.

3. Die duale Berufsausbildung ist ein Standortvorteil Deutschlands. Sie bringt Fachqualifikationen hervor, die weltweit ihresgleichen suchen. Weil Fähigkeiten und Qualifikationen der Menschen über die globale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Produkten und damit über Wohlstand und Arbeitsplätze entscheiden, ist es ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft, das System der dualen Berufsausbildung stetig neuen Anforderungen anzupassen.
4. Als Partei der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft verbindet die CDU die sozialen und die ökonomischen Gesichtspunkte der beruflichen Bildung zu einer wichtigen Aufgabe der politischen Arbeit. Es geht um die Sicherung der Ausbildung für die Zukunft der Jugend.

## **II. Ausgangslage**

5. In den vergangenen Jahren konnte jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Das ist ein Erfolg. Dies wird auch im Ausbildungsjahr 1996/97 gelingen.
6. In den nächsten 10 Jahren wird die Nachfrage nach Lehrstellen in Deutschland jedoch kontinuierlich von 620.000 auf über 700.000 pro Ausbildungsjahrgang wachsen.
7. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre reicht es nicht, zuzuwarten:
  - In Betrieben und Verwaltungen hat die Ausbildungsbereitschaft nachgelassen.
  - Jeder zehnte Jugendliche bleibt dauerhaft ohne Ausbildung.
  - Es wird zunehmend über mangelnde Grundkenntnisse und Fertigkeiten der Schulabsolventen geklagt.
  - Zwischen den Lernorten Betrieb und Berufsschule gibt es zum Teil erhebliche Abstimmungsprobleme.
  - Die Modernisierung und Schaffung neuer Berufsbilder für neue Wirtschaftsfelder verläuft vielfach zu schleppend.
8. Zugleich steht die Berufsausbildung vor neuen Aufgaben:
  - Die jungen Menschen müssen auf die Informations-, Medien-, Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft vorbereitet werden. Sie müssen den Umgang mit neuen Medien und die Nutzung moderner Informationsdienste erlernen.
  - Es muß sich im Berufsbildungssystem niederschlagen, daß die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität weiter wachsen. Der europäische Binnenmarkt und der globale Wettbewerb sind Realitäten, die vom System der Berufsbildung aktiv aufgenommen werden müssen.
  - Wissen wächst und wandelt sich immer schneller. Deshalb müssen Aus- und Weiterbildung besser verzahnt werden für eine Zukunft des lebenslangen Lernens.

9. Aus Sicht der CDU kann das deutsche System der dualen Berufsbildung den Herausforderungen sowohl in quantitativer wie auch in qualitativer Hinsicht entsprechen. Es gehört zu den besten Traditionen Deutschlands und ist - wie internationale Vergleiche zeigen - das wirksamste Instrument gegen Jugendarbeitslosigkeit. Unter den veränderten Bedingungen eines wiedervereinten Vaterlandes und einer Welt offener wirtschaftlicher Grenzen sind jedoch Veränderungen und Anpassungen notwendig. Die CDU wird diese wichtige Zukunftsaufgabe gemeinsam mit den Sozialpartnern und im Dialog mit den jungen Menschen aktiv zum Erfolg führen.
10. Die notwendige Reform der Berufsausbildung ist nur mit den Betrieben und nicht gegen sie zu schaffen. Die Reform kann nur in einem Klima wirtschaftspolitischen Vertrauens gelingen. Eine beschäftigungs- und wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik erleichtert Betrieben und Verwaltungen die Berufsausbildung. Mut zur Selbständigkeit, Hilfen bei Betriebsübernahmen und Existenzgründungen erhöhen das Potential an Lehrstellen.
11. Sicherste Gewähr für eine am zukünftigen Bedarf orientierte Ausbildung bieten die Grundsätze der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Eine Ausbildungsstellenumlage würde gegen diese Prinzipien verstoßen, denn eine Ausbildungsabgabe ist
  - ungerecht, weil sie auch die belastet, die mangels Berufsbilder oder geeigneter Bewerber nicht ausbilden können,
  - zukunftsfeindlich, weil sie die Lohnnebenkosten erhöht und Ausbildung am Markt vorbei und damit fehlerhaft,
  - bürokratisch, weil sie vor allem ein Beschäftigungsprogramm für Funktionäre ist,
  - systemwidrig, weil sie das duale System durch ein staatlich reguliertes System ersetzt.
12. Die CDU lehnt die Forderung nach einer Ausbildungsabgabe ab. Umlagen sind Strafsteuern und ein Rückgriff in die Mottenkiste staatlicher Lenkungsinstrumente. Die CDU strebt eine Weiterentwicklung des deutschen Berufsbildungssystems an, die sich an den Grundsätzen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft orientiert.

### **III. Zukunftsorientierung**

13. Betriebe, die ausbilden, zeigen Zukunftsprofil und Firmenoptimismus. Das beweisen Betriebe, die mit ihrer Ausbildung werben.
14. Ausbildung rechnet sich. Kostenrechnungen einer Lehre vernachlässigen zumeist den Nutzen der Mitarbeit des Lehrlings oder die Such- und Einarbeitungskosten neu eingestellter Fachkräfte.
15. Die CDU fordert Bundesregierung, Landesregierungen, Unternehmensverbände und Gewerkschaften auf, in einer überzeugenden Kampagne mehr und neue Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen. Wir brauchen ein stärkeres öffentliches Bewußtsein für Zukunftsvorsorge durch Ausbildung. Die öffentliche Hand muß bei der Ausbildung mit gutem Beispiel vorangehen.

16. Die CDU fordert Bund und Länder auf, durch Änderungen des öffentlichen Dienstrechts ungerechtfertigte Diskriminierungen zwischen beruflichen und allgemeinen Bildungswegen zu beseitigen. Berufliche Bildung muß gleichwertig neben allgemeiner und akademischer Bildung stehen. Wir appellieren auch an die Tarifpartner, der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Ausbildung in Tarifverträgen stärker Geltung zu verschaffen.
17. Die CDU erwartet von den Großbetrieben eine deutliche Erhöhung des Angebots an Lehrstellen. Großbetriebe haben ihre Ausbildungsleistung von 1990 bis 1994 um ein Viertel verringert. Hier muß es zur Trendumkehr und nachhaltigen Aufstockung kommen.
18. Die CDU fordert die Kammern auf, auch in den alten Bundesländern verstärkt und gezielt Ausbildungsplatzentwickler einzusetzen. Dabei wird die Koordinierung mit den Berufsberatern der Arbeitsämter angestrebt.

In den neuen Bundesländern hat sich der Einsatz von Ausbildungsplatzentwicklern eindrucksvoll bewährt. Kleinbetriebe müssen wieder stärker als Ausbildungsbetriebe gewonnen werden. Ihre Ausbildungsbeteiligung hat sich von 1990 auf 1994 um fast ein Drittel reduziert.

Aufgrund der Strukturbrüche in den neuen Ländern herrscht noch immer Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen. Um im erforderlichen Umfang auch in den neuen Bundesländern betriebliche Ausbildungsplätze bereitstellen zu können, bedarf die dortige Wirtschaft wegen der noch gegebenen Begrenzungen der Anzahl und der Größe der Betriebe einer angemessenen Förderung durch Bund und Länder. Außerbetriebliche Ausbildungsplätze sind ein Notbehelf, durch den der Lernort Betrieb nicht ersetzt werden kann. Alle Kräfte sind deshalb darauf zu richten, außerbetriebliche Ausbildungsplätze so schnell wie möglich entbehrlich zu machen.

19. Die CDU appelliert an die Kammern und die Arbeitsämter, die gegenseitige Information über bereits vergebene und offene Lehrstellen zu verbessern. Viele Jugendliche entscheiden sich bei der Lehrstellensuche aus Sicherheit gleich für mehrere Lehrstellen. Andere entscheiden sich zunächst für ein Lehrstellenangebot, treten die Lehrstelle jedoch nicht an, weil sie eine weiterführende Schule besuchen. Das blockiert Lehrstellen für ausbildungswillige Jugendliche.
20. Die CDU appelliert an die Kammern, die mit einer Ausbildung verknüpften Gebühren verstärkt in die allgemeinen Gebühren einzubeziehen. Noch wichtiger als die damit verbundene Entlastung ausbildender Betriebe ist das hiervon ausgehende psychologische Signal für alle Betriebe.
21. Die CDU strebt an, daß Ausbildungsbetriebe gegenüber nicht ausbildenden Betrieben wo immer möglich begünstigt werden. Deshalb sollen Fördermaßnahmen oder Zuwendungen der öffentlichen Hand bei vergleichbarer Qualität von Angeboten verstärkt ausbildenden Betrieben zugute kommen. Alle Möglichkeiten einer EU-konformen Ausgestaltung des öffentlichen Vergaberechts müssen genutzt werden, um Aufträge bevorzugt an Ausbildungsbetriebe zu vergeben.

## **IV. Leistungsbereitschaft**

22. Durch die Berufsausbildung bereiten sich junge Menschen auf ihre eigene Zukunft und die Mitgestaltung unserer Gesellschaft vor. Das verpflichtet zu Leistungsbereitschaft und solidarischem Verhalten.
23. Lehrlinge sind Lernende. Daran müssen sich das Verhalten in Betrieb und Schule sowie Vergütungserwartungen messen.
24. Von jungen Menschen kann und muß Flexibilität und Mobilität erwartet werden. Lehrstellen dürfen nicht unbesetzt bleiben.
25. Die CDU erwartet von der Bundesregierung und den Landesregierungen, in Gesprächen mit Kammern, Fachverbänden und Berufsberatung auf veränderte Einstellungen bei der Berufswahl hinzuwirken. Gerade Handwerk und gewerbliche, mittelständische Wirtschaft bieten zukunftssichere Perspektiven und vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten. Dem Vorurteil, nur sogenannte „weiße-Kragen-Berufe“ hätten Zukunft, muß begegnet werden. Hier sind Eltern, Schule, Medien und Berufsberatung bei der Berufsorientierung junger Menschen gefordert.
26. Die CDU appelliert an die Länder, umgehend Reformkonzepte für die allgemeine Schulbildung vorzulegen. Die Schulen müssen die Schüler zur Ausbildungsreife führen. Wichtigste Grundlagen sind sicheres Lesen, Schreiben, Rechnen. Dies können die Betriebe nicht nachträglich leisten. Berufsorientierende Themen und Themen der Arbeitswelt sowie der Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken sind stärker im Unterricht zu verankern.
27. Die CDU setzt sich ein für eine bessere Ausstattung und eine betriebsfreundliche Organisation der Berufsschulen. Die Berufsschulen dürfen nicht die Stiefkinder der Schulpolitik sein. Der Berufsschulunterricht ist so zu gestalten, daß die Zeiten praktischer Ausbildung im Betrieb deutlich erhöht werden können. Durch vernünftige Organisation des Berufsschulunterrichts ohne regelmäßigen 2. Berufsschultag kann die Zeit der praktischen Ausbildung im Betrieb um bis zu 30 Tage pro Jahr erhöht werden.

## **V. Solidarität**

28. Die Tarifpartner haben konkrete Mitverantwortung. Alle Tarifpartner müssen sich solcher Themen wie Lehrstellenangebot und Vergütung annehmen, ausbildungshemmende Regelungen in Tarifverträgen überprüfen und verändern.
29. Die CDU begrüßt, daß sich Tarifpartner in Tarifverträgen stärker als in der Vergangenheit Fragen der beruflichen Ausbildung annehmen.
30. Die CDU appelliert an die Tarifpartner, gerade in Zeiten angespannten Lehrstellenmarktes tarifvertragliche Regelungen an dem Grundsatz auszurichten: Ausbildung geht vor Übernahme.
31. Die CDU erwartet, daß die Tarifpartner tarifliche Öffnungsklauseln - beispielsweise für die Vergütung von Lehrlingen - vereinbaren, um Kleinbetrieben die Ausbildung zu erleichtern.

32. Die CDU fordert, daß Tarifverträge mit ausbildungshemmenden Regelungen nicht für all-gemeinverbindlich erklärt werden dürfen.

## **VI. Wirtschaftlichkeit**

33. Die Berufsausbildung soll sich zukünftig klarer an den betrieblichen Erfordernissen orientieren. Ausbildungshemmnisse müssen abgebaut, das Regelwerk der beruflichen Ausbildung muß entschlackt und flexibler werden.
34. Die CDU erkennt die dabei bereits erreichten Fortschritte an:
- Die Änderung der Ausbildereignungsverordnung zum 1. April dieses Jahres hat erfolgreich gewirkt. Berufserfahrene und qualifizierte Fachkräfte können nunmehr ohne zeitintensive Eignungsprüfung ausbilden, wenn die ordnungsgemäße Ausbildung gesichert ist.
  - Seit 1995 wurden 23 Ausbildungsberufe modernisiert, 90 weitere Berufsbilder für rund 500.000 Lehrlinge werden derzeit überarbeitet, in 40 davon soll schon ab 1997 nach den neuen Berufsbildern ausgebildet werden.
  - Drei neue Medienberufen wurden geschaffen, in denen nunmehr ausgebildet werden kann. In sieben neuen Berufen der Informations- und Kommunikationstechnik kann ab 1997 ausgebildet werden. Gespräche über rund 20 weitere Vorschläge für neue Berufe müssen jetzt zügig zum Abschluß gebracht werden.
35. Die CDU will weitere rasche Fortschritte in den folgenden Bereichen:
- Die Lehrlinge sollen während eines größeren Teils ihrer Ausbildung im Betrieb sein, zum Beispiel durch eine Umorganisation bei den Berufsschulen und den überbetrieblichen Lehrunterweisungen.
  - Das Jugendarbeitsschutzgesetz muß geändert werden. Damit erwachsene Lehrlinge - das ist die Mehrheit - zukünftig auch an Berufsschultagen noch im Betrieb ausgebildet werden können.
  - Die Anrechnung des schulischen Berufsgrundbildungsjahrs auf die Ausbildungszeit soll abgeschafft, in jedem Fall aber verkürzt werden.
  - Die Anlage A der Handwerksordnung ist um moderne und zukunftsrelevante sowie für die Regionen wichtige, auch traditionelle Berufe zu ergänzen.
36. Die CDU setzt sich dafür ein, daß die Blockade gegen neue Ausbildungsgänge für praktisch Begabte in der Berufsausbildung überwunden wird. Praktisch Begabte dürfen nicht ohne Chance auf einen anerkannten Ausbildungsabschluß bleiben. Es ist nicht länger hinnehmbar, daß 10-14% der Jugendlichen eines Alterjahrgangs in Deutschland ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben. SPD-geführte Landesregierungen und Gewerkschaften handeln gegen die Interessen junger Menschen, wenn sie sich starr gegen neue zweijährige Ausbildungsberufe stellen.

37. Die CDU fordert attraktivere Angebote gerade auch für die besonders leistungsfähigen jungen Menschen. Berufliche Bildung muß Karrierechancen eröffnen. Angebote dualer Ausbildung an Fachhochschulen oder Akademien müssen weiter ausgebaut werden.

## **VII. Einsatz für Ausbildung**

38. Lebenslanges Lernen ist kein Schlagwort. Es ist die Herausforderung der Zukunft, der sich alle Menschen in unserem Land stellen müssen. Lebenslanges Lernen ist Schlüssel zur Gestaltung des Wandels in Gesellschaft und Wirtschaft. Lebenslanges Lernen ist Voraussetzung der Teilhabe aller am Leben unserer Gesellschaft und am reichen Angebot kultureller Güter, die es in Europa zu erleben und zu wahren gilt.
39. Dafür wird für die meisten Menschen in Schule und Berufsausbildung die Grundlage gelegt. Auch deshalb ist die Bewahrung der guten Tradition der Berufsausbildung in Deutschland durch Reform ohne Alternative.
40. Wir fordern alle Mitglieder auf allen Ebenen der Partei auf, sich der Berufsausbildung als wichtige Zukunftsfrage anzunehmen.

## **Beschluß C 1**

### **Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU**

Das Statut der CDU wird wie folgt geändert:

1. Hinter § 14 Statut wird folgender neuer Abschnitt C. eingefügt:

„C. Gleichstellung von Frauen und Männern“

Die bisherigen Abschnitte C. bis G. werden zu Abschnitten D. bis H.

2. Es wird folgender neuer § 15 im neuen Abschnitt C. eingefügt:

§ 15 (Gleichstellung von Frauen und Männern)

(1) Der Bundesvorstand und die Vorstände der Landes-, Bezirks-, Kreis-, Stadt-/Gemeinde- bzw. Stadtbezirksverbände und der Ortsverbände der Partei sowie die Vorstände der entsprechenden Organisationsstufen aller Bundesvereinigungen und Sonderorganisationen der CDU sind verpflichtet, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich durchzusetzen.

(2) Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein.

(3) Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Absatz 2 zu beachten. Wahlgremien können Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur unzureichend berücksichtigen. Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern von der Kreisverbandsebene an aufwärts in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von einem

Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dessen Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.

(4) Bei Direkt-Kandidaturen für Kommunal- und Landtagswahlen, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament ist durch den Vorstand der entscheidungsberechtigten Organisationseinheit auf eine ausreichende Beteiligung von Frauen hinzuwirken. Gleiches gilt für die Vorstände mitentscheidungsberechtigter Organisationseinheiten.

(5) Bei der Aufstellung von Listen für Kommunal- und Landtagswahlen, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament soll das vorschlagsberechtigte Gremium unter drei aufeinanderfolgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorschlagen. Wahlkreiskandidatinnen sollen dabei vorrangig berücksichtigt werden. Das Recht der über die Listenvorschläge entscheidenden Gremien, für jeden Listenplatz Frauen oder Männer als Gegen- und Ergänzungsvorschläge zu benennen, bleibt unberührt.

Sollte es dem vorschlagsberechtigten Gremium nicht gelungen sein, ausreichend Frauen auf dem Listenvorschlag zu berücksichtigen, so ist dies vor der entscheidungsberechtigten Versammlung darzulegen und zu begründen.

(6) Der Generalsekretär erstattet dem Parteitag regelmäßig Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU.

(7) Die Einfügung des neuen Abschnitts C. sowie dieser § 15 treten, ohne daß es einer ausdrücklichen Änderung dieses Statuts bedarf, mit Ablauf des 31. Dezember 2001 außer Kraft, falls nicht vorher der Bundesparteitag die weitere Gültigkeit der vorgenannten Satzungen beschießt.“

3. Die §§ 15 (alt) und 16 (alt) Statut werden zu §§ 16 (neu) und 17 (neu) Statut.

## **Beschluß C 2**

Die Geschäftsordnung der CDU (GO-CDU) vom 23.6.1975 (zuletzt geändert am 18.10.1995), die gemäß § 29 (5) Statut, § 1 GO-CDU Bestandteil des Statuts der CDU ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 12 (Feststellung von Mehrheiten bei Wahlen und Abstimmungen, Form und Frist für Kandidatenvorschläge) wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

„(2) Hängt die Ausübung von Antrags- oder Vorschlagsrechten oder die Ermittlung des Ergebnisses von Wahlen und Abstimmungen nach näherer Bestimmung des jeweiligen Satzungsrechts davon ab, daß für die antrags- oder vorschlagsberechtigte Minderheit oder für die bei Wahlen und Abstimmungen erforderliche Mehrheit mindestens ein bestimmter Bruchteil der Zahl der Mitglieder des jeweiligen Parteiorgans oder der Anwesenden oder der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen oder der Zahl der zu besetzenden Plätze erreicht wird, so richtet sich die Ermittlung des dem Bruchteil entspre-

chenden Quorums oder Ergebnisses nach den allgemeinen mathematischen Abrundungs- und Aufrundungsregeln. Daher sind Bruchteile hinter ganzen Zahlen dann abzurunden, wenn sie den Wert von 0,5 (die Hälfte) einer ganzen Zahl nicht erreichen; sonst sind sie zur nächsten ganzen Zahl aufzurunden.“

2. Die Absätze 2 (alt) bis 5 (alt) werden zu Absätzen 3 (neu) bis 6 (neu).

## **Sonstige Beschlüsse**

### **Beschluß D 9**

Aus vorhandener Arbeit Arbeitsplätze machen

Neue Beschäftigung in privaten Haushalten erschließen

Der Bundesparteitag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, im Rahmen einer wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Steuerpolitik das Beschäftigungsfeld Privathaushalt zu erschließen, Anreize für die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze für Haushaltskräfte zu setzen und so dem Mißbrauch und der Schwarzarbeit in diesem Bereich zu begegnen. Zugleich soll den privaten Arbeitgebern durch Einführung eines Haushaltsscheckverfahrens die Arbeitgeberfunktion erleichtert werden. Die Erfahrungen in unserem Nachbarland Frankreich, das das Haushaltsscheckverfahren bereits seit einiger Zeit praktiziert, zeigen, daß dadurch viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, die vorgelegten Pläne auch tatsächlich umzusetzen und bei der Umsetzung auf eine möglichst einfache Handhabung zu achten. Hier bietet sich die Chance, durch Setzung von geeigneten Rahmenbedingungen reguläre Arbeitsplätze zu schaffen.

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. für breite Bevölkerungsschichten steuerliche Anreize zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von Haushaltskräften in Privathaushalten im Jahressteuergesetz ab 1997 zu realisieren;
2. in die steuerliche Absetzbarkeit auch Kosten für sozialversicherungspflichtige Haushaltskräfte einzubeziehen, die über Dienstleistungszentren in Privathaushalten tätig sind;
3. das Haushaltsscheckverfahren steuerrechtlich und sozialversicherungsrechtlich so einfach wie möglich auszugestalten.

Heute beschäftigen lediglich 1 Promille aller 36 Mio. Haushalte in Deutschland sozialversicherungspflichtige Haushaltskräfte. Diesen 36.000 Haushalten stehen 732.000 geringfügig beschäftigte Haushaltskräfte und eine schwer abzuschätzende hohe Zahl von Schwarzarbeitsverhältnissen entgegen. Der private Haushalt ist damit gemessen an der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse der Beschäftigungssektor mit dem größten Anteil ungeschützter und illegaler Beschäftigungsverhältnisse. Ihr Anteil übersteigt den der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um ein Vielfaches.

Angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen kann das nicht länger hingenommen werden. Die rechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen sind daher so zu verändern, daß Anreize für mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gegeben werden. Bei geeigneten Rahmenbedingungen könnten nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft bis zum 870.000 sozialversicherungspflichtige Voll- und Teilzeitarbeitsplätze entstehen.

Die Europäische Union hat in ihrem 1993 veröffentlichten Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ eine Strategie zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen definiert und empfiehlt eine aktive Arbeitsmarktpolitik zur Förderung lokaler Initiativen. Die Kommission rechnet die häuslichen Dienstleistungen im Rahmen dieser Überlegungen zu den Gebieten, in denen Arbeitsplätze in großer Zahl geschaffen werden könnten.

Die steuerlichen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden, daß die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Haushaltskräften für möglichst viele Privathaushalte attraktiv ist.

Um auch die typische stundenweise Beschäftigung in privaten Haushalten in die Beschäftigungsoffensive einzubeziehen und auch bei diesen Arbeitsplätzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu regulärer Beschäftigung zu kommen, ist die Beschäftigung in Dienstleistungszentren in die steuerliche Absetzbarkeit einzubeziehen. Nur mittels einer Ergänzung des im Jahressteuergesetz 1997 vorgesehenen Haushaltsscheckverfahrens durch die bundesweite Einrichtung von Dienstleistungszentren wird es gelingen, das Beschäftigungsfeld Privathaushalt in seiner Breite zu erschließen. Allerdings werden sich Dienstleistungszentren nur dann am Markt behaupten können, wenn auch die über Dienstleistungszentren tätigen Haushaltskräfte in die steuerliche Förderung einbezogen werden.

Je einfacher das vorgesehene Haushaltsscheckverfahren ist, desto eher wird es von den privaten Arbeitgebern genutzt werden und umso mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen. Dieses Ziel ist nur durch eine stärkere Typisierung und Standardisierung zu erreichen. Dem entgegenstehende steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Regelungen müssen vereinfacht werden.

## **Beschluß D 10**

Lohnnebenkosten senken

- Arbeitslosenversicherung von versicherungsfremden Leistungen entlasten

Die Sozialversicherungen müssen von versicherungsfremden Leistungen entlastet werden, um die Arbeit in Deutschland wieder billiger zu machen und Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entlasten.

## **Beschluß D 11**

*Die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union in der Regierungskonferenz 1996*

## I.

1. Am 29. März 1996 ist in Turin die Regierungskonferenz zur Revision des Vertrags über die Europäische Union, des Maastricht-Vertrags, eröffnet worden. Die Überprüfung der mit diesem Vertrag neu eingeführten Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Vertragsvorschriften über eine gemeinsame Verteidigungspolitik ist eines der zentralen Themen dieser Konferenz.

2. Die Vereinbarungen über die GASP und eine gemeinsame Verteidigungspolitik stellen eine erste Antwort der Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf das Ende des Kalten Krieges und den Fall von Mauer und Stacheldraht dar. Die damals zwölf souveränen Mitgliedstaaten der Europäischen Union wollten durch gemeinsame Beschlüsse und Aktionen auf dem Gebiet der Außenpolitik das Gewicht der Europäischen Union in der Weltpolitik stärken. Vorrangiges Ziel war dabei, die verstärkte Übernahme von Verantwortung zur politischen und militärischen Stabilisierung auf dem europäischen Kontinent durch die Europäische Union zu ermöglichen.

3. Fünf Jahre nach Abschluß des Maastricht-Vertrags hat sich erwiesen, daß die bisherigen Vertragsbestimmungen nicht ausreichen, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Auch in unmittelbarer Nachbarschaft der Union sind regionale, konventionelle Kriege wieder führbar geworden. Wir Europäer dürfen aber zur Bewältigung solcher Konflikte nicht immer auf die aktive Hilfe der USA hoffen, sondern müssen auch einen eigenständigen Beitrag zur Friedenssicherung leisten können. Auch die USA selbst wünschen sich die Europäische Union als starken Partner, der Konflikte in eigener Verantwortung bewältigen kann.

## II.

4. Angesichts der Tatsache, daß die GASP bisher den an sie geknüpften Erwartungen nicht entsprochen hat, muß Ziel der Regierungskonferenz sein, die vertraglichen Grundlagen der GASP zu verbessern. Um die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Union zu stärken, müssen Positionen schneller geklärt, artikuliert und angemessene Maßnahmen vereinbart und wirksam umgesetzt werden können.

5. Der Ratsvorsitzende, der für die GASP zuständige Generalsekretär des Rats und das für die Außenpolitik zuständige Kommissionsmitglied bilden eine neue Form der Troika, die die GASP nach außen repräsentiert. Damit werden die Kontinuität der GASP angesichts des regelmäßig wechselnden Ratsvorsitzes, die Einbindung der Mitgliedstaaten und die Berücksichtigung der gemeinschaftlichen Interessen der Union sichergestellt.

6. Die bei Kommission, Rat, WEU und Mitgliedstaaten vorhandenen Kapazitäten zur Analyse, Planung und Vorbereitung von Ratentscheidungen müssen in einen Analyse- und Planungsstab der Union zusammengeführt werden. Auf der Grundlage umfassender Informationen aus den Mitgliedstaaten, der Kommission und der WEU soll der Analyse- und Planungsstab möglichst frühzeitig unter besonderer Berücksichtigung des Interesses der Union politische Lagebewertungen und Handlungsoptionen dem Rat vorlegen, damit bei Wahrung der Gemein-

samkeit ihre Krisenfähigkeit gewährleistet wird. Auf dieser Basis kann Krisen präventiv oder akut diplomatisch, ökonomisch oder militärisch begegnet werden. Die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen wird durch den Planungsstab analysiert.

7. Unter Verantwortung des Ratsvorsitzes sollte diese Arbeitseinheit von dem für die GASP zuständigen Generalsekretär des Rates - möglichst zusammen mit dem für die Außenpolitik zuständigen Mitglied der Kommission - geleitet werden. Auf diese Weise kann auch die angemessene Berücksichtigung derjenigen Bereiche der Außenbeziehungen der Union, in denen die Kommission bereits jetzt über zum Teil weitreichende Zuständigkeiten verfügt wie z.B. die Außenwirtschafts- oder die Entwicklungspolitik, bei der Arbeit dieses Stabes sichergestellt werden.

8. Um gegenüber der Summe der Einzelanalysen der Mitgliedstaaten aus Gemeinschafts-sicht im Rahmen dieser Arbeitseinheit den Aspekt der gemeinschaftlichen Interessen ausreichend sicherzustellen, ist - neben der Mitarbeit von Beamten aus den Mitgliedstaaten - die angemessene Einbindung von Personal aus der Kommission von besonderer Bedeutung. Deshalb sollte auch ein eigenes Rekrutierungs- und Beförderungrecht des Stabs für sein Personal vorgesehen werden. So kann am ehesten sichergestellt werden, daß sich die GASP bei konkurrierenden Einschätzungen von Seiten der Mitgliedstaaten nicht auf Beschlüsse und Maßnahmen auf Grundlage des kleinsten gemeinsamen Nenners reduziert, sondern aus Sicht der Union und in ihrem gemeinsamen Interesse substantiellere, konstruktivere Ansätze erarbeitet.

9. Die Außenvertretung der Union und die Leitung des gemeinsamen Analyse- und Planungsstabes einem neu zu ernennenden „Hohen Repräsentanten“ zu übertragen, lehnen wir ab. Mögliche Vorzüge wie eine verbesserte Erkennbarkeit der GASP nach innen und außen und eine kohärentere Koordinierung der verschiedenen Teilbereiche der Außenbeziehungen der Union können die Nachteile einer weiteren Verkomplizierung des institutionellen Aufbaus der Union und absehbarer Schwierigkeiten bei Aufgabenaufteilung und -abgrenzung im Verhältnis zu den bisherigen nach außen tätigen Akteuren Vorsitz, Troika und Kommission nicht kompensieren.

10. Entscheidend ist, daß die Regierungskonferenz bei den Entscheidungsverfahren in der GASP eine substantielle Abkehr von den Rigiditäten des Konsensprinzips, das wesentliche Ursache der unbefriedigenden Ergebnisse der GASP seit dem Inkrafttreten des Maastricht-Vertrags ist, vereinbart. Die Erfahrung seit der Einheitlichen Europäischen Akte zeigt, daß allein die Möglichkeit von Mehrheitsentscheidungen die Bereitschaft der Mitgliedstaaten zu Kompromissen und Aufgabe von Blockadehaltungen soweit gefördert haben, daß letztlich meist im Konsens entschieden wurde. Diese Dynamik kann und muß auch in der GASP zur Entfaltung gebracht werden. So sollte vorgesehen werden, in der GASP in der Regel mit doppelter qualifizierter Mehrheit aus (gewichteten) Stimmen im Rat und der Bevölkerungszahl der dadurch vertretenen Staaten zu entscheiden.

11. Auf jeden Fall muß Sorge dafür getragen werden, daß Blockademöglichkeiten durch ein Veto ausgeschlossen werden. Auch müssen zeitgerechte Reaktionen der Union auf außenpolitische Entwicklungen möglich sein. Hierzu liegen verschiedene Modelle auf dem Tisch.

12. Insgesamt muß für Institutionen, Gremien und Entscheidungsverfahren der GASP ein Handlungsrahmen geschaffen werden, in dem sich der Wille zur gemeinsamen Handlungsfähigkeit der EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik manifestieren und entwickeln kann. Bei Mehrheitsbeschlüssen unterlegene Minderheiten müssen die getroffenen Entscheidungen respektieren und sich unionstreu verhalten. Gruppen von Staaten sollten zu Aktionen im Auftrag der Union im Sinne einer verstärkten Zusammenarbeit befähigt werden, wenn diese Zusammenarbeit für die Teilnahme weiterer Mitgliedstaaten offen bleibt und der einheitliche institutionelle Rahmen nicht verlassen wird.

13. Der politische Wille zum gemeinsamen Handeln sollte in einer Klausel des Vertrags Niederschlag finden, in der sich die Mitgliedstaaten ihre politische Solidarität bei äußeren Herausforderungen versichern. Der Vorschlag einer derartigen Solidaritätsklausel ist eine logische Konsequenz der Entwicklung der EU zu einer immer engeren Union der Völker Europas mit gemeinsamen kulturellen Wurzeln, einem Binnenmarkt mit einheitlicher Währung und gemeinsamen Außengrenzen. Der Wille zum gemeinschaftlichen Handeln manifestiert sich in der Finanzierung der GASP aus dem Gemeinschaftshaushalt.

### III.

14. Als integraler Bestandteil der GASP muß künftig eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik und Verteidigung verwirklicht werden, damit die Union ihren eigenständigen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Sicherheit in Europa leisten kann. Dazu ist die Schaffung eines Rates der Verteidigungsminister notwendig. Unverzichtbare Grundlage unserer Sicherheit bleibt dabei die NATO. Im Rahmen eines sinnvollen burden-sharing sollte der europäische Pfeiler der NATO ausgebaut werden. EU/WEU müssen in die Lage versetzt werden, nach Konsultation mit dem NATO-Rat regionale Konflikte in eigener Verantwortung bewältigen zu können. Durch die Vereinbarung der NATO über „combined joint task-forces“ werden dabei doppelte Kommandostrukturen vermieden. Es ist unser Ziel, die WEU schrittweise in die EU zu integrieren.

15. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts kommen in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit - neben den Aufgaben der kollektiven Verteidigung - Maßnahmen des Krisenmanagements, der Friedenserhaltung und der Konfliktvorbeugung immer größere Bedeutung zu.

Die Mitgliedstaaten der Union, die noch keinem militärischen Bündnis angehören, haben wiederholt ihre Bereitschaft dokumentiert, durch eine Beteiligung an humanitären Aufgaben und Rettungseinsätzen, friedenserhaltenden Aufgaben, Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung einschließlich Maßnahmen zur Herbeiführung des Friedens - den sog. Petersberger Aufgaben der WEU - teilzunehmen, ohne jedoch zum gleichen Zeitpunkt schon WEU-Mitglied zu werden und damit die gegenseitige Beistandsverpflichtung nach Art. V des Brüsseler Vertrags über die WEU zu übernehmen.

16. Ein möglicher Weg zur schrittweisen Integration der WEU in die EU bestünde daher darin, alle WEU-Aufgaben einschließlich der Zielsetzungen der Petersberg-Aufgaben der WEU mit Ausnahme von Art. V des WEU-Vertrags in den EU-Vertrag aufzunehmen. Die Beistandsver-

pflichtung des Art. V des WEU-Vertrags könnte dabei als Zwischenschritt z.B. in ein Protokoll zum EU-Vertrag überführt werden; diese Beistandsverpflichtung im Rahmen des europäischen Pfeilers der NATO gewinnt ihre Glaubwürdigkeit durch die NATO insgesamt.

17. Bei militärischen Aktionen der Union mit Ausnahme von denen des Art. V des WEU-Vertrages darf eine Beschlußfassung nicht durch ein Veto einzelner Staaten verhindert werden können. Eine konstruktive Enthaltung, die eine solche Vetomöglichkeit letztlich nicht ausschließt, stellt keinen wirklichen Fortschritt zu den bisherigen Vertragsregelungen dar. Eine Mehrheit von Mitgliedstaaten darf nicht durch eine Minderheit an der Durchführung gemeinsamer militärischer Aktionen der EU gehindert werden. Allerdings kann ein Mitgliedstaat - unbeschadet der erforderlichen politischen und finanziellen Solidarität - nicht gegen seinen Willen zur unmittelbaren Teilnahme an militärischen Aktionen mit eigenen Truppen oder eigenem Material verpflichtet werden. Gruppen von Mitgliedstaaten sollte in Fragen der Verteidigungspolitik gemeinschaftliches Handeln im Sinne einer stärkeren Zusammenarbeit ermöglicht werden, wenn diese Zusammenarbeit für die Mitarbeit weiterer Mitgliedstaaten offen bleibt und der einheitliche institutionelle Rahmen nicht verlassen wird.

## **Beschluß D 13**

### **Förderung der deutschen Sprache im Ausland**

Der Bundesparteitag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, verstärkt in den Schwerpunktgebieten der Rußlanddeutschen in Abstimmung mit der russischen Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Deutschsprachkenntnisse zu fördern und hofft auf rasche und flächendeckende Umsetzung dieser Maßnahmen.

Auch in den Heimatgebieten der deutschen Minderheiten und Volksgruppen in den Staaten Ost-, Mittel- und Südosteuropas besteht ein großer Bedarf an Sprachfördermaßnahmen in Deutsch.

Der Bundesparteitag begrüßt, wenn diesem durch die Schaffung von Lehrerbildungseinrichtungen vor Ort und der Fortführung und Verstärkung der Programmlehrer Rechnung getragen wird.

## **Beschluß D 14**

### **Vertriebene in den neuen Ländern fördern**

Der Bundesparteitag begrüßt es, wenn zur Bewahrung, Erhaltung, Entfaltung und Fortentwicklung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes der Ost-, Sudeten- und Südostdeutschen als unverzichtbarer Teil der gesamtdeutschen und auch europäischen Kultur insbesondere die neuen Bundesländer speziell die Vertriebenen und ihre Institutionen fördern.

Denn es ist nicht zu verkennen, daß die Folgen der über 40jährigen Tabuisierung des eigenen Schicksals der Vertriebenen in der ehemaligen DDR und der Vertreibung insgesamt und deren Folgen heute nachwirken.

## **Beschluß D 16**

**Erleichterung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit der Hochschulen**

Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands fordert den Bundesgesetzgeber und den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie auf, im Zuge der beabsichtigten Novellierung des Hochschulrahmengesetzes die europäische und internationale Zusammenarbeit der Hochschulen durch Regelungen zu erleichtern, die eine Beteiligung der deutschen Hochschulen an vollintegrierten Studiengängen an gemeinsam mit ausländischen Hochschulen betriebenen Studienzentren ermöglichen.

## **Beschluß D 17**

**Stärkung der Kompetenzen von Hochschulleitungen**

Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands fordert den Bundesgesetzgeber und den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie auf, im Zuge der beabsichtigten Novellierung des Hochschulrahmengesetzes angesichts notwendiger Veränderungen von Hochschulstrukturen die Verstärkung der Kompetenzen von Hochschulleitungen zu ermöglichen und damit Entscheidungen zur wirksamen Aufgabenerfüllung der Hochschulen, etwa bei der Mittelbewirtschaftung, zu erleichtern.

## **Beschluß D 18**

**Förderung des Eintritts von Hochschulabsolventen in Unternehmen des Handwerks**

Der 8. Parteitag der CDU Deutschlands fordert den Bundesgesetzgeber und den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie auf, den Eintritt von Hochschulabsolventen, insbesondere der Fachhochschulen, in Unternehmen des Handwerks verstärkt zu fördern, etwa durch ein Programm zur Unterstützung von in Handwerksbetrieben durchgeführten praktischen Studienphasen.

## **Beschluß D 28**

Durch die Reduzierung überhöhter Standards in allen staatlichen Bereichen sollen zukünftig Kosten gesenkt werden.

## **Beschluß D 32**

**Wahlanalysen**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die CDU-Fraktionen in den Landtagen, Bürgerschaften und im Abgeordnetenhaus Berlin werden aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß Sta-

tistisches Bundesamt und alle Statistischen Landesämter bei jeder Wahl eine nach Alter und Geschlecht differenzierte Wahlstatistik möglichst frühzeitig vorlegen.

## **Beschluß D 34**

### **Scientology**

1. Aufgrund der inzwischen vorliegenden Gutachten zur Verfassungsfeindlichkeit von Scientology wird das Bundesministerium des Innern aufgefordert, die Scientology-Organisation durch das Bundesamt für Verfassungsschutz beobachten zu lassen; gegebenenfalls müssen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Aufgrund der bereits vorhandenen Fakten soll zumindest eine offene Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz durchgeführt werden. Die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mittel kann als zweiter Schritt vorbehalten bleiben.
2. Dem Bundesministerium des Innern wird ferner empfohlen, in Kontakt mit den Bundesländern (nicht in Abhängigkeit zu 1.) die Beobachtung durch die Landesämter für Verfassungsschutz zu koordinieren. Darüber hinaus soll beim Bundesministerium des Innern eine Koordinierungsstelle tätig werden, die als Schaltstelle für Kontakte mit allen Sicherheitsbehörden im In- und Ausland eingerichtet werden kann. Gegebenenfalls ist zukünftig auch mit anderen ähnlich ausgerichteten Organisationen in gleicher Weise zu verfahren.
3. Die Zugehörigkeit zur Scientology-Organisation und zum öffentlichen Dienst kann nicht miteinander vereinbar sein. Bislang ist es im öffentlichen Dienst jedoch dienstrechtlich irrelevant, ob jemand der Scientology-Organisation angehört. Das Bundesministerium des Innern wird deshalb aufgefordert, die dienst- und tarifrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um Mitglieder der Scientology von einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst, insbesondere im Sicherheitsbereich, bei Lehrern, Ausbildern u.ä. auszuschließen.
4. Wir fordern, daß die bei Scientology übliche Anwendung hypnoseähnlicher und psychowirksamer Methoden unter gesetzliche Kontrolle - z.B. des Heilpraktikergesetzes - gestellt wird.
5. Wir fordern, einen regelmäßigen Informations- und Erfahrungsaustausch auf landes- bzw. länderübergreifender Ebene einzurichten. Dabei sind in den Ländern zentrale Stellen einzurichten, die als Kommunikations-, Koordinierungs- und Beratungsstellen in Zusammenarbeit mit Fachleuten und Fachbehörden sowie der Koordinierungsstelle beim Bundesverwaltungsamt fungieren. Darüber hinaus sollen dezentrale Beratungs-, Bildungs-, Betreuungs- und Wiedereingliederungsangebote aufgebaut werden.
6. Scientology setzt Ausstiegswillige unter massiven psychischen, wirtschaftlichen und juristischen Druck. Wir fordern, die Voraussetzungen für einen verbesserten Schutz von Scientology-Opfern, insbesondere im Bereich der Rechtsberatung, des Zeugenschutzes und finanzieller Nothilfe zu überprüfen.

## **Beschluß D 40**

### **Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Pornographie**

Alle zuständigen Behörden und der Gesetzgeber werden aufgefordert, den Schutz für Kinder und Jugendliche vor sexuellem Mißbrauch zu verbessern und das Verbot der Herstellung, der Verbreitung und des Besitzes von pornographischen Darstellungen mit Kindern nachhaltiger als bisher durchzusetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert zu prüfen, ob ein Zusammenhang zwischen der weitgehenden Freigabe der sogenannten „einfachen Pornographie“ im Rahmen des vierten Strafrechtsreformgesetzes von 1975 sowie der ständigen Abnahme der Verurteilungen wegen eines Verstoßes gegen den Paragraphen 184 StGB („harte Pornographie“) und der Zunahme des sexuellen Mißbrauchs von Kindern und der Kinderpornographie nachgewiesen werden kann.

## **Beschluß D 41**

Die deutschen Rindermäster stehen vor gravierenden Problemen. Einbrüche auf dem Rindfleischmarkt und rapide sinkende Fleischpreise sind zu verkraften; zahlreiche Rinderhalter sind in ihrer Existenz bedroht. Hauptursache dafür ist die bei britischen Rindern aufgetretene BSE-Krankheit.

Deutschland ist BSE-frei. Die Bundesregierung wird deshalb gebeten, vertrauensbildende Aktionen für deutsches Rindfleisch nach Kräften zu unterstützen und folgende Forderungen in die europäischen Gremien einzubringen.

1. Konsequente Umsetzung des beim EU-Gipfel in Florenz vereinbarten Schlachtprogramms in Großbritannien.
2. Kurzfristige Sicherstellung der europaweiten Anwendung von Verfahren zur Herstellung von Tiermehl, die den deutschen Standards entsprechen und die BSE-Erreger sicher abtöten.
3. Keinerlei Lockerungen der Importbeschränkungen für britisches Rindfleisch bzw. Rindfleischprodukte bis das vereinbarte Schlachtprogramm durchgeführt und alle Gefahren beseitigt sind.

## **Beschluß D 42**

### **Verstärkte Einbeziehung der Aussiedler in die CDU**

Nach den sehr erfolgreichen Wahlergebnissen, die Aussiedler für die CDU auf Listen bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen erzielt haben, empfiehlt der Bundesparteitag, Aussiedler sowohl in die allgemeine Arbeit verstärkt einzubeziehen als auch bei zukünftigen Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen Kandidaten aus den Reihen der Aussiedler und Heimatvertriebenen verstärkt zu berücksichtigen.

## **Beschluß D 43**

### Familienbeitrag

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, dem nächsten Bundesparteitag ein Modell vorzulegen, das unter Einschluß einer angemessenen Finanzaufteilung zwischen den verschiedenen Ebenen der Partei die Möglichkeit eines Familienbeitrags vorsieht.

## **Beschluß D 68**

Die CDU Deutschlands lehnt jede Form des politischen Extremismus ab. Mit Gegnern der freiheitlichen-demokratischen Ordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Einheit darf es auf keiner Ebene eine Zusammenarbeit geben. Parteien, die offen oder verdeckt die Grundlagen unserer Republik bekämpfen, können nicht wie demokratische Parteien behandelt werden.

Wir lassen deshalb keinen Zweifel an der Auffassung der CDU aufkommen: Die PDS ist eine extremistische Partei, die an der kommunistischen Ideologie festhält. Ihr Programm enthält keine Absage an den Totalitarismus, denn sie vertritt die Ideologie des früheren SED-Staates. Die parteiintern geführte Stalinismusdebatte ist ein inszeniertes Ablenkungsmanöver. Die PDS darf in Deutschland nie an die Macht kommen.

Die Einheit Deutschlands ist durch den Beitritt der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vollzogen worden.

Dieser Beitritt entsprach dem Willen der übergroßen Mehrheit der Menschen in den neuen Ländern. An diesem Mehrheitswillen hat sich nichts geändert. Die übergroße Mehrheit der Wähler in den neuen Ländern entscheidet sich für demokratische Parteien. Daß die Nachfolgepartei der SED, die PDS, hier dennoch beachtlich viele Wählerstimmen erhält, ist eine Nachwirkung der jahrzehntelangen einseitigen ideologischen Beeinflussung, die offensichtlich nicht in wenigen Jahren überwunden werden kann.

Die Menschen, die am eingeübten Gedankengut vorerst festhalten, sind - soweit sie nicht unmittelbar zum Täterkreis der aktiven Menschenrechtsverletzer gerechnet werden müssen - nicht in Bausch und Bogen moralisch zu verurteilen. Es muß vielmehr auch eine Aufgabe der CDU sein, aufklärend zu wirken und mit Wort und Tat die positive Ordnung des Grundgesetzes und der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft herauszustellen.

Die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind nicht selbstverständliches Gemeingut. Sie müssen von jeder Generation neu in Besitz genommen und verteidigt werden. Insofern muß die politische Auseinandersetzung mit der PDS in aller Konsequenz und vor allem inhaltlich geführt werden. Dabei geht es nicht um Diffamierung von Personen, sondern um die Fragen des strukturellen und programmatischen Selbstbildes der PDS.

Über Stillfragen dieser Auseinandersetzung sollen die Menschen in den neuen Ländern möglichst selbst entscheiden. Wer einseitiger ideologischer Beeinflussung, dem Anpassungs-

druck und den Verstrickungsgefahren in einer Diktatur nie ausgesetzt war, sollte sich hier zurückhalten. Das der CDU eigene christliche Verständnis vom Menschen schließt ein, daß Menschen sich irren können, daß sie verführbar sind, aber auch zur Umkehr fähig. Die Chance, daß ein Irrtum erkannt und revidiert wird, ist um so größer, je klarer die jeweilige Gegenposition ausgedrückt und vertreten wird.

### **Beschluß D 70**

Der Bundesverband, die Landes- und Kreisverbände werden aufgefordert, die für die jeweilige Tagesordnung der Parteitage erforderlichen Unterlagen, insbesondere Leitansträge und Anträge von besonderer Bedeutung, den Gliederungen so zeitgerecht zur Verfügung zu stellen, daß dort eine Beratung stattfinden kann. Es sollte eine Frist von 6 Wochen vor Antragschluß eingehalten werden.

### **Beschluß D 71**

Der 8. Parteitag begrüßt die Initiative zur Herausgabe eines Sonderpostwertzeichens mit Zuschlag zum Thema „AIDS“ und fordert den Bundesminister für Post und Telekommunikation und den Programmbeirat der Deutschen Post AG auf, sich für die Herausgabe eines entsprechenden Postwertzeichens im Jahr 1998 einzusetzen.

Der Erlös aus der Erhebung des Zuschlags sollte den bundesweiten AIDS-Stiftungen zugute kommen.

Die motivische Darstellung sollte sich der AIDS-Prävention widmen sowie der an AIDS verstorbenen Personen gedenken.

Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob ein Postwertzeichen der jährlich herausgegebenen Zuschlagsserie „Für die Wohlfahrt“ dauerhaft dem Thema „AIDS“ gewidmet werden könnte.

### **Beschluß D 74**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die bisherigen Optionen im Bereich der Energieforschung beizubehalten.

### **Beschluß D 78**

Der Bundesparteitag der CDU spricht sich dafür aus, daß die Sicherung und der Ausbau der industriellen Basis auch weiterhin zentrales Anliegen im Osten sein muß. In diesem Zusammenhang kommt neben der Neuansiedlung dem weitmöglichsten Erhalt von Traditionsstandorten eine große Bedeutung zu. Die aktuellen Ereignisse um SKET Magdeburg haben deutlich gemacht, welche Schwierigkeiten und Probleme in diesem Zusammenhang auftreten. Der Bundesparteitag der CDU unterstützt den Einsatz der Bundesregierung zum Erhalt von SKET Magdeburg auch nach der Gesamtvollstreckung.

**Bericht des Vorsitzenden  
der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion  
des Europäischen Parlaments  
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP**

**Europäische Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben**

Vor 50 Jahren, am 19. September 1946, beschrieb Winston Churchill in Zürich ein Heilmittel für das damals zerstörte Europa. Wörtlich sagte der britische Staatsmann: „Worin besteht dieses Heilmittel? Darin, daß man die europäische Familie, oder doch einen möglichst großen Teil davon, wieder aufrichtet und ihr eine Ordnung gibt, unter der sie in Frieden, Sicherheit und Freiheit leben kann.“

Um diese Ordnung geht es auch jetzt. Der Zusammenbruch starrer und totalitärer Systeme ermöglicht eine neue Freiheit in der Gestaltung von Ordnungen und enthält zugleich eine Gefährdung durch Differenzierung partikularer Interessen, mangelnde Zielorientierung und abnehmende Konkordanz. Die Stabilität Europas hat keine Dauergarantie. In einer Zeit des Umbruchs und der zu erwartenden politischen Turbulenzen braucht Europa neue Stabilisatoren, die Festigkeit und Flexibilität gewährleisten. Gültig bleibt die Aussage von Jean Monnet: „Nichts ist möglich ohne den Menschen. Nichts ist von Dauer ohne Institutionen.“

Ein starkes Europa braucht starke und handlungsfähige Institutionen.

Es gilt, die Existenzfragen der Europäer zu ergründen und bewußt zu machen. Es ist notwendig, die europäischen Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben im 21. Jahrhundert zu schaffen.

Für die Europäische Union kommt es jetzt darauf an,

- ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern,
- ihre Institutionen effizienter zu machen,
- ihre sozialökonomische Leistungsfähigkeit und ihre weltweite Wettbewerbsfähigkeit, z. B. durch eine einheitliche, stabile Währung, zu steigern,
- ihre Finanzierungsfähigkeit zu sichern,
- ihre menschenwürdige Ordnung für ganz Europa wirksam werden zu lassen,
- ihre Bürger vor akuten und potentiellen Gefahren zu schützen,
- die Integration irreversibel und dauerhaft zu gestalten und - vor allem -
- die Akzeptanz, d. h. die aktive Zustimmung der Europäer, zu gewinnen.

Vor 2700 Jahren schrieb der griechische Dichter Hesiod: „Wenn du ein Haus baust, vollende es!“ Die Baumeister Europas haben auf diese Notwendigkeit immer wieder hingewiesen.

Die „windows of opportunity“ (die Fenster der guten Gelegenheiten) sind nicht für immer geöffnet. Die letzten drei Jahre des 20. Jahrhunderts dürfen nicht als eine Zeit der verpaßten Gelegenheiten in die europäische Geschichte eingehen.

### **Das Haus Europa wetterfest machen!**

Diese Überlegungen und Überzeugungen sind die Grundlage der Arbeit aller CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament. Die Schlüsselprobleme und die daraus abzuleitenden Aufgaben der Europäischen Union bestimmen unsere Arbeitsteilung und Schwerpunktbildung. Mit 47 Abgeordneten stellt die CDU/CSU 27 % aller Mandate der EVP-Fraktion und 7,5 % der 626 Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommende relativ geringe quantitative Einflußmöglichkeit auf die Politik des Europäischen Parlaments ergänzen und erweitern wir durch eine qualitative Kompetenz und durch eine Konzentration auf solche Schlüsselaufgaben, die gelöst werden müssen, wenn das Haus der Freiheit - Europa - wetterfest gemacht werden soll. Schlüsselpositionen, die von CDU/CSU-Abgeordneten im Sinne dieser Zielsetzung besetzt und gestaltet werden, sind u. a. die Mitgliedschaft in den Präsidien des Parlaments und der Fraktion, in der Reflexionsgruppe zur Vorbereitung der Regierungskonferenz („Vertiefung der EU“) sowie die Vorsitze und Sprecherfunktionen in Kommissionen, Arbeitskreisen und Arbeitsgruppen der EVP, z. B. der Vorsitz der EVP-Kommission „Erweiterung der EU“, und in wichtigen Ausschüssen und Delegationen des Parlaments. Die hohe Anerkennung, die der Sachkompetenz und dem Engagement der CDU/CSU-Abgeordneten sowohl von anderen Gruppen des Parlaments wie auch von Außenstehenden zuteil wird, wurde vor wenigen Wochen auch dadurch wieder sichtbar, daß das Europäische Parlament einen CDU-Abgeordneten zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „BSE und Seuchenbekämpfung“ wählte. Da die Funktion des gemeinsamen Hauses Europa vor allem auch darin besteht, seine Bürger und Bewohner vor akuten und potentiellen Gefahren zu schützen, kommt dem Schutz der Gesundheit ebenso hohe Bedeutung zu wie der inneren und äußeren Sicherheit, die in der Arbeit der CDU/CSU-Europa-Abgeordneten höchste Priorität hat.

### **Europa braucht aktive Europäer**

Die Integration Europas auf der Grundlage der Freiheit und Freiwilligkeit ist eine bisher einmalige Innovation der Weltpolitik und Weltgeschichte. Sicherlich hat es im Lauf der Geschichte schon mehrere Vielvölkerstaaten und Großreiche gegeben. Assyrien, Persien, das Römische Reich mit einem funktionierenden Binnenmarkt und einer gemeinsamen Währung des Aureus wären hier zu nennen. Aber im Unterschied zu diesen Vielvölkerstaaten sind die Einigung und die Einheit Europas nicht auf militärische Macht, Gewaltfrieden und Hegemonie aufgebaut, sondern auf Übereinstimmung, Demokratie und Gleichberechtigung. Diese Konzeption der Integration entspricht den Grundgedanken des großen Staatsdenkers Nikolaus

von Kues, die dieser in seiner Schrift über die Reichsreform im Jahre 1440 veröffentlichte. Der Kusaner - „ein Deutscher, der früh Europäer wurde“ (so Karl Jaspers) - beschrieb die politischen Erfordernisse der Konkordanz, der Repräsentation, des Aufbaus von unten nach oben und der Einheit in der Vielfalt.

Diese maßgebenden Bestandteile der europäischen Integration sind aber nur dann realisierbar und dauerhaft, wenn die europäischen Bürger diese Konzeption des Zusammenlebens in der Europäischen Union akzeptieren und bewußt bejahen. In einer Zeit, in der die Reform der überlasteten europäischen Wohlfahrtsstaaten unabweisbar wird, auch unabhängig von den sog. Maastricht-Kriterien der Währungsunion, reicht ein „permissiver Konsens“ des Gewährlassens der europäischen Einigungspolitik nicht mehr aus. Da die Fortschritte der Integration tiefgreifende Änderungen der politischen und sozialökonomischen Strukturen bewirken und damit auch alte Rechte und Besitzstände tangieren, sind Unmut, Unverständnis und Widerstand verständlich. Beim Aufbau einer neuen Ordnung in Europa beweist sich die Richtigkeit einer Erkenntnis des Niccolo Machiavelli, der vor 500 Jahren in seinem „Principe“ schrieb: „Man muß sich darüber im klaren sein, daß es kein schwierigeres Wagnis gibt, als eine neue Ordnung einzuführen; denn jeder Neuerer hat alle die zu Gegnern, die von der alten Ordnung Vorteile hatten, und er hat an denen nur laue Verteidiger, die sich von der neuen Ordnung Vorteile erhoffen.“

Beim Aufbau einer neuen Ordnung in Europa kommt heute erschwerend hinzu, daß die Komplexität der Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung und die mangelhafte Durchschaubarkeit der europäischen Politik zu Mißverständnissen und Mißdeutungen führen. So erleben die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments in ihren Diskussionen vor Ort, daß man der europäischen Einigungspolitik vieles anlastet, was undurchsichtig, unklar und unangenehm ist. Hier gilt der alte Satz:

„Was man nicht recht erklären kann, das lastet der EU man an.“

Aus diesen Gegebenheiten ergibt sich die schwierige, aber auch faszinierende Aufgabe der europäischen Information. Kommunikation und Konkordanz, Koordinierung und Kooperation sind die Erfolgsvoraussetzungen der Integration. In seiner Publikation „Das Projekt Europa“ schreibt der Soziologe Richard Münch: „Konsensus wird nun - wie auf nationalstaatlicher Ebene - auch auf europäischer Ebene nur noch durch aktive Mobilisierung von Unterstützung und Zusammenarbeit zu erlangen sein.“ Mit anderen Worten: Europa braucht aktive Europäer. Erforderlich ist die Mobilmachung für das europäische Friedenswerk.

Die CDU/CSU-Abgeordneten widmen sich neben ihren sachpolitischen Aufgaben in den Fachausschüssen und Delegationen des Europäischen Parlaments in verstärktem Maße der europäischen Information und Kommunikation. Da die räumliche Distanz der Arbeitsorte die direkten Kontakte des europäischen Abgeordneten mit seinen Mitbürgern begrenzt, sind die MdEP mehr noch als ihre Kollegen in den anderen politischen Entscheidungsebenen auf Medien und Mittler angewiesen. Als ein Beispiel unter anderen kann die von der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion herausgegebene Schriftenreihe über zentrale Fragen der europäischen Politik genannt werden. In dieser Reihe, die sich steigender Nachfrage erfreut, sind bisher folgende Publikationen erschienen:

1. Die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten.  
Bericht über den Europapolitischen Kongreß der CDU/CSU-Gruppe in Berlin  
(Auflage: 2000 Stück)
2. Biotechnologie in der Europäischen Union.  
Schlüsseltechnologie für Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft.  
(Auflage: 2000 Stück)
3. Europa für Senioren. Senioren für Europa.  
Die Gründergeneration Europas und ihr Beitrag zur europäischen Zukunft  
(Auflage: 4000 Stück)
4. Die Wirtschafts- und Währungsunion.  
Bericht über den Europapolitischen Kongreß der CDU/CSU-Gruppe am  
08.07.1996 in Wiesbaden. (Auflage: 3000 Stück)

### **EURO-Dialog: Akzeptanz durch Transparenz**

Vor 13 Jahren, am 13.09.1983 haben die CDU/CSU-Abgeordneten in der EVP-Fraktion unter Federführung von Gero Pfennig und Rudolf Luster den Entwurf einer Europäischen Verfassung (EP-Dokument 1-653/83) vorgelegt, dessen Artikel 69 lautet:

- „1. Die Union errichtet eine unabhängige Währungs- und Notenbank.
2. Sie wird von einem Direktorium geleitet, dessen Mitglieder von der Unionsregierung für einen Zeitraum von 10 Jahren ernannt werden, unabsetzbar sind und keinerlei Weisungen unterliegen.“

Am 14. April 1989 hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit einen Bericht mit Entschließungsantrag (EP-Dokument A2-14/89) des CDU-Abgeordneten Otmar Franz über die Entwicklung der europäischen Währungsintegration angenommen. Im Entschließungsantrag von Otmar Franz heißt es u.a.: „Eine europäische Währungsunion würde zur Stabilität im Weltwährungssystem beitragen; außerdem entfielen dann die Kosten des Umtauschs von Währungen und die Kosten von Devisenkurssicherungsgeschäften in der Gemeinschaft; Kosten und Preise würden an Transparenz gewinnen und somit den Wettbewerb verstärken.“

Mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Union am 07.02.1992 in Maastricht haben die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten auf der Grundlage des Delors-Berichtes und unter maßgeblicher Beteiligung des deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl die Realisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen. Für die CDU/CSU-Abgeordneten des Europäischen Parlaments ergeben sich aus dieser - seit 1983 erstrebten - Beschlußlage zwei große Aufgabenpakete:

1. Die aktive parlamentarische Vorbereitung einer stabilitätsgarantierenden und funktionsfähigen europäischen Währung, und

2. die Gewinnung und Förderung der Zustimmung (Akzeptanz) zum EURO zunächst in den meinungsbildenden Gruppen in Wirtschaft und Gesellschaft und dann bei der Mehrheit der deutschen Bürger.

Die parlamentarische Mitwirkung bei der Vorbereitung zur Einführung des EURO erfolgt vor allem im EP-Ausschuß für Wirtschaft und Währung, der von einem deutschen Christdemokraten geleitet wird.

Zur Lösung des Akzeptanzproblems haben die CDU/CSU-Abgeordneten am 09.01.96 in Brüssel beschlossen, u.a. mindestens 250 Versammlungen in Deutschland mit dem Thema der Europäischen Währungsunion durchzuführen. Im Rahmen dieses Euro-Dialogs gestalteten die CDU/CSU-MdEP bis Oktober 1996 mehr als 480 spezielle Veranstaltungen über den EURO. Darüber hinaus wurde die nachhaltige Wirkung der Informationsoffensive durch die Herausgabe von Falbblättern und Schriften gefördert. Beispielsweise sind hier erwähnenswert das Falbblatt „10 Gründe für den EURO“, das in einer Auflage von über 250.000 Stück verteilt wurde, sowie die Publikation „Argumente für den EURO“, die mit einer Auflage von 10.000 Stück interessierten Bürgern und Gruppen zur Verfügung gestellt wurde.

Beim Euro-Dialog haben wir bewußt die offene und auch kontroverse Diskussion mit unseren Mitbürgern vor Ort gesucht und geführt. Leitregel war und ist hierbei die These des Philosophen Immanuel Kant: „Keiner kann einer Sache gewiß sein, wenn nicht Gegengründe rege gemacht worden sind.“

Bei der Begründung der Notwendigkeit der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verweisen wir u.a. auf die Gedanken eines der geistigen Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, der die Bedeutung der Währungspolitik für eine funktionsfähige Wettbewerbsordnung und ihren ordnungspolitischen Zusammenhang beweiskräftig dargestellt hat.

Für diese Interdependenz der Ordnungen als einer wesentlichen Voraussetzung für den Erfolg des Binnenmarktes sind die sog. Maastricht-Kriterien von eigenständiger Bedeutung. Sie sind nicht nur unverzichtbar für die Stabilität der europäischen Währung; sie sind auch notwendig für die sozialökonomische Zukunftssicherung der Europäischen Union. Die Sanierung der staatlichen Finanzwirtschaften wäre auch dann erforderlich, wenn es keine Beschlüsse über den EURO gäbe.

### **Stabilität und Funktionsfähigkeit**

Beim Aufbau einer dauerhaften Ordnung für Europa gilt es, folgende Zusammenhänge zu beachten:

1. Die Stabilität von Systemen beruht vor allem auf ihrer Funktionsfähigkeit.
2. Die Interdependenz, d.h. die gegenseitige Abhängigkeit komplementärer Systeme, beeinflusst ihre Funktionsfähigkeit.

„Geld ist, was gilt“ (Günter Schmölders). Geltung hat das Geld, das funktioniert. Die Funktionen des Geldes sind:

1. Tauschmittel (als Voraussetzung für eine wohlstandssteigernde Arbeitsteilung),
2. Recheneinheit (als Möglichkeit, jedem Gut einen genauen Wert zuzumessen),
3. Zahlungsmittel (zur Übertragung von Kaufkraft von einem Subjekt auf ein anderes),
4. Wertaufbewahrungs- und Werttransportmittel, d.h. die Funktion, Kaufkraft oder Werte von der Gegenwart in die Zukunft zu übertragen, bzw. von einem Ort zu einem anderen zu bringen (Wertträger durch Zeit und Raum).

Die Stabilität des Geldes ist gewährleistet, wenn diese Funktionen hinreichend erfüllt werden. Die Funktionsfähigkeit eines Geldsystems ist aber nicht isoliert zu betrachten; sie steht vielmehr in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis mit der Funktionsfähigkeit komplexerer Systeme. Ohne eine politisch unabhängige und geldwertverpflichtete Zentralbank, ohne Haushaltsdisziplin der öffentlichen Finanzwirtschaft, ohne ein ausreichendes Maß an äußerer wie innerer Sicherheit eines Gemeinwesens kann es keine dauerhafte Stabilität einer Währung geben. Die von Theresia Theurl („Sprengsatz war immer das Budget“) anhand geschichtlicher Erfahrungen, z.B. der Lateinischen Münzunion von 1865, aufgezeigte Destabilisierungsfalle von Währungsunionen liegt in der „Kombination von inhärenten Sprengkräften und deren Aktivierung mit fehlenden Anreizen für Politiker und private Wirtschaftssubjekte, sich unionsgerecht zu verhalten“.

Unter diesen Aspekten sind die Vorschläge von Theo Waigel ebenso richtig und zwingend notwendig wie die Aussage von Otmar Issing: „Ein Europa, das den Schritt in die Währungsunion wagt, kann sich nicht vor der Entscheidung über die Gestalt der Politischen Union drücken ... Von jetzt an muß sich der Wille, die europäische Integration weiter voranzutreiben, im Schwerpunkt auf das Feld staatsbildender Institutionen verlagern.“

Hierbei sind spezifische Erfordernisse zu beachten: Es gilt,

- die - von Walter Eucken aufgezeigten - konstituierenden Prinzipien der Wettbewerbsordnung im Europäischen Binnenmarkt institutionell zu verankern,
- die kontraproduktiven Fehlsteuerungen der europäischen Wohlfahrtsstaaten und der fiskal-sozialistischen Staatswirtschaften durch stabilitäts- und produktivitätsfördernde Anreizsysteme zu ersetzen,
- die Solidarität der Generationen auch auf die kommenden Generationen zu beziehen (in ökologischer, finanzieller und ökonomischer Hinsicht).

Die untauglichen Versuche, die Früchte unserer Arbeit von morgen bereits heute zu verzehren, müssen ebenso beendet werden wie die Prämierung parasitären Verhaltens und die Belohnung der Bremsler.

Das von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac eingeforderte Prinzip der Flexibilisierung in der europäischen Integration findet auch durch diese Erfordernisse eine zwingende Begründung und die nachdrückliche Unterstützung der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

## **Legitimität und Folgebereitschaft**

Je näher man dem Ziel kommt, desto größer werden die Schwierigkeiten. Diese alte Erfahrungsregel gilt auch für wichtige Bereiche der europäischen Integration. In neueren Veröffentlichungen weisen Wissenschaftler auf die zunehmende Problematik des Regierens im „dynamischen Mehrebenensystem der EU“ hin. Da der Integrationsprozeß bereits heute eine Breite und eine Wirkungstiefe erreicht habe, die man in den 60er und 70er Jahren nicht für möglich gehalten hätte, müsse nach neuen Wegen gesucht werden, um die europäische Politik „autonomieschonend und gemeinschaftsverträglich“ (Scharpf) zu gestalten. Nach anderen Auffassungen ist die Legitimität der EU vor allem durch ihre höhere Problemlösungskompetenz in bestimmten Aufgabenfeldern begründbar (Bach). Allgemein wird konstatiert, „daß die Europäische Union eine zunehmende Rechtfertigungslast zu tragen, mit wachsenden Akzeptanzproblemen zu kämpfen haben wird“ (Graf Kielmannsegg). Man befürchtet die Bremser- und Blockadenpolitik in einigen Institutionen: „Der Rat wird der Hort des Immobilismus sein, weil er auf Einvernehmlichkeit angewiesen ist und auf jedes mit Gewicht vertretene Interesse Rücksicht nehmen muß.“ In ähnlicher Weise wird die Gefahr beschworen, daß „das EG-Recht nicht nur durch Nichtbefolgung entwertet wird, sondern auch durch schleppende, unter laufende oder gar entstellende Umsetzung sowie durch unzureichende Durchführung mangels qualifizierter Kontrolle“ (R. Münch). Positiv wird vermerkt, daß die europäische Integration zündende Impulse für überfällige nationale Reformen geben und neue Handlungsspielräume für nationale Fachminister durch Legitimationsentlastung schaffen kann. (Vgl. V. Eichener: „Ein paradoxer Effekt der Europäisierung besteht darin, daß die politische Handlungsfähigkeit auf der nationalen Ebene auch dadurch gesteigert werden kann, daß institutionell auskristallisierte Machtbalancen aufgebrochen werden und dadurch Reformfähigkeit wiedergewonnen wird.“)

Schon in den achtziger Jahren beschwor man die Gefährdung der europäischen Integration durch die sog. „Politikverflechtungsfalle“, die zur „Selbstblockierung“ des EG-Systems tendiere, da die heterogenen Strukturen und divergierenden Interessen in den Mitgliedsländern allenfalls zu einer Einigung auf dem Niveau des kleinsten gemeinsamen Nenners führen würden (Scharpf).

Die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung während der letzten 14 Jahre hat gezeigt, daß die unleugbaren Schwierigkeiten überwunden und sogar für eine neue Dynamik der Integration nutzbar gemacht werden können. Wichtig war und wird sein, daß die Integrationsschritte im Sequenzensystem erfolgen, d.h. daß Folgeschritte sich quasi automatisch und folgerichtig aus den vorherigen Schritten ergeben und somit eine Art fortdauernder Eigendynamik bewirken.

Wichtig und ebenso wesentlich ist es aber auch, durch eine europäische Kommunikation, Koordinierung und Kooperation für eine Folgebereitschaft der Integration Europas auf allen politischen Entscheidungsebenen zu sorgen. Mit Recht definiert Richard Münch die europäische Politik als „Kunst, Folgebereitschaft für möglichst effektive Sachlösungen zu schaffen.“

Die CDU/CSU-Mitglieder in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments werden die Probleme und Schwierigkeiten nicht bagatellisieren; sie werden aber bemüht sein, alle Chancen und Möglichkeiten zu nutzen, um - im Sinne Konrad Adenauers und zusammen mit Helmut Kohl und allen Freunden - Europa zu schaffen.

## **Zukunftsorientierung**

Wenn es nach den Verfassungsexperten einiger deutscher Kleinstaaten des Deutschen Bundes im frühen 19. Jahrhundert gegangen wäre, so könnten wir heute noch 38 souveräne deutsche Staaten haben, die - durch Zollschranken, Staatsgrenzen und unterschiedliche Währungen getrennt - ihre Strukturen konserviert und ihre Bürger isoliert hätten. Der sarkastische Aphorismus „jeder Experte ist von gestern“ ist eine unzulässige Überspitzung; als Warnung vor Dogmatismus und rückwärts gewandter Betrachtung ist er aber berechtigt. Mit den Begriffen von gestern kann man die Probleme von morgen nicht hinreichend beschreiben. Was bedeutet die Autonomie einer nationalen Notenbank im Zeitalter der Globalisierung? Hat der Begriff „nationale Souveränität“ heute noch dieselbe Bedeutung wie im Jahr 1576, als Jean Bodin sie als „puissance absolue et perpétuelle“ (absolute und ewigdauernde Macht) beschrieb?

Man kann aus der Geschichte lernen, aber man darf die Vergangenheit nicht zum Programm für die Zukunft machen. Kritik, die zu besseren Problemlösungen führt, ist immer gut. Kritiker, die verkennen, daß Politik eine Kunst des Möglichen ist, sind weniger hilfreich. Wir müssen das Notwendige möglich machen, aber wir dürfen das Mögliche nicht am Wünschenswerten scheitern lassen. Eine fundamentale Ablehnung einer Symbiose von Währungsunion und Politischer Union ohne Beachtung der Erfordernisse von morgen blockiert das Denken, verzögert das Handeln und gefährdet unsere Zukunft. Die europäische Integration ist eine grundlegende Investition für die Zukunftssicherung der Europäer. Jede investive Tätigkeit hat Unsicherheiten zu bewältigen, Risiken zu begrenzen und Chancen zu nutzen. Zukunftsorientierung ist und bleibt die Richtlinie einer erfolgversprechenden Politik in und für Europa.

## Namensverzeichnis

Altmaier 134  
Averwenser 58  
  
Baumbusch 144  
Baumeister 86  
Bergner 76  
von Beust 46ff.  
Biedenkopf 107, 188  
Blüm 43, 149  
Böhr 126  
Breuning 99  
Burggraf 206  
  
Daldrup 210  
Dieppen 108  
Doss 56  
  
Eppelmann 54, 100  
Escher 59, 108  
  
Fink 159  
Fischer, Hartwig 82  
Fischer, Marion, 109  
Friedman 109  
Fromme 194, 212  
  
Garitz 111ff.  
Geißler 109  
Gerdemann 213  
Gerster 100  
Geschka 95ff., 110  
Glase 111  
Greve 64  
Günzler 205, 214  
  
Hansen 199  
Hellwig 111, 130, 138  
Hennig 112, 198ff.  
Heymann 210  
Hintze 46, 66, 80, 99f., 132, 146, 148, 205, 227f.  
Hogrefe 201  
  
Jäger 62, 213  
Jungen 194, 217  
  
Kanther 101

Karwatzki 11ff., 139f.  
Kauder, Siegfried 100  
Kauder, Volker 128ff.  
Keppler 137, 202  
Klein 85  
Koch 209  
Kohl 5, 18, 90, 95, 148, 229

Lammert 207  
Laumann 198  
Lennartz 83, 132  
Lieberknecht 56ff., 112  
Linssen 96ff., 113

Meister-Scheufelen 113  
Merkel 53  
Merz 214  
Meyer 226ff.  
Michalk 114  
Milbradt 215  
Mitsch 80  
Möller 90  
Möllring 147  
Müller 51, 105ff., 130

Neumann 219ff.  
Nölle 46  
Nolte 101  
Nowak 79

Pawelski 76, 115  
Pinger 197  
Pöttering 188ff.  
Prachtl 86ff.

Quisthoudt-Rowohl 116

Renner 116  
Repnik 117, 200ff.  
Reul 48, 118  
Rinsche 104, 275  
Rühe 102  
Rüttgers 219

Schäuble 174  
Scharf 226  
Schmalstieg 16

Schnieber-Jastram 118  
Scholz 119  
Schreier 224  
Schuck 223  
Schwarz-Schilling 119  
von Schwerin 121  
Seidel 145  
Seite 121  
Seiters 102  
Süssmuth 107  
  
Thoben 103, 207  
Töpfer 103  
Trautvetter 192  
  
Uldall 189  
  
Vaatz 61, 121  
Vogel 122  
Vogt 196  
  
Waigel 160  
von Westphalen 50  
Wülfing 115ff.  
Wissmann 123  
Wulff, Christian 8ff., 18ff., 78ff., 92ff., 139, 142ff., 229  
Wulff, Otto 123  
  
Yzer 124





